C 21734 D

**CHILE: 5 Jahre Faschismus 5 Jahre Widerstand** S.34



# Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 137 4.9.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,—

# Amnestie für Nazi-Mörder?




Die für alle Parlamentsparteien akzeptable Formel lautet: „*Die Gerichte hätten jetzt den größten Teil der NS-Verbrechen gesühnt, und nach mehr als dreißig Jahren führten neue Prozesse nur noch äußerst selten zum Schuldnachweis*" („Spiegel", 28.8.78) Wenn trotzdem nach 1979 bisher unbekannte NS-Verbrecher auftauchen sollten, werden bereits vorbeugend die Schuldigen vorgestellt: „*Einzelne Länder — etwa Polen oder Israel — könnten brisante Akten zurückhalten und nach Ablauf der Verjährungsfrist die Bundesregierung jederzeit unter Druck setzen oder bloßstellen.*"

## „Materialschwierigkeiten" der BRD-Regierung

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Windelen, erklärte im Süddeutschen Rundfunk: „*Er gehe davon aus, daß in manchen Ländern des Ostblocks Material über NS-Verbrechen absichtlich zurückgehalten werde, um es nach Ablauf der Verjährungsfrist zu präsentieren. Windelen regte deshalb an, rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist einen öffentlichen Appell an alle Staaten zu richten, sämtliches Material über solche Verbrechen der deutschen Justiz bekanntzugeben, damit die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden könne*" („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 21.8.78). Diese „Argumentation" von Politikern der Bundesrepublik ist nicht neu. Bereits die UNO veröffentlichte am 9.7.70 einen Bericht der BRD-Regierung über die Bestrafung der Kriegsverbrecher, in dem festgestellt wird, daß „*von den Staaten Osteuropas bis 1965 der Erhalt von Beweismaterial in genügendem Maß unmöglich war.*"

„*Die Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen lieferte aber ... aus eigener Initiative bereits seit 1959 derartige Dokumente über die Nazi-Verbrechen an die Justizorgane der BRD. Jedoch erst Ende 1964 entschieden sich die Behörden der BRD, die Vorschläge der polnischen Regierung hinsichtlich der Einsicht in die Dokumentation über die Naziverbrechen aus den polnischen Archiven anzunehmen.*"

Die Reaktionäre hierzulande haben ihre Schlüsse aus der Panne mit Filbinger gezogen: So etwas soll ihnen nicht noch einmal passieren!

**„Am Anfang und am Ende stand eine gnadenlose Kampagne. Sie wurde von einer kleinen Gruppe linker Intellektueller geführt, die dieses Land und seine Führer nicht mögen. Wir müssen die Ereignisse um Filbinger richtig bewerten: Zerstörer sind am Werk. Daß Filbinger, wie ein Stück Wild gehetzt, Fehler auf Fehler machte, ändert daran nicht. Die Frage lautet: Wen trifft der nächste Stein?" („Bild", 8.8.78).**

Und Fazit der „Welt": „*Filbinger war nicht geschickt genug. Hätte er sich nicht auf sein Gedächtnis verlassen, hätte er sofort in den Archiven nachschauen lassen, hätte er sämtliche Akten auf den Tisch gelegt und einige geeignete Worte dazu gefunden — selbst seine erbittertsten Feinde haben ihm attestiert, daß er dann noch Ministerpräsident wäre*" (9.8.78). Vor diesem Hintergrund tritt Strauß die Flucht nach vorne an: Er fordert Amnestie für alle Naziverbrecher! In seinem Windschatten bereitet die Bundesregierung die Durchsetzung der Verjährung für Nazi-Mörder Ende 1979 vor. Mit diesem Wechselspiel soll ein für allemal ein Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit gezogen werden — und die Faschisierung von Staat und Gesellschaft noch ungenierter betreiben zu können.

## Die Verjährungsdebatte wird eröffnet: von rechts!

In der „Bild am Sonntag" vom 6.8.78 forderte Golo Mann eine Generalamnestie für Naziverbrecher, nimmt allerdings „*Morde an Juden, Morde in KZ-Lagern*" aus. Denn: „*Es wäre mindestens taktisch richtig, angesichts der nur zu verständlichen Erinnerungen und Gefühle, die in den heute mit Deutschland befreundeten Ländern noch immer Gewicht haben.*" Strauß griff eine Woche später das Thema in demselben Blatt auf: „*Das Materialschnüffeln, Drecksuchen, Anschießen, Hetzen, Rufmorden, Abschießen war eine beliebte Methode der Nazis, deren gelehrige Schüler heute die Roten sind... Das ist die fortgesetzte neue Spaltung unseres Volkes, die mit der Suche nach geschichtlicher Wahrheit und menschlicher Läuterung nichts gemein hat.*" Selbstverständlich fordert Strauß eine uneingeschränkte Generalamnestie für alle Nazi-Mörder.

Bereits in der Verjährungsdebatte 1965 war Strauß hervorgetreten. Damals erklärte er, eine Verjährung würde eine Fälschung der Geschichte bedeuten, „*weil man damit dokumentiert, als ob nur die Deutschen allein Kriegsverbrechen begangen hätten*". (Zitiert nach „Hamburger Abendblatt", 8.2.65). Diese Strauß-Linie der Flucht nach vorne und Ablenkung von der Praxis der Nazi-Rehabilitierung in der BRD setzt besonders die „Bild am Sonntag" fort, z.B. mit der Serie „Das braune Zentral-Komitee — Nazis in den höchsten Ämtern der DDR". Dort wird „enthüllt", daß im SED-Zentralkomitee angeblich noch 16 ehemalige Mitglieder (!) der NSDAP sitzen. Dies zeugt höchstens von dem hohen Rechtsempfinden der „Bild", wenn sie Nazi-Mördern und Kriegsverbrechern einfache NSDAP-Mitglieder gegenüberstellt.

## SPD, FDP: Abgrenzug von Strauß — ja zur Verjährung 1979.

Nachdem Strauß seine Forderung nach Generalamnestie in die Diskussion eingebracht hatte, meldeten sich die Sozialdemokraten zu Wort. Während sich scheinbar entschieden gegen eine Generalamnestie gewendet wird, eröffnet auch die SPD die Diskussion um die Notwendigkeit, endlich einen Schlußstrich unter die Geschichte zu setzen — natürlich nur auf einer „moralisch einwandfreien Basis", wie Brandt im „Spiegel-Gespräch" (28.8.78) von sich gab.

Auch als 1965 erstmals die Verjährung der NS-Morde drohte, argumentierte die BRD mit dem angeblich

Fortsetzung auf Seite 2

# Wieder ein typisches Reformwerk der SPD: „Radikalenerlaß" gegen Kinderhaus

Während Willy Brandt den „Radikalenerlaß" als einen schweren Fehler bezeichnet und während sich Sozialdemokraten angeblich um die Entschärfung dieser Maßnahme bemühen, sieht die Praxis wieder einmal ganz anders aus: Statt Entschärfung soll der „Radikalenerlaß" jetzt erstmals auch auf eine private Eltern- und Bürgerinitiative ausgedehnt werden — auf das Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg!

„*Aus den Unterlagen der Beklagten (...) ergeben sich Zweifel, ob der Kläger die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet*". Dieser aus zahlreichen Berufsverboteverfahren sattsam bekannte Satz ist die Kern-Aussage des Urteils des Hamburger Verwaltungsgerichtes, mit dem die Klage des Kinderhauses Heinrichstraße gegen die Nichtanerkennung seines Pflegesatzes durch die Hamburger Jugendbehörde a b g e l e h n t wurde (Az.: V VG 166/77). Der Behörde wird auferlegt, zu prüfen, ob das Kinderhaus „förderungswürdig" im

wird auferlegt, zu prüfen, ob das Kinderhaus „förderungswürdig" im

Sinne des §9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes ist: „*Träger der freien Jugendhilfe dürfen nur unterstützt werden, wenn sie die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten sowie öffentlich anerkannt sind*". Danach soll sie neu über den Pflegesatz entscheiden.

Dieses Urteil mag Kenner des Rechtsstreites zwischen Kinderhaus Heinrichstraße und Jugendbehörde (über den wir im AK berichteten) zunächst erstaunen: bisher war es vor Gericht immer um die unwahre Behauptung der Behörde gegangen, im Umkreis des Kinderhauses gebe es genug Kindertagesplätze — eine finanzielle Unterstützung der Eltern der Kinderhauskinder bei der Unterbringung ihrer Kinder dort sei wegen fehlenden Bedarfes nicht vertretbar.

Dieses vorgeschobene Argument wischt das Verwaltungsgericht jetzt beiseite: „.... *auch nach dem Zahlenwerk der Beklagten* (Jugendbehörde, Anm. AK) *kann ... gegenwärtig noch nicht davon gesprochen werden, daß eine so gravierende Unterbelegung bereits vorhandener Einrichtungen freier und staatlicher Träger droht, daß ... nur eine Ablehnung des Antrages des Klägers denkbar wäre*". Wenige Tage vorher hatte die Behörde zudem die Unhaltbarkeit ihrer Bedarfsargumentation durch die Erweiterung eines städtischen Heimes in der Nähe des Kinderhauses Heinrichstraße unterstrichen.

### §9 JWG — der Radikalenerlaß für Kinder- und Jugendinitiativen

Das Kinderhaus Heinrichstraße ist unseres Wissens nach die erste Kindertagesstätte, die unter den Radikalenerlaß des § 9 des Jugenwohlfahrtsgesetzes fallen soll. Andere fortschrittliche Initiativen hat man in der Vergangenheit mit weniger spektakulären Mitteln um die Ecke bekommen: die Kitas in Frankfurt wurden aufgelöst, weil die Stadt Frankfurt als Träger über sie verfügen konnte; die Sonderprojekte aus Westberlin werden durch gezielte Mittelkürzungen scheibchenweise abgeschafft. Beim Kinderhaus Heinrichstraße hatte der Hamburger SPD-Senat wohl auch gehofft, daß die Initiative die monate-, ja jahrelange Mittelverweigerung (jetzt schon über 2 Jahre) nicht aushalten würde. Da diese Rechnung nicht aufging, zieht jetzt ein Verwaltungsgericht den Knüppel des Radikalenerlasses. So teilt man sich im bürgerlichen Staat die Arbeit.

teilt man sich im bürgerlichen Staat die Arbeit.

Allerdings sind Jugendverbände in den letzten Jahren schon öfter Opfer des §9 JWG geworden: 1959 der SDS, 1969 der Verband deutscher Studentenschaften (VDS), 1974 der Bund Demokratischer Jugend (BDJ), 1975 der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und der Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen in der BRD (SVI). In der Rechtssprechung sind die Maßstäbe für eine dem „Grundgesetz förderliche Arbeit" gerade 1978 enger geschnürt worden. Wurde 1969 dem SDS noch das Recht auf eine gewisse Kritik an Verfassung und Verfassungswirklichkeit zugestanden, so ist das Bundesverwaltungsgericht 1978 auf das einschlägige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu der Berufsverbotepraxis eingeschwenkt: Förderungswürdig ist nur noch die totale Staatsbejahung — oder wie es die Richter des Hamburger Verwaltungsgerichtes im Kinderhaus-Urteil ausdrückten:

**„Es ist davon auszugehen, daß Gewähr für eine förderliche Arbeit nicht bereits derjenige freie Träger bietet, der lediglich eine passive oder gleichgültige Haltung gegenüber der parlamentarisch-demokratischen Grundordnung an den Tag legt, sondern nur derjenige, der positiv im Sinne der obersten Grundsätze der freiheitlichen Demokratie wirkt".**

Fortsetzung Seite 26

# Professor Brückner: Amtsenthebung bleibt!

Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover bestätigte die vorläufige Amtsenthebung des Psychologieprofessors Peter Brückners durch den niedersächsischen Kultusminister Pestel. Vorgeworfen werden Peter Brückner die Herausgabe einer Dokumentation über den „Buback-Nachruf" (zusammen mit 43 weiteren Professoren und vier Rechtsanwälten) und Äußerungen in zwei Interviews. Die Begründung des Disziplinargerichts deckt dabei in aller Offenheit auf, wie es um die Meinungsfreiheit in dieser „freiheitlich demokratischen Grundordnung" steht. „Natürlich" billigt das Gericht jedem - auch jedem Beamten - Meinungsfreiheit zu; aber **„in seiner Buback-Erklärung habe Brückner dem Rechtsstaat Bundesrepublik Willkür und Unterdrückung der Meinungsfrei-**

Fortsetzung auf Seite 2

# Amnestie für Nazi-Mörder?

Fortsetzung von Seite 1

mangelnden Material aus dem „Ostblock". Die folgende Zeit widerlegte dies, da es zwischen 1965 und 1969 12.000 bis 15.000 neue Verfahren gab (siehe „antifaschistische Russell-Reihe" Nr. 3, Teil III, Reents-Verlag, Hamburg).

*„Soweit es um Polen geht, stellt die Zahl von 53 Prozessen gegen 166 Angeklagte, die in den Jahren 1958-1967 von den Nazis in Polen begangen worden sind, nur einen minimalen Bruchteil jener Anzahl von Prozessen dar, die aufgrund der den Justizorganen der BRD übermittelten 50.000 Fotokopien von Dokumenten über Naziverbrechen sowie mehrerer tausend Protokolle mit Aussagen von Zeugen der Verbrechen, hätten stattfinden müssen"* (Bericht der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen).

*„In den Jahren 1965-1974 haben die Hauptkommission und die Bezirkskommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen 8.800 Untersuchungen über Naziverbrechen durchgeführt, 90.000 Zeugenverhöre angestellt und in diesen Fällen Beweisdokumentationen zusammengetragen. Auf dem Wege der Rechtshilfe sind den Justizbehörden in der BRD, in Westberlin und in Österreich 21.860 Zeugenaussagenprotokolle, 10.000 andere Dokumente sowie 111.300 Mikrofilmbildausschnitte von Dokumenten über Naziverbrechen überwiesen worden"* (ebenda).

### „Die größten Verbrechen sind gesühnt"?

Was die BRD-Regierung unter „Sühne" versteht, kann festgestellt werden bei einer Analyse der Prozesse und Urteile nach den Verbrechenskomplexen: Von den 332 Prozessen gegen 835 Angeklagte in den Jahren 1958-1975 waren 343 Angeklagte aus Polizei- und SS-Einheiten sowie Einsatztruppen, 24 Verbrechen des Selbstschutzes, 178 Verbrechen in Konzentrations- und Vernichtungslagern, 33 Euthanasie, 26 Wehrmacht, 7 Justizorgane, 11 Sonderkommando 1005, 156 Judenmord, 13 Verbrechen an zwangsverschleppten Arbeitern... In diesen Verbrechenskomplexen waren eigentlich die einzigen Angeklagten die sog. „Exzeßtäter" (besonders grausame Taten). Diese waren zu mehr als 50% Funktionäre niederen Ranges, zu etwa 40% mittleren und nur zu 5% höheren Ranges. In den Jahren 1958-1974 wurde in der BRD keiner der Naziverbrecher verurteilt, die u.a. in der Kanzlei der NSDAP verbrecherisch tätig waren. Alle sieben eingeleiteten Verfahren wurden eingestellt. Im Auswärtigen Amt: 19 eingeleitete und 6 eingestellte Ermittlungsverfahren; Justizministerium: 24 eingeleitete und eingestellte Ermittlungsverfahren; Ministerium für die besetzten Ostgebiete: 4 eingeleitete und eingestellte Ermittlungsverfahren; im Stab des Reichsführers der SS: 24 eingeleitete, 20 eingestellte Ermittlungsverfahren, 1 nicht rechtskräftiges Urteil; SS-Rassen- und Siedlungshauptamt: 5 eingeleitete und eingestellte Ermittlungsverfahren (aus dem Bericht der polnischen Hauptkommission).

### Die Bestrafung von NS-Verbrechern in der BRD

Bis Ende 1974 wurden in der BRD und Westberlin insgesamt 6.358 Naziverbrecher verurteilt. Insgesamt wurden in der BRD 78.242 nazistischer Verbrechen bezichtigte Personen von Ermittlungsverfahren erfaßt. Demgegenüber macht die Verurteilungsquote von 6.358 Personen nur 8,4% aus. Diese Zahl belegt eine um Vergleich zu anderen Ländern unglaublich hohe Zahl der Verfahrenseinstellungen oder Beendigung der Ermittlungen ohne Gerichtsverfahren.

In Europa wurden insgesamt ca. 50.000 Nazi-Verbrecher bestraft; davon in der BRD 6.358 = 8,4% der 78.242 verdächtigten Personen; Österreich 13.624 = 10,2% der 134.547 verdächtigten Personen; DDR 12.844 = 77,4% der 16.572 verdächtigten Personen; Polen 5.450 Naziverbrecher deutscher Abstammung.

In den Jahren 1958 bis 1975 wurden in 332 Prozessen gegen 835 Personen lediglich 492 (59%) verurteilt; freigesprochen wurden 219 (26%); nicht verfolgt oder Ermittlungen eingestellt: 94 (11%); bei 27 wurde von der Verhängung der Strafe abgesehen; 3 begingen Selbstmord oder starben.

Der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Dr. A. Rückerl, teilte im Süddeutschen Rundfunk mit, daß in der Bundesrepublik noch gegen 3.618 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Vergehen anhängig seien (nach „Frankfurter Rundschau", „FR", 24.8.78).

In der Ludwigsburger Zentralstelle selber, die für die Staatsanwaltschaften nur die Vorermittlungstätigkeit durchführt, sind noch 193 Vorermittlungen anhängig („Tagesspiegel", 11.1.78). Diese Vorermittlungstätigkeit würde mit einem Eintreten der Verjährung eingestellt. *„Die Diskussion um die Verjährung betreffe nur solche Personen, von denen man bis jetzt noch nicht wisse, wer an einer bestimmten Tat beteiligt gewesen sei. Gegen alle anderen könnten aber über 1980 hinaus die Verfahren weitergeführt werden"* („FR", 24.8.78).

Jährlich finden in der BRD nur 13 bis 29 NS-Prozesse statt. Sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu dem gewaltigen nazistischen Menschenmord, der an den Völkern Europas und am deutschen Volk begangen worden ist. Außerdem bewirkt das schleppende Tempo bei Prozessen in der BRD, daß theoretisch weitere 200 Jahre nicht ausreichen würden, um alle Prozesse gegen Naziverbrecher durchzuführen.

In der derzeitigen Diskussion um Verjährung wird somit auch bereits mit dem hohen Alter der Angeklagten und Zeugen argumentiert, die den Schuldnachweis kaum noch ermöglichen würden. Der Vorsitzende des innenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion, Wilfried Penner, hat mit dieser Begründung Bedenken gegen eine nochmalige Verlängerung der 1979 ablaufenden Verjährungsfrist für NS-Verbrechen geäußert (nach „Welt", 22.8.78).

*„Die jüngsten Prozesse hätten bewiesen, daß die strafrechtlichen Mittel dafür nicht ausreichten. Gegen eine Verlängerung der Verjährung spreche zudem der Gesichtspunkt des Rechtsfriedens, der es gebiete, daß der Staat auf eine Strafverfolgung verzichte, wenn sie nach so langer Zeit mit derartigen Unzulänglichkeiten belastet sei"* („SZ", 22.8.78). Die „Zeit schrieb am 25.8.78: *„Die Verjährungsfrist für Mord erlischt am 31. Dezember 1979; für Beihilfe zum Mord ist sie längst verstrichen. — Offensichtlich hat sich in den Parteien auch die Meinung durchgesetzt, die Verjährungsfrist für Mord nicht noch einmal zu verlängern — aus vielerlei Gründen. Täter und Zeugen sind bereits zu alt; die Wahrheit zu ermitteln und ein gerechtes Urteil zu finden, ist nach so langer Zeit schon fast unmöglich; Hunderte von Abgeurteilten, über die Alliierte zu Gericht saßen, sind schon seit Anfang der fünfziger Jahre auf freiem Fuß; viele von denen, die vor deutschen Richtern standen, sind inzwischen begnadigt; bei Hunderten von kleinen Befehlsempfängern hat man seit langem auf jede Anklage überhaupt verzichtet."*

### Was tun?

„Die Tat" der VVN vom 25.8.78 setzte sich in einem Leitartikel mit der Frage der Verjährung auseinander: *„Man muß mit allem Nachdruck fordern: Wenn es der Bundesregierung ernst ist, dann muß sowohl die Versorgung der Opfer Hitler'scher Militärjustiz gesichert als auch die Diskriminierung von Antifaschisten in der Wiedergutmachung beendet werden. Und dann darf es weder 'Generalamnestie' noch Verjährung für NS-Mörder geben".*

Eine tatsächliche Änderung der Verfolgungspraxis gegen Nazis hierzulande würde bedeuten, wenn die Bundesregierung gezwungen wäre, die von den alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung a n z u w e n d e n. Eine D u r c h s e t z u n g dieser Forderung scheint uns derzeit unrealistisch angesichts der Kräftekonstellation in der Bundesrepublik, wie auch der zwischen der BRD und den Staaten Osteuropas. Da wir trotz unserer Anstrengungen gegen die Verjährung für NS-Mörder ihre staatliche Durchsetzung für wahrscheinlich halten, kommt es unseres Erachtens darauf an, daß wir unsere Kräfte während dieser Auseinandersetzung konzentrieren auf den konkreten Nachweis und die konkrete Bekämpfung der personellen und inhaltlichen Fortsetzung der faschistischen Tradition durch diesen Staat.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

# Nazi-Mörder vor Gericht

Jan Kruyer, 62 Jahre, Holländer, war während der deutschen Besetzung der Niederlande SS-Angehöriger.

Wegen Mordes wurde er 1949 in den Niederlanden zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1952 gelang ihm die Flucht. Der seither in der BRD lebende Kruyer wurde am 23.8.78 von den Holländern beim Grenzübertritt in Venlo festgenommen.

* * *

Wagner, stellvertretender Kommandant der KZ-Lager Treblinka und Sobibor, der an der Ermordung von 250.000 Juden beteiligt war und mindestens 13 Menschen persönlich grausam umgebracht hat, ist jetzt nach zwei Selbstmordversuchen in einer Psychiartrischen Klinik (in Brasilien). Vor dem obersten Gericht Brasiliens bestritt er, der Massenmörder Wagner zu sein; er sei nur Zimmermann in Sobibor gewesen.

Das Gericht muß über die Auslieferungsanträge von Polen, Israel, Österreich und der BRD entscheiden.

* * *

Herbert Paland, Halle/DDR, bekannte sich in vollem Umfang zu den von ihm begangenen Verbrechen. Er gehörte zu der Gruppe 570 der Geheimen Feldpolizei bei der Wehrmacht in von den Nazis besetzten sowjetischen Gebieten vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1944.

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 16.8.78: Paland habe *„... Frauen und Jugendliche systematisch verfolgt, verschleppt, mißhandelt, zur Tötung vorgeschlagen, eigenhändig ermordet sowie der faschistischen Zwangsarbeit zugeführt".* Allein und gemeinschaftlich mit anderen habe er zahlreiche Gefangene *„vor ihrer Ermordung oder Vertreibung brutal mißhandelt und gefoltert".*

Paland wurde für schuldig befunden, mindestens 165 Sowjetbürger, davon 30 eigenhändig, ermordet zu haben.

Paland wurde vom 1. Strafsenat des Ost-Berliner Stadtgericht wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Freiheitsstrafe und zur dauernden Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte verurteilt.

* * *

Walter Knop, ehemaliger SS-Hauptscharführer, war Leiter des Nebenlagers Gassen des KZ Groß-Rosen bei Breslau. In Gassen waren überwiegend polnische und sowjetische Häftlinge. Als im Februar 1945 die Rote Armee sich näherte, wurde das KZ evakuiert und aufgelöst. Auf dem Marsch nach Leipzig soll Knop allein und/oder mit anderen mindestens 159 Menschen ermordet haben. Die Kölner Staatsanwaltschaft hat drei Jahre gegen Knop ermittelt. Am 14. August 1978 sollte der Termin stattfinden. 28 Zeugen aus Polen, Österreich und der Tschechoslowakei waren geladen. Das Gericht hörte in Polen 14 Zeugen.

Der 65jährige Knop, wohnhaft in Herford (Westfalen) ließ den Prozeßtermin platzen, indem er sich eine ärztliche Bescheinigung über Magen- und Darmerkrankung und möglichen Herzinfarktes ausstellen ließ.

Der Staatsanwalt beantragte die Untersuchung durch einen Amtsarzt.

Der Prozeß soll nicht vor Anfang September stattfinden.

Laut „Welt" vom 24.8.78 ist Knop inzwischen in Untersuchungshaft genommen worden.

# Haftentlassung für Reimers und Jarowoy gefordert

Frankfurt: Mit einer Petition wandten sich Heinz Brandt (ehemaliger Chef-Redakteur der Gewerkschaftszeitung „metall"), Jakob Moneta (ehemaliges Vorstandsmitglied der IG-Metall), Gerhard Zwerenz (Schriftsteller) sowie die Stadtgruppe Frankfurt der Grünen Liste Hessen (GLH) an den hessischen Justizminister, nicht auf den abermaligen Strafantritt der wegen »Raubes« verurteilten Wernfried Reimers und Robert Jarowoy (beide aus Hamburg) zu bestehen, sondern den Gnadengesuchen ihrer Rechtsanwälte stattzugeben.

Wernfried Reimers und Robert Jarowoy waren 1974, damals 21 bzw. 22 Jahre alt, verhaftet worden. Vorgeworfen wurde ihnen, durch Anschläge und Überfälle versucht zu haben, *»ein kommunistisches Staatsgebilde anarchistischer Prägung«* zu erreichen. Die Anklage lautete weiterhin auf die Bildung und Zugehörigkeit zu einer »kriminellen Vereinigung«. Dreieinhalb Jahre saßen die Beiden daraufhin in Untersuchungshaft, wobei sie den für mutmaßliche »Terroristen« bekannten Maßnahmen der Isolierung ausgesetzt waren. Nach dreieinhalb Jahren sprach sie das Gericht dann von dem Vorwurf der Zugehörigkeit zu einer »kriminellen Vereinigung« frei. Übrig blieb eine Verurteilung wegen »Raubes« zu 7 Jahren und 3 Monaten. Die Höhe dieser Strafe mißt sich an ihrer Gesinnung, denn beide waren weder »einschlägig« vorbestraft, noch handelte es sich um schweren »Raub«.

Während der U-Haft war ihr Gesundheitszustand aufgrund der Isolationshaft und anderer schikanöser Behandlung derart angegriffen, daß die Hauptverhandlung nur unter fachärztlicher Aufsicht stattfinden konnte. Sogar Gerichtsmediziner mußten zugeben, daß dies auf die Haftbedingungen zurückzuführen ist. Anfang dieses Jahres erhielten beide deshalb Haftverschonung bis zur Entscheidung über ihren Revisionsantrag. Dieser wurde im August abschlägig beschieden. Umgehend erhielten beide die Aufforderung, ihre Reststrafe anzutreten, d.h. sie sollten sich f r e i w i l l i g zum Antritt von weiteren dreieinhalb Jahren Knast melden.

Zwischenzeitlich hatten beide eine Arbeitsstelle gefunden und waren den Auflagen durch das Gericht (ständige Meldung bei der Polizeibehörde usw.) nachgekommen. In der oben genannten Petition heißt es:

Wir sind *»als Bürger dieses Staates der Meinung, daß dem Strafanspruch des Staates und dem öffentlichen Interesse daran durch die erlittene U-Haft von 4 Jahren genüge getan ist und eine Aussetzung des Vollzuges des Strafrestes zur Bewährung unbedingt geboten ist; nicht zuletzt deshalb, weil Robert Jarowoy und Wernfried Reimers sich seit ihrer Haftverschonung vor 5 Monaten überzeugend bemüht haben, in dieser Gesellschaft wieder Fuß zu fassen. Dieser Ansatz darf durch erneute Inhaftierung nicht zunichte gemacht werden.«*

**Um die Haftentlassung tatsächlich zu erreichen, wird es sicher notwendig sein, daß sich mehr fortschrittliche Menschen dieser Petition anschließen. Wir fordern alle Genossinnen und Genossen, alle Demokraten auf, das in ihren Kräften und Möglichkeiten liegende zu tun, um der Forderung nach Haftentlassung Nachdruck zu verleihen; um so mehr als dies zur ersten erfolgreichen „Befreiung" politischer Häftlinge führen könnte.**

# RA Mäffert soll aus dem Hamburger Antifaschistenprozeß ausgeschlossen werden

### Erklärung

Im Hamburger Antifaschistenprozeß hat das Gericht angekündigt, daß es Rechtsnwalt Maeffert wegen einer Äußerung im Prozeß von der weiteren Verhandlung ausschließen und ihm die Kosten des seit Mai laufenden Prozesses auferlegen will (mindestens 10.000 DM).

Der prozessuale Weg, den das Gericht dabei beschreiten will, ist die Abtrennung des Verfahrens gegen Maefferts Mandantin Silke Lüder mit der Folge, daß das Verfahren gegen sie nach 4-monatiger Verhandlung neu beginnen müßte.

In dem am 22.August 1978 verkündeten Beschluß heißt es: *„Das Gericht hält eine weitere Verhandlung mit Rechtsanwalt Maeffert für unzumutbar, da dieser durch seine Äußerung*

*– Es werden von den Mitgliedern des Gerichts die Ohren gespitzt, um zu erfassen, was man hier den Verteidigern anhängen kann –,*

*es erheblich beleidigt hat. Das Gericht ist nicht bereit, mit Rechtsanwalt Maeffert unter diesen Umständen weiter zu verhandeln."*

Die Unterzeichnenden Hamburger und Bremer Rechtsanwälte protestieren auf das Schärfste gegen diesen Versuch, einen unbequemen Verteidiger aus dem Prozeß hinauszukatapultieren und ihn durch die Belastung mit den Verfahrenskosten zu bestrafen.

Die vom Gericht ausgesprochene Drohung, Rechtsanwalt Maeffert vom Verfahren auszuschließen, ist ein Angriff gegen das Recht auf Verteidigung. Die Drohung richtet sich nicht nur gegen Rechtsanwalt Maeffert, sondern gegen alle Verteidiger dieses Verfahrens und hat über diesen Prozeß hinaus Bedeutung. Sie zielt darauf ab, die Verteidiger daran zu hindern, konsequent die Interessen und Rechte ihrer Mandanten wahrzunehmen. Gerade das Recht sich in der Hauptverhandlung frei zuäußern und offen Kritik zu üben, ist ein wesentliches Mittel des Verteidigers, Einfluß auf den Prozeß zu nehmen. Dieses Recht will das Gericht jetzt einer Zensur unterwerfen.

Der Angriff auf die Verteidigung sowie die weiteren diskriminierenden Prozeßbedingungen (Sondertrakt, Panzerglastrennscheibe, schärfste Durchsuchung der Zuhörer, Personalienkontrolle etc.) sollen die politische Bedeutung des Verfahrens verdecken: Der Prozeß wird gegen Angeklagte geführt, die 1976 in Hamburg gegen den von der NPD veranstalteten „Kongreß der Nationalen Kräfte Europas" demonstriert hatten. Gegen diesen Kongreß hatten damals alle demokratischen Organisationen protestiert und zum Widerstand aufgerufen. Der Prozeß gegen die Angeklagten hat vor dem Hintergrund der gegenwärtig verstärkten neofaschistischen Aktivitäten besonderes Gewicht.

Wir fordern die sofortige Rücknahme der Drohung, Rechtsanwalt Maeffert vom Verfahren auszuschliessen!

Unterschriften:
Barbara Hüsing
Susanne Pötz-Neuburger
Dr. Karl-Heinz Neß
Gisela Gebauer
Eberhard Reinecke
Michael Neumann
Hartmut Schween
Barbara Münscher
Michael Schubert
Klaus Wegner
Rüdiger Lummert
Nikolaus Piontek
Kai von Drigalski
Renate Eckholt
Petra Ewe
Hartmut Jacobi
Helmut Jipp
Winfried Günnemann

# Professor Brückner:

Fortsetzung von Seite 1

**heit vorgeworfen"** und diese Äußerungen **„seien nicht durch die Grundrechte der Meinungsfreiheit . . . . und der Wissenschaftsfreiheit gedeckt"** („FAZ", 2.9.78). Also: die BRD ist ein „Rechtsstaat". In einem Rechsstaat gibt es - per Erlaß - keine „Willkür und Unterdrückung". Hat jemand eine andere M e i n u n g darüber, so „garantiert" ihm zwar der „Rechtsstaat" die „Freiheit", diese zu äußern (sogar unabhängig vom Wahrheitsgehalt), aber doch sind diese Meinungsäußerungen *„nicht durch die Grundrechte der Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheitgedeckt.*

Das Gericht verlangt von einem Beamten - in diesem Fall von Peter Brückner - weiterhin eine „positive Einstellung zum Staat". Die f e i n d l i c h e Gesinnung Brückners gehe schon *„aus der Formulierung hervor, der Staat habe Trauer für einen seiner Repräsentanten verordnet und in Szene gesetzt' und der Autor des Buback-Schmäh-,Nachrufs' habe ,verordnete Gefühlsregungen' in Frage stellen wollen"* (ebenda.) Es ist also allein schon die Tatsache, daß jemand die „Staatstrauer" um Buback als Affentheater, als verordneten Akt, als Akt zur Identifizierung mit dieser Staatsordnung e m p f i n d e t und dies öffentlich ausspricht, die ihn zum S t a a t s f e i n d macht. Nur weiter so - auf diese Weise wird es bald mehr Staatsfeinde geben, als den Herrschenden lieb sein kann. Das dickste Geschütz fährt das Gericht auf, wenn es Brückner vorwirft, seine Äußerungen seinen *„dazu bestimmt oder doch wenigstens geeignet, die sogenannte Rote Armee Fraktion psychisch zu unterstützen"* (ebenda). Nun wagt zwar auch das Gericht nicht, Brückner eine p o l i t i s c h e Unterstützung (z.B. Rechtfertigung der Aktionen) vorzuwerfen, weshalb es den vagen Begriff der p s y c h i s c h e n Unterstützung erfinden muß. Diese soll nun darin liegen, daß Brückner in einem Interview die „RAF" zu den *„Revolutionären und Sozialrevolutionären"* rechnet und feststellt, *„der Protestbewegung sei zuerst ein Terrorismus des Staates begegnet".*

Der letzte Vorwurf des Gerichts an die Adresse Brückners ist, daß er *„das Prinzip der repräsentativen Demokratie verächtlich gemacht habe",* weil er von einer *„auf das Repräsentationsprinzip gestützten bürgerlichen Demokratie mit Staatsparteien"* gesprochen habe, *„die in der Phantasie ihrer Vertreter die Interessen der Bevölkerung vertreten"* (nach „FR", 2.9.).

# Hessen: Auftrieb für die GLH

**Erfreuliches gibt es aus Hessen zu berichten. Am 31.8. beschloß die GLU Hessen auf einer Landesversammlung, von einer eigenen Kandidatur zu den Landtagswahlen am 8. Oktober nun doch abzusehen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war freilich nicht eine selbstkritische Überprüfung ihrer Spaltungs-Politik, sondern die offenkundige Schwäche dieser Partei in Hessen. Somit stehen sich in Hessen nur die rechtslastige GAZ des Herrn Gruhl und die sich selbst als radikalökologisch und radikaldemokratisch definierende GLH (Grüne Liste Hessen) gegenüber.**

Die bürgerliche Presse und die etablierten Parteien (übrigens auch die GAZ und natürlich die DKP) hatten zu früh über die *„totale Zerstrittenheit der Grünen"* gejubelt und gehofft, die GLH werde, nachdem sie von der GLU verlassen wurde, die Kandidatur nicht schaffen. Tatsächlich jedoch wuchs die GLH auf über 1.000 Mitglieder an und wird voraussichtlich in allen Wahlkreisen antreten. Gerade in der „Provinz", d.h. in Landkreisen, die für die Linke traditionell „weiße Flecken auf der Landkarte" darstellen, traf die GLH beim Aufbau von Gruppen und Sammeln von Unterschriften auf eine unerwartete Resonanz.

Die schwierige Phase, die die GLH nach dem Auszug der GLU und der begleitenden Pressehetze durchzustehen hatte, hat nicht zu Einbrüchen in der Mitgliedschaft oder zu einer Einengung des Bündnisses geführt. Eine Reihe von Mitgliedern ‚traditioneller' Umweltverbände, die sich vorübergehend zurückgezogen hatten, ist inzwischen wieder dabei und arbeitet mit. Und so macht sich denn auch die SPD wieder Sorgen um ihre „Glaubwürdigkeit bei den Jungwählern", um die „Integration der Ökologiebewegung" usw. Diese Sorgen werden sich wohl noch verstärken, wenn die GLH sich jetzt nach dem mühsamen Geschäft der Bürokratie (Erfüllung der notwendigen Formalitäten für die Zulassung zur Wahl) auf den inhaltlichen Wahlkampf konzentrieren kann.

Dennoch gibt es Schwierigkeiten zu überwinden, deren Bewältigung auch langfristig von entscheidender Bedeutung sein wird. Zum einen geht es dabei um die Wahlplattform der GLH, über die eine Vertreterversammlung am 2./3. September entscheiden wird. Bei dem von einer Programmkommission erarbeiteten Vorschlag fällt auf den ersten Blick ins Auge, daß im Ökologieteil zwar von der Landwirtschaft bis zur Wegwerfproduktion alle möglichen konkretistischen Forderungen zu finden sind, der Abschnitt zu den wirtschaftlichen und sozialen Forderungen jedoch inhaltlich sehr dürftig geraten ist. Während gewerkschaftliche Forderungen nur dünn gesät sind, wird andererseits vor **„unmäßigem Konsum"** gewarnt, der *„das krebsartige Wuchern der industriellen Wirtschaft immer mehr beschleunigt"*.

Der KB tritt dafür ein, solche realitätsfremden, arbeiterfeindlichen Posten aus dem Programm-Vorschlag herauszunehmen.

Eine zweite Schwierigkeit liegt in dem Verhältnis der GLH zu den Bürgerinitiativen begründet. Zwar kann die GLH gegenüber allen anderen Parteien, auch im Vergleich mit GLU und GAZ mit Fug und Recht von sich behaupten, in der BI-Bewegung verankert zu sein. Dennoch ist festzustellen, daß eine große Zahl von BIs derzeit wenig aktiv ist, andere wiederum mit Rücksicht auf sozialdemokratische Mitglieder eine Stellungnahme vermeiden oder noch abwarten.
Dies wird von der an sich unbedeutenden Wahlboykott-Fraktion als „Beweis" benutzt, daß die BIs sich nicht „vor den Karren des Parlamentarismus spannen lassen". Deshalb sollten die Aktionen der GLH und die Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf auch unter dem Aspekt der Unterstützung bzw. der „Wiederbelebung" der BI-Arbeit gesehen werden.

Die BIs müßten eigentlich daran interessiert sein, die Breite, mit der es der GLH aktuell möglich ist, die Bevölkerung anzusprechen, für ihre Arbeit zu nutzen.

## GLU in Hessen gescheitert

Die eigene Kandidatur der GLU in Hessen war das Projekt des niedersächsischen GLU-Vorstandes gewesen. Dieser konnte seine unmittelbar nach dem Parteitag von Liebenau beschlossene antikommunistische Abgrenzungskampagne natürlich nicht in Einklang bringen mit einer Kandidatur der GLU innerhalb der GLH, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Das Ergebnis dieser Spaltung war peinlich: Ganze 13 Delegierte beschlossen auf einem „Parteitag" am 26.8. die Kandidatur. 6 weitere sprachen sich dagegen aus. Und was mit politischer Überzeugung nicht geschafft wurde, sollten dann die Gerichte bewerkstelligen: Eine einstweilige Verfügung wurde beim Landgericht Darmstadt eingereicht, um der GLU das Führen des Namens „Grüne Liste" zu untersagen. Bei einem Erfolg dieser EV wäre die GLH allerdings ganz aus dem Rennen geworfen worden, da es ihr in der kurzen, noch verbleibenden Zeit unmöglich gewesen wäre, noch einmal alle Formalitäten unter geändertem Namen einzureichen.

Hiermit hatte der niedersächsische GLU-Vorstand jedoch den Bogen überspannt. Nachdem 10 Göttinger GLU-Mitglieder bereits am 10.8. gegen die Politik des neuen GLU-Vorstandes protestiert hatten (siehe AK 136), gab es weitere Stellungnahmen. Der Kreisverband Schaumburg drückte z.B. seine *„Bestürzung"* über das gerichtliche Vorgehen gegen die GLH aus. Dies sei das Werk *„machtbesessener und karrieresüchtiger Profilneurotiker, die Bürgerinitiativen nur dem Wort nach kennen und keinerlei Interesse daran haben, mit Basis- und Bürgerinitiativen zusammenzuarbeiten"*. Man müsse sich fragen, ob man nicht mit der Ablösung Beddermanns durch den neuen Vorstand *„vom Regen in die Jauche"* gekommen sei. Stattdessen solle sich die GLU auf ihre Ziele besinnen und in das Bündnis mit der GLH zurückkehren.

Diese Stellungnahmen dürften neben der eklatanten Schwäche der GLU Hessen den Ausschlag gegeben haben. Die EV wurde zurückgezogen. Bald vernahm man von Niedersachsen, man wolle die Hessen von einer eigenen Kandidatur abhalten, und bei den Hessen hieß es, man überzeuge die Niedersachsen davon, daß eine Kandidatur in Hessen aussichtslos sei. Ein Vertreter des niedersächsischen GLU-Vorstandes erklärte, er habe sich nun überzeugt, daß die hessische GLU „ein Sauhaufen" sei und eine Kandidatur daher sinnlos sei.

Am 31.8. schließlich warf die GLU das Handtuch. Zu einer Wahlempfehlung zugunsten der GLH kam es jedoch nicht, was damit zusammenhängt, daß ein Teil der GLU Hessen zur GAZ tendiert. Die Auseinandersetzungen gehen also weiter. Ein Kreis„verband" hat jedoch bereits beschlossen, gemeinsam mit der GLH in den Wahlkampf zu gehen. Bei zwei weiteren ist dies wahrscheinlich.

Weitgehend hinter den Kulissen schloß die GAZ ihre Wahlvorbereitungen ab. Immerhin stellt auch sie in allen Wahlkreisen Kandidaten. Wie es zu der Kandidatenaufstellung kam, bleibt schleierhaft. Allmählich setzt sich auch in der Öffentlichkeit die Erkenntnis durch, daß die GAZ mit der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung recht wenig, mit dem Projekt einer rechten „Vierten Partei" allerdings umsomehr zu tun hat. Selbst der hessische GLU-Vorsitzende Truss schrieb in der „FR" (23.8.), die GAZ stelle „in Wirklichkeit eine Hilfstruppe von Franz Josef Strauß" dar.

Es war nämlich aufgeflogen, daß ein hessisches Vorstandsmitglied der Gruhl-Partei früher für die rechtsradikale Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) kandidiert hatte. Dieser, ein Karl Kayser, hatte der GLU vor einiger Zeit die Unterstützung der gleichfalls rechtsradikalen „CSU-Freundeskreise" angeboten.

Die GAZ hat es bisher auch tunlichst vermieden, dem hessischen Bund für Umwelt- und Naturschutz auf die Frage nach ihrer Finanzierung zu antworten. Gruhl hatte zu diesem Thema bereits kurz nach der GAZ-Gründung der FAZ sein Leid geklagt: Mit der Finanzierung sehe es *„noch ‚sehr schlecht' aus, wenngleich einige kleine Unternehmer Spenden zugesagt hätten"* („FAZ", 14.7.). Vor einigen „kleinen" Unternehmern, nämlich dem Wirtschaftsclub Rhein-Main e.V., spricht Gruhl am 6.9. in Frankfurt. Mag sein, daß es dabei um dieses Problemchen geht...

**KB/Gruppe Frankfurt**

## Jusos setzen SB unter Druck

Bekanntlich haben die hessischen SB-Gruppen beschlossen, die GLH zu unterstützen. Davon hat sich der Arbeitsausschuß (das bundesweite Leitungsgremium des SB's) distanziert.

Leider erfährt man bisher nur aus der „FAZ" (28.8.), daß es dazu offenbar heiße Debatten mit den Jusos gegeben hat. Hier der entsprechende Abschnitt:



Einen 150 Schreibmaschinenseiten langen Tadel haben die hessischen Jungsozialisten dieser Tage an das „Sozialistische Büro" (SB) in Offenbach, der unter Linken angesehensten Gruppierung außerhalb der SPD, gerichtet. Eine „sinnlose und schädliche Gegnerschaft" zwischen SPD-Linken und „Sozialistischem Büro" wird für den Fall in Aussicht gestellt, daß das SB das Ansinnen einiger seiner Gliederungen, bei den Landtagswahlen in Hessen die „Grüne Liste, Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie" (GLW) aktiv zu unterstützen, wahrmachen sollte. Die politische Diffusität der „Grünen" wird ins Feld geführt: „War es nicht auch Eure, von uns geteilte Einsicht, daß eine neue sozialistische Partei nur mit einem umfassenden, überzeugenden, also über alle politisch interessanten Bereiche konkrete Lösungen und langfristige Perspektiven ausweisenden Programm erfolgreich sozialistische Politik betreiben könne?" Vierzehn Tage danach hat das „Sozialistische Büro", in dessen Kalkül für die Zukunft die SPD-Linke eine große Rolle spielt, seine Leute zurückgepfiffen.

(„FAZ", 28.8.)

Diese plumpe Einmischung der Jusos bestätigt, daß die super-„linke", geradezu anti-parlamentarische Begründung der SB-Spitze für eine Nichtbeteiligung an der GLH nichts anderes als billigstes Theater war. In Wahrheit geht es darum, daß sich die SB-Spitze nicht durch die Unterstützung alternativer Listen ihre „gewachsenen Bindungen" zu SPD und Jusos kaputtmachen möchte.

# Mit der Bunten Liste für die ‚Vaterlandsverteidigung'?

Die "KPD" hat mit einem Artikel ihres Vorsitzenden Semler ("Rote Fahne", 26.7.78) dargelegt, welche Ziele sie mit ihrer Beteiligung an Bunten/Grünen Listen verfolgt: *"Wir glauben, daß sich für einen längeren historischen Zeitraum ein h i s t o r i s c h e r B l o c k der Demokraten, Sozialisten und Kommunisten herausbilden wird, der unter Führung der Arbeiterklasse die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes erstreiten wird ... Dieser Block wird unserer Auffassung nach auch unter der Diktatur des Proletariats fortwirken ...".* **" ... ist unsere Haltung zu alternativen Wahlbündnissen letztlich von dieser langfristigen Perspektive bestimmt und kann ein Schritt auf dem Weg dahin werden."**

Der "historische Block" ist, wenn wir uns nicht irren, eine Erfindung des italienischen Revisionismus und sozusagen die allgemeinere Form des "historischen Kompromisses". Was die "KPD" dabei im Auge hat, wird sie zukünftig erläutern müssen, da sie anscheinend erst vor kurzem auf diesen Begriff verfallen ist (Semler gibt keine Erklärung!).

Der "Block" jedenfalls soll **"anti-hegemonistisch-demokratisch"** sein. "Anti-hegemonistisch" ist nichts weiter als eine beschönigende Umschreibung für "anti-sozialimperialistisch". Gemeint ist die Theorie, daß unser Hauptfeind die Sowjetunion sei; daß diese mit einer angeblich riesigen militärischen Überlegenheit einen "Blitzkrieg" gegen Mitteleuropa vorbereite; daß daher die Staaten der EG und NATO sich enger "zusammenschließen" und "ihre Verteidigungsbereitschaft verstärken" müßten; daß man deshalb auch für den Verbleib der US-Truppen in Europa eintreten müsse, da diese eine Schutzfunktion gegen die Sowjetunion hätten; daß die Interessen der EG und NATO nicht nur in Europa, sondern überall in der Welt militärisch geschützt werden müßten; daß daher z.B. die Intervention der französischen Imperialisten in Zaire zu begrüßen sei. Dies alles wird von der "KPD" seit 1975 vertreten. Den Imperialisten der EG und der USA wirft die "KPD" eine sogenannte "Beschwichtigungspolitik" vor, d.h. mangelnde Entschlossenheit bei der Bekämpfung der Sowjetunion. **Inzwischen hat die "KPD" sogar schon F.J. Strauß zum "Beschwichtigungspolitiker" erklärt!**

Entsprechend dieser Politik will die "KPD" in ihrer Bündnispolitik auch weit rechts stehende Kräfte wie die "Gesellschaft für Menschenrechte" (der CDU und der Springer-Presse nahestehend) und besonders krass anti-kommunistische (im "KPD"-Jargon: "anti-hegemonistische"!) CDU-Leute einbeziehen. **Erste Kontakte wurden tatsächlich schon geknüpft, beispielsweise auf einer "Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Imperialismus" Ende Mai in Lissabon, auf der ein "KPD"-Vertreter sogar gemeinsam mit rechten Christdemokraten u.ä. für eine Resolution stimmte, in der eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei der "Bekämpfung des Terrorismus" gefordert wurde.**

Zwar behauptet die "KPD", daß das von ihr angestrebte Bündnis nicht nur "anti-hegemonistisch" sondern auch "demokratisch" sein solle. Unverkennbar tritt die "KPD" derzeit auch für viele demokratische Forderungen ein. Trotzdem zeigt aber das Beispiel der portugiesischen PCP/ML (offizielle Bruderpartei der "KPD"), daß bei einer Zuspitzung der innenpolitischen Situation sehr schnell der demokratische Bestandteil der Politik über Bord geht und a l l e i n der "anti-hegemonistische", antikommunistische Bestandteil der Politik betrieben wird. Denn jede Zuspitzung der innenpolitischen Situation wird von der "KPD" ebenso wie von ihren portugiesischen Freunden zwangsläufig als eine gefährliche Destabilisierung begriffen, aus der nur der "Sozialimperialismus" Nutzen ziehen könne. Das heißt, es werden in einer derartigen Situation (wie in Portugal nach dem Sturz des Faschismus) nicht bloß die revisionistische KP, sondern a l l e linken Kräfte als "Agenten des Sozialimperialismus" diffamiert, deren Ziel es sei, das betreffende Land "sturmreif zu machen." In einer derartigen Situation verbünden sich Gruppen wie die "KPD" zwangsläufig mit allen reaktionären Kräften, da für sie die Linke ("5. Kolonne Moskaus") dann zum Hauptfeind wird.

Indessen ist h e u t e zu konstatieren, daß die "KPD" zwar viel von "anti-hegemonistischer Bündnispolitik" spricht, aber in der Praxis diesen Plunder weder in die Anti-AKW-Bewegung noch in die alternative Wahldiskussion einschmuggeln konnte. Dieses Gepäck hat die "KPD" überall vor der Tür abstellen müssen, bevor man sie hereingelassen hat. Das veranlaßt die "KPD" dann zu ziemlich schwierigen Tricks, wie beispielsweise in Hamburg, wo sie Plakate zur "deutschen Wiedervereinigung" mit dem Emblem der Bunten Liste verbreitete. Mit solchen Tricks der "KPD" wird sicher zukünftig auch anderswo zu rechnen sein. N i c h t zu rechnen ist hingegen damit, daß die "KPD" irgendwo auf demokratische Weise ihre Forderungen nach verstärkter Aufrüstung der Bundeswehr, engerem Zusammenschluß der EG-Imperialisten usw. in einer alternativen Liste unterbringen könnte. Es sei denn, sie versucht es mal bei Gruhls GAZ - und selbst der muß ja wohl aus der Sicht der "KPD"-Führung als "Beschwichtigungspolitiker" erscheinen, denn er hat sich öffentlich gegen die Neutronenbombe ausgesprochen ...

Die "KPD" sieht sich in letzter Zeit sogar zunehmender Kritik in den alternativen Listen ausgesetzt. Daß sie für den Atomvertrag BRD-Brasilien und für AKW's in China eintritt, wurde ihr beispielsweise vorgeworfen. Auch ihr Bündnis mit CDU-Leuten auf der "Lissabonner Konferenz" geriet ins Kreuzfeuer der Kritik. Die "KPD" reagierte darauf mit Rückzugsmanövern. So wandte sie sich plötzlich g e g e n den Atomvertrag ( allerdings nicht p r i n z i p i e l l gegen Exportgeschäfte der Atomindustrie der BRD!) rechtfertigte jedoch die AKW's in China, da dort alles ganz anders sei. Was die "Lissabonner Konferenz" angeht, zu deren Initiatoren und Vorbereitern die "KPD" gehört hatte, sucht die "KPD" nunmehr eine gewisse Distanz, ohne sich allerdings inhaltlich klar von diesem Unternehmen abzugrenzen und die Beteiligung der "KPD" selbstkritisch als Fehler einzuschätzen. Insgesamt geht es eher darum, der Linken und den sonstigen demokratischen Bündnispartnern der "KPD" Sand in die Augen zu streuen, statt von der "anti-hegemonistischen", pro-imperialistischen Grundorientierung der "KPD"-Politik abzugehen.

Was die "KPD" s a g t ,stimmt nicht mit ihren längerfristigen Absichten überein. So kommt es z.B., daß die "KPD" ihre Lissabonner Kumpanei mit der CDU (die durchaus den längerfristigen Bestrebungen der "KPD"-Führung nach einer "anti-hegemonistischen Einheitsfront" entspricht) ängstlich vor der linken Öffentlichkeit unseres Landes zu verbergen versucht (weitgehendes Totschweigen in der "Roten Fahne"!!), sich gar notfalls selbst verleugnet. Hier gilt es, immer wieder öffentlich die tatsächlichen Absichten und die Worte der "KPD" miteinander zu konfrontieren, um Klarheit auch in den Wahlbündnissen zu schaffen.

# Prozeß gegen die Bunte Liste am 5. September

**Gegen den Presseverantwortlichen der Jugendinitiativen in der Bunten Liste war kürzlich vom Amtsgericht Hamburg Strafbefehl in Höhe von DM 1.200 erlassen worden. Bestraft werden soll damit ein Flugblatt, mit dem im März dieses Jahres gegen einen Polizeieinsatz protestiert wurde, der sich gegen eine Wahlkampfaktion der Jugendlichen richtete. Drei Jugendliche wurden damals im Verlauf eines von ihnen veranstalteten Wahlkampf-Kabaretts festgenommen, zwei mußten nach dem Knüppeleinsatz der Polizei im Krankenhaus behandelt werden.**

In dem Flugblatt, das diese Polizeiwillkür und Wahlkampfbehinderung anklagte, wurde auch daran erinnert, daß die Hamburger Polizei nur wenige Tage zuvor zum S c h u t z der kriminell-faschistischen „Hansa-Bande" und anderer Neonazis (u.a. Hoffmann aus Nürnberg) aufmaschiert war: *„Der Senat, der Nazis schützt, läßt Wehrt-Euch-Kabarett zusammenprügeln"* (Überschrift des Flugblattes). Mit dieser Überschrift und dem darauf aufbauenden Inhalt des Flugblatts sei der Presseverantwortliche der Jugendinitiativen u.a. nach § 90 a StGB straffällig geworden, nämlich *„die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben"*.

Gegen den vom Betroffenen eingelegten Einspruch fand am 25.8. der Hauptverhandlungstermin beim Amtsgericht statt. Gegenstand war dabei vor allem, ob der Senat über den Polizeieinsatz zum Schutz der Neonazis Bescheid gewußt habe und dieser Polizeieinsatz „gerechtfertigt" gewesen sei. Die Verhandlung mußte schließlich abgebrochen und vertagt werden, weil keiner der als Zeugen geladenen Polizisten zu kompetenten Aussagen darüber fähig war. Die Verteidigung des Betroffenen beantragte daraufhin, den Innensenator Staack zum Prozeß zu laden und über den damligen Polizeieinsatz zu befragen.

**Der neue Verhandlungstermin findet nun am 5. September um 12.30 Uhr vorm Amtsgericht Hamburg-Mitte, Sievekingsplatz 3 statt (Verhandlungsraum muß dort erfragt werden).** Allerdings wird Staack dort nicht erscheinen: die Hamburger Bürgerschaft will nämlich erst am selbigen 5.9. darüber beschließen, ob Staack geladen werden „kann"! Zum Prozeß solle aber ein *„instruierter Vertreter des Innensenators"* bereit stehen. Ob dessen Aussagen zum Polizeischutz für die Neonazis dann tatsächlich „kompetent" sein werden, und w i e diese ausfallen, dürfte für viele Antifaschisten und Freunde der Bunten Liste interessant werden.

**Zahlreicher Besuch bei diesem Prozeß ist erwünscht!**

# „Grüne Liste Schleswig-Holstein": Kreisverbände rücken näher zusammen

Am 3. September trafen sich erstmals Delegierte von fünf schleswig-holsteinischen Kreisverbänden der „Grünen Liste" (Lauenburg, Stormarn, Pinneberg, Lübeck, Neumünster, Flensburg) sowie Delegierte von Initiativkreisen (Schleswig-Flensburg, Ostholstein) und Beobachter aus den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Segeberg. Diese Zusammenkunft war notwendig geworden, um eine gemeinsame Politik festzulegen angesichts der vom Landesvorstand gegen den erklärten Willen sämtlicher Kreisverbände und Initiativen betriebenen Politik (s. vergangene AKs). Daß aus einigen Kreisen nur Beobachter vertreten waren, erklärte sich aus bestehenden Widersprüchen unter den Kreisverbänden, welche Konsequenzen aus der bisherigen Vorstandspolitik zu ziehen sind. Während Kreisverbände wie Lauenburg bereits am 3.9. den endgültigen Bruch mit dem Vorstand durch die Gründung eines eigenen Verbandes vollziehen wollten, wurde in anderen Verbänden vertreten, daß die Möglichkeiten, doch noch zur Einheit mit dem Landesvorstand zu gelangen, noch nicht ausgeschöpft seien. Die Gründer eines eigenständigen Landesverbandes wären aus dieser Sicht mitschuldig an einer Spaltung in Schleswig-Holstein.

Da auch Vertreter des rechten Landesvorstandes erschienen, waren alle Strömungen der „Grünen Liste" in Lübeck präsent.

### Der Vorstand: Wie gewöhnlich ....

In der Woche vor der Lübecker Konferenz mußten die Kreisverbände wieder eine Reihe undemokratischer Eigenmächtigkeiten und machtpolitische Schachzüge des Vorstands verzeichnen: Vorstandsmitglied Springmann war am 27.8. dem Bundesausschuß der GLU ohne Legitimation aus Schleswig-Holstein beigetreten.

Von Vorstandsmitgliedern war für den 24. September zu einer „Mitgliedsversammlung" eingeladen worden, wo die „Grüne Liste" Schleswig-Holstein in eine streng hierarchische Partei umgewandelt werden sollte. Teilnahmeberechtigt sollte hier nur sein, wer zuvor schriftlich versicherte, keiner „K-Gruppe" anzugehören.

Der Vorstandsspezi Thürnagel, der sich mit einer Minderheit von der Lübecker Gruppe abspaltete, hatte dem dortigen linken Kreisverband gerichtlich verbieten lassen, sich „Grüne Liste" zu nennen. Zusätzlich war durchgesickert, daß der Vorstand Gruhl zum Star der Mitgliederversammlung machen wollte.

### Der Vorstand blamiert sich nach Kräften!

Die Lübecker Konferenz begann mit einem Überblick der Einlader über die bisherigen Alleingänge und Spaltungsmanöver des Vorstands. Diese Chronologie der Vorstandsaktivitäten wirkte zwar auf alle erschlagen, trotzdem gaben mehrere Redner eingangs ihrer Hoffnung Ausdruck, daß der Vorstand durch entschuldigende Worte den Ausgleich mit den Kreisverbänden suchen würde. Doch der Vorstand blieb bei seinem alten Kurs. Er verteidigte seine Pressekampagne gegen die Kreisverbände und drohte weitere öffentliche Diffamierung der Kreisverbände an. Springmann legte erneut dar, er wolle nicht nur die Kommunisten, sondern alle Bunten aus der GL „ausmerzen". Außerdem bekannte Springmann sich zu seiner Freundschaft mit dem Nazi Thies Christophersen (Herausgeber der „Auschwitzlüge" und Teilnehmer der von „NSDAP"-Gruppen inszenierten „Saalschlacht von Lentförden"). Hinzu kamen provokative Unverfrorenheiten des Vorstands wie etwa, sie seien zufällig in Bochum gewesen und förmlich in den Bundesausschuß der GLU hineingeschliddert.

Ein Lübecker Mitglied traf die Stimmung im Saale haargenau: „Dies ist kein Vorstand, der von Mitgliedern gewählt werden will, sondern einer, der seine Mitglieder wählen will".

### Eine Überraschung!

Die Versammelten hatten gerade begonnen, eine gemeinsame Taktik für die Wilsteraner „Mitgliederversammlung" zu diskutieren, als ein Artikel der „Kieler Nachrichten" vom Vortage verlesen wurde: *„Der Vorbereitungsausschuß* (Anm., Springmann, Thürnagel u.a.) *der Grünen Liste Schleswig-Holstein, der wiederum von Landesvorstandsmitgliedern als Splittergruppe abqualifiziert wird, hat für den 24. September zu einer Mitgliederversammlung nach Wilster eingeladen... Dagegen will nach unseren Informationen der Landesvorstand am kommenden Dienstag beraten, die Versammlung in den Oktober zu verschieben"* („Kieler Nachrichten", 2.9.78). Schnell wurde offensichtlich, daß diese Pressemeldung von G.P. Werner lanciert war, der der Versammlung auch gleich seine schroffe Ablehnung bekanntgab, während Springmann haspelte, er sei sich bis zu diesem Zeitpunkt der absoluten Unterstützung des Vorstands gewiß gewesen. Offenbar war Gerd P. Werner aufgegangen, daß der Vorstand momentan keine Mitgliederversammlung überleben würde, daß der Ausschluß von Kommunisten bei weitem nicht genügt, den Vorstandskurs mehrheitsfähig zu machen.

### Die Beschlüssel

Die Versammelten beschlossen einhellig, nach Wilster zur Mitgliederversammlung zu mobilisieren, dort dem Vorstand die Quittung für seine bisherige Politik zu präsentieren und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse abzuschaffen. Einstimmig wurde zu den UVBs verabschiedet, in Wilster zu beantragen: **„Die Grüne Liste Schleswig-Holstein kennt grundsätzlich keine Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in der Grünen Liste und Mitgliedschaft in anderen Organisationen".**

Bezüglich der Herausbildung eigenständiger Strukturen fanden ebenfalls alle Anwesenden einen tragfähigen Kompromiß: es bildet sich ein Koordinationsgremium mit 2 Delegierten aus jedem Kreisverband bzw. Initiative, aus insgesamt 8 Kreisen. Die noch fehlenden Kreisverbände wurden gebeten, sich anzuschließen, „bei Skepsis wenigstens mit Beobachtern".

Weiterhin wurde festgelegt: **wenn Vorstand und Vorbereitungsausschuß die Wilsteraner Konferenz absetzen und die fällige Mitgliederversammlung verschleppen, wird der Koordinationsausschuß in Absprache mit den Kreisverbänden eine Mitgliederversammlung durchführen.** Als wichtige Aufgabe des Koordinationsausschusses wurde festgelegt, die Programmdiskussion der Kreisverbände zu koordinieren.

Nach all der harten internen Arbeit fanden die Versammelten abschließend zum eigentlichen Zweck ihres Zusammenschlusses in der „Grünen Liste" - der Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung - zurück. Sie beschlossen, ein gemeinsames Flugblatt herauszugeben, das dazu aufruft, gemeinsam mit den Bürgerinitiativen die bevorstehenden Probebohrungen in Gorleben und den damit verbundenen Bau des AKW Brokdorf zu bekämpfen!

**Ein Teilnehmer der Konferenz**

# Die FDP kämpft ums Überleben

Zentrale Parole einer hessischen „Liberalen Initiative": *„Gebt den Liberalen nochmals eine Chance!"* (zitiert nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 1.9.78). Dabei versucht sie den Grünen und Bunten, die sie derzeit als größte Gefahr für ihr Überleben ansieht, Konkurrenz zu machen. Bekanntlich war die FDP schon immer *„eine große Bürgerinitiative, in der der einzelne eine optimale Mitwirkungs- und Durchsetzungschance hat"*, so will es jedenfalls FDP-Bundesgeschäftsführer Verheugen in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" – „FR" – zur Lage der FDP sehen („FR", 29.8.78). Verheugen will den Wählern in Hessen und anderswo weismachen, *„daß Umweltpolitik bei uns am besten aufgehoben ist und die Durchsetzungsschancen für engagierte Umweltschützer oder Ökologen bei uns am größten sind"* (ebenda). Innenminister Baum (FDP), der in dieser Funktion auch für das Ressort Umwelt zuständig ist, sieht das ähnlich: *„Wir fühlen uns in der Tat als Umweltpartei und können auch auf erhebliche Erfolge verweisen ... Ich empfinde mich sehr bewußt als Umweltminister und werde auf diesem Gebiet versuchen, sehr energisch voranzugehen und auch im Kabinett die Umweltflagge zu zeigen"*. Seine Maxime: *„Das beste Prinzip ist, von der Kontinuität der bisherigen Umweltpolitik auszugehen, die von den Liberalen geprägt worden ist"* (alle Zitate aus „Nürnberger Nachrichten" vom 22/23.7.78).

Zu dieser Schmierenkomödie gehört eine demagogische Abgrenzung gegen die „grüne Provokation" (Originalton Theo Schiller, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP), genauso wie der Versuch, sich als konsequent liberale Partei mit bürgerlich-demokratischen Positionen aufzuputzen. FDP-Innenminister Baum bedauert *„in erster Linie nicht einer stellenweise geschwächten FDP, sondern des Umweltschutzes wegen* (natürlich ... Anm. AK), *daß sich die natürlichen Verbündeten und traditionellen Gesprächspartner der Umweltpolitiker in die Arena der Parteien-Rivalität begeben. Dadurch würde der Umweltschutz ebenso geschwächt wie die Glaubwürdigkeit derer, die bisher in Bürgerinitiativen und Verbänden für ihn kämpften"* („Mainpost", 24.7.78). Ganz energisch stellt sich Baum gegen „grüne Parteien", denn die würden *„dem Bürger ein Zerrbild der Wirklichkeit präsentieren"* (ebd). Gruhls 30-Punkte-Programm nannte er *„ein erschreckendes Dokument der Ideologie und eine ‚Karrikatur der Wirklichkeit'. Der Preis für darin enthaltene Forderungen sei nicht nur der Verzicht auf Bananen aus Übersee und italienische Tomaten, sondern der Abschied von Wohlstand, sozialen Errungenschaften und letztlich auch Freiheit"* (ebenda). *„Ich als Liberaler lehne das aus tiefster Überzeugung ab. Mich erinnert das ein wenig an ähnliche Glücksversprechungen, die eine Zeitlang im Vorfeld der Nazizeit die Politik bestimmt haben"* („Nürnberger Nachrichten" – „NN", 22./23.7.78).

Natürlich „bejaht" Baum „grundsätzlich" die Bürgerinitiativen und Umweltverbände.

Er bietet ihnen *„eine vertrauensvolle Kooperation"* an (ebenda). Aber das ist nur Teil der liberalen Schminke, die die FDP jetzt vor den Wahlen noch schnell auflegen will. Dazu gehört auch, wenn man FDP-Bundesgeschäftsführer Verheugen Glauben schenken will, *„eine andere Praxis des Extremistenbeschlusses, oder eine Novellierung des Kontaktsperregesetzes, oder wir wünschen ein Antidiskriminierungsgesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau"* (nach „FR", 29.8.78). Das gehört genauso zum Wahlkampf wie das tolle Programm der Schleswig-Holsteinischen FDP, das glatt mit dem der „linken" SPD konkurrieren kann.

In der Praxis marschiert die FDP aber munter nach rechts. Ob das ihre maßgebliche Verantwortung bei den zutiefst unsozialen Steuerbeschlüssen ist oder ob das die „Konsequenzen" aus den verschiedenen Wahlen sind. Bezeichnenderweise macht Bundesgeschäftsführer Verheugen die „Selbstdarstellung und Politik" der „linken" Hamburger FDP (*„die von der Mehrheit ihrer Wähler nicht mehr verstanden worden ist"*) für ihr Desaster verantwortlich.

In der nordrhein-westfälischen FDP hat sich vor kurzem eine größere Gruppe „Liberaler" gefunden, die die FDP auf einen noch strammeren Rechtskurs festnageln will (die FDP müsse *„ihr positives Verhältnis zur Bundesrepublik und zum Staat allgemein ... stärker in einem patriotischen Sinne festlegen"*, bei den „ausufernden" Umweltschutz-Diskussionen müsse man jetzt betonen, daß man *„stolz auf den gemeinsamen Rechtsstaat"* sei usw. – nach „FAZ" vom 29.8.78). Und es mehren sich die Stimmen maßgeblicher FDP'ler, nach weiteren Mißerfolgen bei den kommenden Wahlen, die „sozialliberale Koalition" zu verlassen.

## Niedersachsen:
# Proteste gegen Ausschluß-Politik des GLU-Vorstands

Nach dem letzten Parteitag der GLU Niedersachsen rief der neue Vorsitzende Otto zur Kommunisten-Jagd. Unter Ottos Motto: „Ein guter Ökologist muß ein guter Antikommunist sein" befindet sich die GLU im Wettstreit mit der GAZ. Allerdings stößt dieser Kurs keineswegs überall in der GLU auf Gegenliebe. Exemplarisch für diesen verschärften Kurs wollen wir hier einige Vorfälle darstellen.

### Lüneburg

Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung Mitte August wollten sieben aktive Mitarbeiter der GLU Aufnahmeanträge stellen. In einer Stellungnahme „An alle GLU-Mitglieder" schildern sie die darauf folgenden Vorgänge: *„Insbesondere der erste Vorsitzende, Herr Schmitt, brüskierte uns gleich, als wir um ein Beitrittsformular baten, mit der Frage, ob wir Sympathisanten oder Mitglieder des KB seien* (...). *Sein Interesse an neuen Mitarbeitern und Mitgliedern scheint nicht besonders groß zu sein, denn bisher warten wir schon 14 Tage auf eine Nachricht von ihm auf die Beitrittsformulare! Auf telefonische Nachrage schob er dafür mangelnde Zeit vor, denn die benötigte er wohl, um erst einmal Erkundigungen über uns einzuziehen!* (...)."

Bis heute haben diese sieben noch kein Beitrittsformular erhalten, dafür allerdings schickte Schmitt ihnen am 28.8. einen Brief, durch den ihre Befürchtungen voll bestätigt werden: Mit diesem Brief wird zum einen de facto ein Aufnahmestopp für die GLU festgeschrieben; außerdem wird den Eintrittswilligen ein „Aufnahmegespräch" (= Anhörungsverfahren!) angekündigt:

**„Angesichts der Probleme, mit denen sich die GLU zur Zeit herumzuschlagen hat – mögliche Abwanderung ängstlicher Mitglieder zur GAZ, Kontroverse um die Rolle der Kommunisten in der ökologischen Bewegung, Diffamierungen durch den KB im ‚Arbeiterkampf' und durch die von ihm weitgehend bestimmte ‚Bunte Liste', offene Diskussion um den sogenannten 3. Weg – hat der Vorstand beschlossen, ein Papier abzufassen, das die Ziele der GLU unmißverständlich beschreiben und die Art der politischen Arbeit fixieren soll (...)".**

Zur Unterstützung der Ausschlußpolitik verschickte der Vorstand der GLU Lüneburg ein antikommunistisches Hetzpapier an alle Mitglieder. Hier einige Kostproben: *„Erklärtes Ziel aller K-Gruppen ist die Revolution, die Zerschlagung des jetzigen Staates. (Der KB hat z.B. das Ziel, eine Räterepublik zu errichten.) Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es des Elements einer rapiden allgemeinen Verschlechterung der Lebensgrundlagen. Da die ökologische Bewegung durch Reformen versucht, diese Grundlagen zu erhalten, muß sie den K-Gruppen notwendigerweise als eine Kraft erscheinen, die die Revolution hinauszögert bzw. ganz verhindert. Logisch muß es den Kommunisten dann erscheinen, diese Reformisten mit allen Mitteln zu bekämpfen, z.B. durch Unterwanderung. Daß sie etablierten Parteien damit in die Hände spielen, nehmen sie um der Erfüllung ihres langfristigen Ziels — der Revolution — kurzzeitig gern in Kauf* (...)" Diese Argumentation entspricht bis in die Einzelheiten der vor einigen Jahren in Hamburg von der IG Chemie verbreiteten Anti-KB-Schrift „Was wollen die Chaoten?" — Anscheinend handelt es sich um dieselbe Handschrift!

Gegen die undemokratische Politik des Parteivorstands regt sich an der Basis Kritik. In einer Reihe von Erklärungen und Stellungnahmen werden vor allem folgende Punkte angegriffen: Die Unvereinbarkeits- und Ausschlußpolitik. Das Eingreifen des Vorstandes gegenüber der GLU und GLH in Hessen sowie die Festlegung des „3. Weg" als Grundlage der GLU-Programmatik ohne vorherige Diskussion innerhalb der Partei. Es mehren sich auch die Vorwürfe, daß der Vorstand es nicht für notwendig erachtet, seine Mitglieder über so wichtige Fragen wie die Kandidatur in Hessen überhaupt zu informieren — von einer „Partei neuen Typs" (Lippelt) ist tatsächlich nichts mehr übrig geblieben!

### Protestbrief aus Lüneburg

Ein Mitglied des Vorstandes der GLU Lüneburg hat sich in einem Brief „GLU am Scheideweg" an den Landesvorstand von dem antikommunistischen Hetzpapier distanziert und sich gegen die Ausschlußpolitik gegenüber angeblichen KB-Mitgliedern ausgesprochen. Zu den beiden Ausschlüssen, die in Lüneburg bereits durchgezogen wurden, und über die negativen Auswirkungen, die dies für die GLU-Arbeit hatte, schreibt sie: *„Nach langer Debatte wurde ihnen eine Mitgliedschaft in der GLU untersagt, während eine Mitarbeit damals* (vor Liebenau) *sogar begrüßt wurde. Nun — nach Liebenau — begann die Debatte gegen ihre Mitarbeit. Dieses Palaver und die neuen Beschlüsse sind es, die wichtige Arbeitsbereiche der GLU kaputt gemacht haben. Nachdem schon die Gruppe Gorleben auseinandergefallen ist (Dr. Schmitt, unser erster Vorsitzender, ist nach seinen eigenen Worten nur dieser Gruppe beigetreten, um den einen KB-ler, der dort mitarbeiten wollte, zu beaufsichtigen!), wird es auch die Frauengruppe nicht mehr geben, weil deren Mitglieder den Ausschluß einer mitarbeitenden KBlerin nicht akzeptieren und nun ihre Arbeit ohne den Namen GLU fortsetzen wollen. Wir haben also nur verloren* (...).

*Als ich mich für die GLU einsetzte, tat ich das in der Annahme, sie sei eine neue Partei, die nun endlich Basisdemokratie verwirklichen könnte, die auf allen Ebenen, auch auf denen des Grundrechts und der Menschenwürde, gegen zunehmende staatliche Willkür einschreiten würde, unabhängig von ihrem ökologischen Programm .... Jetzt ist sie* (meine Annahme, Anmerk.) *erschüttert, und das geht sicher vielen Wählern und auch vielen neuen Mitgliedern so, die sich eine gezielte Bespitzelung gefallen lassen müssen und dann doch lieber auf d i e s e Partei verzichten? Wie sonst — als durch diskriminierende Nachforschungen — wollte man die GLU ‚reinhalten' von Freunden, Anhängern, also schlicht ‚Sympathisanten' des KB?*

*Soviel Furcht um eine Minigruppe in unserer Bevölkerung ist wohl das kleinlichste und beschämendste, was sich eine neue Partei leisten kann! Davon möchte ich mich distanzieren und hoffe, daß in anderen Kreisverbänden auch noch Leute sitzen, die den Kopf oben behalten und die Wahlsprüche der GLU nicht nur als „Sprüche" abtun, sondern sie in die Tat umsetzen."*

### Kreisverband Schaumburg-Lippe

Umfassend kritisiert der GLU-Kreisverband Schaumburg-Lippe die augenblickliche Vorstandspolitik. Zunächst einmal geht es um Hessen und die Informationspolitik des Vorstandes: *„Wieder einmal erfuhren wir wieder nur durch die Presse, vorwiegend die FR, von den Vorgängen in Hessen. Wieder einmal schnellte die Telefonrechnung in die Höhe, um etwas Licht in das Dunkel zu bringen, das wohl nicht nur unseren Kreisverband in dieser Frage umgibt"*. Nachdem sie die schwankende Haltung des Vorstands zum Bündnis mit der GLW kritisiert haben, kommen sie zum juristischen Vorgehen gegen die GLH: *„Wohl einmalig in der Geschichte der Öko-Bewegung ist das gerichtliche Vorgehen gegen die GLH: Was sich hier abspielt, kann man nur schlichtweg als Trauerspiel bezeichnen. Wir nehmen hier den Herrschenden eine Menge Arbeit ab. Die Leute, die in dieser Sache die Fäden in der Hand haben, sollten sich diesen Schritt wirklich noch einmal überlegen und sich klarmachen, daß sie ohne bösen Willen vielleicht die Glaubwürdigkeit der GLU in puncto Alternative hiermit zu Grabe tragen (...).*

*Wenn die GLU wirklich alternative Politik betreiben will, dann muß sie schleunigst den Weg verlassen, auf dem sie sich jetzt befindet. Der führt nach unserer Meinung ohne Abbiegmöglichkeit direkt in das Lager der etablierten Parteien, und da wollen wir nicht hin. Wenn man sieht, wie mit der sogenannten ‚3. Weg-Theorie' verfahren worden ist, so fällt einem der Vergleich mit SPD, FDP und CDU nicht schwer. Die Linie wird ausgegeben, von der Spitze, und die Basis hat sich danach zu richten.*

### Göttingen

Erfreulich ist auch, daß neben einer Reihe weiterer Erklärungen zu diesen Fragen aus anderen Orten der Kreisverband Göttingen einstimmig eine Resolution zur Unterstützung der Biblis-Demonstration angenommen hat. Dies wird den Vorstand auch nicht gerade erfreuen, da ja – wie das Lüneburger Beispiel und die Genehmigungspflicht der Göttinger Info-Tische der GLU durch den dortigen GLU-Vorstand (siehe letzter AK) – im Vorstand Parteivorstellungen herrschen, nach denen die Mitglieder nur das auszuführen haben, was der Vorstand beschließt. Immerhin konnte die Mehrheit der Göttinger GLU-Mitglieder durch ihre Proteste erreichen, daß die KB-Verdächtigen weiter an den Sitzungen teilnehmen können, obwohl das Ausschlußverfahren weiter läuft.

# GLU-NRW: Kniefall vor der GAZ

**Mit 42 gegen 29 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschloß eine Mehrheit der nordrhein-westfälischen GLU auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 27.8.78 in Bochum den Übertritt zur GAZ von Herbert Gruhl. Der Übertritt der GLU-Mehrheit erfolgte nur zwei Monate nach Gründung des Verbandes.**

Vorausgegangen war dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Versammlung der Gründungsmitglieder, die als alleiniges Thema die Behandlung eines vom GLU-Vorsitzenden Wegener entworfenen Beitrittsformulars hatte, in dem die beitretenden GLU-Mitglieder sich auf „Gewaltlosigkeit" verpflichten mußten und die Mitgliedschaft in einer „K-Gruppe", namentlich im KB, als GLU-unvereinbar festgestellt wurde. Damit hatte die Mehrheit des Vorstands der NRW-GLU gegen die Ablehnung eines solchen Unvereinbarkeitsbeschlusses durch die Gründungsmitgliederversammlung gehandelt. Auch am 27.8. lehnte die Mehrheit der anwesenden 35 Gründungsmitglieder dieses Beitrittsformular ab. Im Widerspruch dazu steht allerdings, daß die anschließend erfolgte mehrheitliche Zustimmung zum GAZ-Übertritt u.a. an die Übernahme von Wegeners Unvereinbarkeitsformular gebunden war.

Die nichtanwesenden GLU-Mitglieder sollen innerhalb der nächsten 14 Tage in einer Urabstimmung ihre Stellung zum GAZ-Übertritt angeben. Allerdings wird es noch einen Rechtsstreit darum geben, wieweit das Bochumer Abstimmungsergebnis überhaupt rechtmäßig ist. Während Wegener behauptet, eine einfache Mehrheit reiche dafür aus, verweisen GLU-Mitglieder darauf, daß es sich um eine Verbandsauflösung handele (wozu eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist), zumindest aber um eine Satzungsänderung (wozu eine Zweidrittelmehrheit benötigt wird).

Unübersehbar war die Liebedienerei der anwesenden GLU-Vorstands-
änderung (wozu eine Zweidrittelmehrheit benötigt wird).
Unübersehbar war die Liebedienerei der anwesenden GLU-Vorstands-
mitglieder auf einer Versammlung ihres eigenen Vereins gegenüber den anwesenden GAZ-Führern Gruhl und Kaminsky. So versicherte Niedersachsens GLU-Vorsitzender Otto den GAZ-Herren wiederholt und nachdrücklich, daß er gestandener Antikommunist und die vielzitierte Linksunterwanderung der GLU ein Irrtum sei. GLU-Vorstandsmitglied Lippelt aus Hannover appellierte wiederholt, man solle doch endlich zu gemeinsamen Gesprächen kommen. Leise Kritik klang bei den GLU-Vorständlern allein an der Art und Weise der GAZ-Gründung an, ansonsten sei man sich doch einig. Lippelt betonte sogar, daß letztlich alles ganz anders gelaufen wäre und eine Spaltung hätte vermieden werden können, wenn Gruhl in Niedersachsen nicht nur mit Beddermann verhandelt hätte, sondern auch mit den Leuten, die jetzt den Vorstand bilden. Ingenieur Knabe, Vertreter des Niedersachsen-Kurses im NRW-Vorstand, betonte, er hätte mit „Feuereifer" dafür gekämpft, daß Gruhl einen führenden Platz erhalten hätte, wäre nicht die unselige GAZ-Gründung gewesen.

Und noch zwei Tage nach dem Bochumer Treffen erneuerte Otto über die Presse das Angebot zur Zusammenarbeit mit der GAZ, um ein *„Gegeneinander der Öko-Kräfte endgültig zu stoppen"* und schlug die Bildung gemeinsamer Listen zu den Europarats- und Bundestagswahlen vor („FAZ", 30.8.78).

Zur Stärke der GLU-NRW: Auf der Mitgliederversammlung waren 75 Stimmberechtigte anwesend (von insgesamt 140 Mitgliedern). Also nur ein geringer Teil dessen, was heute bereits in verschiedensten Wahldiskussionskreisen mitarbeitet.

Die verbliebenen GLU-Mitglieder, unter denen eine Reihe fortschrittlicher Opponenten gegen den rechten Gruhl/Wegener-Kurs sind, tun gut daran, aus den Erfahrungen des 27.8. die Konsequenz einer deutlichen Abgrenzung zur GAZ zu ziehen. Eine Orientierung auf das breite Spektrum der Bürgerinitiativen und Basisbewegung kann der weiteren Entwicklung in Nordrhein-Westfalen nur förderlich sein.

# Bürgerliche Parteien entdecken das Grün

**Verfolgt man in den letzten Wochen die bürgerliche Presse, findet man dort eine wahre Flut von Enthüllungen über Umweltskandale oder Unfälle in Atomkraftwerken. Was noch vor nicht allzu langer Zeit tunlichst verschwiegen wurde, findet man heute in den Schlagzeilen. Auch die bürgerlichen Parteien machen auf „Grün" und überbieten sich gegenseitig, „dieee ... Umweltpartei" zu sein. Die Bundesregierung verkündet „Milliardenprogramme" zum Schutze der Umwelt und für die Sicherheit von AKWs. Fast scheint's, sind die Bürgerinitiativen auf dem Höhepunkt ihrer Anstrengungen und könnten sich alsbald auflösen, da ja nun die Regierung und die Parteien sich endlich der „ökologischen Probleme" angenommen haben!?**

## Die bürgerliche Presse enthüllt um die Wette

*„Dreimal Alarm: Gaswolken! Tausende von Menschen in Bayern, der Pfalz und USA betroffen", „Skandal in Norderstedt: Wasser verseucht"* („Hamburger Abendblatt").

So und ähnlich füllen derzeit die Umweltskandale die Spalten der bürgerlichen Presse. Um die Skandale noch ein wenig anzureichern, sind uralte Müllgeschichten als „neue" Umweltskandale entdeckt worden. Ganz „zufällig" ist Anfang August eine Geschmacksveränderung von Trinkwasser aus einem Brunnen in Norderstedt bei Hamburg festgestellt worden, die auf vor 15 (!!!) Jahren vergrabene Medikamente eines aufgelösten pharmazeutischen Betriebes zurückzuführen sind. Ebenfalls vor 15 Jahren (!) waren auf dem Gelände der „Saar-Ferngas-AG" in Frankenthal rund 70.000 Liter Benzol in das Grundwasser und in die Bewässerungsbrunnen einer Wohn- und Gartenbausiedlung gelangt.

Dieser Vorfall war schon 1973 infolge Sanierungsarbeiten erstmals entdeckt worden. Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen des Benzolunfalls wurde damals jedoch wegen Verjährung stillschweigend eingestellt! Erst im Frühjahr 78 wurde die Entnahme von Beregnungwasser den Kleingärtnern verboten!

## Bundesregierung und bürgerliche Parteien werden aktiv

Bundesregierung und bürgerliche Parteien werden aktiv

In dicken Schlagzeilen wurde in der Presse verkündet, daß die Bundesregierung in Zukunft 35 % mehr für den Umweltschutz ausgeben wolle („Welt", 15.8.78). Gleich nach der Sommerpause des Bundestages Anfang September soll auf Drängen von Bundeskanzler Schmidt ein umfangreiches Paket von Gesetzesentwürfen um Wasser, Luft und Boden im Bundestag verabschiedet werden („Spiegel", 22.8.78).

Ein paar Tage vor dieser Ankündigung war schon der himmelblaue Umweltbus des Bundesinnenministeriums als Wanderausstellung für den Umweltschutz losgeschickt worden („FAZ", 10.8.78).

Währenddessen überboten sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig, die „wahre Umweltpartei" zu sein (Genscher, „FAZ", 24.8.78) oder sich den Grünen Listen als *„die Mutterpartei der Bürgerinitiativen"* für Koalitionen anzudienen (Eppler, 4.8.78). Auch der DGB sprang schnell in die Umweltbresche und forderte ein Frühwarnsystem für chemische Schadstoffe – warum nicht auch für radioaktive? – („FAZ", 28.8.78).

Niggemeier, bekanntestes Beispiel für den Atomfilz und skrupelloser Atombefürworter, veranstaltete eine Diskussion zu einem langvergessenen Zinkskandal.

Um das durch die Stillegung praktisch aller AKW's und den Skandal in Brunsbüttel stark angeschlagene Image aufzupolieren, verkündete Hauff, bis zum Jahre 1982 fast eine halbe Milliarde DM für „Sicherheitsforschung" in Leichtwasserreaktoren ausgeben zu wollen. Und der Innenminister von NRW, Hirsch, forderte sogar eine Staatskontrolle für Atomanlagen, da die Betreiber Unfälle zu spät oder gar nicht melden würden („FR", 18.8.78).

Demonstrativ wurden im AKW-Brunsbüttel mehrere Leute geschaßt und der HEW von staatlicher Seite her ein scheinbarer Rüffel erteilt. Hintergrund dieser Aktivitäten sind die sich häufenden Pannen im Atomprogramm und die bisher erfolglosen Versuche, die Anti-AKW- und die Umweltbewegung mundtot zu machen. Wurde bisher immer auf die kriminellen AKW-Gegner und fanatischen Umweltschützer geschimpft, hört man heute Töne wie: *„Im Umweltbereich ruhen ungehobene Schätze"* (Innenminister Baum, „Spiegel", 22.8.78). Entsprechend findet man in den Sprachrohren der Bourgeoisie „Handelsblatt" und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" große Grundsatzartikel, wie man in Zukunft die ‚grüne Welle' in den Griff bekommen könnte. Unter der Überschrift *„Im Umweltschutz fehlt die Strategie"* von A. Kuhlmann, Chef des TÜV-Rheinland und Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen, wird bemängelt, daß es der Staat bisher versäumt habe, das entsprechende ideologische Klima zu schaffen, in dem die Bevölkerung bereit ist, das Atomprogramm und die fortwährende Verschlechterung der Umweltbedingungen hinzunehmen. *„Was heute fehlt, ist eine Umweltphilosophie als geistige Basis für die praktische Politik. Ohne überzeugenden Überbau werden Gesetzgeber und Administration tätig, wo es gerade brennt. Das war gestern bei der verschmutzten Luft, ist heute bei den Kernkraftwerken..., der Bürger vermißt die überzeugenden Handlungen im vorbeugenden Sinne, die sich sinnvoll in eine große Strategie Umweltschutz einfügen"* („HB", 11.8.78).

Ähnlich wie sein „Kollege" Michaelis, der wesentlich an dem Aufbau der europäischen Atomprogramme mitgewirkt hat, sieht er das Problem einfach als eine *„Krise des Menschen in der Industriegesellschaft"* („FAZ", 26.8.78).

Das größte Problem sehen aber beide darin, daß nicht von vorneherein klar gesagt worden sei, welche Gefahren mit dem Atomprogramm verbunden gewesen seien, worauf nun die Atombetreiber nach jedem Unfall neu beschwichtigen müßten. *„Gesündigt wurde vor allem bei der Rechtfertigung dieser Entscheidungen, indem man suggerierte, es gebe eine absolute Sicherheit. Eine Risikobetrachtung nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung setzt sich erst langsam durch. Sicherlich existieren Gefahren, sehr große sogar (!)"* („FAZ", 26.8.78).

*„Die Großtechnik ist für den einzelnen nicht überschaubar und wird in ihrer Wirkungsweise oft nicht richtig begriffen. Seriöse und objektive Aufklärung hat es zumindest recht-*
*zelnen nicht überschaubar und wird in ihrer Wirkungsweise oft nicht richtig begriffen. Seriöse und objektive Aufklärung hat es zumindest recht-*
*zeitig nicht gegeben und an ihre Stelle ist nur Agitation und Antikampagne getreten. Der Staat hat auf diesem Feld leider bisher manches offengelassen, obwohl er zur Aufklärung der Öffentlichkeit verpflichtet ist"* („HB", 11.8.78). Kuhlmann empfiehlt zu propagieren, daß man eben mit der Gefahr zu leben habe: *„.... die Industriegesellschaft muß sich zu der Einsicht bekennen, daß auch das Leben in der Welt der Technik mit einem Risiko verbunden ist. Für dieses Risiko erhält der Mensch auf der anderen Seite eine Vielzahl von Segnungen der Technik (!), die ihm ein so angenehmes Leben gestatten, wie das in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nicht möglich war. Solange wir uns nicht zum „Risikokonzept" bekennen... gibt es beim Umweltschutz ... nicht die Klarheit und Ruhe, die wir den Menschen einer Industrienation schuldig sind"* („HB", 11.8.78).

Letztendlich heißt dies nichts anderes, als daß es einfach nicht mehr zu vertuschen ist, daß das Atomprogramm menschenbedrohend ist und wegen seiner ständigen Unfälle immer neuen Zündstoff in sich birgt.

So wird also nach einer Linie gesucht, wo durch die offensive Berichterstattung über die Gefahren der Atomkraftwerke einem Gutteil der Kritik die Spitze abgebrochen wird. So ist auch zu erklären, weshalb NRW-Innenminister Hirsch nach dem Unfall im Forschungsreaktor Jülich einen geharnischten Brief losschickte: *„Ich bin der Meinung, daß die zu geringe Information der Bevölkerung erst viele Bürger gegen die technische Nutzung der Kernenergie zum Widerstand, zu Fragen, und zu Zweifeln herausgefordert hat, ..."* („FR", 18.8.78).

Durch solch eine Politik soll den Bürgerinitiativen ihre bisherige Entlarvungsfunktion genommen werden, da sich gezeigt hat, daß Unfälle sonst von den BIs doch ans Tageslicht befördert werden.

Auf der anderen Seite werden die anderen Umweltgefahren nicht zuletzt auch dadurch in der Presse so breit getreten, damit die Gefahren der Atomenergie und anderer Umweltskandale als eine unter vielen, bzw. noch harmloser als diese erscheinen sollen. Umweltschutzwirbel entfachen, um die größten Umweltgefährdungen abzudecken und die Kritik am kapitalistischen System abzuwenden, das ist das Ziel dieser Kampagne. Eine ähnliche Funktion, wie sie auch rechte Öko-Parteien haben können, die den Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben haben, etwa wie die GAZ, die den Umweltschutz schließlich beim Verzicht des einzelnen ansetzt, oder die GLU-Bayerns, die trotz grünen Mantels f ü r Atomkraftwerke eintritt. Ein Umweltschutz also, der gleichzeitig AKWs, aber auch die Wiedereinführung der Biber an Gewässer fordert.

Bei dieser Kampagne nimmt die Bourgeoisie ein geschärftes Umweltbewußtsein durchaus in Kauf, wenn es ihr damit gelingt, der Kritik die Spitze abzubrechen. Wenn sich die Politiker aktuell gern im grünen Mäntelchen oder besser gesagt mit grünem Halstuch zeigen, besteht auch die Chance, sie beim Wort zu nehmen und sie umso nachhaltiger als Schaumschläger zu entlarven. Der hessische Wahlkampf hat gezeigt, daß sich die bürgerlichen Politiker gern für einen „Dialog" bereit halten. So fuhr jüngst Umweltminister Görlach mit BI-Vertretern in die Giftmülldeponie Herfa-Neurode und es gab anschließend eine öffentliche Diskussion, ähnliches veranstaltete auch die FDP. Wenn die bürgerlichen Politiker bei ihrem Umweltschutz„dialog" zu konsequenten Handeln aufgefordert werden, dann müssen sie unbedingt ins Schleudern kommen und unweigerlich passen.

Gleichzeitig wird es Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung sein, aufzuzeigen, daß im Windschatten ihrer Umweltkampagne die Atombetreiber große aktuelle Pläne hegen. Denn in den nächsten Wochen und Monaten stehen im Zusammenhang mit dem Atomprogramm der Bundesregierung einige wichtige Entscheidungen an.

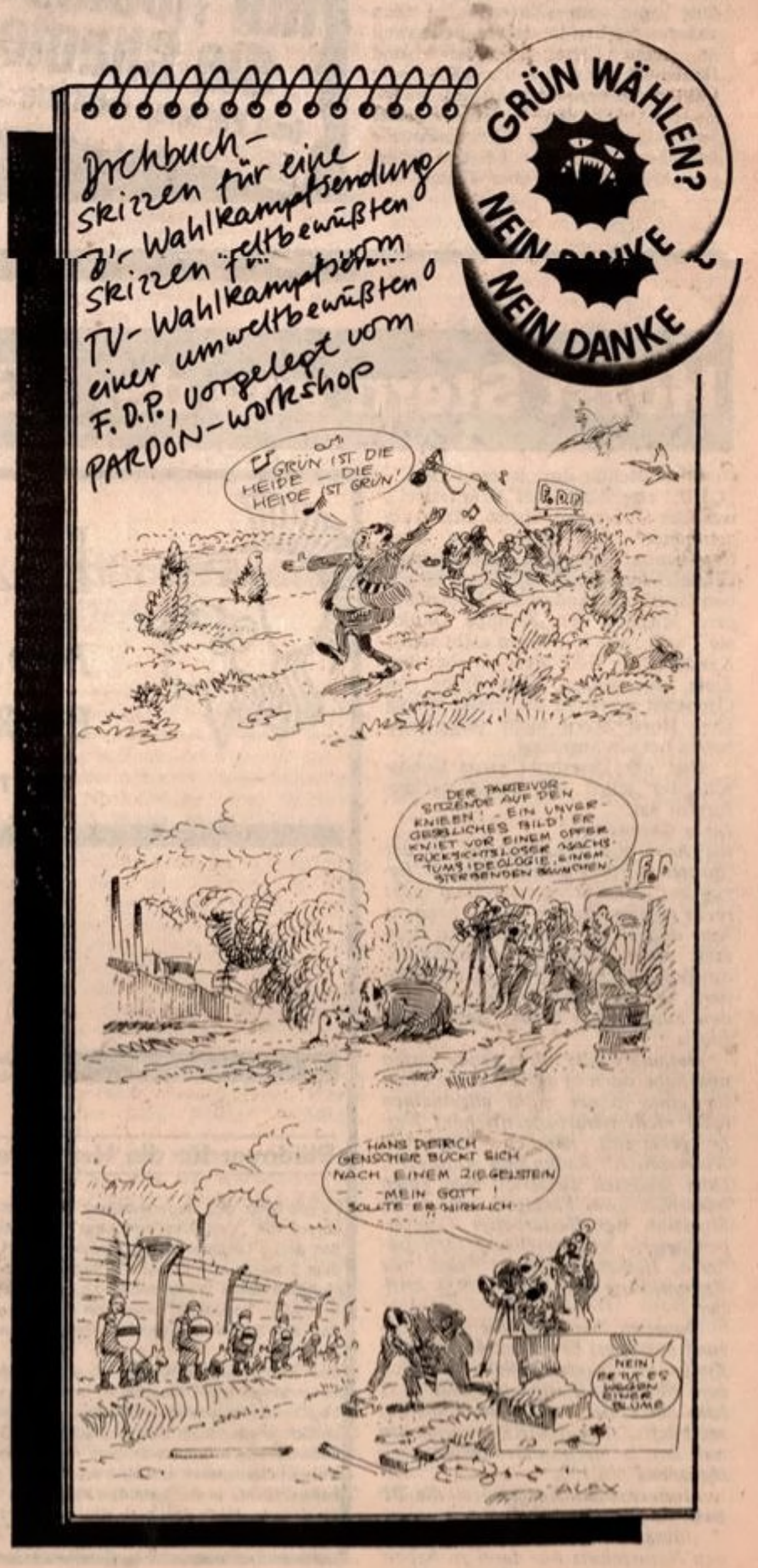
- Mitte September steht das Genehmigungsverfahren für das Zwischenlagerbecken in **Ahaus** an. Diese Entscheidung dürfte auch ein weiteres Zwischenlager in **Stade** beeinflussen.
- In der zweiten Oktoberwoche soll der Baustopp **Grohnde** verhandelt werden.
- Der Baustopp **Brokdorf** wird automatisch aufgehoben werden, wenn die Ende des Jahres angekündigten Probebohrungen im Raum Gorleben begonnen werden.
- Ein weiteres Zwischenlagerbecken für abgebrannte Brennelemente wird von der Atomindustrie im nordhessischen **Borken** geplant.
- Des weiteren wird über **Biblis C** demnächst nach der Hessenwahl entschieden werden.
- Auch der **Wyhl-Prozeß** verspricht spannend zu werden, nachdem 27 Heidelberger Studenten nachweisen konnten, daß die offiziellen Gutachten getürkt sind.
- Der Fall **Esenshamm** wird am 12. und 13. September weiter vor Gericht verhandelt. Dort ging es um die Teilbetriebsgenehmigung des Reaktors an der Unterweser.

Auch in der Bautätigkeit werden die Betreiber nicht müde. Nachdem vorübergehend bis zu neun Atomkraftwerke stillgelegt waren, muß jetzt für Nachschub gesorgt werden.

- Das Millionenmuseum, das AKW **Lingen**, soll jetzt einen Zwillingsbruder erhalten. Dies hat zumindest die VEW und ein weiteres Elektrizitätsunternehmen beim zuständigen Sozialministerium in Niedersachsen beantragt.
- **Gundremmingen** soll für den fast zwei Jahre stilliegenden Reaktor einen weiteren erhalten.

Diese Pläne gilt es zu durchkreuzen!

**AKW-Nein-Kommission**



# Die Anti-Grün-Kampagne der Gewerkschaften

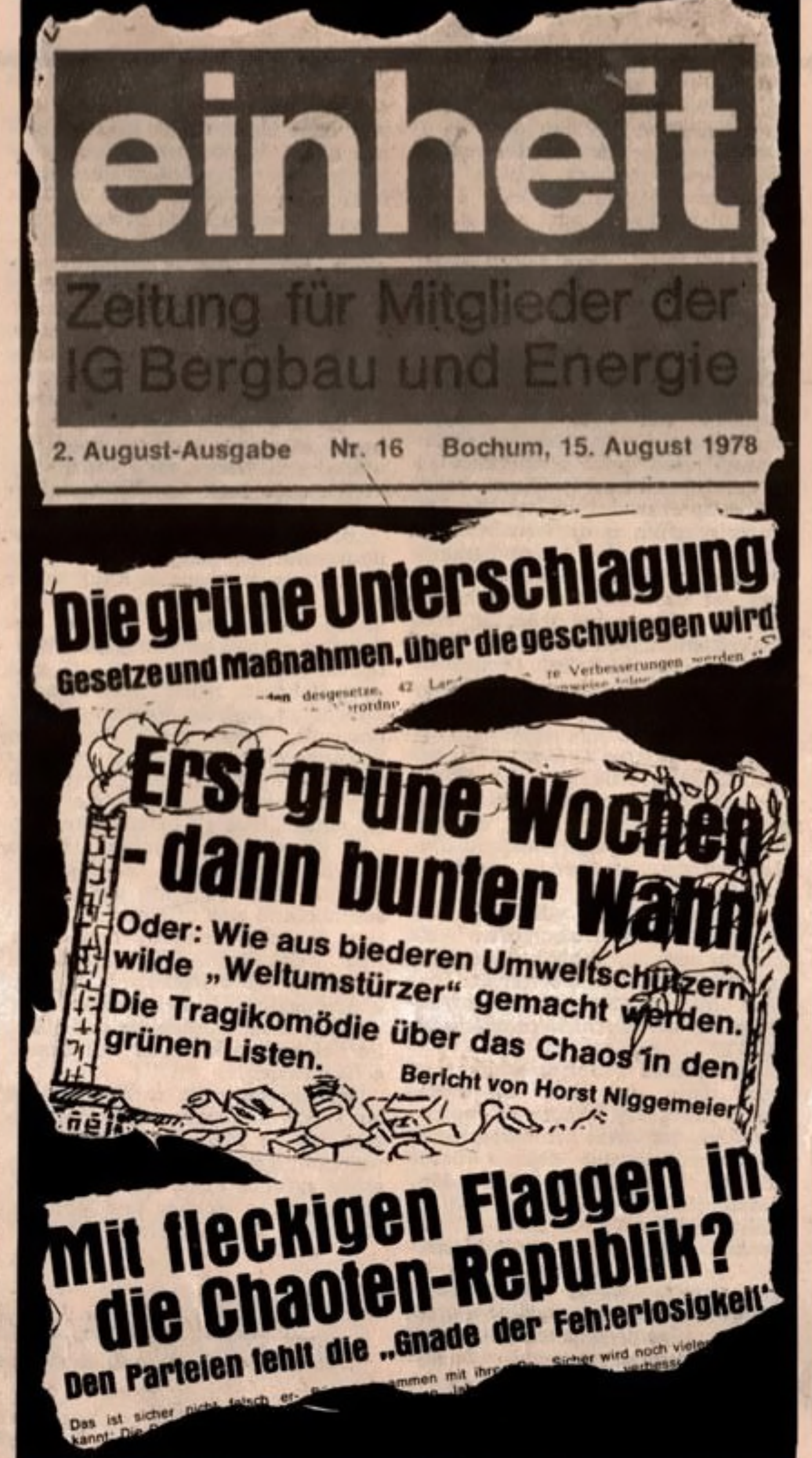
Bei keiner Kampagne der Bourgeoisie in letzter Zeit dürfen die Gewerkschaften an vorderster Front fehlen, so auch bei der neuen „Umweltschutzkampagne" der Herrschenden (s.nebenstehenden Artikel).

Prof. Kurt Sontheimer gab in der IG Chemie Gewerkschaftspost (Aug. 78) das Stichwort unter der Überschrift: *„Die 'Grünen' ante portas - Politik der Grünen im Interesse der Arbeiterschaft kaum zu vereinbaren".*

Dies begründete er damit, daß das Dreiparteiensystem *„für die Stabilität unserer politischen Ordnung überhaupt"* erhalten bleiben müsse. Die *„ethablierten Gruppen"* dieser Ordnungen, natürlich also auch die Gewerkschaften, müßten *„die Signale des Protestes ernst nehmen und stärker als bisher darn mitwirken, daß ihm die berechtigten Gründe. . .entzogen werden"*, damit die Verunsicherung des Parteiensystems durch Grüne und Bunte *„nur eine Episode"* bliebe. Darum sollen jetzt die Gewerkschaften *„das Augenmerk auf die humanen Kosten des Fortschritts richten"*, d.h. eine Umweltschutzkampagne entfachen. Dabei sollten die *„romantischen, also unpolitischen , nach rückwärts gewandten Tendenzen der Bewegung"* in den Vordergrund gekehrt und kritisiert werden und *„als politisch unheilvoll"* und *„eine allgemeine Zivilisationsfeindlichkeit"* gebrandmarkt werden, außerdem als Bewegung mit *„Zustrom von allem aus den materiell satuierten bürgerlichen Schichten und dort insbesondere aus der ihren Vätern entfremdeten jüngeren Generation".*

Eine ähnliche Aufforderung kam auch von IG Metall-Chef Eugen Loderer im Pressedienst der Gewerkschaft.

Nach diesem Muster wurde dann in der Gewerkschaftspost der IG Chemie die, „blaue Partei" ausgerufen, um jetzt endlich im *„Farbenrausch"*, der *„sich schillernd . . . über unsere politische Landschaft"* ergieße, *„eine schmerzliche Lücke"* zu schließen. Das Motto sei *„Prost"*; vom *„Bärenfang"* und vom *„Zittern"* bei allen anderen Farben ist da die Rede, weil die neue Partei *„Freibier"* und Dauersuff über 0,8 Promille beim Fahren mit dem Auto fordern würde. Es soll nach den Wünschen dieses Suffartikels der IG Chemie-Postille zwischen den Bieren bei den Kollegen kräftig Witze über Grüne und




Bunte gerissen werden, dann können die ethablierten Parteipolitiker besser schlafen.

Diese Kampagne war für Horst Niggemeier wieder einmal Signal, oberste Spitzenleistungen in Sachen Demagogie zu leisten. Neben warnenden Artikeln in der „Welt der Arbeit" (31.8.78) - *„Spätestens 1985 ein böses Erwachen . . . Millionenstädte bald ohne Strom ?"*- füllte er gleich eine ganze Seite in der „Einheit" (Zeitung der IG Bergbau und Energie" (16/78).

Den neuen Wahllisten bescheinigte Niggemeier *„geradezu gemeingefährliche Substanzlosigkeit . . ., für rechtsextreme Heimatlose und völkische Heimattümler genauso eine neue Zuflucht . . .wie für politische Glücksritter aller Schattierungen".* Der Umweltschutz sei dabei lediglich ein *„schönes Mittel zum schäbigen Zweck. . . die Wähler sollen verschaukelt werden".* Sie würden *„den ernstzunehmenden Umweltschutz lächerlich machen. Mit miesen Mätzchen um Personen und großspurigen Getue um Programme".* Keine Gelegenheit würde ausgelassen, um sich untereinander *„wie Kesselflikker"* zu keilen. Sie würden sich gegenseitig als *„Linksfaschisten"* beschimpfen, das *„Chaos"* bei ihnen sei *„entlarvend".* Dann wird sich weitschweifig über einzelne Personen ausgelassen. Es fehle *„Disziplin und seriöses Verantwortungsgefühl"*, mit *„politischer Lüge"* marschierten sie in Richtung der *„Chaoten Republik".* Der *„abstoßende Streit"* mache die *„neuen Grünen"* unwählbar, sie versuchten *„Revcluzzer"* bis zu *„nationalistischen Bräunlingen unter einer Flagge zu vereinbaren".* Bei diesem faschistoiden Jauchebad darf (s.obige Anweisung) natürlich nicht den Hinweis auf die kleinbürgerliche Herkunft von Ökologie-Anführern fehlen:

Sie seien „Doppelmoralisten", zeterten gegen Luftverschmutzung, ließen aber ihr eigens Auto unberührt.*„Diese Grün-Bunten schwätzen zwar vom 'einfachen Leben', aber wissen gar nicht, was das ist. Sie haben entweder ihren Pensionsanspruch aus dem öffentlichen Dienst im Rücken oder nach der Flucht aus einem satten bürgerlichen Elternhaus den Traum von weltfremder Anspruchslosigkeit noch vor sich. In beiden Fällen reicht das aber nicht aus, um zu wissen, daß Millionen von Arbeitnehmern mit ihren Familienangehörigen auch heute noch manche Anstrengungen unternehmen müssen, um aus ihrem Leben mehr zu machen als nur das „Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben". Sollen sich also Gruhl-Bendits nicht wundern, wenn sie mit ihrer Anti-Wachstums-Ideologie den Widerspruch der Arbeitnehmer und Gewerkschaften herausfordern".*

In der Tat machen es diese kleinbürgerliche Theorien vom satten Tisch aus solchen Demagogien wie Niggemeier relativ einfach, die Arbeiter gegen sämtliche Grüne und Bunte aufzuwiegeln.)Nach dieser Bearbeitung wird dann der Versuch unternommen, den dürftigen Umweltschutzmaßnahmen des bürgerlichen Staates neuen Glanz zu verleihen: *„Warum zucken die Parteien eigentlich immer so zusammen und mehr noch zurück, wenn sie wegen des Umweltschutzes aggressiv angegangen werden? Da läßt sich doch was vorzeigen!"* „Vorgezeigt werden dann einige Gesetze und Umweltschutzauflagen, die Milliarden kosten. Und es darf natürlich nicht die demagogische Frage nach dem „Zielkonflikt" fehlen: Um die Hälfte weniger Luftverschmutzung würde z.B. bedeuten, daß man auf Auto und Automobilarbeiter verzichten müsse - und wer wird da nicht *„schnell erkennen, daß die Verantwortlichen der Parteien besser sind als ihr Ruf"*?? Dafür will Horst Niggemeier auch in Datteln sorgen, wo er als Bürgermeister einer Stadt, wo das größte Energiezentrum Europas und einige Industrieansiedlungen von ihm mitgeplant wurden, seinen Ruf aufpolieren will, da er ja als bekannter Atomfilz in Sachen Umweltschutz kaum einen Namen besitzt.

Am 22.9. wird eine öffentliche Bürgerveranstaltung in der Stadthalle zum Thema Umweltbelastung im Raum Datteln stattfinden. Wer sich heute schon darauf vorbereiten will, erhält einen Bericht über den Zinkskandal in Datteln von 1969-72, als dort wegen zwei Zinkhütten die Blätter braun wurden und Kühe tot umfielen. Neue Schornsteine tun's heute besser, zusammen mit dem Verbot, dort in der Nähe Gemüse anzubauen. Nun, das läßt sich doch sehen? Oder wollen wir jetzt ohne Zink ohne Badewanne und dergleichen auskommen ??? Wie begann doch Horst Niggemeiers Bericht?„Die Bundesbürger werden verschaukelt", dabei darf die Gewerkschaftsführung natürlich nicht fehlen!!

# Horst Stern von der »Gruppe Ökologie« kein Reaktionär?

In der Broschüre der „Bunten Liste", „GLU:Feigenblatt oder Alternative", war der Journalist Horst Stern als *„Anhänger von Strauß und dem Großkapital und ein Menschenfeind"* tituliert worden. Horst Stern ist neben Gruhl und anderen GAZ-Anhängern Mitglied der „Gruppe Ökologie", will zwar in Bayern nicht selbst Kandidat der GAZ werden, aber ihre Ziele unterstützen. Eine Reihe von Genossen mochten die Einschätzung über Horst Stern nicht teilen und haben bei uns angefragt.

Hier der Leserbrief eines Genossen, der selbst ein wenig nachgeforscht hat:

*Liebe Genossen,*

*ich habe die Einschätzung in der 'Bunten Liste'-Wahlbroschüre in Bezug auf Horst Stern ersteinmal nicht recht glauben wollen, da mit bekannt war, daß er im Unterschied zu Grzimek nicht unbedingt Familiensendungen a la 'Heile Welt' macht, sondern kritische Sendungen z.B. über den bourgeoisen Unsinn des Pferdesports.*

*Deshalb wollte ich es genau wissen und habe mich in der Bibliothek hinter eines seiner wohl allgemeinen (also nicht tierart-spezifischen) Werke geklemmt, nämlich „Mut zum Widerspruch - Reden und Aufsätze". Dort fand ich zweierlei: zum einen immerhin zwei Passagen, wo er die Situation der Gastarbeiter („unterpriviligierte und gesellschaftlich isolierte Halbsklaven",S.91 und die Vermarktung der Frau (S.95) kritisiert.*

*Daneben hat sich die Einschätzung bestätigt. Er hat eine in seinem Zynismus unverständliche Position zum Nationalsozialismus: „Erst 1933 kam der ethische Tierschutz ins Gesetzbuch . . .In den KZ's waren von nun an die Wachhunde die besseren Menschen" (S.15).*

*Und er nimmt außerdem die BI-Bewegung ziemlich aufs Korn:*

*„Bürgerinitiativen? Bürger sind für den Naturschutz nur dann zu haben, wenn er die eigenen Interessen nicht schmälert. Auch haben Bürgerintiativen an Wirksamkeit verloren, seit man nach einem Bonmot des Baden-Württembergischen Umweltministers Brünner nur irgendwo eine Meßstange ins Erdreich zu treiben brauche, um dann darauf warten zu können, daß sich alsbald protestierende Bürger um sie versammeln" (S.126).*

*Das ganze Buch ist durchzogen vom Lob für den CSU-Naturschutz mit den neuen Parkanlagen. Außerdem hat Stern jetzt auch einen Forschungsauftrag des CSU-Landwirtschaftsministeriums (?) angenommen und züchtet irgendwo im Allgäu Schafe.*

*Naja, so long*

*J.Freiburg".*–

**Zur Erhärtung hier Auszüge von einer Rede von Horst Stern, die bezeichnenderweise in einem Faschistenblatt abgedruckt wurde, das ebenso für Konrad Lorenz schwärmt!**

NATION EUROPA

MONATSSCHRIFT IM DIENST DER EUROPÄISCHEN ERNEUERUNG

mit regelmäßiger Beilage „Suchlicht"

XXIV. Jahrgang – Heft 7 – Juli 1974

Dokumentation — Ausschnitte aus einer Rede des Trägers des Naturschutz- und Kosmos-Preises 1974

## Plädoyer für die Heile Welt

*von Horst Stern*

Es gilt auch, den degenerativen Prozeß zu erkennen, den Konrad Lorenz die „Verhausschweinung" des Menschen nennt. Wenn ich das derbe Lorenzwort derb auslegen darf: Der Mensch, der nach dem Schwein sich selber zur Sau zu machen drauf und dran ist – physisch durch Wammenbildung, angezüchtete Eßgier und hypertrophierte Sexualität; psychisch durch die Diffamierung der Emotion, der Scham und jeder natürlichen, weil generationsbedingten Autorität.

Und so plädiere ich hier für etwas, das heute unter dem Spott zuvörderst der Intellektuellen zu leiden hat wie nichts sonst: für die Legitimität menschlichen Strebens nach einer heilen Welt. Es muß endlich wieder auch dem menschlichen Gemüt ohne intellektuelle Diffamierung erlaubt sein, was dem menschlichen Körper zu verwehren niemandem einfiele: Wunden zu schließen und Brüche zu heilen. Nichts in der belebten Natur, das nicht unbewußt zur Harmonie oder doch zum biologischen Gleichgewicht mit seiner Umwelt strebte und auf anhaltende Störungen in seinem Ökosystem mit schweren Schäden reagierte! Der Mensch als Teil der belebten Natur macht da keine Ausnahme. Das instinktive, wenn auch heute freilich naive „Zurück zur Natur", das zum Spottwort der Technokraten für die Schützer einer heilen Welt geworden ist, weist in diese Richtung. Wegen der Geschwindigkeit der Kulturentwicklung genetisch noch längst nicht angepaßt an seine denaturierte, technisierte, hektische Gehirnwelt, sucht der noch halbwegs empfindsame Mensch in seinen Ferien nach ökologisch intakten Regenerationsräumen: nach dem einsamen, sauberen Strand, dem menschenleeren natürlichen Mischwald, dem stillen, abgelegenen Bergtal. Nicht daß er sie immer findet, ist entscheidend; es werden ihrer ja ständig weniger. Daß der Mensch sie mit dem Instinkt des Naturwesens überhaupt noch sucht als eine heile, ihm gemäße Welt – darauf kommt es an. Das weist ihn aus als ein Wesen im Einklang mit der Natur. Das heißt uns hoffen.



# Nachrichten vom Widerstand



## Skandinavien: Breite Mobilisierung gegen AKWs!




Vom 25. bis 27. August fanden in Dänemark die bisher größten Anti-AKW-Demonstrationen statt. Die Demonstrationen führten von den geplanten AKW-Standorten Gyllingnäs (Jütland) und Stevns (Seeland) nach Aarhus und Kopenhagen. Auf dem Höhepunkt der Märsche am Sonntag beteiligten sich 40.000 Menschen (10.000 in Aarhus, 30.000 in Kopenhagen), darunter auch auffallend viele ältere Menschen und Kinder. Bereits vorher war in der dänischen Presse relativ wohlwollend über diese neue Kampagne der O.O.A., der Organisation der dänischen AKW-Gegner, berichtet worden. So hatte die größte Tageszeitung „Ekstra Bladet" wiederum viel über die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken berichtet und eine Meinungsumfrage bekanntgegeben, nach der 80% der dänischen Bevölkerung gegen die Einführung der Atomenergie sind. Bisher gibt es in Dänemark außer der Risö-Versuchsstation kein einziges AKW. Der Plan der AKW-Befürworter und riesige Propagandafeldzüge des Elektrizitätskonzerns ELSAM, bis 1980 in Dänemark 5 AKWs zu bauen, sind bislang an dem breiten Widerstand der Bevölkerung
breiten Widerstand der Bevölkerung
gescheitert. Einen Höhepunkt hatten die Auseinandersetzungen zwischen AKW-Gegnern und Atomkapitalisten 1976 erreicht, als bekannt wurde, daß die Regierung noch im selben Jahr das Atomenergiegesetz verabschieden wollte. Unter dem Eindruck der breiten Mobilisierung wurde die Abstimmung dieses Gesetzes im Folketing bis auf „unbestimmte" Zeit verschoben. In diesem Jahr wurden von den AKW-Befürwortern die Propagandafeldzüge neu belebt und ihre Pläne „zumindest" zwei AKWs in Gyllingäs und Stevns zu bauen, ins Gespräch gebracht. Darüber hinaus legten sie „Gutachten" vor, nach denen der Atommüll in Salzstöcken in Nordjütland „mit großer Wahrscheinlichkeit sicher deponiert werden kann" („Politiken", 15.8.). Besondere Brisanz erhielten die Demonstrationen am vergangenen Wochenende dadurch, daß gleichzeitig die Verhandlungen über die Umbildung der dänischen Regierung — eine Koalition der Sozialdemokraten mit der rechts„liberalen" Partei „Venstre" liefen. Dieser Rechtsruck ist mittlerweile vollzogen: „Venstre ist seit eh und je eine der bürgerlichen Parteien, die sich am massivsten für den Bau von AKWs in die Bresche geworfen hat, während die sozialdemokratische Führung — durch und durch AKW-Befür-
rung — durch und durch AKW-Befür-
worter — immer mit Widersprüchen in den eigenen Reihen auf Grund des wachsenden Widerstands der Bevölkerung zu kämpfen hatte. Zwar ist (vorläufig) der Bau von AKWs aus dem neuen Regierungsprogramm rausgehalten worden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die alten Pläne demnächst verstärkt aus der Schublade geholt werden und die Sozialdemokratie unter Hinweis auf den „Druck" ihres rechten Koalitionspartners einen Zahn zulegt.

Gleichzeitig mit den dänischen Aktionen fanden in Schweden an 5 AKWs, darunter in Barsebäck gegenüber von Kopenhagen, Demonstrationen statt, zu denen auch norwegische AKW-Gegner aufgerufen hatten. Diese Demonstrationen waren von der „Volkskampagne gegen Atomkraft", einem seit einem halben Jahr bestehenden Zusammenschluß von traditionellen Umweltschutzverbänden und politischen Organisationen, organisiert worden. An diesen Demonstrationen nahmen 8.000 AKW-Gegner teil. Diese Dezentralisierung der Aktionen wirkte sich zumindest in Schweden ungünstig aus: Bereits 1976 hatten schon 7.000, 1977 sogar 20.000 Menschen (allerdings mit Mobilisierung durch die dänischen AKW-Gegner) teilgenommen, so daß die dieses Jahr relativ kleinen Demonstrationen weitgehend totgeschwiegen
strationen weitgehend totgeschwiegen
wurden.

Skandinavienkommission

## 10.000 auf einer Demonstration gegen Atomanlagen in Süd-Irland

Nachdem im Frühjahr bekannt geworden war, daß die Atommafia ihre Finger auch nach Irland ausstrecken will, entstand innerhalb kürzester Zeit eine breite Protestbewegung. Ein wesentliches Argument von Republikanern, Sozialisten, Gewerkschaftern, Ökologisten etc. ist, daß AKW's in Irland völlig überflüssig seien. Kein Wunder, denn die IEB (irische Elektrizitäts-Gesellschaft) plant 4 AKW-Blöcke mit insgesamt 3 000 MW, Irland verbraucht bisher jedoch nur 2 540 MW. Vorgesehener Standort für die Blöcke ist Carnsore-Point im äußersten Südosten der Insel.

Am Wochenende vom 18. -20.8. veranstalteten Gewerkschaften, Provos (IRA) und die Irisch Republikanisch Sozialistische Partei (IRSP) nun ein großes anti-atomares Fest. Ein Wochenende lang wurden Workshops und Informationen über Atomenergie angeboten, woran sich die örtliche Bevölkerung reichlich beteiligte. Das ganze fand auf einer Weide in der Nähe von Cornsore statt, die von einem Bauern zur Verfügung gestellt wurde. An der anschließenden Demonstration nahmen über 10 000 Menschen teil.

(nach einem Telefonbericht von Genossen der IRSP in Dublin)

AKW-Nein-Kommission

## Strompreisboykottler verloren Prozeß gegen die HEW

Im ersten Prozeß gegen einen Strompreisboykotteur, der aus Protest gegen AKWs 10% der Stromrechnungen auf ein Sperrkonto überwies (s.a. AK 133 u. 134), hat ein Hamburger Amtsgericht den „Interessenverband pädagogischer Forschungsprojekte e.V." zur Zahlung der einbehaltenen Gebühren (312 DM) verurteilt.

Über 100 AKW-Gegner demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude mit Spruchbändern wie: *„Wir boykottieren weiter!"* und *„Richter können nicht über unser Gewissen entscheiden"*, daß Richtersprüche AKWs auch nicht sicherer machen.

Eine freie Gewissensentscheidung wurde vom Gericht abgelehnt, weil es weder *„im öffentlichen noch im privaten Recht eine absolute Freiheit der Gewissensbetätigung gibt"*, und erklärte, daß man den *„grundsätzlich glaubhaft vorgetragenen Gewissenskonflikt auf andere Weise lösen"* müsse.

Stattdessen empfahl das Gericht den Strompreisboykotteuren *„ihre Überzeugung durch die Mitarbeit in Vereinen, Bürgerinitiativen und politischen Parteien einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und auf diesem Wege die von ihnen angestrebte Wende in der Energiepolitik herbeizuführen"*.

Das Gericht erklärte, daß der Bau von Atomkraftwerken legitimiert worden sei und daher nicht „sittenwidrig" ist. Selbst die Gefahr eines atomaren Unfalls wird als „Restrisiko" in Kauf genommen. Außerdem sei es *„beim Betrieb von Atomkraftwerken bisher hierzulande, soweit dem Gericht bekannt ist, noch zu keinem Todesfall oder zu schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen gekommen"*. Nun, die Richter haben aus den Hochglanzbroschüren der HEW gut gelernt. Auch daß durch das Atomprogramm der Polizei- und Überwachungsstaat eingeführt wird, wurde als bloße „Befürchtung" abgetan; denn daß bei *„besonders gefährlichen Techniken entsprechend angepaßte Sicherheitsmaßnahmen gegenüberstehen müssen, ist selbstverständlich"* – wie jüngst die HEW in Brunsbüttel vorgeführt hat, möchte man hinzufügen.

Die Strompreisboykotteure erklärten, sie werden ihre Aktion fortsetzen, sie würden auf ihr Widerstandsrecht nicht verzichten.

**AKW-Nein-Kommission**

## Staatsschutzaktion gegen Freiburger Umweltforscherteam!

Am 24.August wurden nach einer Großfahndung mit ca. 100 Polizisten, Hunden und einer Pferdestaffel (in Reserve) zwei Mitglieder des Freiburger „Arbeitskreis Strahlenschutz" in Baden-Baden festgenommen. Vorangegangen war eine Hetzjagd auf die beiden Umweltforscher auf dem Gelände der bundeseigenen „Saarwerk Interplan", in deren Verlauf Werkarbeiter mit Spitzhacken einen astreinen Mordversuch unternahmen. 27 Stunden dauerte die U-Haft, während der weder zu Anwälten, noch zu Familienmitgliedern Kontakt aufgenommen werden durfte. Bis heute ist nicht klar, ob ein Verfahren eingeleitet wird. Gegenüber der Presse wird jedoch mit dem Gerücht gearbeitet, man wolle gegen die zwei Forscher Anklage wegen Mordversuch erheben, weil sie während ihrer „Flucht" von dem Bergwerksgelände angeblich Werksangestellte zusammenfahren wollten...

Gleichzeitig zu der Verhaftung wurde in Freiburg das Büro des Arbeitskreises durchsucht. Durch die Beschlagnahme der Arbeitsgrundlagen (Dokumentationsmaterial, Adressen- und Telefonlisten, mehrere Ordner) sollte offensichtlich der Kreis gezielt zerschlagen werden. Für diese Aktion liegt im übrigen bis heute noch kein Durchsuchungsbefehl vor!

### Die brisanten Arbeitsergebnisse des AK Strahlenschutz

In Menzenschwand im Hochschwarzwald wird Uran — angeblich zu Forschungszwecken (s.u.) — geschürft. Das gefährliche dabei ist, das Urangestein liegt ungeschützt im Freien auf Halde, wird ungeschützt in LKW's durch die Lande kutschiert, die Gemeinden bauen damit sogar Wegbebestigungen! Die Strahlenbelastung für Mensch und Umwelt ist kriminell:

Während die zulässige Dosis 30 millirem/pro Jahr beträgt, maß der AKS oftmals 0,4 millirem/pro Stunde!! Diese Zahlen wurden übrigens vom Landesamt für Umweltschutz bestätigt.

Doch dies ist nicht nur in Menzenschwand so, sondern auch in Poppenreuth, Mähring und in der Aufbereitungsanlage Birkenfeld. Alle diese Anlagen werden im Auftrag der „Gewerkschaft Brunhilde" von der Firma Unruh betrieben. Folgerichtig hat der Arbeitskreis dann auch gegen den Strahlenschutzverantwortlichen dieses Klüngels, Herrn Paul, Strafanzeige erstattet.

### Die Interessen des Staates

Doch es kommt noch dicker: In Menzenschwand wird keineswegs nur untersucht, sondern das Uran wird in Massen abgebaut. Von Staats wegen heißt das „Abbau unter simulierten Bedingungen", der aber immerhin bis zum Jahre 1962 (!) schon 1500 t Uran erbracht hat.

Folglich kommt auch Dr.Reichelt, Mitglied im Landesbeirat für Umweltschutz, zu dem Ergebnis, daß hier der Staat mit seinem Forschungsauftrag (auf der Grundlage des EURATOM-Vertrages) eine riesige Umweltschweinerei gedeckt hat. Auch in der Finanzierung steckt der Bund mit 80% Beteiligung drin! Daß der Staat damit u.a. seine ureigenen Interessen verfolgt, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß die Uranvorräte in Menzenschwand dem Energiepotential von Lybien (Erdöl) entsprechen! Eine Ausbeutung dieses Vorkommens würde den BRD-Imperialismus seinen Autarkiebestrebungen auf dem Energiesektor natürlich ein Stück näher bringen!

Aus diesem Blickwinkel werden auch die massiven Einschüchterungsversuche gegen den Arbeitskreis begreiflich: Telefonüberwachung, Vorladung zur Polizei, tätliche Angriffe von Werksarbeitern und vom Betriebsleiter, und Unruh-Gesamtprokuristen, Egner. Die Ereignisse vom 24.8. sind nur der vorläufige Höhepunkt dieser Einschüchterungsversuche.

**Der Arbeitskreis plant eine Dokumentation. Sie ist zu bestellen über:**
**Joachim Schnorr**
**Fehrenbachallee 58**
**78 Freiburg**

**KB / Gruppe Freiburg**

## Tödliche radioaktive Strahlung in Krümmel

Noch bevor das AKW Krümmel überhaupt seinen radioaktiven Betrieb aufnehmen kann, wurde am 11. August zufällig radioaktives Material auf der Baustelle in einem Müllbehälter entdeckt. Noch übliche Praxis der Betreiber und Bauherren (KWU) war es, diesen Vorfall erst gar nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen, was selbst die „Bild"-Zeitung in Rage brachte, da sie einen Tag später einen anonymen Anruf bekam, von der Werksleitung daraufhin aber alles abgestritten wurde, und erst 4 Tage später der Vorfall bekanntgegeben wurde. *„Nach dem letzten Zwischenfall im Kernkraftwerk Brunsbüttel hatte die Kieler Landesregierung schonungslose Information versprochen und die HEW deshalb gerügt. Waren das alles leere Worte?"* („Bild", 15.8.78).

Der auf der Müllhalde gefundene radioaktive Stoff war Iridium-192, ein Material, mit dem Stahlteile auf Risse, Fehler etc. untersucht werden. Nach übereinstimmenden Meldungen in der gesamten Presse war dieser Stoff lediglich klein, *„zu keinem Zeitpunkt hat das radioaktive Präparat eine Gefährdung für die Bevölkerung verursacht"* („Welt", 15.8.78) — frei nach dem Motto: Es ist zwar radioaktiv, aber klitzeklein. Nur ganz so ungefährlich, wie uns glauben gemacht werden soll, ist der Stoff nicht: Genau dieser Stoff hat in Algerien zu einer tödlichen radioaktiven Verletzung geführt. Kinder hatten einen Stab mit Iridium-192 (das dort zu Prüfzwecken für eine Pipeline benutzt worden war) aus einem Graben mit nach Hause gebracht und in der Küche deponiert. Die Mutter dieser Kinder war der Strahlung ständig ausgesetzt, die zu schweren Verbrennungen am ganzen Körper führten. Selbst die inneren Organe waren davon betroffen und auch ihr Knochenmark war zerstört. Nach Bekanntwerden der Verseuchung wurde die Frau, ihre Kinder und einige Verwandte zu einem Spezialkrankenhaus in Paris geflogen. Schon eine Woche nach der Verseuchung der Mutter mit dem kleinen „ungefährlichen" Stoff war sie tot und ihre Kinder konnten nur durch siebenwöchige Spezialbehandlung (sterile Räume, keimfreies Essen und jeden Tag Austausch des verseuchten Blutes!) am Leben gehalten werden. Die Folgen werden diese Menschen ihr Leben lang zu spüren haben. Bei einem weiteren Unfall, ebenfalls in Algerien, sind durch einen Defekt in einem Prüfgerät 23 Algerier radioaktiv verseucht worden. Drei von ihnen mußten in die Spezialklinik in Paris eingeliefert werden. Die anderen kamen mit Strahlenschäden hohen Grades in Algier ins Krankenhaus (s. auch AK 133).

Und dies kann uns jeden Tag auch hier in der BRD treffen. Daß ein so gefährlicher radioaktiver Stoff wie Iridium-192 in Krümmel auf der Müllkippe landet, obwohl nach den Gesetzen und Vorschriften dieses in dafür vorgesehenen Sicherheitsbleibehältern aufzubewahren ist, läßt einen immer wieder mit Schrecken feststellen, daß die AKW-Betreiber sich einen Dreck um die Sicherheit (selbst die minimalen gesetzlichen Vorschriften!) beim Umgang mit radioaktivem Material kümmern.

AKW-Nein-Kommission

# Herfa-Neurode: Giftmülldeponie kommt im Wahlkampf ins Gerede

Ausgerechnet während des Wahlkampfs ist die nordhessische Giftmülldeponie Herfa-Neurode, die bis dato als die „sicherste der Welt" angepriesen wurde, ins Gerede gekommen. Anlaß war die Einlagerung von 300 Tonnen des hochgiftigen US-Pflanzengifts „Kepone", das dort aus dem Verkehr gezogen wurde, weil es auf Pflanzen verprüht krebserzeugend wirkt (wir berichteten im letzten AK darüber).

Das war für die Politiker aller Parteien ein Anlaß, den edlen Wettstreit um den besten Umweltschützer im Land wieder aufzunehmen. Dabei kam allerdings peinlicherweise ein Umweltskandal nach dem anderen, den diese Herrschaften an den Hacken haben, ans Tageslicht.

Seit 1972 wird das 1,5 qkm große unterirdische ehemalige Kalibergwerk in Herfa-Neurode zur Giftablagerung benutzt. Noch 1975 wurde in der Presse *„die Perfektion"* in der Deponie gepriesen, sie mache *„es verständlich, daß seit Monaten kein neuer Müllskandal mehr über den Ticker der Nachrichtendienste gelaufen"* ist („FAZ", 30.5.78). Inzwischen lagern dort über 200.000 Tonnen Giftmüll, jährlich sollen 50.000 hinzukommen! Eine Giftmenge, die bereits jetzt zur Vernichtung der Menschheit ausreichen würde.

Als jetzt das US-Gift eintraf, war es mit der Ruhe und Perfektion vorbei. Die Giftfracht war vorher in Kanada, USA und England jeweils abgelehnt worden. Schon bald war die These der hessischen SPD-Regierung, dies Gift könne bei der „sichersten" Deponie der Welt nichts ausmachen, aus den Angeln gehoben. Der Bergbauingenieur Hans Reinhardt erklärte auf einer „Pro-Grün"-Pressekonferenz, daß die Salzstöcke nicht katastrophensicher seien. Er verwies unter anderem auf ein Erdbeben, das sich am 22. Januar 1953 bei Heringen bei einem Salzstollen, der unterirdisch mit Herfa-Neurode verbunden ist, ereignet hatte. Es bebte und *„...Erdrisse bis zu zwei Metern Breite seien die Folge gewesen, Häuser seien eingestürzt und ein Zug entgleist. ... Es sei nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß es damals keine Toten gegeben habe, weil sich das Unglück an einem Sonntagabend ereignete, als sich keine Bergleute in der Grube befanden"* („Deutsche Volkszeitung", 31.8.).

Und die „Frankfurter Rundschau"



**Umweltminister Willi Görlach in Herfa Neurode: „Die sicherste Giftmülldeponie der Welt, man kann die Giftfässer sogar ruhig anfassen!"**

schreibt gar: *„Nur durch einen glücklichen Zufall sei der Schacht nicht zusammengefallen und das Wasser aus der Werra und aus den wasserführenden (!) Gesteinsschichten nicht in die Grube gelaufen"* (18.8.). Auch hierauf wies der Ingenieur hin und erklärte: *„Darum seien in der Giftmüllgrube Schleusen (!) eingebaut worden. Es ist jedoch fraglich, ob diese Schleusen nach einem Gebirgsschlag weiter funktionieren könnten. Bei einem Wassereinbruch in die Deponie würden die Müllfässer von der Salzlauge schnell zerfressen werden. Die Folge wäre, daß die Gifte in den Wasserkreislauf geraten. Daher sei die sofortige Schließung der Giftmülldeponie in Herfa-Neurode und die Räumung der Salzstöcke unerläßlich. Jedes weitere Zögern und jeder Verharmlosungsversuch sei unverantwortlich"* („DVZ", 31.8.).

Bei einem solchen Skandal hatte natürlich auch die CDU mächtig auf den Putz gehauen. Dregger, der sich Hoffnungen auf den Ministerpräsidentensessel macht, erklärte sich besorgt um die *„Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung"*. Nach seinem Wahlsieg sei *„Schluß mit der Giftmüll-Lagerung in Hessen ... die SPD dürfe sich nicht als die ‚größte Bürgerinitiative für Umweltschutz' bezeichnen, wenn sie so unsinnige Importe zulasse"* („SZ", 22.8.78). Die CDU hatte sich vorsorglich nur gegen ausländischen Giftmüll eingeschossen, Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hatte das ursprünglich damit verteidigt, *„daß die Bundesrepublik mitunter auf die Hilfe des Auslandes angewiesen sei. So würden bundesdeutsche Atomkraftwerke seit Jahren in Frankreich ihren radioaktiven Müll los"* („FR", 18.8.).

Der CDU-Landtagsabgeordnete Weirich hatte anfänglich behauptet, daß in Herfa-Neurode Giftfässer aus der norditalienischen Stadt Seveso gelagert werden („SZ", 14.8.78). Doch das wurde dementiert und auch von Weirich wieder zurückgenommen. Doch dann ging die SPD-Regierung in die Vollen: Umweltminister Görlach, der vor Ort die Fässer besichtigt hatte, versicherte, *„den USA werde in Zukunft kein neuer Giftmüll abgenommen. Die USA müßten nun selbst in ihrem Land geeignete Lagerstätten schaffen"* („HA", 18.8.78). Das schien insbesondere angebracht, weil erst 98 von 950 Fässern insgesamt eingetroffen waren („FR", 10.8.78). Außerdem, so Beamte des Umweltschutzes, sei das US-Gift viel harmloser als das dort auch eingelagerte Arsen. In der Tat würden laut Bergbau-Ingenieur Rheinhardt die 250 Tonnen Arsen, die dort lagern, zur Verseuchung von Grundwasserströmen und Nordsee allein ausreichen.

Um den Fortschritt ermessen zu können, konterte Umweltminister Görlach, müsse man sich *„an die Zeit erinnern, als Giftmüllfässer noch »wild« überall in der Landschaft gelagert worden seien"* („SZ", 26.8.78). Verständlich, daß er sich mit Schrecken an diese Zeit erinnert: Einer seiner Parteifreunde mußte seinerzeit als Umweltminister zurücktreten, als dieser Skandal bekannt wurde.

So hat Umweltminister Görlach noch mehr auf Lager: Er will da in Arbeit befindliche Umweltchemikaliengesetz mit *„wesentlich strikteren Vorschriften, als bisher vorgesehen seien"* durchziehen. Außerdem soll bei Mainflingen eine „Sondermüll-Wiederaufbereitungsanlage" errichtet werden (ebenda), was die dortigen Bürger schon jetzt in Angst und Schrecken versetzt.

Bei diesem Wettrennen um den Umweltschutz mochte auch die FDP nicht fehlen, sie forderte immerhin, daß der Giftmüll nicht mehr auf Lastwagen, sondern per Bahn nach Herfa gekarrt werden soll („FAZ", 25.8.78). 600 Mio. DM, so verkündete die hessische SPD/FDP-Landesregierung, würden jährlich von ihr für den Umweltschutz ausgegeben (der Finanzminister Reitz in seiner „grünen Dokumentation", die selbstverständlich in „keinem Zusammenhang" mit dem baldigen Wahltermin stünde).

Doch wie sehr das reine Wahlmanöver sind, stellte sich inbesondere heraus, als bekannt wurde, daß im benachbarten CDU-regierten Rheinland-Pfalz von der Firma „Spieß und Sohn" das US-Gift weiterverarbeitet wird und zu diesem Zweck noch 20 Tonnen auf Fabrikgelände unter freiem Himmel lagerten. Die Firma erklärte sich auch daran interessiert, die Giftstoffe in Herfa-Neurode weiterzuverarbeiten. Das in den USA verbotene Gift soll dann in der BRD zur Kartoffelkäferjagd benutzt werden („FR", 22.8.78), das Gift wurde schon bisher in den USA fast ausschließlich für die BRD hergestellt — so ein Firmensprecher („FR", 22.8.78). So steht der Giftstoff nicht nur als potentielle Bombe unter Tage, sondern wird feinverteilt den Kartoffeln beigemengt!

AKW-Nein-Kommission

„Pro-Grün"-Pressekonferenz, daß die Salzstöcke nicht katastrophensicher seien. Er verwies unter anderem auf ein Erdbeben, das sich am 22. Januar 1953 bei Heringen bei einem Salzstollen, der unterirdisch mit Herfa-Neurode verbunden ist, ereignet hatte. Es bebte und *„...Erdrisse bis zu zwei Metern Breite seien die Folge gewesen, Häuser seien eingestürzt und ein Zug entgleist. ... Es sei nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß es damals keine Toten gegeben habe, weil sich das Unglück an einem Sonntagabend ereignete, als sich keine Bergleute in der Grube befanden"* („Deutsche Volkszeitung", 31.8.).

Und die „Frankfurter Rundschau"

*geraten. Daher sei die sofortige Schließung der Giftmülldeponie in Herfa-Neurode und die Räumung der Salzstöcke unerläßlich. Jedes weitere Zögern und jeder Verharmlosungsversuch sei unverantwortlich"* („DVZ", 31.8.).

Bei einem solchen Skandal hatte natürlich auch die CDU mächtig auf den Putz gehauen. Dregger, der sich Hoffnungen auf den Ministerpräsidentensessel macht, erklärte sich besorgt um die *„Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung"*. Nach seinem Wahlsieg sei *„Schluß mit der Giftmüll-Lagerung in Hessen ... die SPD dürfe sich nicht als die ‚größte Bürgerinitiative für Umweltschutz' bezeichnen, wenn sie so unsinnige Importe zulasse"* („SZ",

Weirich wieder zurückgenommen. Doch dann ging die SPD-Regierung in die Vollen: Umweltminister Görlach, der vor Ort die Fässer besichtigt hatte, versicherte, *„den USA werde in Zukunft kein neuer Giftmüll abgenommen. Die USA müßten nun selbst in ihrem Land geeignete Lagerstätten schaffen"* („HA", 18.8.78). Das schien insbesondere angebracht, weil erst 98 von 950 Fässern insgesamt eingetroffen waren („FR", 10.8.78). Außerdem, so Beamte des Umweltschutzes, sei das US-Gift viel harmloser als das dort auch eingelagerte Arsen. In der Tat würden laut Bergbau-Ingenieur Rheinhardt die 250 Tonnen Arsen, die dort lagern, zur Versuchung von

# Die A-Bombenfabrik in Aldermaston steht still

*„Innenminister droht, keine Kernkraftwerke mehr zu genehmigen"*, mit dieser Schlagzeile berichtete die „Frankfurter Rundschau" (1.9.78) über einen Streit zwischen DWK (die im Auftrag der Elektrizitätsfirmen die WAA bauen soll) und der Regierung.

Die DWK hat es bisher abgelehnt, daß ihre Verträge mit der französischen Cogema über die Wiederaufbereitung von Brennstäben aus westdeutschen AKWs über das Innemini-

stäbe aufzuarbeiten, eine entsprechende WAA soll dort erst mit dem Geld, das für die Lagerung eingenommen wird, aufgebaut werden. Später muß die BRD die Brennstäbe laut Vertrag (auch wenn sie dann nicht aufgearbeitet sind) wieder zurücknehmen.

Außerdem sind die vorhandenen Lagerkapazitäten demnächst erschöpft, obwohl die Lagerung sämtlicher abgebrannter Brennelemente für eine Reihe von AKWs über viele

# Die A-Bombenfabrik in Aldermaston steht still

*„Innenminister droht, keine Kernkraftwerke mehr zu genehmigen"*, mit dieser Schlagzeile berichtete die „Frankfurter Rundschau" (1.9.78) über einen Streit zwischen DWK (die im Auftrag der Elektrizitätsfirmen die WAA bauen soll) und der Regierung.

Die DWK hat es bisher abgelehnt, daß ihre Verträge mit der französischen Cogema über die Wiederaufbereitung von Brennstäben aus westdeutschen AKWs über das Innemini-
sterium hinaus auch den Parlamentariern zugestellt werden. Laut Gesetz müssen für den Betrieb von AKWs Entsorgungsnachweise vorgelegt werden. In letzter Zeit wurden die Genehmigungen erteilt, gerade aufgrund der Verträge der DWK mit der französischen Cogema.

Der SPD-Abgeordnete Schäfer warf der DWK vor, sie habe nicht *„ein bißchen Respekt vor dem Parlament"*. Die DWK befürchtet eine größere Öffentlichkeit, wenn die Parlamentarier die Verträge in die Finger bekommen. Die DWK hatte dem Innenministerium mitgeteilt, *„eine Einsichtnahme in die Verträge sei rechtlich nicht möglich und würde die ordnungsgemäße Erfüllung der Verträge gefährden"* (ebenda).

Kein Wunder, denn wie wir schon berichtet haben, ist die französische Cogema derzeit überhaupt nicht in der Lage, die abgelieferten Brenn-

stäbe aufzuarbeiten, eine entsprechende WAA soll dort erst mit dem Geld, das für die Lagerung eingenommen wird, aufgebaut werden. Später muß die BRD die Brennstäbe laut Vertrag (auch wenn sie dann nicht aufgearbeitet sind) wieder zurücknehmen.

Außerdem sind die vorhandenen Lagerkapazitäten demnächst erschöpft, obwohl die Lagerung sämtlicher abgebrannter Brennelemente für eine Reihe von AKWs über viele
Jahre hinaus zugesagt worden ist.

D.h. von einer „gesicherten" Entsorgung kann in diesem Vertrag nicht die geringste Rede sein. Doch über diese bereits bekannten Tatsachen hinaus wurde inzwischen ein weiterer Vertragsteil durch Indiskretion publik: Sollte der Cogema eine Wiederaufbereitung gelingen, so darf sie 3% des Plutoniums einbehalten. Damit können dann aus AKWs der BRD munter französische Atombomben gebaut werden!

DWK-Chef Scheuten versuchte die Wogen zu glätten, als dieser Skandal bekannt wurde: *„Wegen dieser Problematik müsse aber noch ein Briefaustausch zwischen beiden Regierungen stattfinden"* (ebenda), was da wohl drin stehen soll?

**Volle Offenlegung der Atompläne der DWK!**

AKW-Nein-Kommission

# Die Katastrophe ist vorprogrammiert — Flugzeugabstürze auf AKWs

Am 24. Juli 1978 passierte die Katastrophe: Im Tiefflug donnerten zwei „Phantom"-Düsenjäger über den kleinen Ort Drenke im Weserbergland. Ein Pilot verlor die Kontrolle über die schnellfliegende Militärmaschine — in einem Feuerball explodierte die Maschine am Ortsrand.

Bilanz dieses Unglücks — zwei britische Piloten tot, zwei Mädchen und eine Frau wurden von umherfliegenden Wrackteilen schwer verletzt.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß dieser Absturz weitaus größere Folgen hätte haben können — nur acht Kilometer entfernt steht das Atomkraftwerk Würgassen, mit einem „Phantom" in 21 Sekunden zu erreichen.

Dieser Vorfall belegt sehr anschaulich, daß die Katastrophe eben jeden Tag da sein kann, auch wenn die Atomindustrie das Risiko eines Flugzeugabsturzes auf ein AKW mit 1 : 1 000 000 angibt. Das Risiko eines Flugzeugabsturzes für ein AKW wird jedoch häufig dadurch stark erhöht, daß es

- in einem militärischen Tieffluggebiet liegt
- in einem Gebiet mit außergewöhnlich hoher Flugdichte liegt.

So liegen die Blöcke A und B des AKW Biblis „mitten in einem rund 15 Kilometer breiten Tiefflugkorridor der NATO". Und trotz eines inzwischen erlassenen Überflugverbots zählten die Anwohner — *„während eines NATO-Manövers — bis zu 40 direkte Überflüge an einem Tag"* („Frankfurter Rund-schau", 14.2.77).

Sowas schmeißt natürlich jede Statistik über den Haufen.

Bereits damals forderten die ansässigen Bürgerinitiativen die sofortige Stillegung des AKW Biblis, *„unter anderem deshalb, weil sie nicht gegen den Absturz eines Phantom-Jägers gesichert sind."*

Auch das vor der Inbetriebnahme stehende AKW Esenshamm ist besonders durch Flugzeugabstürze bedroht:

*„In einem Schreiben des niedersächsischen Wirtschaftsministers wird betont, daß die Dichte des Flugverkehrs im Raume Esenshamm außergewöhnlich hoch ist."* Und das Institut für Reaktorsicherheit (IRS) bewertet dies so: *„Die hier als 'außergewöhnlich' bezeichnete Dichte des Flugverkehrs läßt den Schluß zu, daß im Falle des Kernkraftwerkes Unterweser die Grenzen des akzeptablen Risikos berührt, möglicherweise sogar überschritten werden"* („Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie, 66 Erwiderungen").

Eine sehr entscheidende Frage ist, welche Auswirkungen ein Flugzeugabsturz auf ein AKW haben kann:

Grundsätzlich sind alle AKW's durch eine mehr oder weniger dicke Betonkuppel „geschützt".

Die meisten der heute im Betrieb befindlichen AKW's haben eine 60 Zentimeter dicke Betonhülle. Diese soll den Aufprall eines „Starfighters" aushalten können...

Da der Starfighter am laufenden Band abstürzte — inzwischen 200 Stück — wurden die deutschen Streitkräfte vor einigen jahren auf das schwerere und schnellere Kampfflugzeug „Phantom" umgestellt. Dies ist nun in der Lage, die 60 Zentimeter dicke Betonhülle spielend zu durchschlagen. Stattdessen muß die Stärke der Betonhülle auf zwei Meter erhöht werden, wie dies bei dem im Bau befindlichen AKW Grafenrheinfeld geschah.

Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß der Großteil der im Betrieb befindlichen AKW's somit nicht gegen den Absturz einer schweren Militärmaschine, wie z.B. der „Phantom", geschützt sind, wie nachfolgende Aufstellung zeigt:

Dicke der Betonschale

| | |
|---|---|
| Versuchsatomkraftwerk Kahl: | 70 cm |
| AKW Grundremmingen | 38 cm |
| AKW Lingen | 40 cm |
| AKW Obrigheim | 60 cm |
| AKW Stade | 60 cm |
| AKW Biblis A | 60 cm |
| AKW Biblis B | 100 cm |
| AKW Esenshamm | 60 cm |

Wie sich inzwischen herausstellte, sind die unfangreichen Gutachten, mit denen bewiesen werden soll, daß soundsoviel Zentimeter Beton „reichen" — diese sind von großer Bedeutung im Genehmigungsverfahren und vorm Verwaltungsgericht —, auch nicht so hieb- und stichfest, wie man bislang glauben mochte.

So wurde jetzt bekannt, daß *„im Gegensatz zu statischen Belastungen von Stahlbetonkonstruktionen die stoßartigen Belastungen* (wie sie beim Flugzeugabsturz auftreten, Anm.Red.) *noch relativ unerforscht seien"* (FAZ, 23.8.78).

Um diesen Mißstand zu beseitigen, hat jetzt das Bundesamt für Materialprüfung in West-Berlin mit dem Installieren einer neuartigen Prüfmaschine begonnen. Diese Maschine, die immerhin zwei Millionen DM kosten soll — aus Steuermitteln finanziert, versteht sich — dient nur dazu, endlich herauszubekommen, wie sich Beton bei stoßartigen Belastungen verhält. Sie arbeitet mit einem starken Kolben, der gegen einen Betonbalken geschleudert wird. Aus dem Grad und der Art der Zerstörungen an dem Balken wird dann mit Computerhilfe errechnet, wie sich Beton in größeren Konstruktionen beim Auftreten von schweren stoßartigen Belastungen — wie bei einem Flugzeugabsturz — verhält. Der absolute Hammer ist aber, daß der Leiter dieses Forschungsprojektes, ein Dr. Werner Struck, glaubt, daß es mindestens (!!!) zehnjähriger Arbeit bedarf, um zu abschließenden Ergebnissen zu kommen! Man vergegenwärtige sich bis dahin das Motto der Luftfahrtbranche: „Runter kommen sie immer"!!

AKW-Nein-Kommission

# Französische Atombomben durch westdeutsche AKWs?

*Großbritannien.* Nachdem in den letzten Wochen bekannt geworden war, daß bei einer Ganzkörperuntersuchung an 90 von 2 000 Arbeitern bei 12 eine starke radioaktive Verseuchung vorlag, wurde jetzt nach langem Zögern der einzig sinnvolle Schritt unternommen, die Anlage wurde stillgelegt. Die zuständigen Stellen hatten zuvor jedoch solange wie möglich versucht, die gesamte Schwere der Verseuchung herunterzuspielen. Noch vor einer Woche hatte das Verteidigungsministerium erklärt, *„daß das Gesundheitsrisiko für die Betroffenen minimal sei und mit dem Risiko eines mittelschweren Rauchers verglichen werden müsse"* („FR" 18.8.78). Und dies, obwohl die festgestellten Plutoniummengen internationale Grenzwerte um das zwei- bis dreieinhalbfache überschritten. In seiner jüngsten Erklärung spricht das Verteidigungsministerium nun davon, daß Aldermaston *„wegen der Sorge der Arbeiter über den Kontakt mit radioaktivem Material"* dicht gemacht wurde („Guardian", 25.8.78). Diese Angst der Arbeiter über die Verseuchungen mußte dem Ministerium aber erst mit der Drohung von Streiks durch die Gewerkschaften klargemacht werden. Auch jetzt versucht das Ministerium, die Anlage lieber heute als morgen wieder in Betrieb zu nehmen. Da eine Ganzkörperuntersuchung der Belegschaft jedoch ungefähr zwei, drei Jahre dauern würde, versucht man sich mit einer Lungenuntersuchung durchzumogeln. Eine derartige Untersuchung würde jedoch nur bei sehr hohen Überschreitungen der Grenzwerte sichtbare Ergebnisse zeigen. Für die Arbeiter gilt es diesen Plan zu durchkreuzen, der „Guardian" sieht in seiner Ausgabe vom 25.8 auch die Möglichkeit, daß die Arbeiter der anderen fünf Plutonium verarbeitenden Betriebe ähnliche Kontrollen verlangen werden.

Anti-AKW-Kommission

# Rieselfelder: Wie Kohlekraftwerke „Arbeitsplätze sichern"

Die Dortmunder Rieselfelder sind ein ca. 1.000 Hektar großes landwirtschaftlich genutztes Gebiet im Dreieck zwischen Dortmund, Recklinghausen und Castrop-Rauxel am Ostrand des Ruhrgebiets. Die Rieselfelder sind zur Zeit noch eines der größten zusammenhängenden Gemüseanbaugebiete der BRD. Hier werden 10 % des in NRW erzeugten Gemüses angebaut. Die Rieselfelder haben außerdem eine wichtige Funktion als Naherholungsgebiet und Frischluftschneise in einer Region, in der die größte Luftverschmutzung der BRD gemessen wird. So wurde z.B. in Castrop-Rauxel am 16.12.75 ein SO 2-Wert von 1,45 mg pro m3 gemessen (zulässiger Grenzwert laut Gewerbeaufsicht NRW 0,14mg)! Und ein Gutachten der Landesanstalt für Immissions- und Bodenschutz stellte in unmittelbarer Nähe der Rieselfelder 1976 schon eine gefährlich erhöhte Umweltbelastung durch eine nahegelegene Zinkhütte in Datteln fest: *„Die Kontamination ist im Nahbereich der Zinkhütte vielfach so hoch, daß an den Meßorten Risiken in der Weidetierhaltung nicht ausgeschlossen werden können. In Gemüsepflanzen liegen die Schwermetallgehalte wesentlich über den Normalgehalten..."*

Dieses Gebiet, das bisher der Stadt Dortmund gehörte und an die ansässigen Bauern verpachtet wurde, wird an die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) verkauft. Wie ‚uneigennützig' die verantwortlichen Herren der Stadt dabei vorgegangen sind, ist leicht feststellbar: Dortmunds Oberbürgermeister Samtlebe ist nebenbei Mitglied des Aufsichtsrats der VEW, Oberstadtdirektor Imhoff gar zugleich Vorsitzender des VEW-Aufsichtsrats.

Im Anfang 1977 veröffentlichten Landesentwicklungsplan VI des Landes NRW ist nun im Gebiet der Rieselfelder eine 1.700 ha (= 17km2!) große Fläche als Standort für Großindustrie ausgewiesen. Im Inneren dieser Fläche liegt mit zusätzlichen 160 ha der Standort für das von den VEW vorgesehene größte Energiezentrum der Welt mit einer geplanten Leistung von je ca. 3.000 Megawatt aus Kohle; und Atomkraftwerken.

Als großindustrielle Anlagen sind in den Rieselfeldern Chemie- und Stahlwerke vorgesehen. Die von der NRW-Landesregierung propagierte Aussiedlung von Industrie aus den Ballungsräumen in die Randgebiete des Ruhrgebiets wird hier konkret in Angriff genommen. Die zur Verfügung stehenden Energiereserven werden weitgehende Rationalisierung und damit Abbau von Arbeitsplätzen ermöglichen. So planen z.B. die Stahlwerke Hoesch neue Anlagen am Rand der Rieselfelder zu bauen und dafür große Teile der bisherigen Dortmunder Werksanlagen stillzulegen.

Zur Zeit haben die VEW für den Standort Rieselfelder „nur" zwei Kohlekraftwerksblöcke beantragt. Diese Kohlekraftwerke werden der Bevölkerung in den umliegenden Orten mit der Begründung schmackhaft gemacht, dadurch würden die Arbeitsplätze im Bergbau gesichert. *„Waltrop braucht zur Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze im Bergbau ein Kohlekraftwerk...Daher ist von großer beschäftigungspolitischer Bedeutung die Eintscheidung zum Bau eines Kohlekraftwerks von 2mal 750MW in den Rieselfeldern. 10.000 Erwerbstätige würden jährlich eine sichere Beschäftigung bekommen."* So sprach Ortwin Tadeusz, Bildungsobmann der IG Bergbau und Energie -Angestelltenortsgruppe Waltrop. Und Bergwerksdirektor Josef Lappe bestätigte: „Waltrop hat im Nordosten für 8 bis 12 Jahre Kohlevorräte" (beide Zitate nach Waltroper Zeitung vom 9.9.77).

Und 8 Monate später, im Mai dieses Jahres? *„Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: gestern morgen um 8 Uhr wurde den Betriebsratsmitgliedern...im Vorstandszimmer der Ruhrkohle AG eröffnet, daß bereits im ersten Halbjahr 1979 auf (Zeche) ‚Waltrop' alle Räder stillstehen werden. Mit dem Hinweis auf große geologische Störungen begründete die RAG diesen zum jetzigen Zeitpunkt unerwarteten Schritt"* („Dattelner Morgenpost", 17.5.78). Währenddessen läuft das Genehmigungsverfahren für die beiden Kohlekraftwerksblöcke in den Rieselfeldern. Es hat bisher keine einzige Verlautbarung gegeben, in der es geheißen hätte, der Kraftwerksbau müsse jetzt wegen Kohlemangels abgeblasen werden. Warum auch? Es gibt doch billige und jederzeit verfügbare Importkohle aus Polen und den USA (siehe Kohle-AK).

Richtig unverschämt wird es, wenn die nächste Zechenschließung nach Waltrop bereits angekündigt wird; danach wird es aber ganz bestimmt keine Zechenschließung mehr geben, sagt die Geschäftsleitung der Bergbau AG Westfalen: *„Neben der für Mitte nächsten Jahres vorgesehenen Schließung der Zeche Waltrop und der voraussichtlich Ende 1981 auslaufenden Zeche Radbad in Bockum-Hövel steht bei der Dortmunder Ruhrkohle-Gruppe auf absehbare Zeit keine weitere Förderdrosselung an"* („Westfälische Rundschau", 2.6.78).

Verarschung auf der ganzen Linie! Auch in Bezug auf die geplanten Atomkraftwerke in den Rieselfeldern soll die Öffentlichkeit hinters Licht geführt werden: Aus taktischen Gründen wird die Planung von AKWs in den Rieselfeldern von den VEW bestritten bzw. verschwiegen oder als „Gedankenmodell" verharmlost. Im VEW-Forschungsbericht von 1975 heißt es jedoch unmißverständlich: *"Die dritte Ausbaustufe sieht die Errichtung eines Hochtemperaturreaktors mit einer Leistung von ca. 1200 MW vor. (...) In der vierten Ausbaustufe ... soll die Kohlevergasung mit Hilfe nuklearer Prozeßwärme betrieben werden."*

Heute bestreiten die VEW, jemals ernsthaft an AKWs in den Rieselfeldern gedacht zu haben. Aber: Die beiden zur Zeit beantragten Kohlekraftwerksblöcke sollen von Anfang an für die Erweiterung durch Kohlevergasungsanlagen ausgelegt werden. Und die Kohlevergasung läuft eben mit "nuklearer Prozeßwärme"!

Die für den Standort Rieselfelder vorgesehenen AKWs sind ein Fall für sich. Der geplante Reaktortyp ist ein Hochtemperaturreaktor (HTR). Nachdem die HTR-Entwicklung in den USA gestoppt worden ist, ist nur ein HTR in der Welt im Bau, und zwar derThoriumhochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop. Betreiber des THTR in Hamm sind die VEW!

Die VEW führen zur Absicherung ihrer Unternehmungen in den Rieselfeldern umfangreiche Werbefeldzüge durch. Jeweils eine Woche lang wird mit Schaubildern, Vorträgen, Filmen, Modellen und mit Tanzveranstaltungen (Getränke umsonst) den örtlichen Schulen, Vereinen etc. die „VEW-Unternehmensstrategie" in den buntesten Farben schmackhaft zu machen versucht. Allerdings haben es die VEW mit ihrem "Bürgerdialog" nicht immer ganz leicht. So erschienen zu einer VEW-Tanzveranstaltung in Waltrop fast ausschließlich AKW-Gegner, die so lange an Diskussion und Getränkeverzehr teilnahmen, bis beides seitens der VEW-Herren abgebrochen werden mußte. Aber nicht nur mittels Getränkekonsum auf VEW-Kosten soll etwas gegen das geplante Energiezentrum getan werden: Eine Reihe im Umkreis arbeitender BIs hat sich zur Regionalkonferenz Dortmunder Rieselfelder zusammengetan. Diese Initiativen führten eine Unterschriftensammlung für Einsprüche gegen die geplanten ersten Kraftwerksblöcke durch. Über 7000 Unterschriften kamen zusammen! Weitere Aktionen sind im Zusammenhang mit dem Anhörungstermin im Genehmigungsverfahren (am 5.9.) und im September geplant.

**Anti-AKW-Kommission NRW**

# VEW, SPD und IG BE
# Hand in Hand gegen Information der Bevölkerung

Gegen Wilfried F., der zusammen mit Barbara F. in Castrop-Rauxel und Dortmund Volkshochschulkurse leitet, läuft zur Zeit eine in der örtlichen Presse breitangelegte Diffamierungskampagne. Anlaß ist der von beiden geleitete VHS-Kurs „Die Kraftwerksplanungen in den Rieselfeldern – was bedeuten sie für die Bevölkerung?", in dessen offizieller Ankündigung davon die Rede ist, daß in den Dortmunder Rieselfeldern das größte Energiezentrum der Welt geplant ist.

Als erste protestierten die VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen), Träger der angesprochenen Kraftwerksplanungen. In einem Brief an die Presse (nicht an die VHS!) meinten die VEW: *„Durch den von der städtischen Bildungseinrichtung geplanten Kurs würde ‚das Vertrauensverhältnis der Bürger zu ihrem (!) Energieversorgungsunternehmen, das eine immer ausreichende Stromversorgung zu gewährleisten hat', abgebaut"* („Ruhr-Nachrichten" (RN), 18.8.). Ein Dr. Draht, bei den VEW zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, sprach von *„offensichtlicher Manipulation der Realitäten"* („RN", 19.8.) im VHS-Kurs. Gemeint ist, daß die VEW erst einmal zwei Kohlekraftwerksblöcke beantragt haben und z.Zt. versuchen, ihre Gesamtplanung für die Rieselfelder (vier Kohle KWs, drei AKWs, Kohlevergasung über atomare Prozeßwärme) hinter ihrer Taktik des „Vorrangs der Kohleenergie" zu verstecken und darüberhinaus daß wahre Ausmaß ihrer Rieselfeldplanungen der Bevölkerung vorzuenthalten.

In ihrer Antwort auf die VEW-Vorwürfe belegten die beiden VHS-Kursleiter noch einmal die VEW-Planungen. Weiterhin widerlegten sie die Vorwürfe der Einseitigkeit mit Hinweis darauf, daß die Materialien zum Kurs aus vorliegenden Gutachten (z.B. der Landesanstalt für Immissions- und Bodenschutz) und der veröffentlichten Unternehmensplanung der VEW bestehen.

Nun trat die SPD auf den Plan mit der Forderung ihrer Castrop-Rauxeler Ratsfraktion, es müsse für *„eine ausgewogene und neutrale Darstellung der Sachlage Sorge getragen"* werden („WAZ", 23.8.).

Danach meldete sich, natürlich völlig unabhängig, ein „besorgter Bürger" zu Wort: Horst Niggemeier (vom Atomfilz persönlich) erhob „Bedenken gegen den VHS-Dozenten". Niggemeier, seines Zeichens SPD-Kreisverbandsvorsitzender Recklinghausen, Bürgermeister der Stadt Datteln (an den Rieselfeldern gelegen), Chefredakteur des IG Bergbau-Organs „Einheit" und Mitglied des VEW-Beirats (um nur einige wenige seiner Ämter zu nennen), sorgte sich in einem Brief an seinen Freund Oberbürgermeister Paulikat von Castrop-Rauxel (SPD) um die Objektivität von Wilfried F., da ihm bekannt geworden sei, daß dieser als Mitglied der Regionalkonferenz der BIs Dortmunder Rieselfelder einen Infostand in Datteln beantragt habe. Niggemeier: *„ ‚Unter diesen Umständen, die eindeutig gegen eine sachliche und unvoreingenommene Information der Bürger durch den VHS-Dozenten F. sprechen, wäre ich sehr dankbar, wenn im Interesse der Wahrheit (!) dieser Kurs nicht nur ein ehrliches Etikett erhalten würde, sondern dem erklärten Kohlekraftwerksgegner Wilfried F. städtischerseits auch die tatsächlichen Fakten über die Planungen in den Rieselfeldern zur Verfügung gestellt würden' "* („RN". 24.8.).

Daraufhin forderte die IG BE-Angestelltengruppe der Zeche Erin (Castrop), der VHS-Kurs solle abgesetzt werden, mit der Begründung, es liege *„offensichtliche Falschinformation"* und *„bewußte Irreführung der Bevölkerung"* vor, ein engagierter Gegner der VEW-Planungen dürfe einen solchen Kurs nicht leiten, denn *„nicht zuletzt würde der Betrieb dieser beiden Kraftwerksblöcke die Arbeitsplätze von rund 10 000 Bergbauangestellten und Bergarbeitern sichern"* („RN", 26.8.).

Gleichzeitig protestierte auch der IG BE-Bezirksleiter Ruhr-Ost, Ewald Brenne, namens seiner Gewerkschaft: *„Die Arbeitnehmer des Bergbaus haben kein Verständnis dafür, wenn von erklärten Kohlekraftwerksgegnern VHS-Seminare durchgeführt werden, die letztlich darauf abzielen, jeden Kraftwerksbau zu verhindern"* („WAZ", 26.8.). Brenne hat für seinen Protest eine besonders ‚logische' Begründung über sein eigenes Verständnis von ausgewogener Information: *„Nach Brennes Ansicht stellt sich hier ... die Frage, ‚ob es logisch ist, mit Mitteln des Steuerzahlers auf der einen Seite die Vorrangigkeit der Kohleverstromung zu unterstützen und auf der anderen Seite die Agitation (!) gegen Kohlekraftwerke in VHS-Seminaren zu finanzieren' "* („WAZ", 26.8.). Hier muß nochmal eingefügt werden, daß in der VHS-Kursankündigung kein Wort „gegen Kohle" steht, dagegen auf die VEW-Planungen und die daraus resultierenden konkreten Umweltgefahren eingegangen wird! Schließlich trat auch die Stadt Dortmund in Gestalt ihres SPD-Oberbürgermeisters Samtlebe (nebenbei Mitglied des VEW-Aufsichtsrats) auf den Plan. Samtlebe erklärte, *„er werde das Thema im Rat und in der SPD-Fraktion aufgreifen. Die Verwaltung werde den Vorwürfen ... sofort nachgehen"* („WAZ", 26.8.).

Inzwischen hat sich die Regionalkonferenz der BIs Dortmunder Rieselfelder in einer Stellungnahme entschieden gegen die Diffamierungskampagne gegen F. gewandt und sich speziell mit dem Vorwurf der mit öffentlichen Mitteln bezahlten ‚Agitation' beschäftigt. Angeführt werden in der Erklärung die öffentlichen Gelder, die in das sog. ‚Info-Zentrum' der VEW am AKW-Bauplatz Hamm-Uentrop geflossen sind, ebenso die Tätigkeit des VEW-Vorstandsvorsitzenden Knizia, der als Honorarprofessor an der Uni Dortmund seine Vorstellungen über Atomenergie verbreiten darf. Abschließend heißt es in der Erklärung der Regionalkonferenz: *„Man fragt sich, warum die Gewerkschaftsführung hier solche Geschütze auffährt, um einen engagierten Dozenten und Bürgerinitiativler zu diffamieren und ihm die Arbeits- und Existenzgrundlage abzusprechen. Doch so lächerlich ist die Haltung der IG BE-Führung in ihrer letzten Konsequenz nicht. Logisch weitergedacht heißt das nämlich, daß alle Lehrpersonen im öffentlichen Dienst, die sich kritisch mit der Atomenergie und der Umweltzerstörung auseinandersetzen, entlassen werden müßten!"*

An den beschriebenen Vorgängen wird deutlich, wie allergisch Betreiber, Regierende und Gewerkschaftsführung reagieren, wenn der Öffentlichkeit auch einmal die andere Seite ihrer Planungen und des Energieprogramms gezeigt werden soll. Daß dies mit einer Diffamierungskampagne geschieht, die ohne den Schatten eines Beweises im konkreten Fall (Manipulation des VHS-Kurses) arbeitet, macht eindeutig klar, welche Interessen, aber auch welches Demokratieverständnis diese Herren haben. Andererseits zeigt der Ablauf der Kampagne deutlich, wie eng verfilzt VEW, Kommunalpolitiker, SPD und IG BE an der Durchsetzung ihrer Pläne arbeiten.

**Anti-AKW-Kommission**

# »Saubere Braunkohlenenergie« — unsaubere Folgen!

Nach der ökologischen Verwüstung großer Gebiete im rheinischen Braunkohlenrevier durch den seit Jahrzehnten betriebenen Braunkohlentagebau vor den Toren Kölns, wird jetzt in diesem Gebiet eine zunehmende Grundwasser- und Seenverseuchung festgestellt.

In einigen der rund 10 nach der Ausbeutung der Braunkohle künstlich angelegten Restseen wurde bereits vor Jahresfrist ein „großes Fischsterben" („Kölner Stadtanzeiger", 8.7.78) beobachtet. 3000 Analysen von 25 verschiedenen Wasserstellen ergaben nach bakteriologischen, biologischen und chemischen Analysen „erschreckende" Ergebnisse.

Der Heider Bergsee, der Bleibtreu See, der Werkstattweiher und der Margarethen See - im Sinne der RHEINBRAUN-Kohlekapitalisten alles Naherholungsseen für den Kölner Großraum - weisen Sulfatgehalte von 500 und 800 mg/l auf. Als Ursache für den anwachsenden Sulfatgehalt in den Seen wird von der Unteren Wasserbehörde in einem Bericht festgestellt, *„daß durch die früheren Bergbautreibenden (u.a. Rheinbraun, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der RWE, des größten AKW-Betreibers in der BRD), aber auch durch die anliegenden Städte und Gemeinden Braunkohlenasche, sowie Bauschutt und Müll planlos abgelagert wurden. Somit waren die Grundlagen geschaffen, die die Qualität des neu zu bildenden Grundwassers..."* beeinflußten (Untere Wasserbehörde, 14.6.78).

Besonders stark wurde der Bleibtreu See verseucht, der als *„weltweit bekannte Rekultivierungsleistung"* (K.St. Anz., 20.7.78) ausgebrannter Braunkohletagebaue von Rheinbraun, einigen kleineren Bergbautreibenden und der Stadt Köln als Badesee für die angrenzende Millionenstadt Köln gepriesen wird.

Während die „Quick" 1974 unter der Überschrift *„Umweltschutz im rheinischen Braunkohlenrevier - wie aus einer trostlosen Wüste ein Freizeitparadies wurde"* in maßloser Übertreibung noch verkündete, *„Das Wasser dieser Seen ist so sauber, daß man es sogar gefahrlos trinken könnte"*, stellt die Wasserbehörde deutlich heraus, daß das Wasser nicht zum Trinken geeignet ist, und erklärt heute, daß man den *„Bleibtreu See auf lange Sicht als Badesee (!) abschreiben könne. Eine Sanierung ist im Moment nicht in Sicht"*. (s.o.).

## Ein „Modell"-See kippt um

Die aktuellen Untersuchungen der Wasserqualität haben offenbart, daß insbesondere der Bleibtreu See kurz vor dem „Umkippen" steht. Aufgrund des hohen Phosphatgehalts im Wasser sinken die Algen zu Boden. Dort verfaulen sie unter starkem Sauerstoffverbrauch. Am Gewässerboden bildet sich ein giftiger Faulschlamm, der das Wasser trübt und einen wachsenden Schlammgrund hinterläßt.

Erheblichen Anteil an der Verseuchung der Seen im „Rekultivierungsgebiet" der rheinischen Braunkohlengebiete hat eine direkt an das Naherholungsgebiet angrenzende Mülldeponie.

Diese größte Mülldeponie Europas ist ebenfalls mit Hausmüll, Aschen der RWE-Kraftwerke und Industriemüll vor allen Dingen von der Farbwerke Höchst AG aus Köln Knapsack versetzt.

Durch den Zufluß von Sickerwasser aus dieser Deponie werden die Seen zusätzlich verseucht.

Allein von den Farbwerken Höchst werden täglich 150 bis 200 Lastwagenladungen Gipsabfälle und Phosphatschlacke auf die Deponie gekippt.

Außerdem kippen die Unionkraftstoffe Wesseling und Rhodanid Chemie ihre Industrieabfälle auf diese Deponie.

Nach Bekanntwerden der Schadstoffgehalte in den hochgelobten Naherholungsgebieten um Köln versucht die Stadt Köln mit erheblichem publizistischem Aufwand die katastrophalen Mängel der Bergbaubetreiber und die eigenen Versäumnisse bei der „Rekultivierung" der ausgebrannten Tagebaue mit spektakulären Finanzierungsmaßnahmen zu entschärfen.

Zur Erhaltung des Erholungswertes sollen Mittel von 10 Millionen DM eingesetzt werden, wobei völlig unklar ist, ob die durch die Kohlekapitalisten, Industrie und die Stadt Köln verursachten Schäden an der Umwelt überhaupt in den Griff gekriegt werden können.

Stimmen, die vor einer solchen Entwicklung warnten, werden seit gut 12 Jahren in den Wind geschlagen. seit 1966 liegen Gutacheraussagen vor, die vor der Gefährdung der Seen und des Grundwassers durch verseuchtes Sickerwasser warnen.

Durch die derzeitige Situation der Seen ist der traurige Nachweis erbracht, daß die zur Abschirmung des Sickerwassers der Deponie vor dem Grundwasser verwendete Folie undicht ist und nicht als wirksamer Schutz angesehen werden kann.

Selbst die jetzt zur Sicherung des Grundwassers in Aussicht gestellte Verwendung von einer wenige Millimeter dünnen Kunststoffolie hat lediglich eine theoretische Wirksamkeit von 30 Jahren. Dabei handelt es sich bei der Müllablagerung *„...um Jahrhunderte, in denen noch Stoffe aus diesen Deponien ausgewaschen werden können.."* (Dr. Petran, Uni Bonn).

Trotz der bedrohlichen Entwicklung im Wasserhaushalt der Region haben die Stadt Köln und die Höchst AG einen Antrag laufen, diese Mülldeponie bis ins nächste Jahrtausend auszuweiten.

Die Deponie soll danach bis zu 150 m an den bereits heute verseuchten See heranreichen und eine Höhe von 50 m über dem Gelände erhalten.

## Späte Folgen der Braunkohlenförderung

Die späte Entdeckung der Verseuchung der Seen und des Grundwassers ist u.a. darauf zurückzuführen, daß parallel zum Braunkohletageanbau der Grundwasserspiegel großflächig abgesenkt worden ist, um den Baggern der Kohlekapitalisten in den Gruben eine genügende Standsicherheit zu geben und ein ‚Absaufen' der Gruben zu verhindern. Mit dem langsam ansteigengen Grundwasserspiegel nach Beendigung der Tagebaue hebt das Wasser zwischen durchläßigem Löß, Sand, Kies, Quarzsand, Ton und Kohleasche die verschütteten Gift- und Schadstoffe an die Oberfläche. Durch die Grundwasserströmung werden sie verbreitet.

Welche Folgen daß für das Grundwasser in der gesamten Region hat, ist kaum absehbar.

Da sich die Verfüllung der Restlöcher der ehemaligen Tagebaue in der nahen Umgebung Kölns nicht wesentlich von der geplanten „Rekultivierung" im Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen unterscheidet, kommen auf die Menschen und die Umwelt dieser Region überhaupt nicht absehbare Folgeerscheinungen der Braunkohleförderung zu.

Dabei machen die bisher ausgebrannten Gebiete um Köln nur einen Bruchteil der Ausmaße des Tagebau Hambach aus, der bis zu 500 m tief sein wird und sich über eine Fläche von rund 90 qkm. (!!) erstreckt.

Mit dem geplanten „größten Loch der Erde" ist zugleich die nächste Umweltkatastrophe im rheinischen Braunkohlengebiet angelegt.

**KB/Gruppe Köln**




# Kein NPD-Parteitag in Mannheim!

Wie schon im vorletzten AK erwähnt, will die NPD am 17.9.78 ihren Landesparteitag in Mannheim abhalten. Zusätzlich plant die NPD einen Demonstrationszug durch die Mannheimer Innenstadt und eine Abschlußkundgebung auf dem Paradeplatz (zentraler Platz in Mannheim). Nach Angaben der NPD werden für den Kongreß etwa 150 Delegierte erwartet. Als Redner sollen der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug sowie der Alt-Nazi Rudel auftreten.

Am 29.8. entschied der Mannheimer Gemeinderat mehrheitlich (mit den Stimmen der SPD, CDU, DKP und bei Gegenstimmen der Mannheimer Liste und der FDP), **„keine ordnungsrechtliche Genehmigung zur Abhaltung des NPD-Parteitages in Mannheim zu erteilen"** (wobei die CDU nur deshalb zustimmte, weil sie gleichzeitig auch den demnächst stattfindenden DKP-Parteitag verbieten will!). Dieser Beschluß hat aber nur empfehlenden Charakter. Der SPD-Oberbürgermeister bat um „Verständnis": Die Stadt müsse jeder zugelassenen, nicht verbotenen Partei Säle überlassen. Er und der Polizeipräsident würden aber am Wochenende des NPD-Parteitages alles tun, um zu verhindern, daß Personen oder Sachen durch Gewalt in dieser Stadt zu Schaden kommen. Damit dürfte sicherlich gemeint sein, antifaschistische Protest-Aktionen zu verhindern.

Die **„Antifaschistische Aktionseinheit zur Verhinderung des NPD-Parteitages in Mannheim"** hat schon frühzeitig mit der Aufklärungsarbeit begonnen. So wurden jede Woche mehrere Infotische in der Innenstadt aufgebaut. Außerdem fand ein Wochenendseminar statt, mit vielen Diskussionen über die Ursachen des Neonazismus etc. Der Aktionseinheit, der ein sehr breites Spektrum fortschrittlicher Gruppen angehört, sind, wie nicht anders zu erwarten, die DKP/VVN und der KBW bisher ferngeblieben.

Die Jusos unterstützen nach eigenen Worten die Aktionen, haben aber den Aufruf der Aktionseinheit bisher nicht unterzeichnet.

Zum Schluß noch einige Aktionen, die von der Aktionseinheit geplant sind:

Eine Diskussions- und Informationsveranstaltung am 8.9.; eine Kulturveranstaltung am 15.9., auf der Erich Fried, Rolf Bergmann, das Mannheimer Nationaltheater, Walter Mossmann und andere auftreten werden.

Für den 17.9. ist eine Demonstration und Kundgebung geplant.
(Kontaktadresse der Aktionseinheit: Der andere Buchladen, M 2,6)

**Ein KB-Genosse aus Mannheim**

ordnungsrechtliche Genehmigung zur Abhaltung des NPD-Parteitages in Mannheim zu erteilen" (wobei die CDU nur deshalb zustimmte, weil sie gleichzeitig auch den demnächst stattfindenden DKP-Parteitag verbieten will!). Dieser Beschluß hat aber nur empfehlenden Charakter. Der SPD-Oberbürgermeister bat um „Verständnis": Die Stadt müsse jeder zugelassenen, nicht verbotenen Partei Säle überlassen. Er und der Polizeipräsident würden aber am Wochenende des NPD-Parteitages alles tun, um zu verhindern, daß Personen oder Sachen durch Gewalt in dieser Stadt zu Schaden kommen. Damit dürfte sicherlich gemeint sein, antifaschistische Protest-Aktionen zu

aber den Aufruf der Aktionseinheit bisher nicht unterzeichnet.
Zum Schluß noch einige Aktionen, die von der Aktionseinheit geplant sind:
Eine Diskussions- und Informationsveranstaltung am 8.9.; eine Kulturveranstaltung am 15.9., auf der Erich Fried, Rolf Bergmann, das Mannheimer Nationaltheater, Walter Mossmann und andere auftreten werden.
Für den 17.9. ist eine Demonstration und Kundgebung geplant.
(Kontaktadresse der Aktionseinheit: Der andere Buchladen, M 2,6)
Ein KB-Genosse aus Mannheim

# Nazi Geiss noch immer auf freiem Fuß!

Das Foto ging um die Welt: Bei der Beerdigung des Kriegsverbrechers Kappler in Soltau führt ein Mann den „Hitler-Gruß" auf. - **Edgar Werner Geiss.**

Wegen dieser Aufführung sowie wegen „Verunglimpfung" der BRD und Verteilen nazistischer Schriften stand Geiss am 24. Juli in Lüneburg vor Gericht. Gesamturteil: 9.600 DM Geldstrafe, keine Haft. Für die Bezahlung der Geldstrafe wird wahrscheinlich nach altem Brauch eine finanzkräftige „Hilfsgemeinschaft" aufkommen... Der Staatsanwalt hatte 10 Monate o h n e Bewährung gefordert - mit einem Kommentar, dem jeder Antifaschist von Herzen zustimmen wird: **„Eine Geldstrafe ist hier völlig indiskutabel".**

Eine besondere Frechheit leistete sich Geiss noch während des Prozesses: Nachdem er „wegen Grippe" einen Prozessaufschub bis zum 24. Juli erreicht hatte, beteiligte er sich am 22. Juli an der von der „Hansa"-Bande und anderen Nazis inszenierten „Saalschlacht von Lentförden" (siehe AK 134, S. 1).

Am 21. August fiel Geiss erneut unangenehm auf: Beim Prozess des Vaters von Anne Frank gegen den früheren Gestapo-Mann Ernst Römer in Hamburg (Otto Frank hat Römer wegen der Behauptung verklagt, das weltbekannte ‚Tagebuch der Anne Frank' sei eine Fälschung) verteilte Geiss Flugblätter („Hamburger Abendblatt", 22.8.).

Ein paar Angaben zur Person dieses Nazi-Aktivisten, der in der bürgerlichen Presse meist nach bewährter Manier als „verrückter Einzelgänger" dargestellt wird:

- Geiss hat jahrelang als Fotograph für die Zeitschrift „Bauernschaft" des Nazis Thies Christophersen („Ausschwitz-Lüge") gearbeitet.
- Geiss war jahrelang Mitglied der NPD, aus der er erst kürzlich ausgetreten ist, weil sie ihm „zu demokratisch" sei.
- Geiss war jahrelang Mitglied der „Deutschen Bürgeriniative" des Manfred Roeder und enger Freund von diesem. Roeder, ein Alt-Aktivist der harten Nazi-scene seit Anfang der 70er Jahre, ist vor einer drohenden Haftstrafe inzwischen ins Ausland geflüchtet und wird von Interpol gesucht - allerdings wohl nur mit mäßigem Eifer. Er ist inzwischen in Brasilien aufgetaucht, wo er sich wahrscheinlich von alten deutschen Nazi-Funktionären aushalten läßt.
- Geiss ist seit mindestens einem halben Jahr ständiger Gast bei der Hamburger „Hansa"-Bande, von der inzwischen mehrere Aktivisten wegen krimineller Aktivitäten in Haft sind. Geiss versäumt kaum einen Auftritt der Bande.

**Fazit: Geiss gehört als Aktivist der neuen „NSDAP" hinter Gitter!**

# KURZMELDUNGEN




**Nazi – Lars Möller bei der CDU? (ganz rechts, mit Bart und Brille)**

Am 12. August veranstaltete die Hamburger Junge Union/CDU einen „symbolischen Mauerbau" anläßlich des 17. Jahrestages des Berliner Mauerbaus. Antifaschistische „Zivil-Fahnder" entdeckten dabei hinter dem Infostand der CDU einen alten Bekannten: Lars Möller, früher bei NPD/JN und „Hansa"-Bande aktiv! Für die nächste Überraschung sorgte Lars Möller einen Tag später, als sich die NPD zu einer „Revanche" ihres vermasselten „Deutschlandtreffens" vom 17. Juni in Frankfurt versammelte. Mit einer JN-Fahne in der Hand schlenderte er über den Friedberger Platz und begrüßte seine „alten Kameraden". Stellt sich nur noch die Frage, ob das die e i n z i g e derartige Doppelmitgliedschaft in der NPD/JN ist?!

## In Soltau schlafen die Nazis nicht

Kurze Zeit, nachdem in der Nähe von Soltau die „Wiking-Jugend" (unter ihrem Funktionär und stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden Klaus Hoffmann) einen Soltauer Antifaschisten und einen Journalisten tätlich angriff (s. AK 136), lagert wieder ein rechtsradikaler Jugendverein in der Umgebung von Soltau: der **„Bund Heimattreuer Jugend"** hat ein Lager in Frielingen. Dieser Trupp von Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 führt genau wie die „Wiking-Jugend" para-militärische Übungen durch.

Zwei Mitglieder des Antifaschistischen Arbeitskreises Soltau wurden am 26.8. von einem Braunschweiger und einem Kieler VW-Bulli sowie einem nichtangemeldeten Moped über 7 km bis nach Soltau hinein verfolgt, als sie von dem Lager Fotoaufnahmen machten. Die Nazis konnten in Soltau noch Fotos von den Antifaschisten machen, nachdem sie zuvor versucht hatten, einen Unfall zu provozieren. Der Antifaschistische Arbeitskreis ruft alle Antifaschisten im Kreis Soltau-Fallingbostel auf, seine Veranstaltung am 20.9. um 19 Uhr zu besuchen, auf der über die wachsenden Aktivitäten der Nazi-Banden informiert und der Fernsehfilm „Wotans Erben" gezeigt wird (eine Dokumentation über mehrere faschistische Jugendorganisationen).

Der genaue Ort wird noch bekannt gegeben.

# Darüber haben wir uns gefreut!

*Darüber haben wir uns gefreut! Die deutschssprachige i s r a e l i s c h e Zeitung "Israel Nachrichten" brachte in ihrer Ausgabe vom 18.8. 78 eine Buchbesprechung zum Buch Nr.1 unserer "Antifaschistischen Russellreihe". Wir drucken nebenstehend diese Notiz ab.*

Darüber haben wir uns gefreut!

Darüber haben wir uns gefreut! Die deutschssprachige i s r a e l i s c h e Zeitung "Israel Nachrichten" brachte in ihrer Ausgabe vom 18.8. 78 eine Buchbesprechung zum Buch Nr.1 unserer "Antifaschistischen Russellreihe". Wir drucken nebenstehend diese Notiz ab.

**ISRAEL NACHRICHTEN**
**חדשות ישראל**

**ANTIFASCHISTISCHE RUSSELL-REIHE 1**
**Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung und Missachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945—1977**
**181 Seiten**
**j. reents-verlag Hamburg 1978**

Die Verjährung der Naziverbrechen am 31.12.79 nähert sich unaufhaltsam, so hat es jedenfalls den Anschein. Die Bemühungen in aller Welt und auch in der Bundesrepublik sind wohl vergebens. Auf seinem letzten Israel-Besuch liess Aussenminister Genscher alle Versuche, ihn auf dieses Problem anzusprechen, diplomatisch leerlaufen. Der Vorsitzende der FDP kann es sich wohl kaum leisten, die gerade von seiner Partei durchgeführten Bemühungen, ein Aufheben der Verjährung von Naziverbrechen eben gerade zu verhindern, vergessen zu machen. Zu viele in der Bundesrepublik halten gerade deshalb (noch) zu dieser Partei. Doch gebührt der Schimpf nicht der FDP allein. Diese Front geht quer durch den Bundestag.

Ein Buch, das sich gerade jetzt mit den Problemen der „Entnazifierung" und vor allem der Verjährung in der Bundesrepublik auseinandersetzt, war nötig, konnte jedoch nur von einem radikalen „Linken-Verlag" auf den wohl kaum reichen Markt gebracht werden. Der Titel mag übertrieben klingen, der Hintergrund so manchem nicht geheuer sein, auch die Darstellung ist oft zu einseitig, nicht auf spezifische Umstände eingehend, doch ist es die einzige Dokumentation dieser Art. Und auf diese Dokumentation kommt es an. Sie ist mehr als lesenswert.

N. J.

## Hannovers Antifaschisten nicht in Form

Auf dem falschen Bein erwischte am 19.8. eine Nazi-Kundgebung die hannoverschen Antifaschisten: Die „Jungen Nationaldemokraten" (NPD-Jugendorganisation) hatten im norddeutschen Raum zu einem Aufmarsch nach Hannover mobilisiert, „aus Anlaß des Jahrestages des Mauerbaus am 13. August".

Das Verwaltungsgericht Hannover sprach den Nazis den starkbelebten Kröpckeplatz als Kundgebungsort zu. Zwar war in Hannover das Gerücht durchgesickert, daß es zu einem massiven faschistischen Aufmarsch

Hannovers Antifaschisten nicht in Form

Auf dem falschen Bein erwischte am 19.8. eine Nazi-Kundgebung die hannoverschen Antifaschisten: Die „Jungen Nationaldemokraten" (NPD-Jugendorganisation) hatten im norddeutschen Raum zu einem Aufmarsch nach Hannover mobilisiert, „aus Anlaß des Jahrestages des Mauerbaus am 13. August".
Das Verwaltungsgericht Hannover sprach den Nazis den starkbelebten Kröpckeplatz als Kundgebungsort zu. Zwar war in Hannover das Gerücht durchgesickert, daß es zu einem massiven faschistischen Aufmarsch
kommen würde - (ein linker Büchertisch war mit dem Hinweis auf den Nazi-Aufmarsch vom Ordnungsamt nicht zugelassen worden), dennoch kam es nicht zu einer angemessenen Gegen-Mobilisierung. Nur etwa 30 Antifaschisten hatten sich eingefunden, um sich auf eine unter diesen Bedingungen aussichtslose Konfrontation mit den Nazis einzulassen. Prompt wurden sie von einem Schlägertrupp der Nazis – die mit ca. 40 Leuten offen auftraten, aber zahlreiche weitere Schläger und Sympathisanten in unmittelbarer Nähe postiert hatten – vermöbelt.

Zwar gab es in Hannover in früherer Zeit aus Anlaß frühzeitig angekündigter faschistischer Kundgebungen und Parteitage ein breites antifaschistisches Bewußtsein, das sich u.a. in der Gründung einer (aus SPD- und DKP-Prominenz bestehenden BI „Hannover ohne Braun" und in der hohen Beteiligung der hannoverschen Linken an Gegenkundgebungen zeigte. Dennoch hat der 19.8. gezeigt, daß es in Hannover noch keine kontinuierliche Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit über das Treiben der Faschisten gibt, die gewährleisten kann, daß auch in der „Urlaubszeit" die Antifaschisten stark genug und mobilisierbar sind, derartige Aufmärsche von NPD/JN und anderen Nazis wirksam zu stören.

## Prozeß gegen Antifaschisten

Wegen „Waffenbesitzes" soll ein Antifaschist verurteilt werden, weil er in der Nähe einer Faschistenkundgebung mit einem Knüppel erwischt worden sein soll und sich damit eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz und das Strafgesetzbuch schuldig gemacht haben soll. Über seinen Widerspruch gegen einen Strafbefehl wird am 11.9.78 um 8.30 h im Amtsgericht Hannover verhandelt werden, wo wir ihn nicht allein lassen sollten!

# Was steckt hinter den „Ermittlungen" gegen Nazi-Terroristen?



**Dieses Bild entnahmen wir einer spanischen Illustrierten vom Juli dieses Jahres. Hoffmann, der der Illustrierten ein Interview gab, zusammen mit einem vermummten Mitglied seiner bewaffneten Bande.**

Seit März 78 läuft eine – angeblich großangelegte – Fahndung nach Nazi-Terroristen, Mitglieder einer „Werwolf-Untergrundarmee" (Rebmann). Die Anwendung des § 129a (terroristische Vereinigung), eines der schwersten Kaliber, die das Strafgesetzbuch hat, gegen Nazis ist eine absolute Neuheit – gemacht wurde der Paragraph, um ihn gegen Linke anzuwenden.

„Ermittelt" wird zur Zeit gegen 21 Nazis; davon sitzen bereits 10 in U-Haft. Ihnen werden – neben der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung – u.a. Bankraub, Raubüberfälle und mehrere Überfalle auf Militäreinrichtungen vorgeworfen (u.a. am 22.11.77 Kaserne in Wentorf bei Hamburg und am 5.2.78 NATO-Übungsplatz Bergen-Hohne). Weitere Überfälle, um Geld und Waffen zu beschaffen, waren geplant. Geplant waren u.a. auch ein Sprengstoffanschlag auf ein Kieler KBW-Büro und die Befreiung inhaftierter Nazis.

In Untersuchungshaft sitzen z.Z.:

- **Michael Kühnen**, Hamburg, Chef der „Hansa"-Bande (Tarnname: „ANS"). Gegen ihn wurde erst am 4.8. Haftbefehl erlassen – nun allerdings gleich wegen **Bildung und Leitung einer terroristischen Vereinigung.** GerneralbundesanwaltRebmann

gung. GerneralbundesanwaltRebmann
erklärte, die ANS sei ein **„Zusammenschluß von Terroristen"** („Frankfurter Rundschau", FR, 5.8.78).
- **Lutz Wegener**, Hamburg, früher „Adjudant" von Michael Kühnen, verhaftet Ende Februar. Lutz Wegener ist besonders schwer belastet (**Teilnahme an mehreren bewaffneten Überfällen**).
- **Lothar Schulte**, wegen Untergebenenmißhandlung entlassener Stabsunteroffizier. Ende Februar gemeinsam mit Wegener verhaftet.
- **Uwe Rohwer**, Schleswig-Holstein, Gauführer der Wikingjugend und bis vor kurzem Kreisvorsitzender der NPD. Verhaftet am 28.3.78.
- **Manfred Börm**, stellvertretender Gauleiter der Wikingjugend Schleswig-Holstein. Leitete im Oktober 1976 einen Überfall von Wiking-Jugendlichen auf ein Fernseh-Team. In Haft seit Mitte März.
- **Klaus Dieter Puls**, Hamburg, gut befreundet mit dem „NSDAP"-Führer Gary Laux (USA).
- **Helge Röthke**, Westberlin. Schon 1970/71 als bewaffneter Nazi-Terrorist aufgetreten, damals als Mitglied der „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung" des Roland Tabbert.
- **Michael Pohl**, ebenfalls Westberlin. Gemeinsam mit H. Röthke am 12.5.78 verhaftet.
- **Frank Stubbemann**, Kiel. „Beauftragter" der „Hansa"-Bande für die „NSDAP"-Schleswig-Holstein. Verhaftet am 26.5.78.
- **Robert Marchy**, Kiel, Bundeswehrobergefreiter. Gleichfalls am 26.5. 1978 verhaftet.

Der mit Stubbemann und Marchy zusammen verhaftete **Peter Teuffert** (Kiel, mehrfach Gast der „Hansa"-Bande bei Aktionen in Hamburg) wurde inzwischen wieder freigelassen – angeblich reichten die Beweise nicht aus.

In Karlsruhe wurden Ende August zwei Neonazis, 27 und 32 Jahre alt, verhaftet, als sie gerade vier Maschinenpistolen und 2000 Schuß Munition illegal kaufen wollten! 5000 DM hatten sie zu diesem Zweck in der Tasche. Bei „mehreren Durchsuchungen" in diesem Zusammenhang fanden sich zahlreiche NS-Schriften. Gegen die beiden wird jetzt wegen Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung „ermittelt".

### Nachrichtensperre: Verschleiern, ablenken!

So erfreulich die Tatsachen erst einmal sind – endlich wird von der Justiz gegen die Nazi-Verbrecher vorgegangen, sicherlich nicht zuletzt als Verdienst der Antifaschisten – so bedenklich sind die konkreten Umstände der „Ermittlungen" und „Fahndungen":

Sofort nach den ersten Festnahmen Februar/März hatte der damalige ermittelnde Staatsanwalt Reifenberg angekündigt, „in den nächsten Tagen" sei mit 15 - 20 weiteren Festnahmen zu rechnen (FR, 28.3.78). Stattdessen übernahm Bundesanwalt Rebmann die Ermittlungen. Seine erste Tat: er verhängte eine faktische Nachrichtensperre. Anfragen von Journalisten nach Fotos der Festgenommenen, nach Lebensläufen, Hintergrundinformationen und Verbindungen wurden abgelehnt mit dem Hinweis, daß man „die Ermittlungen nicht stören" wolle.

In welche Richtung die weiteren Ermittlungen gehen, gegen wen, gegen welche Organisationen, welche Verbindungen z.B. zur NPD bestehen – all das soll geheim bleiben.

– all das soll geheim bleiben.

Als besonderes Verwirrspiel mutet die Behandlung des Bandenchefs Michael Kühne an: Über ein Jahr lang kann er praktisch ungestört agieren; ein Ermittlungsverfahren nach dem anderen wird eingeleitet, insgesamt wohl 19. Am 12.7. wird er in Nürnberg wegen Volksverhetzung zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Nur eine Woche später nimmt ihn die Hamburger Polizei kurzzeitig fest, weil sie NS-Material in seinem Auto gefunden hat; er wird aber sofort wieder freigelassen („Bild", 20.7.78). Am 24.7. erfolgt ein Haftbefehl wegen der von Kühnen organisierten Saalschlacht in Lentföhrden, vier Tage später wird er wieder aufgehoben. Und eine Woche später wird Kühnen plötzlich wieder verhaftet, als Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung! Erklärungen hält die Staatsanwaltschaft offenbar nicht für nötig.

### Terroristen-Trainingscamps – mitten in der BRD!

Seit Anfang 1974 ist der „Wehrsport"-Führer **Karl-Heinz Hoffmann** aus Bayern im In- und Ausland ein Begriff:

Er ist zentraler Ausbilder von Nazi-Terroristen aus der gesamten BRD. Sein von der Stadt Nürnberg gemietetes Schloß Almshof (Heroldsberg) war jahrelang eine Zentrale für die paramilitärische Ausbildung von Jungnazis (Inzwischen ist Hoffmann ins nahegelegene Ermreuth umgezogen).

Bei Hoffmann kann man lernen: „. . . . **alle Arten der militärischen Ausbildung, Nahkampf, Tarnung, Fuß- und Motmarsch, Ambush, Conter-Ambush und Überlebenstraining**" (Werbehandzettel).

Ausrüstung (Jeeps, Krads, Übungshandgranaten usw.) ist reichlich vorhanden. Um auch die praktische Anwendung des Erlernten zu erproben, soll die Schulung im Ausland fortgesetzt werden, *„da, wo der Krisenherd schon da ist"* („konkret", 1/77). So bot Hoffmann sich im Herbst 75 als Söldner-Werber für das weiße Rassistenregime in Rhodesien an („Frankfurter Allgemeine Zeitung", FAZ, 28.10.75).

Aber nicht nur im Ausland sucht Hoffmann für sich und seine Leute die Praxis: Am 4.12.76 stürzte er sich mit seiner Bande in Tübingen auf Antifaschisten, die durch Absperren eine Veranstaltung verhindern wollten, auf der Hoffmann sprechen sollte. Die Hoffmann-Bande benutzte dabei „**Holzknüppel, Totschläger, Stahlrute mit Eisenkugel, Tränengassprühdose**" („Schwäbisches Tageblatt", 6.12.76). Ergebnis: Sieben schwerverletzte Antifaschisten!

Angefangen hat es Mitte der 60er Jahre mit 10 Türken, die Hoffmann in seine Schilderfirma einstellte. Einige von ihnen stiegen mit in Hoffmanns „Wehrsportgruppe" (WSG) ein. Hoffmann begann, vor allem „millieugeschädigte" Jugendliche aus der Umgebung um sich zu scharen. Sie wohnten in Wohngemeinschaften, einige auch direkt bei ihm. Mit der Zeit baute er eine Art „ständige Truppe" auf. Das Schloß Almshof entwickelte sich zu einem zentralen Trainingscamp. Schon im Januar 74, als Hoffmann nur Eingeweihten bekannt war, fand der „stern" dort 23 gut gedrillte Jugendliche zum Wochenendeinsatz vor.

Inzwischen hat Hoffmann seine Bande weit verbreitet. Als WSG-Stützpunkte nannte er im Sommer 1975:

- West-Berlin,
- Freiburg,
- Österreich,
- Schweiz (nach „Extra-Dienst", ED, 17.5.75).

Weitere WSG-Gruppen bestehen (mindestens) in Frankfurt und Vöhringen (Baden-Württemberg).

Die verschiedenen „Stützpunkte" bleiben miteinander verbunden: *„Mehrmals im Jahr finden unter Einbeziehung mehrerer Gruppen Manöver mit unterschiedlichen Zielen statt"* (Werbezettel).

Vorsichtig geschätzt ergibt sich:

- Etwa 25 Leute dürften zu Hoffmanns „ständiger Truppe" aus dem Raum Nürnberg gehören.
- Mindestens 35-40 Leute sind in den weiteren „Stützpunkten" fest organisiert. Darüber hinaus ist es sicher nicht zu hoch gegriffen, von noch einmal mindestens 100 Neonazis auszugehen, die im Laufe der letzten Jahre eine Straßen- und Geländekampfausbildung bei Hoffmann erhalten haben.

### Wikingjugend: Über 30 Jahre „Erziehung zum Wehrwillen"

Neben Hoffmanns „Wehrsportgruppen" leistet vor allem die Wikingjugend mit ihren Lagern und Gruppen die Nachwuchs-Ausbildung der Nazi-Terroristen. Die Wiking-Jugend organisiert regelmäßig große Lager (350 bis 400 Teilnehmer). Formell ist unterste Altersgrenze 10 Jahre, aber es sind auch schon 6-jährige eifrig beim Krieg-Üben dabei. Das Programm auf solchen Lagern beschrieben eingeschlichene Journalisten:

6.30 Uhr: Wecken mit Trillerpfeife, Frühsport. Dann Lagerappell und Inspektion der Zelte.
Vormittags: Gruppenwettkämpfe
Nachmittags: Schießübungen auf dem dörflichen Schießplatz mit Kleinkalibergewehren. Märsche und Kriegsspiele (Unter Stacheldraht durchrobben, sich auf Kommando „Tiefflieger von vorn" in den Matsch werfen usw.) gehören ebenfalls dazu. Für die ideologische Ausrichtung – neben Reden und Broschüren – werden alte Nazi-Filme gezeigt. Abends dann Lagerfeuer-„Romantik" mit alten Nazi-Liedern.

Das terroristische Potential, das in dieser Jugendorganisation steckt, wird auch deutlich, wenn man sich die Führer der Wiking-Jugend betrachtet:

Neben **Uwe Rohwer** und **Manfred Börm**, WJ-Führer aus Schleswig-Holstein, die jetzt beide wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Haft sind, fällt dabei besonders **Roland Tabbert** auf. Er gründete 1970 die **„Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"**. Bei Hausdurchsuchungen fanden sich im April und im August Pläne für Sprengstoffanschläge gegen die Berliner „Mauer", die SEW-Zentrale, ein sowjetisches Reisebüro, für Zielschüsse über die Mauer und Handgranatenwürfe auf DDR-Wachtürme („Spiegel", 34/71). Tabbert stand deswegen nie vor Gericht. Stattdessen läuft er jetzt wieder mit einer Pistole herum und bildet seit mindestens 2 Jahren Kinder und Jugendliche aus!

Neben den 300 bis 500 Mitgliedern der Wiking-Jugend benutzen viele Jugendliche aus anderen Jugendverbänden die Wiking-Lager für ihre paramilitärische Ausbildung. Fünf von ihnen zogen dann nachts los, um den NATO-Übungsplatz Bergen-Hohne zu überfallen und Waffen zu erbeuten.

Mit Hoffmann-Bande und Wiking-Jugend ist das Spektrum der Ausbildung von Nazi-Terroristen noch längst nicht erfaßt:

- Der „Stahlhelm" mit mehr als 1000 Mitgliedern veranstaltet regelmäßig Jugendlager, auf denen u.a. das Zielwerfen mit Handgranatenattrappen geübt wird.
- Der „Bund Heimattreuer Jugend" /BHJ (etwa 1000 Mitglieder) erzieht seine Mitglieder ebenfalls zu „Soldatentum und Wehrwillen".

Christian Worch, neuer Chef der „Hansa"-Bande seit Kühnens Verhaftung, auf einer Pressekonferenz: **„Jedes unserer etwa 50 jüngeren Mitglieder hat eine paramilitärische Ausbildung entweder woanders schon erhalten oder bekommt sie bei uns. Wir haben mehrere Höfe mit Gelände, wo wir ungestört unsere Übungen machen können. Ausgebildet wird sowohl für Straßenkämpfe als auch für militärische Auseinandersetzungen im Gelände. Jeder von uns ist voll ausgebildet im Umgang mit Schlag-, Hieb- und Stichwaffen. Alle anderen Gruppen machen das ähnlich".**

Die Angabe, etwa 20 Nazis seien derzeit „im Vorfeld des Terrorismus" einzustufen („Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 2.6.78) ist allemal ein Witz. Aber auch die in letzter Zeit häufig genannte Zahl von 150 Leuten, die zum harten Kern der Nazi-Banden zählen sollen (SPD-Sicherheitsexperte Pensky, u.a. FR, 12.6.78), ist viel zu tief gegriffen.

**Eine sehr bescheidene Rechnung ergibt, daß es weit über 1000 Nazis sind, die in den letzten Jahren bei Hoffmann, in der Wiking-Jugend oder anderswo eine intensivere paramilitärische Ausbildung erhalten haben und die für die Schlägereinsätze, militante NS-Propaganda und ähnliche kriminelle Aktivitäten zu mobilisieren sind.**

**Bemerkenswert daran ist die totale Offenheit und Legalität, mit der die Nazis ihren terroristischen Nachwuchs selbst jetzt noch heranbilden dürfen. Man muß dabei den Eindruck gewinnen, s o unlieb sei es dem Staat womöglich gar nicht, wenn hunderte fanatischer Antikommunisten bandenmäßig ausgebildet werden!**




**Wiking 77 – Mannschaftswagen mit Wehrsportgruppe. V.l.n.r.: Thomas Günter Lange, Kiel (Bund Konservativer Jugend), Lutz Wegener (Hansa- Bande), Friedhelm Pützmann (Hansa- Bande), ?, ?, ?, Roland Rosacha (stellv. JN-Vorsitzender Hamburg).**

Über irgendwelche Behinderungen von Seiten des Staatsapparates kann Hoffmann sich bisher kaum beklagen. Er hat sogar bis heute einen Waffenschein! („Vorwärts", 23.3.78).

Verurteilt wurde er erst zweimal:

- Am 24.7.78 zu 8000 DM wegen verbotenen Uniformtragens (großzügig übernahm Dr. G. Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung", die Zahlung).
- Am 18.10.77 wegen des Schlägereinsatzes in Tübingen zu 10 Monaten (auf Bewährung) und 2000 DM Geldstrafe.

**Beispielsweise wurden die Hamburger JN-Mitglieder bis April 76 offiziell im NPD-Organ aufgefordert, an den Wiking-Lagern teilzunehmen.**

Die Arbeit der Wiking-Jugend beschränkt sich offenbar aber nicht nur auf die Organisierung großer Lager und der dort erfolgenden paramilitärischen Grundausbildung. Daneben gibt es kleinere Gruppen, deren Trainingsprogramm ähnlich wie das in Hoffmanns „Wehrsportgruppen" sein dürfte. Solch eine Gruppe (etwa 12 Leute) verbrachte am 4./5.2.78 gerade ein Wochenende auf dem Rohwer-Hof in Dörpstedt. Fünf von

### Die „NSDAP" – eine kriminelle Vereinigung formiert sich

Mindestens 7 der 10 in U-Haft sitzenden Nazi-Terroristen sind aktive und bekannte Mitglieder der „NSDAP". Im letzten Jahr ging der Zusammenschluß der aktivsten und offensten Neonazis (der sogenannten NS-Gruppen) mit Riesenschritten voran. Banden-Chef Michael Kühnen verwendete praktisch das gesamte Frühjahr 78 darauf, herumzureisen,

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

gemeinsame Aktionen zu besprechen und als Redner die Aktivisten auf seine Linie einzuschwören. Ähnlich aktiv ist der Alt- und inzwischen Berufsnazi Erwin Schönborn, der über weitläufige Kontakte in der gesamten legalen rechtsradikalen Szene verfügt, zugleich aber eng mit der „Hansa"-Bande zusammenarbeitet. In Norddeutschland unterstützt die „Hansa"-Bande den Aufbau örtlicher NS-Gruppen: NRAF Bremen, Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß, Hannover und die Kieler NS-Sympathisanten.

Zur NS-Scene gehören außerdem: die „Deutsch-Völkische Gemeinschaft" des Werner Braun (Karlsruhe), die Kampfgruppe Großdeutschland von Henri Beier (Frankfurt) und die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" mit Friedhelm Busse (München). Obwohl sich die gesamte „legale Rechte" scheinheilig von den NS–Gruppen abgrenzt, arbeitet sie in der Praxis doch gern mit ihnen zusammen.

– Am 15.5.77 gehörte der gerade gegründete „SA-Sturm 8.Mai" (= „Hansa"-Bande) zum Ordnertrupp in Hamburg-Osdorf bei einer Veranstaltung der „Deutschen Volksunion" (Organisation der Dr.G.Frey).

– Am 17.Juni 78 in Frankfurt bestand der Trupp von 50 Mann, der die Rednertribüne der NPD bewachte, zum großen Teil aus „NSDAP"-Mitgliedern.

Die NPD könnte sich – nach Ansicht der Polizei-Behörde – eine konsequente Durchführung ihres Abgrenzungsbeschlusses gegen die NS-Gruppen gar nicht leisten, da sie **„auf ihre aktivsten Mitglieder, schon im Hinblick auf bevorstehende Wahlkämpfe, nicht verzichten kann"** (Leiter des VS-Landesamtes in Hamburg, Horchem, in „Beiträge zur Konfliktforschung" 4/77). Gerade die NPD-Jugendorganisation JN ist eins der wichtigsten Rekrutierungsfelder der „NSDAP".

### Die Köpfe abschlagen und die Wurzeln stehen lassen?

Daß mit „großer Energie" gegen neonazistische Aktivitäten vorgegangen werde, behauptete der damalige Innenminister Maihofer noch am 24.5.78 („Innere Sicherheit", 7.7.78). Wir behaupten das Gegenteil! Es soll nicht aufgedeckt und zerschlagen werden – es soll v e r s c h l e i e r t werden!

So, wie die „Ermittlungen" gegen die Nazi-Terror-Banden geführt werden, wird als Absicht deutlich:

– Es soll v e r s c h w i e g e n werden, daß sich in der BRD ungestört eine militante „NSDAP" entwickelt, die den legalen (!!) Rahmen für die Nazi-Terroristen gibt.

**– Es soll v e r s c h w i e g e n werden, daß sich in der BRD ungestört eine militante „NSDAP" entwickelt, die den legalen (!!) Rahmen für die Nazi-Terroristen gibt.**

**– Es soll z u g e d e c k t werden, daß seit Jahren mit Duldung des Staates hunderte von Nazis eine paramilitärische Ausbildung bei Hoffmann, WJ usw. erhielten.**

**– Es soll a b g e l e n k t werden von der gerade erst für verfassungsmäßig erklärten NPD, deren „aktivste Mitglieder" sich beim Aufbau der NSDAP engagieren.**

Es fällt nicht schwer sich auszumalen, wie die „Verfolgung" der Nazi-Banden ausgehen soll: Eventuell werden ein paar Nazis tatsächlich für ein paar Jahre verknackt (alle früher wegen Terroraktionen verurteilte Nazis wurden jedoch wegen guter Führung schon sehr frühzeitig wieder entlassen, z.B. E.Weil und Willi Wegner). Wahrscheinlich wird den meisten „nichts nachzuweisen" sein, sodaß die Angeklagten freigesprochen werden könnten. Die jetzige Vernebelung der „Ermittlungen" dürfte schon das Klima vorbereiten, in dem dann auch die Prozesse ohne großes öffentliches Aufsehen durchgeführt werden können.

**Zumindest einen Effekt dürfte dieses Vorgehen gegen die Nazis allerdings haben (ob nun gewollt oder nicht): Daß die Nazis noch militanter und aggressiver um sich schlagen werden.**

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**



## Leserbrief
## Was tun gegen die „Hansa"-Bande?

An den letzten Wochenenden habe ich seit längerer Zeit wieder sonnabends vormittag den AK verkauft.

Dabei ist mir folgendes aufgefallen, was ich mittels dieses Leserbriefes mal zur Diskussion stellen will:

Seit Wochen treibt sich die „Hansa-Bande" jeden Sonnabend in der Innenstadt rum, entweder um ihre Flugblätter zu verteilen oder auch den Verkauf von linken Zeitungen zu stören.

Ich war jedesmal mit einer ganzen Reihe von weiteren AK-Verkäufern in der Innenstadt. Jedesmal, wenn die „Hansa"-Bande auftauchte, kam bei allen AK-Verkäufern die große Ratlosigkeit auf, was nun zu tun sei. Diese Unsicherheit hat dann dazu geführt, daß die anwesenden Genossen völlig verstört und verunsichert praktisch das wichtigste Mittel gegen diese Schweine eingestellt haben, nämlich weiter den AK zu verkaufen! Statt nun die Anwesenheit der „Hansa"-Bande zu nutzen, um über sie den AK zu verkaufen (Artikel standen im AK) oder gezielt die Menschen anzusprechen, die ein Flugblatt der Schweine genommen haben usw., kam es dazu, daß fast alle Genossen in größerem Abstand hinter der „Hansa"-Bande hinterhergingen, also sich alle mit einer Beobachtung der Bande begnügten. Statt ein bis zwei Genossen für diese richtige und sinnvolle Arbeit „abzustellen", kam nur der Erfolg raus, daß praktisch kein AK mehr verkauft wurde. Dieses falsche Vorgehen von vielen Genossen hat sich dann am nächsten Wochenende wiederholt.

Die „Hansa"-Bande hatte es damit geschafft, alleine durch ihr Erscheinen die Genossen in ihrer Arbeit völlig zu desorientieren.

In der ohnmächtigen Wut der Genossen kamen dann auch allerlei Unklarheiten zutage. Einige meinten, man müßte ihnen die Flugblätter wegreißen, was meiner Ansicht nach bei schlechter Vorbereitung nur zu einer sinnlosen Schlägerei geführt hätte. (Die „Hansa"-Bande hatte nach meiner Beobachtung im Hintergrund mehrere Helfer, die wohl nur auf ein solches Vorgehen warteten!). Andere Genossen taten dann so, als ob sie die „Hansa"-Bande übersehen würden. Um meine Ansicht mal ganz deutlich zu sagen: unsere wichtigste Aufgabe besteht doch darin, ihre Anwesenheit in der Innenstadt politisch für uns zu nutzen, also diese Sachen in den Verkauf miteinzubeziehen usw. Trotzdem sollten wir uns auch natürlich andere Sachen überlegen, wie gegen diese Bande vorzugehen ist, wobei doch konkret immer zu sehen ist: was können wir politisch bei den Menschen in der Innenstadt erreichen, die z.B. diese Flugblätter bekommen. Denn das Ziel der „Hansa"-Bande, uns daran zu gewöhnen, daß sie wie wir jeden Sonnabend in der Innenstadt sind, muß auch bzw. gerade von uns bekämpft werden.

Ein Genosse des Druckbereichs

## Journalist Henryk M. Broder im Fadenkreuz der Justiz

**" ... nicht nur eine Beleidigung der deutschen Richterschaft, sondern eine Verhöhnung und Verächtlichmachung unserer rechtsstaatlichen Ordnung"** sei die Ankündigung einer Veranstaltung im offiziellen Programm der Volkshochschule (VHS) Kamen/Bönen zum Thema "Die Neonazis und ihre öffentlichen Symphatisanten." Diesen Vorwurf machte der Sprecher der lokalen Richter und Staatsanwälte, CDU-Stadtverbands-Vize Hülsmann (Jugendrichter), dem jüdischen Journalisten Henryk M. Broder, der diese Veranstaltung mit trägt und wie folgt angekündigt hatte: **"Die wohlwollende Behandlung der NS-Aktivisten durch die Gerichte der BRD macht aus den Strafverfolgern Paragraphen-Tiger mit Samtklauen, die nicht gefürchtet, nicht einmal ernstgenommen werden."** (WAZ, 4.8.78).

Hülsmann und seine Kollegen fühlen sich durch *"dieses Vokabular aus der äußerst linken Ecke"* diffamiert und sehen *"unsere gesamte Gerichtsbarkeit in die rechte Ecke gedrängt"* („WAZ", 4.8.). In Wirklichkeit geht es Hülsmann dabei wohl auch wieder darum, die angebliche „Linkslastigkeit" der Kamener VHS anzuprangern. Kampagnen ähnlichen Charakters gegen die VHS hat es bereits des öfteren seitens der örtlichen CDU gegen die recht fortschrittliche Einrichtung und ihren Direktor Kurrasch gegeben. Wie bei früheren Kampagnen, so leistete auch diesmal die SPD ihren Kollegen von der CDU bereitwillig Schützenhilfe: Durch ihren Fraktionsvorsitzenden Röhler ließ sie verlauten, *"es sei nicht Sache der VHS, im Programmheft Kritik an irgendwelchen Dingen zu üben, schon gar nicht mit derart unglücklichen Formulierungen"* (WAZ, 4.8.78).

Durch ihre ständige Diffamierung der VHS hat die Kamener CDU bereits schon einmal dazu beigetragen, eine Gruppe Kamener Neonazis zum Überfall auf eine VHS-Lesung mit dem jüdischen Romancier Hilsenrath zu ermutigen.

Was die "unglückliche" Formulierung angeht, so hat H.M. Broder für die Veranstaltung bereits eine Erläuterung und Begründung seiner These angekündigt. Die Kamener Juristen ihrerseits haben mittlerweile den NRW-Richterbund-Vorsitzenden Kühne in die Sache eingeschaltet mit der Aufforderung, **"publizistische bzw. juristische Gegenmaßnahmen"** einzuleiten. Kühne leitete die Sache an das NRW-Justizministerium weiter. Justizministerin Donepp schloß sich inhaltlich dem Protest der Kamener Richter und Staatsanwälte an und will „nach einer Überprüfung der Sachlage" eventuell juristische Schritte gegen Broder und die VHS einleiten.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

### Neo-Nazi Stubbemann G3-Gewehr im Knast?

Bekanntlich wurden Ende Mai die Kieler „Hansa"-Nazis Stubbemann, Teufert und Marchy u.a. wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf das Kieler KBW-Büro verhaftet. Das ging damals durch die gesamte bürgerliche Presse — nicht zuletzt, um den Eindruck zu vermitteln, es werde vom Staat etwas gegen die zunehmenden neonazistischen Aktivitäten unternommen.

Dabei zeigt dieser Fall, daß Stubbemann und Co. ihr Unwesen selbst im Knast fortsetzen konnten:

- Nach Informationen aus dem Kieler UG prahlt Stubbemann damit herum, daß ein 30-Mann-Trupp seine gewaltsame Befreiung vorbereite, ohne daß daraufhin so etwas wie verschärfte Kontrollen angeordnet wurden.
- Stubbemann kann zumindest zeitweilig in seiner Zelle ein Hitler-Bild aufhängen. Es wird ihm zwar weggenommen, aber sonst geschieht wieder nichts.
- Einige Tage später kursiert im Kieler UG das Gerücht, bei Robert Marchy sei ein G3-Gewehr samt Munition in der Zelle gefunden worden. Am Tag darauf werden sämtliche Zellen mit Metalldetektoren abgesucht. Stubbemann und Marchy verschwinden in Isolationshaft. Vorher stößt Stubbemann noch wüste Drohungen gegen Häftlinge aus, die er dafür verantwortlich macht.
- Der dritte Komplize, Peter Teufert, befindet sich inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Von all dem stand kein Wort in den bürgerlichen Zeitungen. In einem Gespräch sagte uns dazu ein Journalist, die Staatsanwaltschaft gebe zu dem Fall nicht einmal den Aufenthaltsort der Neonazis bekannt, geschweige denn sonst etwas.

Wir meinen, die Staatsanwaltschaft kann jetzt zu diesem Fall nicht länger schweigen!

## Die DKP präsentiert einen Mini-Wallraff

**"Ein Buch, das unglaubliches Material zutage fördert". "Ein Buch, das die geheimen Verbindungen zeigt, die Finanzquellen offenlegt."** ("tat", Wochenzeitung der DKP-nahen VVN); **"Ein sensationelles Buch! Jetzt brandneu!", "Was dieses Buch an Enthüllungen bringt, ist sensationell!"** (DKP-Tageszeitung "UZ") - so und ähnlich wirbt derzeit die DKP-Presse für das kürzlich erschienene Taschenbuch **"Die Neonazis"**. Wer sich durch diese Versprechungen zum Kauf des Buches verlocken läßt, wird nicht auf seine Kosten kommen.

In dem Taschenbuch schildert Jürgen Pomorin (Redakteur der SDAJ-Zeitung "elan"), wie es ihm gelang, sich in die Hamburger "Hansa"-Bande (eine kriminelle Vereinigung von Jungnazis, von denen inzwischen mehrere hinter Gittern sind) "einzuschleichen". Daß dabei der trickreiche und beherzte Einschleicher Günter Wallraff kopiert werden soll, macht sich selbst im Stil dieses Taschenbuchs noch bemerkbar. Indessen: Mit der ä u ß e r l i c h e n Ähnlichkeit des Vorgangs hat es sich auch schon. **Pomorin bringt in seinem Taschenbuch keinen einzigen wichtigen Fakt, der einem regelmäßigen AK-Leser nicht schon v o r dem Beginn der "Aktion Pomorin" (Ende Februar dieses Jahres) bekannt war.** Von "geheimen Verbindungen", beispielsweise zur NPD, erfährt man in Wirklichkeit gar nichts aus dem Buch, ebensowenig von den "Finanzquellen" der Bande. Pomorin hat ein paar Mal mit den Nazis im "Egerländer" (Hamburg St. Georg) Bier getrunken, das ist so ziemlich alles von dieser "Einschleichaktion"! Nebenbei erfährt man noch, daß dem "Hansa"-Nazi Grabsch das Achterbahn-Fahren nicht gut bekommt (S.65) und daß "Hansa"-Nazi David eine Freundin in Hannover hat (S.50). Na ja, ganz schön "unglaubliches Material"! ...

Das Taschenbuch hat möglicherweise einen gewissen agitatorischen Wert, indem es Menschen, die über die "Hansa"-Bande und die Verfilzungen im rechtsradikalen Sumpf nur wenig oder gar nichts wissen, einiges an Information auf einigermaßen spannendes Weise nahebringt. Dieser Wert wird allerdings auch gleich wieder beeinträchtigt durch eine penetrant dick aufgetragene DKP-Propaganda, die auch vor direkten Fälschungen nicht zurückschreckt. Dafür zwei Beispiele:

- "Hansa"-Nazi Stubbemann wurde am 26.5. zusammen mit zwei weiteren Nazis verhaftet. U.a. wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten einen Anschlag auf ein KBW-Büro geplant. Pflichtbewußt macht Pomorin daraus natürlich ein DKP-Büro! (S.42).
- Bei der im wesentlichen vom KB organisierten Aktion gegen das bundesweite „NSDAP"-Treffen in Hamburg-Lurup (26.2.78) läßt Pomorin plötzlich militante SDAJ'ler agieren (S.36).

Regel ist überhaupt: machen die bösen Maoisten und Chaoten mal eine gute antifaschistische Aktion, so werden sie plötzlich zu anonymen "Arbeitern, Lehrlingen und Schülern", wenn nicht gar zu "Kommunisten (= DKP'ler) und Gewerkschaftern".

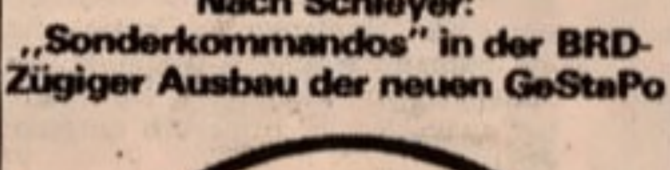
Daß im Anhang des Taschenbuchs *("So kämpft man gegen Neonazis")* der antifaschistische Kampf natürlich ausschließlich "in der DKP und in der Gewerkschaft" stattfindet, und daß die Chaoten und Maoisten wieder nur als Provokateure auftauchen, versteht sich von selbst.

**Gesamturteil: Nicht empfehlenswert!**

☆

## BESCHLAGNAHMT, WIEDER FREIGEGEBEN !

Anti-faschistische RUSSELL-REIHE 5






Der Journalist Hendryk. M. Broder in der „Frankfurter Rundschau" vom 15.8.1977 zu diesem Buch:

**„....Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist.."**

**240 Seiten, Paperback, dreifarbiger Cover, reichhaltige Bild- und Dokumententeile....**

# „Nation Europa": Rechtsextremes Zentralblatt

**Peter Dehoust, Herausgeber der Zeitschrift „Nation Europa" (NE) will weder rechtsradikal sein, noch sieht er sich gern mit dem Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Mut" (herausgegeben von B. Wintzek) verwechselt. So schickte er dem AK eine dementsprechende „Gegendarstellung". Im übrigen sei NE im bayerischen VS-Bericht nicht als „rechtsextremistisch" registriert. Also könnten auch Verbindungen zwischen NE und der CSU/CDU-nahen „Deutschlandstiftung" und deren Blatt, „Deutschland-Magazin" (Kurt Ziesel), nicht den Extremismus der „Deutschland-Stiftung" belegen (siehe AK 134, S. 2; AK 136, S. 2).**
**Ob es nun dem Interesse Ziesels, Dehousts oder des bayerischen VS, sprich Innenministerium, entspricht – oder allen dreien –, „Nation Europa" ins „seriöse" Lager einzureihen: Überzeugen tut's nicht. Wenn schon der b a y e r i s c h e VS sich über NE ausschweigt, so reiht schließlich der niedersächsische VS-Bericht 1977 NE in „rechtsextremistische Kreise" ein. Ebenso wird Dehousts Blatt in den Bundes-VS-Berichten immerhin noch mindestens bis 1973/74 als Beispiel „rechtsextremistischer" Aktivitäten hervorgehoben. Danach umhüllt dann Maihofers dunkle VS-Verschwiegenheit „Nation Europa" – wie so viele Gruppen und Blätter, die fortan im VS-Bericht nicht mehr genannt sind.**
**Wer wird sich aber schon auf den VS verlassen! Sehen wir selber nach!**

Europa" – wie so viele Gruppen und Blätter, die fortan im VS-Bericht nicht mehr genannt sind.
Wer wird sich aber schon auf den VS verlassen! Sehen wir selber nach!

NATION EUROPA J5104E

## Gründung durch Alt-Nazis

„Nation Europa" ist eine der ersten größeren Unternehmungen von Alt- und Neonazis in der BRD. Gegründet u.a. von dem SA-Obersturmführer und SS-Sturmbannführer **Arthur Ehrhardt** (gestorben 1971), bildete NE seit 1951 einen Sammelpunkt für internationale Faschisten, SS-Kader, Nazis und Antidemokraten verschiedener rechter Schattierung. Ehrhardt sammelte um sich – als Mitherausgeber, Artikelschreiber, Financiers usw.– solche Leute wie den in Nürnberg verurteilten SS-Hauptamtschef Gottlob Berger; den ehemaligen stellvertretenden „Reichspressechef" (unter Goebbels) **H. Sündermann**, SS-Obersturmbannführer und später Mitbegründer der „Gesellschaft für freie Publizistik" GfP; den bei allen wesentlichen Nazi-Unternehmungen nach '45 aktiven SS-Mann **Kernmayr** (u.a. mitbeteiligt am Aufbau von HIAG, DRP, DKEG, GfP, „National-Zeitung" „Deutsche Wochen-Zeitung"). **Dr. Sudholt** (heute Herausgeber der DKEG-zeitschrift „Klüter-Blätter") gehört ebenso zu den zeitweiligen Mitfinanciers von NE wie **Waldemar Schütz**, Chef verschiedener Verlage, Mitglied von SS, DRP, HIAG, NPD, GfP usw. usf. 1964 stieg auch **G. Frey** („National-Zeitung") bei NE mit Beteiligung von 30,1% ein.

Daneben war NE von Anfang an als internationales Nazi-Blatt konzipiert. In der Startphase 1951 organisierte der Ex-Goebbels- Staatssekretär W. Naumann (1953 wegen Nazi-Umtrieben verhaftete) Geld für „Nation Europa" u.a. aus amerikanischen, schwedischen und französischen Nazi-Kreisen. davon war ein Großteil deckungsgleich mit den damals aufgezogenen internationalen Verbänden „**Europäische Sozialbewegung**" und „**Europäische Neuordnung**".

Neben Autoren aus diesem Faschisten-Kabinett füllten Altbekannte die NE-Seiten: So der „linksfaschistische" **Otto Strasser** ebenso wie der neue DRP/NPD-Star **von Thadden**, Altnazi-Dichter wie H. Grimm ebenso wie der führende Nazi-Rassen„forscher" H.F.K.Günther. Im Mai 1955 bot sich für NE dann die Gelegenheit, Klartext zu sprechen. Eine Hitler-Gedächtnis-Nummer wurde eingeleitet von Worten des norwegischen Faschistenfreundes und Schriftstellers Hamsun. Hitler, dem „Kämpfer für Menschlichkeit", wird dort, zehn Jahre nach der Niederschlagung des Faschismus, versichert: „*Wir, seine engen Gefolgsleute, beugen heute unser Haupt vor seinem Tod*". NE-Herausgeber Ehrhardt schwärmte, fast ohne jede taktische Vorsicht, in der gleichen Nummer von Hitler als einem „*Mann, der unser Volk so inbrünstig liebte*". Sicher sei ihm „*historische Größe*" – und zwar u.a. aufgrund der „*extrem großen Errungenschaften auf sozialem, wirtschaftlichem, politischem und – am Anfang, bevor Verrat voll wirksam werden konnte – auch auf militärischem Gebiet*".

In diesem Stil schaffte NE eine Auflage um die 6-8000 pro Monat,

chem, politischem und – am Anfang, bevor Verrat voll wirksam werden konnte – auch auf militärischem Gebiet".
In diesem Stil schaffte NE eine Auflage um die 6-8000 pro Monat,

mit beträchtlicher Ausstrahlung in die gesamte rechtsextreme Presse.

## Dehoust: Ein Neonazi übernimmt

Nach Ehrhardts Tod 1971 machte **Peter Dehoust** unverändert weiter. Schon während seiner Schulzeit in den 50er Jahren und später als Student in Heidelberg arbeitete Dehoust mit Rechtsradikalen zusammen (siehe NE 3/78, S. 64). 1956 gründete er gemeinsam mit P. Stöckicht (heute Rechtsanwalt der rechtsextremen Szene, NPD- und ANR-Aktivist) und mit M. Mußgnug (heute NPD-Vorsitzender) den „**Bund Nationaler Studenten**", der 1959/60 als Nazi-Orgasation verboten wurde. Dehoust wurde Schriftleiter des BNS-Blattes „Student im Volk", bei dessen Nachfolger „**Deutscher Studenten-Anzeiger**", er als Mitherausgeber weitermachte. Seine verschiedenen publizistischen „Verdienste" brachten ihm den „Förderpreis" der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) ein, deren Mitglied Dehoust ist („tat", 8.9.73).

So blieb denn auch unter Dehoust „Nation Europa" ihrer Tradition treu. Auch die internationale Szene wird von NE regelmäßig beobachtet. Dabei kann besonders die neofaschistische MSI Italiens wohlwollender Worte sicher sein. Richard Verrall, unter dem Pseudonym **Harwood** Verfasser der antisemitischen Hetzschrift „**Starben wirklich 6 Millionen?**", konnte in NE schreiben: „Was will Englands 'Nationale Front'?" (Verrall ist Chefideologe der rassistischen NF).

## Zeitschrift und „Freundeskreis"

Die rein publizistischen Aktivitäten – weitgehend konzentriert auf Themen wie Rehabilitierung des Faschismus, Chancen für heutige rechtsextreme Umtriebe, Verteidigung des ‚weißen' Rassismus in Afrika – reichen Dehoust jedoch nicht. Um Dehoust, der mittlerweile als alleiniger NE-Besitzer und Herausgeber auftritt, gruppiert sich ein eingetragener **Verein „Nation Europa-Freunde"** (gegründet 1954). Von Dehoust und den NE-Freunden wird außerdem das „**Hilfskomitee Südliches Afrika e.V.**" organisiert (Motto: „Solidarität mit Weiß-Afrika!") Es verfügt über denkbar gute Beziehungen zu Südafrikas Rassistenregime. Jährlich führt Dehoust/NE Reisen „*auf den Spuren deutscher Kolonialleistungen*" nach Südafrika und Namibia durch und veranstaltet in der BRD (seit 1977/78) „Südafrikaseminare." Dies folgt dem gleichen Muster wie die Aktivitäten der NPD-offiziösen „Deutschen Wochen-Zeitung"(DWZ), die gleichfalls beste Informations-, Reise- und Finanz-Kontakte nach Südafrika und Rhodesien unterhält.

## Kontakte: Neonazis und CSU/CDU

DWZ und NE empfehlen sich ohnehin in jeder Nummer gegenseitig; das Duo wird durch „**Mut**" und **Deutscher Studenten-Anzeiger**" ergänzt. Zwischen allen vier Blättern besteht seit Jahren enge Interessengemeinschaft: Allesamt NPD-nahe, jedoch nicht organisationsgebunden, formierten sie schon 1972 eine „**Einheitsfront der nationalen Publizistik**". Zu Dehoust (NE), Jäde (DSA) Kernmayr (DWZ) und Wintzek („Mut") gesellte sich damals der Chef des „**Arbeitskreises Volkstreuer Verbände**", **Mahnke**. Dehoust, Wintzek und Mahnke organisierten im September '72 den „**1. Nationaleuropäischen Jugendkongreß**" (ein Stelldichein internationaler Faschistenzirkel). Dehoust und Wintzek sorgten im folgenden Jahr, im Juni, für einen weiteren „Nationaleuropäischen


**Peter Dehoust**

Kongreß" in Antwerpen; der für Juni 74 in Barcelona vorbereitete 3. Kongreß wurde schließlich verboten. Das Gespann Dehoust/Wintzek hat, wie man sieht, schon so manche schöne Stunde gemeinsam verbracht. Freilich, es stimmt: „Mut" wird von Wintzek herausgebracht, nicht von Dehoust. Der gibt sich schon eine Stufe seriöser. NE ist mittlerweile nachgerade das Hausblatt der sich wissenschaftlich gebenden „Gesellschaft für freie Publizistik"

Dieser Zug zum „Seriösen" ist bei Dehoust/NE unverkennbar: Augenfällige Nazis sind aus dem Herausgeber/Anteilseigner-Kreis zurückgenommen; CSU/CDU-gefällige Autoren wie **v. Studnitz** („Deutschland-Magazin") und auch sonst aus der CSU/CDU-Braunzone bekannte Gestalten wie Rechtsanwalt **Aschenauer** schreiben in NE; wohlgefällig werden in NE CSU/CDU-Größen wie Strauß und Dregger kommentiert und zitiert.

Bei Treffen des von NE initiierten „Hilfskomitee Südliches Afrika" sind denn auch CSU/CDU-Politiker zur Stelle – so MdB Lorenz Niegel (siehe NE 1/78), so Ex-Staatsminister Walter Stein und gar MdB **Graf Huyn** („UZ", 13.9.77).

Solche Kontakte verraten viel über die Gleichgestimmtheit zwischen CSU/CDU-Kreisen und dem Zirkel um Dehoust und „Nation Europas" – keineswegs widerlegen sie aber, daß es sich dabei um Rechtsextremisten handelt.

Dehoust hat erst unlängst – anläßlich von offenen Nazi-Umtrieben in den USA zu Hitlers Geburtstag – zu erkennen gegeben, weshalb er sich vom Makel des Rechtsextremismus, sprich e r k e n n b a r e n Neonazismus, freihalten möchte: „*Denn jeder Traditionalist weiß, daß man Tote nicht wieder lebendig machen kann und daß sich Ideen, die geschichtswirkend sind, in anderen Zeiten und unter veränderten Umständen n u r i n n e u e n F o r m e n verwirklichen lassen. Man darf verflossene Gestaltungsf o r m e n nicht restaurieren wollen, will man die I d e e nicht gerade töten*" (NE 3/78, Hervorhebung AK)

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Rechtes Stelldichein im „Brüsewitz-Zentrum"

Im AK 131 (S.34) berichteten wir
auf Initiative von Löwenthal („ZDF-
des BZ); Gerhard Kunz (Bundestags-
Rechtes Stelldichein im „Brüsewitz-Zentrum"

Im AK 131 (S.34) berichteten wir detailliert über „**Das ‚Brüsewitz-Zentrum' – eine Nahtstelle zwischen CDU und Faschisten**". Diese Rolle des am 18.6.77 gegründeten „Brüsewitz-Zentrums" (BZ) bestätigte sich jetzt erneut: „**Aus Anlaß des 2. Todestages**" des DDR-Pfarrers Brüsewitz (er verbrannte sich selbst, um „gegen den Kommunismus" zu protestieren) fand vom 18. bis 22. August dieses Jahres im BZ (Bad Oeynhausen) ein interessantes Stelldichein von Rechten und Rechtsradikalen statt. Makabrer Titel des schwarz-braunen Treffens: „**Tage der Menschenrechte**"! Und hier einige der Teilnehmer:

– **Hans Braun**. Vorsitzender der rechtsradikalen „**Hilfsaktion Märtyrerkirche**" (HMK). Die HMK begrüßte u.a. den faschistischen Putsch in Chile und die Gründung der rechtsradikalen AVP („Aktion Vierte Partei"). **Hans Braun ist nebenbei auch Vorstandsmitglied des BZ!**

– Pfarrer **Jens Motschmann**. U.a. Vorstandsmitglied der „**Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland**". In der „Notgemeinschaft" sammeln sich konservative und rechtsradikale Pfaffen. Die „Notgemeinschaft" arbeitet eng mit den regimetreuen deutschen Gemeinden in Chile und Südwestafrika zusammen. Neben antikommunistischer Propaganda setzt sich die „Notgemeinschaft" auch für ein totales Abtreibungsverbot, gegen Aufklärungsunterricht und für ein Verbot der Homosexualität (die sie bezeichnenderweise mit der „Unzucht mit Tieren" auf eine Stufe stellt!) ein. Da sind die Menschenrechte wirklich in guten Händen!

– **Claus Clausen**. Vorsitzender des auf Initiative von **Löwenthal** („ZDF-Magazin", „Bund Freies Deutschland", u.a.m.) Anfang dieses Jahres gegründeten Vereins „**Hilferufe von drüben**". Der Verein gibt eine gleichnamige antikommunistische Zeitung heraus.

– **Prof. Horst Gundermann** wird im Programm der „Tage der Menschenrechte" nur als „**Bürgerrechtler**" aus der DDR bezeichnet. Nebenbei ist er auch noch stellvertretender Vorsitzender des Vereins "Hilferufe von drüben".

– **Rudolf Wollner**. Er ist u.a. Mitglied des ZDF-Fernsehrates; Vizepräsident des „**Bundes der Vertriebenen**"; Vizepräsident der „**Paneuropa-Union**" des **Otto von Habsburg**; Kuratoriumsmitglied der ‚**Ludwig-Frank-Stiftung**", die der **SDU** (rechte CSU-freundliche Abspaltung von der SPD) nahesteht.

– **Clemens Riedl**. Sprecher der „**Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenverbände**". Bundestagsabgeordneter.

– **Reinhard Gnauk**. Vorstandsmitglied der „**Gesellschaft für Menschenrechte**" (GfM). Die GfM koordiniert die westdeutsche „Menschenrechts"-scene und arbeitet dabei auch mit Rechtsradikalen wie der HMK zusammen.

– **Staatssekretär Joachim Dorenburg** Präsident des „**Bundes der Mitteldeutschen**". Außerdem Kuratoriumsmitglied des BZ.

– an CDU-Halbprominenz war u.a. vertreten: der schon erwähnte **Clemens Riedel**; **Peter W. Höffkes** (Bundestagsabgeordneter, Mitglied der Leitung der Verein.Ev.-Luth.Kirche Deutschlands, Kuratoriumsmitglied des BZ); **Gerhard Kunz** (Bundestagsabgeordneter; Mitglied des Europa-Parlaments); **Claus Jäger** (Bundestagsabgeordneter); **Elmar Brok** (stellvertr. Bundesvorsitzender der Jungen Union, treuer Freund des BZ); **Herbert Csaja** (Bundestagsabgeordneter, Präsident des „**Bundes der Vertriebenen**").

Angemessen umrahmt wurde das Menschenrechtsspektakel von zwei Gottesdiensten:

– Zur Eröffnung predigte Probst **Kurt Kirschnereit** (Z.Zt. Hamburg). Vorher war er **Landesprobst für Südwestafrika!** Er ist Autor in der von der „**Evangelischen Notgemeinschaft ...**" herausgegebenen Zeitschrift „**Erneuerung und Abwehr**".

– Zum Abschluß gab es eine „Gedenkandacht" mit Pastor **Klaus Rainer Latk**; er leitet das „Referat DDR" in der rechtsradikalen „Hilfsaktion Märtyrerkirche".

**„Die Scene zwischen ‚Menschenrechts'-Heuchelei und antikommunistischer Frömmelei ist eines der vielen Gebiete, auf denen sich die schwarz-braune ‚Volksfront' zwischen CDU/CSU und Rechtsradikalen bildet"** (AK 131). Dieser „Volksfront" wollen wir auf der Spur bleiben und darüber sobald wie möglich eine ausführliche Dokumentation herausbringen. **Dazu brauchen wir die Mithilfe aller Genossen und Leser, um die es leider immer noch nicht allzu gut bestellt ist. Bitte, schickt uns – wenn ihr habt – Hinweise (jeder kleine Hinweis ist willkommen und wird registriert), Flugblätter, Zeitungsmeldungen usw.**

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

## Bahnpolizei prügelt fürs BKA

Daß BEFA keineswegs nur „Beobachtende Fahndung" ist, sondern daß mit der „Beobachtenden Fahndung" einmal mehr die Bullen angestachelt werden zur Selbstjustiz, diese Erfahrung machte der Journalist Peter Schult nachts auf dem Münchener Bahnhof.

Plötzlich standen zwei Bullen neben ihm und verlangten seinen Ausweis. Auf der Bahnhofswache wurden seine Personalien durchgegeben und es stellte sich heraus, daß nichts gegen ihn vorlag – außer BEFA 7, d.h. Notierung der Uhrzeit und des Ortes, wo er angetroffen wurde, ob er allein war und wie er den Bahnhof erreichte.

(In der BEFA 7 sind z.Z. angeblich 1.100 Personen registriert, darunter 600 Personen, gegen die bereits Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" laufen. Von den restlichen 500 nimmt das BKA an – ohne einen konkreten strafrechtlichen Verdacht zu haben –, daß sie Gewalttaten begehen könnten.)


BEFA 7 und ihre Folgen

Dazu der Polizist, der Peter Schult zur Wache gebracht hatte: „Aha, Terrorist bist Du also, solche linken Vögel haben wir gerne". Ohne jeden Grund bekam Peter Schult ein Bahnhofsverbot. Als er gegen diese Maßnahme protestierte, bekam er einen kräftigen Tritt gegen das Schienbein mit den Worten „Was!? Du wirst noch frech und leistest Widerstand? Jetzt werden wir Dich mal zur S-Bahn bringen!". – „Da haben wir eine Zelle, da nehme ich mir Dich mal persönlich vor".

Im Zwischengeschoß der S-Bahnstation am Hauptbahnhof wurde Peter Schult in eine Art Zelle gebracht und auf eine Bank gedrückt. „So, jetzt zeig ich Dir mal, wie wir mit Terroristen fertig werden", brüllte der Bahnhofspolizist, zog seinen Knüppel und schlug auf Peter Schult ein, während ein anderer Bulle von der Tür aus vergnügt zusah. Peter Schult wurde von Knüppelschlägen und Fußtritten an der linken Körperhälfte, am Oberarm sowie an den Beinen verletzt. Als er seinen Kopf wegducken wollte, riß ihn der Bulle an den Haaren hoch, sodaß ein Büschel Haare ausging.

Um dem Ganzen einen legalen Anstrich zu geben, setzte der Bulle danach eine Anzeige gegen Peter Schult wegen Widerstand und falscher Beschuldigung (weil dieser ihm die Zerstörung seiner Armbanduhr vorgehalten hatte) auf.

Fortsetzung auf Seite 14

## Kurzmeldungen Kurzmeldungen

### Krimineller Polizist in Bremerhaven billig davongekommen

Für läppische 1.500 DM kann ein Polizist in Bremerhaven sich eine Reihe von Straftaten leisten, für die ein normal Sterblicher sicherlich wesentlich härter bestraft worden wäre:

In der Sylvesternacht 1977 drangen nach Zeugenaussagen zwei betrunkene Polizisten in eine Gaststätte ein und mißhandelten den Wirt sowie einen türkischen Seemann, der (obwohl er sich nicht wehrte) noch am Boden liegend geschlagen wurde.

Da die beiden Ordnungshüter schon vorher der Einsatzzentrale durch „ungewöhnliches Verhalten" aufgefallen waren, mußten sie auf der Wache ins Röhrchen pusten: mit positivem Ergebnis! Die nun fällige Blutprobe fand allerdings nicht statt.

Der eine Bulle zerbrach sogleich sein Teströhrchen und beide flüchteten. Anstatt daß nach ihnen gefahndet wurde, bekamen beide lediglich die Aufforderung, sich am späten Nachmittag in der Dienststelle zu melden – zu einem Zeitpunkt also, wo die Frist für einen Alkoholnachweis verstrichen war. Damit waren die beiden aus dem Schneider. Den Rest besorgte dann das Gericht die Aussage des Gastwirts, von einem der beiden getreten worden zu sein, war „nicht ausreichend" und Sachbeschädigung angeblich „nicht nachweisbar".

Ein Freispruch und eine läppische Geldstrafe waren das Ergebnis!

* * *

### Private Bande erhält Schießausbildung durch die Polizei

Nicht genug damit, daß in Westberlin nun auch Angehörige von Geldtransporten bewaffnet sein dürfen (was bisher durch die alliierten Bestimmungen nicht möglich war) – **den theoretischen und praktischen Schießunterricht erteilte auch noch die Westberliner Polizei**, auf deren Konto seit 1971 mindestens sechs Todesschüsse gehen.

# Polizeiliche Sonderkommandos sollen als Agenten in den Untergrund

Seit der Schleyer-Entführung ist die bis dahin hauptsächlich polizei i n t e r n e Diskussion um die Erweiterung der präventiven Befugnisse der Polizei bzgl. der „Terroristenfahndung" verstärkt an die Öffentlichkeit getragen worden. Unter präventiven (d.h. vorbeugenden) Befugnissen ist in diesem Zusammenhang zu verstehen:

– Die Sammlung von Informationen über Bürger, die dem Staat „verdächtig" erscheinen, d.h. nicht „verfassungstreu" sind, aber sich keineswegs einer Straftat schuldig gemacht haben.
– Das Führen von Spitzeln, die für die Polizei arbeiten.
– Der Einsatz von Polizeibeamten als Agenten im Untergrund.

Stellvertretend seien hier drei Experten auf diesem Gebiet zitiert, um deutlich zu machen, worum es geht:

Der ehemalige VS-Präsident Nollau forderte vor einigen Monaten in einem „Spiegel"-Interview: *„Die präventive Arbeit soll so gestrafft werden: Die vorbeugende Tätigkeit des Bundesverfassungsschutzes a u f d i e s e m G e b i e t* (der Terroristenbekämpfung, Anm. AK) *wird dem Bundeskriminalamt übertragen... Bei ihm gehen dank der ‚Öffentlichkeitsfahndung' Zehntausende von Hinweisen aus der Bevölkerung ein... Ein Teil davon aber kann der präventiven Arbeit insbesondere dazu dienen, Vertrauensleute zu gewinnen".* Dafür müßten die Beamten vom **Legalitätsprinzip** (siehe Kasten) als „Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft" entbunden werden.

Der baden-württembergische Polizeistratege Dr. Alfred Stümper forderte Ende Juni dieses Jahres in einem „Welt"-Interview, daß Spitzel und V-Leute des Verfassungsschutzes und der Polizei verstärkt in extremistische und terroristische Gruppen eingeschleust werden sollen und **„in gewissem Umfang zu Tatbeteiligten werden müssen"**, bei der Strafverfolgung aber nicht behelligt werden bzw. als „Kronzeugen" straffrei ausgehen sollen (nach „UZ", 1.7.78).

Der Polizeivizepräsident von München, Dr. Georg Wolf, fordert in der Juni-Ausgabe des Polizeikaderorgans „Die Polizei" unter der Überschrift „Woran die Terroristenbekämpfung auch krankt" eine Verschiebung des Schwerpunktes polizeilicher Arbeit von der Strafverfolgung hin zu p r ä v e n t i v e n Aufgaben der Polizei: *„Wir brauchen eine von der politischen Führung entwickelte und getragene Strategie und eine der Kampfesweise der Terroristen angepaßte Taktik... Die Forderung, daß das Gesetz des Handelns auf die Polizei übergehen muß, bedeutet, daß die Polizei durch ihr Handeln die Störer zur Reaktion zwingt und nicht mehr wie bisher durch Aktionen der Terroristen überrascht, nur im Wege der Improvisation reagiert... Wir brauchen eine aktive, ja offensive Bekämpfung des Terrorismus".*

Nun sind diese Gedanken im Prinzip überhaupt nicht neu. Schon 1971 beschloß die „Ständige Konferenz" der Innenminister der Länder, daß die Polizei zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in den „Untergrund" gehen und mit völlig neuen Methoden arbeiten sollte („Hamburger Abendblatt", 19.6.71). Die SPD-Bundestagsfraktion forderte darüber hinaus im Mai 1977, daß getarnte Polizisten und Zollfahnder in „Terroristen- und Rauschgiftbanden" eingeschleust werden sollten. Falls die Agenten dabei selber Straftaten begehen würden, sollten sie straffrei ausgehen („Bild", 24.5.77).

Auch p r a k t i z i e r t werden diese Untergrundmethoden schon seit Jahren: Mehrere Fälle polizeilicher Untergrundarbeit wurden von der Polizei selbst propagandistisch bekanntgegeben (siehe Russell-Buch 5, s. 125-133); die Präsidenten mehrerer Landeskriminalämter bekannten im Sommer letzten Jahres freimütig, daß sie selbstverständlich Polizeiagenten auch im politischen Bereich einsetzen („BamS", 25.9.77). So ist bekannt, daß bei der Verhaftung des Kerns der „RAF" 1972 ein V-Mann mitverhaftet und laufengelassen wurde; ebenso wurden später bei der „Aktion Winterreise" V-Leute der Polizei zunächst verhaftet, um sie nicht preizugeben (nach „UZ", 1.7.78).

Der leitende Regierungskriminaldirektor im Bundeskriminalamt, Abt. „Terrorismus" und heutiger Chef der 120 Mann starken Zielfahndungsgruppe am BKA, Günther Scheicher, äußerte in einem internen Referat im April 1975 bzgl. der Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei: *„Die frühzeitige Ablösung der nachrichtendienstlichen Kräfte und somit Zeitgewinn für die Polizei ist besonders d a n n wichtig, wenn es gilt, Quellen zu verschleiern, geheime Mitarbeiter zu schützen oder noch vor dem Zugriff konspirativ etwa durch Observation oder Maßnahmen nach § 100 a StPO Beweise zu erheben, weil der Verfassungsschutz dem Gericht keine Zeugen präsentieren kann. Es sei mir hier der Hinweis auf gemeinsame Einsätze von Polizei und Verfassungsschutz, auch in personeller Vermischung, die sich nicht immer vermeiden lassen werden, erlaubt".* In vollem Bewußtsein der Gesetzeswidrigkeit dieser Praktiken führt Scheicher weiter aus: *„Ständige Übung hat hier eine funktionelle Vermischung von Spezial-* (gemeint ist der VS, Anm. AK) *und allgemeiner Polizei eintreten lassen, die nicht nur im Hinblick auf mögliche Kollisionen mit dem Legalitätsprinzip bedenklich erscheinen muß..."* Auch Scheicher fordert eine Befreiung der Polizei vom Legalitätsprinzip, die auf *„alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Verfassungsschutzbehörden und anderen Nachrichtendiensten ausgedehnt werden sollte".*

Wir sehen also, daß die Diskussion um die Befreiung der Polizei vom Legalitätsprinzip überhaupt nicht neu ist und zumindest in Polizeikreisen seit Jahren freimütig geführt wird. Allerdings hatte die Polizei offenbar bei politischen Gruppen bisher Schwierigkeiten, Agenten und V-Leute anzusetzen. So berichtete der „Spiegel" vom 9.5.77: *„Bei der Verfolgung politischer Gewalttäter versagt das System: Nach den Erfahrungen westdeutscher Staatsschützer sind Terroristenzirkel so gut wie nicht zu penetrieren"* (penetrieren = eindringen).

Auf dem Hintergrund des seit der Schleyer-Entführung verstärkten Bemühens, diese Diskussion auch in die Öffentlichkeit zu tragen, kündigt sich zum einen die Entbindung der Polizei vom Legalitätsprinzip durch Gesetzesänderung an – was eine erhebliche Ausweitung dieser Praktiken zur Folge haben dürfte. Zum anderen bekommen alte Vorschläge zur Organisierung und Zentralisierung des Spitzel- und Agentenapparates neue Aktualität: So weiß man vom Hamburger Leiter des MEK und des Landesfahndungskommandos, Kriminaldirektor Hans Zühlsdorf, daß 50 Kripo-Leute für eine solche Arbeit im Untergrund in Betracht kommen. Außerdem ist Zühlsdorf dafür, **„daß wir Gymnasiasten kurz vor dem Abitur für unsere Arbeit gewinnen, junge Leute, die auf die Universitäten gehen und uns eines Tages als Agenten helfen können"** („BamS", 25. 9. 77).

Schon seit einiger Zeit treffen sich Referatsleiter der BKA-Abteilung „Ermittlung und Auswertung" zur *„Erarbeitung von Grundsätzen über den Einsatz von V-Leuten und Under-Cover-Agents"* („Spiegel", 9. 5. 77).

Zühlsdorf forderte schon eine **„zentrale Führung von Agenten"** beim BKA, um zu vermeiden, *„daß in einem Ermittlungskomplex mehrere Agenten nebeneinanderarbeiten".* Der Westberliner Kriminaldirektor Heinz Oehmke will sogar ein „Landesamt für Kriminalitätsbekämpfung", über dessen Beamten *„nicht ständig das Legalitätsprinzip schwebt"* („Spiegel", 9. 5. 77).

**Angesichts dieser Bestrebungen müssen wir davon ausgehen, daß ein organisierter Aufbau eines hauptberuflichen Agentenheeres, jetzt auch mit verstärkter politischer Stoßrichtung, unter der Führung des BKA stattfindet.** Um demokratische Widerstände zu brechen, wird dieser Aufbau zunächst mit der Terroristenbekämpfung legitimiert. Existiert ein solcher Apparat jedoch erst einmal, läßt er sich beliebig ausbauen und gegen sämtliche oppositionelle Gruppen einsetzen. Folgt man den Gedanken des Münchner Polizeivizepräsidenten Dr. Wolf, demzufolge „das Gesetz des Handelns" auf die Polizei übergehen müsse, so sind auch Provokationen von im Untergrund arbeitenden Polizeiagenten zu erwarten.

Auch die Richtung, in die polizeiliches Handeln sich entwickeln soll, gibt Wolf an: **„Die Polizei braucht Befugnisse, l o s g e l ö s t von Strafverfolgungsvorschriften und justiziellen Entscheidungen"** („Die Polizei", Juni 1978).

Das hatten wir schon mal in Deutschland – Augen auf!

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Das Legalitätsprinzip

Das Legalitätsprinzip ergibt sich aus § 163 StPO:

*„(Aufgaben der Polizei).*

*(1) Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes haben Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.*

*(2) Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes übersenden ihre Verhandlungen ohne Verzug der Staatsanwaltschaft".*

Die Polizei darf als so definiertes „Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft" keine Straftaten selbst verüben.

Weiter berührt das Legalitätsprinzip die strikte Trennung zwischen Geheimdiensten und der Polizei, die auf Grund der Erfahrungen im Faschismus in den entsprechenden Gesetzen der BRD verankert wurde. So darf die Polizei nur auf k o n k r e t e n Verdacht nach einer begangenen Straftat oder vor einer absehbaren Straftat tätig werden. Sie darf aber nicht aus einem möglichen Verdacht heraus, daß jemand z.B. aufgrund von politischem Engagement irgendwann einmal gegen die bürgerlichen Gesetze verstoßen könnte, schon v o r b e u g e n d Ermittlungen anstellen, die dann bei Bedarf verwendet werden.

Die vorbeugende Bespitzelung von „verfassungsfeindlichen" Gruppen und Strömungen ist dem Verfassungsschutz vorbehalten. Wegen dieser Erkenntnisse darf jedoch niemand verfolgt oder verurteilt werden.

Kurz: Die Polizei soll k o n k r e t e Straftaten aufklären und verhindern, darf jedoch nicht spitzeln; der VS soll spitzeln, darf jedoch nicht „exekutiv" tätig werden (verfolgen, ermitteln).

## Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

**Sozialistischer Studentenbund**
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

### Schleswig/Holstein

**Flensburg**
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

**Geestacht**
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

**Kappeln**
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

**Kiel**
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

**Lübeck**
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

**Mölln/Ratzeburg**
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

**Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)**
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

**Pinneberg/Steinburg**
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

**Reinbek**
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

### Bremen

**Bremerhaven**
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

**Wilhelmshaven**
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

**Bremen**
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

### Niedersachsen

**Braunschweig**
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

**Cuxhaven**
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

**Emden**
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

**Göttingen**
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

**Hannover**
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

**Hildesheim**
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

**Lüneburg**
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

**Stade**
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

**Weser-Ems-Gebiet**
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

**Wolfsburg**
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

### Rheinland-Pfalz

**Südpfalz**
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

### Nordrhein-Westfalen

**Bielefeld**
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

**Bochum**
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

**Bonn**
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

**Duisburg**
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

**Essen**
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

**Kamen**
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

**Mönchengladbach 2**
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

**Köln**
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

### Hessen

**Darmstadt**
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

**Frankfurt**
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

**Kassel**
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

### Baden-Württemberg

**Freiburg**
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

**Heidelberg**
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080845B

**Karlsruhe**
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

**Pforzheim**
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

**Stuttgart**
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

### Bayern

**Bamberg**
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

**Erlangen**
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

**Fürth**
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

**Landshut**
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

**München**
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

**Nürnberg**
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

**Regensburg**
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

### Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E



# Militarismus Antimilitarismus



## Gefährliche Manöver

### Dorf beschossen, Felder und Wiesen werden braun, Scheiben zersprangen



Fachleute untersuchen die Rückstände des Giftkrieges!

In den letzten Wochen und Monaten wurden die Bewohner verschiedener Orte, in dessen Nähe Militäreinheiten stationiert sind, zum Teil lebensgefährlich durch die anlaufenden Herbstmanöver bedroht. Und auch der „normale" militärische Alltag stellt eine zunehmende Bedrohung dar.

**Giftwolken in der Oberpfalz**

Mitte August beobachtete die Bevölkerung mehrerer Ortschaften in der Oberpfalz eine „*gelblich-graue*" Wolke. Später stellten sich Juckreiz, Übelkeit und Atembeschwerden ein. Eine Fläche von ca. 15 Quadratkilometern Feldern und Wiesen wurde plötzlich graubraun und wenige Stunden später war der Bewuchs teilweise verdorrt! Fachleute stellten fest, daß es sich bei dem Gift um Fluor und Schwefeldämpfe handelt. Den Bauern wurde untersagt, die umliegenden Felder abzuernten. Versuchte man zunächst die CSSR als Absender dieser Wolke zu verdächtigen, stellte sich bald heraus, daß „übende" kanadische Militäreinheiten für diesen Giftkrieg verantwortlich waren („Frankfurter Rundschau" – „FR", 25.8.78).

**Luftkurort als Übungsgebiet!**

Ein Reisebüro kündigte seinen Vertrag mit dem Luftkurort Herbstein im hessischen Vogelsbergkreis. Es wollte seinen Kunden die permanenten Belästigungen und Schäden durch amerikanische Militärmanöver in der Nähe des Luftkurorts nicht mehr zumuten! Aller Erfahrungen nach dürfte ein Gesuch des Herbsteiner Bürgermeisters, in dem er die Verantwortlichen um die Ausklammerung des Gebietes aus Manöver- und Tiefflugzonen fordert, wenig Resonanz finden.

**„Jom Kippur" in Bayern**

„*Rücksichtslos wie noch nie*" haben sich nach den Worten des Landratsamts Cham (Bayrischer Wald) die US-Truppen bei ihrem Herbstmanöver „Jom Kippur" (!) benommen. Aufforderungen des Landratsamts an die Verantwortlichen, angesichts der immensen Schäden die Manöver sofort abzubrechen, blieben unbeantwortet („die tat", 18.8.78).

**Panzer zerquetschte Soldaten**

Zwei Soldaten, beide 21 Jahre jung, bezahlten ihr Rangiermanöver mit dem Leben. „Ihr" Panzer rutschte in einen steil abfallenden Graben und zerquetschte beim Umschlagen die beiden jungen Leute („Welt", 2.8.78).

**Dorf beschossen! „Wahnsinniger Zufall?"**

Im kleinen Dorf Seeburg im Kreis Reutlingen schlug am 24.8. in den Nachmittagsstunden eine Geschoßgarbe in die Häuser. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Der Pilot eines Starfighters sollte das Übungsdorf Gruorn auf dem Truppenübungsplatz Münsingen „unter Beschuß" nehmen. Noch in der Anflugphase befindlich erhielt er das Kommando „Feuer frei" und entsicherte (vorschriftswidrig!) die 20 Milimeter Bordkanone. Dabei löste sich, offenbar durch ein „technisches Versagen", ein Feuerstoß mit 77 Schuß. In Seeburg wurden bisher erst 16 Einschüsse in verschiedenen Häusern gefunden.

Die Verantwortlichen der Bundeswehr sprachen von einer „*ungewöhnlichen Kombination von technischem und menschlichem Versagen*". Das ganze sei ein „wahnsinniger Zufall"! („FR", 26.8.78).

**Tiefflug verursacht Millionenschaden**

Drei Düsenjäger flogen in 15 Metern Höhe über die 5.000 Einwohner zählende Stadt Rain am Lech im Landkreis Donau-Ries und lösten eine Druckwelle aus, die Millionenschaden verursachte. Wiederum nur dem Zufall war es zu verdanken, daß niemand von den zerspringenden Fensterscheiben verletzt oder gar getötet wurde! Außer den Fenstern mußte auch vielfach das Mobiliar dran glauben: Schränke wurden umgerissen, Türrahmen brachen aus den Mauern, Risse in den Wänden traten auf, in einem Fall wurde sogar ein kompletter Dachstuhl verschoben.

Zunächst dementiert, mußte die Bundeswehr dann doch zugeben, daß es sich um drei Phantom-Jäger der Bundesluftwaffe handelte („Abendpost", 5.5.78 und „Bild", 6.5.78).

## Schlimme Praktiken in der Bundeswehr

**Bestialische Methoden wandte der Stabsarzt des Panzerlehrbataillon Munster an, um den „Krankenstand" in der Kaserne zu senken**

Mindestens 40 Soldaten, die sich nach langen Fußmärschen krank meldeten , wurden mit falschen Medikamenten gequält. Der Arzt befahl jeweils, Spritzen mit dem Mittel „Lasex" (ein stark harntreibendes Medikament) oder mit destilliertem Wasser zu verabreichen. Eingespritztes destilliertes Wasser verursacht wahnsinnige Schmerzen, da der Körper entsalzt wird.

Es ist bekannt, daß in der Bundeswehr vor Übungen, Märschen usw. die Stabsärzte zu möglichst wenig Krankschreibungen aufgefordert werden.

Daß diese Praktiken von Munster kein Einzelfall oder Ausrutscher sind, beweist die Tatsache, daß seit April 1977 der Militärführung verschiedene Vorfälle dieser Art durch Beschwerdebriefe der Sanitäter und Soldaten bekannt sind. Auch der Wehrbeauftragte – zuständig für die Bearbeitung von Beschwerden – wurde über eine Eingabe in den Fall eingeschaltet. Es tat sich nichts! Nachdem erst im Januar dieses Jahres der Lüneburger Staatsanwaltschaft der Fall bekannt wurde, soll nun der Fall vor einem Soltauer Schöffengericht behandelt werden. Die Anklage lautet auf „Entwürdigende Behandlung Untergebener" und „Verleitung Untergebener zu rechtswidrigen Taten".

**KB/ Gruppe Lüneburg**

## Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

**Aktiv gegen Nazi-Traditionen!**

Wichtige Aktivitäten gegen den faschistischen Traditionskult in einem niedersächsischen Pionierbattaillon in Barme startete ein wehrpflichtiger Soldat. Er prüfte den Inhalt einer „Traditionsvitrine", sah dort Orden und Ehrenzeichen für Verdienste im zweiten Weltkrieg, entdeckte „im Namen des Führers" ausgestellte Urkunden, und schaltete sich daraufhin mit dem Rechtsanwalt Werner Holtfort in Hannover „kurz".

Dieser wandte sich an den zuständigen Divisionskommandeur der 11. Panzergrenadierdivision in Oldenburg, Generalmajor Glanz, und erhielt schon kurzzeitig Antwort: Die kommentarlose Ausstellung der beanstandeten Dokumente sei „*schlichtweg falsch*" gewesen, diese hätte er deshalb auch gleich entfernen lassen!

Damit konnte sich der Rechtsanwalt nicht zufriedenstellen, denn in der Antwort des Generals stand ein Satz, der nachdenklich machte: „*Das Traditionsverständnis, das auf der Vergangenheit der Pioniertruppe bis in die Gegenwart beruht – wie es sich im Prinzip in der Ausstellung von Erinnerungsstücken in Barme ausdrückt – bedarf unter Bezug auf die Erlasse des Bundesministers der Verteidigung meines Erachtens keiner weiteren Erklärung.*"

Jedoch, einem Traditionsverständnis, welches die Zeit zwischen 1933 und 1945 einschloß, mußte der Rechtsanwalt wiedersprechen. Die Truppe sei damals zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht worden. Offiziere, die heute ein solches Traditionsverständnis veranlassen oder hinnehmen, müssen, wie in der Rudel-Affäre, disziplinarisch belangt werden. Aus diesen Erwägungen schaltete Holtfort die Staatsanwaltschaft ein.

Zwischenzeitlich hatte der wachsame Soldat in der Kaserne eine weitere „Kultstätte" entdeckt und fotografiert. In der Unteroffizierskantine stand hinter einer Absperrung ein Steinsockel, auf dessen Spitze ein alter Wehrmachtsstahlhelm befestigt war. Unter dem Helm waren zwei gekreuzte Handgranaten sowie folgender Spruch befestigt: „*Pioniere – stets die ersten am Feind.*" Dahinter an der Wand Landkarten von Hitlers „Großdeutschland".

Rechtsanwalt Holtfort hatte also erneut Anlaß, dem General Glanz zu schreiben und weitere Konsequenzen zu fordern. Doch bevor hier etwas geschah, erhielt Holtfort Nachricht vom Oberstaatsanwalt Peitmann. Dieser, beauftragt mit dem vom Anwalt beantragten Ermittlungsverfahren, teilte mit, daß er dieses eingestellt habe: „*Wie mir der Kommandeur des Pionierbattaillons mitgeteilt hat, ist in der erwähnten Vitrine die Verbindung des Bataillons zu den ehemaligen Küstriner Pionieren und der Kyffhäuser Kameradschaft dargestellt... Die Ausstellung dient der staatsbürgerlichen Aufklärung und der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens und der Geschichte*". Nach Meinung des Oberstaatsanwalts hätte also die bewußte Vitrine überhaupt nicht angetastet zu werden brauchen, ja es hätte praktisch jeder Nazi-Dreck ausgestellt werden könne.

Es steht jetzt eine Entscheidung des Generalstaatsanwalts Celle an, denn Anwalt Holtfort hat gegen die Niederlegung des Ermittlungsverfahrens Beschwerde eingelegt.
(nach einem Bericht Eckart Spoos in der „FR" vom 17.8.78).

• • •

**Faschisten in der Bundeswehr!**

Die „Wehrwissenschaftliche Rundschau" veröffentlichte Zahlen über die Ausbildung ausländischer Offiziere an der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg. Diese Zahlen lassen unschwer erkennen, nach welcher Seite das Herz dieses Staates und seiner Armee ausschlägt. Von insgesamt 200 Offizieren, die in den letzten Jahren ausgebildet wurden, kamen (in dieser Reihenfolge) 32 aus Südkorea, 26 aus Brasilien, 22 aus Indonesien und 20 aus dem Iran (Angaben nach „Roter Morgen", vom 21.7.78).

• • •

**Keine Strafe wegen Hitlergruß!**

Im Oktober des letzten Jahres wurden Angehörige der Luftwaffen-Kaserne in Rheine von zwei Wachsoldaten mit dem „Heil-Hitler-Ruf" samt Nazi-Gruß empfangen. Der Vorgang gelang trotz verschiedener Verharmlosungsversuche seitens der Bundeswehr an die Öffentlichkeit, so daß sich die Staatsanwaltschaft zu einer Anzeige aufraffte. In der ersten Instanz sprach das Jugendschöffengericht in Rheine die beiden frei. Die Staatsanwaltschaft ging in die Berufung und der Fall wurde erneut, diesmal von der 3. Großen Strafkammer des Landgerichts in Münster, verhandelt. Dieses Gericht sah die Vorwürfe zwar als erwiesen an (die Angeklagten leugneten) und sprach die beiden auch schuldig, zu einer Bestrafung konnte es sich jedoch nicht entschließen!

In der Begründung verwies das Gericht darauf, „*daß es bei der Verwendung von Zeichen verfassungswidriger Organisationen nicht auf die innere Einstellung des Ausführenden ankomme. Vielmehr genüge der Anschein, daß durch die verbotene Handlung einer Staatsgefährdung nahegekommen würde. Darüber hinaus könnte bei einem in- oder ausländischen Beobachter der Eindruck entstehen, daß etwas von früher heute wieder geduldet würde*" („FR", 26.8.78). Zu einer Bestrafung wollten die Richter sich nicht entschließen, „*weil die Schuld der Angeklagten nur gering und eine politische Motivation auch nach drei Verhandlungstagen nicht zu erkennen sei*" (ebenda). Vermutlich erfolgt erneut eine Revision des Prozesses.

• • •

**Immer an der Spitze des Geschehens: Bundeskanzler Schmidt!**

Der „Bayernkurier" des Herrn Strauss brachte es ans Licht: Helmut Schmidt, „unser Bundeskanzler", habe als Wehrmachtsoffizier als Beobachter an einem Volksgerichtshofprozeß gegen die Männer des 20. Juli 1944 teilgenommen! Weiter verlautete, daß nur wenigen, nach besonderen Kriterien Ausgesuchten, diese „Ehre" zuteil wurde. Über die Kriterien schwieg sich die CSU-Zeitung aus.

Die „BK"-Ausgabe war noch druckfeucht, als schon die erste Richtigstellung des Regierungssprechers Bölling die Runde machte. Schmidt sei abkommandiert worden, um an diesem Prozeß teilzunehmen und habe anschließend seinem General gesagt, er wolle an diesem „grauenhaften Schauprozeß" nicht mehr teilnehmen.

Der „Rote Morgen" vom 11.8.78 weiß zu berichten (ohne Quellenangaben), daß nur „zuverlässige" und „überzeugte" Nazis von der Gestapo die nötige Eintrittskarte bekamen und daß eine zweite Karte nur als besondere Auszeichnung verliehen wurde.

Genaueres zu erfahren scheint schwierig, denn die schnell beendete öffentliche Diskussion um diesen Fall beweist wohl vorerst nur, in wessen Händen der Schalthebel der „freien Presse" nämlich das Presse- und Informationszentrum des Bundestages, liegt.

**Demokraten werden bestraft!**

Wegen der Teilnahme an der Abrüstungskundgebung auf dem Münchner Marienplatz und wegen „Äußerungen" über die Bundeswehr, wurde ein wehrpflichtiger Stabsarzt zu zehn Tagen Arrest auf Bewährung verurteilt. Er hatte in Uniform demonstriert.

Bestraft wurden auch drei Soldaten der Panzergrenadierbrigade 16 in Wentorf und Schwarzenbeck: wegen der Teilnahme an der Hamburger 1. Mai-Demonstration des DGB. Für das Tragen der Uniform, obwohl formal auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen erlaubt, wurde einer zwölf Tage, einer sogar 21 Tage eingesperrt. Der Dritte erhielt einen Verweis („die tat", 4.8.78)!

**Revanchisten werden gepäppelt!**

Das uniformierte Auftreten von Bundeswehrsoldaten auf rechten und revanchistischen Veranstaltungen wird nicht nur „übersehen", sondern sogar vom Kriegsministerium genehmigt. So erschienen im Juni dieses Jahres mehrere uniformierte Bundeswehroffiziere auf dem Parteitag der CSU in München. Sie waren als Bundeswehrdelegation vom Verteidigungsminister abkommandiert.

Am 14. August dieses Jahres wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten Goppel der „Ehrenschild Deutschordensland" verliehen. Überreicht wurde dieser revanchistische Orden vom Vorsitzenden der bayerischen Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Oberstleutnant Heinz Radke. Dieser Bundeswehrsoldat, der einer Organisation vorsitzt, die die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" fordert, trat bei der Verleihung natürlich in voller Uniform auf (Angaben nach „die tat", 1.9.1978).

# Skandalöses Urteil gegen Kriegsdienstverweigerer

Der Kriegsdienstverweigerer Klaus L. wurde kürzlich vom Amtsgericht Würzburg zu sieben Monaten Freiheitsstrafe auf drei Jahre Bewährung und DM 1.000,- Geldstrafe verurteilt.

Der 21-jährige gelernte Maurer sollte am 2. Januar dieses Jahres seinen Zivildienst im Würzburger Luitpoldkrankenhaus antreten. Er hatte aber vorher Widerspruch gegen den Einberufungsbescheid zum Zivildienst eingelegt, weil er als Zivildienstleistender zu wenig verdient hätte, *„um seinen monatlich fälligen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen"* („Mainpost", 12.7.78). Deshalb, und weil Klaus der Meinung war, solange sein Widerspruch läuft, könne man ihn nicht einziehen, trat er den Dienst nicht an.

Klaus hatte schon vor dieser Verhandlung einem Vorladungstermin nicht Folge geleistet. Deshalb wurde er diesmal unter Anwendung „unmittelbaren Zwanges" vorgeführt.

Das skandalöse Urteil war zusätzlich mit der Auflage verbunden, den Zivildienst sofort anzutreten. Wie seine Dienststelle auf telefonische Anfrage hin erklärte, ist Klaus dort bis heute (Anfang August) noch nicht zum Dienst angetreten.

Die Informationen zu diesem Prozeß waren sehr spärlich; zudem konnte zu Klaus kein Kontakt hergestellt werden. Es ist daher nicht ersichtlich, welches die wahren Gründe dieser Totalverweigerung sind.

Mit Sicherheit sind die miserablen sozialen und finanziellen Verhältnisse im Zivildienst nicht dazu angetan, voller Freude zu Nachttopf und Spaten zu eilen. Diese Verhältnisse sind ja auch ein Ausdruck des Arbeitsdienstcharakters des Zivildienstes. Als billige Arbeitskraft entlastet der ZDL nicht nur den Haushalt des Staates (und auch den der Träger der Zivildienstplätze), sondern er trägt auch dazu bei, die soziale Unterversorgung der Gesellschaft zu kaschieren.

Die finanzielle Unterversorgung und die daraus resultierenden sozialen Schwierigkeiten der ZDLer (Verschuldung, Isolation, Reduzierung der Bedürfnisse und der Möglichkeiten ihrer Befriedigung etc.) sind nur die „individuelle" Kehrseite dieser Medaille, ganz zu schweigen von den gesellschaftlichen Konsequenzen dieses staatlich veranstalteten Arbeitsdienstes (Einsatzreserve, Lohndrückerei etc.).

Schließlich bedeutet dieses Urteil auch einen weiteren Schritt in Richtung einer massiven Kriminalisierung kritischer Zivildienstleistender. Der Staat setzt hier mit allen Mitteln seinen Anspruch durch, möglichst alle jungen Menschen zu einem Zwangsdienst in der Bundeswehr oder im Zivildienst heranzuziehen, um einen *„Dienst für alle"* (Wehner) zu etablieren. Die neuesten Gedanken des Kriegsministers Apel, daß künftig auch Frauen in der Bundeswehr Dienst tun sollen, finden ihre Ergänzung in dem schon vor Monaten geäußerten Vorschlag des Bundesbeauftragten für den Zivildienst Iven, ab Mitte der achtziger Jahre auch Frauen zu einem allgemeinen Arbeitsdienst heranzuziehen, falls die militärischen und sozialen Aufgaben nicht mehr allein von Männern bewältigt werden können („FNP", 4.6.77). Dahinter steckt aber sicher auch die Vorstellung, mit Hilfe eines allgemeinen Arbeitsdienstes die ideologische Ausrichtung der jungen Generation voranzutreiben, ganz abgesehen von dem militärischen Kalkül.

Leute, die sich dieser imperialistischen Vorstellung eines allumfassenden Zwangsdienstes widersetzen, trifft die volle Härte des Gesetzes.

aus „diskofo" Nr. 28/Sept.78

**KB Sympathisanten Würzburg**




# Starfighter: Schon 200 abgestürzt!

Am 25.8.78 stürzte ein Starfighter der Luftwaffe im Landkreis Neu-Ulm ab. Der Pilot konnte sich mit dem Schleudersitz retten, somit entstand „nur" Sachschaden. Es war jedoch kein gewöhnlicher Absturz, es war ein, wenn auch makabres, aber eben doch ein Jubiläum. Denn die Zahl der abgestürzten Maschinen vom Typ „F-104-G" beläuft sich damit auf genau 200! Davon sind 175 über der BRD, die anderen bei Trainingsaufenthalten in den USA abgestürzt. 92 Piloten kamen dabei ums Leben! Die dabei verursachten Schäden sind offiziell sicher erfaßt, jedoch unseres Wissens nirgends veröffentlicht.

Der Starfighter wurde 1961 von der Bundesluftwaffe unter dem damaligen Kriegsminister Strauss von dem bekannten Schmiergeld-Konzern Lockheed in einer Stückzahl von 916 beschafft. Davon sind heute nur noch knapp 550 Maschinen im Einsatz.

Sollte jemand auf den Gedanken kommen, der Strauss hätte 1961 ein zwar gut geschmiertes, aber eben faules Ei gelegt, ... nicht doch! Sicher, der Starfighter war gut geschmiert, technisch gesehen natürlich. Was den Kauf betrifft, stellte jüngst eine amerikanische Untersuchungskommission fest, daß von tausenden von Akten gerade diejenigen fehlen, die Aufschluß darüber geben könnten, ob auch im Handel mit der BRD (Starfighter- und Lufthansa-Maschinen) mit entsprechenden Zahlungen nachgeholfen wurde. (Wir möchten in diesem Zusammenhang unseren Lesern unbedingt das Buch „Hotel Bilderberg" von Bernt Engelmann empfehlen. Er schildert in Form eines Romans wichtige Zusammenhänge des Lockheed-Bestechungsskandals!).

Interessant ist auch ein letztlich sehr wichtiges Detail. Nachdem eine Reihe von Maschinen abgestürzt war, bemerkte man eine mindere Qualität der Schleudersitze, und dadurch eine zusätzliche Gefährdung der Piloten. Gerüchte sickerten durch, nach denen beim Kauf der Starfighter umstritten war, ob man die gegenüber anderen Ausführungen minderwertigen Schleudersitze der Firma Lockheed kauft. Derzeit hat man sich trotz Bedenken wohl gesagt, nun, das Geschäft läuft doch wie geschmiert, warum sollen wir noch ein anderes Unternehmen bemühen?

Und noch etwas, speziell für unseren kleinen hart vaterländischen Lesekreis, sei erwähnt. Man werfe Herrn Strauss nicht die „leichtfertige Schwächung" unserer „Vorwärtsverteidigungsbereitschaft" vor. Immerhin hat er diese Maschine mit dem Hintergedanken gekauft, daß sie atomar bestückbar ist! (Angaben nach „Frankfurter Rundschau" vom 18. und 26.8.78).

# „Der Main wird europäische Verteidigungslinie"



Der Ausbau des Mains zu einem „Atomstrom" (s. AKWs in Kahl, Großwelzheim, Grafenrheinfeld, Viereth) findet in letzter Zeit seine Ergänzung durch eine verstärkte Ansammlung militärischer Einrichtungen in diesem Gebiet.

Die in letzter Zeit verstärkte Stationierung militärischer Verbände im Grenzgebiet zu den Warschauer-Pakt-Staaten und der damit zusammenhängende Ausbau und Neubau militärischer Einrichtungen soll hier am Beispiel des Mains untersucht werden. Dieser wird *„europäische Verteidungungslinie mit allen Konsequenzen"* (Bundeswehrstellungnahme, in: „Mainpost", 7.7.78), denn die strategische Planung der NATO verlangt es so.

Die „Konsequenzen", die uns bekannt sind, sind folgende:

- **am gesamten Flußlauf des Mains werden alle 10 km Panzerrampen gebaut.** Die Bundeswehr muß sich beim Durchsetzen dieser Vorhaben nicht nur gegen das bayerische Naturschutzgesetz vergreifen, sondern muß sich auch vielfach gegen den Widerstand der Bürger durchsetzen. Hier arbeitet sie nicht nur mit massiven Drohungen (Enteignung allen benötigten Grund und Bodens innerhalb von 24 Stunden), sondern auch mit dreisten Verdummungen. Angeblich würden diese Rampen nie „beübt" werden und im Kriegsfall sowieso „nur nachts" (???) benutzt werden. Hat sich etwa die NATO eine neue, klammheimliche Taktik der Flußüberquerung ausgedacht?
- weitere militärische Objekte sind **„Pionierübungsplätze"**. Nachdem die Pioniereinheiten der Bundeswehr aus dem fränkischen Raum bisher zum Üben an den Rhein (Speyer etc.) mußten, sollen sie nun mit ihrer künftigen Operationsgegend vertraut gemacht werden (wahrscheinlich werden nun auch die Einheiten vom Rhein an den Main kommen!).

**Ein erster Schritt in diese Richtung ist der Bau des Pionierübungsplatzes in Nordheim** (Lkrs. Kitzingen). Hier versucht die Bundeswehr, gegen den Widerstand der Winzer und Bauern, ihre Vorstellungen von „Landschaftsschutz" (!) mit allen Mitteln durchzusetzen. Sie will einen Motorboothafen, fünf riesige Hallen und ein Instandsetzungslager für Amphibienpanzer errichten. Die umliegenden Gemeinden wären nicht nur durch den Lärm (1 Boot: 300 PS, 1 Panzer: 800 PS) betroffen, auch ihre Lebensgrundlagen, die Sonderkulturen und der Weinbau, wären durch Abgasestaus bedroht. Eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung könnte sich ergeben, wenn auch die Amerikaner ab 1980 diesen Übungsplatz mitbenutzen werden.

Nachdem die Bundeswehr, ohne Genehmigung, im Januar dieses Jahres mit Planierungs- und Aushubarbeiten begonnen hatte (nach dem Motto: zuerst vollendete Tatsachen schaffen, dann die Genehmigung erzwingen), machte ihr vorläufig der Bayerische Verwaltungsgerichtshof einen Strich durch die Rechnung. Die Bauern und Winzer klagen nun in einem neuen Verfahren gegen die Bundeswehr, das darauf abzielt, daß diese den ursprünglichen Zustand des Geländes wiederherstellen muß. Sie wollen in Zukunft aber auch vor einer „härteren Gangart" nicht zurückschrecken.

Andererseits rechnet die Bundeswehr aber fest damit, *„daß die Entscheidung im Hauptverfahren den Bau doch ermöglicht"* (von Bülow, parlamentarischer Staatssekretär im „Verteidigungs"ministerium). Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die Kläger, die betroffenen Bauern und Winzer, die juristische Runde nicht für sich werden entscheiden können. Deshalb wird auch in der Zwischenzeit versucht, den Widerstand zu verbreitern.

Übrigens entbehren die Äußerungen des unterfränkischen SPD-Abgeordneten von Truchseß nicht einer gewissen Komik, wenn er ungewollt ausspricht, warum die Bundeswehr *„oft gerade in die schönsten Gebiete geht"*. Es sei ihm aufgefallen, daß bei der Entscheidung der Bundeswehr *„sicherlich der Freizeitwert des Platzes an der Mainschleife"* eine Rolle gespielt hat. Und weiter: *„Was wäre wohl für ein Geschrei entstanden, wenn am Königssee ein Übungsgelände geplant worden wäre."* Abgesehen davon, daß dieser „Volksvertreter" gar nichts gegen einen Übungsplatz in einer „schönen Gegend" hat, nennt er indirekt den Grund für die Wahl dieses Standortes: Der Königssee liegt nicht an der Grenze zum Warschauer Pakt und ist daher auch keine „Verteidigungslinie".

- neben den bereits bestehenden großen **Garnisonen** am Main (Bamberg, Schweinfurt, Kitzingen usw.) sollen nun noch neue gebaut werden. Für's erste steht die Errichtung einer Kaserne in Volkach (Main) an. Diese befindet sich bereits im Bau und soll Pionier-, Instandsetzungs- und Luftaufklärungseinheiten beherbergen. Die Errichtung von Radarstationen dürfte daher das nächste Ziel dieser massierten Aufrüstung sein. Auch eine Panzerstraße mitten durch die Weinberge von der Kaserne zu dem oben erwähnten Übungsplatz ist bereits in Planung.

Aus einer Äußerung eines Sprechers der bayerischen Staatsregierung geht hervor, daß Volkach nicht der einzige Standort bleiben wird; der Bund bzw. der „Freistaat Bayern besitzen noch vier weitere Grundstücke am Main. Es ist also damit zu rechnen, daß Franken verstärkt mit militärischen Einrichtungen aller Art überzogen wird.

- Der Ausbau des Militärflugplatzes in Giebelstadt (Lkrs. Würzburg) fügt sich nahtlos in diese Strategie ein; hier sollen zusätzlich 120 „Cobra"-Hubschrauber stationiert werden.
- Die zunehmende „Beübung" dieses Raumes durch Luftwaffe, Pioniere, Panzerverbände usw. ist ein weiteres Indiz dafür, daß die militärischen Kräfte „nach vorne" verlagert werden. So werden z.B. sich an der bevorstehenden Herbstübung „Cardinal Sword" des VII. US-Korps vom 18.-24.9.78 Einheiten aus den USA, „Headquarters"-Einheiten (= Spezialtruppen der US-Streitkräfte) und „Verbindungsteams" aus anderen NATO-Staaten (=„NATO-Feuerwehr"?) beteiligen. Als „Stabsgefechtsübung" deklariert, dürften dabei wahrscheinlich taktische und strategische Truppenbewegungen durchgespielt werden. Im Hintergrund steht dabei das neue NATO-Konzept, die „Abwehrbereitschaft" auch auf konventionellem Gebiet weiter zu erhöhen und gleichzeitig die „atomare Abschreckung" einzukalkulieren.

* * * * *

Dieses **neue NATO-Konzept** sieht eine Ergänzung der Strategie der „flexible response" (=abgestufte Vergeltung) der 60er Jahre, die insbesondere auf dem drohenden Einsatz von Atomwaffen basierte, durch eine starke konventionelle Kampfkomponente vor. Dies hängt nicht nur mit dem Debakel der Amerikaner in Vietnam und Indochina zusammen, sondern ist auch im Zusammenhang mit dem Erstarken des westdeutschen Imperialismus zu betrachten.

Schon vor 1970 mehrten sich in der BRD die Stimmen aus dem Militär, die eine Überwindung des *„westdeutschen Nachkriegs-Minderwertigkeitskomplexes"* (Möller/Vilmar) forderten; sie lehnten es ab, daß aus der BRD ein Satellitenvorfeld der USA wird (mit dem Rhein als Haupt„verteidigungs"linie), innerhalb dessen die USA sogar Atomschläge einkalkulieren können, ohne selbst betroffen zu sein. *„Der Ernstfall"*, warnte Brigadegeneral Dr. H. Wulf von der Heeresoffiziersschule II in Hamburg, *„würde unser ganzes Land in Kampfgebiete verwandeln. Er würde die Frauen und Kinder der kämpfenden Männer ungeschützt der Wirkung feindlicher Waffen überlassen. Ist es denkbar, daß eine Armee überhaupt kämpfen kann mit dem Bewußtsein, daß diejenigen, die sie schützen will, der Vernichtung preisgegeben sind?"* („Stern", 18.1.70). Selbstverständlich ging es Wulf um mehr als den (an „volksgemeinschaftliche" Gefüh-

Fortsetzung auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 17

le appellierenden) „*Schutz von Frauen und Kindern*". General H. Trettner (von 1964-66 Generalinspekteur der Bundeswehr) meinte an gleicher Stelle schon etwas zutreffender: „*Die NATO soll L a n d und V o l k jedes Bündnispartners schützen*". (Hervorhebungen AK). Zu diesem „Schutz" sollen im übrigen auch bald Frauen herangezogen werden (s. Apel-Pläne).

Bei solchen Äußerungen geht es immer darum, die „Pflicht zur nationalen Selbsterhaltung" zu betonen, womit die westdeutsche Bourgeoisie nie nur die Erhaltung des westdeutschen Staates meinte, sondern immer auch ihren revanchistischen „Wiedervereinigungsanspruch", der bis heute von keiner der etablierten Parteien aufgegeben wurde.

Deshalb, weil weder die Interessen des westdeutschen Imperialismus am Rhein (!) „verteidigt" werden können, noch die „nationale Einheit" fernab der Grenzen zum „anderen Teil Deutschlands" hergestellt werden kann, wurde auf Drängen der BRD (vergl. ihre heutige Hegemonierolle in der sog. „Euro-group" der NATO) in der NATO die Strategie der sog. „Vorneverteidigung" entwickelt. Der ehemalige Kriegsminister Leber erläuterte diese Politik dahingehend, daß „*im Lichte der nuklearen Parität der interkontinentalen Vernichtungswaffen beider Großmächte ... die konventionellen Streitkräfte Europas wachsende Bedeutung gewönnen*" („FAZ", 6.10.75).

Im Klartext bedeutet dieses Konzept eine „*grenznahe Verteidigung*" (Generalmajor a.D. H.J. Löser), um eine „*Ausweitung des Kampfraumes in die Tiefe des eigenen Landes zu vermeiden*" (Löser). Die Forderung nach „*voller Präsenz vorne*" (Kriegsminister Apel) wird von Militärexperten dahingehend präzisiert, daß die „Vorneverteidigung" die Gestalt eines „Flächenkrieges" annehmen kann. Auf einer Tagung des Thomas-Dehler-Instituts Anfang Juni '78 in Hammelburg (Unterfranken) sprach sich deshalb der sicherheitspolitische Sprecher der FDP, Möllemann, für eine „*Europäisierung der Sicherheitspolitik*" aus, was konkret bedeuten soll, daß neben das atomare „Schutzschild " der USA eine starke europäische **konventionelle Komponente zu treten habe**. Die „Vorneverteidigung" müsse als „raumdeckende Verteidigung" konzipiert sein. Die jüngsten Äußerungen des NATO-Oberbefehlshabers Haig und des Generalinspekteurs der Bundeswehr Wust weisen genau in diese Richtung. Sie sind als Mahnung an die europäischen NATO-Partner zu verstehen, doch gefälligst verstärkt konventionell aufzurüsten und die Einsatzreserven verstärkt in die militärische Planung einzubeziehen.

Diese Ergänzung in der „Verteidigungs"strategie analysiert der Wehrexperte K.D. Schwarz so, daß „*konventionelle Streitkräfte heute nicht mehr die Rolle eines Auslösemechanismus für die nukleare Eskalation spielen (können) gegenüber einer Macht, die über dieselben Nuklearoptionen verfügt wie der Verteidiger ... aber jede nukleare Macht befindet sich in einem politischen Konflikt, mit einer anderen gleichwertigen nuklearen Macht automatisch in einem Krisennachteil, wenn es über unterlegene konventionelle Streitkräfte verfügt. Wenn die nukleare Abschreckung auf allen Ebenen stabil geworden ist, beruht die Glaubwürdigeit der Abschreckung wesentlich auf der Fähigkeit zur konventionellen Abschreckung*". (in: „Sicherheitspolitik heute", 2/1975).

Diese konventionelle Abschreckungskomponente verstärkt damit, zusätzlich zur atomaren Hochrüstung, das Aggressionspotential i n s g e s a m t . Dies bedeutet nicht nur die Konzentrierung von Militäreinheiten im Grenzgebiet zum Warschauer Pakt wie im Fall der Mainlinie, sondern auch die Errichtung „*leistungsfähiger Mobilisierungs- und Nachschubsysteme*" (Ex-US-Kriegsminister Schlesinger) - „*die Kette der Vorwärtsdepots in Europa wird dichter*" (Haig) -, und die Aufstellung sog. „Heimschutzmilizen". Die jüngsten Vorschläge des bayerischen CSU-Landtagsabgeordneten Prentl, eine Miliz aus Reservisten der Bundeswehr zu bilden, die im Ernstfall in die Bundeswehr eingegliedert werden soll, um Aufgaben „im Rahmen der Zivilverteidigung" zu übernehmen, laufen genau in diese Richtung.

**All diese Maßnahmen sind ein weiterer Schritt sowohl zur verschärften Militarisierung der Gesellschaft als auch dazu, einen Krieg wahrscheinlicher zu machen.**

(alle Zitate, soweit nicht angegeben: „Mainpost" v. 11.11.77, 5.6.78, 8.6., 16./17.6., 19.6., 7.7., 31.7., 2.8, 10.8.)

**KB-Sympathisanten Würzburg**




# Haeberlein-Urteil aufgehoben

Überraschend hat der bayrische Verwaltungsgerichtshof jetzt das berüchtigte Berufsverbotsurteil des Ansbacher Verwaltungsgerichts gegen den Vorsitzenden der DFG-VK in Bayern, Heinrich Haeberlein, aufgehoben. Bekanntlich hatte das Ansbacher Gericht verlangt, jeder Beamter müsse aktiver Anti-Kommunist sein. Haeberlein sei zwar als überzeugter Pazifist selbst kein Verfassungsfeind, jedoch ergäben sich „nicht ausräumbare Zweifel", ob er auch „aktiv" für die FDGO eintrete, da er ja in der DFG-VK schließlich auch mit DKP-Mitgliedern zu tun habe und eventuell deren Ziele „nicht erkenne".

Der bayrische Verwaltungsgerichtshof hob nun dieses Urteil mit der Begründung auf, es sei nicht möglich, Bewerbern „in der Tendenz" Verfassungsfeindlichkeit zu unterstellen. Entweder ist jemand Verfassungsfeind oder er ist es nicht. Haeberleins Bekenntnis zum Pazifismus und der Politik der friedlichen Koexistenz wurde in diesem Zusammenhang im Gegensatz zum Ansbacher Urteil nicht als ein „Indiz für Verfassungsfeindlichkeit" bewertet. Dieses Urteil überrascht insofern, als dasselbe Gericht vor einiger Zeit das Berufsverbot gegen die Sozialdemokratin Charlotte Nieß wegen ihrer Mitgliedschaft im Verband demokratischer Juristen (VDJ) bestätigt hatte, obwohl die Situation ähnlich wie im Fall Haeberleins gelagert war.

Es ist zu vermuten, daß die in den letzten Monaten stattgefundene Diskussion über die „ausufernde Praxis des Radikalenerlasses", die man doch etwas einschränken solle, um der Kritik an den Berufsverboten die Spitze abzubrechen, zu diesem Urteil beigetragen hat. Der „Fall" Haeberlein war (bzw. ist) immerhin einer der krassesten und international am meisten kritisierten Beispiele für die Ausmaße, die das Berufsverbot inzwischen in der BRD erreicht hat. Es ist bislang noch nicht bekannt, ob die bayrische Regierung gegen dieses Urteil Revision einlegen wird.

Anmerkung

Überraschend ist m.E. an diesem Urteil vor allem, daß ausgerechnet das höchste bayrische Verwaltungsgericht den Auffassungen der CDU/CSU eine Schlappe beigebracht haben soll. Dies sollte für uns der Anlaß sein, etwas genauer hinzusehen. Da das Urteil im Wortlaut noch nicht vorliegt, hier nur zwei Dinge, die mir in der Presse aufgefallen sind.

1. Das Gericht hat nicht etwa die „Verfassungstreue" Haeberleins festgestellt, sondern lediglich die Argumentation der 1. Instanz abgelehnt, wonach aus der Zusammenarbeit mit DKPlern in der DFG/VK eine t e n d e n z i e l l e Verfassungsfeindlichkeit abgeleitet werden könnte. Das Gericht fordert vielmehr: entweder ist Haeberlein selbst „Verfassungsfeind" oder er muß eingestellt werden. Dies kann jedoch von der bayrischen Landesregierung nachgeholt werden, wenn sie die DFG/VK als verfassungsfeindlich angreift. Diese Möglichkeit besteht noch, da die Hauptverhandlung noch aussteht (die jetzige Entscheidung besagt nur, daß die vorgebrachten Gründe nicht ausreichen und Haeberlein v o r l ä u f i g eingestellt werden muß). Über diesen Weg könnte eine weitere Organisation juristisch ins verfassungsfeindliche Lager eingereiht werden.

2. Das Gericht spricht davon, daß es untragbar sei, „*daß die deutsche Politik einerseits ständig Bekenntnisse zur friedlichen Koexistenz abgebe, daß aber andererseits im Innern Pazifisten sozusagen als Staatsfeinde behandelt werden würden.* **Eine solche Spaltung sei auf Dauer nicht möglich**" (nach „FR", 30.8.78). Auch dies bezieht sich erst einmal nur auf die Begründung der 1. Instanz, in der undifferenziert das Eintreten für friedliche Koexistenz schon als tendenziell verfassungsfeindlich angesehen wurde. Wer sagt uns aber, ob nicht das Gericht für die noch anstehende Hauptverhandlung nur auf eine Differenzierung dieses Begriffs hinaus will. Etwa: staatliche Beziehungen ja, jedoch jedes Eintreten von Bürgern für ein wirklich friedliches, antimilitaristisches Zusammenleben nein. Dies könnte nach dem Muster laufen, wie die SPD-Führung ihre Kontakte zu verschiedenen revisionistischen Parteien rechtfertigt, während sie ihren Mitgliedern jeden Kontakt verbietet.

**Ein AK-Redakteur**

# „Formfehler" im Fall Jens Scheer

Wegen eines Formfehlers bestätigte der Disziplinarhof das erstinstanzliche Urteil der Bremer Disziplinarkammer gegen den Atomphysiker Prof. Jens Scheer nicht und verwies den „Fall" zur erneuten Verhandlung zurück an die Disziplinarkammer. Der „Formfehler" bestand darin, daß in der Entlassungsbegründung der 1.Instanz seitenweise aus dem Statut und dem Programmentwurf der „KPD", deren Mitglied Scheer ist, zitiert wurde, obwohl beide Dokumente im Prozeß selbst überhaupt kein Verhandlungsgegenstand waren. Eine allerdings wirklich plumpe Methode, die der Disziplinarhof wohl doch nicht so ohne weiteres unterschreiben wollte. Allerdings ließ das Gericht keinen Zweifel daran, daß es von der Disziplinarkammer ausgesprochene Berufsverbot gegen Jens Scheer an sich für völlig gerechtfertigt hält. Nur etwas „rechtsstaatlicher" soll es bittschön aussehen.

Danach dürfte ziemlich klar sein, wie das Urteil im nächsten Verfahren vor der Disziplinarkammer aussehen wird: es kann nur auf Bestätigung des Berufsverbots lauten.

Gerechnet werden muß auch damit, daß bei einer Neuverhandlung Programm und Statut der „KPD" behandelt werden, um diese als „verfassungswidrig" zu kennzeichnen. Somit kommt der Rückweisung dieses Urteils auch die Bedeutung zu, das Verbot der „K-Gruppen" juristisch vorzubereiten.

# Sympathisantenjagd bei der Post — ein gerichtliches Nachspiel

Das Ableben des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer hatte im vergangenen Jahr in der Arbeitswelt bekanntlich unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Kapitalistenverbände und Gewerkschaftsführungen hatten drei Trauerminuten in den Betrieben angeordnet. Für die Kollegen im öffentlichen Dienst wurde diese Sympathiebekundung für den verblichenen Altfaschisten von der staatlichen Obrigkeit verfügt.

Im Postscheckamt Hamburg wurde dies am 25.Oktober 77, dem Tag der Beerdigung, über die amtsinterne Lautsprecheranlage verkündet. Die meisten der 2.300 Kollegen hörten mit der Arbeit auf, aber einige arbeiteten weiter. Die letzteren nun wurden in einer postinternen Verwaltungsermittlung nach dem Grund ihres Verhaltens befragt (wir berichteten in AK 119 darüber).

Zu diesem Vorgang äußerten sich drei Mitglieder des Personalrates beim Fernmeldeamt 1 in Hamburg in einem Flugblatt. Die Drei gehören zu einer fortschrittlichen Kollegengruppe („Wählerinitiative"), deren Mitglieder inzwischen alle aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden sind. Die drei Vertreter dieser Kollegengruppe kritisierten die verordnete Trauer für „Herrn Schleyer" und schrieben zu der Befragung der Kollegen: „*Zum neuen Beschützer der Grundordnung wurde der Heilige Denuntius ernannt.*" Dies rief prompt die Oberpostdirektion auf den Plan. Sie sah bei den Personalräten „*eine suspekte Einstellung zu dem Fall Schleyer*" und vermißte „*diejenige Einstellung zu unserem Staat und seiner Verfassung, die von den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Bundes gleichermaßen gefordert werden muß*". Die drei als Verfassungsfeinde verdächtigten Kollegen sollten sich binnen zwei Wochen schriftlich äußern, um ihre „Treue zur Verfassung" zu beweisen. Dies taten sie, indem sie schriftlich erklärten, daß das von ihnen anerkannte Weisungsrecht des Arbeitgebers nicht die Anordnung von Gedenkminuten decke. So etwas sei zwar nach dem faschistischen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20.1.1934 möglich gewesen, nicht aber nach Gesetz und Verfassung der Bundesrepublik. Die Oberpostdirektion machte daraufhin einen Rückzieher. Sie stellte fest, daß „*die über die Beschallungsanlage des Postscheckamtes ausgesprochene Bitte (?), die Arbeit für drei Minuten zu unterbrechen, nicht als zwingende dienstliche Anordnung angesehen werden mußte*". Deshalb kann bei den von der Befragung betroffenen Kolleginnen und Kollegen des Postscheckamtes „kein Pflichtenverstoß" festgestellt werden. Bei den drei Personalratsmitgliedern des Fernmeldeamtes 1, die diesen Vorgang beim Postscheckamt in ihrem Amt bekannt gemacht hatten, habe sie allerdings auch weiterhin Zweifel an deren Verfassungstreue! Auch diese Beurteilung der Oberpostdirektion wurde zu den Personalakten genommen. Dagegen erhoben die betroffenen Personalräte Klage vor dem Verwaltungsgericht, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt sahen und berufliche Nachteile befürchten müssen.

Die erste Verhandlung am 18.7.78 blieb ohne Urteil. In dieser Verhandlung wartete die Oberpostdirektion aber noch mit einem besonderen Knüller auf. Um die „Zweifel an der Verfassungstreue" der Personalräte zu begründen, wies sie „*zum besseren Verständnis des Gerichtes*" darauf hin, „*daß die steckbrieflich gesuchte Terroristin Silke Maier-Witt*" früher gerade an dem Fernmeldeamt 1, an dem die drei Personalräte noch heute arbeiten gearbeitet habe! Und das muß ja ein Beweis für das unterstellte Sympathiesantentum sein! (Zitate aus dem Briefwechsel der betroffenen Kollegen und der Oberpostdirektion).

**Postzelle**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Alle Jahre wieder: „Es gibt keine Berufsverbote"

In einem großangelegten Propagandafeldzug mit zweiseitigen Anzeigen in allen größeren Illustrierten und Zeitschriften versucht zur Zeit das Presse- und „Informations"amt der Bundesregierung, Bundesbürgern, die ihren Urlaub im Ausland verbringen, gegen kritische Fragen bzw. „Vorurteile" gegen „die Deutschen" zu wappnen. Da bekannt ist, daß der ausländischen Kritik an den westdeutschen Berufsverboten kaum einer wirklich entgegentreten kann, wurde hierfür eigens eine Anzeige entwickelt. Und darin heißt es doch tatsächlich unter der Überschrift „einige Anregungen fürs Gespräch mit den Nachbarn": „*Wenn Sie auf ‚Berufsverbote' angesprochen werden, sollten Sie wissen: Es gibt bei uns kein Berufsverbot.* Auch nicht, wenn jemand extreme Meinungen vertritt. Aber unsere Beamtengesetze sehen vor, daß Gegner des demokratischen Staates nicht im Staatsdienst beschäftigt werden dürfen. Grundsätzlich gilt: Niemand wird aus dem Staatsdienst wegen seiner Überzeugung entlassen. Sondern nur aufgrund aktiver Handlungen gegen die Demokratie..."

So ganz sicher scheinen sich die Regierungsstellen über das Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung doch nicht zu sein. Denn weshalb sonst müßten sie den Menschen erklären, daß es etwas nicht gibt, was es gar nicht gibt, sondern nur in der „Phantasie" der kommunistischen Propaganda existiert?

# Meldungen

Neue Berufsverbotsfälle sind wieder mal von der Bundespost zu vermelden, die sich allmählich zum Vorreiter einer weiteren Verschärfung zu entwickeln scheint. Zwar wurde (in der bürgerlichen Presse groß aufgemacht) das Verfahren gegen den Fernmeldehandwerker Hans-Erich R. wegen dessen DKP-Mitgliedschaft eingestellt, nachdem ihm eine Erklärung abgepreßt worden war, in der er sich „*zur Einhaltung seiner arbeitsrechtlichen Pflichten und des von ihm abgelegten Gelöbnisses verpflichtet*". Jedoch wurde gleichzeitig vom Sprecher des Bundespostministeriums betont, daß die „gezeigte Großzügigkeit" gegenüber R. nur gegenüber Angestellten und Arbeitern möglich sei. Bei Beamten gilt weiterhin Gscheidles Erlaß, „*wer aktives DKP-Mitglied ist, fliegt raus!*" Folglich hat die Bundespost auch bereits wieder zwei neue Verfahren gegen zwei beamtete Briefträger aus Quickborn und Pinneberg eingeleitet, die bei den letzten Kommunalwahlen für die DKP kandidiert hatten. Unterdessen gehen die Erpressungsversuche gegen Postbeamte, sich entweder schriftlich von der DKP zu distanzieren oder eben entlassen zu werden, weiter. Nach dem Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp (s. AK 136) wurde auch die Angestellte (!) Ursula Sch. aus Lahn hierzu aufgefordert.

• • •

Berufsverbote gegen SHB-Mitglieder gibt es übrigens nicht nur in Bayern oder Baden-Württemberg, sondern auch im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen! Seit August 77 droht dem Lehrer Thomas J. wegen seiner SHB-Mitgliedschaft Berufsverbot. Zwar konnte er sich im November letzten Jahres vor dem Kölner Arbeitsgericht in den Schuldienst hineinklagen, jedoch legte das Düsseldorfer Innenministerium gegen dieses Urteil Berufung ein. Ein neuer Gerichtstermin ist noch nicht bekannt.

• • •

Auch im „liberalen" Bremen geht die Berufsverbotepraxis weiter. Die Lehrerin Regina C. wurde in Niedersachsen nicht eingestellt, gewann jedoch den darauf folgenden Prozeß. Der Regierungspräsident in Osnabrück legte Berufung ein, woraufhin sich Regina C. in Bremerhaven bewarb. Der Magistrat lehnte ihre Bewerbung jedoch mit Bezugnahme auf ihr Berufsverbot in Niedersachsen ab.

# Betrieb und Gewerkschaft




## SEL: Gewerkschaftslegalismus am Ende

Das SEL-Werk Rastatt wird geschlossen. Am 30. September schließt der zum multinationalen ITT-Konzern gehörenden Betrieb mit seinen 900 Beschäftigten die Pforten. Für die Kollegen stehen nun Monate oder Jahre größter Unsicherheit bevor. In dem strukturschwachen Gebiet nahe der französischen Grenze werden gerade die Frauen, die den Großteil der Belegschaft stellen, nur mit Mühe wieder einen Arbeitsplatz finden — wenn überhaupt.

SEL Rastatt ist heute ein Symbol für die Menschenfeindlichkeit des kapitalistischen Systems, dafür, daß milliardenschwere Konzerne, um noch mehr Profite zu machen, rigoros die Lebensinteressen von Menschen mit Füßen treten.

SEL Rastatt ist aber auch zum Symbol geworden für die Hilflosigkeit und den Bankrott der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Denn wie selten zuvor haben die Gewerkschaftsführer angesichts der drohenden Schließung so ziemlich alle Register ihrer Kunst gezogen und letztlich aber nur bewiesen, daß ihre Mittel untauglich sind, den Kollegen die Arbeitsplätze zu sichern.

Unter großer Beteiligung der Belegschaft hatte ein monatelanger Kampf stattgefunden, in dessen Verlauf weite Teile der Rastätter Bevölkerung sich für die Belegschaft angagierte. Diese mobilisierenden Aktionen
gehören ebenso zu den Aktivposten in
rung sich für die Belegschaft angagierte. Diese mobilisierenden Aktionen
gehören ebenso zu den Aktivposten in diesem Kampf wie die Tatsache, daß sich zahlreiche Delegationen aus anderen SEL-Betrieben des Bundesgebietes und Westberlins solidarisch an einer öffentlichen Manifestation beteiligten. Doch daß die Entscheidung über Sieg oder Niederlage von den Gewerkschaftsführern nicht in der Konfrontation der Arbeiter mit den SEL-Kapitalisten, sondern auf der Ebene der „gesetzlichen Mittel" gesucht wurde, davon spricht die IGM-Zeitung „Metall" Nr. 17 (23.8.) Bände. „Alle Mittel sind nun ausgeschöpft" lautet die Überschrift des SEL-Abgesangs.

Alle Mittel? In der Tat haben die Gewerkschaftsführer um das SEL-Werk ungewöhnlich viel Wirbel gemacht. So wurden beispielsweise Briefe an den ITT-Chef Hamilton in New York geschrieben, ebenso wie an den US-Präsidenten Carter.

Man mag im ersten Moment noch den Gerwerkschaftsführern zugute halten, sie hätten diese Briefe an die beiden kapitalistischen Oberhäuptlinge geschrieben, um einen gewissen öffentlichen Effekt zu erzielen, und nicht, weil sie selbst an die Wirksamkeit ihrer Argumente glauben.

Doch immer deutlicher wurde, daß Demonstrationen und Aktionen der Belegschaft im Konzept der Gewerkschaftsführer nur die Begleitmusik für einen Schaukampf auf der Ebene der gesetzlichen Mitbestimmung waren. „*Wir haben keine Mitbestimmung bei Betriebsschließung*", sagt Betriebsrat Friedrich Lieven, „*Deshalb war unser Kampf ein Tauziehen mit einem Elefanten.*" Dieser Satz macht die Erbärmlichkeit offiziöser Gewerkschaftspolitik besonders deutlich, sind es doch die Gewerkschaftsführer selbst, die nicht müde werden immer wieder auf Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz orientieren, weg von Aktionen der Kollegen.

Eine ebensolche Negativ-Reklame für die Mitbestimmung erzielten sie mit ihren Aktivitäten im Aufsichtsrat. Stolz vermerkt „Metall", daß die Arbeitnehmervertreter im AR („alles IGMler") sogar eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung erreichen konnten. Das Ergebnis war allerdings gleich Null. „*Wir haben dem SEL-Vorstand für die Zukunft unmißverständlich klargemacht, daß es nicht mehr so weitergeht, wie in der Vergangenheit*", so umreißt Gesamtbetriebsratsvorsitzender Glöck die Sitzung. Da werden die SEL-Manager aber einen großen Schreck gekriegt haben . . .

Schließlich griffen die Gewerkschaftsführer zum letzten, in ihren Augen offenbar schon sehr radikalen Mittel — sie zogen vor die Einigungsstelle. Zitat „Metall": „*Doch die besten Argumente halfen dort nichts. SEL•ITT wollte das Werk schließen — und der neutrale Vorsitzende sah keine Möglichkeit, den Konzern davon abzuhalten.*" So läßt also eine Gewerkschaft, die sich bei jeder Gelegenheit ihrer Stärke rühmt, das Schicksal von 900 Kollegen von einem sogenannten „Neutralen" entscheiden.

„Alle Mittel ausgeschöpft" — der von den Gewerkschaftsführern propagierte Legalismus wird angesichts der immer krasseren Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter seine Glaubwürdigkeit unweigerlich weiter einbüßen.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

## DGB plant Kundgebungen

DGB plant Kundgebungen

**Für den 14. Oktober hat der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen eine Großkundgebung in Dortmund angekündigt. Die Kundgebung steht unter dem Motto „Stop Arbeitslosigkeit – Stop Aussperrung".**
**Zur Vorbereitung der Kundgebung soll in der Zeit zwischen dem 2. und 7. Oktober von den DGB-Kreisorganisationen eine „Aktionswoche gegen die Aussperrung" durchgeführt werden. U.a. sollen im Rahmen dieser Aktionswoche die örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten zu öffentlichen Stellungnahmen gegen die Ausperrung aufgefordert werden.**

**Eine sehr sinnvolle Initiative hat der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz gestartet. Am 9. September soll in der Landeshauptstadt Mainz eine Demonstration und Kundgebung unter der Losung: „DGB: Stop Lohndiskriminierung und Frauenarbeitslosigkeit" stattfinden. In einem Aufrufflugblatt heißt es: „Wie lange soll das noch so weitergehen, daß Frauen für gleichwertige Arbeit weniger Lohn bekommen, Frauen die Spitze der Arbeitslosenstatistik anführen? Wir meinen, es ist höchste Zeit, die Situation der Frauen in Arbeitswelt und Gesellschaft zu verändern."**

## 30.000 Lehrer arbeitslos oder in Kurzarbeit

Mit Beginn des neuen Schuljahres und damit des Einstellungstermins für Lehrer und Referendare läßt sich Bilanz ziehen über die Bildungspolitik dieses Staates. Die Zahlen aus mehreren Bundesländern veranschaulichen sie:

**Schleswig-Holstein**

Noch werden in diesem bildungspolitischen Entwicklungsland im Grund-, Haupt- und Realschulbereich alle Bewerber übernommen. Jedoch sind zum nächsten Schuljahr hier eine große Zahl von Arbeitslosen zu erwarten. Schlecht sieht es für Bewerber für den Vorbereitungsdienst aus. 600 Bewerber werden nicht eingestellt, Wartezeiten bis zu zweieinhalb Jahren sind keine Seltenheit mehr.

**Hamburg**

In Hamburg wird wieder kein VR-Lehrer eingestellt werden. Die Zahl der arbeitslosen Lehrer mit 2. Examen beträgt 916. -400 Lehrer warten auf die Einstellung in den Vorbereitungsdienst.

**Niedersachsen**

In Niedersachsen bekommen auch Lehrer in der zweiten Ausbildungsphase nur Teilzeitverträge, wodurch die Arbeitslosigkeit verschleiert werden soll: denn noch 2.000 Lehrer haben keinen Ausbildungsplatz, 650 Lehrer mit 2. Examen werden nicht in den Schuldienst übernommen.

**Nordrhein-Westfalen**

Durch Aufstockung der Lehrerstellen und Ausbildungsplätze können zum Schuljahresbeginn alle Bewerber, die in NRW Examen gemacht haben, eingestellt werden.

Alle Lehrer an Grund- und Hauptschulen und ein Teil der Lehrer an Realschulen erhalten jedoch nur 2/3 Verträge auf 3 Jahre. 5.000 bis 6.000 Lehrer sind jetzt in Kurzarbeit beschäftigt.

**Hessen**

Von 3.650 Bewerbern für die Einstellung in den Schuldienst werden 1.800 nicht eingestellt. Im Grundschulbereich wird es überhaupt keine Neueinstellungen geben. Die Situation für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst sieht mies aus: nur jeder zweite Bewerber wird eingestellt, 1.800 Bewerber sind arbeitslos.

**Baden-Württemberg**

Die Einstellungssituation ist entschärft worden, da von der starren Quotierung bei der Lehrereinstellung abgegangen wurde. Dennoch sind 500 Lehrer arbeitslos. Alle neu eingestellten Lehrer im Grund-, Haupt- und Realschulbereich erhalten nur Teilzeitverträge.

**Bayern**

Die Zahlen lassen sich noch nicht genau übersehen, aber mit 2.000 arbeitslosen Lehrern ist zu rechnen.

Alles in allem sind 7.000 Lehrer mit 1. Examen und 8.000 Lehrer mit 2. Examen arbeitslos. 20.000 Lehrer werden in Kurzarbeit beschäftigt, wodurch sich ihre Zahl auf 30.000 erhöht. Die Zahlen dürften aber noch zu niedrig liegen, da diejenigen, die angesichts der für sie hoffnungslosen Lehrerperspektive völlig aufgegeben haben, nicht erfaßt sind (nach „Sekretariat arbeitsloser Lehrer" – GEW-Bund).

**Eine arbeitslose Genossin**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Gewerkschaftliches Engagement — Entlassungen und Einschüchterung

Dortmund: Wir, Susanne, Siggi und Franz, haben bis vor kurzem bei Firma Spodeck Dortmund in der Abteilung Landschaftspflege und Gartenbau gearbeitet. Die Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH Spodeck ist ein großes Dienstleistungsunternehmen. Es besteht aus drei Firmen: die Spodeck Landschafts- und Gartenbau, die Spodeck KG Dienstleistungen (Gebäudereinigung innen) sowie die Spodeck KG Gebäudereinigung (Gebäudereinigung außen).

Die Spodeck Landschafts- und Gartenbau hat mehrere Kolonnen: eine für Neuanlagen, eine für Garten- und eine für Rasenpflege. In der Kolonne für Rasenpflege haben wir alle drei als Aushilfskräfte für den Sommer gearbeitet.

Fast alle Leute dort waren unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen, trauten sich aber nicht, selbst aktiv zu werden, weil andere damit schon früher schlechte Erfahrungen mit der Firmenleitung gemacht hatten. Sie meinten deshalb, daß wir uns das als Aushilfen eher leisten können.

Wir gingen zunächst mit den
Firmenleitung gemacht hatten. Sie meinten deshalb, daß wir uns das als Aushilfen eher leisten können.

Wir gingen zunächst mit den Kollegen aus unserer Kolonne den Tarifvertrag durch. Dabei stellten wir unter anderem fest, daß:

— einige über und einige unter Tarif bezahlt wurden,
— Überstunden nicht mit Aufschlag vergütet wurden,
— keine Erschwerniszulagen für bestimmte Arbeiten, z.B. Giftspritzen und Erschütterungsarbeiten, bezahlt wurden.

Gleich danach sprachen wir mit dem Bezirkssekretär der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Dieser riet uns dringend dazu, uns alle gewerkschaftlich zu organisieren (erst etwa 40 % der Kollegen waren Mitglied der Gewerkschaft) und einen Betriebsrat auf die Beine zu stellen, um überhaupt erst mal die tariflichen Vereinbarungen gegenüber der Firmenleitung durchsetzen zu können (der Betriebsrat steht unter besonderem gesetzlichen Kündigungsschutz). Wir fanden das richtig und beschlossen, mit den Kollegen aus den anderen Kolonnen darüber zu sprechen.

Zunächst zweifelten einige, weil sie meinten, ihre Interessen alleine durchsetzen zu können, und andere hatten Angst aufzufallen. Dann aber waren sich alle einig, daß ein Betriebsrat notwendig ist, und wir beschlossen, einen Wahltermin anzusetzen.

Inzwischen jedoch hatte die Firmenleitung von unseren Aktivitäten Wind bekommen und stellte den Franz zur Rede. Spodeck jun., der Chef der Gartenbaufirma, wollte von ihm wissen, wer denn eigentlich „dahinter" steckt; wenn wir drei das wären, würde er es als „*Aufwiegelei*" betrachten. Für die Nennung von Namen dagegen versprach er Franz „*Vorteile*".

Zur Gewerkschaft meinte er: „*Gewerkschaften wollen wir nicht, brauchen wir nicht, haben wir noch nie gebraucht, und wenn wir sie brauchen, holen wir sie.*" Am Nachmittag desselben Tages fuhr er zu den einzelnen Kolonnen auf die Baustellen und fragte die Arbeiter, ob sie denn wirklich einen Betriebsrat wollen. Als sie das bejahten, meinte er, sie könnten ihn, Spodeck jun., zum Betriebsrat wählen, denn er wäre ja auch bloß ein Arbeiter . . . Zum Feierabend dann hatte er schon die Kündigungsschreiben für uns alle drei bereit. Bis zum Inkrafttreten der Kündigungen waren wir ab sofort beurlaubt. Da Franz die Probezeit schon hinter sich hatte, mußte für seine Entlassung der Grund angegeben werden, und der war, wie könnte es anders sein, „Arbeitsmangel"! Spodeck gab uns eine halbe Stunde, um das Betriebsgelände zu verlassen und versuchte, unsere Unterhaltungen mit den anderen zu verhindern. Außerdem erteilte er uns Hausverbot.

Da solche willkürlichen Einschüchterungsmanöver öfter vorkommen und gelingen, ohne daß man davon hört, beschlossen wir, diesen Fall so publik wie möglich zu machen. Wir brachten zwei Flugblätter heraus, eines für unsere Kollegen und das andere für die Öffentlichkeit. Außerdem unterrichteten wir die Tagespresse und verschiedene Organisationen.

Spodeck, erschrocken über soviel Aktion, versuchte seinerseits der Pres-
se und verschiedene Organisationen.

Spodeck, erschrocken über soviel Aktion, versuchte seinerseits der Presse gegenüber ein scheinbar gutes Betriebsklima herauszustreichen.

In Wirklichkeit aber hatte er soviel Angst vor einer Organisierung seiner Arbeiter bekommen, daß er 10 Tage nach unserer Kündigung von ihnen ihre Unterschrift unter eine Erklärung verlangte, in der stand, daß sie zur Zeit keine Gewerkschaft und keinen Betriebsrat brauchen. Auf dem Zettel waren alle Namen vorgedruckt, und es stand kein Datum drauf, was bedeutet, daß er jederzeit verwendbar ist! Und, was das Schlimmste ist, ALLE, ohne Ausnahme, haben diese Erklärung unterschrieben!!!

Das hat er so erreicht:

Am Morgen brachte er den Zettel mit und meinte zu den Leuten, sie sollten doch „mal eben hier unterschreiben." Als sie das zunächst nicht taten, sagte er sinngemäß, daß wir das Flugblatt wohl nicht alleine geschrieben hätten und daß eine größere Organisation dahinter stecken könnte. Außerdem würde er die Angelegenheit dem Bundeskriminalamt übergeben (. . .) und uns wegen Geschäftsschädigung anzeigen.

Dadurch gegen uns voreingenommen, eingeschüchtert durch unsere Entlassungen, die Erwähnung des Bundeskriminalamts und der Anzeige, und außerdem aus Angst um ihren Arbeitsplatz resignierten die Kollegen und unterschrieben. (Diese Erklärung kann für Spodeck jedoch nur Aufschub bedeuten, denn mit ihr kann er eine Betriebsratswahl nicht verhindern!).

Um auch uns mundtot zu machen, ließ uns die Spodeck Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH durch ihre Anwälte folgendes mitteilen:

„*Wir weisen Sie ausdrücklich darauf hin, daß wir im Falle der geringsten Wiederholung der Verbreitung der unrichtigen Behauptungen die einstweilige Verfügung gegen Sie erwirken und Sie wegen aller aus Ihrem unzulässigem Handeln resultierenden Schäden in Anspruch nehmen werden.*"

Durch solche Drohungen lassen wir uns nicht einschüchtern und meinen nach wie vor, daß das beste Mittel unternehmerischer Willkür zu begegnen, eine breite und wirksame Organisierung ist!




# EKD segnet Radikalenerlaß ab

Innerkirchlich hatte der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) schon 1973 – ein Jahr nach Einführung des staatlichen Radikalenerlasses – den evangelischen Landeskirchen empfohlen, keine Kommunisten einzustellen. Die einzelnen Landeskirchen haben sich auf ihre Weise nach dieser Empfehlung gerichtet.

Eine neue Qualität im Verhältnis von EKD und Staat muß nun in dem Anfang August erschienen Grundsatzpapier der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD über die Handhabe des Radikalenerlasses in der BRD gesehen werden. Nach einem gewissen heute üblich gewordenen Gejammere über die bedauerliche „Überreaktion bei Überprüfung" zukünftiger Beamter heißt es: *„Es steht außer Frage, daß sich jeder Staat vor den Gefahren für seine verfassungsmäßige Ordnung schützen muß"* (FR 12.8.). Es müsse deutlich gesagt werden, *„daß die staatlichen Organe also keinerlei Ermessensspielraum haben, wenn es um die Einstellung von Funktionären oder Anhängern einer solchen verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Partei in den öffentlichen*



*Dienst geht, sondern daß der Staat die strikte Pflicht hat, solche Personen vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, bzw. sie aus diesem zu entfernen"* (DVZ,24.8.78).

Pfarrer Heinrich Albertz warnte die EKD: Die Gefahr solcher Formulierungen liege darin, *„daß sie einäugig werden können, daß die Kirche zu nah an den Staat rückt und daß sie etwa meint, das Grundgesetz stünde auf der gleichen Ebene wie das Evangelium"* (FR).

Albertz sieht als eine Ursache für diese Entwicklung der EKD, daß der Einfluß der CDU zu groß geworden sei. *„Er halte es für unglücklich, daß mit Roman Herzog ein Mann den Vorsitz in der Kammer (die dieses Grundsatzpapier veröffentlichte/ d.Verf.) führe, der zwar diese Funktion einst als unabhängiger Wissen-*
*d.Verf.) führe, der zwar diese Funktion einst als unabhängiger Wissen-*
*schaftler übernommen habe, inzwischen aber längst in der aktiven Politik und ein Mitglied im Kabinett des gerade zurückgetretenen Hern Filbinger ist"* (FR 12.8.).

Ebenso wie Albertz würde auch Theologieprofessor Hans-Werner Bartsch von einer wirklichen Kirche erwarten, daß sie eine kritische Instanz gegenüber dem Staat ist. Seit 1945 habe sich viel verändert meint Bartsch; damals hätte sich die Kirche deutlich an ihre politischen Aufgaben erinnert, besonders in dem Stuttgarter Schuldbekenntnis, das damals die Hinwendung zu einer staatskritischen Haltung der Kirche zu sein schien. Er stellt fest, daß sich die Kirche heute nicht einmal mehr am Grundgesetz orientiere, *„sondern offensichtlich an der Verfassungswirklichkeit, mag diese noch so weit vom Verfassungstext abweichen. Dabei vergißt die Kirche, welches Unheil über Tausende von Bürgern durch diese Diskrepanz zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext bereits gekommen ist"* (DVZ).

Selbst im Vergleich mit der Kirche im Hitlerfaschismus kommt diese Haltung zum Radikalenerlaß der EKD schlecht weg: Bartsch schreibt: *„Die EKD sollte sich daran erinnern, daß das Unheil 1933 nur möglich*
EKD schlecht weg: Bartsch schreibt: *„Die EKD sollte sich daran erinnern, daß das Unheil 1933 nur möglich*
*war, weil die Kirche insgesamt die Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten ohne das geringste Wort des Widerstandes hingehen ließen. Sie haben allerdings – zu ihrer Ehre muß dies gesagt werden – auch keine offizielle Zustimmung gegeben, wie dies die EKD sich heute anschickt zu tun"* (DVZ).

**Kirchenkommission**

# Wieviel Päpste braucht der Mensch?

Nachdem Paul VI verblichen war, hätte man auf die Idee kommen können, daß es auch ohne Papst geht. Gegen das Entstehen solcher Gedanken haben die katholische Kriche und diejenigen, die Interesse an diesem hierarchischen Machtinstrument haben, sich mächtig ins Zeug gelegt. Als Paul tot war, wurde die große weltweite Trauer angesagt, niemand konnte sich dem entziehen, der noch irgendein Informationsmittel zur Kenntnis nimmt. In der BRD war wegen des Todes eines gewissen italienischen Herrn Montini in Funk und Fernsehen Trauermusik für den Abend und die Nacht verordnet. Während der nächsten Tage konnte man erfahren, daß jede wichtige Persönlichkeit der imperialistischen Welt den Verstorbenen rühmte als einen Menschen der für Frieden und Gerechtigkeit eingetreten sei, wie es jedem bekannten Toten der Regel nachgesagt wird. Wenige Tage später wurden wir mit Detailinformationen darüber gefüttert, wie der neue Papst gewählt wird, in was für Betten die würdigen Herren schlafen, wie es sich mit dem Rauch verhält etc. Dies war dargestellt wie ein exotisches Gebilde, vor dem man staunend und bewundernd verweilen kann. Verschleiert allerdings wird, daß ein Mensch
ert allerdings wird, daß ein Mensch
mit weitreichender vor allem ideologischer Wirkungskraft an die Spitze eines weltweiten Imperiums auf völlig undemokratische Weise gelangt.



Diesem heiligen Herrscher huldigen nicht nur fromme katholische Kirchenkreise, sondern auch „weltliche" Führungskräfte betrauern den Verstorbenen und beglückwünschen den Neuen und bestätigen seinen ideologischen Einfluß. Carter (USA): *„Ich bete dafür, daß Ihre Stimme von allen Menschen in der Welt, die guten Willens sind, gehört werde."* (FR 28.8.) Helmut Schmidt (SPD) (BRD) verweist bezüglich der Verantwortung für den Frieden in der Welt wieder an die richtige Stelle, nachdem frühere Theoretiker seiner Partei behaupteten, der Mensch mache die Geschichte: *„Möge Gott dem Wirken Eurer Heiligkeit für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt reichen Erfolg schenken"* (FR 28.8.).

Der neue Papst – Albino Luciano – nennt sich Johannes-Paul I und warnt denn auch davor, *„Gott zu ersetzen"* und *„das brüderliche Leben in eine geplante Kollektivierung"* umzuwandeln (FR). Auf dieser Grundlage kann er dann gut auch Appelle loslassen, damit die Menschen für *„Wahrheit, Gerechtigkeit, Frieden, Eintracht und Zusammenarbeit innerhalb der Staaten und unter den Menschen eintreten"* (FR), denn sind erst einmal die Menschen der letzten Verantwortung für die Zustände in der Welt enthoben und ist eine grundsätzliche Absage an den Kommunismus gemacht, hat die Kirche ihren Dienst für den Imperialismus erfüllt und kann sich in bedauernden Worten über Elend, Armut und Ungerechtigkeit in der Welt ergehen.

Vor dem Abschluß der Papstwahl wird ordentlich spekuliert, ob es nun einen konservativen, einen reformerischen-progressiven oder einen Mann der Mitte geben werde. Johannes-Paul scheint nun nicht gerade ein Fortschrittler zu sein: während der Wahlen 1975 und 76 in Italien bezog er entschieden Stellung gegen Kommunisten und Sozialisten und kritisierte auf das schärfste die Priester, die sich für die Zusammenarbeit mit ihnen entschieden. Ebenfalls entschieden ist er gegen die Ehescheidung und für die Unauflöslichkeit der Ehe eingetreten, und selbstverständlich sprach er sich entschlossen gegen die Freigabe der Abtreibung aus. Eine fortschrittlichere Fraktion italienischer Katholiken bezeichnet ihn deswegen als strengen Moralisten, Konservativen und Antikommunisten.

Nun muß man mit großer Berechtigung die Frage erheben, wieso jemand die Hoffnung hegen kann, in der Funktion eines Papstes, die ja selbst schon Ausdruck finsterster Reaktion ist, noch einen progressiven Menschen zu treffen. Der vorletzte Papst, Johannes XXIII., galt als ein solcher. Tatsächlich haben sich viele Christen durch die Ergebnisse des von ihm einberufenen 2. Vatikanischen Konzils ermutigt gefühlt, ein wenig mit dem erzreaktionären Geist der katholischen Kirche aufzuräumen. Insbesondere konnten fortschrittliche Christen in der 3. Welt bei ihrer Unterstützung der Befreiungsbewegungen eine gewisse Autorität für ihre Haltung geltend machen. Nach dem Konzil allerdings ist die offene Diskussion auch wieder abgeschlossen gewesen, und Pillen-Paul ist bewußt als konservatives Gegengewicht eingesetzt worden. Dennoch wird in Nachrufen betont, er habe konsequent an den Beschlüssen des 2. Konzils festgehalten.

So besagt es auch überhaupt nichts, wenn Johann-Paul sich auf seine Vorgänger und das Konzil beruft.

Daß es im Grunde auf die individuelle Person des Papstes nicht ankommt, wird daran deutlich, daß Konservative und „Progressive" gewisse Hoffnungen in den neuen Papst setzen. Der Erzreaktionär Lefebvre ist zwar durch die Namenswahl des neuen Papstes „leicht beunruhigt", hofft aber, *„er wird unserer Sache aufgeschlossener gegenüberstehen"* (FR 28.8.) als Paul VI, der Lefebvre seiner Ämter enthoben hat.

Der neue Papst sei ein *„konsequenter Christ, ausgezeichneter Priester und sicherer Theologe"* (FR 28.8.), so Lefebvre-Anhänger, Faschist Almirante: *„Als Katholik und Italiener begrüße ich die Wahl Lucianis zum Papst"* (FR).

Die progressiveren Katholiken können zwar nicht übersehen, daß Jo-P I eine solide konservative Vergangenheit hat, sie trösten sich aber damit, daß man die *„Vergangenheit eines Papstes nicht überbewerten"* dürfe, und daß er aus einer armen Familie stamme.

Zur Papstwahl hatten 10 fortschrittlichere namhafte Theologen (Rahner, Greinacher, Küng u.a.) Kriterien für einen Papst nach ihrem Geschmack aufgestellt: echter Seelsorger, weltoffener Mensch, wirklicher Christ, kollegialer Mitbischof, wahrer geistiger Führer und ökumenischer Vermittler. Küng sieht alle diese Forderungen erfüllt, während Greinacher gewisse Zweifel hegt, die sich besonders auf die Haltung des neuen Papstes zur Situation in den Ländern der 3. Welt bezieht. Erstaunlich ist, daß fortschrittliche Katholiken alle möglichen Forderungen an den Papst haben und Kritik an der Situation der katholischen Kirche formulieren (Ehelosigkeit der Priester, Ehescheidung, Abtreibung usw.), aber niemals für die Abschaffung des Papstes plädieren, der schließlich in allen diesen Fragen die letzte Entscheidung trifft.

**Kirchenkommission**

# Kurzmeldungen

Der bisher eher als konservativ bekannte evangelische Theologieprofessor Eberhard Jüngel hat zu *„rechtzeitigem politischen Widerstand aufgerufen"*, *„gegen alle bewußten und unbewußten Versuche, die Jugend zu einer Sprache zu erziehen, die vor der Freiheit zurückschreckt"* (FR,26.8.78). Jüngel hält es für einen *„Skandal, wenn der Verfassungsschutz an den Schulen tätig werde; wo das geschehe, müsse der Staat in aller Entschiedenheit gegen den Staat verteidigt werden"* (FR). Es ist zu begrüßen, daß Jüngel über den Existentialismus seiner Lehrer Heidegger und Fuchs hinaus die soziale und politische Dimension der Sprache in den Blick bekommt.

## Revisionismus und Religion

In Turin wird zur Zeit eines der Leichentücher Christi ausgestellt, das deutliche Abdrucke seines Körpers und vor allem seines Gesichtes zeigt.. Bis heute ist noch nicht geklärt, welche Technik zum Druck angewendet wurde. Die unendlich vielen Menschen, die schon in aller Frühe anstehen, um den Stoff zu besichtigen, interessieren sich höchstwahrscheinlich jedoch nicht für mittelalterliche Drucktechniken. Diese Massenansammlungen sind vielmehr ein Ausdruck des von der katholischen Kirche geschürten menschenfeindlichen Aberglaubens. Die Stadtverwaltung von Turin (KPI) stellt für diesen Rummel erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Dazu der „kommunistische" Bürgermeister von Turin, Diego Novelli: *„Als Nichtgläubiger bin ich fest davon überzeugt, daß in der Geschichte Religion nur dann Opium fürs Volk war, wenn sie verbogen, verfälscht und tendenziös angewendet wurde"* (FR), was jedenfalls im Zusammenhang mit diesem Leichentuch offenbar nicht der Fall zu sein scheint.

* * *

In Spanien haben die Rechtsparteien für die Verfassung einen Artikel 15 vorgeschlagen, der die Stellung der Religionsgemeinschaft regeln soll. Danach erhält bzw. behält die katholische Kirche eine Sonderstellung in Spanien. Gegen diese Regelung sprachen sich die PSE, die christdemokratische baskische National-Partei und viele hundert prominente Katholiken aus.

Nur mit den 20 Stimmen der KPE konnte dieser reaktionäre Artikel in die Spanische Verfassung gelangen.

**Kirchenkommission**

# Jesus — ein Vorbild der Unterdrückten?

Ich habe den letzten Artikel in der Reihe „Ist Jesus ein Revolutionär?" mit Andacht gelesen. Werden jetzt regelmäßig Pastoren ihre bisher unveröffentlichten Predigten im ARBEITERKAMPF abdrucken?

Aber, Spaß beiseite! Die Diskussion fing recht gut an, riß zumindest ein Thema an, das im Bündnisbereich des KB auf Interesse stieß. Auch mancher Genosse, der bisher nur eine oberflächliche Haltung zu diesen Fragen hatte, konnte hier Denkanstöße bekommen. Die Stärke bestand darin, daß hier konträre Standpunkte zu einem allgemein interessierenden Thema abgedruckt wurden. Das Interesse an solchen kontrovers dargestellten Themen ist groß.

Alle Vorteile der bisherigen Diskussion wurden in der letzten Nummer des ARBEITERKAMPF aber über den Haufen geworfen: Es wurde nur e i n e Stimme, die eines Pastors, der nochmal darauf hinweisen wollte, daß er in seinem ursprünglichen Beitrag einiges anders gemeint hatte, abgedruckt; und dieser Beitrag war für „Laien" völlig unverständlich in seiner exegetisierenden Redeweise, vermischt mit Neuaufgüssen religiöser Elemente.

Die zweite Kritik (die erste läßt sich einfach nachprüfen) will ich noch mit einigen Bemerkungen untermauern, die sich auf jene „Predigt" beziehen:

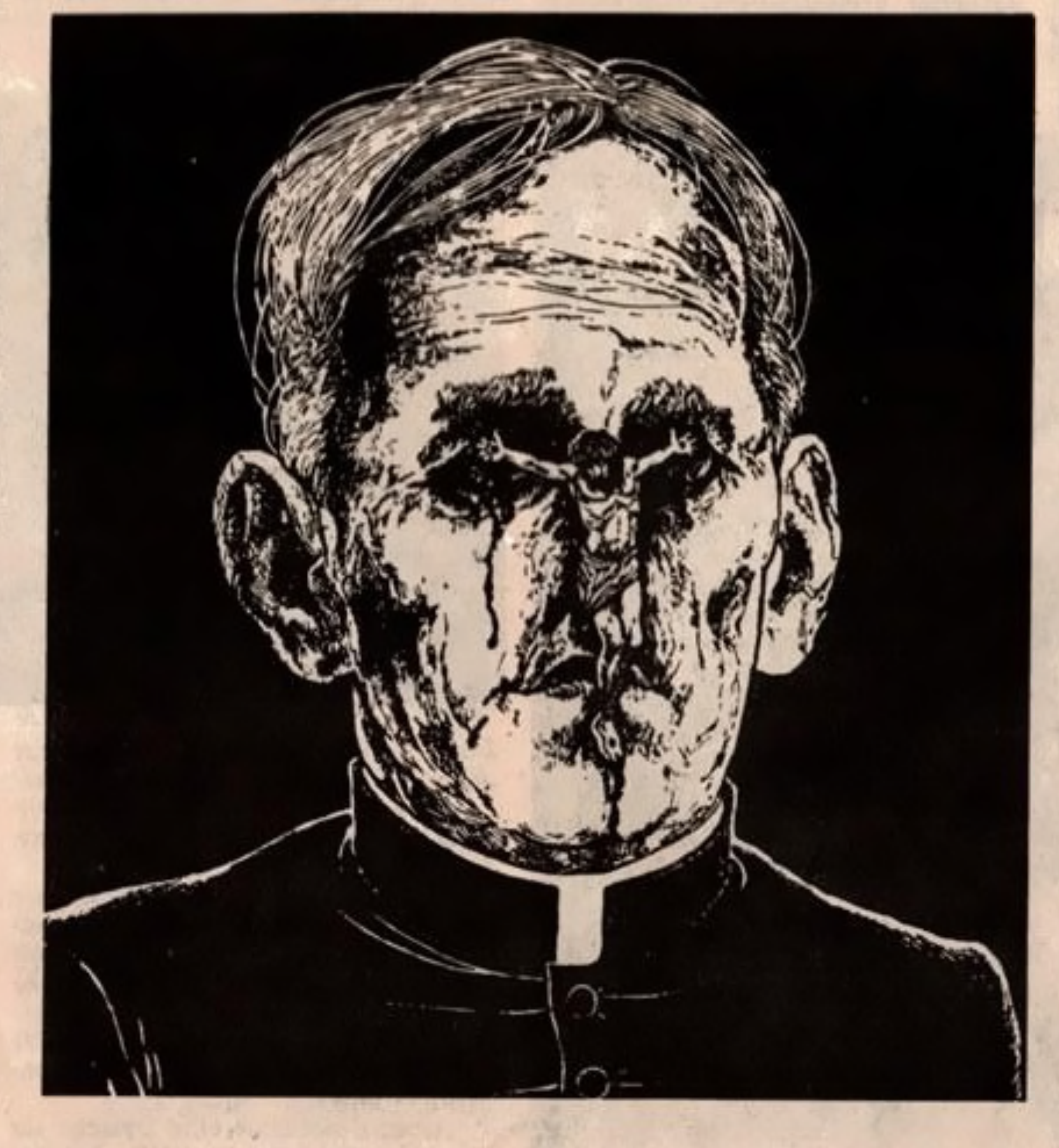
Zunächst einige Zitate: Die Überschrift gibt schon die Melodie an: *„Jesus — Revolutionär und weltgeschichtliche Alternative"*. Dann wird eine Lanze geritten für eine angeblich von Jesus vertretene *„subversive Realalternative"*, denn *„die nationalistische Strategie der Steuerverweigerung ist für den Kommunisten Jesus keine wirkliche Alternative für das ausgepreßte und hungernde Volk"*. Das wird alles mit Bibelstellen garniert und mit dem Wort eines Theologieprofessors abgeschlossen, als ob dieses Verfahren uns der historischen Wahrheit näher brächte. Der Artikel schließt dann mit der Nutzanwendung: *„Den Kommunisten bleibt es damit allemal freigestellt, auch Christen werden zu können"*. Also, so ist das! Die Kirchenkommission hat auch noch über den Wert der „Jesus-Diskussion" nachgedacht (vorher oder hinterher?) und erwartet Ratschläge, wie diese weiterzuführen sei.

Meine Antwort: Gar nicht, solange diese Diskussion nicht dorthin gelenkt wird, wo sich die Klassenwirklichkeit jener Zeit verstehen läßt. Insofern haben sich alle Teilnehmer an dieser Diskussion Unterlassungssünden zuschulden kommen lassen. Wer nur in der wirklich nicht klaren Brühe jener historisch wenig glaubwürdigen Sagen- und Sprüchesammlung herumstochert, wird wenig Brauchbares finden, was unseren Blick klarer werden lassen könnte.

Das, was in dem kritisierten Andachtstext angedeutet und behauptet wird, wäre doch eigentlich wert, bewiesen zu werden: Wieso Jesus Kommunist sein sollte, wieso der nationale Befreiungskampf der Juden gegen die Römer keine Anerkennung der Kommunisten finden sollte, sondern ein geldloses Alternativprogramm usw.usw.

Eine derart inhaltslose Diskussion, die allgemein darüber philosophiert, ob Jesus in irgendeinem Sinne ein Revolutionär war, ist verantwortungslos. Die Ideen, die dabei vertreten werden, sind nicht einmal fortschrittlich. Außerdem ist überhaupt nicht einsichtig, zumindest nicht nur deshalb, weil man es behauptet, warum dieser Alternativapostel ü b e r h a u p t so bedeutsam sein sollte. *Ist Jesus ein Vorbild der Unterdrückten?* Der Revolutionär Karl Marx antwortete auf die Frage seiner Töchter, welches männliche Wesen er am meisten verehre: „Spartacus". Spartacus, der Sklave, ein thrakischer Kriegsgefangener, schüttelte 100 Jahre vor den „revolutionären Heldentaten" Jesu die lähmende Passivität des Sklavendaseins ab. Er befreite sich zusammen mit anderen Sklaven aus dem Sklavenarbeitshaus in Capua. Er sammelte Z e h n t a u s e n d e von Sklaven um sich und erschütterte das römische Sklavenhalter-Reich und den „pax Romana", „Römischer Friede", genannten damaligen Weltfrieden. Die rebellierenden Sklavenmassen des Spartacus sind ein Vorbild für den Befreiungskampf der Völker — nicht Jesus ! Wenn ihr da weitermachen wollt — bitte!

Eim empörter Antiklerikaler aus Hamburg-St.Pauli



# Religionskritik mit Freud?

In ihrer Kritik verweisen *»einige AK-Leser«* auf die psychoanalytischen Forschungen Freuds und Reichs. Zu Reichs Forschungen bezüglich der Religion kann ich aus Unkenntnis nichts sagen. Der Freudsche Religionstheorie muß in jedem Fall widersprochen werden, da sie neuen Religionsschöpfungen Tür und Tor öffnet.

Nach Freud beeinflußt das sexuelle Triebleben d e r Menschen entscheidend den Gesellschaftszustand. Von daher bringt Freud in seinem Hauptwerk »Totem und Tabu« die Religion in Zusammenhang mit Zwangsvorstellungen und -handlungen, die im »Ödipuskomplex« wurzeln. Totemismus, Ahnenkult des Stammvaters und erste Formen der Religion hätten ihren Ursprung in einer tiefen Vatersehnsucht, die durch das Reuegefühl der Söhne entstanden sei, als diese, die ja sexuell zur Mutter geneigt hätten, in grauer Vorzeit den Vater umgebracht hätten. Nach Freud und seinen Schülern wirken diese Gefühle und sei es auch nur im Unterbewußtsein, durch die Jahrtausende hindurch bis zum heutigen Tage so richtungsweisend, daß man die Religion einfach als Projektion der menschlichen Sexualität ansehen könnte.

Der Hauptfehler der Freudschen Religionstheorie liegt darin, daß er eine triebhafte Anlage des Menschen (vor allem: d e s Mannes) loslöst von jeder Klassengrundlage und verselbständigt, die dann die primäre Rolle bei der Religionsbildung spielt — und nicht der Produktionsprozeß.

Für den Marxismus dagegen entsteht die Religion aus der »Ohnmacht« (Lenin) von allseitig unterdrückten Klassen: *»Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Jochs, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet. Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeit und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und*

*recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und*

*Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft«* (Lenin).

Eine Religion »an sich«, wie sie Freud völlig klassenunspezifisch nur aus einem unterdrückten Sexualtrieb konstruiert, gibt es nicht. Damit soll nicht abgesprochen werden, daß die Unterdrückung der Sexualität der ausgebeuteten Klassen als ein Faktor allgemeiner Unterdrückung zur Religionsstiftung beiträgt. Versucht man jedoch, das Problem der Religion von den Menschen angeborenen und nicht zu beseitigenden »triebhaften Anlagen« zu lösen, so wandeln sich zwar die äußeren Formen der Religion, aber die Religion an sich bleibt bestehen als angeblich repressionsfreies Ausleben entsprechender Triebstrukturen. Auf dem Boden der Freudschen Theorien ist es nur ein kleiner Schritt zu neuen Menschheitsaposteln wie z.B. dem Soziologen und Freudanhänger Müller-Lyer, auf den sich u.a. die reaktionäre AAO heute beruft, oder den Freud-Schüler Kolnai (»Psychoanalyse und Soziologie«), der die russische Revolution »wissenschaftlich« so deutete: Sie sei die Sublimierung sadistischer Triebe des russischen Proletariats, die sich im Verlaufe von Jahrhunderten aufgestaut hätten . . . Der Haß gegen den Staat sei nämlich nur der uralte Haß gegen den Vater aus inzestuösem Trieb zur Mutter usw. (nach P. Maslowski, »Zur Religionsfrage« in: »Die Internationale«, Jg. 1926, lesenswert!)

Für Marxisten hat die Religion einzig ihre Ursache in der Klassengesellschaft, und sie stirbt erst ab — kann also nicht idealistisch »abgeschafft« werden — in der klassenlosen Gesellschaft: *»Aber, wird man sagen, religiöse ... Ideen modifizieren sich allerdings im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Religion ... erhielt sich stets in diesem Wechsel. Es gibt zudem ewige Wahrheiten, wie Freiheit, Gerechtigkeit usw., die allen gesellschaftlichen Zuständen gemeinsam sind. Der Kommunismus aber schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten . . .«* (Kommunistisches Manifest).

Dementsprechend haben sich Marx, Engels und Lenin entschieden allen Versuchen widersetzt, neuen Religionsaposteln ein Hintertürchen zu öffnen. Der Philosoph L. Feuerbach untersuchte das Christentum und wies dabei nach, daß der christliche Gott nur ein phantastischer Reflex des Menschen ist, um dann seinerseits Liebe und Glückseligkeit als neue »irdische« Religion zu propagieren: *»Die Hauptsache für ihn ist nicht, daß diese rein menschlichen Beziehungen existieren, sondern daß sie als die neue, wahre Religion aufgefaßt werden . . .«* (Engels). Die Bolschewiki Bogdanow und Lunatscharski und in ihrem Gefolge M. Gorki (»Gottbildner«) entwickelten nach der Niederschlagung der ersten russischen Revolution 1905 ebenfalls eine neue »menschenfreundliche« Religion. Gorki (zit. nach Lenin, Bd. 35): *»Gott ist der Komplex jener von Stamm, Nation und Menschheit entwickelten Ideen, die die sozialen Gefühle wekken und organisieren, zu dem Zweck, die Persönlichkeit mit der Gesellschaft zu verbinden, den animalischen Individualismus zu zügeln«*. Lenin weist nach, wie gerade durch derartige neue Aposteleien, die im Gewand einer Religionskritik auftreten, der kritische

Aposteleien, die im Gewand einer Religionskritik auftreten, der kritische

Blick für die Religion getrübt wird: *»Aus der Gottesidee wird herausgenommen, was a u s d e r G e s c h i c h t e u n d d e m L e b e n in sie eingegangen ist [Geisterglauben, Vorurteile, Heiligsprechung der Unwissenheit und Unterwürfigkeit einerseits, der Leibeigenschaft und der Monarchie andererseits], wobei in die Gottesidee statt der aus der Geschichte und aus dem Leben bezogenen Realität eine sanftmütige Phrase hineingelegt wird . . .«* (Bd. 35, Hervorh. b. Lenin)

Eine falsche Religionskritik aber hat böse Folgen: *»Ein katholischer Pfaffe, der Mädchen schändet ..., ist weit weniger gefährlich als ein Pfaffe ohne Priesterrock . . .«* (Lenin).

Ein mit der Kirchenkommission befreundeter Atheist

# Leserbrief zur Jesus-Diskussion ab AK132

Es ist kaum zu glauben! Seit vier Nummern streitet sich der ARBEITERKAMPF mit Christen und Pfaffen auf der Ebene von Bibelzitaten um die Frage, ob Jesus nun doch ein Revolutionär sei oder nicht. Zuletzt bekommt der Pfaffe in Nr. 136 doch tatsächlich eine ganze Seite, um sein christliches Gewäsch unter die Leute zu bringen, ohne daß es die AK-Redaktion auch nur für nötig hält, den mystischen Auffassungen von Kommunismus und den dummen Sprüchen von der *„Darstellung der Revolution, d.h. dem Reich Gottes in der Person Jesu"* und der angeblich notwendigen Trennung von Kirche und Glauben auch nur ansatzweise eine klare Position entgegenzusetzen.

Wir meinen, daß das Eingehen auf die vom Pastor gewählte Ebene und die tastenden Kritikversuche in den bisherigen Äußerungen der AK-Redaktion Ausdruck eurer vollständigen Hilflosigkeit sind, was die Haltung von Kommunisten zur Kirche angeht. Würdet ihr das bemühte Blättern in den Versen des Evangeliums zugunsten eines Blicks in die Geschichte von Kirche und Christentum aufgeben, so könntet ihr sofort feststellen, daß in den 2000 Jahren der Geschichte nach Christus die christliche Kirche beständig auf der Seite der schwärzesten Reaktion gekämpft hat: Ob es nun um die Niederschlagung des Bauernkriegs, die Inquisition, die „Zivilisierung" Amerikas und Afrikas, die Unterstützung der Imperialisten oder die Niederschlagung der portugiesischen Revolution ging und geht, immer sind Kirche und Religion willfährige Partner der jeweiligen Reaktionäre gewesen.

Daß es der AK noch nicht mal zu einem Hinweis zur Rolle der Kirche im Faschismus bringt, wundert besonders. Sollte jemand das an dieser Stelle immer wieder zitierte „Rolle-der-Kirche-in-Südamerika-Argument" anführen wollen, so sage er doch bitte gleich dazu, wo jemals mit kirchlicher Unterstützung eine Revolution stattgefunden hat. Auch der Hinweis auf die „linken" Pastoren zieht hier nicht, haben sie doch dieselbe Rolle wie die „linken" Jusos in der SPD: sie integrieren durch radikales Geschwätz kritische Geister in den reaktionären Apparat, indem sie die Hoffnung auf eventuell mögliche Reformen schüren.

Müßte schon aufgrund bloß der historischen Rolle der Kirche jeder Linke zum scharfen Kirchengegner geworden sein, so wird die unerbittliche Bekämpfung der Religion zum unerläßlichen Teil kommunistischer Politik, analysiert man ihre zentralen Aussagen. Es sind dies: Demut und Gehorsam gegenüber jeder Obrigkeit, das Vertrösten der Menschen auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse im Jenseits, und im Kern all dessen: irrationaler Glauben anstelle des als Voraussetzung rationalen Handelns notwendigen Wissens. Da nun der Verzicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse von den Menschen nicht auf gütliches Zureden hin geleistet wird, bedient sich die Kirche eines geeigneten Unterdrückungsinstruments. Der Hebel dafür ist — dies haben die psychoanalytischen Forschungen Freuds und W. Reichs erwiesen — die konsequente Unterdrückung der menschlichen Sexualität von frühestem Alter an. Auf die Unte drückung dieses elementaren Bedürfnisses in der familiären Zwangssituation reagiert jedes Individuum mit dessen Verdrängung, in deren Folge und zu deren Stabilisierung alle Erscheinungen wie Unselbständigkeit, Autoritätshörigkeit und die Neigung zu irrationalem, also nicht im Interesse des Individuums liegenden Denken und Handeln auftreten. Reich erkannte als Institution zur Durchsetzung dieser Sexualunterdrückung die Familie, die jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft durchlaufen muß. Er war es auch, der die Rolle der Kirche bei der Stabilisierung von Familie und Sexualunterdrückung benannt hat: Sie setzt gegen jede Tendenz zur Befreiung der Sexualität, sei es Pille, Abtreibung oder Scheidung, voreheliche Sexualität oder Onanie ihren ganzen Machtapparat massiv ein, der seine Filialen auch noch im letzten Dorf hat. Sie bereitet solchermaßen den Boden, in dem später Phänomene wie die faschistische Ideologie und die schier unbegreifliche Treue der Massen zur SPD ihre Wurzeln haben, und bei deren Bekämpfung Kommunisten dann größte Schwierigkeiten haben, wenn sie die von der Psychoanalyse beschriebenen Mechanismen nicht in die Analyse der gesellschaftlichen Realität einbeziehen.

Es gibt keine fortschrittliche Religiosität. Glauben bedeutet Fremdbestimmung, Berufung auf Irrationalitäten und nicht auf Vernunft. Auf dieser Grundlage ist erwiesenermaßen konsequentes Wahrnehmen der eigenen Interessen nicht möglich.

Eure Bibelexegese mit dem Anstrich marxistischer Geschichtswissenschaft ist nicht das Mittel zur Bekämpfung der Religion. Indem ihr euch darauf zurückzieht, seid ihr Handlanger von Pfaffen und Reaktion.

Wer den Sozialimus will, muß Kirche und Religion wie jeden anderen Irrationalismus in Denken und Handeln auch bekämpfen. Aussicht auf Erfolg besteht dabei nur, wenn wissenschaftliche Einsicht in ihre Grundlagen und Funktionsweise das Vorgehen bestimmen.

Daher kann ein Kommunist nicht Christ, sondern nur konsequenter Gegner von Kirche und Religion sein.

Bekämpfen wir Kirche und Religion und ihre Grundlagen: Familie und Sexualunterdrückung!

Einige AK-Leser

Literaturhinweise, die Klarheit in die Diskussion bringen könnten:

- — Karl-Heinz Deschner: Abermals krähte der Hahn, rororo
- — R. Augstein: Der Mann Jesus
- — Die entsprechenden Stellen in den Werken Sigmund Freuds und W. Reichs, von letzterem insbesondere „Die Massenpsychologie des Faschismus (Original-Ausgabe)"

# Warum immer noch (und überhaupt) Jesus-Diskussion im AK?

Die Jesus-Diskussion im AK scheint einigen Genossen mittlerweile zu stinken, wie speziell der Brief »Einiger AK-Leser« zeigt.

Die Genossen irren sich aber gleich zweimal, wenn sie

- nicht sehen, daß es sinnlos und sektiererisch ist, christlichen L i n k e n (!) allgemein bekannte Dinge aus den 2000 Jahren christlicher Geschichte vorzuhalten, bei deren Einschätzung sie wahrscheinlich zu 99 oder 100% mit uns übereinstimmen werden. Die Frage nach dem »wahren Jesus«, den diese Genossen suchen und auf den sie sich beziehen, bliebe unbeantwortet. Dann könnten wir genauso gut gegen Wände reden.
- nicht sehen, daß m e t h o d i s c h der Hinweis auf 2000 Jahre christlicher Realgeschichte auch nicht viel überzeugender sind als der Hinweis auf 60 Jahre »real existierenden Sozialismus« nach der Devise: »Es hat sich ja gezeigt: Überall, wo der Marxismus an die Macht kam, hat er zur Diktatur einer Minderheit geführt«.

So sinnvoll es also ist, bei unserer atheistischen Propaganda umfassend die 2000 Jahre Realgeschichte des Christentums anzuprangern, so nötig ist auf anderen Seite auch die Beschäftigung mit dem Glauben einiger unserer heutigen Kampfgefährten (!!) — und vieler, vieler Kampfgefährten morgen! — an einen »wahren Jesus«.

Gerade deshalb habe ich versucht, a n h a n d der Bibel in mehreren AK-Artikeln zu zeigen, daß diese Genossen sozusagen ihr eigenes Handwerkszeug, eben den Bibel-Text, teilweise recht eigenwillig und zweckentfremdet handhaben und habe versucht, die Sache mit dem »wahren Jesus« auf den damaligen historischen Zusammenhang zu beziehen.

Wenn schon Freud als Kronzeuge erwähnt worden ist: S. Freud hat sich, vielleicht auch von einem gewissen Engagement als Jude her, sehr eingehend und entlang des Bibel-Textes (!!) mit der Entstehung der Mosaischen (= »jüdischen«) Religion befaßt. Er

Fortsetzung auf Seite 21

# Wie geht's weiter mit der Jesus-Debatte?

**Von einem AK-Redakteur.** „Über Wert und Nutzen der ‚Jesus-Diskussion' nachgedacht" (siehe AK 136, S. 20) haben sicher mittlerweile viele Leser. Ich bin in dieser Frage nicht skeptisch, falls es uns gelingt, die Diskussion auf die eigentlichen politischen Streitfragen hinzulenken und zuzuspitzen.

Der Beitrag eines Pastors in AK 136 hat m.E. von diesem Ziel wieder weggeführt, statt einen Schritt nach vorn zu machen. Ich meine: Wir (als Kommunisten) können die Diskussion über Jesus und das Christentum nur d a n n sinnvoll führen, wenn wir es als eine Philosopie oder Weltanschauung begreifen, die zu bestimmten gesellschaftlichen K o n s e q u e n z e n führt. Ich möchte wissen: Was ist der persönliche Glaube unserer christlichen Genossen (auch: unserer Sympathisanten, unserer christlichen Bündnispartner usw.); worin sehen sie persönlich den U n t e r s c h i e d zum Marxismus-Leninismus, zum wissenschaftlichen Sozialismus? Was sehen sie, vom Christentum kommend oder immer noch auf diesem aufbauend, a n d e r s als unsereiner, welche besonderen Konsequenzen ziehen sie für sich selbst und für die Politik des KB? **Ich schlage vor, daß hierzu sich unsere christlichen Genossen und Freunde einmal äussern, damit die bisherige Jesus-Debatte eine „neue Qualität" annehmen kann.** Denn die Frage „War Jesus ein Revolutionär" ist ja lediglich von historischem Interesse, wichtiger sind letztlich die praktischen Schlußfolgerungen. „*Ein Christ muß Kommunist sein*", ist mir zu wenig, umgeht (vielleicht aus Opportunismus oder verständlicher Scheu) die Frage, was diese Genossen und Freunde für den s p e z i e l l e n christlichen Beitrag halten, den sie heute in die kommunistische Politik, in den demokratischen Kampf usw. einbringen wollen.

Der Beitrag eines Pastors in AK 136 führt m.E. von dieser Frage weg, weil er im Grunde nichts weiter ist als eine geschriebene „linke" Predigt:

– Er wiederholt mit Penetranz die Behauptung, in Jesus personifiziere sich „die Alternative", er s e i **„die neue Qualität des Lebens"**, in ihm habe eine qualitativ neue Alternative „Gestalt angenommen", in ihm habe **„das Ziel aller Befreiungsversuche schon konkrete Gestalt angenommen"** usw. usf. Das ist, man verzeihe mir, pastorales Geschwätz! Eine gesellschaftliche Alternative kann doch nicht in einem Menschen „Gestalt annehmen", sich in ihm konkretisieren usw. Vielleicht war dem Genossen Pastor dabei Johannes 1.14 im Kopf: „*Das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns*" (der hier als „Wort" übersetzte griechische Begriff „Logos" hat viele Bedeutungen; sinnentsprechender wäre in Johannes 1.1 – 1.14 vielleicht: „die Idee") – eine Stelle, die mehr von griechischer Philosopie als von jüdischer Religion geprägt zu sein scheint.

– Besonders bedenklich finde ich, wie der Genosse mit Bibel-Interpretationen umspringt. Er bleibt dabei durchaus in der pastoralen Tradition, weil es schon immer zum Handwerk der Pastoren gehörte, in die Bibel Dinge hineinzulesen, über die sich unserereiner wirklich nur wundern kann. Ich möchte das an zwei Beispielen konkretisieren.

## Jesus für freie Liebe?

Jesus habe sich gegen die Institution der Ehe gewendet, behauptet der Genosse Pastor unter Berufung auf Markus 12.25.

Zur Einordnung dieser Textstelle: Markus 12.13 bis 12.34 schildert ein (öffentliches) Streitgespräch zwischen Jesus einerseits, jüdischen Klerikern und Regierungsbeamten andererseits. „Und sie sandten zu ihm etliche von den Pharisäern und des Herodes Dienern, daß sie ihn fingen in Worten" (12.13). Geschickt gestellte Fragen sollen Jesus in Schwierigkeiten bringen.

Bei der von dem Genossen zitierten Stelle 12.25 geht es n i c h t darum, daß Jeses über seinen Standpunkt zur E h e befragt wird, wie der Genosse Pastor in AK 136 behauptet. Sondern es geht um die Frage der A u f e r s t e h u n g von den Toten. Vertreter der orthodoxen Sekte der Saduzäer, die den Glauben an eine Auferstehung der Toten ablehnten, richten an Jesus die Frage: Wenn eine Frau nacheinander mit mehreren Männern verheiratet ist, wessen Frau wird sie dann „in der Auferstehung" sein? – Die Frage soll also den Glauben an eine Auferstehung ad absurdum führen. Auf die nicht ungeschickt gestellte Frage antwortet Jesus: „In der Auferstehung" werde nicht mehr „gefreit" werden, sondern die Menschen würden sein **„wie die Engel im Himmel"** (12.25). Wenn dies tatsächlich als Hinweis auf freie Liebe im Himmelreich gemeint ist, müßte man wohl die landläufigen Vorstellungen über Engel ziemlich korrigieren ... Es ist jedenfalls eine arge Mißhandlung am biblischen Text, hieraus eine Stellungnahme von Jesus zur Institution der Ehe ablesen zu wollen.

Der Genosse Pastor verschweigt, daß man nach e i n d e u t i g e n Stellungnahmen von Jesus zur Institution der Ehe gar nicht lange zu suchen braucht. Es gibt sie nämlich in sehr direkter, gar keine verschrobenen Interpretationen erfordernder Form: Mit den Worten **„Was denn Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden"**, tritt Jesus für die Unauflöslichkeit der Ehe ein (Markus 10.9)! Mathäus 19 schildert diese Szene noch etwas ausführlicher. Jesus kritisiert dort die traditionelle jüdische Praxis der Ehescheidung (der Mann konnte seine Ehefrau verstoßen, indem er ihr einen „Scheidebrief" gab). Scheidung sei nichts anderes als Ehebruch, sagt Jesus. Als einzigen Scheidungsgrund läßt er „Hurerei" zu, also ehebrecherisches Verhalten der Frau. Darauf meinen die verblüfften Jünger: *„Steht die Sache eines Mannes mit seiner Ehefrau s o , dann ist's nicht gut zu heiraten"* (Mathäus 19.7 - 11).

Halten wir fest, nicht für freie Liebe tritt Jesus ein, sondern für die Unauflöslichkeit der Ehe! Dies hat einen beachtlichen sozialen Aspekt, da es den Schutz der Frau vor der mit einer Scheidung damals oft verbundenen Verelendung beinhaltet. – Die verblüffte Reaktion der Jünger bestätigt noch, daß die Ablehnung der Ehe keineswegs zu der von Jesus verkündeten Lehre gehörte. Dort, wo sie von den Jüngern spontan geäußert wird (allerdings wohl mehr witzig als ernst gemeint), kommt sie uns als Ausdruck einer stinknormalen männlichen Ehe-Feindlichkeit.

## Jesus als Gegner des Waren- und Geldsystems?

So sieht es der Genosse Pastor in AK 136. Auf zwei Bibelstellen stützt er sich dabei, nämlich a) auf Markus 12.14 - 17 (Frage der Steuerzahlung an die römische Besatzungsmacht) und b) auf Markus 6.35 - 44 („Speisung der 5.000").

Die Stelle a) gehört zu dem oben erwähnten Streitgespräch Markus 12.13 - 34. Jesus wird gefragt, ob es richtig sei, Steuern an die römische Besatzungsmacht zu entrichten. Mit dieser Frage soll Jesus in eine Zwickmühle gebracht werden: Lehnt er die Entrichtung der Steuer ab, so hätte man eine Handhabe, um ihn bei der römischen Besatzungsmacht zu denunzieren. Spricht er sich jedoch f ü r die Entrichtung der Steuer aus, so könnte man ihn beim Volk als unpatriotisch diffamieren. Jesus antwortet deshalb ausweichend: *„Wessen Bild und Inschrift ist das* (auf der Münze)? *– Sie sprachen zu ihm: Des* (römischen) *Kaisers! – Da antwortete er ihnen: so gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist"* (Markus 12.16 - 17).

Für die Haltung von Jesus zum Geldsystem insgesamt gibt diese Stelle genau besehen gar nichts her, falls man nicht auf eigenwillige Interpretierkünste verfällt.

Noch weniger sagt die von dem Genossen arg strapazierte Stelle b) über die Haltung von Jesus zum Geld- und Warensystem aus. W e n n diese Stelle überhaupt etwas beweist, dann nur dies: Daß es innerhalb eines Geld- und Warensystems nur durch ein „Wunder" möglich ist, Güter (in diesem Fall Brot und Fisch) zu erhalten und zu verteilen, die sich nicht in Warenform darstellen. In der Klassengesellschaft treten Güter wie Brot und Fisch im allgemeinen als Waren auf; d.h. man muß dafür bezahlen oder einen Tauschwert liefern. Diesen Kreislauf kann Jesus innerhalb der Klassengesellschaft n u r durchbrechen, indem er „durch ein Wunder" Brot und Fisch n e u schafft. Das ist reine Religion, keine gesellschaftsverändernde Praxis! –

Noch einmal zurück zu der Frage der Steuer an die Römer: Der Genosse Pastor wertet die Antwort von Jesus als **„Zeichen dafür, daß Jesus die Gesamtheit des ökonomischen Warensystems negiert und das Geld-Tauschsystem in toto** (insgesamt) **als Kollaboration mit dem im Bild des Kaisers auf der Münze sich darstellenden römischen Imperialismus ablehnt ... Ihm geht es um eine ganz andere Alternative als um die Verfügung über Steuern = Geld = Tauschmittel. Auf den Kampf darum läßt er sich demonstrativ gar nicht ein"**.

Eine ziemlich massenfeindliche Haltung, die Jesus hier unterstellt wird, wenn man bedenkt, welch ungeheure Last Steuern und Tribute damals für das werktätige Volk darstellten. Gerade so gut könnten wir heute sagen: Auf Kampf um mehr Lohn, gegen steigende Preise usw. lassen wir uns demonstrativ gar nicht ein, denn wir lehnen ja das Geldsystem „in toto" ab. Wäre das nicht ganz schön bescheuert?!...

Ich glaube indessen, daß Jesus mit seiner Antwort etwas anderes bezweckte. Die an Jesus gerichtete Frage nach der römischen Steuer zielte ja, wie wir sahen, darauf ab, Jesus eine Falle zu stellen. Die Bibel berichtet, daß Jesus diesen Trick durchschaute (und dementsprechend seine Antwort formulierte, die wir also eher als taktisch, denn als prinzipielle Aussage zu verstehen haben). Zu bedenken ist, daß die überwiegende H a u p t form der Steuer die Abgabe von Naturalien (Getreide, Vieh usw.), Halbprodukten (Wolle, Leinen etc.) u.ä. war, und keineswegs die Steuer in Bargeld. Deshalb geht auch das ganze System, das der Genosse Pastor an der Frage Münze = Geld = Steuer aufbaut, völlig an der Sache vorbei. Die Antwort von Jesus könnte s o gemeint sein: wer über (das von der römischen Besatzungsmacht herausgegebene) Münzgeld verfügt – also in erster Linie „die Reichen" – soll Abgaben an die Römer entrichten; wer hingegen im wesentlichen nur über Naturprodukte oder Produkte seiner eigenen Arbeit verfügt, soll „Gott geben, was Gottes ist". Dies scheint mir immerhin eine mögliche Deutung, denn für Jesus mußte es ja darum gehen, seine Antwort s o zu formulieren, daß sie ihn weder bei den Römern noch beim Volk in Verruf bringen konnte. Ob ihm das gelungen ist, bezweifle ich. Wie ich in AK 132 schon schrieb, hat sich Jesus wohl doch im Volk (jedenfalls in Jerusalem) weithin den Ruf eines Kollaborateurs mit der Besatzungsmacht eingehandelt.

## Eine kommunistische Insel innerhalb der Klassengesellschaft?

Seltsam: Während der Genosse Pastor diese beiden Stellen strapaziert (Markus 6.35-44 und Markus 12.14-17), die zum Thema Geld-Ware in Wirklichkeit gar nichts hergeben, hat er andere Stellen, die tatsächlich Aussagen zu diesem Thema enthalten, nicht erwähnt, obwohl diese Stellen zumindest im Ansatz durchaus in die von dem Genossen gemeinte Richtung (Jesus als Gegner des Geld- und Warensystems) gehen.

Hier einige Hinweise: In der Apostelgeschichte wird beschrieben, daß die urchristliche Gemeinde in Gütergemeinschaft lebte. **„...Und keiner sagte von seinen Gütern, daß sie sein Besitz wären, sondern es gehörte ihnen alles gemeinsam... Es war auch keiner unter ihnen, der Not litt; denn wer von ihnen Grundbesitz oder Häuser hatte, der verkaufte es, nahm das Geld für das verkaufte Gut und brachte es den Aposteln; und man gab jedem, was er brauchte"** (Apostelgeschichte, 4.32-35). Also (zumindest in der Theorie) tatsächlich ein kommunistisches Inselchen inmitten einer Klassengesellschaft, das zwar notwendigerweise mit der übrigen Welt noch im Rahmen des Geld-Waren-Systems verkehren muß, aber nach i n n e n die Ware-Geld-Beziehungen vollständig abgeschafft hat.

Alles spricht dafür, daß die christliche Gemeinde jener Zeit (die ersten Jahrzehnte nach Jesus' Tod) mit dieser Gütergemeinschaft das System f o r t s e t z t e , das schon zu den Lebzeiten von Jesus in der von ihm gegründeten und geleiteten Sekte bestanden hatte. Außerdem geht aus der Bibel hervor, daß sich die Anhängerschaft von Jesus im wesentlichen durch Bettelei ernährte – wie früher viele Mönchsorden und heute beispielsweise noch die buddhistischen „Bettelmönche". In Markus 6.8 fordert Jesus seine Anhänger auf, *„daß sie nichts bei sich trügen auf dem Wege außer einem Wanderstab, keine Tasche, kein Brot, kein G e l d..."*. Als *‚ein Reicher"* zu Jesus kommt und wissen will, wie er „in das Reich Gottes kommen" könne, fordert ihn Jesus auf: *„Verkaufe alles, was du hast, und gib es den Armen"* (Markus 10.21). –

Halten wir also fest: In der Anhängerschaft des Jesus herrschte wahrscheinlich nach innen Gütergemeinschaft (soweit überhaupt Güter da waren und Verteilung des gemeinsamen Besitzes nach den Bedürfnissen. Nach außen wurde die Nahrung meist erbettelt; gewohnt wurde bei Menschen, die kostenlos Quartier zur Verfügung stellten, oder oft auch unter freiem Himmel.

Die Jesus-Sekte nahm also n a c h i n n e n teilweise die kommunistische Gesellschaft schon vorweg. Nach außen hingegen blieb sie auf die Klassengesellschaft angewiesen, deren Gesetze sie nach innen abgeschafft hatte. Die Sekte k o n n t e nur überleben, weil außerhalb dieser kommunistischen Insel Ware-Geld-Beziehungen bestanden, weil Menschen Güter produzierten und austauschten usw. usf. **Die Sekte führte ihr Dasein als unproduktiver Schmarotzer vor allem der ausgebeuteten Schichten der Gesellschaft (Bauern, Hirten, Fischer, Handwerker, Arbeiter), die die Sekte mit Lebensmitteln und Quartier versorgten. Sobald die Sekte mit der übrigen Gesellschaft anders als rein parasitär verkehrte (indem sie z.B. für Quartier bezahlte oder Dienstleistungen entrichtete), trat sie notwendigerweise in die normalen Tauschbeziehungen ein.**

Mit diesen Einschränkungen stimme ich zu, wenn der Genosse Pastor sagt, daß Jesus ein Gegner der Geld-Ware-Beziehungen gewesen sei. Dasselbe gilt allerdings meiner Meinung nach auch für Penner oder Gammler, die sich ohne Geld und Arbeit durchs Leben schlagen. Es ist dies auch keine Erfindung von Jesus: Bereits als Alexander „der Große" mit seiner Truppe durch Indien zog (mehr als drei Jahrhunderte v o r Jesus!) stieß er dort auf absolut besitzlose Bettelmönche.

Es wird im allgemeinen angenommen, daß auch andere jüdische Sekten vor Jesus und zur Zeit von Jesus Gütergemeinschaft praktizierten, wie z.B. die Sekte der „Essener". K e i n e s f a l l s ist es gerechtfertigt, diese Form des vereinzelten Ausbruchs aus den Ware-Geld-Beziehungen als eine geschichtliche Erfindung von Jesus hinzustellen, wie es der Genosse Pastor in AK 136 tat. Ebensowenig kann Jesus als Erfinder des Gebots der Nächstenliebe gelten („Liebe deinen Nächsten wie dich selbst"), denn dies Gebot entspringt der vorchristlichen jüdischen Tradition und findet sich wörtlich beispielsweise auch bei der jüdischen Sekte von Qumran, etwa zur Zeit von Jesus. **Es sei im übrigen daran erinnert, daß B u d d h a schon rund 500 Jahre v o r Jesus die Liebe zu allen Lebewesen (nicht bloß den Menschen) propagierte.**

Die Kanzel-Worte des Genossen Pastor in AK 136 (Jesus sei *„die neue Qualität des Lebens"*, in ihm habe *„das Ziel aller Befreiungsbewegungen schon konkrete Gestalt angenommen"*, Jesus s e i *„die Revolution"* usw.) gehen allesamt von einer angeblichen historischen Einmaligkeit oder Erstmaligkeit von Jesus aus, die er zweifellos nicht hatte. **Damit fallen die Gründe, um ihn herum einen speziellen Glauben und Kult aufzubauen, in nichts zusammen.**

## Revolution oder alternatives Leben?

Da wären wir nun an einem Punkt , wo die aktuelle p o l i t i s c h e Relevanz unserer Jesus-Debatte deutlich wird. **Ohne der damaligen Zeit moderne Schemata aufzupressen, kann man die Jesus-Sekte als Vertreterin einer Strategie des „alternativen Lebens" bezeichnen, wie heute AAO, Landkommunen usw.** Diese Strategie zeichnet sich durch zweierlei aus: Zum einen enthält sie sich weitgehend der Einmischung in die „große Politik"; zum anderen praktiziert sie n a c h i n n e n Formen des Zusammenlebens, die teilweise die kommunistische Gesellschaft antizipieren (vorwegnehmen). Von der Veränderung des menschlichen B e w u ß t s e i n s durch moralischen Appell erwartet sich Jesus gesellschaftliche Veränderung, statt vom Klassenkampf. Die Gesellschaft soll sich verändern, indem sich die von dem kommunistischen Inselchen vorgelebte Praxis mehr und mehr Sympathie erwirbt. Jesus propagiert darum nicht den Klassenkampf gegen „die Reichen", sondern beläßt es bei der Aussage, daß für diese kein Platz „im Himmelreich" (und also auch nicht in der Sekte) sei – sofern sie nicht ihren Besitz verkaufen, also ihre Existenz als „Reiche" aufgeben. Jesus propagiert nicht den Steuerboykott und den bewaffneten Aufstand gegen die römische Besatzungsmacht, sondern läßt die zumindest zweideutige Aufforderung stehen, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist". –

**Politischer Hebel ist also nicht der Kampf für bestimmte gesellschaftliche Forderungen, sondern a l l e i n die vorgelebte kommunistische Praxis der Sekte.** Gerade das aber ist es, was dem Genossen Pastor in AK 136 so viele Ausrufe der Begeisterung entlockte. Daß Jesus sich mit konkreten gesellschaftlichen Forderungen gar nicht abgab, sondern schlechthin die Alternative „darstellte", „personifizierte" usw. (soll heißen: praktisch vorlebte) wird von dem Genossen gerade als das besonders Lobenswerte an Jesus hervorgehoben.

Es ist und war zu allen Zeiten jedoch eine Tatsache, daß sich durch alternatives Leben a l l e i n Gesellschaften nicht verändern lassen. Nicht die alternativ strukturierten, aber von der gesellschaftlichen Praxis und vom Klassenkampf abgehobenen Sekten und Gruppen haben tatsächlich die Welt verändert, sondern Gruppen, deren Strukturen oft vielmehr denen der Klassengesellschaft glichen, aber die für gesellschaftsverändernde Ziele kämpften. **Dieser Gegensatz bestand zu den Zeiten von Jesus im Prinzip ebenso wie heute.** Womit ich nichts gegen alternative Strukturen gesagt haben will – aber alles gegen ein Aussteigen aus den gesellschaftlichen Realitäten und aus dem Klassenkampf. Die Geschichte der Menschen ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Das war auch zur Zeit von Jesus schon so. **A u ß e r h a l b des Klassenkampfs gibt es keine Revolution und keine Revolutionäre.**

**IMPRESSUM**

**Herausgeber – Druck – Verlag**
**ARBEITERKAMPF**
**J. Reents Verlag**
**Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50**
**V.I.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.**
**Auflage: 12.000**
**Erscheinungsweise: 14 tägig**
**Verkaufspreis: DM 2,00**
**Jahresabonnement: DM 47,50**
**Förderabonnement: DM 60,00**

**Verlagskonten:**
**Dresdner Bank**
**451 8378, J. Reents und**
**Postscheckkonto Hamburg**
**240 595, J. Reents**

Fortsetzung von Seite 20

hat es also durchaus nicht für sinnlos gehalten, intensiv in diesen Bibel-Text »einzusteigen« und seine Thesen zur Religion auch auf eben d i e s e m Boden zu entwickeln. Buchhinweis: *»Der Mann Moses und die monotheistische Religion«*, S. Freud, Fischer-Taschenbuch.

Noch was: Die Genossen äußern sich teilweise ziemlich empört, weil im letzten AK »sowas« (der Artikel des Pastors) ohne Gegen-Kommentar abgedruckt war. *Da sollten vielleicht mal alte Konsum-Gewohnheiten der Genossen überprüft werden*? Immerhin hat dieses »Sauerei« ja nun dazu geführt, daß e r s t m a l s drei zusätzliche Leserbriefe zu diesem Thema gekommen sind! Ist das denn kein Erfolg? Es ist doch erfahrungsgemäß so, daß ein Gegen-Kommentar direkt am anderen Artikel die E i g e n - Initiative unserer Genossen ziemlich erschlägt. Nein, wir wollen uns zukünftig noch viel öfter solche empörenden Sauereien leisten, nicht gleich zu jedem falschen Diskussions-Artikel an Ort und Stelle einen draufzusetzen!



# frauen



# Leserinnenbriefe zum „Stern"-Prozeß

**Inzwischen sind bei uns mehrere Leser(innen)briefe zu unserem „offenen Brief" an die Klägerinnen im Prozess gegen den „Stern" eingegangen. Wir haben zwei davon ausgesucht, um den Diskussionen die in den Frauengruppen und Einheiten stattfinden, exemplarisch zu verdeutlichen.**

**Anzumerken ist noch, daß wir bei dem einen Brief einige Stellen rausgekürzt haben, die sich auf einen internen Rundbrief der AG Frauen beziehen, und bei denen wir daher nicht davon ausgehen können, daß sie den Leser(inne)n verständlich sind.**

Liebe Genossinnen,
Ihr schreibt im AK 136: „Trotzdem scheint es uns falsch, Forderungen aufzustellen, die letztlich in Richtung Zensur gehen". Es geht daraus nicht klar hervor, ob Ihr das prinzipiell ablehnt, oder nur dann, wenn tatsächlich reelle Chancen bestehen, derartige gesetzlich Bestimmungen durchzubringen und ob man/frau das beabsichtigt. In einem solchen Fall kann ich mich Euren Bedenken nur anschließen. Macht Ihr aber Eure Kritik an einem grundsätzlichen Prinzip fest, dann sollte vielleicht noch einmal auf die Handhabung sowie Sinn und Zweck bestimmter Prinzipien eingegangen werden.

Meiner Ansicht nach hatten die 10 Frauen keine Chance mit ihrer Klage durchzukommen und ich kann mir schlecht vorstellen, daß sie derartige Illusionen hatten. Die Bourgeoisie kann kein Interesse an solchen gesetzlichen Einschränkungen haben. Da sind zum einen die Teile der Bourgeoisie, die direkt mit dem blühenden „Sexmarkt" verflochten sind und ihre Profite daraus ziehen. Wie ihr schreibt, wäre nicht nur der „Stern" betroffen, das geht bei Springer weiter, bis zu den Kinoketten; mit einer nackten Frau in den Werbekampagnen läßt sich vielerlei noch besser „an den Mann bringen", usw. Nicht zu vergessen ist überhaupt, den Menschen, vor allem den Arbeitern bestmöglichste „Ablenkung", Aggressionsentlader, „Freude" usw. zu bieten, um sie von den realen Problemen, von den menschenunwürdigen Lebensbedingungen, vom Widerstand abzulenken.

All' das muß den Klägerinnen klar gewesen sein (bei finanzstarken Frauen wie Inge Meysel waren die absehbaren Prozeßkosten sicher kein größeres problem). Was also wollten sie erreichen? Es bleibt die Publicity — gehen wir mal vom positiven aus — für die Sache der Frauen. Und die Publikumswirksamkeit sollte von den Genossinnen nicht unterschätzt werden. Immerhin wurde die Sache in — man kann sagen allen — Zeitungen und Zeitschriften, Fernsehen, Hörfunk aufgegriffen, wenn auch recht oberflächlich und nicht in der von uns gewünschten Form. Ich möchte meinen, daß es für manche Frau, die noch nie was von einer Frauenfrage oder -bewegung gehört hat, ein Anstoß war, sich über diesen einen Aspekt der Frauenunterdrückung Gedanken zu machen, mit dem Mann, dem Freund oder der Freundin darüber zu dikutieren. Ich konnte solche Diskussionen in meinem „unpolitischen" Bekannten- und Familienkreis beobachten. Da blieb es nicht lange bei den Titelseiten des „Stern", da kam man/frau auf Mode, Haushalt, usw.

Ich stimme mit den Genossinnen darin überein, daß für die meisten Frauen die Situation als Mutter, Hausfrau und/oder Arbeiterin viel „demütigender und drückender als die Titelseiten des Stern" ist (AK 136). Bei der Klage der 10 Frauen ging es jedoch nicht darum, die Unterdrückung insgesamt zum Thema zu machen, sondern einen Aspekt herauszugreifen, der mir nicht so nebensächlich erscheint, wie ihr es darstellt.

Es geht nicht nur um die „Titelseiten des Stern", sondern was die ständige „Darstellung der Frau als Sexualobjekt" bewirkt. Wenn Ihr meint, daß „früher... als die Titelseiten noch nicht so viel Fleisch zeigten" die Frauen nicht weniger als Sexualobjekt behandelt wurden, dann unterliegt ihr meiner Ansicht nach einem Irrtum. Die Rolle der Frau u.a. als Sexualobjekt ist schon alt, richtig, aber es gibt eine qualitative und quantitative Veränderung. Wer will abstreiten, daß „die Männer" immer aggressiver und unverschämter werden, auf der Straße und hinter den eigenen vier Wänden. Es besteht ein enormer Unterschied zwischen der Situation vor 15 Jahren und heute. Vor allem jüngere Frauen können heute selbst in kleineren Städten nicht mehr alleine, d.h. ohne männliche Begleitung, auf die Straße gehen ohne ständig angepöbelt zu werden, usw. Die Angst, die Zwänge, usw., all das kennen wir zu genüge; die Zahl der Vergewaltigungen steigt und jede von uns kennt in ihrem Bekanntenkreis zumindest eine Frau, die entsprechende Erfahrungen hat. Wir würden es uns zu einfach machen, reduzierten wir das auf die verschärften Lebensbedingungen im hoffentlich bald abfaulenden Spätkapitalismus, o.ä. Gerade die angesprochene zunehmende Aggressivität ist in der Vielzahl der Zusammenhänge ein Produkt der immer aggressiveren Vermerktung der Sexualität und der Frauen als Sexualobjekt. Ob am Bahnhof, am Zeitungskiosk oder in den Filmanzeigen — überall' Frauen in entsprechenden Posen und Proportionen, an jeder Straßenecke wird den Männern ein Bild der Frauen vermittelt, werden sie an das eine von wenigen „Vergnügen" erinnert, die sie noch haben, man braucht einfach nur zuzupacken. Nicht zu vergessen sind die psychologischen Auswirkungen, die durch all' das verursacht werden. Neben Ängsten und Zwängen Komplexe, das Nachjagen nach Schönheitsidealen, das Vergleichen mit anderen Frauen, Konkurrenz, Mißtrauen. Und das sind ganz und gar nicht nebensächliche Probleme von ein paar bürgerlichen Frauen. Ganz im Gegenteil, diejenigen sind am meisten betroffen, die am unwürdigsten leben, die dem ganzen System am schutzlosesten ausgesetzt sind, denen kaum Möglichkeiten gegeben sind, sich Bewußtsein zu verschaffen außer der Unterdrückung selbst. Noch funktioniert die verschleierung, die Ablenkung der Bourgeoisie gut. Und in solchen Zeiten haben Schwarzer/Meysel-Aktionen durchaus positive Wirkungen, wobei frau natürlich nicht stehen bleiben sollte, die frau auch kritisieren sollte. Ein frischer, revolutionärer Wind würde uns sicher mal ganz gut tun.

Mit solidarischen Grüßen

• • •

Wir gehören zu den Frauen, die eifrig über die Stellungnahme im AK 133 diskutierten, aber keinen Leserbrief schrieben. Ein Grund dafür war der, daß unser Diskussionsprozeß langwierig und sehr widersprüchlich war. Längere Zeit waren wir schwankend von teilweiser anfänglicher Ablehnung bis zur späteren Bejahung eurer Positionen. Wir hatten zwar die Idee, einen Leserbrief zu schreiben, kamen aber nicht dazu, weil auch unser Diskussionsergebnis hin- und herschwankte. Wir kamen aber nicht auf die Idee, die Widersprüche mal schriftlich zusammenzufassen. Eure Argumentation mit der Gefahr der staatlichen Zensur hat uns nach und nach eingeleuchtet, aber erst nach ausgiebigem Nachdenken und nach vielen Diskussionen. Erschwert wurde dies für uns, weil wir nicht der Meinung sind, daß ihr die Konsequenz (Zensur) im AK „nachgewiesen" habt. Ihr habt euren sicherlich langen Diskussionsprozeß dermaßen verkürzt, daß uns eure Argumentation erstmal an den Haaren herbeigezogen vorkam, z.B. die reaktionären Kräfte, die sich an die Sache anhängen. Das findet sich wohl öfter (siehe Anti-AKW-Bewegung). Soll frau deshalb ihre Aktion nicht machen?

Auch habt ihr die juristische Seite, die ja mit Begriffen „sittliches und religiöses Empfinden" operiert, kaum ausgeführt. Wir waren der Meinung, und die Frauen in unserer Frauengruppe auch, daß es nicht um sittliches Empfinden geht, sondern gegen Verletzung der Menschenwürde der Frau und gegen ihre sexistische Diskriminierung, und verstanden eure Argumentation zuerst so, als ob ihr diesen Aspekt als „sittliches Empfinden" oder „prüde" oder gar nicht gedeutet habt.

Wir waren bei der ganzen Sache davon ausgegangen, daß es den Klägerinnen um eine Öffentlichkeitsarbeit ging, nicht um juristische Konsequenzen. Uns leuchtete aber dann ein, daß frau sich schon um diese Konsequenzen kümmern muß, wenn sie einen Proezeß anstrengt und daß die Konsequenz allerdings staatliche Zensur wäre, ohne eine Chance der Kontrolle durch uns Frauen. Aber wir hatten immer im Kopf, daß ja klar ist, daß so ein Prozeß nicht zu gewinnen ist, da ja die sexistische Behandlung der Frau in den Medien zum Marketing und zur kapitalistischen Gesellschaft gehört, darum haben wir natürlich auch nicht an Konsequenzen gedacht. Den Prozeß dann nicht zu führen, darüber waren wir uns nicht einig (einige meinten, ihn abzubrechen würde alles ins Lächerliche ziehen).

Ein Punkt war bei uns unklar: die Öffentlichkeitswirksamkeit. Mit keiner anderen Frauenaktion ist in letzter Zeit solche Breitenwirksamkeit erzielt worden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß viele Frauen (auch und gerade „unbeleckte") die Klage richtig fanden, nicht aus Prüderie, sondern weil sie diese Diskriminierung sehen und oft nicht wissen, wie sich wehren. Gerade am Ausgang des Gerichtsurteils ließ sich gut darüber reden, was bürgerliche Justiz bedeutet, wie notwendig der herrschende Zustand für die Gesellschaft ist und auch Vergleiche zum Renger-Musterprozeß ziehen. So beurteilten wir die Öffentlichkeitsreaktion positiv, allerdings sehen wir jetzt die Notwendigkeit, eine Auswertung zu machen, um wirklich überprüfen zu können, was nun an der Öffentlichkeit dran ist. Und nur die „Öffentlichkeit" kann nicht ein Kriterium für Richtigkeit des Vorgehens sein.

Den Aspekt, daß Alice die Sache im Alleingang machte, hatten wir erstmal vor lauter Begeisterung, daß sich was rührte, vergessen. Heute können wir sagen, daß gerade dieser Aspekt eine bürgerlich-individualistische und somit falsche Taktik war. Fest macht sich das auch daran, wie auf Pressehetze reagiert werden konnte. Es war ja eine sehr breite Demagogie und üble Beschimpfung der Klägerinnen gang und gäbe (sogar der Wetterfritze im Fernsehen gab seinen chauvinistischen Senf ab). Gerade weil die Aktion nicht aus der gesamten Frauenbewegung entstanden war, konnte sich gegen diesen Chauvikram nicht breit gewehrt werden und keine Gegenpropaganda gestartet werden. Auch die anderen, von euch genannten Aspekte, halten wir für richtig (P.S.: es fehlte uns im AK 133 eine deftige Stellungnahme gegen Nannens Machwerk). ( . . . )

Warum nicht das gleiche Engagement in anderen Fragen (z.B. § 218) ? Einmal ist doch klar, daß heiße Diskussionen über Fragen laufen, die allgemein sehr beachtet sind, was man vom 218 im moment nicht sagen kann (wir sprechen uns damit n i c h t gegen Anstrengungen aus, dieses und andere Themen wieder aufs Tapet zu bringen). Wir schätzen dieses „Mißverhältnis" so ein, daß auch ein Nachholbedarf besteht, über solche Fragen zu diskutieren. Außerdem haben wir als KB der feministischen Politik teilweise sehr wenig an Analysen und vereinheitlichtem kommunistischen Frauenstandpunkt entgegenzusetzen und so werden Themen oft von uns aufgegriffen und kommen nicht von uns. Wir glauben, daß die Ursachen hauptsächlich in einer zu schwachen Frauenpolitik unsererseits liegen (den Schuh ziehen wir uns ebenso an, wie ihr ihn euch anziehen solltet). Weiterhin meinen wir, daß eine ähnliche Sache vorliegt, wie sie bei z.B. BI-Arbeit auftritt, nämlich, daß Gen. statt kommunistische Politik zu vertreten, immer radikaldemokratischer werden, nicht vorwärtstreibend wirken, sondern nachtraben. Dies liegt auch an der mangelnden Diskussion und an der ideologischen Versumpfung, die im Frauenbereich eben auch herrscht. Wir sollten in diesem Bereich breiter schulen und intensivere Auseinandersetzungen um feministische oder bürgerliche Frauenstandpunkte führen.

Mit solidarischen Grüßen
St. und I.

# Sind Schwule eine Minderheit?



Im Folgenden wollen wir uns mit einem Papier auseinandersetzen, das von der Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB) verfaßt und an alle Schwulengruppen verschickt wurde. Dieses Papier setzt sich mit der Politik der schwulen Genossen im KB auseinander. Es ist uns nicht leichtgefallen, in dem Wutgeschnaube der IHB das herauszufinden, worum es eigentlich geht. Vielmehr haben wir aufgrund des Papiers den Eindruck gewonnen, daß die IHB beabsichtigt, in der Schwulenbewegung eine bestimmte politische Position durchzudrücken und den AK als Zielscheibe dafür zu benutzen.

Da wird gleich zu Anfang behauptet: *„Im AK üben Schwule Zensur aus gegen andere Schwule. Inhalte und Auseinandersetzungen innerhalb der Schwulenbewegung werden von Schwulen im AK und anderswo einseitig dargestellt"*. Hierzu ist festzustellen, daß uns die IHB nach dem Pfingsttreffen 1977 einen Leserbrief geschrieben hat, der etwas zur Tuntenfrage und zum Lustprinzip aussagte, uns jedoch zu wenig inhaltsreich erschien, um daran eine Diskussion zu beginnen. Auch die Schwulenzeitung „Rosa" druckte den Brief nicht sofort ab. Als er etwa 3 bis 4 Monate später in eine Nummer gepackt wurde, kam — wie auch wir im KB vermutet hatten — ebenfalls keine Diskussion in Gang. An den KB hat die IHB keine weiteren Briefe geschickt.

Was der IHB an der AK-Berichterstattung nicht paßt, ist offenbar der Umstand, daß die *„langersehnte persönliche Betroffenheit"* (S.7b) der Hetero-Genossen des KB sich nicht in dem Maße bemerkbar gemacht hat, wie es die IHB'ler wünschen. Schuld daran seien die schwulen Genossen, die eine falsche Linie draufhätten — sprich: Nicht die IHB-Meinung vertreten. Was heißt das?

*„Es gibt eben zwei Möglichkeiten, sein Schwulsein in die allgemeine Linke reinzutragen. Entweder wir machen den Genossen klar, daß mit jeder Unterdrückung von Homosexuellen und Homosexualität ein Teil von ihnen unterdrückt wird, oder wir erklären unsere Unterdrückung als Schwule zum Nebenwiderspruch und ordnen es dem Klassenkampf unter, was heißen würde, daß wir uns wieder raustragen"*(S.3). Weil wir KB-Schwulen eine *„anpaßlerische Berichterstattung machen"* (anpaßlerisch an die Hetero-Genossen), würden wir Schwulen einen Minderheitenstatus zuschreiben — und das, obwohl *„jeder Mensch auch schwul ist"* (S.6), also es keine Minderheit von Schwulen gibt.

*„Schwulen einen Minderheitenstatus zuzuschreiben, bedeutet nichts anderes, als ihnen exotische Perversionen aufzupfropfen, von denen Heteros nicht betroffen wären. Wenn Schwule selbst solche Kategorien... im Kampf gegen ihre Unterdrückung übernehmen, aus bündnispolitischen/strategischen oder sonstigen Rücksichten, ist das genausowenig eine Garantie für unsere Befreiung wie die Thesen zum 'Dritten Geschlecht' von Magnus Hirschfeld um die Jahrhundertwende waren"*(S.7). Wir glauben, daß die Frage *„Sind Schwule eine Minderheit?"* die Kernfrage des IHB-Papiers ist.

### Minderheit oder nicht?

Wir sind der Meinung, daß Schwule hier und heute eine Minderheit sind. Allerdings haben nicht w i r den Schwulen diesen Minderheitenstatus zugeschrieben, wie's die IHB versucht uns unterzujubeln, sondern die Agenturen der zwangsheterosexuellen Klassengesellschaft sind für diese Unverschämtheit verantwortlich zu machen, d.h. Staat, Kirche, reaktionäre Presse, Wissenschaftler usw. Sie sind es, die die Liebe zum eigenen Geschlecht so verteufeln, daß pubertierende Jungen sich z.B. ängstlich und anonym an die „Bravo" wenden und ganz erschreckt anfragen, ob sie denn nun schwul seien, weil sie sich mal gegenseitig an den Schwanz gefaßt haben und Spaß dabei hatten. Die Agenturen der zwangsheterosexuellen Klassengesellschaft sind es, die eine „Verschwörung des Schweigens" bei jenen immerhin 37% der männlichen Gesamtbevölkerung bewirken, die laut Kinsey in der Zeit zwischen Pubertät und Greisenalter wenigstens in einigen Fällen wirkliche homosexuelle Erfahrungen hatten, die zum Orgasmus führten. Zu fragen ist doch vielmehr nach den Herrschaftsmechanismen, die es bewirken, daß eine Minderheit in den Köpfen einer Mehrheit entsteht und daß selbst fortschrittliche Menschen der Meinung sind, Homosexualität sei das Problem der Schwulen allein. Auch wir sind der Ansicht, daß Homosexualität nicht das Problem einer Minderheit ist, sondern das Problem aller Menschen, die über eine Sexualität verfügen. Zu Recht weisen Hoffmann/Marwitz/Runze in ihrem Aufsatz „Wie können Tunten Sozialisten sein?" darauf hin, daß „zu *erst doch von a l l e n begriffen werden muß, daß die Unterdrückung der Schwulen kein Spezialfall, sondern A u s d r u c k der allgemeinen Unterdrückung der Sexualität ist. Dies ist das entscheidende Bindeglied zwischen Schwulen und Sozialisten"* („Probleme des Klassenkampf", 17./18, S. 67). Das heißt doch, daß die Frage der Schwulenunterdrückung nicht losgelöst von der allgemeinen Sexualunterdrückung und diese wiederum mit der allgemeinen Unterdrükkung im Kapitalismus verbunden gesehen werden muß. Zweck der bürgerlichen Propaganda und Gesetzgebung ist es, einen bestimmten Normalitätsbegriff tief in die Köpfe und Verhaltensweisen aller unterdrückten Menschen einzutrichtern, damit sie möglichst s o funktionieren, wie es den Interessen der Herrschenden entspricht, und das Prinzip „Teile und Herrsche" zur Anwendung kommen kann. Als „normal" bezeichnen die Herrschenden eine bestimmte Form der Sexualität innerhalb der Heterosexualität und diffamieren und kriminalisieren die Homosexualität nach dem Motto: „Abnormalitäten führen zu Krankheit und Verbrechen".

Fakt ist aber auch, daß Heterosexuelle sexuell unterdrückt werden. Dies äußert sich nicht nur darin, daß sie in eine zwanghafte Heterosexualität getrieben werden und sich regelmäßig von den emotionalen und sexuellen Wünschen dem eigenen Geschlecht gegenüber distanzieren und sehr häufig ihre Aggressionen an

Fortsetzung auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

Schwulen auslassen, sondern auch dem Normalitätsbegriff unterworfen werden, besonders stark z.B. Frauen, Kinder, alte Menschen, Behinderte. Die Frauenbewegung kämpft eben auch gegen Sexualunterdrückung, und das — man staune — obwohl sie ganz überwiegend Heteros sind.

Es sollte Aufgabe der Schwulenbewegung sein, diesen Zusammenhang als verbindendes Element mit allen sexuell Unterdrückten in den Vordergrund zu stellen.

### „Persönliche Betroffenheit": Erst provozieren ...

Schwulenunterdrückung ist klassenmäßig. Hierin finden wir uns mit der IHB einig. Wir sind allerdings der Meinung, daß man den Klassenkampf auch als Schwule führen kann, ohne „daß wir uns wieder raustragen", und ohne „Selbstzensur" (wie die IHB unterstellt) treiben zu müssen. Nach Ansicht der Kritiker aus der IHB werden wir von der Übermacht der Hetero-Genossen und -Genossinnen dazu gezwungen, uns „anzupassen" und den Minderheiten-Terminus zu übernehmen, damit wir das Hetero-Bewußtsein „unangekratzt" lassen. In einer kommunistischen Organisation als Schwule zu arbeiten, bedeutet für die IHB Verrat an der Schwulenbewegung, d.h. Schwule würden in linken Organisationen mehr oder weniger zu dressierten Affen „der" Heteros degradiert, deren „wohlwollende Unterstützung" durch gesittetes Verhalten erkauft wird. Als Gegenleistung hierfür würden „die" Heteros dann *„mal richtig Mensch sein ... allerdings wohl kaum aus persönlicher Betroffenheit"* und ein paar schwule Anti-Repressionsforderungen mitunterstützen. (IHB-Beitrag in Berliner Schwulenzeitung Nr. 4, S. 15). So einfach ist das Weltbild!

Konkret geht es der IHB darum, die Schwulenbewegung — sie ist notwendigerweise politisch pluralistisch — auf eine bestimmte Strategie festzulegen. Das ist die Strategie des „persönlichen Betroffenseins" — ein Begriff, der auf eine besonders eingeschränkte Weise politisch angewendet wird. Wenn die IHB Betroffenheit in der Schwulenfrage erzeugen will, dann durch „Verunsicherung" der Heteros. Beispiel einer Straßenaktion:
dann durch „Verunsicherung" der Heteros. Beispiel einer Straßenaktion:
*„Eine ältere Zuschauerin, Mitte fuffzig, merkte jedenfalls sofort, wer* (im Gegensatz zu den „Politschwestern" — Anm. AG Sex.) *hier am ehesten die heterosexuelle Struktur unserer Gesellschaftsordnung gefährdete. Als sie nämlich einen Mann in langem, weissem Sommerkleid und mit edlen Spitzen verzierten, riesigen Hut erblickte, kriegte sie nur noch ‚unpassend', ‚schamlos', ‚grotesk' über die Lippen. Daß Frauenkleidertragen Spaß machen kann und auch auf Männerhaut niemandem Schaden zufügt, wollte die Schaulustige in ihrer angeknacksten Lebensfreude nicht einsehen"* (S. 7b).

Hauptsache, die Leute sind „betroffen", auch wenn sie nicht einsehen, warum. Dennoch zu behaupten, die Frau merkte sofort, wer „die heterosexuellen Strukturen unserer Gesellschaftsordnung gefährdete", ist ja wohl reinstes Wunschdenken. Es muß uns doch darum gehen, die Leute dahin zu bringen, unsere Forderungen zu v e r s t e h e n und sie dann auch aktiv mit zu unterstützen, gerade aus einer persönlichen Betroffenheit. Es ist bedauerlich, daß die IHB dabei stehen bleibt, Äußerungen von Schwulenfeindlichkeit (also die Erscheinungsebene) mit dem W e s e n (also den Ursachen der Unterdrükkung) zu verwechseln. Jener Frau ist kein bißchen klar geworden, warum sie das Erlebte als „grotesk" empfand. Die „persönliche Betroffenheit" auf diese Art zu provozieren, ist eine Ersatzpolitik für eine wirkliche Auseinandersetzung.

### ... und dann kneifen

Daß es der IHB nicht darum geht, eine konsequente Auseinandersetzung um Schwulenfeindlichkeit zu führen, zeigt ein zweites Beispiel: Der Hamburger Zentralfilmverleih lehnte es ab, den von Mitgliedern der IHB gemachten (sehr guten Film) „Rosa Winkel? Das ist doch schon lange vorbei ..." ins Verleihprogramm aufzunehmen. Wir halten die äußerst fadenscheinige Ablehnungsbegründung für nicht akzeptabel und meinen, daß es notwendig ist, mit den Genossinnen/Genossen des Verleihs weierhin die Auseinandersetzung zu führen. In der Ablehnungsbegründung tauchen die typischen Denk- und Verhaltensmuster der zwangsheteroseuxuellen Klassengesellschaft auf, wenn es dort heißt: *„Mir persönlich (!) hat euer Film sehr gut gefallen, aber ich bin auch nicht dafür, ihn in unser Programm aufzunehmen".* Wir müssen annehmen, daß der Genosse die bürgerliche Trennung von Privat und Öffentlich (um deren Überwindung es der Schwulenbewegung u.a. geht), so stark verinnerlicht hat, daß ihm überhaupt nicht mehr auffällt, was für einer schizophrenen Spaltung er da unterliegt. Weiter heißt es: *„Ich bin der Meinung, daß das Problem der Schwulen ein Problem einer Minderheit in der Gesellschaft ist, vergleichbar mit den Problemen anderer Minderheiten".* Welche „vergleichbaren Probleme anderer Minderheiten" gemeint sind, erfahren wir nicht. Gleichzeitig fehlt dem Genossen jede Einsicht in den Zusammenhang der
gemeint sind, erfahren wir nicht. Gleichzeitig fehlt dem Genossen jede Einsicht in den Zusammenhang der
Sexualunterdrückung im Kapitalismus, also der Tatsache, daß Repression nicht teilbar ist, sondern eine gemeinsame Ursache hat, wenn es auch auf der Erscheinungsebene alle möglichen sexuellen Minderheiten gibt, einschließlich derer, die „es" nur im Ohrensessel unterm brennenden Tannenbaum können. So wundert es dann auch nicht, wenn er abschließend schreibt: *„Ich glaube, es ist ein wichtiger Beitrag zur eigenen (!!) Emanzipation, wenn Schwule diesen Film einsetzen und über ihn diskutieren".* Als ob die Schwulen eine exklusive „eigene" Emanzipation vornehmen könnten, ohne dabei das gesamte System der Sexualunterdrückung zum Teufel zu jagen. *Wir können uns doch nur gemeinsam emanzipieren, ob schwul oder unschwul.* Es kann doch nicht darum gehen, die durch die Setzung einer Norm geschaffenen „Unnormalen" in ihrer Isolation zu belassen („eigene" Emanzipation), sondern darum, alle von dem System der Sexualunterdrückung betroffenen Menschen unter dem Primat des Klassenkampfes zusammenzubringen, um gemeinsam gegen die „Normalität" des Bürgertums zu kämpfen. Und hierzu gehören auch Heteros! Dies muß klarwerden, was in der Praxis eben nicht nur reine „Lust" bereitet, sondern ein permanenter Kampf ist. Genau diesen mühseligen Kampf gegen die Sexualfeindlichkeit lehnt die IHB anscheinend ab und macht es sich sehr einfach, wenn eines ihrer Mitglieder an den Filmverleih schreibt: *„Die auffallend häufige Verwendung des Wortes ‚Minderheit' [zeigt], daß Ihr sehr wenig von dem verstanden habt, mit dem euch die Schwulenbewegung seit ca. 5 Jahren konfrontiert hat/haben sollte. Ich bin allerdings nicht bereit, die hier anscheinend reichlich notwendige ‚Nachhilfe' zu leisten ..."* (Brief v. 25.6.77).

Schade, kann man da nur sagen. Das *„Dokument der Ignoranz, linker Ignoranz, die Schwule nur zu oft zu spüren bekommen"* (ebd.), wurde dann an die Schwulenbewegung verschickt, um eine Diskussion darüber in Gang zu sezten, *„welche Kompromisse Schwule bisher eingegangen sind, um Bündnisse mit Linken eingehen zu können, und ob das gut und richtig war."*

Statt also den nicht-schwulen Genossen klar zu machen, was für ein Bild der Wirklichkeit hinter ihrer Auffassung steht, und darum zu kämpfen, daß dieses Bild im fortschrittlichen Sinn korrigiert wird, macht man ihnen ihre Unwissenheit zum Vorwurf und zieht sich nach dem Motto „Da sieht man's wieder: die Linken!" in die Schmollecke zurück.

Bis Ende August 1978 hat es die IHB noch nicht für nötig gehalten, auf die ausführlichen Schreiben des Zentralfilmverleihs vom 20.6.78 zu antworten, in denen die Mitglieder positive Ansätze für eine Fortführung der Diskussion machen. Wir fordern die IHB auf, diese Schreiben nicht nur ebenfalls der Schwulenbewegung zugänglich zu machen, sondern auch den Kampf um die Aufnahme des Films fortzusetzen. Wir werden sie dabei unterstützen!

### Heterosexualität weg?

Heterosexualität weg?

Ein weiteres Beispiel für die spezifische Politik der IHB zeigt sich in der von ihr kreierten Parole: *„Heterosexualität weg — Schwul in die 80er Jahre!"* Wir halten den ersten Teil der Parole für falsch. Wir gehen grundsätzlich davon aus, daß Homo- und Heterosexualität gleichwertige und gleichberechtigte Formen der Sexualität sind. Die Parole drückt lediglich die Form der Sexualität aus, obwohl — das entnehmen wir dem dazugehörigen Flugblatt — das System der Sexualunterdrückung (Zwangsheterosexualität) gemeint ist. Dazwischen klafft ein Widerspruch, der durch die Parole nicht erklärt wird. Es kann nicht darum gehen, eine Form der Sexualität mechanisch durch eine andere zu ersetzen, nach dem Prinzip: Männerherrschaft durch Frauenherrschaft auszutauschen. Ein von Frauen im Kapitalismus geführter Betrieb ist um keinen Deut besser als ein von Männern geführter, ebensowenig wie der Umstand, daß die Homosexualität von „Kanonenmize" (Arndt v. Bohlen u. Halbach) und seiner diversen homophilen Vorfahren irgendeinen humanisierenden Einfluß auf die Geschäftspolitik der Firma Krupp gehabt hätte. Es ist eben nicht das Geschlecht und nicht die Form der Sexualität, die einen Menschen entscheidend prägen, sondern seine Klassenzugehörigkeit.

### Bündnispolitik mit sich selbst?

Da die IHB mehr oder weniger ausschließlich an den E r s c h e i n u n g s f o r m e n der Schwulenfeindlichkeit herumstrategiert, ist es kein Wunder, daß sie die staatliche Repression, und damit den entscheidenden Teil der gesellschaftlichen Repression zunehmend aus dem Auge verliert. Solange sie dem Kampf gegen die U r s a c h e n aus dem Wege geht, wird nur an Symptomen herumkuriert. Konsequenz dieser Politik ist eine fortgeschriebene politische Isolierung der Schwulenbewegung. Der Grund für diese „Blockade" liegt in dem Umstand, daß die angestrebten E r g e b n i s s e eines schwulen Befreiungskampfes als V o r a u s s e t z u n g für das Eingehen von Bündnissen angesehen werden. Es gebietet doch die politische Vernunft, erstmal d a anzuknüpfen, wo die Repression gegen Schwule allen einsichtig gemacht werden kann. Wer ein Bündnis davon abhängig macht, *„daß die Arroganz der Heterosexuellen, sich als normal zu begreifen, und uns, mich als Minderheit zu diffamieren, nicht durchschlägt"* (so ein Berliner Genosse in der BSZ, Nr. 4, S. 8) muß sich fragen lassen, ob er ernsthaft glaubt, diese „Arroganz" mit einem verbalen Kraftakt vom Tisch zu kriegen.

Die IHB verkündet, daß sie ein Bündnis mit Heterosexuellen (wer bleibt außer Heterosexuellen eigentlich noch als Bündnispartner übrig?) von der vorherigen Problematisierung des Hetero-Selbstverständnisses abhängig macht: *„Wenn Schwule zuschustern, haben Heterosexuelle es leicht, sich über Schwule zu informieren, sich teilweise auch zu solidarisieren — ihre [heterosexuelle] Selbst-*
*leicht, sich über Schwule zu informieren, sich teilweise auch zu solidarisieren — ihre [heterosexuelle] Selbst-*
*verständlichkeit wird nicht problematisiert. So ist es auch einfach für aufgeklärte Heterosexuelle, sich mit der Forderung ‚Gleichstellung der Schwulen mit den Heterosexuellen' einverstanden zu erklären."*

Genau! Man darf es also den Bündnispartnern möglichst nicht so leicht machen, muß schön rrradikal sein, damit schwuler immer eine Erklärung parat hat, wenn er schmollend in der Ecke steht.

Ein Bündnis mit Forderungen wie „Weg mit §175", „Verbot antischwuler Hetze in den Medien" usw. ist doch erstmal ein Schritt aus dem Ghetto, der Voraussetzungen für den weiteren Kampf gegen Schwulenfeindlichkeit schaffen kann. Wer lediglich bereit ist, mit d e n j e n i g e n Bündnisse einzugehen, die ihre Schwulenfeindlichkeit schon total überwunden haben, verneint den notwendigen Kampf und darf sich nicht wundern, wenn er allein auf weiter Flur steht. Die Homophobie (Schwulenfeindlichkeit — Anm. AK) wirkt überall. Auch in den Köpfen der Genossen und Genossinnen. Es geht darum, ihnen die Gründe dafür aufzuzeigen und dann mit ihnen gemeinsam die Ursachen zu bekämpfen. Und die liegen im System der zwangsheterosexuellen Klassengesellschaft und nicht ursächlich in den Köpfen der Unterdrückten — da spiegeln sie sich nur wieder. Und dort, wo der Besen nicht hinkommt, bleibt bekanntlich der Staub liegen. Wir fegen!

### Minderheitentheorie schuld am Faschismus?

Weite Teile der Schwulenbewegung haben sich heute darauf beschränkt, das schwule Selbstverständnis a l l e i n zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Auch die z.Z. laufende Debatte über die Frage „Minderheit oder nicht?" ist Teil davon. Wir halten diese Debatte für notwendig, wollen aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß es eine maßlose Überschätzung ist, von der richtigen Antwort auf diese Frage eine „Garantie für unsere Befreiung" zu erwarten. Es grenzt geradezu an Leichenfledderei, wenn man Magnus Hirschfeld und den anderen Mitgliedern des „Wissenschaftlich Humanitären Komitees" (WHK, eine einflußreiche Schwulenorganisation in der Weimarer Republik) unterstellt, sie hätten in der These vom „Dritten Geschlecht" eine Befreiungs-Garantie gesehen. Der Faschismus ist nicht deswegen siegreich gewesen, weil das WHK u.a. eine Minderheitentheorie vertreten hat, sondern weil die antifaschistischen Kräfte insgesamt zu schwach waren, um die Katastrophe zu verhindern. Führende Mitglieder des WHK kämpften mit ganzer Kraft gegen den aufkommenden Faschismus. Zu nennen ist hier beispielsweise der Kommunist Richard Linsert, der schon im Sommer 1923, als 20jähriges Mitglied der KPD, zum Sekretär des WHK berufen und 1931 zum Zweiten Vorsitzenden gewählt wurde.

Wenn es eine „Garantie" für die Befreiung der Schwulen gibt, dann liegt sie nur in der Stärke ihrer eigenen
Wenn es eine „Garantie" für die Befreiung der Schwulen gibt, dann liegt sie nur in der Stärke ihrer eigenen
Bewegung und der Einsicht, daß die Schwulenunterdrückung T e i l des gesamten Systems der Unterdrückung im Kapitalismus ist, sodaß es notwendig ist, *mit allen Unterdrückten gemeinsam für die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen zu kämpfen.* Selbstverständlich ist es, daß auch ein intensiver Kampf gegen die Schwulenfeindlichkeit in den eigenen Reihen geführt wird, denn bekanntlich „reift im Schoß der alten Gesellschaft die neue".

**Ein schwuler Genosse der**
**AG Sexualität**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Schwuler sollte zu Spitzeldiensten erpreßt werden

Uli Rittinger (Homosexuelle Aktion München) wurde am 4.April dieses Jahres im Rahmen einer Großrazzia in mehreren Münchner Wohngemeinschaften (AK 127, S. 38) wegen des Verdachts eines gemeinschaftlich begangenen schweren Brandanschlages auf das Büro der NPD nach Stadelheim geschleppt (AK 130, S. 40). Nachdem die erste Haftbeschwerde rigoros abgeschmettert wurde, verwunderte die erfolgreiche 2.Haftbeschwerde beim OLG München umso mehr. Uli wurde tatsächlich am 24.Juli aus der U-Haft entlassen, nachdem kurz zuvor die Besuchserlaubnis wieder zurückgezogen wurde und ein Freund von ihm 100 km weiter verlegt wurde. Im „blatt" 127 wurde nun kürzlich ein Schreiben veröffentlicht, das den überraschenden Sinneswandel der Staatsanwaltschaft aufklärt: in der U-Haft erhielt Uli mehrmals Besuch vom bayerischen Landeskriminalamt (LKA) und vom Verfassungsschutz. Die Beamten des LKA wollten, daß Uli „gesteht", Aussagen macht, usw. Uli schickte sie unverrichteter Dinge weg. Die anderen Herren vom Verfassungsschutz interessierten sich weniger für den Brandanschlag, als für die Person von Uli. Sie boten ihm zuerst Geld an, um allerlei Informationen zu kaufen. Er lehnte ab, wollte aber seinerseits versuchen, viele Informationen über das Wissen dieser Herren zu sammeln und brach deshalb die Gespräche nicht grundsätzlich ab. Später boten sie ihm eine 99%ig sichere Freilassung an. Sie rieten ihm sofort zur 2.Haftbeschwerde beim OLG, und wenn er bereit sei mitzuarbeiten, würde diese Haftbeschwerde positiv entschieden werden.

Uli nahm dieses Angebot zum Schein an, betonte seine Unwissenheit und trickste rum, machte aber keine Aussagen über irgendwas. Der VS war zudem im Zugzwang, er mußte Uli erstmal was bieten, bevor er Informationen erhalten konnte. In der Haft versuchten sie sehr zielstrebig, einen Keil zwischen ihn und die Linke zu treiben. So erklärten sie, daß xy doch sowieso nur ein ideologischer Schwätzer sei und elitär ... Uli dagegen ist alles andere als ein Intellektueller. Sie benützten also reale Widersprüche, um Uli abzukapseln. Sie kennen sich mit der inneren Problematik der Linken bestens aus, besitzen sogar Psychogramme einzelner Leute. Als Uli aus dem Knast kam, bekam er vom VS einen Decknamen und eine Telefonnummer, die er sofort nach seiner Entlassung anklingeln sollte, was er auch tat. Er war mit zwei Herren in Kontakt gewesen; einer war ca. 30 Jahre, groß, lässig gekleidet, verwaschene Jeans, längere Haare ...; der andere war etwa 50 Jahre, klein, dicklich, und wußte laut Uli bestens über die Geschichte der Linken seit beginn der APO bescheid. Mit einem der beiden traf sich Uli nochmal nach seiner Entlassung und erhielt nun genauere Anweisungen, auf was und wen er angesetzt werden sollte. Uli war in der Breisacherstraße gemeldet (ein Haus, das von WG's aufgekauft wurde, mit Lebensmittelkoop und Cafe) und sollte deshalb zuerst rausfinden, ob aus dieser Ecke Militanz zu erwarten sei oder nicht. Weiter fielen dann Namen wie folgt: eine Wohngemeinschaft, rote hilfe, Nürnberger Gefangenengruppe. Die Herren waren in der Beziehung aber nicht so kleinlich: sie nehmen alles, was sie nur kriegen können, über Strukturen, Positionen, Personen. Der nächste Treff mit diesen Herren sollte also der Beginn einer Kette von aufschlußreichen Informationen werden. Leider ist der Uli so ein Schussel und hat den Termin verschwitzt, die Telefonnummer verloren und kann die Herren jetz gar nicht mehr finden. Sie ihn auch nicht.

**(Nach „blatt" 127 von einem Mitglied der Homosexuellen Aktion Hamburg/HAH)**

# STERN-Artikel „Homosexuelle + Homosexualität"

Anfang Oktober soll im „Stern" ein Artikel über männliche Schwule erscheinen. Er enthält Interviews mit einer großen Anzahl von Schwulen sowie Beiträge von schwulen Autoren wie M.Dannecker und Rosa v. Praunheim.

Mitglieder der Theatergruppe Brühwarm, über deren neuestes Stück „Nymphomannia" wir in AK 130 und 131 berichtet haben, starteten dazu eine Aktion: Zusammen mit dem Artikel soll eine Erklärung erscheinen, mit der mindestens 500 Schwule erklären: *„Wir sind homosexuell!"*.

Wir halten dies für eine ausgezeichnete Sache und unterstützen sie, da wir es für einen großen Schritt hin zu mehr gemeinsamer und auch individueller Öffentlichkeit ansehen. Da die Aktion bis zum 15.9. abgeschlossen sein muß, drucken wir die Erklärung nachstehend. Jeder Schwule sollte diese Erklärung unterschreiben (veröffentlicht wird nur Name, Beruf und Alter, für eine Überprüfung muß aber auch die Adresse angegeben sein!) und bis zum 15.9. schicken an:

„Stern" z.Hd. Niels Kummer
Warburgstr. 50
2000 Hamburg 36

oder Theatergruppe Brühwarm
Höpen 10
2000 Hamburg 62

Die Erklärung muß mitgeschickt werden mit dem Zusatz:
*„Ich schließe mich der Erklärung an und bin damit einverstanden, daß Name, Alter und Beruf im STERN veröffentlicht wird".*

**WIR SIND HOMOSEXUELL!**

*„Die Befreiung der Homosexuellen kann nur das Werk der Homosexuellen sein!"* (Aus dem Aufruf „An die Homosexuellen Deutschlands" des „Aktions-Ausschusses" vom 15. 1. 1921)

Obwohl homosexuelle Handlungen unter erwachsenen Männern nicht mehr strafbar sind, werden wir Homosexuellen auch heute noch verachtet und verfolgt: wir werden belächelt, schief angesehen, an unseren Treffpunkten kontrolliert, in ‚Schwulen-Karteien" erfaßt und müssen ständig mit Entlassung oder Berufsverbot rechnen.

DAS LASSEN WIR UNS NICHT LÄNGER GEFALLEN!

Die meisten Homosexuellen glauben, nur versteckt und in der Anonymität (über)leben zu können.
Wir haben das Versteckspiel satt! Deshalb erklären wir — die Unterzeichnenden — hier und heute im STERN:

WIR SIND HOMOSEXUELL UND HABEN SPASS DARAN! Und: wir fragen niemanden, ob wir das dürfen!

Wir wissen, daß diese Aktion nur ein erster Schritt für unsere Befreiung sein kann. Wir wollen anderen damit Mut machen, ihre Homosexualität zu akzeptieren und sie nicht länger verheimlichen zu müssen: am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und in der Familie.

Gemeinsam sind wir stark!




# Kinder



# Wozu den Rummel um den „Wehrkundeunterricht" in der DDR?

*„Honecker ruft die DDR-Jugend ans Gewehr – Entspannung bedeutet für die Ostberliner Bildungspolitiker: ‚Erziehung zum Haß'* " („Zeit", 30.6. 78). *„Mit dem Gewehr auf Seelenfang"* („Welt", 8.7.78). *„Schießen nach Wahl – auf Scheiben oder Figuren"* („Stern", 28/78). – Das sind nur einige der kräftigsten Schlagzeilen aus dem westdeutschen Blätterwald zum neuen „Wehrkundeunterricht" in der DDR.

*„Die Militarisierung der DDR-Jugend schreitet fort: Vom nächsten Schuljahr an erteilen uniformierte Reserveoffiziere in den 9. und 10. Klassen Wehrkundeunterricht* " („Spiegel", 27.3.78).

*„Militärische Berufe in der Nationalen Volksarmee"; „Sinn der sozialistischen Landesverteidigung"; „Bewaffnung und Ausrüstung der sozialistischen Armeen"; „Der Charakter eines möglichen Krieges"....*

*„Am Ende eines jeden Schuljahres findet für alle ein zweiwöchiger Lehrgang von täglich fünf Stunden statt, nach Ferienbeginn ... Knaben sollen obendrein an 14tägigen ‚vormilitärischen Lagern' teilnehmen, wo sie von Offizieren und Unteroffizieren der Nationalen Volksarmee gedrillt werden: Mit Uniformen und militärischer Disziplin. Rauchen und Alkohol sind verpönt, Urlaub gibt es nicht. Dafür müssen sie ihre Ausbil-*
*Alkohol sind verpönt, Urlaub gibt es nicht. Dafür müssen sie ihre Ausbil-*
*der mit ‚Genosse Leutnant' oder ‚Genosse Unteroffizier' anreden. Und sie dürfen richtig schießen – wie in der Armee".*

### „Wehrkundeunterricht" seit Jahrzehnten in der DDR gängige Praxis

Indes, wie wenig sensationell dies alles in Wirklichkeit ist, muß die bürgerliche Presse selber zugeben: *„Denn die Einführung eines Schulfaches ‚Wehrkunde' ist nur die Formalisierung eines Zustandes, der längst besteht. Vormilitärische Lektionen gibt es an den Schulen seit den fünfziger Jahren. Die praktische vormilitärische Ausbildung hat die Gesellschaft für Sport und Technik (mit etwa einer halben Million Mitglieder) übernommen, die in jeder Schule Grundorganisationen unterhält."* („Zeit", 30.6.78).

Bereits 1968 wurde vom Ministerium für Volksbildung eine „Aufgabenstellung" verkündet, die besagt, daß die *„.... sozialistische Wehrerziehung der Schüler ... fester Bestandteil der klassenmäßigen Erziehung (ist). Sie muß unter Beachtung einer interessanten, erlebnisreichen und emotional wirkenden Tätigkeit differenziert, nach verschiedenen Altersgruppen der Jugend und der Kinder gestaltet werden. Es geht darum, bei den Schülern die Bereitschaft zu wekken, jederzeit die DDR, den Sozialismus zu verteidigen".*

In einer 1974 erschienenen „Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung" heißt es: *„Die Erziehung zum Haß steht demzufolge nicht im Widerspruch zu den edlen Zielen des Sozialismus. Haß ist die notwendige Konsequenz aus dem Befreiungskampf der Arbeiterbewegung und aus der Tatsache, daß die Errungenschaften der sozialistischen Staatengemeinschaft heute noch durch den Imperialismus aktiv bedroht werden"* („Zeit" s.o.)

Bisher gab es allerdings kein eigenes Lehrfach, sondern die „Wehrkunde" war in andere Fächer integriert; z.B. in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern z.B. wird das „Wehrbewußtsein gebildet", in den naturwissenschaftlichen Fächern Militärtechnik behandelt, im Sportunterricht findet „militärische Körperertüchtigung" statt...

*„Bereits 1969 und 1970 wurden durch mehrere Vereinbarungen ... die sozialistische Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung an den erweiterten Oberschulen und Spezialschulen, in der Lehrlingsausbildung sowie an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen verbindlich geregelt. Auch Organisationen wie die Gesellschaft für Sport und Technik, der Jugendverband FDJ und das Deutsche Rote Kreuz der DDR wurden in das System der Wehrerziehung einbezogen"* („Zeit" s.o.).

**Die aktuelle Einführung eines besonderen Faches „Wehrkunde" schafft also gar keine neuen Tatsachen. Ihr Zweck scheint eher auf ideologischem Gebiet (Festigung des nachlassenden „Wehrwillens") als auf praktischem Gebiet („militärische Ertüchtigung") zu liegen.**

### DDR-Kirchen spielen Hauptrolle in der antikommunistischen Propaganda-Kampagne

Alle acht evangelischen Landeskirchen der DDR protestierten gegen die ab 1.9. 78 geplante Einführung des „Wehrkunde-Unterrichts". In einem offiziellen kirchenamtlichen Text, der in allen Gemeinden verlesen wurde, heißt es: *„Zu fürchten sei, daß nun die Erziehung zum Frieden im Bewußtsein von Jugendlichen ernsten Schaden leide"* („Spiegel", 27/78).

Ein Kernsatz aus der „Orientierungshilfe" des DDR Kirchenbundes,
Ein Kernsatz aus der „Orientierungshilfe" des DDR Kirchenbundes, die Eltern, Erziehern und Kindern zur Hand gegeben wurde: *„Das Ziel einer Welt ohne Waffen, dem der Sozialismus sich verpflichtet weiß, ... sollte gerade im Bereich der schulischen Erziehung und Bildung deutlich hervortreten".*

Es wurde von der Kanzel verkündet, „**daß die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt**" sei (nach „Welt", 17.8.78). Ebenso gehörte die „Wehrkunde" zu den zentralen Themen der Kirchentage in Erfurt, Leipzig und Stralsund, die von rund 85.000 Menschen besucht worden sein sollen („Welt", s.o.). Es wurden Petitionen zum Unterschreiben herumgereicht, einzelne Gemeinden gaben sogar Flugblätter heraus.

Die katholische Kirche der DDR protestierte (laut „Welt", s.o.) in einem Brief gegen den Wehrkundeunterricht, weil er *„zu einer neuen Welle der Diffamierung von Jugendlichen führe ... und wies den staatlichen Totalanspruch zurück."*

Inzwischen konnte die bürgerliche Presse melden: **„Wehrkundeunterricht – Kirchen in der DDR sprechen von Teilerfolg"** („Welt" s.o.). Nämlich: *„Die vier Unterrichtsstunden des ersten Halbjahres sollen nicht militärischen Inhalten gewidmet sein, sondern der Unterweisung in Katastrophenschutz und Erster Hilfe ... Auch die Einrichtung eines Wehrerziehungslagers soll zurückgestellt worden sein ... Es soll nicht, wie ursprünglich geplant ... für die Teilnahme Pluspunkte geben"* („Welt", 17.8.78).

Zufrieden deutet der SPD-„Vorwärts" dieses Ergebnis:

*„Teile der DDR-Gesellschaft sind offenbar auf dem Wege zur Politisierung"* (22.8.78). Altgediente Kalte Krieger wie Matthias Walden animierte das Thema zu Tiraden wie dieser: *„Da sich aber die Aversion der Jugend gegenüber dem realen Sozialismus der DDR seit geraumer Zeit besonders lebhaft äußert, gilt nun die kommißhafte Disziplinierung den Kindern. Durch die Verführungskraft tötender Waffen, durch Erziehung zum Haß und durch die grelle Kulissenmalerei eines Feindbildes sollen Konzentration, Indoktrination und Observation als Mittel totalen, totalitären Seelenfanges die kindliche Psyche überwältigen, bevor sie kritische Impulse gegen den absoluten Machtanspruch des Staates entwickeln kann. Es ist dieses schlimme Motiv, das die Kirche in der DDR zum offenen Wort gegen den Wehrkundeunterricht herausgefordert und einen Konflikt dramatisch verschärft hat"* („Welt", 17.8.78).

### In der BRD gibt's sowas natürlich nicht! ...

Die Funktion dieser verlogenen Kampagne entlarvt sich, sobald man sich einmal ansieht, was sich in Sachen „Wehrkundeunterricht" hierzulande tut: *„Eine solche Bewegung hätten wir uns nie träumen lassen"* („Spiegel", 14/78). So kommentierte der Chef der „Gruppe Nachwuchswerbung" der Bundeswehr, Oberst Josef-Maria Hoffmann, den durchschlagenden Erfolg der „Bundeswehr-Fan-Clubs".

Waren es im Sommer '77 schon 350 „Fan-Clubs", so sind es heute über 500! Die Betreuung dieser „Bundeswehr-Fan-Clubs" läuft über die „Gruppe Nachwuchswerbung" im Bundesverteidigungsministerium, die über einen Etat von insgesamt über 10. Mio. DM jährlich verfügt. Mit diesem Geld wird u.a. viermal im Jahr die Zeitschrift „infopost" in einer Auflage von über 70.000 Stück herausgegeben, die u.a. auch an Schulen verteilt wird. Die „infopost" erschien erstmals im Februar 1977, *„vierseitig, mit Farbfotos und fetten Schlagzeilen, mit Tips und Sportberichten"* („Spiegel", 14/78).

Mit markigen Sprüchen wird da
*Sportberichten"* („Spiegel", 14/78).
Mit markigen Sprüchen wird da an die Abenteuerlust und an das technische Interesse von Kindern und Jugendlichen appelliert, um sie so für Kriegsspielerei und Bundeswehr zu gewinnen:

*„Untrennbare Raubkatzen: Leopard und Marder – eine teils technische, teils dramatische Beschreibung des Kampf- und Schützenpanzers, der Star der gepanzerten Kampfgruppe".* Ein *„Stabsunteroffizier zu seinem Panzer: Es reizt mich eben, den 40 Tonnen schweren Koloß aus Stahl und Technik mal rasend, dann aber wieder mit tastendem Geschick durch das Gelände zu manövrieren".* („Spiegel", s.o.).

Befragt, warum sie Mitglieder in solchen „Clubs" wurden, antworteten zwölf- bis vierzehnjährige Jugendliche: *„Bedrohung aus dem Osten", „das Vaterland verteidigen, wenn die Russen kommen", „es sind nun mal andere Menschen als wir ...".*

Das hört sich schon sehr nach der sattsam bekannten „Feindbildschulung" des Bundeswehr-Politunterrichtes an. Inzwischen hat es bereits Meldungen gegeben, die auch auf offen neonazistische Tendenzen in diesen „Clubs" hinweisen: Bei einem Club in Süddeutschland soll es SS-Runen und „Führer-Ansprache" gegeben haben. Es wurden bereits Stahlhelme und Rangabzeichen angefordert. In manchen Clubs legt man sich Rangabzeichen und Phantasieuniformen zu (nach „Vorwärts", 20.7.78). Auch die Hamburger „Hansa"-Bande scheint sich aus einem solchen „Fan-Club" entwickelt zu haben.

Die Bundeswehr jedoch sieht in diesen „Clubs" einen **„unschätzbaren Wert als freiwillige Multiplikatoren in Familie, Schule und Vereinen"** („Spiegel", s.o.). Ganz bewußt nutzt die Bundeswehr dabei auch die Jugendarbeitslosigkeit, das fehlende Freizeitangebot usw.

Die Märznummer der „infopost" meldet beifällig, daß einige „Clubs" bereits recht stramme Satzungen ausgearbeitet haben, die ganz in das Erziehungskonzept der Bundeswehr passen:

*„Wer etwa im Fan-Club-Bonn-Bad-Godesberg (14 Mitglieder) zweimal nacheinander den Monatsbeitrag von 50 Pfg. nicht aufgebracht hat oder die Mitgliederversammlung geschwänzt hat, der muß den Club verlassen".*

Kommentar der „infopost":
**Hart aber gerecht".**

Fortsetzung auf Seite 25



Die Bundeswehr wird auf kleine Kinder losgelassen





infopost

FÜR SCHÜLER UND AUSZUBILDENDE · INFORMATIONEN AUS DER BUNDESWEHR · 364 0277 15 A

Entwicklungen für die Zukunft

MEHRZWECK-FREGATTEN

DER TRANSPORTPANZER 1

DIE FELDHAUBITZE FH 155-1

## Untrennbare Raubkatzen: „Leopard" und „Marder"

Zwei Raubtiere der Bundeswehr sind im Einsatz untrennbar: „Leopard" und „Marder". Und diesem Image werden beide gerecht. Der Schützenpanzer Marder bei den Panzergrenadieren und der Kampfpanzer Leopard bei der Panzertruppe. Diese Stars der gepanzerten Kampftruppe sind deutsche Entwicklungen. Bereits in 6 europäischen NATO-Staaten fährt der Leo, Kanada bestellte 128.

Fan-Club

„Gepard"

Liebe Leser!



Kinder auf dem Schießstand

# Diskussion über den Artikel „Wüstlingshatz gegen Kinderschutz"

Es wird Zeit, daß das Thema Pädophilie (Sex mit Minderjährigen) einmal breit diskutiert wird, um neuen Gefühlen und Gedanken Platz zu machen. Auf keinen Fall darf der Artikel des Genossen jedoch ohne Erwiderung stehen bleiben. Schon beim ersten Überfliegen sträubten sich mir die Nackenhaare, ob so wenig sachdienlicher Information, die dort streckenweise durch pseudo-fortschrittlich klingende Irrationalität ersetzt wurde. Mir ist, als feiere Anita Bryant, die Initiatorin der Antischwulenbewegung in USA, fröhliche Urständ im AK, wenn ich lese: *„Gefahr geht für die Kinder gerade von Männern aus, die in der Hierarchie der herrschenden Sexualmoral immer ‚tiefer' fallen: Mit Frauen geht nichts mehr, oder nur in einer Form, die keine Frau freiwillig mitmacht."* Wenn das so weitergeht, ist es nur eine Frage der Zeit, wie lange noch die Schwulenfrage mit positivem Vorzeichen im AK behandelt wird. Da wird ingewollt mit der Reaktion gemeinsam ins Horn geblasen: Die Fragestellung bleibt an der Oberfläche kleben, dringt nicht zum Wesen vor: Wogegen zielt die Wüstlingshatz? Wie funktioniert sexuelle Unterdrückung in dieser Gesellschaft? Auch daß Kinder angeblich keine Sexualität haben, ist Teil dieser Sexualunterdrückung. Wo Kindersexualität dennoch auftaucht, wird sie mit dem Geruch des Verbrechens gekoppelt; selten oder nie wird der positive Charakter deutlich, allerhöchstens wird scheinliberal argumentiert, daß Kindersex „nichts Schlimmes" sei. Solche Halbherzigkeit reicht aber nicht aus! Statt zuzusehen, wie sich der Verfasser zum Sittenrichter macht, hätte er lieber mal erklären sollen, wie er sich den Umgang in einer fortschrittlichen Familie vorstellt. Beispiel: Vater und Kind baden zusammen, das Kind spielt am Glied des Vaters. Wie soll er reagieren? Das bourgeoise Tabu akzeptieren und dem Kind auf die Finger klopfen? Hier müßten wir als Kommunisten etwas Positives dagegensetzen, eine eigene Sexualethik entwickeln! Der Verfasser jedoch spricht, ohne pädophile Beziehungen zu untersuchen, sofort von „potentiellen Tätern" und inkriminiert diese damit leichtfertig, ohne dem Untersuchungsgegenstand damit näher zu kommen. Es wird wieder einmal der bekannte Fehler begangen, der auch einen großen Teil der Fachliteratur durchsetzt und von Dr. Edward Brongersma (holländischer Parlamentarier und ehem. Vorsitzender des ständigen Justizausschusses) kritisiert wird: Es werden inhaftierte „Sexualstraftäter" oder Patienten psychiatrischer Anstalten, zum Teil Mörder und Gewalttäter, mit d e m Pädophilen schlechthin gleichgesetzt. Bei etwas sauberer journalistischer Arbeitsweise hätte der Verfasser zumindest auf die Gefahren dieser unzulässigen Verallgemeinerung hinweisen müssen, wenn er nicht in die Nähe der Demagogie geraten will. Eine intellektmäßige Anstrengung wäre es jedenfalls nicht gewesen, da der Genosse aus eben diesem Artikel „Thema: Pädophilie" aus „Emanzipation" 1/78 selbst zwei Stellen zitiert hat.

Auf jeden Fall hat Liebe zwischen Erwachsenen genausoviel oder sowenig mit Prostitution und Vergewaltigung zu tun wie Pädophilie mit Kinderschändung. Wo bleibt die positive Aussage zur Kindersexualität? Statt sich einmal zu fragen, warum Kinder in der Regel ein ungleichberechtigtes Verhältnis zu Erwachsenen haben, statt sich die herkömmlichen, repressiv-hierarchischen Beziehungsstrukturen in Familie, Gesellschaft als ursächlichen Grund einmal vor Augen zu führen und nach Veränderungen zu suchen, verwendet sich der Genosse auf moralische Abqualifizierung der lasterhaften, dekadenten Menschen, die angeblich mit Frauen nicht mehr zurechtkommen und als Ersatz dafür ein Auge auf Jugendliche und Kinder verschwenden. Diese primitiven rhetorischen Roßtäuschertricks haben wir aber schon in der Schule beim Analysieren politischer Reden gelernt, darum sollten wir lieber auf wirkliche Argumente warten und uns nicht damit begnügen, den bekannten Sündenbock „Spontis" gleich „Chauvis" und einen Sexualwissenschaftler mit „schiefer Position" von dem Genossen vor seinen Karren spannen zu lassen und auch noch selbst hinterherzutrotten. Der Genosse argumentiert genauso bürgerlich-demagogisch wie die Bürgerlichen, wenn sie sagen „das ist ein Kommunist, dem braucht man nicht zuzuhören". Wenn wir einmal versuchen, von derlei Vorurteilen und Unterstellungen in Bezug auf gleichgeschlechtliche Beziehungen unterschiedlich alter Partner, von denen einer über 18 Jahre alt ist, abzusehen, müßten wir mit Dannecker/Reiche fragen: *„Über welche magischen Fähigkeiten verfügt einer plötzlich, wenn er das Alter von 18 Jahren überschritten hat?"* (in: „Der gewöhnliche Homosexuelle", Ffm. 1974, S. 56).

Ähnliches gilt sinngemäß sicher auch für pädophile Heterobeziehungen. Statt Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jüngeren grundsätzlich abzulehnen, sollten wir uns lieber fragen: Was läuft ab in der jeweiligen Beziehung, wie wird sie inhaltlich gefüllt? Die Zielvorstellung von Brongersma, daß ein Junge von den Eltern verstärkt wird in seinen sexuellen Erfahrungen, ganz gleich welches Alter oder Geschlecht der Partner hat, wird von dem Genossen bewußt einseitig und daher falsch interpretiert. Noch eine Bemerkung zu Brongersma: Warum bezeichnet der Genosse ihn als einen x-beliebigen Rechtsanwalt, statt deutlich zu machen, welche Rolle B. in den Niederlanden spielte und spielt? Er war 14 Jahre Vorsitzender des Justizausschusses und hat für eine breite Diskussion in den Niederlanden zur Herabsetzung des sog. „Schutzalters" gesorgt. Als Erfolg kann gesehen werden, daß im Mai 1971 eine juristische Sonderbehandlung Homosexueller aufgehoben und das „Schutzalter" allgemein auf 16 Jahre festgelegt wurde. (...)

*„Das Bemerkenswerteste der Äußerungen zur Frage des Schutzalters ist dabei, daß ausnahmslos alle Organisationen, die sich speziell mit Jugend und Jugendschutz befassen, konfessionelle sowie neutrale, der Meinung sind, daß ein Schutzalter von 16 Jahren zu hoch bemessen ist. Eine Überschreitung des Durchschnittsalters der Geschlechtsreife — das liegt gegenwärtig bei etwa 13 Jahren — ist auch theoretisch schwer zu begründen... Die 'Nederlandse Jeugdgemeenschap' (Niederländische Jugendgemeinschaft) befürwortet ein Schutzalter von 12 Jahren"* (Speijer-Report, Bern 1976, S. 7 f., zitiert in Rosa von Braunschweig: „Schwul sein heißt sich wehren!", Hamburg 1978, S. 13).

Niemand würde auf den Gedanken kommen, sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen grundsätzlich abzulehnen, nur weil wir immer noch nicht alle bürgerlich-repressiven Verhaltensnormen abgelegt haben. Wieso meint der Genosse, davon ausgehen zu können, daß der Junge nicht auch sein eigenes Interesse durchsetzt, und wieso sollte er ausschließlich Beziehungen zu älteren Partnern haben? Das ist weder kraft Logik noch anhand meiner persönlichen Erfahrung einzusehen. Selbst unter den jetzigen ungünstigen gesellschaftlichen Verhältnissen kann ein 14-jähriger sich emanzipatorisch in einer pädophilen Beziehung verhalten, wie ich aus eigener Anschauung erfahren habe, also keine Spur von hierarchischer Unterordnung, sondern selbstbewußtes Gegenübertreten und klare Vorstellungen, wie sich die Beziehung gestalten soll, einschließlich solidarischer Kritik. (...)

Ein emanzipatorisch erzogenes Kind wird den Anblick eines männlichen Gliedes wohl kaum als ein psychisches Trauma erleben, dafür ist das viel zu alltäglich; darin sind sich auch die führenden Wissenschaftler aufgrund ihrer empirischen Erfahrungen einig. Es bleibt unverständlich, warum sich das „Kinderhaus" in dem umstrittenen Peep-Show-Flugblatt zum Fürsprecher des benachbarten katholischen Kindergartens aufschwingt. Um das repressiv-katholisch erzogene Kind muß man sich sicherlich berechtigte Sorgen machen, aber dann stellt sich auch als nächstes die Frage nach der Bündnispolitik des „Kinderhauses". Diese m.E. zweifelhafte Bündnispolitik läßt natürlich keine saubere Argumentationskette auf dem Boden emanzipatorischer Sexualerziehungsvorstellungen mehr zu. Es dürfte sich eigentlich auch bis in die Heinrichstraße herumgesprochen haben, daß Erziehen wenig mit „In-den-Glaskasten-sperren" zu tun hat, vielmehr müßten die Kinder in der Auseinandersetzung mit der Umwelt ihre Erfahrungen sammeln. (...)

Mir ist ehrlich gesagt nicht klar, wie bei einer solch konfusen Praxis der theoretische Anspruch emanzipatorischer Sexualerziehung erfüllt werden soll, denn je mehr Schutz, desto weniger Freiheit und Selbständigkeit bleiben übrig. Da fehlt nur noch, die Kinder vor sich selber zu schützen, damit sie nicht onanieren, denn das soll ja Rückenmarkschwindsucht verursachen. Auch scheint dem Verfasser des kritisierten Artikels nichts von der Eigenaktivität des jüngeren Teils eines pädophilen Paares bekannt zu sein; es klingt bei ihm alles nach „passiv" und „halb vergewaltigt". Hier sei das Studium der Fachliteratur angeraten. Im vergangenen Jahr am 8. November lief auch eine aufschlußreiche Sendung im ARD-Fernsehen zu dem Thema Pädophilie. Dabei kam heraus, daß es sich offenbar um Verbrechen ohne Opfer handelte, da trotz eifrigster Suche keine Schädigungen der Kinder durch pädophile Erlebnisse ermittelt werden konnten. Diese Tendenz wird auch in der neueren Fachliteratur vertreten.

Eberhard Schorsch vom Institut für Sexualforschung, Hamburg, nimmt in „betrifft: erziehung" Nr. 4/73 wie folgt zur Bestrafung von Pädophilie Stellung: Abgesehen von *„Notzuchtshandlungen, deren Strafbarkeit außer Diskussion steht, ... (ist) diese Strafrechtsbestimmung ... also rational nicht begründbar, sondern von emotionalen Vorurteilen bestimmt, die Sexualangst und Abwehr widerspiegeln. Die Irrationalität des Strafrechts ist die zum Gesetz versteinerte Sexualangst und verstärkt die Unfreiheit, gibt ihr Legalität, d.h. das gute Gewissen. Die Konsequenzen sind weitreichend: Sie treffen nicht nur eine Minorität, die sogenannten Pädophilen, hart, sondern vor allem die Kinder bzw. deren Erziehung."* Eine Gesetzesänderung kann da nur ein erster Schritt sein, denn — so beschließt Schorsch den Abschnitt zur Sexualstrafrechtsreform mit einem Satz von Sigmund Freud — *„so bewährt es sich denn wieder einmal, wie unklug es ist, einem zerlumpten Rock einen einzigen seidigen Lappen aufzunähen, wie unmöglich es ist, eine vereinzelte Reform durchzuführen, ohne an den Grundlagen des Systems etwas zu ändern."*

Darum wird es Zeit, daß wir Pädophilen beginnen, uns gegen unsere Diskriminierung zu wehren und daß wir dabei von der Schwulenbewegung und allen fortschrittlichen Kräften vorbehaltlos unterstützt werden.

WEG MIT §175 UND §176 StGB!
KAMPF ANTISCHWULER UND ANTIPÄDOPHILER HETZE!
FÜR EINE LIEBEVOLLERE NEUE GESELLSCHAFT!

O., Mitglied der Theorie/Praxis-Gruppe der Homosexuellen Aktion Hamburg

•••

Es ist niemandem vorzuwerfen, daß er bei der Vorstellung von Sexualität zwischen „Erwachsenen" und „Kindern" Ängste entwickelt. Vorzuwerfen ist aber, wenn man diese Ängste mit reichlichen fortschrittlichen Versatzstücken der staunenden Umwelt als kritischen Artikel präsentiert. Für eine kritische Betrachtung des Problems Sexualität zwischen „Kindern" und „Erwachsenen" ist sicher unverzichtbar, daß man auf der einen Seite nicht Kinder jeglicher Altersstufe und auf der anderen Seite Jürgen Bartsch und Menschen, die ihre Sexualbefriedigung in exhibitionistischen Praktiken finden, unsortiert mit d e n e n in einen Topf wirft, die überhaupt sexuelle Beziehungen zu Menschen unter 18 bzw. 14 Jahren haben.

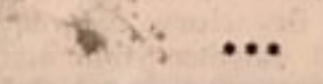
Es ist eben auch an der Realität vorbeigesehen, wenn in der behandelten Frage die Rollen „Verführer" und „Verführte" selbstverständlich in der Form vergeben werden, daß die Erwachsenen natürlich die „Verführer" und die Kinder die „Verführten" seien.

Natürlich hat der Autor recht, wenn er sagt, daß das Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern in unserer Gesellschaft repressiv sei. Aber so repressiv, daß es nicht vorstellbar ist, daß Kinder oder Jugendliche eigene, auch sexuelle, Bedürfnisse gegenüber Erwachsenen entwickeln könnten, ist es nun zum Glück nicht. Beim Lesen des Artikels hatte ich den Eindruck, daß es aber genau d i e s ist, was der Autor befürchtet. Um die Jahrhundertwende hatten Kinder keine Sexualität zu haben. Uns stünde es wohl an, die Augen nicht vor der Tatsache fest zu verschließen, daß sich die Sexualität von Kindern und Jugendlichen eben nicht ausschließlich in der Buddelkiste mit ihren gleichaltrigen Spielgefährten abspielt. Es gilt eben für die sexuellen Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Entwicklungs- und Altersstufen das, was für jede sexuelle Beziehung gilt: Zu bekämpfen ist auch hier ausschließlich die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.

Dennoch finde ich den Artikel — verstanden als Anregung, unsere eigenen Sexual- und anderen Ängste miteinander zu besprechen — sehr wichtig. Dazu könnte eine AG Sexualität durchaus der geeignete Ort sein.

Beim Durchlesen des bisher Geschriebenen fiel mir auf, daß mein Zorn über den Artikel und seinen Autor deutlich zu spüren ist. Ich meine aber, daß gerade der Zorn aufeinander etwas ist, was wir formulieren lernen müssen. Damit soll dieser Leserbrief gleichzeitig ein Beitrag zu der derzeit laufenden Auseinandersetzung im KB sein.

Eine Genossin, derzeit Ärztin in einer katholischen psychiatrischen Klinik



•••

Daß die Kinderkommission des KB es überhaupt gewagt hat, sich mit dem Thema ‚Sexueller Mißbrauch von Kindern' zu beschäftigen (siehe AK 134), hat bei einigen Genossen anscheinend helle Empörung ausgelöst: Da werde in bürgerlicher Manier Wüstlingshatz betrieben, da werde die kindliche Sexualität nicht anerkannt usw.

Es scheint das Problem des sexuellen Mißbrauchs von Kindern gar nicht zu geben, sondern es scheint nur fortschrittliche, liebe Menschen zu geben, die dem Kind sexuelle Zärtlichkeit schenken möchten, die die Entwicklung seiner eigenen Sexualität fördern möchten usw. usf.

**Mir scheint allerdings von vornherein j e d e Position zynisch und menschenfeindlich, die nicht zuerst einmal akzeptiert, daß von den verschiedensten heute gegebenen sexuellen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen es vielleicht nur 5, höchstens 10 % sind, die für einen fortschrittlichen Menschen ü b e r h a u p t diskutabel sind. Bei den restlichen 90 - 95 % handelt es sich um Vergewaltigungen (oft schon an Kleinkindern), aufgenötigte oder erzwungene sexuelle Beziehungen mit älteren Verwandten (Vater, Onkel), Prostitution, Verwendung von Kindern als Sexualobjekt beispielsweise durch katholische Pfaffen usw. usf.**

**Der sexuelle Mißbrauch von Kindern ist also ein reales Problem, das wir nicht einfach beiseite schieben können, ebensowenig wie das Problem der Vergewaltigung von Frauen.**

Man/frau lese im Zweifelsfall den Artikel in AK 134 noch einmal nach: **Es s t i m m t einfach nicht, wie unterstellt wird, daß der Genosse der Kinderkommission dort sexuellen Mißbrauch von Kindern mit Pädophilie gleichgesetzt oder vermengt hat.** Diese Gleichsetzung wird vielmehr von jenen gemacht, die es gleich als „Wüstlingshatz" und Hetze gegen Pädophile auffassen, wenn überhaupt die Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen in all ihren „real existierenden" Formen problematisiert wird.

Nun zu den erwähnten 5-10% sexueller Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen, über die es sich überhaupt zu diskutieren lohnt. Bei den positiven Stellungnahmen, die ich dazu bisher gehört habe, macht mich eine allzu offensichtliche Scheinheiligkeit mißtrauisch, die sich m.E. in folgendem zeigt:

Fortsetzung auf Seite 26

**Ein Blick hinter die Kulissen**
**Herbert wollte den ‚Leo' sehen**

**Herbert ist 15 Jahre alt, trägt gerne Jeans, T-shirts und seinen Parka. Er besucht die 8. Klasse einer Hauptschule in Aachen und – liest leidenschaftlich gerne Krimis. Seine Hobbys: Schach, Modelleisenbahn und die Stereoanlage.**

Herberts späterer Beruf steht noch nicht fest – vielleicht Leh[...]rer oder Soldat – er weiß es nicht genau.

Schon immer wollte er einen Blick hinter die Kulissen der Kaserne tun, die nur wenige hundert Meter von seinem Elternhaus entfernt liegt. Aber wie sollte er das anstellen?

Jüngst bot sich ihm die Gelegenheit. Von seinen Schulkameraden hatte er gehört, daß in d[...] zow-Kaserne ein Tag d[...] Tür statt[...] soll[...] ihn neugierig. Ob er hier einmal den Kampfpanzer Leopard ganz aus der Nähe sehen könnte?

Er konnte, denn die Soldaten hatten sich größte Mühe gegeb[en,] ihren rund 70000 Besuchern [et]was zu bieten.

**Aachen ste[...] nicht all[...]**

**die Luftwaffe oder – wie in [die]sem Fall – das Heer. Die [...] nentore [...]**

Fortsetzung von Seite 24

### Bundeswehr in die Schulen, Schulklassen zur Bundeswehr

Nach einem Beschluß des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums werden in den neuen Lehrplänen für Geschichte und Gemeinschaftskunde als verbindliche Themen festgelegt: **„Das Wehr- und Sicherheitssystem der Bundesrepublik Deutschland"**. Schleswig-Holstein dürfte mit diesem Beispiel nicht allein bleiben.

Und damit die „Jungoffiziere" der Bundeswehr auch mit der entsprechenden Schulung in den Schulen und Kindergärten usw. auftreten können, werden *„längerdienende Unteroffiziere der Bundeswehr an einer neuerrichteten Fachschule des Heeres für Erziehung ausgebildet"* („UZ", 7.11.75).

Bekannt sind überdies die regelmäßigen Einladungen von Schulklassen z. B. zur Marine („Fahrt auf einem Zerstörer" etc.), die meist in Werbungsgesprächen ganz zwanglos enden. Bekannt sind auch die häufigen „Tage der offenen Tür" bei der Bundeswehr und Waffenschauen auf Dorf- und Marktplätzen.

### Kampagne gegen „Wehrkunde" in der DDR: ideologische Kriegsvorbereitung!

Es geht uns hier nicht darum, zu klären, ob und inwieweit wir mit den Positionen und Praktiken der DDR zur „sozialistischen Wehrerziehung" im allgemeinen und im konkreten Fall der DDR übereinstimmen, bzw. diese ablehnen.

Festzustellen ist indessen, daß h i e r z u l a n d e schon längst ein ausgefeiltes und vielfältiges System besteht, daß z. T. schon 10jährigen Kindern das „Aufregende" beispielsweise eines Panzers näherbringt, das die Kinder für die „Vaterlandsverteidigung" indoktriniert und das Kinder und Jugendliche zum Soldat-Sein motivieren soll.

Indessen: Wer hätte jemals gehört, daß sich d a g e g e n die Kirchen auch nur annähernd mit demselben heiligen Sendungseifer und derselben Einmütigkeit ins Zeug legen wie jetzt gegen den „Wehrkunde-Unterricht" in der DDR?! Wer hat in der Springer-Presse Sorge um das Seelenheil der westdeutschen Kindchen lesen können, wie sie jetzt anläßlich der Auseinandersetzungen in der DDR zu hohen Wogen schwappte? Ganz im Gegenteil: Die Springer-Presse betreibt selbst aktive Werbung für die „Bundeswehr-Fan-Clubs" und stellt sie als eine ganz tolle Sache hin, die wieder einmal beweist, daß unsere Jugend doch nicht so schlecht und linksradikal sei wie mancher Reaktionär befürchtet.

Klar ist also: **Die ganze schrille Kampagne gegen den „Wehrkunde-Unterricht" dient in jeder Hinsicht der Kriegspropaganda**: Zum einen soll sie das aufgebaute Feindbild gegen die DDR erhärten („Da werden schon Kinder zum Haß auf ihre Landsleute im Westen erzogen" usw.); **und zweitens soll sie den Weg frei machen für eine noch stärkere und vor allem systematischere Militarisierung der Jugend hierzulande, nach** der Devise: „Die in der DDR machen's ja auch so".

Von dieser Kampagne ist nichts Gutes zu erwarten! Daß die Kirchen in der DDR den Vorreiter dieser Kampagne gespielt haben, paßt ausgezeichnet in die Tradition der Kirchen, die noch stets für die imperialistischen Kriege Gebete und Weihrauch gespendet haben.

**Kinderkommission**
**KB/ Gruppe Hamburg**

# Diskussion über den Artikel „Wüstlingshatz gegen...

Fortsetzung von Seite 25

1. Das Problem des sexuellen Mißbrauchs von Kindern wird überhaupt nicht gesehen oder verharmlost.
2. Es wird mit der größten Selbstverständlichkeit unterstellt, daß die Ablehnung oder Skepsis gegenüber einer Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen gleichbedeutend sei mit einer Ablehnung kindlicher Sexualität überhaupt. Es wird also stillschweigend so getan, als könnte sich kindliche Sexualität nur in der Beziehung mit einem Erwachsenen verwirklichen. Das ist schlichtweg haarsträubend!
3. Es wird oft betont, daß Beziehungen zu einem Erwachsenen doch nur gut für die Entwicklung der kindlichen Sexualität seien und gewiß beim Kind keinen Schaden anrichten; daß überdies es ja oft das Kind sei, von dem die sexuelle Annäherung („Verführung") ausgeht usw. usf. Wenn man das alles so hört und liest, müßte man glatt annehmen, diese Genossen verstünden „Liebe" mit einem Kind als reine Kinderfreundlichkeit und Humanität, so nach der Devise „Das Kind hat ein Recht darauf, sexuelle Beziehungen zu Erwachsenen zu haben." Die Genossen diskutieren anscheinend ohne Unterleib und in schönster Selbstverleugnung. Warum sagen sie denn nicht: „Aus dem oder jenem Grund mag ich Sexualität mit Kindern gerne und sehe gar nicht ein, warum mich der Staat (oder die Kinderkommission des KB) dabei stört, solange es dem Kind auch Spaß macht"?! Das wäre immerhin ehrlicher als die scheinheilige Pose des selbstlosen Förderers kindlicher Sexualität.

Ich möchte nur noch kurz sagen (wesentliche Punkte hat schon die Kinderkommission in AK 134 angesprochen), warum ich auch bei den 5-10% diskutablen sexuellen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen ziemlich skeptisch bin (ohne mir ein Urteil über den konkreten Einzelfall anzumaßen!):

— Sofern sich die sexuelle Neigung des Erwachsenen gerade auf Kinder bezieht, hat eine solche Beziehung von vornherein nur eine sehr begrenzte Perspektive. Wenn der kindliche Partner ein bestimmtes Alter erreicht hat, wird sich der Erwachsene nach einem anderen Kind umsehen. Eine solche Beziehung degradiert meiner Meinung nach das Kind ziemlich zur Wegwerfware (zum alsbaldigen sexuellen Verbrauch bestimmt).

— Die Behauptung, das Kind tue „es" ja freiwillig, die Initiative sei vielleicht gar von ihm ausgegangen usw. ist auf jeden Fall zweifelhaft. Ein Erwachsener hat die verschiedensten Möglichkeiten, ein Kind zu bestechen. Geld, Geschenke, eine tolle Reise usw. Aber auch, was der Erwachsene dem Kind sonst noch zu bieten hat, ist ja „toll": Gemeinsam zum Angeln fahren, in Filme gehen, wo das Kind allein nicht rein dürfte, mal toll zusammen essen gehen usw. Bei all dem braucht der Erwachsene ja gar nicht subjektiv die Absicht zu verfolgen, das Kind an sich zu fesseln. Es reicht schon der verständliche Wunsch, dem geliebten Kind etwas zu bieten, ihm Freude zu machen.

Auch wenn man all dies abzieht, ist ein erwachsener Freund für ein Kind doch eine große Sache: Er verschafft ihm Anerkennung, hebt ihn sozusagen in die Welt der Erwachsenen. Das allein reicht doch schon aus, um von vornherein eine wirklich freie, unbeeinflußte Entscheidung des Kindes für oder gegen eine (auch) sexuelle Beziehung zu einem Erwachsenen nahezu unmöglich zu machen.

— Wird eine Beziehung zwischen einem Kind und einem Erwachsenen nicht fast zwangsläufig — aufgrund der äußeren Voraussetzungen — ungleichberechtigt sein? Wird sich das Kind nicht oft sehr stark auf den Erwachsenen fixieren und sich stark von ihm abhängig machen?

Wenn demgegenüber burschikos behauptet wird, „das" schade dem Kind doch erwiesenermaßen alles überhaupt nicht, so erinnert mich das an den alten Lehrsatz: „Schläge haben noch keinem Kind geschadet. Wir sind ja auch damit groß geworden!" Ich glaube, für eine Behauptung über den Schaden oder Nutzen, den Kinder von sexuellen Beziehungen zu einem Erwachsenen haben, gibt es in Wirklichkeit viel zu wenig empirisches Material, um darüber so obenhin urteilen zu können.

Wichtig ist, daß darüber ehrlich und sachlich diskutiert wird, und nicht jede Problematisierung dieses Themas gleich als faschistoide Wüstlingshatz diffamiert wird.

Kt., Hamburg

* * *

**Während der „Wüstlingshatz"-Artikel vor allem auf sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern eingeht,** finden sich in den „Anmerkungen einer Genossin der AG Frauen" (AK 136, S. 25) generellere Aussagen hinsichtlich Kindererziehung im Sozialismus und Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen im Allgemeinen. Die Tendenz ist bei beiden Artikeln dieselbe: Da wird „*dem Kind dabei etwas aufgezwungen, was es nicht will*"; da „*setzen Erwachsene ihr sexuelles Interesse durch gegen einen Partner, der sich dabei nicht selbständig und frei für diese Form von Sexualität entscheiden kann*"; da wird darüber entschieden, daß ein Kind nicht „*zu so vielen Menschen ... festen Kontakt aufbauen kann*", daß ein Kind „*am sinnvollsten in einer Kindergruppe auf(wächst) und auch am liebsten*". „*Revolutionär*" findet es die Genossin der AG Frauen, „*wenn Kinder überhaupt nur in Kinderkollektiven aufwachsen und leben*", wo die Eltern „*dann so eine Rolle übernehmen, wie früher bei uns der Besuch bei Oma und Opa. Da hat man die Eltern dann wirklich in guter Erinnerung.*"

Ich meine, daß aus all diesen Zitaten, die sich so fortschrittlich geben, eine ziemliche kinderfeindliche Einstellung spricht, obwohl ich davon ausgehe, daß beide Verfasser eine ganze Menge an Erfahrung mit Kindern haben. Die Kinderfeindlichkeit besteht darin, daß Kindern generell die Fähigkeit abgesprochen wird, selbst zu entscheiden, was gut für sie ist, was sie möchten. Angeblich ausgehend vom „Interesse des Kindes" möchte die Genossin, daß Erwachsene „nur für Hilfeleistungen gebraucht" werden, weil der „Erwachsene ... für das Kind immer mehr oder weniger Autorität und damit Befehls- und Strafperson" ist. Für diese Aussagen müßte man eigentlich den Begriff „Erwachsenen- bzw. Elternfeindlichkeit" prägen, denn er besagt letztendlich nichts anderes, als daß Erwachsene für Kinder schädlich sind, daß deren Einfluß auf Kinder so weit wie möglich zurückgedrängt werden muß usw., ob nun auf sexuellem Gebiet oder anderswo!

Die Ansicht, man/frau wisse, was Kinder wollen, ist mindestens so alt, wie es Erzieher von Kindern gibt: „Es erscheint selbstverständlich, den Kindern jegliches Privatleben zu verbieten und ihnen eine bestimmte Art zu empfinden aufzuzwingen. Zu entscheiden, wen sie zu lieben haben und wen nicht" (Christiane Rochefort in „Kinder").

Wie wäre es, wenn wir uns eher danach richten, was Kinder selbst dazu meinen? Ludwig XIII. (17. Jahrhundert, leider gibt es aus der Zeit in der Regel nur genauere Aufzeichnungen über derart „hochgestellte" Kinder), pflegte schon im Alter von 1 Jahr „aus voller Kehle" zu lachen, wenn die Amme oder sonstwer mit seinem Penis spielten (v. Ussel in „Sexualunterdrückung"). Und aus unserer Zeit berichtet jemand: „*Ich kann da mitreden, bin ich doch selbst so ein armes geschädigtes zwölfjähriges Knäblein gewesen. ...und was das allerschlimmste ist: Ich denke gerne an diese Zeit zurück, als ich mit meinem erwachsenen Freund zusammen war, ganze drei Jahre war ich damals glücklich, bis dann ein rechtschaffener Bürger ... kam und kurzen Prozeß machte. Der böse, der mich schamlos sexuell ausgenutzt hat, bekam seine gerechte Strafe. Aus Angst, diese im Gefängnis absitzen zu müssen, brachte er sich einfach um. Jetzt durfte ich endlich wieder Kind sein, dafür handelte ich mit natürlich ein, gleichzeitig ein unglückliches zu sein, aber das ist ja wohl besser, als ständig in sexueller Gefahr zu sein*" (Leserbrief in „du + ich", Sept. 78).

Ich greife hier bewußt in erster Linie Aussagen zu sexuellen Aktivitäten zwischen Erwachsenen und Kindern auf, weil diese es wohl sind, die auch am stärksten von beiden Verfassern abgelehnt werden, während man/frau gemeinsames Versteckspielen wohl gerade noch akzeptiert. Ich meine aber, daß sich gerade an dem extremen Fall der sexuellen Beziehungen sehr gut herausschält, welche Haltung man generell zu Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen hat.

Nachdem also Kinder zumindest subjektiv gar nicht so unter solchen Beziehungen „leiden", sie gar nicht so das Gefühl haben, ihnen würde „dabei etwas aufgezwungen, was sie nicht wollen", müssen wir uns fragen, wie sonst wäre denn eine Ablehnung intensiver Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen zu begründen?

Da präsentieren uns der Genosse der AG Sexualität das Argument: „*Wenn schon die sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen derart repressive Züge tragen, wie sollen dann ausgerechnet Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen — zwischen denen doch eine größere Kluft herrscht - anders oder besser sein*"; und die Genossin der AG Frauen: „*... so bleibt doch eine gewisse Erhabenheit der Erwachsenen dem Kind gegenüber bestehen*". Zusammenfassend könnte man also sagen, Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern sind von vornherein so ungleich und die Unterdrückung ist ebenfalls vorprogrammiert, da läßt man/frau es besser gleich bleiben!

Dieses Argument setzt praktisch eine direkte und starre Beziehung zwischen vorhandener Ungleichheit und tatsächlicher Unterdrückung voraus. Demnach müßte das Ideal einer Beziehung auch nicht die heterosexuelle, sondern die schwule Beziehung sein, da dort scheinbar keine „Kluft" herrscht. Wie unsinnig das ist, läßt sich leicht daran erkennen, daß es in schwulen Beziehungen durchaus nicht weniger Herrschaftsverhalten gibt, wie es in einer zwischen Frau und Mann oder zwischen Kind und Erwachsenen möglich ist. Das hängt doch wohl ebenso von den Beteiligten ab! Oder vertreten die Verfasser die These, Männer seien an sich Unterdrücker? Dasselbe Spiel treiben sie nämlich mit der Behauptung, Erwachsene seien an sich repressiv gegenüber Kindern, Änderung unmöglich! Ohne die konkrete Praxis einer solchen Beziehung zu untersuchen, wird da frisch drauflosgeurteilt, schematisiert und dann entsprechende „revolutionäre" Vorstellungen entwickelt.

Nun mal ganz abgesehen davon, was u.a. oben zitierte Kinder subjektiv meinen, kann mensch doch auch so einige Feststellungen über die Bedeutung intensiver Beziehungen sowohl für Kinder als auch Erwachsene machen. Neben der von mir gewiß unbestrittenen These, daß Kinder am besten im Zusammenleben mit anderen Kindern Sozialverhalten lernen, selbständiger werden, „miteinander spielen, umgehen und kommunizieren" lernen, kann man doch wohl kaum bestreiten, daß es eine Reihe von Dingen gibt, die Kinder von Erwachsenen lernen können, und ebenso umgekehrt Erwachsene von Kindern. Ob das „Hilfeleistungen ... pflegerischer Art" sind, ob das Weitergabe von Erfahrungen sind oder Erzählungen aus früherer Zeit (das war für mich stets das interessanteste an den Besuchen bei meiner Großmutter) oder das Lehren von handwerklichen und anderen Fähigkeiten, alles das können Erwachsene Kindern geben. Andererseits können Kinder Erwachsene fordern, sich weiterzuentwickeln, können häufig schon eingefahrenes Denken und Handeln wieder in Schwung bringen, die Erwachsenen Offenheit, Direktheit, Spontaneität und Freude lehren. Und schließlich können beide eine Menge Spaß zusammen haben. Und: wir gingen zwar früher eher zum Bruder oder zur Schwester, wenn wir Probleme hatten, aber doch vor allem, weil wir den Erwachsenen nicht trauten! Und warum wollen so oft Kinder trotz großer Auswahl an anderen Kindern so gerne mit Erwachsenen spielen, schmusen usw.? Und wünschen sich nicht sogar Kinder mit vielen Geschwistern eine vertrauensvolle und enge Beziehung zu ihren Eltern?

Wie soll denn eine solche Beziehung bei kurzen Besuchen in den Kinderkollektiven entstehen können? Ich spreche mich entschieden gegen eine derartige Trennung von Erwachsenen und Kindern aus und fordere die Verfasser der beiden Artikel dazu auf, genauer zu untersuchen, was wirklich im Interesse der Kinder und Erwachsenen ist!

Gegen die Unterdrückung der Kinder im Gewande „fortschrittlicher Sexualmoral und „revolutionärer" Erziehungskonzepte!

Für positive, der Entwicklung beider Seiten dienende, intensive Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern wie auch Kindern untereinander!

Ein Genosse des SSB/Hamburg




Diese Broschüre ist Reaktion des Kinderhauses auf die Vorwürfe der Behörde, die Kinder des Kinderhauses würden indoktriniert, weil die Kinder, Eltern und Erzieher von ihrem selbstverständlichen Recht eines Behörden Go-ins Gebrauch macht, um ihrer Forderung nach finanzieller unterstützung Nachdruck zu verleihen.
Dazu schreibt das Kinderhaus in dieser Broschüre:
**Mit dem Vorwurf der Indoktrination versucht man, Initiativen kaputtzumachen, in denen die Kinder zu Solidarität, Kritikfähigkeit, Selbständigkeit, Vorurteilslosigkeit, Gleichberechtigung etc. erzogen werden, in denen an den Bedürfnissen der Menschen angeknüpft wird. Wir wollen deshalb im folgenden darstellen, in welchem Maße unserer Meinung nach die Kinder jeden Tag wirklich indoktriniert werden; zum größten Teil wirklich indoktriniert werden; zum größten Teil von Staat und Gesellschaft gefördert bzw. zumindest geduldet.**
Diese Broschüre ist reichhaltig mit Bildern und Dokumenten versehen, hat 48 Seiten, kostet 2,50 DM und ist wie auch weitere Informationen zu beziehen über
**KINDERHAUS in der Heinrichstraße**
**Heinrichstraße 14 a, 2000 Hamburg 50**

# Kinderhaus..

Fortsetzung von Seite 1

Die logische Konsequenz aus diesem Urteil kann nur sein, daß die staatlichen Schnüffel-Praktiken jetzt auch auf die freien Träger in der Kinder- und Jugendarbeit übergreifen sollen. Beispielsweise generelle Ausweitung der Berufsverbote auf die Erzieher in den Heimen freier Träger, entsprechende Überprüfungen usw. Die freien Träger, bisher gewissermaßen eine von staatlichen Eingriffen und Schnüffelpraktiken relativ freie Insel im westdeutschen „Sicherheitsstaat", sollen damit gleichgeschaltet werden.

## Komische Zweifel

An dieser Elle soll jetzt das Kinderhaus Heinrichstraße gemessen werden. Dabei sind Jugendbehörde und Senat etwas gehandikapt: In der Hoffnung, das Kinderhaus auszutrocknen, hatte sie zwei Jahre lang behauptet, „politische Bedenken" gegen das Kinderhaus bestünden nicht! Der Springer-Presse blieb es vorbehalten, von Zeit zu Zeit die brandheißen Enthüllungen über das „knallrote Kinderhaus.. am genauso „roten Faden" (des KB) herauszubringen. Erst Anfang des Jahres plauderte Bürgermeister Klose aus, daß er schon 1976 durch seinen Verfassungsschutz habe ermitteln lassen, daß das Kinderhaus „im Wesentlichen vom KB getragen" sei – und daß er diese „Erkenntnis" durch seinen Pressesprecher habe durchsickern lassen – in die bekannten Redaktionen.

In dieser Senatstaktik verhedderten sich auch die Verwaltungsrichter: Als Beleg für ihre „Zweifel an der Verfassungstreue" des Kinderhauses Heinrichstraße zitierten sie ausgerechnet drei Antworten des Senates auf kleine Bürgerschaftsanfragen, in denen dieser jeden „politischen Hintergrund" – mithin jeden Zweifel an einer „dem Grundgesetz förderlichen Arbeit" des Kinderhauses – heftig zurückgewiesen hatte! (Datiert vom Oktober 1976, Juli 1977 und Mai 1978).

## Wie gehts weiter?

Die von den Hamburger Verwaltungsrichtern geforderte Ausweitung des „Radikalenerlasses" auf Kinderinitiativen trifft nicht allein das Kinderhaus. Seit Ende der 50er Jahre Menschen ins Gefängnis wanderten, die für Kinder Ferienaufenthalte in der DDR organisiert hatten, ist das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Hamburg wohl der schärfste juristische Angriff gegen fortschrittliche Kindererziehung in der BRD.

Das Kinderhaus Heinrichstraße will alle möglichen juristischen Schritte gegen dieses Urteil unternehmen. Berufung gegen das Urteil ist schon eingelegt. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist dabei, daß sich das Gericht mit diesem Urteil auch mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege angelegt hat, deren Mitglieder (wie das Kinderhaus Heinrichstraße) bisher generell als „förderungswürdig" galten – und die jetzt einer staatlichen Überprüfung auf „Verfassungstreue" unterworfen werden sollen.

Gleichzeitig kommt – gerade angesichts der „liberalen" Sprüche führender SPD-Politiker über den „Unsinn" des Radikalenerlasses – der Information über dessen im Fall Kinderhaus Heinrichstraße geplante Ausweitung besondere Bedeutung zu. Das ist auf jeden Fall ein Thema für den Jugendhilfetag im November, für die anderen Kinderinitiativen in der BRD.

Die Jugendbehörde hat sich zu ihrem weiteren Vorgehen noch nicht geäußert. Als Erfolg wird sie es sicherlich verbuchen, durch ihre unsinnige Bedarfsargumentation und mit Hilfe des Verwaltungsgerichtes das Kinderhaus 2 Jahre lang ohne öffentliche Mittel hingehalten zu haben. Eine ähnlich lange juristische Auseinandersetzung um die Förderungswürdigkeit der Initiative erscheint durchaus noch denkbar.

**Damit das Kinderhaus Heinrichstraße das aushält - wie es schon zwei Jahre dem Staat getrotzt hat - ist materielle und politische Solidarität notwendiger denn je. Wir sind dabei!**

**Kinderkommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

*Informationen, Spenden:*
*Kinderhaus Heinrichstraße*
*Heinrichstraße 14a*
*2000 Hamburg 50*
*Tel.: 040/ 43 39 49*
*Kt.: BFG 12444461*




# Der Ärztestreit mit der Hamburger Gesundheitsbehörde geht weiter

Ein zweiter Hamburger Arzt, Dr. Gerhard Limbrock, hat wegen der unerträglichen Arbeitsbelastung, der Ärzte in den Hamburger Krankenhäusern die Gesundheitsbehörde verklagt.

*„Dr. Limbrock fordert, der Gesundheitsbehörde — von akuten Notfällen abgesehen — generell zu untersagen, mehr als einmal wöchentlich Bereitschaftsdienst anzuordnen. Nach seinem Klageverlangen soll sich an den Bereitschaftsdienst auch nicht mehr unmittelbar ein regulärer Arbeitstag anschließen"* („Hamburger Abendblatt", 11.8.78).

Dr Limbrock ist Sprecher der in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Ärzte und, wie sein Kollege Dr. Junghans, im Allgemeinen Krankenhaus (AK) Heidberg beschäftigt. Dr. Junghans klagt seit über einem Jahr gegen die Gesundheitsbehörde, da er nicht hinnehmen will, daß er und seine Kollegen eine Gefahr für die Patienten darstellen, was unzweifelhaft dann der Fall ist, wenn nach 32stündigem Dauerdienst z.B. auch noch operiert werden soll. Der Arzt will die Herabsetzung der Bereitschaftsdienste um die Hälfte erreichen.

Bereits vor zwei Jahren hatten zwölf Ärzte in einem Brief an Gesundheitssenatorin Elstner (SPD) auf die unhaltbaren Zustände im AK Heidberg hingewiesen, allerdings stieß ihr Protest damals auf taube Ohren — es kam keine Antwort (s. AK 133 und 134).

Inzwischen hat sich auch die ÖTV-Führung zum Thema selbst zu Wort gemeldet: *„Für alle 14.000 Mitarbeiter im hamburgischen Krankenhausdienst fordert die ÖTV die Aufhebung der Bereitschaftsdienste mit besonders hohen Belastungen zugunsten von Schichtdienst. Außerdem müsse dem Klinikpersonal ein angemessener Freizeitausgleich gewährt werden. Die größte Arbeitsbelastung haben in der Regel die Operationsteams die Anästhesie- und Röntgenstationen zu tragen"* („HA", 8.8.). Was hier „vergessen" wurde, ist die Forderung nach Einstellung von zusätzlichem Personal, denn anders wird sich die Situation in den Krankenhäusern wohl kaum ändern lassen! Auch haben die ÖTV-Führer von vornherein als einziges Mittel zur Durchsetzung der Forderung auf die Gerichte orientiert: *„Wir hoffen, daß auch Krankenschwestern oder Pfleger den Mut finden, ihren Arbeitgeber zu verklagen"* („HA", 11.8.).

Die Hamburger Gesundheitssenatorin Elstner hat jetzt angekündigt, sie werde *„dem Senat einen Stufenplan zur Entlastung des Klinikpersonals vorschlagen, dessen Kernpunkt die zusätzliche Einstellung von 250 bis 300 Ärzten in den nächsten Jahren (??) ist"* („HA", 16.8.). Außerdem soll für Krankenhäuser *„mit besonderen Engpässen (Heidberg, Neugeborenen-Intensivstation Wandsbek, Rissen) 'sofort' Personalverstärkung bewilligt"* werden („HA", 16.8.).

Diese Versprechungen verbindet Elstner gleich mit demagogischen Angriffen gegen die klagenden Ärzte. *„Sie setze auf das partnerschaftliche Gespräch und finde es daher umso befremdlicher, 'wenn ein maßgeblicher Funktionär einer der beteiligten Gewerkschaften der Deutung Vorschub leistet, die Gesundheitsbehörde und ihr Präses müßten erst durch gerichtliche Schritte zu vernünftigen Lösungen gezwungen werden ... Mir drängt sich der Verdacht auf, daß es hier allein um Effekthascherei und Profilierungssucht geht"* (ebenda)

# Uni-Klinik, Frankfurt: „Wir erleben den absoluten Zusammenbruch..."

Im *Zentrum der Kinderheilkunde* der Uni-Klinik Frankfurt starb im Juni ein einjähriges Kind nach einer Operation auf der Intensivstation, weil nicht rechtzeitig bemerkt wurde, daß bei ihm Atemstillstand eingetreten war. Das Kind wurde bewußtlos und wachte bis zu seinem Tod nicht mehr auf. Hintergrund: weil die Zahl der Sitzwachen erheblich gekürzt worden war konnte das Kind nicht ausreichend überwacht werden (lt. „Frankfurter Rundschau", 4.8.)!

Vor kurzem mußte eine Herzoperation um drei Stunden verschoben werden, weil für die Nachversorgung des Patienten auf der Intensivstation die benötigten Pflegekräfte fehlten.

Durch die neuerlichen Einsparungen müssen in der *Poliklinik* (Chirurgische Ambulanz) die Patienten stundenlange Wartezeiten erdulden. Dazu kommt, daß seit Anfang August *„der Aufnahmeschalter an Sonntagen überhaupt nicht mehr sowie an Werktagen zwischen 19.30 Uhr abends und 7.30 Uhr morgens nicht mehr besetzt* (ist). *... Weil die Pfleger, die unter anderem jetzt noch zusätzlich den Telefondienst am Schalter mitübernehmen sollen, zumeist andernorts mit Gipsarbeiten, Wundversorgung und OP-Vorbereitungen voll ausgelastet sind, klingelt das Telefon hier minutenlang, ohne daß der Hörer abgenommen wird"* („FR", 5.8.).

Viele Patienten kehren unbehandelt vor verschlossener Tür wieder um. Auch die OP-Vorbereitung ist ständig infrage gestellt.

Der „Extra-Dienst" vom 15.8. meldete: *Die bisherigen Stellenstreichungen am Klinikum Frankfurt haben u.a. dazu geführt, daß bereits zwei Stationen für innere Medizin sowie je eine Station für Hautkrankheiten und Hals-, Nasen- und Ohrenleiden geschlossen werden mußten"*.

In der *Psychiatrie* mußte aufgrund von Stellenstreichungen (20 ärztlichen und 16 Stellen aus dem Pflegedienstbereich) eine Männerstation geschlossen und die Patienten auf andere Stationen verlegt werden (nach „FR", 22.7.).

Im letzten Jahr hatten die Kolleginnen und Kollegen der Uni-Klinik durch Protestaktionen — Besetzung der Straßenbahnschienen vor dem Haupteingang des Krankenhauses, Demonstration durch die Stadt — die Öffentlichkeit über die Zustände in der Klinik und die geplante Streichung von ca. 440 Planstellen aufmerksam gemacht. Nachdem sie erst vertröstet wurden — angeblich sollten „nur" 100 Stellen gestrichen werden, gibt es jetzt neue Sparpläne. Sozialminister Armin Claus (SPD) hat in sogenannten „Wirtschaftlichkeitsprüfungen" einer „Innerministeriellen Arbeitsgruppe" (IAG), wie er es nannte, eine *„Pioniertat"* und *„wegweisenden Schritt zur Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen"* hervorgebracht: Die Einsparung von weiteren 400 Planstellen!

Für Claus ist die Lösung der damit verbundenen, unüberwindbaren Probleme ein Kinderspiel. In zynischer Weise fordert er Ärzte und Pflegepersonal auf, doch ein wenig mehr *„Mut und Phanatsie"* in der inneren Organisation des Krankenhausbetriebes zu entwickeln („FR", 24.7.)! Und dann macht er noch einige Vorschläge, wie die Löcher in der Krankenversorgung zu stopfen wären: z.B. sollte ein Personalaustausch zwischen den Stationen durchgeführt und außerdem eine Art Feuerwehr im Pflegedienst, eine sogenannte *„Pflegediensteinsatzgruppe"* eingerichtet werden. Im großen und ganzen handele es sich insgesamt nur um „schlecht gelöste Managementprobleme" („FR", 24.7.). ....

Die Auswirkungen dieser „Pioniertat" des Herrn Claus und seines IAG sind mit nur wenig Phantasie heute schon abzusehen: *„Für das Zentrum der Kinderheilkunde haben die 'Wirtschaftsprüfungen' ergeben, daß hier schaftsprüfungen' ergeben, daß hier im Pflegedienst 26 Stellen zuviel besetzt sind, die nach und nach durch Nichtwiederbesetzung abgebaut werden sollen. Die Folge: Im Zentrum werden jetzt die Frühgeborenenstation und die Station für herzkranke Säuglinge zusammengefaßt. Eine Station der allgemeinen Pädiatrie* (= Kinderheilkunde) *wird vorübergehend geschlossen"* („FR", 4.8.). Der Leiter einer Abteilung der Pädiatrie dazu: *„Wir erleben hier den absoluten Zusammenbruch, wenn die 26 Stellen gestrichen werden"* („FR", 4.8.).

Auch würde die Gefahr bestehen, daß eventuell Neugeborenen-Intensiv-Pflege, Allergologie, Pneumologie u.a. überhaupt fallengelassen werden müßten.

Dies sind nur einige Beispiele der zu erwartenden Auswirkungen. Natürlich wird der Streß, dem Pflegepersonal und Ärzte ausgesetzt werden ebenfalls rapide ansteigen.

Der Personalratsvorsitzende der Uni-Klinik, Willig Lang, erklärte gegenüber PPA: *„Wenn Sozialminister Claus seine sozial- und gesundheitsfeindlichen Absichten nicht aufgibt, werden die Beschäftigten unseres Klinikums im September auf die Straße gehen ... Arbeitsüberlastung, Mehrarbeit und Streß, verbunden mit finanzieller Verschlechterung, haben unter Schwestern, Pflegern, Ärzten, technischen Angestellten und Arbeitern ein Ausmaß der Unzufriedenheit und Verdrossenheit geschaffen, das kaum noch zu überbieten ist"* („ed", 15.8.).

Was die ÖTV-Führer zu tun gedenken, ist zur Zeit noch unklar. Es hat sich gezeigt, daß der „Kompromiß", den sie mit dem Ministerium vor zwei Jahren ausgehandelt hatten — statt 440 „nur" 100 Stellenstreichungen — von vornherein ein faules Ei war. Die Sparmaßnahmen sind somit auch von der Gewerkschaftsführung mitzuverantworten!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

# In den Hamburger Alten- und Pflegeheimen fehlen mindestens 390 Stellen

Gleichzeitig mit der Situation in den Krankenhäusern ist auch der besonders schlimme Zustand in den 13 Hamburger Alten- und Pflegeheimen öffentlich bekannt geworden.

*„Nach ihrer Darstellung* (der Gewerkschaft ÖTV — Anm. AK) *gibt die Personalsituation in den 13 staatlichen Alten- und Pflegeheimen der Hansestadt* (...) *'zu ganz erheblichen Bedenken Anlaß'". „Die Pflege der alten Menschen ist nur noch unter schwierigsten Bedingungen zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten"* („HA", 15.8.78). Als Gründe hierfür nennt die ÖTV: *„390 Stellen fehlen* (!!), *durch permanente Überforderung habe sich die Krankenquote beim Pflegedienstpersonal auf acht Prozent erhöht, und durch die Urlaubszeit sei zusätzlich eine Fehlquote von zehn Prozent aufgetreten"* („Welt", 15.8.).

Für die pflegebedürftigen Menschen — 94% der Heimbewohner sind aufgrund ihres Alters besonders pflegebedürftig (lt. „Welt") — bedeutet dieser Zustand, daß sie außer einer notdürftigen, rein technischen Versorgung, die z.T. auch noch von nichtausgebildetem Personal wahrgenommen wird, niemanden für eine Betreuung zur Verfügung haben. Betreuung, d.h. sich kümmern um die Probleme der alten Menschen, um eine sinnvolle Beschäftigung, auch Gymnastik und andere Gesundheitsmaßnahmen.

Der Leiter des Pflegeheims Holstenhof gab die Gründe für die sich immer mehr zuspitzende Lage in diesen Heimen an: *„Wir kriegen heute immer schwerere Pflegefälle aus den Krankenhäusern, wo man die Verweildauer niedrig halten will"* („Welt", 15.8.). „Fälle", die für die Ärzte in den Krankenhäusern aussichtslos, uninteressant „für Forschung und Lehre" geworden sind, werden kurzerhand in Siechenheime geschickt, sofern die Verwandten die Pflege nicht selbst übernehmen. Und dort dämmern die alten Menschen nur noch ihrem Tod entgegen.

Sozialsenator Jan Ehlers (SPD) sieht das alles ganz undramatisch. Er behauptet, die ÖTV habe sich *„verrechnet"*, *„die Pflege ist voll gewährleistet"* („HA", 15.8.).

Ehlers will in diesem Monat mit der Finanzbehörde Verhandlungen über den Haushalt 1979 aufnehmen, in denen eine Personalaufstockung zur Sprache kommen soll ....
Da kann man gespannt sein, oder?

*ÖTV-Kommission*

# „Kakerlaken krochen durchs Krankenzimmer"

*„...Ratten huschten um das Gebäude, halbverwilderte Stadttauben mit vielen Krankheitskeimen im Gefieder gurrten auf den Fensterbänken, Staub von Bauarbeiten für die neue Klinik unmittelbar nebenan drang ein und lagerte sich auf Betten, Böden, und Möbeln ab"* („HA", 14.8.78).

So ging es 1974 in der Orthopädischen Klinik II der Kölner Universität zu! An die Öffentlichkeit kamen diese skandalösen Umstände erst durch die Klage einer Frau, die dort operiert worden war.

Nach der Operation am Kniegelenk erlitt die Patientin eine Knochenmarksentzündung, *„schweres Nierenversagen"* und einen *„erheblichen Leberschaden"*, so daß sie mit Lebensgefahr in die Intensivstation eingeliefert werden mußte; es blieben jedoch unreparable Schäden zurück: *„Sie wurde mit verkrüppeltem Bein entlassen, arbeitsunfähig"*.

Die Frau hat inzwischen vor Gericht Recht bekommen und erhält 15.000 DM Schmerzensgeld, da *„offensichtlich Krankheitserreger die Operationswunde verseucht und die Frau in akute Lebensgefahr gebracht"* hatten, ist die Begründung des Gerichts. („HA", 24.8.).

**ÖTV-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

KOLLEKTIV

*Schüler Info*

*Wir sind Krankenpflegeschüler, die seit Dez. 1977 an der Idee einer spez. Schülerzeitung für die Berliner Krankenpflegeschulen arbeiten. Wir versuchen mit der Zeitung Informationen, fortschrittliche Inhalte und Initiativen in der Krankenpflegeausbildung zu vermitteln und mit dem in Verbindung zu bringen, was MEDIZIN unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet.*

*wir fordern:*

- *eine selbstbestimmte Ausbildung*
- *gemeinsam gegen staat. Sparmaßnahmen, pol. Disziplinierung und eine gewinnorientierte MEDIZIN*
- *gegen jede Unterdrückung von Frauen*
- *gemeinsam für VOLKSMEDIZIN*
- *eine Interessenvertretung aller im Gesundheitswesen Beschäftigten aufbauen*

*Kollektiv SCHÜLER-INFO*
*postlagernd 1/36*
*Skalitzer Str.*
Postlagerkarte A049941

„Schüler Info" („Zeitung für Menschen aus der Krankenpflege") Nr. 1 enthält u.a. Artikel zu:

- Bundesarbeitsgericht zum Berufsbildungsgesetz
- Geburt in der Klinik und ihre Alternativen
- Arbeitsmedizin
- Frauen im Krankenhaus
- erste Einschätzung („zur Entwicklung einer inhaltlichen Perspektive unserer Zeitung" und „als Minimalplattform").

Am Schüler Info kann jede(r) mitarbeiten. Die Kollegen bitten um konkrete Erfahrungsberichte.

*„Wir meinen, daß dann das Schüler Info eine sehr gute Möglichkeit ist, fortschrittliche Meinungen und Informationen zu koordinieren"* (aus „In eigener Sache", Schüler Info Nr. 1).

**ÖTV-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Besetztes Haus geräumt

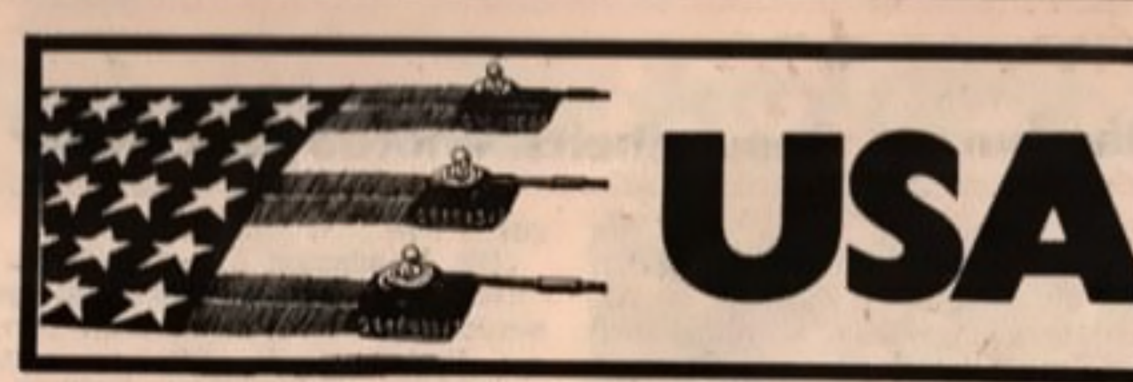
**Freiburg:** Am Morgen des 29.8. drang Polizei in das besetzte Haus Schusterstraße 36 ein. Die Bewohner wurden vom Frühstückstisch weg oder noch in den Schlafsäcken festgenommen, auf die Polizeiwache gebracht und ED-behandelt. Gegen alle 34 Festgenommenen wurde Strafanzeige gestellt - wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung u.a.

Das Haus hat fast ein Jahr lang leergestanden, als es letzte Woche von ca. 40 Leuten, die z.T. schon monatelang vergeblich eine Wohnung gesucht hatten, besetzt wurde. Seitdem war fast jeden Abend eine Veranstaltung gelaufen, hunderte von Leuten hatten das Haus besucht, zweitausend hatten sich durch ihre Unterschrift solidarisiert. Die ansonsten eher liberale „Badische Zeitung" hatte im Gegensatz zu ihrer bisherigen Praxis von Anfang an mehr oder minder offen gegen die Besetzer gehetzt („Penner", „Besetzer-Profis", „Kriminell"). Da war nun die Rede davon, das Gebäude *„so zu sanieren, daß sein Wohnwert der kostbaren (!) Innenstadtlage entspricht"*. Daß die Mieten für solcherart entstandene Ein-Zimmer-Wohnklos kein Mensch mehr zahlen kann, davon war nicht die Rede. Vom Besitzer wurde das Angebot der Besetzer, Miete zu zahlen und sogar auf Kündigungsschutz u.a. im Mietvertrag ausdrücklich zu verzichten, ausgeschlagen. Stattdessen wurden in aller Ruhe Polizeikräfte aus Lahr, Offenburg usw. für den großen Schlag zusammengezogen - und ein Abbruchkommando beauftragt, das teilweise unter Denkmalschutz stehende Haus unbewohnbar zu machen.

Die Besetzer planen eine Veranstaltung und Aktionen in der Innenstadt.



**Um zu bezeugen, daß er keine Waffen bei sich habe, lüftete dieser festgenommene Hausbesetzer sein Hemd und ließ seine Hosen herunter.**




P.P. Zahl

## Helsinki-Gruppen in den USA

New York, August 1978.

Am 21. August 1971 wurde im Zuchthaus von San Quentin der schwarze revolutionäre Schriftsteller George Jackson (*Soledad Brother – In die Herzen ein Feuer*) auf Weisung von Staatsschutzorganen (Los Angeles Polizei-Hauptquartier, Abteilung zur „Bekämpfung krimineller Vereinigungen") ermordet.

Am 9. September 1971 erhoben sich im Staatsgefängnis Attica, New York, 2.000 Gefangene, nahmen Geiseln, besetzten einen Hof, gaben sich ihre eigene Ordnung; auf Weisung des Gouverneurs Rockefeller stürmte die Nationalgarde den besetzten Knast und ermordete 43 Männer, darunter 11 Wärter (vgl. Richard X. Clark, *Attica*, Trikont Verlag).

Am 5. April 1972 wurde kurz nach seiner Entlassung aus dem Knast der schwarze „Kriminelle" und Revolutionär James Carr erschossen – von „Unbekannten" im Auftrage von Staatsschutzorganen. Carr hat wie kaum ein anderer die Gewalt, Brutalität und Subkultur, den Rassen- und Klassenkampf im US-Zuchthaussystem beschrieben (James Carr, *Die Feuer der Freiheit*, Nautilus Verlag Hamburg).

In den Gefängnissen des Bundesstaates Maryland wurden Experimenten, medizinische Testreihen mit Malaria- und Choleraerregern an Gefangenen durchgeführt. Jahrelang. Allein 113 Testpersonen sind bis auf den heutigen Tag krank.

Zwischen 1950 und 1973 wurden in den USA bei Polizei-„Einsätzen" und -„Übergriffen" 6.000 Menschen umgebracht. Allein in 5 Monaten kam es in San Francisco zu 200 Fällen von Polizeibrutalitäten, darunter eindeutigen Morden, begangen an Chicanos (Mexiko-Amerikanern), wie kürzlich eine Bürgerrechtsorganisation auf einem Treffen in New Orleans dokumentierte.

Bürger- und Menschenrechte in den USA, im Zeichen der „Schlußakte von Helsinki"!

Tausende von Gefangenen in über 30 Bundesstaaten, Knastgruppen, liberale und linke Bürgerrechtsorganisationen arbeiten nunmehr seit über anderthalb Jahren an einer Kampagne, die massiven Menschenrechtsverstöße durch staatliche Organe in den Vereinigten Staaten vor die UNO zu bringen.

Subjekt und Kläger sind die Gefangenen selbst.

In der zuständigen Unterkommission der UNO in Genf unterstützte bisher nur –Cuba das Anliegen der Gefangenen und der Unterstützergruppen.

Eines der Zentren des Protestes bleibt das Zuchthaus Attica im New York. Die McKay-Kommission, die das Massaker vom September 71 untersuchte, stellte in ihrem Bericht fest, daß *„mit Ausnahme der Indianermassaker Ende des 19. Jahrhunderts der Angriff der Staatspolizei, der den viertägigen Aufstand beendete, das blutigste eintägige* (einseitige, PPZ) *Gefecht zwischen Amerikanern seit dem Bürgerkrieg war"*. Die Truppen hatten 2.200 Schuß auf unbewaffnete Gefangene und ihre Geiseln – denen kein Haar gekrümmt worden war! – abgefeuert. Während der sattsam bekannte Verbrecher R.M.Nixon den Schreibtischmörder Nelson Rockefeller, *„weil er sich um die Nation verdient gemacht hat"* auszeichnete, wurden die lebengebliebenen Gefangenen mit Verfahren überzogen: die Anklagen gegen die 61 zumeist schwarzen Gefangenen, die *„Attica Brothers"*, ergaben Höchststrafen von insgesamt 60.000 Jahren Knast.

Unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit, die es in den USA im Gegensatz zur BRD noch gibt, waren die Gerichte schließlich gezwungen, fast sämtliche Anklagen niederzuschlagen. 8 Brüder aber, darunter 2 Indianer, wurden für den Rest ihres Lebens hinter Gitter geschickt. Ihre, wie aller anderen Gefangenen Forderung war gewesen: *„Wir sind Menschen, keine Tiere, und wir wollen nicht wie Tiere behandelt werden"*.

Nach einer Zeitspanne mit winzigen Reformen (die Farbe der Knastklamotten im Staate New York wurde geändert), kehrte in Attica wieder der Alltag ein. Die Repression wurde erneut (das ist in den USA wörtlich zu nehmen) mörderisch. So wurde etwa einer Appellation von Gefangenen gegen *Ku-Klux-Klan-Wärter* vom Bundesgerichtshof negativ beschieden: diese seien *„zur Resozialisierung der* (in Attica zu 85% schwarzen!) *Gefangenen durchaus geeignet.* So bildete sich im Frühsommer dieses Jahres innerhalb der Knastmauern eine klandestine (Untergrund-) Organisation, die *Attica Brigade*. Sie besteht aus Gefangenen, die ihre Lage erkannt haben und sich und ihre Lage, die Lage von über 90% der Gefangenen, als politisch begriffen.

In einem ersten Papier analysieren sie die Gefangenenbewegung in den USA, insbesondere Hintergründe und Auswirkungen des '71er Aufstandes, und faßten die Forderungen ihrer Brüder in einem 32-Punkte-Katalog zusammen. Als Teil der US-amerikanischen Bürgerrechts- und Antirepressionsbewegung, als der sich die Brigade begreift und als der auch von dieser akzeptiert wird, kennt sie ihr Risiko, das sie zwangsläufig in einer *„rassistischen und faschistischen*

einer „rassistischen und faschistischen


Attica, nach der Revolte im September 1971

*Umgebung"* laufen. Ihre und aller anderen Gefangenen Lebensversicherung kann nur aus einer hellwachen Öffentlichkeit bestehen. Für den September 1978 – sieben Jahre nach dem Massaker – wurden alle Gefangenen in den Knästen im Staate New York zu einem Generalstreik aufgerufen!

Protestbriefe sollten an Governor Hugh Carey, State Capital Building, Albany, New York, gerichtet werden. Interessierte und Knastgruppen wenden sich an Prisoners Committee to U.N. c/o NCDPP, P.O.Box 1184, Harlem, New York 100027 oder ATTICA NOW, 219 E. 10th Street, New York, New York 10003.

George Jackson, der in der Gefangenenbewegung ein wichtiges Instrument sah, rassische, kulturelle und ideologische Unterschiede und Streitpunkte innerhalb der gesamten Linken zu überwinden, schrieb kurz vor seiner Ermordung:

*„Beendet euren Streit; verbündet euch; begreift euere Lage; begreift, daß der Faschismus schon hier ist; daß Leute schon heute sterben, die gerettet werden könnten; daß weitere Generationen sterben werden oder verdammt erbärmlich leben müssen, wenn ihr nicht handelt!"*

**P.P.Zahl**
**Knast Werl, Modell Deutschland**
**24.8.78**

# Niederlande

## Kampf der „illegalen" Marokkaner gegen ihre Ausweisung

Vor rund zehn Jahren, zur Zeit des „wirtschaftlichen Aufschwungs", schlossen die Niederlande mit zahlreichen Ländern Verträge zur Anwerbung von Gastarbeitern. So auch 1967 mit Marokko. Der Vorteil für das marokkanische Regime war doppelter Natur: Die hohe Arbeitslosigkeit in Marokko, Quelle möglicher sozialer Unruhen, wurde gemildert; das Geld, das die marrokanischen Arbeiter zur Versorgung ihrer Familien heimsandten, versorgte das Regime mit den dringend benötigten Devisen.

Für die niederländische Wirtschaft war das Geschäft nicht weniger profitabel: *„Die Kommission Ausländische Arbeiter der zentralen Arbeitgeberverbände schätzte noch 1970 den Beitrag der ausländischen Arbeiter für unsere Wirtschaft auf ein bis zwei Milliarden Gulden (= DM – Anm. AK). Mehr als zu erwarten aufgrund des Anteils, den sie an der Berufsbevölkerung stellen"* („NRC Handelsblad", 12.8., zit. nach „Klassenstrijd" Nr. 8).

Um der hohen Arbeitslosigkeit und dem Elend in ihren Ländern zu entkommen und für ihre Famlien ein zumindest minimales Auskommen zu ermöglichen, kamen neben den offiziell angeworbenen Arbeitern auch eine relativ hohe Zahl „Illegaler" ins Land (die Schätzungen für 1978 liegen zwischen 20.000 und 40.000 „illegalen" Arbeitnehmern).

Solange die Wirtschaft sich im Aufschwung befand, machte sich die niederländische Regierung wenig Sorgen um die Anwesenheit dieser „Illegalen". Als die krisenhaften Erscheinungen sich jedoch vermehrten, und eine beginnende Arbeitslosigkeit auch die niederländischen Arbeiter selbst zu betreffen begann, waren es zuerst diese „Illegalen" über deren Abschiebung die Regierung die Zahl „überschüssiger" Arbeitskräfte vermindern wollte. Im Dezember 1972 werden die ersten Razzien durchgeführt. Die bürgerlich-demokratische Presse reagiert scharf ablehnend, die christliche Tageszeitung „Trouws" etwa schreibt, nachdem

lehnend, die christliche Tageszeitung „Trouws" etwa schreibt, nachdem

die Ausländischen Arbeitnehmer nicht mehr gebraucht würden, würden sie als „Wegwerfarbeiter" angesehen werden.

Es muß also eine „rechtliche" Grundlage her für dies Vorgehen. Im März 1975 wird eine Regularisierungs-Verordnung erlassen: „Illegale" Arbeiter, die schriftlich nachweisen können, vor dem 1. November 1973 (vor anderthalb Jahren!) sich in den Niederlanden aufgehalten und dort gearbeitet zu haben, können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Daneben müssen sie über einen gültigen Paß verfügen und dürfen nicht „straffällig" geworden sein, dazu noch eine Reihe weiterer Bedingungen ...

Gegen diese Verordnung demonstrieren im April 75 in Den Haag 4.000 ausländische Arbeiter und Niederländer. Sie fordern u.a.:

- Zurückziehung der Verordnung
- Legalisierung aller ausländischen Arbeiter
- Die Arbeitgeber der „Illegalen" müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Unter dem Eindruck des Protests vieler Organisationen und Parteien und der Demonstration in Den Haag werden die Bedingungen der Regularisierungs-Verordnung etwas abgemildert. Die „Illegalen" sollen nur beweisen können, daß sie vor einem halben Jahr, also vor dem 1. November 1974 in die Niederlande gekommen sind und gearbeitet haben.

Die Verkürzung der nachzuweisenden Zeit ändert jedoch an der Sache nichts.

Die „Illegalen" waren ausschließlich von Arbeitgebern beschäftigt bzw. – meistens – durch Arbeitsvermittler („Sklavenhändler") eingesetzt worden, die Not oder Unkenntnis der „Illegalen" ausnutzten, sie zum einen für einen absolut lächerlichen Lohn zehn, zwölf, vierzehn Stunden am Tag die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten machen liessen, zum anderen für diese Arbeiter weder Steuern noch Sozialabgaben zahlten. Die entscheidende Forderung der Verordnung, daß die „Illegalen" durch schriftliche Erklärungen ihrer Arbeitgeber nachweisen müssen, daß sie vor dem 1. Nov. 74 in den Niederlanden gearbeitet haben, war nichts als blanker Zynismus. Denn jeder Arbeitsgeber, der „illegale" Arbeiter ohne Zahlung von Steuern und Sozialabgaben beschäftigt hatte, würde sich durch die Abgabe einer solchen Erklärung selber vors Gericht bringen. Die Bosse der „Illegalen" weigerten sich also logischerweise durchweg und im richtig kalkulierten Vertrauen darauf, von den „Illegalen" nicht angezeigt zu werden (weil die „Illegalen" aufgrund ihres Statuts ja gar nicht zur Polizei gehen konnten, ohne sich der Gefahr derAusweisung auszusetzen), die Arbeitsbescheinigungen auszustellen.


Demonstration am 29. Juli: „182 bleiben – Aufenthaltserlaubnis jetzt!"

### Der Kampf beginnt

Durch eine Betriebsbesetzung im Juni 1975 gelingt es einer Gruppe „illegaler" ausländischer Arbeiter, die über einen Arbeitsvermittler eingesetzt waren (Wochenverdienst rund 100 Mark!), diesen zur abgabe der Arbeitsbescheinigungen zu zwingen. Der Industriebund der sozialdemokratischen Gewerkschaft (IB-NVV) solidarisierte sich mit der Aktion. –

Mit gleichem Erfolg kann eine Betriebsbesetzung in Rotterdam im November 75 beendet werden.

Im Juli 1975 wird der marokkani- November 75 beendet werden.

Im Juli 1975 wird der marokkanische Botschaften in Amsterdam gezwungen, die Ausstellung gültiger Pässe (eine Forderung der Regularisierungs-Verordnung) zuzusagen. Zwanzig verhaftete „illegale" Marokkaner werden unter der DRohung anstehender Demonstrationen wieder freigelassen.

Das Regularisierungs;Büro in Amsterdam öffnet erst mit sechswöchiger Verspätung. Viele der „Illegalen" erhalten einen Ungültigkeitsvermerk in ihrem Paß, weil die Richtlinien unklar sind oder willkürlich ausgelegt werden. Aus Angst vor der Polizei oder weil sie nicht über die erforderlichen schriftlichen Nachweise verfügen, melden sich tausende der „Illegalen" erst gar nicht.

Eine Organisation der marokkanischen Arbeiter hatte bisher nicht bestanden. Im September 1975 wird von einer Gruppe von Marokkanern das Komitee van Marokkaanse Arbeders in Nederland (KMAN) als autonome Massenorganisation gegründet, Niederländer bilden ein Unterstützungskomitee des KMAN.

### Hungerstreik

Nachdem den Marrokanern von dem korrupten Personal ihrer Botschaft vielfach falsche Pässe ausgestellt worden waren, sie somit einer Forderung der Regularisierungs-Verordnung nicht genügen konnten, beginnen 30 Marokkaner in der Amsterdamer Kirche De Duif im September 1975 einen vom KMAN organisierten Hungerstreik. Nach einer Woche kann dieser erste von vielen noch folgenden Hungerstreiks erfolgreich beendet werden: 200 Marokkaner bekommen gültige Pässe von ihrer Botschaft; das Justizministerium verspricht unter anderem die Anullierung der Ungültigkeitsvermerke in den Pässen.

120 weitere Marokkaner sehen sich unmittelbar von der Ausweisung bedroht. Sie besetzen am 1. November 1975 die Islamische Moschee und ziehen eine Woche später in die Moses- und Aaron-Kirche und beginnen dort mit einem Hungerstreik. Ermutigt durch diese Aktion beginnen auch in Den Haag und Utrecht Gruppen von Marokkanern Hungerstreikaktionen. Die linken Parteien, Teile der Gewerkschaften und der Rat der Kirchen solidarisieren sich mit den Aktionen.

Nach zwei Wochen sieht sich das Justizministerium – der Hungerstreik steht im Brennpunkt des Interesses der demokratischen Öffentlichkeit – zu einigen Zusagen veranlaßt. U.a. soll die Regularisierungs-Prozedur von Kammermitgliedern zweier linker Parteien, der Pazifisten-Sozialisten (PSP) und der Radikaldemokraten (PPR) überwacht werden. – Daraufhin wird der Hungerstreik am 15. November 1975 beendet, die Gruppen bleiben jedoch in den Kirchen, um die praktische Auswirkung der Versprechungen abzuwarten!

Die Zusagen erweisen sich in der Tat als wertlos. Entgegen den Versprechungen des Justizministeriums wird vier Morokkanern eine Ausweisungsverfügung in den Paß gestempelt. Die „Illegalen" Marokkaner beschließen, daß niemand mehr zur Legalisierung geht.

Auf Antrag von PSP und PPR wird eine Eildebatte in der Zweiten Kammer angesetzt. PSP und PPR beantragen die Legalisierung der Marokkaner, die an den Aktionen beteiligt sind, so wie die allgemein Le-

rokkaner, die an den Aktionen beteiligt sind, so wie die allgemein Le-

galisierung („Generalpardon")für alle „Illegalen". Die Anträge werden ausser von diesen beiden Parteien jedoch nur noch von der revisionistischen KP (CPN) und einem Mitglied der Fraktion der Liberalen (Demokraten '66 – D '66) unterstützt und somit verworfen. Auch die Sozialdemokraten (PvdA), die heute nicht müde werden zu behaupten, „schon immer" an der Seite der Marokkaner gestanden zu haben, stimmten gegen die Anträge!

### Betrogen!

Nach erneuten Verhandlungen im Justizministerium, u.a. unter Einbeziehung von Amnesty International und dem Rat der Kirchen, wird vom Staatssekretär Zeevalking der Eindruck erweckt, für die Legalisierung der 182 Marokkaner, um die es sich jetzt aktuell handelt, eine positive Lösung zu finden. Die 182 melden sich bei der Polizei, finden Wohnungen und größtenteils auch Arbeit.

Ungeachtet dieses – scheinbaren – Erfolges hält der Widerstand an. 10.000 ausländische Arbeiter demonstrieren im April 1976 in Utrecht gegen das neue Ausländergesetz, der Lage der „Illegalen" wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Nach über einem Jahr Hin und Her, „Verhandlungen" und Versprechungen – in der Hoffnung den Widerstand zu desorientieren und zu schwächen – läßt das Justizministerium den Affen raus: Staatssekretär Zeevalking gibt, ohne die Betroffenen vorher zu informieren, am 11. Juni 1976 bekannt, ein „kollektive Legalisierung" der 182 nicht vornehmen zu wollen. Dies würde nur als Generalpardon ausgelegt und weitere Illegale anziehen. Überdies glaube er nicht, daß die 182 bei ihrer Rückkehr nach Marokko von Seiten des Regimes irgendwelchen Gefahren ausgesetzt seien – er könne sich hierbei auf Informationen der niederländischen Botschaft in Marokko stützen (im August 1978 stellte sich heraus, daß die 27

Fortsetzung auf Seite 29

Fortsetzung von Seite 28

sprechenden Botschaftsberichte das ziemliche Gegenteil belegen!).

### Hassans Spitzel: Die „Amicales"

Über den Charakter der marokkanischen Diktatur, das sich mit Unterdrückung, Folter und Mord an der Macht hält, muß hier wohl nichts weiteres gesagt werden.

Wichtig ist jedoch für den Kampf der Marokkaner in den Niederlanden (wie auch in anderen „Gastländern"), daß König Hassan seinen „langen Arm in Europa" z. Zt. der Behauptung Zeevalkings auch schon längst in die Niederlande ausgestreckt hatte.







**Der niederländische Arbeitsvermittler wird nicht belangt. Die Justiz schafft Ordnung: „Sie können nicht beweisen, vor dem 1. November 1974 in den Niederlanden gearbeitet zu haben!"**

Mit zunehmender Unruhe unter den marokkanischen Arbeitern im Ausland, als deutlich wurde, daß ihr Widerstand sich zu formieren begann, die ersten sich in den Gewerkschaften ihrer „Gastländer" organisierten und sie eigene Organisationen gründeten, wurde auch den marokkanischen Machthabern die Gefahr bewußt, die von diesen marokkanischen Arbei tern bei der Rückkehr in ihr Heimatland ausgehen würde. Im November 1973 richtete der marokkanische Botschafter in Frankreich an seine europäischen „Kollegen" die Aufforderung, für die Gründung regime-höriger Organisationen unter den Marokkanern Sorge zu tragen. Nach seinem Schreiben ging es darum, *„unsere emigrierten Arbeiter in den Griff zu bekommen, um sie vor schädlichen Einflüssen zu schützen, die Spaltung unter ihnen säen."* Aufgabe dieser Organisationen sei es, Beamte einzusetzen, *„die sich mit der Kontrolle politischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten (der marokkanischen Arbeiter – Anm. AK) befassen"*, dies solle unter anderem durch *„das Besuchen von Betrieben, wo Marokkaner arbeiten"* geschehen (zit. nach „Dossier Amicales", Verlag Ordemann, Rotterdam).

Ende 1974 wurde unter dem Namen „Federation des Ami cales des Moracains aux Pays-Bas" (Förderation der Freunde Marokkos in den

Ende 1974 wurde unter dem Namen „Federation des Ami cales des Moracains aux Pays-Bas" (Förderation der Freunde Marokkos in den

Niederlanden) die niederländische Abteilung von „Hassans langem Arm" gebildet.

Arbeitsweise und Absichten der „Ami cales" entsprechen im wesentlichen denen der „Grauen Wölfe" was den Spitzelapparat der „Ami cales" angeht, dem iranischen „Savak". Wo künftig marokkanische Arbeiter für ihre Legalisierung kämpften, wo sie an Streiks oder demonstrationen teilnahmen, waren auch die „Ami cales" zugegen. Frucht der Tätigkeit der „Ami cales" ist unter anderem, daß auf sämtlichen marokkanischen Grenzstationen ein Aushang mit den Fotos und Namen der 182 existiert. Politisch oder gewerkschaftlich aktive Marokkaner, die für einen Urlaub nach Marokko zurückkehrten, wurden verhört und gefoltern, mehrfach zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Marokkaner, die sich weigern, sich bei den „Amicales" anzuschließen, werden bei der Rückkehr von vornherein als „verdächtig" angesehen, festgenommen und – nach Zeugenmeldungen – schlimmer behandelt als alle anderen Gefangenen.

### Solidarität

Zeevalking hatte seinen Überraschungsangriff sicher nicht absichtslos kurz vor den Beginn der allgemeinen Sommerferien gelegt: Abgesehen von einer Demonstration Ende Juni 1976 gegen die Ausweisung in Den Haag kam die Solidaritätsbewegung erst im August in Gang. Mitte August finden in zehn Städten gleichzeitig Aktionen gegen die Ausweisung statt. Mitglieder von politischen Parteien, Ausländerorganisationen usw. gründen das „Nationale Solidaritätskomitee der 182".

Nach verschiedenen kleineren Aktionen (anläßlich der parlamentarischen Debatte über das neue Ausländergesetz werden 10.000 Luftballons im Vorhof des Parlaments aufgelassen) demonstrieren dann am 2. Oktober 1976 in Amsterdam 1.000 Menschen unter der Parole: Die 182 bleiben, Ami cales weg!

### Die Ausweisung droht

Die Demonstration im Oktober 1976 war für längere Zeit die letzte große Aktion der Marokkaner. Während des Jahres 1977 schwächte die Bewegung zwar ab, fester Kern und sympathisierendes Umfeld waren aber jederzeit mobilisierbar.

Anfang Januar dieses Jahres wird bekannt, daß der Staatsrat – das höchste Beratungsorgan der Regierung – über die Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung beraten wird. Jetzt wurde deutlich, daß die Kampffront sich sogar noch verbreitert hatte: An der Organisierung von Demonstrationen, Kundgebungen und picket-lines im Januar und Februar beteiligten sich neben den „alten" Kräften – Nationales Solidaritätskomitee 182 und KMAN – jetzt auch Anwälte der Marokkaner sowie Organisationen der türkischen und pakistanischen Arbeiter.

In einer, was Dauer und Aufwand angeht, sehr ungewöhnlichen Sitzung des Staatsrates von zehn Stunden, wurden Video-Filme über die Situation in Marokko, die Lage der marokkanischen Arbeiter in den Niederlanden gezeigt, Gutachter u.a. aus dem gewerkschaftlichen Bereich und von Amnesty International traten auf.

Gänzlich unbeeindruckt jedoch von den vielfachen Beweisen u.a. der konkreten Gefährdung der Marokkaner bei einer erzwungenen Rückkehr in ihr Land, befand der Staatsrat, daß die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigungen auch aus humanitären Gründen nicht gerechtfertigt sei, da die Marokkaner bei der Rückkehr keiner Gefahr ausgesetzt wären (der Umstand, daß die 182 ihre Legalisierung als g l e i c h b e r c h t i g t e  A r b e i t e r verlangen, ist fast völlig aus der Debatte verschwunden; ein großer Teil der Solidaritätsbewegung fordert die Rücknahme des Ausweisungsbeschlusses aus „humanitären Gründen", den Vogel

ein großer Teil der Solidaritätsbewegung fordert die Rücknahme des Ausweisungsbeschlusses aus „humanitären Gründen", den Vogel

schossen – mal wieder – die Sozialdemokraten mit der Formel „Gnade vor Recht" ab!). Aus Protest gegen dieses Urteil gingen Mitglieder von PSP, PPR, PvdA, CPN und IKB sowie einige Pastoren in den Hungerstreik.

Ende Juni beschloß die Staatssekretärin des Justizministeriums Haars die Ausweisung der 182 (sie gehört zur CHU, der rechtesten der drei zur christ„demokratischen" CDA zusammengeschlossenen Parteien). In Utrecht begann die Polizei die Pässe der „illegalen" Marokkaner einzuziehen und teilte den Betroffenen mit, sie hätten bis Ende Juli Zeit, das Land „freiwillig " zu verlassen, anderenfalls: Ausweisung!

(Mitte Juli läßt die Europäische Menschenrechtskommission verlauten, das Justizminiterium handele bei der beabsichtigten Ausweisung der 182 nicht im Widerspruch zum Menschenrechtsvertrag, der kollektive Ausweisungen verbietet, da die Niederlande den entsprechenden Passus des Vertrages – das sogenannte Vierte Protokoll – nicht unterzeichnet hätten.Und damit sei dann alles klar!)

Am 16. Juli gehen rund 50 der 182 in der Kirche De Duif in den Hungerstreik. Am 28.7. erscheint in den Tageszeitungen „de Volkskrant" (sozialdemokratisch), „Trouw" (christlich) und „De Waarheid" (revisionistische KP) eine von rund 500 Persönlichkeiten unterzeichnete halbseitige Anzeige, in der gegen die Ausweisung protestiert wird. Am gleichen Tag fordern PvdA, PSP, PPR und CPN die Dame Haars auf, die Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. Christdemokraten (CDA) und Rechtsliberale (VVD) hingegen reagieren negativ auf Unterstützungsersuchen. Einige Tage weiter – Anfang August – unterstützen auch die Liberalen (D '66) die Legalisierung der 182 , wenn sie sich auch gleichzeitig gegen einen Generalpardon für alle „Illegalen" wenden. Auch in der Front der CDA beginnt es nun zu bröckeln, die Jugendorganisation von zwei der drei CDA-Parteien (KVP, ARP) und auch der rechten Sozialdemokraten (DS'70) stellen sich gemeinsam mit den Jugendorganisationen der sozialdemokratischen und linken Parteien an die Seite der Marokkaner.

Die Dame Haars verfügt am 3.8., daß 77 der 182 (die sich zum größten Teil im Hungerstreik befinden), bis zum Ende der Woche das Land verlassen müssen. Unmittelbar daraufhin schließen sich Niederländer – aus kirchlichen Organisationen, Parteien, Initiativen – dem Hungerstreik an. Über die nächsten Wochen hinweg befindet sich neben den Marokkanern in De Duif auch jeweils eine Woche lang eine niederländische Gruppe im Hungerstreik, die dann von einer nächsten Gruppe abgewechselt wird.

Fiolet, Sekretär des Rates der Kirchen (Gesamtverband der niederländischen Kirchen) läßt sich von der Dame Haars versichern, daß die Marokkaner keinesfalls von Polizei aus der Kirche De Duif geholt würden. Der Rechtsgelehrte Bianchi arbeitet in einer Studie heraus, daß nach allen geltenden Bestimmungen die Polizei keinerlei „Amtshandlungen" in einer Kirche vornehmen darf, solange dort ein Gottesdienst abgehalten wird. Das, so Bianchi mit Brecht'scher List, eröffne die Möglichkeit, die Marokkaner dadurch zu schützen, daß in De Duif 24stündige Dauer-Gottesdienste durchgeführt werden. Einen Tag nachdem diese Ergebnisse in der Presse veröffentlicht wurden, kommen mehrere katholische und reformierte Geistliche in De Duif und beginnen quasi im Schichtdienst einen mehrere Tage ununterbrochenen Gottesdienst!! – Die besonders christliche Dame Haars aus der nicht minder christlichen CHU: Die Marokkaner „werden schon mal aus der Kirche rauskommen."

Die Lage der Haars wird im Grunde genommen immer unhaltbarer

kaner „werden schon mal aus der Kirche rauskommen."

Die Lage der Haars wird im Grunde genommen immer unhaltbarer

angesichts zunehmender Widersprüche im christlichen Lager. Wenig später muß sogar die weithin nur



**Die erste Hungerstreikaktion der Marokkaner in der Moses und Aaronkirche, Amsterdam, 1975.**

als „Unternehmerpartei" bekannte VVD, die Rechtsliberalen an der Seite ihres Regierungspartners CDA sich öffentlich für eine zumindest Verschiebung der Ausweisung aussprechen, bis der Staatsrat neue Empfehlungen ausgesprochen hat.

Angesichts der Verlogenheit der Dame Haars, die wieder und wieder beteuert, über keine Beweise für die Gefährdung der 182 in Marokko zu verfügen, gab Amnesty International seine bisherige „Zurückhaltung" auf und veröffentlichte einen Teil der Unterlagen über konkrete Fälle in Marokko.

Wenige Stunden vor Ablauf des von der Dame Haars weiterhin aufrecht erhaltenen Ultimatums findet in De Duif eine von 1.500 Menschen besuchte Kundgebung statt. Mit Sprechern der Gewerkschaftsföderation FNV, der Jugendorganisation der protestantischen ARP (CDA-Partei), von PvdA, PPR, CPN, PSP, D'66 und als einziger revolutionären Organisation des IKB (IV. Internationale).

Das Ultimatum verstrich, mußte angesichts der erreichten Breite der Solidarität auch verstreichen (Bildung zahlreicher Unterstützungsgruppen im ganzen Land, tägliche Telegramme, Geldspenden in beträchtlicher Höhe kommen zu dem oben berichteten noch hinzu).

Die Dame Haars wird am Tag nach Ablauf des Ultimatums von den Regierungsparteien veranlaßt, die Ausweisung zwei Monate auszusetzen, bis eben eine neue Empfehlung des Staatsrates vorliegt. Dieser Aufschub wird einhellig von der Solidaritätsbewegung als Versuch gewwertet, den Widerstand zu zermürben. Ein erneutes mehrwöchiges Warten sei für die betroffenen Marokkaner eine Verlängerung und Verschärfung der Unsicherheit, in der sie seit nunmehr vier Jahren leben.

Nachdem die unmittelbare Gefahr der Ausweisung fürs erste gebannt ist, werden die Dauer-Gottesdienste abgebrochen, der Hungerstreik wird jedoch fortgesetzt: In der neuen Gruppe der niederländischen Hungerstreikenden beteiligt sich auch der Missionssekretär des Bistums Utrecht.

Solidarische Aktionen werden im ganzen Land weitergeführt: Organisiert von „Rock against Racism " wird am 13.8. in der Amstelkirche ein Popkonzert zugunsten der Marokkaner, u.a. mit den Bots, durchgeführt; der Dachverband von katholischer und sozialdemokratischer Gewerkschaft spendet 5.000 Gulden zur Fortführung des Kampfes andere Instanzen stellen Geld zur Unterstützung der Familien in Marokko zur Verfügung; die Dame Haars wird mit Protestschreiben beschossen, eines von 150 niederländischen Anwälten, ein weiteres der Dekane des Bistums Haarlem, ein Drittes von siebzehn religiösen Orden und Kongregationen ...

In unverminderter Stärke zeigte sich die Solidaritätsfront am 26./27. 8. in Amsterdam: Eine Demonstration mit 1.500 Teilnehmern, Kundgebungen mit Sprechern aus dem gesamten sozialdemokratischen, liberalen, christlichen und linken Lager, ein Benefizkonzert auf dem Waterlooplain, bei dem *„fast alle tonangebenden Musiker"* („de Volkskrant") und politischen Kabaretts vertreten waren.

### Rüffel für die Dame Haars

Erbauliches tat sich bei der Sitzung des Staatsrates zur Marokkaner-Frage am 14.8. Die Dame Haars hatte der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder behauptet, an die Entscheidungen des Staatsrates gebunden zu sein und sich bei ihrem Ausweisungsbeschluß auch hinter den bisherigen Empfehlungen (!) des Staatsrates, die sich nicht gegen eine Ausweisung aussprachen, versteckt. Zu Beginn der Sitzung erteilte der Vorsitzende des Staatsrates der Dame Haars öffentlich die Zurechtweisung, daß die Entscheidung letztendlich bei ihr liege, sie bei z.B. negativer Empfehlung des Staatsrates positiv entscheiden könne, da der Staatsrat ein Empfehlungs- aber kein Beschlußorgan sei. In den Wan-

z.B. negativer Empfehlung des Staatsrates positiv entscheiden könne, da der Staatsrat ein Empfehlungs- aber kein Beschlußorgan sei. In den Wan-

delgängen wurde dieser Rüffel als *„sehr ungewöhnliche Zurechtweisung"* („de Volkskrant") vermerkt.

Überdies flog bei dieser Sitzung auf, daß dem Staatsrat bisher nicht alle Dokumente vorgelegt worden seien, die zur Sache erstellt wurden bzw. schon seit längerem existierten. Schon Haars' Vorgänger Zeevalking hatte behauptet wie jetzt sie selber, daß die niederländische Botschaft in Marokko keine Gefahren für die zurückkehrenden Marokkaner sehe. Bei dieser Sitzung stellte sich nun heraus, daß Rapporte und interne Notizen der Botschaft in Marokko vom Juni 1976 (!), vom Mai und Juni 1978 vorliegen, d.h. von der Botschaft über das Außenministerium und das Justizministerium (Amtssitz der Haars) weitergeleitet wurden; Rapporte, in denen es sehr wohl um die Gefahr geht, in der sich gerade die „Illegalen" bei einer Rückkehr in ihr Land befinden!

Um sich auch völlig aus der Schußlinie der Solidaritätsbewegung herauszumanövrieren, ließ der Staatsrat am Ende der Sitzung noch verlauten, daß eine Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für die 182 — unabhängig von seiner Empfehlung — nicht im Widerspruch zur Staatsordnung stehe. Damit hatte die Haars genug zu beißen und sie kaut jetzt noch dran.

Die endgültige Empfehlung des Staatsrates, bis zu der die Ausweisung aufgeschoben ist und die laut der Ministerratssitzung vom 1.9. abgewartet werden soll, wird für September erwartet. Die allgemeine Einschätzung geht dahin, daß zumindest die 182 aus „humanitären Gründen" nicht abgeschoben werden, das Ergehen weiterer Tausender „Illegaler" ist noch unklar.

### Die Haltung der Gewerkschaften

Von Beginn der Kämpfe an solidarisch verhielten sich nur die linken Parteien (im wesentlichen PSP, PPR und IKB) und — die Kirchen. Platzgründe verbieten leider auf diesen Aspekt noch näher einzugehen. Es sei jedoch angemerkt, daß offizielle Kirchenvertreter, wie beispielsweise der Sekretär des Rates der Kirchen, in ihrer Fürsprache für die Legalisierung und in der Konsequenz ihrer Argumente w e i t  l i n k s von Sozialdemokratie und Gewerkschaften stehen.

Die solidarische Haltung, die der FNV (Zusammenschluß von sozialdemokratischer — NVV — und katholischer Gwerkschaft — NKV) gegenüber den 182 mittlerweile eingenommen haben, ist keinesfalls mit der grundsätzlichen Linie des FNV gegenüber den „Illegalen" zu verwechseln. Diese Linie heißt kurz „Illegale raus!".

Cees Commandeur, in der FNV-Führung mit dem Ressort »Ausländische Arbeiter« betraut, in einem Interview mit „de Volkskrant" vom 22.8.: *„Man löst das Illegalenproblem nicht durch einen Generalpardon ... Wir haben hier ein Fremdengesetz und jeder muß dem genügen. Wer das nicht kann, muß weg ..."*. Eine Lösung des Problems müsse von der Regierung (!) und den Arbeitgebern (!) kommen, von internationalen Beratungen. Commandeur weiter: *„Die Gesellschaft verträgt in diesem Moment keinen Zufluß von Fremden. Das ist ein wirtschaftliches Problem"*. Die einzige Lösung sieht Commandeur darin, daß die illegalen Arbeitgeber und -vermittler unmittelbar belangt werden. Wohl war! Nur sind schon rechte Parteien wie CDA und VVD und sogar der Unternehmerverband auf diese Idee gekommen, und die meinen das „genauso ernst" wie Commandeur. Bei den 182 macht Commandeur bemerkenswerterweise eine Ausnahme. Commandeur — nicht nur scharf rechts sondern auch noch ein bischen doof — plaudert nach einigen Krokodilstränen über das Los der Marokkaner bereitwillig aus, welche Funktion der Kampf der 182 für die „Illegalen"-Politik der FNV haben soll. Unter Verweis auf die Unruhe, die die Kämpfe der Marokkaner und die Solidaritätsbewegung ausgelöst haben, könne man den Druck auf die Regierung verstärken, indem gesagt wird: *„Wird es nicht*

ausgelöst haben, könne man den Druck auf die Regierung verstärken, indem gesagt wird: „Wird es nicht

*mittlerweile Zeit, daß etwas daran getan wird? Den Einfluß haben wir* (FNV — Anm. AK) *letztlich wohl"*. — Es braucht nicht viel Fantasie sich vorzustellen, wie diese „Lösung des Illegalenproblems", ausgeführt von einer durch den FNV „gezwungenen" christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung wohl aussieht. Sozialchauvinismus wie er leibt und lebt!

Eine linke Position, wie auch in anderen Fragen, nimmt der im FNV organisierte sozialdemokratische Industriebund (IB-NVV) ein. Ab Schravemade (auch in der AKW-Frage Vertreter der „radikalsten" Position im Rahmen der Gewerkschaftsführung), Vorsitzender des IB-NVV, forderte in einem Gespräch mit Max van Weezel von „Vrij Nederland" (größte liberale Wochenzeitung) einen Generalpardon für die „Illegalen", wirksame Kontrollen zur Verhinderung illegaler Arbeit und Gefängnis (!) für Arbeitgeber, die „Illegale" für sich arbeiten ließen (Ab Schravemades subjektive Aufrichtigkeit darf sicher nicht angezweifelt werden, objektiv aber sichert er mit seiner Position nur die linke Flanke der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik, deren Hauptlinie in dieser Frage ja offen sozialchauvinistisch ist).

**Niederlande-Urlauberinnen vom KB/Gruppe Bremen und Niederlande-Kommission**

(Der Artikel stützt sich auf: „De Marokkanse Arbeider", Aug. 78, Organ des KMAN; „Dossier Amilcanes", uitgeverij Ordemann, Rotterdam, 1977; „Klassenstrijd" Nr. 2, 3, 8, Ztg. des Internationale Kommunistenbond; „Beverijding", Nr. 4, 9, 14, Ztg. der Pacifisties-Socialistiese Partij; „De Nieuwe Linie" vom 8.2. u. 16.8.; „Vrij Nederland" v. 29.7. u. 12.8.; div. Ausgaben von „De Volkskrant", 1.7. – 1.9.)

# Türkei

## Der „soziale Kompromiß"

Die sozialdemokratische Regierung unter Ecevit ist offensichtlich dabei, die Forderung der Imperialisten nach Befriedung der Türkei mit sozialdemokratischer Gewandheit zu lösen.

Nachdem im März die Verhandlung mit dem "Internationalen Währungsfond" (IMF) damit geendet hatten, daß der Türkei zur Sanierung ihres Staatbankrotts 500 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt wurden, werden jetzt die von den Imperialisten an den Kredit geknüpften Bedingungen deutlich.

Damit ist die Abhängigkeit der Türkei an die Imperialisten noch größer geworden, zumal die Türkei aus eigenen Kräften nicht mehr in der Lage ist, dem finanziellen Chaos zu entgehen.

Folgende Konditionen der Imperialisten waren mit der Vergabe des Kredits verbunden:

- *Abwertung der türkischen Währung*
- *Senkung der Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte*
- *Einfrierung der Preise und der Produktionsgüter von öffentlichen Produktionszentren*
- *Erhöhung der Zinssätze*
- *Lohn- und Steuererhöhungsstop*

(aus Türkei-Info Nr. 7).

Desweiteren wurde der Kredit nicht in voller Höhe ausgezahlt, sondern die Zahlung der Teilkredite wurde von der Durchsetzung der Forderungen der Imperialisten abhängig gemacht. So hat die IMF das Recht, in jedem Quartal die ökonomische Situation zu überprüfen.

### Der "soziale Kompromiß"

Eine wesentliche Aufgabe der Regierung Ecevit war es, die kampfstarken Gewerkschaften, hier ist im wesentlichen die Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften - "Disk"- gemeint, an die sozialdemokratische Aufgabe zu binden. Der von der sozialdemokratischen Regierung vorgeschlagenen "soziale Kompromiß" sieht das Einfrieren der Löhne auf dem Niveau von 1976 (!) vor, unter Berücksichtigung des damaligen Preisniveaus. Das bedeutet eine weitere Verschlechterung der ökonomischen Situation der Arbeiterklasse in der Türkei. Das Durchschnittseinkommen des türkischen Arbeiters liegt heute bei 4000 Pfund (ca. 400 Mark), für Miete allein muß man in den Großstädten 5000 Pfund aufbringen. Die Lebenshaltungskosten stiegen im letzten Jahr, nach Angaben der Handelskammer von Istanbul, um 80%, die Arbeitslosenquote liegt bei 20%.

Ein weiterer wesentlicher Punkt im "sozialen Kompromiß" ist die Einengung des Streikrechts. So dürfen Streiks nur noch branchenmäßig durchgeführt werden, da auch Lohnbzw. Rahmentarifverhandlungen nur noch branchenmäßig durchgeführt werden können. Hierdurch will man die klassenbewußten Arbeiter, die in vielen Betrieben erfolgreiche Streiks durchgeführt haben, unter die Kontrolle der Gesamtbranche bringen. Auf dieser Ebene ist es für die Sozialdemokratie einfacher, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, zumal sie mit der gelben Gewerkschaft, Türk-Is, die vom CIA gegründet wurde, eine handlungsfähige Basis in allen Branchen haben. Diese Gewerkschaft hat auch mittlerweile den von der Regierung ausgehandelten Kontrakt unterzeichnet.

Gleich nach der Unterzeichnung - Mitte Juli - wurden zahlreiche Betriebsstreiks abgebrochen! Die klassenbewußtere „Disk", die 1967 auf Grund der klassenversöhnlerischen Politik der Tür;Is gegründet wurde, hat diesen Kompromiß noch nicht zugestimmt.

Stattdessen legte die "Disk" Anfang August eigene Vorschläge als Verhandlungsgrundlage vor.

Dieser Vorschlag beinhaltet folgende Forderungen:

- *Aufhebung der Teilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte,*
- *Streikrecht für alle Werktätigen,*
- *freie Wahl der Gewerkschaften,*
- *Aufhebung der Bestimmung, daß der Mindestlohn für zwei Jahre vereinbart wird und nur den jeweiligen Preiserhöhungen angeglichen wird,*
- *gleicher Lohn für gleiche Arbeit,*
- *Gleichberechtigung der "Disk" auf nationaler wie internationaler Ebene,*
- *Einfrierung der Mieten und Stop des Baus von Luxuswohnungen.*

Diese Forderungen sind Angesichts der jetzigen Situation insofern von Bedeutung, da unter den Führern der "Disk"ebenfalls Mitglieder der sozialdemokratischen CHP sind. Dies weist einerseits darauf hin, daß die Politik der CHP in der Regierung nicht auf das ungeteilte Einverständnis auch führender Mitglieder trifft, zum anderen deutet es auf die Stimmung hin, die unter den in der „Disk" organisierten Arbeitern herrscht.

### Ecevit zwischen zwei Stühlen

Obwohl die „Disk" noch nicht zum Widerstand gegen den sozialen Kompromiß aufgerufen hat, ein derartiger Kompromiß hätte unter der abgelösten rechtsgerichteten Regierung Demirel zu massenhaften Streiks geführt, muß der Regierung Ecevit die "Disk" schwer im Magen liegen. Zumal nicht nur von dieser Seite die Sozialdemokraten unter Druck geraten. So verweigert die IMF zur Zeit der Türkei den zweiten Teil des Kredits, da der Regierung Ecevit vorgeworfen wird, sie hätte die Bedingungen nicht genügend erfüllt.

Die IMF kritisiert ein neues Gesetz, das den Ärzten, die im Krankenhaus arbeiten, höhere Löhne sichert, um zu verhindern, daß private Tätigkeit der Ärzte, die Versorgung in den Krankenhäusern gefährdet. Für die IMF eine unnütze Belastung des Budgets.

Sicherlich auch nicht einverstanden ist die IMF damit, daß der soziale Kompromiß noch nicht genügend abgesichert ist. Insofern werden sich die Werktätigen in der Türkei auf härtere Klassenauseinandersetzungen einstellen müssen. Neu dabei wird sein, daß nicht die rechtgerichtete Koalition der Gegner ist, sondern die Sozialdemokratie, die sich noch vor den Wahlen als die „Hoffnung" der Massen anpries. Hier liegt auch eine wichtige Aufgabe der Linken, da die Sozialdemokratie dazu übergeht, die Bastionen der klassenbewußten Menschen, die Massenorganisationen und Gewerkschaften zu spalten, um einen einheitlichen Kampf zu verhindern (siehe nebenstehenden Bericht).

## Kongreß der Lehrergewerkschaft TÖB-DER

TÖB-DER ist mit seinen ca. 150.000 Mitgliedern neben DISK eine der größten und zugleich politisch wichtigsten Massenorganisationen des demokratischen Widerstands in der Türkei. Durch die Propagandatätigkeit der Lehrer in Stadt und Land hat TÖB-DER wesentlichen Anteil an der Politisierung nicht nur der Jugendlichen, sondern auch der Kämpfe der Arbeiter und Bauern. TÖB-DER ist Teil der in Ankara und Istanbul letztes Jahr gebildeten „demokratischen Plattform", in der die wichtigsten demokratischen Massenorganisationen und Organisationen der demokratischen und revolutionären Linken für den Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Chauvinismus zusammengeschlossen sind.

TÖB-DER dehnte den Generalstreik im März 78 auf Kleinstädte und Dörfer aus, der von DISK in den Industrie- und Verwaltungszentren der Türkei aus Anlaß der Ermordung von sechs Studenten in Istanbul durch Faschisten ausgerufen worden war.

TÖB-DER unterstützt den Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen die Unterdrückung durch die herrschenden Klassen der Türkei.

Aufgrund dieser fortschrittlichen Politik ist TÖB-DER einer langen Kette von Repressionen ausgesetzt gewesen. Die Faschisten machten die linken Lehrer zum bevorzugten Ziel ihrer Bomben- und Mordanschläge und ihrer Schlägerüberfälle — allein in den letzten Jahren wurden 37 TÖB-DER Mitglieder von den Faschisten ermordet. Ständig von geheimdienstlicher Überwachung und faschistischer Denunziation betroffen, wurde allein unter der 1977 abgelösten „Nationalen-Front"-Regierung über 13.000 Lehrer mit Berufsverbot belegt oder strafversetzt. TÖB-DER selbst wurde mehrfach wegen Teilnahme an politischen Demonstrationen vom Staatsanwalt geschlossen. Die Solidarität anderer demokratischer Massenorganisationen verhalf TÖB-DER dazu, ihre Aktivitäten wieder in politischer Legalität fortzusetzen.

### CHP-Regierung verweigert tarifliche Anerkennung

Hauptziel von TÖB-DER in eigener Sache ist die offizielle Anerkennung als Gewerkschaft. Obwohl der derzeitige Arbeitsminister der CHP-Regierung auf dem letzten ILO-Kongreß (Weltorganisation der nicht-kommunistischen Gewerkschaften) einer Resolution zugestimmt hatte, die alle Regierungen der vertretenen Länder auffordert, den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zu geben, sperrt sich die CHP-Regierung, TÖB-DER und andere Interessenvertretungen im Staatsdienst (TÜTED) als Tarifpartner anzuerkennen.

Wirtschaftspolitischer Hintergrund der Legalisierungsverweigerung ist die Verpflichtung der CHP-Regierung auf ein Sparprogramm, das der Türkei vom imperialistischen Weltwährungsfond verordnet worden ist. Mit einer als Tarifpartner anerkannten TÖB-DER hätte die Regierung einen kampfstarken Gegner, der ihr die Senkung der Lohnkosten im öffentlichen Dienst enorm erschweren würde und zur offenen Konfrontation gegen die ökonomischen Forderungen im Öffentlichen Dienst zwingen würde. Unzweifelhaft würden dadurch die Chancen der Regierung schwinden, den „Gesellschaftsvertrag" (s. Artikel in diesem AK) in allen ökonomischen Bereichen den Gewerkschaften und anderen Berufsverbänden aufzuzwingen.

### Die Sozialdemokraten wollen die Kontrolle — mit Tricks oder Spaltung

Der sozialdemokratischen CHP fehlt der organisierte politische Einfluß in TÖB-DER, um dort die Ziele der sozialdemokratischen Befriedungspolitik gegenüber den Lohnkämpfen und dem antifaschistischen Widerstand durchzusetzen.

Die sozialdemokratische CHP hatte bereits im Wahlprogramm 77 die Devise ausgegeben: „Wir müssen bessere Kontakte zu den Massenorganisationen entwickeln", d.h. sie unter ihre Kontrolle bringen. Bestrebungen in diese Richtung stießen auf dem TÖB-DER-Kongreß auf den erbitterten Widerstand der sozialistischen türkischen und kurdischen Kräfte in TÖB-DER. Die Mehrheit der Delegierten gehörte organisierten Strömungen der demokratischen und revolutionären Linken an. Nachdem die Sozialdemokraten zusammen mit den Revisionisten sich mit verschiedenen Tricks in die Kongreß-Leitung gehievt hatten, schlossen sich die demokratischen und revolutionären Gruppierungen zusammen und wählten eine Kongreßleitung, die die linke Mehrheit in TÖB-DER repräsentierte. Ebenfalls die Wahl des neuen Exekutiv-Komitees ergab einen Erfolg der Linken. In ihm sind jetzt neben Anhängern der linken kurdischen Organisation „Özgülük Yolu" und der „bündnisfähigen" Revisionisten von TSIP auch Anhänger der revolutionären Organisationen „Devrimci Yol" und „Kurtuluş" vertreten.

Als nun der Zug für die sozialdemokratische Majorisierungspolitik abgefahren war, setzten sie sofort auf Spaltung. Zunächst schickten sie die Revisionisten vor, um einen Spalter-Kongreß zu organisieren, der mangels Masse mit Mitgliedern der revisionistischen Jugend- und Frauenorganisation IGD und IKD aufgefüllt wurde, um ein zweites Exekutiv-Komitee zu wählen.

Die Sozialdemokraten hielten sich aus beiden Kongressen raus, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei den Auseinandersetzungen um abgehobene Querelen zwischen kommunistischen Gruppen, konzentrierte sich aber darauf, die Vertreter der revolutionären Linken im ordentlichen Exekutiv-Komitee anzuschießen.

Der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen CHP, Orhan Birgit, täuschte in der Presse vor, daß die „Masse der Lehrer" hinter der CHP stände und sprach TÖB-DER insgesamt den Charakter einer demokratischen Massenorganisation ab, solange die revolutionäre Linke im Exekutiv-Komitee vertreten ist.

### TÖB-DER wird mit Verbot gedroht

Demirel nutzte die Gelegenheit, um TÖB-DER in die kommunistische Ecke zu stellen. Turan Feysioglu, stellvertretender Premierminister, forderte sogar das Verbot von TÖB-DER! Diese Drohung ist ernst zu nehmen.

Inzwischen befaßte sich der Staatsanwalt von Ankara mit dem ordentlichen TÖB-DER-Kongreß. Er hat ein offizielles Untersuchungsverfahren gegen das Exekutiv-Komitee und die Delegierten, die auf dem Kongreß gesprochen haben, wegen „Propaganda gegen die Einheit der Nation" nach dem berüchtigten Notstandsparagraph 146, der sich gegen die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes richtet, eingeleitet. Die politische Polizei wurde aufgefordert, die Tonbänder des Kongresses und die Plakate und Transparente, die den Saal schmückten, daraufhin zu überprüfen und die Delegierten zu verhören. Da ein Schwerpunkt der TÖB-DER-Politik die Unterstützung des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes ist, wird die Untersuchung genug Material erbringen, um darauf ein Verbot der TÖB-DER aufzubauen. Die Verhängung jedoch ist für die CHP-Regierung eine politische Frage, die davon abhängt, wieweit es ihı gelingt, das Exekutiv-Komitee von der Basis zu isolieren und den Spalterverband attraktiv genug zu machen.

### TÖB-DER geht in die Gegenoffensive

Das ordentliche Exekutiv-Komitee von TÖB-DER setzte unbeirrt von den sozialdemokratischen Angriffen die fortschrittliche Tradition der Lehrer fort. Der neue Vorsitzende Gazioglu verurteilte in einer scharfen Presseerklärung die Versuche der CHP, TÖB-DER zu einer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft zu machen und betonte zugleich, bezogen auf den „Gesellschaftsvertrag", daß die Regierung hier von TÖB-DER keine Zustimmung zu erwarten hat.

Auch die Reaktion der TÖB-DER-Basis machte den CHP-Plänen zunächst einmal einen Strich durch die Rechnung: Mehrere Bezirksorganisationen haben Protesterklärungen direkt an den Stellvertretenden Vorsitzenden der CHP, Orhan Birgit geschickt. Die Erklärung der Bezirksorganisation von Bursa lautete: „*Mehrere Gruppen haben versucht, TÖB-DER zu spalten und aufzuweichen. Sie, Orhan Birgit, gehören zu denjenigen, die diese provokatorischen Machenschaften unterstützt haben*".

Das Exekutivkomitee hat bereits Solidaritätstelegramme und Anerkennungserklärungen von mehreren demokratischen Massenorganisationen erhalten, unter anderem von DISK: „*Einige politische Parteien und Strömungen, die keine Parteien sind,* (bezieht sich auf die nicht erlaubte TKP) *versuchen demokratische Massenorganisationen zu spalten. Unter den heutigen Bedingungen in unserem Land können diese Verhaltensweisen weder verstanden noch entschuldigt werden. Ihr wart sehr erfolgreich darin, diese Tricks zu überwinden. DISK wird immer sein Ehrenmitglied TÖB-DER unterstützen.*"

**Türkei-Kommission**

# Portugal

## Stellungnahmen zur Regierungsumbildung

**PS**: Die PS von Mario Soares reagierte mit einem verbalradikalen Kommuniqué auf die Entlassung Soares' durch Eanes am 27.7.. Darin wird der CDS (Christdemokraten) vorgeworfen, sie wolle im Bunde mit anderen Kräften der Rechten die demokratischen Institutionen untergraben, um damit den Boden für weitergehende antidemokratische und putschistische Aktionen zu bereiten. Indirekt wird in dem Papier sogar zugegeben, daß die Partei der Rechten gegenüber zu viele Zugeständnisse gemacht habe; ultimativem Druck von dieser Seite wolle man aber nicht das Feld räumen. Soares, aus dessen Feder das Kommuniqué in der Hauptsache stammt, geht sogar so weit, dazu aufzufordern, die »Demokratie wenn nötig auf der Straße zu verteidigen«. — Das durchgehend in scharfem Ton gehaltene Papier ist in erster Linie als an die eigene, von Enttäuschung gezeichnete Anhängerschaft der PS gerichtet zu interpretieren; man hofft, diese durch verbalradikale Töne bei der Stange zu halten. (Nach «O Jornal« 28.7.78).

Nach der Benennung Nobre da Costas durch Eanes weigerte sich die PS bisher, an der Regierung teilzunehmen: man werde sich nicht für eine verkappte Koalition in einer Regierung hergeben, die nicht unter Berücksichtigung der letzten Wahlergebnisse zustande gekommen sei, d. h. in der die PS als stärkste Parlamentsfraktion nicht den Regierungschef stellt (»Diario Popular«, 14/78).

**PCP**: Die Haltung der PCP war von Anfang an durch gebremstes Taktieren gekennzeichnet. In einem Kommuniqué vom 29.7. verurteilt sie zwar den Sturz der Soares-Regierung als ein Manöver der Reaktion, ohne aber diese (außer der CDS) genauer namhaft zu machen; Eanes als der offensichtliche Hauptagent dieser reaktionären Manöver wird höflich ausgespart.

Von der zukünftigen Regierung fordert die PCP eine Korrektur des Rechtskurses der verflossenen PS/CDS-Regierung, insbesondere auf den Gebieten Agrarreform, Nationalisierung, Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung. Das Kommuniqué warnt gleichzeitig vor dem Versuch, eine volksfeindliche Politik mit administrativen und repressiven Methoden durchsetzen zu wollen. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung sei die Vorbereitung von Neuwahlen.

Schließlich wird noch an die Einheit aller Linken und antifaschistischen Kräfte gegenüber den Machenschaften der Reaktion appelliert, verbunden mit der Warnung vor den abenteuerlichen Aktionen des »pseudo-revolutionären Linksradikalismus«, der nur das Geschäft der Reaktion betreibe (nach »Avante!«, 3/8).

Die PCP erhofft sich durch ein gewisses Stillhalten gegenüber der Regierung Nobre da Costas vor allem Zugeständnisse auf dem Sektor der Agrarreformpolitik, wie aus einer Rede Cunhals auf einer Großveranstaltung in Lissabon hervorgeht (DP 8/8).

**Revolutionäre Linke**: Eine eindeutige Haltung hat von Anfang an die mit einem Abgeordneten im Parlament vertretene linke Organisation UDP eingenommen. In einem Kommuniqué vom 30.8. macht sie Eanes als einen der Hauptagenten der mit dem Regierungs-

Fortsetzung auf Seite 31

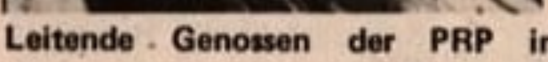
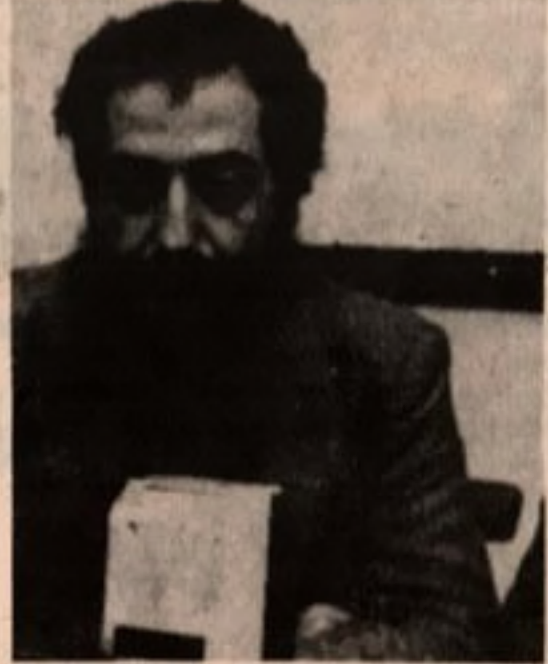
Fortsetzung von Seite 30

sturz verbundenen reaktionären Machenschaften verantwortlich; diese dienten dazu, die schnelle Integration Portugals in die EG vorzubereiten. Außerdem wird der Verbalradikalismus der Soares-Partei kritisiert, der sich in konsequente Opposition gegen die Regierung Nobre da Costa und die Forderung nach Neuwahlen umsetzen müßte.

Bei aller Kritik an der PS scheint die UDP derzeit aber doch um eine Annäherung (teilweise schon Anbiederung) an die PS bemüht. So erschien die UDP-Zeitung »Voz do Povo« am 22.8. mit der Schlagzeile *»PS und UDP in der Opposition gegen die Regierung des Präsidenten?«*. Überschriften aus dem Innenteil der Zeitung: *»Parteien nehmen Stellung: PS und UDP gegen die Regierung. PCP und Gewerkschaften waren ab«. — »Erstmals seit dem 25. April: Zweiseitige Gespräche zwischen PS und UDP haben begonnen«.*

Zugleich appelliert die UDP an die Einheit aller antifaschistischen Kräfte, sich mit einer starken Mobilisierung für die vorgezogenen Neuwahlen einzusetzen. Dieser Apell an die Einheit der antifaschistischen Kräfte wird bekräftigt in einem gemeinsamen Kommuniqué von UDP, MES, PCP(R) und UEDS der Regionalorganisationen dieser Parteien im Algarve („UDP-Informacao", 1.8.78).

Ohne weitere Einzelheiten anzuführen, läßt sich sagen, daß andere linke Organisationen sich im wesentlichen gegen die von Eanes eingeschlagene präsidentialistische Auslegung der Verfassung wenden (So etwa die linkssozialistische Organisation FSP und die trotzkistischen Organisationen LCI und PRT). Die OUT appelliert an das Gewissen der antifaschistischen Militärs und verlangt — wie die meisten linken Organisationen — vorgezogene Neuwahlen, *»auch wenn es mehr als klar ist, daß die Arbeiter niemals auf dem Wege der Wahlen die Macht erlangen werden und folglich auch ihre Probleme nicht auf diesem Wege lösen können«* (»A Capital«, 3.8.).


Leitende Genossen der PRP in Haft: Isabel do Carmo, Carlos Antunes und Pedro Goulart

# Leitende Genossen der PRP im Gefängnis

Seit dem 21. März dieses Jahres, als es in Massarelos (in der Nähe von Porto) eine Schießerei zwischen Zivilisten und Kriminalpolizisten gab, bei der ein Polizist ums Leben kam, ist die PRP (Revolutionäre Partei des Proletariats) Zielscheibe einer scharfen Verfolgung durch die Kriminalpolizei.

Nach diesem Zwischenfall wurden eine Reihe Genossen der PRP verhaftet — ohne die Spur eines Beweises, daß sie irgendetwas mit der Schießerei zu tun gehabt hätten.

Einen Tag später wurden in Figueira da Foz vier weitere Personen festgenommen, denen vorgeworfen wurde, sie seien in Massarelos beteiligt gewesen und hätten zwei Personen, die wegen Bankraub festgenommen werden sollten, befreien wollen.

Danach wurde eine buchstäbliche Menschenjagd auf leitende PRP-Genossen eröffnet, insbesondere auf den Genossen José Guedes, der von den Bullen für den Leiter der PRP im Norden gehalten wird. Am 1. April wurde José Guedes schließlich verhaftet.

Zehn Tage später fanden vier weitere Verhaftungen im Norden statt, bei denen die Kriminalpolizei in einem Haus in Massarelos dreizehn G-3-Schnellfeuergewehre gefunden haben will. Am 20.Juni führte die Polizei schließlich spektakuläre Aktionen in verschiedenen Orten durch, bei denen weitere 18 Personen festgenommen wurden, darunter auch PRP-Genossen, wie zum Beispiel die Leitungsgenossen Isabel do Carmo und Carlos Antunes. Einen Monat später wurden dann wieder elf Festnahmen durchgeführt; darunter befanden sich einige Personen, die bereits am 20.Juni festgenommen worden waren, jedoch damals sofort wieder freigelassen werden mußten. Darunter befand sich auch der bekannte PRP-Leitungsgenosse Pedro Goulart.

Jetzt wird den Genossen bewaffneter Bankraub vorgeworfen. Dahinter steht der Versuch, Revolutionäre als »gewöhnliche Kriminelle« abzuurteilen.

Inzwischen tauchen in der Rechtspresse Portugals auch die ersten Greuelgeschichten auf, in denen sich angebliche PRP-Mitglieder beklagen, die PRP-Leitung habe mit den Geldern aus diversen Banküberfällen ein Leben in Saus und Braus geführt. Man darf gespannt sein, wann die portugiesische Boulevardpresse mit »Enthüllungen« aufwartet, nach denen Isabel do Carmo ihren Geliebten per Genickschuß erledigt habe ... Die Vorbilder der Terroristenhetze aus der Springerpresse sind jedenfalls bereits jetzt unübersehbar.

Tatsache ist jedoch, daß die Angriffe gerade zu diesem Zeitpunkt äußerst gut terminiert sind. Schaffen sie doch ausreichend Vorwände, um verschiedene Justiz- und Polizeiskandale im Schweigen versinken zu lassen, wie zum Beispiel die Befreiung zahlreicher faschistischer Bombenleger. Zugleich sind sie äußerst nützlich, um die Herausbildung einer neuen Geheimpolizei in Portugal zu beschleunigen.

Portugal-Kommission

# Frauenkonferenz im Bezirk Lissabon

Am 2. Juli fand auf Initiative verschiedener Frauenorganisationen eine breit angelegte Frauenkonferenz für den Bezirk Lissabon statt.

Eingeladen hatten neben der traditionellen reformistischen MDM (Demokratische Frauenbewegung, stark PC-orientiert) auch Frauengruppen aus verschiedenen Gewerkschaften der Einheitsgewerkschaft CGTP-IN.

Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß neben dem traditionellen Vortrags- und Referatscharakter, den die Veranstaltungen und Tagungen der MDM zu tragen pflegen, eine recht lebhafte Diskussion über die gewerkschaftliche Frauenarbeit zustande kam.

Die Vorsitzende der Hausangestelltengewerkschaft beispielsweise führte aus, daß die Hausangestellten und »Tagesfrauen« zum unterdrücktesten Teil der Werktätigen überhaupt zählen. Nach einer Beschreibung der Arbeitssituation der Hausangestellten erläuterte sie die Forderung ihrer Gewerkschaft, die privat beschäftigten Hausangestellten grundsätzlich abzuschaffen und stattdessen einen öffentlichen Dienst von Hausangestellten und »Tagesfrauen« seitens des Staates und unter Kontrolle des Staates zu organisieren.

Eine Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft erklärte, nachdem sie einen Bericht über die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in diesem Sektor gegeben hatte: *»Die Gewerkschaftsbewegung, das heißt die CGTP-IN wie auch die Einzelgewerkschaften, bemüht sich gerade in dieser augenblicklich sehr schwierigen Situation darum, Formen zu finden, wie die Frauen für den Kampf der gesamten Arbeiterklasse gewonnen werden können. Sie darf dabei jedoch nicht die konkrete und besondere Situation übersehen, in der sich die Frau auf allen Ebenen befindet, und sie darf nicht den konsequenten Kampf der Frauen für ihre Emanzipation ignorieren«.*

*»Nur wenn die Frauengruppen und Frauenkommissionen mit klaren Zielen und Kampfprogrammen in den Gewerkschaften funktionieren, können die Frauen gewonnen und damit die gesamte Gewerkschaftsbewegung gestärkt werden«.*

Nachdem sie ausgeführt hatte, daß diese Kampfprogramme nur von den Frauen selbst aufgestellt werden können, schloß sie: *»Nur durch eine solche Schaffung von Bewußtsein können wir konsequent gegen die Diskriminierung der Frau am Arbeitsplatz, in der Familie und in der gesamten Gesellschaft kämpfen«.*

Die Konferenz wird von linken Gewerkschafterinnen als ein Schritt zur Entwicklung einer konsequenten Frauenpolitik in den portugiesischen Gewerkschaften eingeschätzt, da es zum ersten Mal zumindest ansatzweise auf einer solchen Tagung gelungen sei, den Einfluß der reformistischen MDM etwas zurückzudrängen, deren Politik hauptsächlich darin besteht, die in ihr organisierten Frauen zu instrumentalisieren, ohne ihnen wirklich die Möglichkeit zu geben, eine e i g e n s t ä n d i g e Frauenpolitik zu entwickeln.

Im November wird die CGTP-IN die erste nationale Konferenz über die Probleme der werktätigen Frauen organisieren. Die revolutionären Gewerkschafterinnen haben zu erkennen gegeben, daß sie sich verstärkt in die Vorbereitungen und die Gestaltung dieser Konferenz einschalten wollen.

Portugal-Kommission

# Dänemark

## „Sozialliberale" Regierung gebildet — scharfer Rechtsruck!

Am 30. August wurde die dänische Regierung umgebildet: die vorherige sozialdemolkratische Minderheitenregierung wurde ersetzt durch eine Koalition der Sozialdemolkraten mit der rechts„liberalen" Partei „Venstre". Das ist der bisherige Höhepunkt der sozialdemokratischen Regierungspolitik in den letzten Jahren, die für die dänische Arbeiterklasse mit dem systematischen Abbau ihres „Lebensstandards" verbunden war. Erklärtes Ziel der neuen Koalitionsregierung ist es, das Tempo in den Angriffen gegen die Werktätigen erheblich zu verschärfen und die von „Venstre" seit Jahr und Tag propagierte Politik des „Gürtel-enger-Schnallens" gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchzusetzen. Wirtschaftlicher Hintergrund ist die extrem hohe Auslandsverschuldung Dänemarks, die sich inzwischen auf 50 Milliarden dkr. beläuft. Diese Auslandsverschuldung soll nach dem am 31.8. bekanntgegebenen Regierungsprogramm durch eine scharfe „Spar"politik abgetragen werden: „Einfrieren" der Löhne (der Form halber wird auch von „Einfrieren" der Preise gesprochen, wie üblich), Steuererhöhungen, weiterer Abbau der in Dänemark noch relativ hohen „Sozialleistungen" wie Arbeitslosenunterstützung, weitere „Einsparungen" bei Krankenhaus-, Kindergartenpersonal usw. Der LO-Vorsitzende Nielsen (LO ist der gewerkschaftliche Dachverband, Nielsen selbst sozialdemokratischer Funktionär), hat den „erbittertsten" Widerstand der Gewerkschaften und Streikaktionen, die vorläufig mit einigen „Teststreiks" begonnen werden sollten, angekündigt. Darüber hinaus ist die Regierungsumbildung auf den Widerstand linkssozialdemokratischer Kreise in der Partei selbst gestoßen. Denn die Regierungsumbildung kann in der Tat nur als offene Kampfansage an die dänischen Arbeiter gewertet werden, die sich in den letzten Jahren mit breiten, teilweise sehr langen Streiks (zu erinnern ist an den zweimonatigen Streik der Drucker von „Berlingske Tidende" im letzten Jahr und den dreimonatigen Streik der Porzellanarbeiter 1976) nicht „nur" gegen Lohnabbau, sondern vielfach auch gegen die Beschneidung des Streikrechts, der Tarifautonomie und Rationalisierungspläne zur Wehr setzten. Konkreter Anlaß der Regierungsumbildung war, daß die sozialdemokratische Regierung, die im Februar letzten Jahres gebildet worden war (das waren die vierten Wahlen innerhalb von vier Jahren!) nicht über eine „regierungsfähige" Mehrheit verfügte. Mit „Venstre" hat sie sich eine der schärfsten Einpeitscherparteien zum Koalitionspartner gemacht. Als 1976 von den Sozialdemokraten zusammen mit fünf weiteren Parteien das berüchtigte Augustabkommen — ein Meilenstein auf dem Weg der „Spar"politik gegen die Werktätigen — geschlossen wurde, blieb „Venstre" außen vor, weil ihr der Kurs noch nicht scharf genug war. Darüber hinaus liebäugelte diese Partei in den letzten Jahren beständig mit einer Zusammenarbeit mit der „Fortschrittspartei" des Faschisten Glistrup. Für die sozialdemokratische Regierung ist die jetzt zustandegekommene Koalition nur die logische Konsequenz ihrer eigenen in den letzten Jahren betriebenen Politik. Die demgegenüber angeschlagenen radikalen Töne sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, die die Regierungspolitik mit Lohndiktaten, Bruch der Tarifautonomie usw. letztlich immer mitgetragen und den Arbeitern „schmackhaft" gemacht haben, ist der Versuch, sich von vornherein an die Spitze zu erwartender neuer Kämpfe zu setzen, da gerade in den letzten Monaten sich insgesamt ein deutlicher Wille zum Widerstand zeigt, wie z.B. in der anwachsenden Anti-EG-Bewegung zum Ausdruck kommt. Die Regierungsumbildung bedeutet Angriff an allen Fronten. „Venstre" gehört nicht nur zu den schärfsten Vertretern der „Gürtel-enger-schnallen"-Ideologie, sondern hat sich in den letzten Jahren auch am massivsten (neben der sozialdemokratischen Regierung selbst) für den Bau von AKWs eingesetzt, die es bisher in Dänemark noch nicht gibt!

Skandinavienkommission

## Neue faschistische Zeitung — Glistrup wirkt mit!

Im August kam die erste Ausgabe eines nun zweiwöchentlich erscheinenden faschistischen Schmierblattes namens „Dankse Tidende" auf den Markt. Damit wurde die frühere faschistische Zeitung „Minut" des Hans Hetler (der im Auftrage des dänischen Geheimdienstes über Jahre Linke bespitzelt hatte, dafür für kurze Zeit in den Knast wanderte) ersetzt. Diese Zeitung strotzt von Horrorgeschichten über den „internationalen Terror", Beschwerden über den zu liberalen dänischen Rundfunk und das Fernsehen, rassistischer Hetze gegen die Indianer in den USA sowie Verächtlichmachung der von den Nazis ermordeten Juden. Ein „gewöhnliches" faschistisches Blatt, könnte man denken. Auffällig daran ist jedoch zweierlei: Herausgeber ist der Faschist und Hetler-Freund Erik Haaest, der vor einem halben Jahr seinen Wohnsitz in die BRD (nach Eckernförde) verlegte, um von da aus — erklärtermaßen — besser den Kampf gegen die dänische Gesellschaft führen zu können und der über gute Verbindungen zu westdeutschen Faschisten verfügen dürfte. Das Interessanteste aber ist, daß sich diese Zeitung im Kopf „Unabhängige Fortschrittszeitung" (wie „Fortschrittspartei") nennt und der Faschist und Steuerhinterzieher Glistrup Vorsitzender der „Fortschrittspartei" darin schreibt. Die in Dänemark geäußerte Vermutung, daß Glistrup selbst der Drahtzieher dieses Schmierblatts ist, dürfte zutreffen. Was einmal mehr zeigt, was es mit den, bei uns noch manchmal als „fortschrittlich und antikapitalistisch" gehandelten Ideen dieser Partei auf sich hat!

Skandinavienkommission

# Schweden

## Schwarze Listen in Schweden!

Der Münsteraner Soziologieprofessor Sigrist, der sich auf der Rückreise vom 9. internationalen Soziologenkongreß in Uppsala befand, wurde bei seiner Abreise auf dem Stockholmer Flughafen von der schwedischen Sicherheitspolizei gefilzt. Als „Begründung" gab ein Sprecher der Polizei gegenüber der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter" folgende Erklärung ab: *„Es war die Literatur, die den Eingriff veranlaßte. Wir mußten äußerst vorsichtig wegen bei uns eingegangener Drohungen sein. Der persönliche Eingriff* (gegenüber Sigrist — die Red.) *war notwendig, denn es hätte sich um hunderte Menschenleben handeln können* (!). *Es ist nicht strafbar, in diesem Land eine gewisse Literatur zu besitzen. Um Entführungen vorzubeugen, haben wir aber auch Gesetze, die es zulassen, bestimmte Flugpassagiere zu kontrollieren. Prof. Sigrists Literatur erweckte Mißtrauen"* („Dagens Nyheter" vom 26.8.78)

Tatsächlich spielte sich dieser Vorfall folgendermaßen ab: Sigrist hatte schon die Paß- und Sicherheitskontrolle hinter sich gebracht und las im Wartesaal die „Welt" und die „FAZ". Plötzlich kam ein Zivilpolizist in Begleitung der Paßbeamtin, die ihn kontrolliert hatte, auf ihn zu, wobei die Beamtin auf ihn zeigte. Daraufhin wurde er aufgefordert, zu einer erneuten Durchsuchung mitzukommen. Sein schon im Flugzeug verstautes Gepäck wurde zwecks Kontrolle entladen. Als Grund dieser Durchsuchung gab der schwedische Beamte auf mehrfaches Nachfragen Sigrists lediglich an, er habe einen Befehl bekommen!

Die Durchsuchung wurde so lange durchgeführt, daß Sigrist sein Flugzeug nach Hamburg knapp verpaßte. Gefunden wurden lediglich 3 soziologische Arbeiten. Anschließend wurde ihm von den Bullen eine Entschädigung für die entstandenden Kosten verweigert.

Alles deutet darauf hin, daß die Durchsuchung auf Grund von Hinweisen westdeutscher Polizeidienststellen stattgefunden hat. Gegenüber der schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter" wurde eine Zusammenarbeit der schwedischen Sicherheitspolizei und dem westdeutschen Verfassungsschutz im Falle Sigrist indirekt aus Kreisen der Stockholmer Kripo und der Sicherheitspolizei bestätigt!

Inzwischen hat Sigrist in einem Brief an den schwedischen Justizminister eine Untersuchung dieses Vorfalls gefordert. Nachdem jetzt auch der schwedische Soziologenverband eine Intervention bei der Regierung angekündigt hat, bleibt eine Stellungnahme des Justizministeriums abzuwarten.

Skandinavienkommission



# lateinamerika

## Nicaragua: Nieder mit Somoza! Viva Sandinistas!

Im Handstreich hatten rund 20 Kämpfer der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) am Dienstag, dem 23. August den Nationalpalast in Managua erobert. Verkleidet mit den olivgrünen Uniformen der Infanterieschule gelang es ihnen, in den stark gesicherten Palast einzudringen. Bei dem anschließenden kurzen Feuergefecht wurden vier Mitglieder der Nationalgarde von dem Kommando der FSLN erschossen, 5 weitere Personen mußten sterben, weil die Nationalgarde völlig ziellos in die Menschenmenge schoß. Lediglich ein Guerillero erlitt eine leichte Beinverletzung.

Nach kurzer Zeit war das gesamte Gebäude besetzt und rund 1.000 Geiseln in der Hand der FSLN. Darunter: der Innenminister, der Finanzminister, der Neffe des Diktators Somoza, José Somoza Abrego, sowie fast alle Abgeordneten, die gerade unter Leitung des Präsidentenvetters, Luis Palais Debayle, über die bevorstehenden Preiserhöhungen für Lebensmittel und Treibstoffe debattierten. Nach der Drohung, die Verwandten des Diktators zu erschießen, stellte die Nationalgarde ihre Versuche ein, den Palast zu stürmen. Nach relativ kurzen Verhandlungen erklärte sich Somaza bereit, wesentliche Forderungen der Sandinisten zu erfüllen: Freilassung von 59 politischen Gefangenen, darunter zahlreiche Kämpfer der Sandinisten, Verlesung einer 1 stündigen Erklärung der FSLN in allen Rundfunk- und Fernsehstationen, sowie ihre Verbreitung über die Presse und die Zahlung eines Lösegeldes von 500 000 US-Dollar. Rund 35 Genossen, deren Freilassung gefordert wurde, waren bereits von der Diktatur ermordet worden.

Am Donnerstag morgen fuhren die Guerilleros, begleitet von drei Bischöfen und den Botschaftern Costa Ricas und Panamas, in einem Schulbus zu dem 15 Kilometer entfernten Flugplatz. Tausende von Einwohnern Managuas standen am Straßenrand, um das FSLN-Kommando und die erfolgreiche Aktion zu feiern. Die Hauptparolen waren: *„Nieder mit Somoza"* und *„Viva Sandinistas"* (so der bestimmt nicht „terroristenfreundliche" „Spiegel", Nr. 35/1978, ähnliche Darstellung in „Frankfurter Rundschau" („FR"), 26.8.78).

Dieses Kommandounternehmen ist die bisher größte, spektakulärste und erfolgreichste militärische Operation im Rahmen einer Offensive, die jetzt fast ein Jahr andauert. Trotz erheblicher Anstrengungen ist der Nationalgarde Somozas bisher kein wesentlicher Schlag gegen die FSLN gelungen, im Gegenteil, die Guerillas sind in der Lage immer größere, z.T. gleichzeitig stattfindende Aktionen durchzuführen. Zur Unterstützung der Besetzung des Nationalpalastes fand z.B. gleichzeitig ein Überfall mit Besetzung des Militärstützpunktes „Las cahalupas" in der Nähe der Grenze nach Costa Rica statt. Das Ansehen der FSLN in der Bevölkerung ist sehr groß, was z.B. an dem triumphalen Empfang nach der Besetzung des Nationalpalastes deutlich wird. Sie ist so groß, daß sich auch der Zentralsekretär der revisionistischen PSN genötigt sah zu erklären, daß *„ohne die Sandinisten der Sturz der Somozas unreal ist"* („Horizont", Nr. 31/1978).

Die Erfolge der Sandinisten sind Ausdruck der in den letzten Monaten stark radikalisierten Massenbewegung gegen Somoza. Nach der Ermordung des Führers der bürgerlichen Opposition, des Zeitungsverlegers Charmoro im Frühjahr und dem anschließenden Generalstreik gegen die Diktatur reissen Demonstrationen, Straßenschlachten und Streiks nicht mehr ab. Höhepunkt war unter anderem ein mehrwöchiger Streik der Gymnasiasten und Studenten gegen die Diktatur.

Der Somozaclan reagiert auf die Kämpfe mit ausgesprochener Brutalitä, z.B. durch die Bombardierung (!) ganzer Stadtteile durch die Nationalgarde, mit Folter und Ermordung der Genossen. Zur Zeit wirken diese blindwütigen Schläge aber kaum noch einschüchternd, sondern tragen zu einer weiteren Radikalisierung der Volkskämpfe bei. Gleich nach der erfolgreichen Besetzung des Nationalpalastes wurde von allen (!) Strömungen der nicaraguanischen Opposition der „Generalstreik bis zum Ende der Diktatur" ausgerufen. Nachdem der Streik anfangs nur etwas schleppend in Gang kam, soll er jetzt praktisch vollständig befolgt werden. Lediglich im öffentlichen Verkehr, der größtenteils von Somoza-Anhängern kontrolliert wird, in den Häfen und einigen Fabriken wird weitergearbeitet. Mit Ausnahme der liberalen Partei Somozas unterstützen alle politischen Gruppen des Landes den Streik („NZZ", 30.8.78). Im Verlaufe des Generalstreiks kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Nationalgarde und der Bevölkerung, bei denen mehrere Genossen (und Bullen!) schwer verletzt wurden.

Daß Somozas Tage gezählt sind, zeigt sich unter anderem schon daran, daß die in Terroristenhetze gewöhnlich nicht zimperliche Presse der BRD von den Sandinos als „Guerilleros", „Kämpfern" usw. spricht und ihnen eine gewisse Berechtigung für den Kampf gegen dieses allzu versumpfte und korrupte Regime zubilligt.

Somoza selber hat inzwischen einen Antrag auf Ausreisegenehmigung an das Parlament gestellt – und bewilligt bekommen!

Für den Imperialismus besteht das Dilemma darin, daß sich bislang kein geeigneter Nachfolger für Somoza anbietet. Die USA haben praktisch bis heute versucht, Somoza so lange wie möglich zu halten.

Zwar hat Carter Somoza demonstrativ unter Druck gesetzt, die Menschenrechte zu gewährleisten, die USA gaben aber weiter Kredite nach Nicaragua – gerade wurden wieder 12 Millionen US-Dollar genehmigt – und sorgen mit dafür, daß Somoza amerikanische Waffen aus Israel erhält. Für die USA hat Nicaragua neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten vor allem strategische und militärische Bedeutung. Von Nicaragua aus wurden die verschiedenen Angriffe auf Cuba gestartet und von Nicaragua aus kontrollieren die USA die Armeen der anderen mittelamerikanischen Staaten. Ein Ersatz für Somoza ist für die USA deswegen schwer zu finden, weil die ganzen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verhältnisse in Nicaragua auf die Familienherrschaft der Somozas zugeschnitten ist. Die gesamte, nicht in den Somozaclan eingegliederte Bourgeoisie, fordert den Rücktritt des Präsidenten. Die Handelskammer z.B. hat sich dem Aufruf für den jetzigen Generalstreik bis zum Ende der Diktatur angeschlossen. Ein Grund ist natürlich der Versuch, durch eine Ablösung des Somoza-Regimes günstigere Profitmöglichkeiten für sich selber herauszuschinden. Es ist aber genauso die Sorge, daß sich die Massen in dem Kampf gegen Somoza noch weiter radikalisieren und eine bürgerliche Alternative zu Somoza nicht akzeptieren. Für den US-Imperialismus bietet diese, relativ diffuse, bürgerliche Opposition keine Gewähr für eine „kontrollierte Ablösung" Somozas. Eine Figur, die in der Lage wäre, den revolutionären Aufschwung zu stoppen und die „geordnete", bürgerliche Verhältnisse garantieren könnte, hat sich bislang noch nicht profiliert.

Das ist die Chance für die revolutionären Kräfte, jetzt die Zeit zu nutzen für die ideologische und organisatorische Arbeit unter den Massen und einen möglichst großen Spielraum für die Volks- und revolutionäre Bewegung zu erkämpfen – auch wenn letztendlich der US-Imperialismus eine bürgerliche Regierung durchsetzen wird.

**Lateinamerika-Kommission**

## Verschiedene Strömungen in FSLN und der bürgerlichen Opposition

In der Frente Sandinista de Liberation Nacional (FSLN) muß man gegenwärtig drei verschiedene Tendenzen unterscheiden. Die FSLN ist innerhalb der linken Bewegung die stärkste Kraft und die populärste politische Organisation seit Jahren. Die Widersprüche in der FSLN traten nach der „Oktoberoffensive" deutlicher zutage. Diese Offensive ist von dem offensichtlich stärksten Teil der FSLN unternommen worden, der inzwischen als „Terceristas" („die Dritten") bekannt ist.

### „Terceristas"

1. Die Terceristas sind der Meinung, daß Nicaragua sich in einer „vorrevolutionären" Situation befindet, und daß die FSLN zum ununterbrochenen Angriff übergehen soll, in den die bürgerlichen Kräfte einbezogen werden müssen. *„Für den Sturz der Diktatur und für die Bildung einer demokratischen und volksgemäßen Regierung kann die sandinistische Volksrevolution sich nicht nur auf die armen, ausgebeuteten Massen stützen, sondern auch auf die bürgerlichen Sektoren der Nation, die für den Sturz der Diktatur und für eine Öffnung des demokratischen volksgemäßen Prozesses sind"*, („Lucha Sandinista" 2, Mai 1978, S. 14).

In diesem unmittelbaren Prozess, der *„weder völlig bürgerlich demokratisch"*, noch *„völlig revolutionär"* sei, müsse die FSLN die politische Kraft sein, die zu dem Ziel einer breiten Front hinführt, um zu gewährleisten, daß die Hegemonie der Bewegung in die Hände der politischen Voksorganisationen mit ihrer Avantgarde (FSLN) übergehen kann. Mit dieser Einschätzung haben die „Terceristas" folgerichtig die anderen Kräfte der antisomozistischen Opposition (Udel, Gruppe der 12) zu einem Bündnis aufgerufen. Das Minimalprogramm der „Terceristas" enthält: Die Enteignung aller Güter von Somoza, die völlige Säuberung der Nationalgarde, Sicherung gewerkschaftlicher und politischer Organisationsfreiheit und Nationalisierung der Banken.

Offensichtlich wird hier der Schwerpunkt auf den Sturz Somozas gelegt. Zwar soll die Avantgarde, die FSLN, die Führung in diesem Prozess übernehmen, genauere Vorstellungen für Organisationsformen des Volkes und für eine Volksregierung werden aber offenbar nicht entwickelt.

### Langdauernder Volkskrieg

2. Auf der anderen Seite gibt es die „GPP" (guerra popular y prolonga = langwieriger Volkskrieg). Die „GPP" ist der Meinung, daß die objektiven und subjektiven Bedingungen für einen revolutionären Prozess in Nicaragua zur Zeit noch nicht vorhanden sind („Circular Ejecutiva", Nr. 4). Aktuelle Hauptaufgabe sei jetzt, Kräfte zu sammeln, um in die Offensive gehen zu können, d.h. die ideologische, politische und organisatorische Ausrüstung der FSLN und des Volkes voranzutreiben. Dies vor allem, weil es noch an Bewußtsein fehle, die Entwicklung der Volksorganisationen (insbesondere der progressiven und revolutionären) mangelhaft, und die Einheit der Volksorganisationen noch sehr schwach sei.

Die „GPP" schätzt die Politik der „Terceristas" als legalistisch und kurzsichtig ein, sie schreiben z.B.: Die FSLN *„hat im Rahmen ihrer politischen Ziele und Kampfauffassungen weder kurzfristige Ziele, noch die Bildung bürgerlich reformistischer Regierungen oder Taktiken der Machtübernahme durch Kasernenüberfälle in Betracht gezogen, wie sie in den bewaffneten anti-somozistischen Kämpfen auf der Landstraße Dipilte-Ocotal, San Carlos und Massaya zum Ausdruck kommen"* (Comunicado Nr. 7, 24.10.78).

Die „GPP" arbeitet, soweit uns bekannt ist, in den Städten und auch an der Front „Pablo Ubeda" im Norden und Westen des Landes, während die „Terceristas" an den Fronten „Benjamin Zeleon" (im Süden), „Rigoberto Perez" (im Westen), und „Carlos Fonseca Amador" (im Norden) kämpfen.

### Tendencia Proletaria

3. Die dritte Strömung, die sich „Tendencia Proletaria" nennt, will eine marxistisch-leninistische Partei aufbauen und hat eine ähnliche Kritik an den „Terceristas" wie die „GPP". Sie hat die Einschätzung, daß die gegenwärtige Offensive der „Terceristas" weniger der sozialistischen Revolution, als vielmehr den oppositionell bürgerlichen Gruppierungen zugute kommt, weil die „Terceristas" die Massen nicht schulen und organisieren. Während sich die „GPP" im wesentlichen in die Berge zurückgezogen hat (und dort wahrscheinlich militärisch aufgerieben wurde) sind die Genossen der „Tendencia Proletaria" vor allem in den Städten und unter den Landarbeitern aktiv. Sie sollen bei den Schulstreiks der Gymnasiasten in diesem Sommer und bei der Organisierung der Landarbeiter eine wichtige Rolle gespielt haben. Wieweit diese inhaltlichen Widersprüche innerhalb der drei Strömungen ausgetragen und ob sie in den fortschrittlichsten Teilen der Massenbewegung diskutiert werden, wissen wir nicht. Alle drei Strömungen der FSLN sind zur Zeit bemüht, ein gemeinsames Oberkommando herzustellen, um die Kämpfe, Spenden usw. zu koordinieren.

### Die bürgerliche Opposition

Die UDEL, die vor allem die dynamischen Teile der Bourgeoisie vertritt, hat seit einem Jahr ihren frischgebackenen Antisomozismus verstärkt. In der UDEL sind vor allem sozialdemokratische und christdemokratische Strömungen vertreten, aber auch die moskauorientierte PSN sowie zwei Gewerkschaften. Wichtig in der neueren Entwicklung der UDEL ist die Bildung der nationaldemokratischen Bewegung MDN - wohl als eine Art Massenbewegung - im April dieses Jahres, deren Führer, der Bankier Robelo Montalegre, die Sympathien der USA zu gewinnen versucht. Robelo hat inzwischen auch die Gründung einer „Gesellschaft für Demokratie in Nicaragua" mit Sitz in New York (!) angekündigt. Robelo meinte vor kurzem in einem Interview, in einer Koalition gegen Somoza müsse man auch die FSNL in Betracht ziehen, wahrscheinlich meint er speziell die „Terceristas".

Die „Gruppe der 12", die Intellektuelle, Christen und Geschäftsleute umfaßt, tritt weiter für die Bildung einer breiten antisomozistischen Einheitsbewegung ein. Diese Gruppe ist *„für ein neues Nicaragua"* und für die Bildung einer *„Nationalen Regierung"*, die eine baldige Demokratisierung des Landes gewährleisten kann. Die „Gruppe der 12" arbeitet sehr eng mit den „Terceristas" zusammen.

Es ist in den letzten Wochen gelungen, mit all diesen Kräften eine „Frente amplio", eine breite Front für den Sturz Somozas zu organisieren, die Sandinisten haben soviel Ansehen in der Bevölkerung, daß auch die bürgerlichen Kräfte zur Zeit eine Zusammenarbeit akzeptieren müssen!

**Lateinamerikakommission**

### Interview mit dem Kommandanten der Aktion im Nationalpalast



Der Kommandant der FSNL beim Abflug nach der erfolgreichen Aktion.

Das panamesische Fernsehen brachte am 25.8., also noch während der Besetzung des Nationalpalastes, ein Interview mit „Commandante Cero", dem Führer des Rigoberto Lopez Perez-Kommandos. Commandante Cero erklärte, für die sandinistische Befreiungsfront sei es nicht genug, daß Somoza lediglich gestürzt werde. Im Augenblick versuchten auch *„nichtrevolutionäre Kräfte"* in Nicaragua, Somoza loszuwerden. Sie möchten aber das erhalten, was man dort als *„Somozismus ohne Somoza"* bezeichnet. Die Sandinistische Nationale Befreiungsbewegung werde dies aber nicht akzeptieren.

Commandante Cero, der sich inzwischen als Eden Pastora zu erkennen gab, bezeichnete den Antikommunismus als „reaktionär" und meinte, das Volk Nicaraguas habe den Antikommunismus mit dem Somozismus gleichgesetzt. Er sagte, die Bewegung sei gegenüber allen Ideen offen, und in ihr gebe es sowohl Marxisten-Leninisten als auch Christen. Er meinte ferner, es bestünde die reale Möglichkeit einer Volksrebellion, eines allgemeinen Aufstandes gegen Somoza (nach „Monitordienst", 25.8.78).

# Peru: „Un pueblo unido jamas sera vencido"
# Ein vereinigtes Volk wird niemals besiegt werden

Der enorme Aufschwung der Massenkämpfe in Peru, der sich am deutlichsten in den Generalstreiks im Juli 1977 und Mai 1978 ausdrückte, ist nach wie vor ungebrochen und hat bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Der Streik von 40.000 Bergarbeitern, der über 22 Tage geführt wurde, konnte Ende August mit einem Erfolg in den wichtigsten Forderungen beendet werden: Die Regierung hat sich verpflichtet, ein Dekret vom letzten Jahr, das Streiks im Bergbau verbietet, nicht anzuwenden. Das neue Arbeitsgesetz, das der Kapitalistenwillkür Tür und Tor öffnete, jederzeitige Entlassungen erlaubte usw. (vergl. AK 132) soll revidiert werden; die Regierung hat sich verpflichtet, sich für die Hauptforderung: Wiedereinstellung von 400 nach dem Generalstreik im Juli '77 entlassenen Kollegen, einzusetzen. Schließlich wurde zugesichert, daß es keinerlei Repressionen gegen die Streikenden geben werde („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 29.8.78).

Wie uns ein Genosse aus Peru schreibt, ist das Klima in Peru „*im Großen und Ganzen zur Zeit relativ liberal, was auf die Kämpfe der Massen und die dadurch in der letzten Zeit errungeren Spielräume zurückzuführen ist... Auf den Straßen kann man auch an Hunderten von kleinen Büchertischen Material aller Art von Mao über Stalin bis Che und Trotzki kaufen. Es gibt hier laufend viele Veranstaltungen der Linken; so gestern eine für einen vor einem Jahr von der Polizei verschleppten Genossen und vorgestern eine riesige Solidaritätsveranstaltung für die Bauern von der CGT (revolutionärer Bauernverband, der im Rahmen des Wahlkampfes verboten wurde). Ansonsten schon bekannte Bilder in den Vororten, Armut bis zum geht nicht mehr, tausende halbfertige Häuser, kochende und essende Menschen auf den Straßen... Daneben kilometerlange (!) Wände voll von Parolen, fast ausschließlich von den Linken. Die wenigen Parolen der Rechten, z.B. der APRA, sind oft ausgestrichen oder auch mit Hakenkreuzen übermalt.*"

Wir halten die augenblickliche

*übermalt.*"

Wir halten die augenblickliche

Entwicklung in Peru deswegen für politisch besonders bedeutend, weil in den aktuellen Kämpfen die Revisionisten zunehmend an Einfluß verlieren und sich gleichzeitig die revolutionäre Linke erheblich verankern konnte. Dabei haben die zahlreichen und traditionell völlig zersplitterten Gruppen der revolutionären Linken erhebliche Fortschritte im Bemühen um eine Vereinheitlichung erreicht.

Die Ergebnisse der Wahlen vom Juni dieses Jahren (vergl. AK 132 und 133), deren Ergebnisse uns inzwischen genauer vorliegen, verdeutlichen das zugunsten der revolutionären Linken veränderte Kräfteverhältnis:

Bei den letzten Wahlen 1962 hat die gesamte Linke (Christdemokraten, Sozialistische Partei, nationale Befreiungsfront und Bewegung der fortschrittlichen Sozialisten) kaum 6,4 % der Stimmen erhalten. Dabei war die Gruppierung, die die meisten Stimmen erhalten hatte, die Christdemokraten (2,8 %). Jetzt, 16 Jahre später, hat die Linke 30 % der Stimmen gewonnen. Davon sind über 15 % Stimmen für die revolutionäre Linke. Die reformistische und revisionistische Linke (PSR, PCU, DDC, ARS), die alle die erste Phase der „peruanischen Revolution", d.h. die Regierung Velasco unterstützt haben, hat insgesamt nur 14,6 % der Stimmen erhalten.

Das Stimmenergebnis für die Linke, vor allem die revolutionäre Linke, wird noch bedeutender, wenn man die extrem schwierigen Bedingungen berücksichtigt: Zum einen die antidemokratischen Behinderungen durch die Regierung (Kriegsrecht, Ausnahmezustand, Verfolgung der Linken, Deportierung, Gefangennahme usw.), zum andern auch die Unerfahrenheit der revolutionären Linken auf dem Gebiet des Wahlkampfes und der Wahlen, was Ursache für eine Reihe von Fehlern war.

Relativ unerwartet kam nicht nur das hohe Wahlergebnis für die revolutionäre Linke, sondern auch die Aufteilung der Stimmen auf die beiden unterschiedlichen Wahlbündnisse.

FOCEP (reiner Wahlbündnis aus trotzkistischen Organisationen und bekannten Persönlichkeiten) erhielt knapp 12 %, UDP, (verschiedene Linksparteien und Gewerkschaftssektionen — mit den Ziel, das Bündnis auch über die Wahlen hinaus zu einem Ansatz für eine revolutionäre Partei zu entwickeln) — bekam nur 4,3 % der Stimmen.

Die FOCEP hatte im ganzen Land bekannte Persönlichkeiten für ihr Wahlbündnis gewonnen. Hugo Blanco z.B. (der schon aus den 60er Jahren durch seine zeitweise sehr erfolgreiche Guerilla und seine Verankerung in der Bauernschaft einen Namen hat) hat über 20 Jahre politische Tätigkeit in Peru hinter sich und ist praktisch die Personifizierung der revolutionären Perspektive im Land. Oder Genaro Ledesma, der durch seine aktive Unterstützung der Bauernkämpfe bekannt geworden ist, in der Provinz Cerro de Pasco Abgeordneter und Bürgermeister war (FOCEP bekam in dieser Provinz 61 % der Stimmen).

Das geringe Ergebnis für die UDP ist deswegen überraschend, weil dieses Bündnis von der Zusammensetzung her, insbesondere durch die Beteiligung ganzer Gewerkschaftssektionen, über eine größere Massenbasis verfügt als die FOCEP.

Grundlage für das Ergebnis ist offenbar die bislang nicht überwundene

Grundlage für das Ergebnis ist offenbar die bislang nicht überwundene

Trennung zwischen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kämpfen einerseits und politischen Kämpfen andererseits. Der Kampf um Lohnerhöhungen und Gewerkschaftsfreiheiten ist für die peruanische Arbeiterbewegung immer noch eine andere Sache als der Kampf um politische Forderungen oder als Wahlen. So hat z.B. in einer Provinz im Süden Perus für die UDP ein Gewerkschafter kandidiert, der die gesamte gewerkschaftliche Basis der Provinz hinter sich hat, trotzdem hat in diesem Gebiet die FOCEP mehr Stimmen bekommen als die UDP.

Darüber hinaus hat sich die UDP mit einem taktischen Vorgehen im Wahlkampf wohl schwerer getan als die FOCEP. Die UDP hatte kaum national so bekannte und anerkannte Kandidaten wie z.B. Hugo Blanco (wobei Hugo Blanco wohl auch kaum für ein nichttrotzkistisches Bündnis kandidiert hätte). Außerdem hat die UDP während des Wahlkampfes (auf Veranstaltungen, im Fernsehen etc.) alle Vertreter der in ihr zusammengeschlossenen Organisationen (insgesamt 16) auftreten und sprechen lassen. Dies war möglicherweise für die Struktur und Weiterentwicklung des Bündnisses notwendig, für den Wahlkampf aber unübersichtlich und wenig geschlossen.

Insgesamt läßt sich wohl sagen, daß FOCEP Stimmen von Hunderttausenden von Menschen bekommen hat, die sich mit der revolutionären Linken in irgendeiner Weise identifizieren, die begonnen haben, sich von den reformistischen Bindungen zu lösen. Die Stimmen für die UDP sind aber wohl bewußter und sind die Stimmen der Militanten.

Bereits vor den Wahlen liefen Bemühungen, die beiden Bündnisse FOCEP und UDP zu vereinigen. Gescheitert war dies zunächst am Widerspruch der PC mayoria (einer Abspaltung von der PC), die gegen eine Vereinigung mit der FOCEP gestimmt hatte. Trotzdem sollte zwei Tage vor den Wahlen eine gemeinsame Demonstration in Lima stattfinden, die von der Polizei im letzten Augenblick unrechtmäßig verhindert wurde. Die Gespräche zwischen beiden Gruppen werden zur Zeit intensiv fortgesetzt.

Inzwischen hat sich die aus den Wahlen hervorgegangene Verfassunggebende Versammlung (Constituyente) konstituiert. In der Einschätzung der Versammlung, ihrer Bedeutung und Rolle, scheint es innerhalb der Linken sehr unterschiedliche Auffassungen zu geben. Während Gruppierungen der UDP (z.B. Tinchera Roja) fordern: „*Nieder mit der Diktatur und ihrer reaktionären Versammlung*" und die Constituyente mehr als Bühne der Agitation und zur Entlarvung der Regierung betrachten, fordern Vertreter der FOCEP (Hugo Blanco und seine Partei PST), daß der Versammlung reale Machtbefugnisse übertragen werden müßten. Sie haben einen Antrag eingebracht, der den Rücktritt der Militärregierung fordert, um die PCP (die die Militärs immer „kritisch unterstützt" hat) zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Einigkeit besteht allerdings in der Auffassung, daß die Arbeit in der Versammlung der Unterstützung der Kämpfe des Volkes und der Stärkung seiner Organisationen untergeordnet ist. Im Laufe des letzten Generalstreiks haben sich in einigen Landesteilen Volksversammlungen und Verteigungskomitees herausgebildet, die zwar offensichtlich noch nicht stabilisiert, aber trotzdem erste Ansätze für Organisationsformen des Volkes sind. Außerdem laufen eine Reihe von Projekten, die den Prozeß von Auseinandersetzung und Vereinheitlichung der Linken vorantreiben sollen. So z.B. das Projekt einer einheitlichen Gewerkschaftspresse für die wichtigsten, revolutionär orientierten Gewerkschaften.

Noch läßt sich die weitere Entwicklung dieses „peruanischen Prozesses" nicht absehen. Die Rechte hat bisher ihre Macht – etwa durch reaktionäre Gegenmobilisierung – noch nicht gezeigt. Das Kräfteverhältnis innerhalb des Militärs ist unklar, und vor allem hat der Imperialismus bisher noch keine neuen – zumindest keine sichtbaren – Direktiven gegeben. Immerhin war die Rechtsentwicklung in Peru und der reaktionäre, auf Verelendung der Massen orientierende Wirtschaftskurs vom Internationalen Währungsfonds durchgesetzt worden. Trotzdem geben die Massenkämpfe und die Entwicklung der revolutionären Linken in Peru, neben Nicaragua, neben den großen Streiks in Bolivien und Kolumbien und neben dem Aufschwung des Widerstands in Chile neue Hoffnung, das die Friedhofsruhe in Lateinamerika niedergekämpft werden kann.

Eine Schlagzeile in einer peruanischen Zeitung (PST) gibt dieser Hoffnung Ausdruck:

„*La Izquierda unida jamas seravencida*" (Die Vereinigte Linke wird niemals besiegt werden)

**Lateinamerikakommission und Perugruppe Hamburg**
**(eine Reihe von Materialien hat uns der MIR/Chile zur Verfügung gestellt)**



**Hugo Blanco nach seiner Rückkehr aus jahrelangem Exil in Peru**

Oktober '77, Provinz Cuzco/Peru: Bauern und Landarbeiter auf einem Marsch im Kampf um ihr Land

# Brief aus Chile

Ein Genosse schickte uns einen Reisebericht aus Chile, aus dem wir hier Teile abdrucken, weil er die aktuelle Lage im faschistischen Chile, in dem aber der Volkswiderstand in vielfältigen Formen wieder auflebt, eindrucksvoll beschreibt.

„*Wenn man in diese große Stadt kommt, Santiago, aber auch in kleineren Orten, meint man, es sei alles ruhig; die Leute zufrieden und freundlich. Es gibt alles zu kaufen, alles importiert, Ami-Produkte aller Art, in den Stadtzentren neue Supermärkte, große Kaufhäuser und Restaurants, fast europäisch. Fast europäisch aber auch die Preise. Und dann merkt man, daß alles Fassade ist. Man sieht die Bettler in den Straßen, die vielen kleinen Geschäfte, die Konkurs angemeldet haben, die vielen armseligen Straßenhändler. Und dann geht man in die erstbeste Seitenstraße und schon beginnt der nackte Alltag. In den ersten Unterhaltungen mit den ‚zufriedenen', freundlichen Menschen erfährt man die Einzelschicksale, die 40% tatsächliche Arbeitslosigkeit, in den Vorstädten, den Poblaciones, bis zu 70, 80, 90% Arbeitslosigkeit. Man erfährt von den Familienangehörigen im Exil, von den Verschwundenen und den Leuten, die immer noch laufend verschwinden. Viele sind nach der famosen Amnestie vor einigen Monaten in den Knästen geblieben. Von der einen Million (!) Exilchilenen konnte auch so gut wie keiner zurückkehren.*

*Die vielen schönen Sachen, die man kaufen kann, können sich 80% der Menschen nicht leisten. Die Zentren dieser Städte sind nichts anderes als Inseln imperialistischer Machtpolitik, nach Friedmannschem Modell verordent, und von den Militärs und Bullen kontrolliert, die man an jeder Straßenecke sieht, und die im ganzen Land auf den Fernstraßen ihre Posten mit Schranken quer über die Fahrbahn errichtet haben. Sie garantieren auch die Pressekontrolle, die trotz winziger kritischer Artikel fast total ist, und auch die Kontrolle über Radio und Fernsehen mit Programmen von erschreckendem Niveau: Rudi-Carell-Show, aber drei Nummern mieser, dazu eine Reklame nach der anderen und prapagandistische Belehrungen, warum Konkurrenz das Geschäft belebt und ähnlicher Firlefanz.*

*Aber außer diesen frustrierenden Fakten gibt es auch erfreuliche, hoffnungsvolle: Als erstes fallen einem die Häuserwände auf, auch an Landstraßen oder Felsen. Sie tragen Aufschriften, Namen, Parolen, außer den verblichenen von vor '73, die unter der Tünche langsam wieder auftauchen, die neuen frischen. An vielen Stellen sieht man das R des Widerstands, mal groß, mal ganz klein. Vor allem in letzter Zeit scheint es in dieser Richtung ein paar Aktivitäten gegeben zu haben, an vielen Stellen, selbst staatlichen Gebäuden, sind diese Parolen nur notdürftig übergemalt. Die an den riskantesten Orten – so kann man erkennen – sind oft mit MIR unterzeichnet, dies ist auch praktisch das einzige Zeichen von Organisationen, das man an einer Reihe von Stellen entdeckt. Weiterhin existieren die Penas, als kritische folkloristische Treffs, obwohl die einer Reihe von Repressionen unterworfen sind (vergl. dazu den Bericht von D. Sölle, AK 132). In den Poblaciones und zentral arbeiten die „Arbeitslosenbörsen", sowohl autonom, wie auch an die Vicaria de Solidaridad und an die Kirche gekoppelt. Ebenso die Komitees der Familienangehörigen der Verschwundenen und seit einiger Zeit auch das Komitee der ehemaligen politischen Gefangenen. Dies sind alles Gruppen, die nicht einfach auftreten, wie in der BRD etwa, oder sich offen äußern, sondern die auf der Ebene von Stadtteilen praktisch halblegal arbeiten. Nicht einmal die Werkstätten der Arbeitslosen oder Ex-Gefangenen oder die Kinderküchen können sich offen äußern. Sie müssen unter diesen Bedingungen – wenn nicht direkt als Widerstandsform – so doch als Anklage gegen die Regierung verstanden werden. Letztere sind übrigens in den letzten Wochen zu deutlicheren Formen des Protestes übergegangen. Sie veranstalteten immer wieder auf den Straßen – als Propagandaform – eine Art Volksessen, was sofort die Bullen auf den Plan ruft, wobei allerdings bisher selten jemant gefaßt wurde, weil alles gut geplant war.*

*Die spektakulärsten Ereignisse der letzten Tage waren einmal die Feiern zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Chiles von Spanien. Auf Spruchbändern ließ sich Pinochet neben O'Higgins (Befreier von damals) als neuer Befreier feiern. Ca. 40.000 Menschen marschierten in der Parade mit, davon ca. 10.000 Soldaten aller Truppenteile, Feuerwehrleute, rechte Frauengruppen und vor allem eine Schulklasse nach der andern in Uniform, die sind nach gut faschistischem Vorbild bei solchen Anlässen verpflichtet, teilzunehmen. Gut war, wie wenig sich die Menschen am Straßenrand um den Rummel scherten. Recht ernst allerdings muß man diesen Aufmarsch im Zusammenhang mit dem Versuch (zumindest von Teilen) der Regierung nehmen, eine faschistische Bewegung auf die Beine zu stellen, was anscheinend in letzter Zeit vor allem in Universitztskreisen erste Früchte trägt. Sehr passend übrigens: Die Hefte „das III. Reich" gibt es hier in spanischer Übersetzung fast an jedem Kiosk zu kaufen.*

*Ein anderes Ereignis dieser Tage ist die Jagd (im Sinnes des Wortes) auf eine Reihe von MIR-Genossen. In den letzten Wochen waren in Santiago in einigen noblen Geschäften ein paar Bomben hochgegangen und weitere Aktionen, wie die Beraubung von Supermärkten und Verteilung der Waren an die Bevölkerung sollen in Planung gewesen sein. Jedenfalls haben die „Sicherheitskräfte" am Montag sechs MIR-Genossen und am Dienstag weitere zwei festgenommen. Eine Frau und ein Mann werden weiter laufend über Phantombilder gejagt. Einige der Verhafteten sind Bauarbeiter aus den Poblaciones. Angeblich soll eine ganze Werkstatt mit Waffenlager gefunden worden sein. Mehrere der Verhafteten sollen früher anderen Organisationen, wie PS und PC angehört haben, eine Tendenz, die man von Leuten bestätigt bekommt, die die Entwicklung seit Zeiten verfolgen. Überhaupt scheint die Linke hier sehr zusammengerückt, bis auf die PC, die in vielen Organismen auf Ebene der Breitenarbeit echt mit der DC zusammenarbeitet. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang der Arbeit der Linken was einem von allen Seiten bestätigt wird, daß im Gegensatz zu vielen Männern, die Angst und Opportunismus (sofern man unter diesen Bedingungen von Opportunismus sprechen kann, Anm. AK) an den Tag legen, Frauen ein ungeheures Klassenbewußtsein entwickelt haben sollen und viele der wichtigen und notwendigen Aufgaben offensiv wahrnehmen.*

*So weit erstmal. Der Volkswiderstand lebt und wird siegen!*"

# CHILE: 5 Jahre Faschismus 5 Jahre Widerstand

**Vor fünf Jahren, am 11. September 1973, stürzten die chilenischen Streitkräfte die Regierung der Unidad Popular unter Präsident Allende und liquidierten damit den dreijährigen Versuch eines „friedlichen Übergangs" zum Sozialismus. Seitdem herrscht in Chile eine grausame faschistische Militärdiktatur, deren Regisseure und Profiteure die herrschenden Klassen der imperialistischen Staaten, vor allem der USA, sind. Rund 10.000 Menschen wurden unmittelbar nach dem Putsch und in den folgenden Tagen ermordet, Tausende wurden verschleppt, in Konzentrationslager gesperrt und gefoltert. Der Terror wurde zum Alltag für das chilenische Volk; unverändert werden auch heute noch die Menschen in Elend und Unterdrückung gehalten, wird jede Opposition blutig verfolgt. So oft das Pinochet- Regime und die imperialistische Presse das Stichwort „Demokratisierung" aufbrachten, so oft wurde dies auch durch immer neue Berichte über die tatsächlichen Verhältnisse in Chile wiederlegt.**

**Der Militärputsch in Chile bedeutete das tragische Scheitern des „friedlichen Übergangs" zum Sozialismus, der von den reformistischen und revisionistischen Parteien weltweit als heute angeblich realistische Strategie angeboten wird. Nirgendwo auf der Welt ist mit einem solchen „friedlichen Weg" bislang ein Sieg über Imperialismus und Reaktion erzielt worden; stattdessen wurde dadurch jedesmal der Preis in die Höhe getrieben, den die Arbeiterklasse und das Volk in ihrem Kampf zahlen müssen: Nicht nur unmittelbar durch die große Zahl der von der Reaktion hingemordeten wehrlosen Opfer, sondern darüber hinaus durch den schweren Rückschlag einer breiten, mit revolutionärer Begeisterung erfüllten Massenbewegung und die weitgehende Zerstörung ihrer Organisationen, die nun unter schwersten Bedingungen und mit einer viel längerfristigen Arbeit wieder aufgebaut werden müssen.**

**International war von der Linken die Hoffnung auf das chilenische „Experiment" gesetzt worden, daß die revolutionären Kräfte in dem in Gang gesetzten Prozeß noch rechtzeitig eine ausreichende Stärke gewinnen könnte, um die unvermeidlich bevorstehende Konfrontation mit den imperialistischen und reaktionären Kräften zugunsten des chilenischen Volkes entscheiden zu können. Die Enttäuschung darüber, daß der Imperialismus in Chile die Schlacht vorerst wieder für sich entschieden hat, und daß er auch in anderen revolutionären Prozessen wie etwa in Portugal nach dem Sturz des Salazar-Faschismus das Kräfteverhältnis wieder zu seinem Nutzen festigen konnte, führt immer wieder zu Zweifeln und Resignation. Tatsächlich stehen den Niederlagen wie in Chile aber Erfolge gegen den Imperialismus in anderen Regionen gegenüber; tatsächlich hat es noch nirgendwo einen Sieg über den Imperialismus gegeben, ohne daß dieser durch mehrere vorangegangene Niederlagen und „Irrtümer" mit „vorbereitet" wurde; tatsächlich ist auch in Chile 1973 zwar „eine Schlacht verloren, nicht aber der Krieg" (Überschrift des ersten Flugblatts des MIR nach dem Putsch). Der Widerstand des chilenischen Volkes und seiner revolutionären Kräfte hat sich fünf Jahre nach Errichtung der faschistischen Militärdiktatur soweit reorganisiert, daß Nachrichten über Protest- und Kampfaktionen aus Chile heute wieder in der Presse zu lesen sind – und zu neuen Anstrengungen in der internationalistischen Solidarität auffordern.**



José Venturelli

## Neue Qualität des Volkswiderstands in Chile

Die völlige Zerschlagung aller Organisationen des Volkes nach dem Putsch hatte den Widerstand zunächst stark gelähmt und die linken Organisationen in den Rückzug gezwungen. Sämtliche Organisationen der Arbeiter und Bauern waren verboten, ihre Funktionäre verfolgt und verschleppt worden, Tarifhoheit, Organisationsfreiheit, Schutz vor Entlassungen, Streikrecht waren aufgehoben. Wer als politisch verdächtig galt, konnte
freiheit, Schutz vor Entlassungen, Streikrecht waren aufgehoben. Wer als politisch verdächtig galt, konnte
entlassen werden, Arbeiter, die sich weigerten, Überstunden zu leisten, wurden in die Salpeterwüste im Norden verbannt usw. (vergl. AK-Extra September 75). Trotzdem wurden ab 1975 und in verstärktem Maße 1976 neue gewerkschaftliche Zusammenschlüsse vor allem auf Betriebsebene entwickelt. Die Aktivitäten waren unter den herrschenden Bedingungen sehr begrenzt auf vorsichtige Versammlungen, Erklärungen und Petitionen, meist zu Lohn und Sozialfragen; sie standen im wesentlichen unter Führung und Initiative der Christdemokratie. Die Junta versuchte dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem sie christdemokratische Gewerkschafter gegen ihre Büttel austauschte und Versuche zur Gründung juntaeigener Gewerkschaftsverbände unternahm, die aber entweder wieder aufgelöst werden mußten, weil bewußtere Teile der Arbeiterbewegung die Führung übernehmen konnten (Central Nacional de Trabajadores) oder die sich nicht durchsetzen konnten. Der Plan einer Zwangsmitgliedschaft (in der Union Nacional, Dezember 76 gegründet) ist bislang nicht durchgesetzt.

Im Juni 76 schickten die Führer von zehn Einzelgewerkschaften einen Protestbrief an die Regierung, in dem eine Veränderung der Wirtschafts- und Arbeitspolitik der Junta gefordert wird, zahlreiche Gewerkschaftsgruppen und Arbeiterkomitees unter-
und Arbeitspolitik der Junta gefordert wird, zahlreiche Gewerkschaftsgruppen und Arbeiterkomitees unter-
stützten diesen Brief. Die „Gruppe der Zehn" war seitdem bis Anfang dieses Jahres in halblegaler Form Sprachrohr und Führung der Gewerkschaftsbewegung gegen die Juntaorganisationen. Bedeutend daran war, daß überhaupt eine Reorganisierung in dieser Form stattfand; die politische Begrenztheit lag darin, daß sie politisch von der Christdemokratie dominiert wurde (die Gruppe der Zehn arbeitete z.B. mit dem US-Mafia-Gewerkschaftsbund AFL/CIO zusammen).

Seit Ende 77 entwickelte sich ein qualitativer Wechsel im Widerstandskampf und im Verhalten der Massen.

Vom Inneren des Kampfes her ist eine neue Gewerkschaftsführung entstanden. Das zeigen z.B. die Schaffung der Coordinadora Sindical (=Gewerkschaftskoordinierung, in der Tat die CUT, nur unter anderem Namen), die Streiks im Bergwerk von El Teniente, im großen Kupferbergbau, die Streiks der Hafenarbeiter und in der Lebensmittelindustrie und die Erklärungen der Bauernorganisationen, die eine wachsende Mobilisierung ausdrücken. Diese Reaktivierung des Gewerkschaftskampfes ist gleichgelaufen mit einer Verstärkung der Sabotageakte, der bewaffneten Propaganda und der Organisation im Untergrund. Beispiele hierfür sind die Sprengungen der Eisenbahnlinien in Richtung Valparaiso und San Antonio (zu Zeiten, in denen Lebensmittel transportiert werden sollten, die für den Export bestimmt waren) oder die Brandstiftung in den Kühlhallen von Valparaiso, in denen Waren lagerten, die ebenfalls für den Export bestimmt waren. Diese Aktionen fanden zur gleichen Zeit wie die Streiks der Hafenarbeiter statt.

Das von der Diktatur organisierte „Referendum" war ebenfalls ein Moment, das vom Widerstand ausge-
Das von der Diktatur organisierte „Referendum" war ebenfalls ein Moment, das vom Widerstand ausge-
nutzt wurde, um die Untergrundpropaganda und die Untergrundorganisationen auszubauen. Blitzdemonstrationen auf den Straßen Santiagos und bewaffnete Propagandaaktionen (wie z.B. die Besetzung einer Radiostation durch den MIR für einige Minuten) begleiteten die Periode der Volksabstimmung.

Am 8.3.78 versammelten sich anläßlich des Internationalen Frauentags über 8.000 Personen unerlaubt in einem Theater in Santiago, und führten eine Veranstaltung mit einem deutlichen antidiktatorischen Charakter durch. Auch am 1. Mai befanden sich Tausende auf den Straßen Santiagos. 7.000 Personen versammelten sich auf dem Platz Aguirre Cerda. Die Diktatur nahm 600 Personen gefangen, die allerdings später aufgrund nationaler und internationaler Proteste wieder freigelassen wurden.

In diesem Kontext findet dann auch der Streik um die verschwundenen politischen Gefangenen statt. Diese Aktion, die zuerst begrenzt war auf die Angehörigen der Verschwundenen, weitete sich sehr schnell aus und fand ein Echo auch in anderen Sektoren. In wenigen Tagen war es ein Kampf des ganzen Volkes. Die Arbeitslosen, Christen, politische Gefangene, Mitglieder von Volksküchen schlossen sich an. Die Gewerkschaftskoordinierung gab Solidaritätserklärungen mit den Streikenden ab. Die Studentenbewegung ging auf die Straße, um sich mit den Streikenden zu solidarisieren.

## Die chilenische Linke

Die chilenische Linke

Der Aufschwung der Volkskämpfe ist auch gekennzeichnet durch die ausserordentliche Stärkung der Einheitsbestrebungen von der Basis her. Auf der Ebene der Parteien der Linken hat sich dieses in den Abkommen MAPU, PS-CNR und MIR gezeigt, im gemeinsamen Auftreten während des Hungerstreiks, in der Organisierung der Front der Arbeiter der Massenmedien im Untergrund mit der Teilnahme von PC, PS und MIR. Das im Ausland unterzeichnete Abkommen zwischen der UP und dem MIR (1977) hat auch im Inland einen starken Widerhall gehabt, der den Einheitsgedanken der Basis verstärkt hat.

Dieser Einheitsgeist und die Stärke des Widerstandes haben auch Sektoren der demokratischen Kleinbourgeoisie der DC dazu gebracht, sich von der Führung Freis zu distanzieren, sowie auch von der PDC, und sich dem Volkswiderstand anzuschließen. So sind z.B. studentische und Jugendorganisationen der PDC mit auf die Straße gegangen, um sich mit den Hungerstreikenden zu solidarisieren. Gewerkschaftsführer entfernten sich von der bürgerlichen Opposition und reihten sich in die Gewerkschaftskoordination mit ein.

Trotzdem gibt es aber heute noch innerhalb der Linken zwei verschiedene politische Richtungen, was eine weitere Entwicklung der Einheit der Linken auf höherer Ebene verhindert. Die revolutionäre Linie kämpft darum, die Einheit der Linken und den Volkswiderstand zu stärken und zu vertiefen, sowie die Alternative des unabhängigen Kampfes des Volkes zu entwickeln. Die reformistische Linie meint, daß es heute in Chile keine Kraft für einen autonomen Kampf des Volkes gibt; daß der
sche Linie meint, daß es heute in Chile keine Kraft für einen autonomen Kampf des Volkes gibt; daß der
Hauptfeind des Volkes Pinochet ist, und daß man deshalb die bürgerliche Opposition Freis unterstützen sollte. Sie meinen weiterhin, daß die alleinige Ersetzung Pinochets schon ein Fortschritt und ein Sieg des Volkes wäre. Sie schließen die Augen vor der Tatsache, daß Pinochet nur der sichtbare Kopf eines wirtschaftlichen und politischen Prozesses ist, an dem das Monopolkapital, der Imperialismus, alle Fraktionen der Bourgeoisie und die Streitkräfte als Institution beteiligt sind. Pinochet könnte ausgewechselt werden, ohne daß die Essenz des Regimes verändert wird, und ohne daß die Formen der Ausbeutung der Arbeiter und des Volkes anders werden.

**MIR - Hamburg**
**Lateinamerika-Kommission**








# afrika

## Reisebericht Eritrea, Teil 1:

# Die revolutionären Kinder

**Auf der Reise, die wir im Juli auf Einladung der EPLF durch die befreiten Gebiete Eritreas machen konnten, haben wir so vielfältige Aspekte der revolutionären Entwicklung des Landes sehen können, daß es uns schwerfällt auszuwählen, worüber wir zuerst berichten wollen. Ganz grob läßt sich die Fülle des Materials in etwa aufteilen in die vier Komplexe: Kinderarbeit, Frauenfrage, Revolution auf dem Land und Aufbau der Volksmacht. Wir haben uns entschlossen, zuerst über die Kinder in Eritrea zu berichten – zum einen, weil uns die Arbeit der Genoss/inn/en mit den Kindern und das hohe Bewußtsein der Kinder mit am stärksten beeindruckt haben. Der andere Grund ist die gegenwärtig laufende Spendensammlung für die Errichtung von vier neuen Schulen in Eritrea, wozu wir noch einiges Hintergrundwissen vermitteln möchten.**

Nach der militärischen Befreiung weiter Landgebiete und der meisten Städte Eritreas besonders in den letzten 2 — 3 Jahren wurde der politische Aufbau in diesen Gebieten eine entscheidende Aufgabe der Revolutionäre, um die breiten Volksmassen noch stärker für die Revolution zu aktivieren. Dazu gehört für die EPLF die Schaffung von Organisationen für arme und Mittelbauern, für Arbeiter, Jugendliche, Frauen — um nur einige zu nennen. Der Kinderfrage wird dabei ebenfalls eine ganz zentrale Bedeutung zugemessen.

Die EPLF geht davon aus, daß die Kinder ebenso gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sind wie die Erwachsenen und daß sie deshalb genauso das Recht haben, sich in eigenen Organisationen zusammenzuschließen wie z.B. die Frauen. *„Die Kinder sind unsere Zukunft. Sie müssen an unsere Stelle treten und den Kampf weiterführen.“* — So wird mit größter Sorgfalt am Aufbau eines revolutionären Schulwesens gearbeitet, größter Sorgfalt am Aufbau eines revolutionären Schulwesens gearbeitet, und überall in den befreiten Gebieten wurden Gruppen der Kinderorganisation „Red Flowers“ (= Rote Blumen) gegründet.

Mit welcher Ausgangssituation, mit welchen Problemen müssen die Genoss/inn/en der EPLF bei der Kinderarbeit fertig werden?

Die Lebensbedingungen der Kinder in Eritrea sind grundlegend verschieden vom Leben der Kinder bei uns. Anders als hier kann es sich die Gesellschaft dort nicht leisten, die Kinder (auch wenn nur scheinbar) in eine Art Heile-Welt-Kinderland-Ghetto abzuschieben. Von klein auf erfahren die Kinder unmittelbar, was Arbeit, Sterben an Hunger oder Bomben, der Kampf ums Überleben bedeuten. Diese Kinder blicken einen an „wie Erwachsene“ — oft sind sie sehr ernsthaft.

Die eine Grundvoraussetzung ihres Lebens ist der Krieg, die andere ist, daß sie in einem der ärmsten Länder der „Dritten Welt“ leben.

Der Krieg bedeutet für die Kinder: Angst haben zu müssen vor den äthiopischen Bombenflugzeugen. Mitzuerleben, wie in ihrem Wohnort oder sogar in ihrer eigenen Familie Menschen durch die äthiopischen Soldaten umgebracht oder gefoltert werden. Hunderttausende sind auf der Flucht wochenlang zu Fuß unterwegs, wissen nicht, wo am nächsten Tag das Essen herkommt, vegetieren in sudanesischen Flüchtlingslagern am Rand des Hungertodes dahin, sehen ihre schwächeren Geschwister sterben.

Insgesamt stehen die Kinder sehr früh voll mit im Produktionsprozeß. Das heißt: Die kleinen Mädchen hüten ihre jüngeren Geschwister, oft haben sie schon ein Baby auf dem Rücken, wenn sie gerade 5 oder 6 Jahre alt sind. Sie helfen mit bei der Hausarbeit, was schwere körperliche Arbeit bedeutet wie Wasserschleppen und Holz holen. Mädchen und Jungen müssen Vieh hüten. Auch das ist eine schwere Arbeit: Es gibt keine Weiden mit Zäunen wie hier, das Land besteht aus Gebirge, Wüste oder weiten Ebenen; vor allem in der Regenzeit sind die Flüsse sehr gefährlich. Beim Hüten müssen die Kinder alle Viecher ständig im Auge behalten und sofort hinterherlaufen oder -klettern, wenn eins abhaut. Der Verlust einer Ziege oder einer Kuh ist ein großes Unglück — es kann Hunger und Verschuldung bedeuten für die ganze Familie, den Mangel — Tod der schwächsten Familienmitglieder usw.

In der Stadt versuchen vor allem die kleinen Jungen, irgendwelche Handlangerarbeiten zu finden, oder sie machen Straßenhandel mit Zigaretten, Streichhölzern oder anderem Kleinkram. Solche Jobs sind jedoch schwer zu finden, weil auch von den Großen viele arbeitslos sind.

Viele Kinder sterben sehr früh: Wegen mangelhafter Ernährung, an tropischen Infektionskrankheiten, an Wundstarrkrampf, durch Bombenangriffe, auf der Flucht. Den kleinen Jungen wird die Vorhaut beschnitten, den kleinen Mädchen — vor allem auf dem Land — die Klitoris herausgeschnitten, eine lebensgefährliche Operation (Diese Grausamkeit versucht die EPLF abzuschaffen). Die kleinen Mädchen erfahren sehr früh, daß Frauen als minderwertige Lebewesen gelten, sie sind sehr schüchtern.

Vor allem auf dem Land konnten es sich bisher bis zu 75% der Familien nicht leisten, ihre Kinder zur Schule zu schicken — falls es überhaupt schon Schulen gab.

Die EPLF versucht, möglichst vielen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Allein in den letzten 2 Jahren hat sie über 200 — meist kleinere — Schulen eröffnet. Das hängt aber nicht nur davon ab, ob man es schafft, Schulen einzurichten. Sondern auch davon, ob insgesamt Lebensbedingungen entwickelt werden, in denen die Familien es sich leisten können, die Kinder zur Schule zu schicken und nicht den ganzen Tag zur Arbeit mit einzusetzen.

Im folgenden wollen wir die zwei am weitesten entwickelten Ansätze der Kinderarbeit beschreiben, die wir sehen konnten: Die Revolutions-Schule im Stützpunktgebiet und die Kinderorganisation „Red Flowers“ (Rote Blumen) in Decamhare.

### Die Revolutionsschule

Sie wurde von der EPLF 1976 mit 300 Kindern eröffnet. Jetzt leben hier 1.100 Kinder zusammen mit ca. 45 Lehrern und 50 Lehrerstudenten. Die Schule ist ein Internat, ein Dorf für Kinder.



Drei- bis Fünfjährige aus der Revolutionsschule



Aufmarsch der Red Flowers beim Unabhängigkeitsfest in Decamhare

Auf dem erhöhten Ufer eines ausgetrockneten Flußbettes liegen unter grünen Büschen gut getarnte kleine Häuschen: Die Schlafhäuser und Klassenzimmer. Das Flußbett bildet dazwischen eine Riesenfläche — 300 m breit und kilometerlang — zum Teil mit festem kurzem Gras bewachsen, zum Teil feiner weißer Sandboden.

Bei unserer Ankunft kurz vor dem Abendessen tobten auf dieser weiten Fläche Hunderte von Kindern herum — spielten Fußball mit rund ausgestopften Stoffstücken, spielten Packen, Handstand, Rumtoben. Dazwischen saßen Einzelne oder kleine Grüppchen und lernten oder lasen ganz vertieft. In verschiedenen Kochhäuschen wurde das Abendessen zubereitet: Injiera (das Brot) wurde, mit Zutaten vermengt, auf große runde Tabletts gebröselt. Auf einem kleinen Abhang war der Eßplatz von ca. 200 Kindern: Etwa 50 standen ganz vergnügt Schlange vor einer Schüssel mit Wasser zum Händewaschen. Danach hockten sich je 8 — 10 Kinder um eins der am Boden stehenden Injiera-Tabletts und futterten (gegessen wird mit der rechten Hand). Eindrucksvoll war, wie vergnügt es hier zuging und mit welcher Selbstverständlichkeit hier Hunderte von Kindern eine absolut unverbissene Disziplin einhalten.

Nach unserer Ankunft hatten wir zunächst ein längeres Gespräch mit dem leitenden Genossen der Schule und einigen Lehrern. Sie quetschten uns gründlich aus über die politische Situation in der BRD und unsere Arbeit als Kommunisten. Auf ihr Erstaunen stieß vor allem unsere Schilderung des bereits entwickelten Ausmaßes an Aggressivität des BRD-Imperialismus nach innen und nach außen und auch solche Faktoren wie die tägliche Gehirnwäsche der Menschen in der BRD durch die Reaktionäre in den Massenmedien und der beherrschende Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse. Da in Europa die Hauptmasse der Eritreer in Italien lebt, haben sie natürlich eher die Vorstellung von kämpferisch breit mobilisierten Arbeiterklassen in Europa. Und auch hier, wie fast überall, wo wir mit eritreischen Genoss/inn/en diskutierten, wurde uns die Frage nach der RAF gestellt: sind sie noch aktiv? Sitzen sie schon alle im Gefängnis? Wie steht der KB dazu? — Bis auf einen einzigen Genossen, der es ablehnte, die „Terroristen“ noch als Genossen anzusehen, fanden wir hier wie überall auf der Reise eine ähnliche Einschätzung dieser Frage vor wie bei uns: Bei jeder Aktion von Genossen kommt es vor allem darauf an, ob sie dazu beiträgt, die Massen für den Kampf um ihre Interessen zu ermutigen und zu mobilisieren. Das gilt auch für Terroraktionen. Aktionen wie z.B. die Ermordung Blancos in Spanien haben diesen Zweck erfüllt. Ist diese Wirkung aber nicht zu erreichen, weil aufgrund des politischen Kräfteverhältnisses der Klassenfeind diese Aktionen voll für sich nutzen kann, sind sie abzulehnen. Trotzdem, auch wenn sie deren Politik ablehnen, sind die Kommunisten solidarisch mit den gefangenen „Terroristen“ — das heißt uns mit ihnen dieselbe Kritik an dieser Gesellschaftsordnung verbindet und weil die Maßnahmen, die sich heute „nur“ gegen diese Gefangenen richten, morgen alle betreffen können.

Die Genossin Nasra — Alter höchstens Mitte 20 — erklärte uns, wie die Kinder organisiert sind. Sie ist Leiterin einer der Großgruppen: Es sind 220 11 — 14jährige Kinder, davon 100 Mädchen. Außerdem gehört zu der Großgruppe ein Betreuerkollektiv von 15 Genossinnen und 5 Genossen, 2 von ihnen sind Lehrer und die anderen Lehrerstudenten. Je zwei oder drei aus diesem Betreuerkollektiv sind besonders zuständig als Bezugsperson für je eine Untergruppe von 20 — 30 Kindern.

Für die Kinder ihrer Untergruppe haben die Betreuer/innen einerseits Elternfunktion, andererseits sind sie deren gleichberechtigte Genossen. Elternfunktion: das heißt, die Entwicklung jedes einzelnen Kindes genau zu beobachten, sich bei Bedarf besonders intensiv drum kümmern, darauf achten, daß jedes Kind genug Liebe und sein Recht bekommt. Genossen sein, das heißt: Gleichberechtigter Partner des Kindes bei Kritik und Selbstkritik, nur eine Stimme haben bei Abstimmungen wie die Kinder auch — und da sind die Kinder eindeutig in der Mehrzahl. Genossen — das heißt vor allem auf die ideologische Entwicklung der Kinder zu achten, daß sie z.B. ein kooperatives Verhalten entwickeln und kooperatives Verhalten entwickeln und untereinander keine Hierarchien aufbauen.

Jede dieser Untergruppen einschließlich der Betreuer lebt, ißt und schläft zusammen. Einmal wöchentlich hält sie einen besonderen Termin ab, um alles zu diskutieren: Den Entwicklungsstand der Gruppe, die Aufgaben, gegenseitiges Lob und gegenseitige Kritik — natürlich auch der Kinder an den Betreuern! Bei der Kritik geht es nicht nur um Fragen wie das schlechte Essen oder die Vernachlässigung von Ämtern, sondern auch um das Verhalten der Lehrer und um den Lehrplan.

Was können die Kinder selbst entscheiden?

Jede der Untergruppen hat ihre eigene Leitung aus Schülern und den Betreuern gewählt, wobei die Schüler jedoch die Mehrheit bilden. Vorschläge und Kritiken werden nach Möglichkeit bis zur Einigung ausdiskutiert. Die Leitung der aus den Untergruppen gebildeten Großgruppe besteht natürlich auch zur Mehrheit aus Schülern.

Ein Beispiel für einen Antrag der Schüler, den die Erwachsenen nicht akzeptieren konnten: Es wurde von der Mehrheit einer Großgruppe der Vorschlag gemacht, Englisch aus dem Lehrplan zu streichen. Begründung: Englisch ist eine imperialistische Sprache, die von den Imperialisten dazu noch extra schwierig gemacht wurde, z.B. wird cat (Katze) und cut (schneiden) völlig gleich ausgesprochen! Ein anderer unmöglicher Antrag der Kinder: Sie wollten nur noch politische Erziehung machen, weil sie doch alle Kämpfer wären, und deshalb alles andere unwichtig wäre! Noch so ein Antrag: Die großen Schüler wollten nicht mehr weiter lernen, als die schweren Kämpfe um Massaua stattfanden, sondern an die Front!

Wir fragten, ob die Kinder untereinander aggressiv sind und berichteten von den Zuständen an unseren Schulen. Gesehen haben wir allerdings keine einzige solche Aggression der Kinder untereinander! Dieser Eindruck wurde auch von den Genossen bestä-

Fortsetzung auf Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

tigt: Sie orientieren ganz stark auf die Entwicklung gegenseitiger Solidarität und ermutigen die Kinder, jegliches Konkurrenzverhalten untereinander abzubauen. Prügeleien unter den Kindern gibt es praktisch nicht. Dies muß auch im Zusammenhang gesehen werden mit der gesellschaftlichen Reife dieser Kinder: Viele von ihnen haben schreckliche Erlebnisse hinter sich wie den Tod ihrer Familie durch Bomben, Massaker und Grausamkeiten der äthiopischen Soldaten, tagelanges Umherirren, weil die Familie tot ist und der Wohnort zerstört. Weil ihnen aber die Ursachen genau erklärt werden und sie in dieser Schule die Möglichkeit kennenlernen, sich selbst dagegen zu wehren, sind traumatische Folgen dieser Erlebnisse nur äußerst selten von den Betreuern beobachtet worden.

Natürlich ist es trotzdem für neue Schüler zunächst sehr schwierig, sich an die Schule zu gewöhnen. Sie müssen die Trennung von der Familie verarbeiten und sich an das ständige Leben im Freien gewöhnen.

Jede Großgruppe hält einmal monatlich eine Vollversammlung ab. Dabei wird ebenfalls Kritik ausgetauscht, werden Anträge und Vorschläge aus den einzelnen Untergruppen diskutiert. Nach dieser Monats-Vollversammlung wird gefeiert!

Es lief gerade eine solche Feier der 11 — 14jährigen. Man konnte sie meilenweit hören! Alle saßen in einem großen Kreis um ein Feuer, sangen, trillerten und klatschten, einige schlugen Trommeln (Der Trommelrhytmus ist sehr eindringlich und „fährt einem in die Füße"). In der Mitte tanzten sie — wie die Großen! — in einer langen Reihe hintereinander um das Feuer herum, mit viel Gezische, Schulterwackeln und Schwenken von Schals und Umhängetüchern. Natürlich mußten auch die Erwachsenen mittanzen! Es herrschte gewaltig Stimmung. Ihre Lieder, die sie zum Teil selbst gedichtet und komponiert haben, haben ausschließlich politische Texte, z.B. über den „Dienst an den Volksmassen" oder das Lob für die Kämpfer.

Später am Abend sahen wir noch die Bibliothek der Schule: Etwa 25 Bordmeter Schulfachbücher aller Art, zum Teil in Englisch, aber auch in Tigrinia (eine der beiden eritreischen Hauptsprachen, die andere ist Tigre). Dazu kommen etwa 5 Bordmeter politische Literatur. Die EPLF hat eine ganze Reihe von Schriften Lenins und Maos ins Tigrinia übersetzt: „Staat und Revolution", „Ein Schritt vorwärts, 2 Schritte zurück..", „Linksradikalismus ... Kinderkrankheit", „Was tun?", „2 Taktiken der Sozialdemokratie". Von Mao unter anderem: „4 philosophische Aufsätze", „Über Volksdemokratie und Diktatur", „Über die Koalitionsregierung", „Ein Funke kann einen Steppenbrand entzünden", „Die Frage nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Einheitsfront". Auch das Kommunistische Manifest wurde übersetzt. Hinzu kommen englische Schrif-

Steppenbrand entzünden", „Die Frage nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Einheitsfront". Auch das Kommunistische Manifest wurde übersetzt. Hinzu kommen englische Schrif-

ten von Engels, auch die „Geschichte der KPDSU(B)" in einer Ausgabe von 1939 findet sich, sowie in Moskau auf Englisch erschienene Literatur über den Dialektischen Materialismus usw. Beim Schein einiger Glühbirnen, die von einem draußen vor sich hinbrummenden Generator Strom empfangen, sitzen überall — noch spät am Abend — eifrig lesende und konspektierende ältere Schüler und Studenten.

Der folgende Tag bringt uns vor allem ausführliche Diskussionen mit den Kindern, von deren politischem Niveau wir einfach überwältigt sind.

Gleich am Morgen stehen wir vor einer Klasse von 40 10 — 11jährigen, die uns mit Fragen bombardieren:

— *„Welchen Eindruck wir von Eritrea haben?* (Unsere Antwort in Stichworten: Werkstätten und Krankenhaus im Stützpunktgebiet sehr eindrucksvoll — am stärksten ist aber ihre großartige demokratische Schule — im Gegensatz dazu Unterdrückung der Kinder in der BRD)
— *Was wir denn tun würden gegen die Unterdrückung der Kinder in der BRD?* (... Aufbau von Schülerorganisationen, Kampf z.B. um freie politische Information in der Schule. Schwierige Bedingungen, z.B. Berufsverbote ...)
— *Was ist der Unterschied zwischen der BRD und Eritrea in den Aufgaben, die die Revolutionäre haben? Eigentlich ist es doch dasselbe, weil sowohl euer Volk wie auch unser Volk vom Imperialismus unterdrückt werden!* (... Wenig Klassenbewußtsein in der BRD im Volk und in der Arbeiterklasse, starke Spaltung. Die Massen sind nicht so für ihre Interessen mobilisiert wie in Eritrea ...)
— *Ob wir Verbindung mit der DDR haben?*
— *Wie wir den Unterschied zwischen ELF und EPLF sehen?*
— *Was wir dazu tun, um in der BRD die Arbeiterklasse zu organisieren?*

Anschließend wurde uns in dieser und noch in einer anderen Klasse ein Lied vorgesungen: Mit Schwung und Gebrüll. Dann bekamen wir sogar eine Extra-Vorführung der Kulturgruppe: In der knalligen Sonne marschierten 50 Kinder — die Kleinen vorn, die Großen hinten — vor uns auf, in blauen Jeansanzügen und mit leuchtend roten Mützen. Unter Begleitung von Trommel und Zupfleier führten sie uns revolutionäre Lieder und Volkstanz vor.

## Diskussion mit der Vollversammlung

Mitten auf der großen Sandfläche des trockenen Flußbettes haben sich in der Zwischenzeit ca. 400 Kinder im Schatten einiger Bäume in großer Runde niedergesetzt, in der Mitte wurde ein kleiner Platz für uns freigehalten. Zunächst wird den Kindern von unseren Begleitern kurz der KB vorgestellt, dann geht die Fragerei los, unter lebhafter Beteiligung auch der Mädchen:

— *Was uns an der EPLF bisher gefallen hat?*
— *Wie verhält sich in der BRD die Regierung gegenüber dem Volk?*

Mädchen:
— Was uns an der EPLF bisher gefallen hat?
— Wie verhält sich in der BRD die Regierung gegenüber dem Volk?

— *Was denken wir über die Frauenfrage?*

Dann kommen Fragen von uns:
Was findet ihr in eurer Schule am besten? — Mehrere Kinder melden sich eifrig zur Antwort:

- *Die Erziehung, die wir hier erhalten, dient nicht nur — wie früher — irgendwelchen individuellen Interessen, sondern sie ist nützlich für den Dienst an den Volksmassen.*
- *Früher gab es Bildung nur für die Reichen, und jetzt ist sie auch für die Armen da. Früher wurden nur die Fähigkeiten der reichen Kinder gefördert, jetzt wird auch die Kreativität von uns armen Kindern entwickelt, damit wir eine sinnvolle Unterstützung für die Sache der Unterdrückten leisten können! Im Lehrplan wird jetzt auch besonderer Wert auf die Vermittlung praktischer Fähigkeiten gelegt.*
- *Früher wurde die Spaltung in Männer und Frauen, zwischen den Religionen und Nationalitäten Eritreas betrieben — jetzt werden sie vereinigt und erhalten alle die gleiche Chance, etwas zu lernen!*
- *Früher wurden die eritreischen Sprachen unterdrückt zugunsten des Amharischen* (Sprache der Äthiopier aus der Umgebung von Addis Abeba — Anm. AK). *Jetzt werden die Kinder in ihren eigenen Sprachen unterrichtet und können zudem Englisch und Arabisch lernen — natürlich nicht, ohne zugleich gründliche Kenntnis des Tigrinia zu erwerben.*

Frage von uns: Was kritisiert ihr an eurer Schule? (Auch hier wieder ein eifriges Gedränge nach Anwort!)

- *Vor allem von Neuankömmlingen wird zu unachtsam mit dem Gemeinschaftseigentum umgegangen!* (Möbel, Schulbücher usw.)

Dann kommt eine mehr grundsätzliche Stellungnahme:

- *In dieser Schule wird jeder kritisiert, ob er nun Schüler oder Lehrer ist! Dabei bekämpfen wir eine liberalistische Haltung und führen die Kritik auch, wenn es sich um einen Verwandten oder Freund handelt. Wir führen die Kritik in jedem Fall, auch bei Neuankömmlingen, als eine Kritik unter Genossen — das heißt: Solidarisch und mit dem Mittel der Überzeugung!* (Der Junge hielt zu dieser Frage einen längeren Beitrag, der aus „Gegen den Liberalismus" von Mao stammen könnte.)
- *Wenn wir unsere Lehrer kritisieren, dann geht es z.B. um schlechte Unterrichtsvorbereitung — wenn der Unterricht langweilig ist oder der Lehrer unsere Fragen nicht beantworten kann! Einmal ist es auch vorgekommen, daß ein Lehrer ein Kind geschlagen hat, weil es den Unterricht störte. Solche Methoden lehnen wir ab!*

Dann stellen die Schüler wieder einige Fragen an uns:

— *Wie sehen eure Kampfbedingungen als Revolutionäre in der BRD aus? Was macht eure Regierung, wenn ihr die Massen organisiert?*
— *Welche Beziehungen hat eure Organisation zur DDR?*
— *Was wollt ihr als Hauptnutzen mitnehmen vom Besuch bei der EPLF?* (Lernen, wie die Revolution in Eritrea k o n k r e t läuft. Das bei uns propagieren. Vor allem wird es eine Er-

— Was wollt ihr als Hauptnutzen mitnehmen vom Besuch bei der EPLF? (Lernen, wie die Revolution in Eritrea k o n k r e t läuft. Das bei uns propagieren. Vor allem wird es eine Er-

mutigung für unsere eigenen Genoss/inn/en sein, denn so eine Revolution wie in Eritrea ist momentan ziemlich einmalig weltweit!)



— *Welche Probleme haben die Eritreer, die in der BRD leben?* (Keine Rechte für Ausländer, wenig und schlechte Arbeitsplätze, Rassismus, Wohnprobleme ...)
— *Was sagt der KB zur Unterstützung des DERG durch die Sowjetunion?* (Konterrevolutionär, kein proletarischer Internationalismus ...)

Noch eine Frage von uns an die Kinder: Wie seht i h r den Unterschied zwischen ELF und EPLF? Ihre Antwort:

- *Die ELF will nichts weiter, als die äthiopische Besetzung Eritreas durch ein reaktionäres Regime ersetzen! Deshalb muß die EPLF gegen die innere Reaktion in Eritrea genauso kämpfen wie gegen die Äthiopier!*

Solche Fragen und Antworten von 10 — 15jährigen Kindern in der BRD wären derzeit nahezu unvorstellbar. Sie widersprechen mit ihrer ganzen Herangehensweise vollständig dem, was wir hier oberflächlich gesehen als „kingemäß" verstehen. Da ist nichts mehr zu spüren von Märchenhaftigkeit oder Spielwelt. Aber bei diesen Kindern der Revolutionsschule war an ihrer politischen Klarheit nichts Aufgesetztes oder Auswendiggelerntes. Man muß sich als Besucher aus einem reichen imperialistischen Land nur immer wieder klar machen, daß die Unterdrückung durch den Imperialismus für diese Kinder ganz konkrete, blutige Realität ist — und für die Kinder dieser Unterdrückung von der EPLF eine revolutionäre politische Erziehung entgegengestellt wird.

In einem abschließenden Gespräch erklärte uns der leitende Genosse einiges über die Konzeption der Schule und ihre besondere Rolle in Eritrea.

Das Ziel ihrer Erziehungsarbeit in Eritrea ist zunächst die Überwindung des Analphabetismus im ganzen Land. Dazu sind gegenwärtig in 200 Schulen, die die EPLF vor allem in den letzten 2 Jahren eröffnet hat, etwa 400 Genoss/inn/en als Lehrer tätig. Sie wollen regelmäßigen Schulunterricht für alle Jugendlichen ermöglichen, sowie Schreib- und Leseunterricht für die Älteren und die Alten. Insgesamt ist so etwas jedoch erst durchführbar, wenn die angesprochenen Menschen soweit politisiert sind, daß sie die Notwendigkeit der Schule einsehen und die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen. Die Erfolge der EPLF sehen derzeit z.B. so aus wie in Decamhare, wo in dem Jahr seit der Befreiung 800 Hausfrauen und 200 Arbeiter das Lesen und Schreiben gelernt haben.

Auch wenn Eritrea im Vergleich mit anderen Völkern der „Dritten Welt" bereits verhältnismäßig viele Kader und Fachleute hat, so fordert doch der Krieg gerade unter den Aktivsten besonders viele Opfer, und es können gar nicht genug neue Kader ausgebildet werden! So ist die Revolutions-Schule eine der „Kaderschmieden" der EPLF.

Die Revolutions-Schule (R.S.) hat Modellcharakter: Hier werden neue Lehrpläne erprobt, um dann auch an

Schule eine der „Kaderschmieden" der EPLF.
Die Revolutions-Schule (R.S.) hat Modellcharakter: Hier werden neue Lehrpläne erprobt, um dann auch an

den anderen Schulen eingeführt zu werden. Bei der Vorbereitung dieser Arbeit, vor der Eröffnung der R.S., haben die Genossen für jedes Fach neue Lehrbücher in Tigrinia und in Tigre hergestellt, die weiterhin auf den neusten Stand gebracht werden. Die R.S. ist eine Aufbauschule: Gegenwärtig geht der Unterricht nur bis zur 4. Klasse. Die 5. Klasse wird demnächst eröffnet, auf längere Sicht soll die Schule bis zur Oberschule aufgebaut werden.

Von den 1.100 Schülern sind 200 im Alter zwischen 3 — 5 Jahren, 600 zwischen 6 — 10 und 300 zwischen 10 — 15. 40% sind Mädchen. Über die Hälfte der Kinder stammt aus Flüchtlingsfamilien, die sich zum großen Teil derzeit im Sudan befinden. Viele der Kinder sind Waisen, mehr als ein Drittel stammen von gefallenen Kämpfern und Kämpferinnen. Etwa 10% sind Nomadenkinder. Die Nomaden schicken ihre Kinder besonders ungern zur Schule, weil sie sie sehr dringend zum Viehhüten brauchen. Es gehört zu den Bemühungen der EPLF, die Nomaden auf lange Sicht wieder seßhaft zu machen, u.a. indem sie versucht, aus jeder Sippe mindestens ein Kind auf die R.S. zu bekommen.

Unterrichtsfächer sind: Tigrinia, Politische Erziehung, Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften, Mathematik, Landwirtschaft, Musik, Kunst und Handwerk, Englisch, Arabisch, Sport. Dazu gehört außerdem produktive Arbeit z.B. im Garten der Schule.

Zum pädagogischen Konzept erklärte uns der Genosse:

In den früheren Schulen wurde bei den Schülern eine Haltung gezüchtet, die individuellen Interessen über alles zu setzen und sich auf jeden Preis durchzuboxen — gegen die anderen. Die Lehrinhalte hatten keinerlei Verbindung zur Produktion und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit Eritreas. Es war alles aus den USA importiert, sogar die Autoren der Lehrpläne in Äthiopien waren Amerikaner! So mußten die Kinder z.B. europäische und US-Geschichte und -Geographie lernen. Sie mußten z.B. über Jamaica Bescheid wissen und hatten keine Ahnung über Eritrea! Hinzu kam, daß der Unterricht nur in Amharisch abgehalten wurde! Jetzt orientiert sich die Erziehung an den Aufgaben der Revolution in Eritrea, an den Bedürfnissen der Front und an den Anforderungen zur Zerschlagung der Besatzungsmacht. Das heißt also, die politische Erziehung ist integriert in den Unterricht: Die Kinder müssen die Freunde und Feinde Eritreas in- und außerhalb des Landes kennen und verstehen lernen. In Geschichte lernen sie zum Beispiel den Kampf der eritreischen Massen kennen, die ganze Entwicklung der Auseinandersetzung mit der ELF usw.

## Sammelt und spendet für das Schulprojekt in Eritrea!

Liebe Genoss/inn/en, laßt nicht nach in Eurer solidarischen Unterstützung für den Aufbau von vier weiteren Schulen in Eritrea! Bis jetzt sind etwa DM 8.000,— dafür eingegangen. Es gibt für die Sammlung ein Flugblatt, was bei der Afrika-Kommission angefordert werden kann. Es liegen auch schon recht gute Sammelerfahrungen vor: In „angelinksten" Kneipen pro Rundgang 15-20,— DM. Die meisten Leute fragen erstmal, wo Eritrea überhaupt liegt, sind dann aber recht zugänglich. Es gab aber auch „Stellungnahmen" von DKP'lern wie: Manchmal müssen eben Dörfer bombardiert werden!

**Spenden bitte unter dem Stichwort „Schulprojekt Eritrea" auf folgende Konten:**
**J. Reents, Kto. Nr. 2405 95**
**Postscheckamt Hamburg**
**oder**
**H. Eckhoff, Kto. Nr. 45 01 755,**
**Dresdner Bank Hamburg.**

**Stichwort nicht vergessen!**

Um die Abgehobenheit der Theorie von der Praxis aufzuheben, umfaßt der Unterricht auch produktive Tätigkeiten. Ein Beispiel hierfür: Wenn im Unterricht die Bodenerosion behandelt wird — ein zentrales Problem in der Landwirtschaft Eritreas — dann fahren die Kinder in eine Gegend, wo sie mitarbeiten bei der Bekämpfung der Erosion. Dann wissen sie ganz konkret, was das für Arbeit bedeutet. Auf diese Art, aber auch theoretisch, werden die Kinder in die Grundlagen der Landwirtschaft und mehrerer Handwerke eingeführt.

Der Sportunterricht hat ebenfalls einen sehr konkreten gesellschaftlichen Bezug: Die Kinder erhalten ein militärisches Basistraining. Sie lernen, wie man sich bewegt, wie man sich

einen sehr konkreten gesellschaftlichen Bezug: Die Kinder erhalten ein militärisches Basistraining. Sie lernen, wie man sich bewegt, wie man sich

schützt, wenn geschossen wird, wie man sich bei Luftangriffen verhält, wie man Erste Hilfe macht. Sie lernen marschieren und erhalten Konditionstraining.

Wir fragten nach dem Notensystem. In der R.S. werden zwar Tests und Examen durchgeführt. Die Schüler erleben sie jedoch angstfrei und als echte Wissensüberprüfung, denn:

**In dieser Schule kann n i e m a n d s i t z e n b l e i b e n! Der Genosse erklärte uns zu dieser Frage:**
**Es wird nicht in erster Linie auf gute Zensuren orientiert, sondern darauf, daß jedes einzelne Kind irgendeine Fähigkeit besonders entfalten kann! Es gibt k e i n Kind, wo das nicht auf irgendeinem Gebiet klappt! Dabei ist die gesellschaftliche Reife des Kindes zur Beurteilung mindestens genauso wichtig wie seine Leistung in Unterrichtsfächern, das heißt also: Wie steht es mit seinem politischen Bewußtsein, mit seiner Kooperationsbereitschaft, mit der Teilnahme an der Produktion usw. Die Erzieher und Lehrer arbeiten in allererster Linie mit dem Mittel der E r m u t i g u n g der Kinder. Schwächere Schüler werden in Extrakursen zusätzlich gefördert.**

*„Es kommt vor allem darauf an, die Initiative der Kinder zu wecken! Es gibt keine unnützen und dummen Schüler!"*

## Red Flowers, Decamhare

**Diesem Abschnitt des Berichtes müssen wir vorausschicken, daß die Arbeit, die wir hier beschreiben, in dieser Form wohl derzeit nicht existiert. Nur drei Wochen, nachdem wir dort waren, haben die EPLF-Kämpfer/innen Ende Juli die Stadt Decamhare beim Vorrücken der Äthiopier geräumt. Es geschah kampflos, als eine Art Frontbegradigung. Die Stadt wäre sehr schwer zu verteidigen ge-**

Fortsetzung auf Seite 37

Fortsetzung von Seite 36

**wesen, und es sollten unnötige Verluste vermieden werden. Diese planmäßige Räumung der Stadt bedeutet aber auch, daß zuvor „in aller Ruhe" Untergrund-Strukturen des Kampfes errichtet werden konnten, in die mit Sicherheit auch die Red-Flowers-Kinder einbezogen sind. Wie diese Arbeit angesichts der Besetzung der Stadt durch 5.000 äthiopische Soldaten nun konkret aussieht, wissen wir noch nicht. Wir wollen aber trotzdem beschreiben, was wir gesehen haben — weil es mit größter Deutlichkeit zeigt, wie die EPLF die Revolution bei den Kindern überall im Land entwickelt, wo Red Flowers damit begonnen haben.**

75 Kinder bis zu 13 Jahren, davon 30 Mädchen, betrieben dicht bei Decamhare einen riesigen Garten in eigener Regie. Dort wächst Gemüse aller Art, Obst und Trauben. Es werden auch Bienen und Hühner gehalten. Die Erzeugnisse wurden an die Front und an das Krankenhaus geliefert, oder auch an besonders von Bombenangriffen betroffene Familien.

Ursprünglich hatte die Plantage einem Italiener gehört, war dann von den Äthiopiern enteignet und vollständig vernachlässigt worden. Die Beete überwuchsen wieder mit Kraut und Gras, viele Pflanzen — vor allem die Rebstöcke — starben ab. Jetzt ist der Garten zum größten Teil wieder kultiviert: Obstbäume und Reben gepflegt bis zum letzten Zweiglein, die Beete sorgfältig gejätet. Die Kinder machten diese Arbeit völlig selbständig, nur bei der fachlichen Planung und bei besonders schweren Arbeiten wurden sie von den Massenorganisationen, vor allem den Frauen, unterstützt.

Als die EPLF im Juli '77 Decamhare befreit hatte, begannen die Kinder scharenweise „Kampf" zu spielen, bildeten Banden, die sich als „Äthiopier" und „Eritreer" gegenseitig bekriegten. Das war ihr Versuch, die Kriegserlebnisse zu verarbeiten.

Die EPLF-Genossen sahen die Notwendigkeit, diesen Kindern zur besseren Verarbeitung und zum echten Verständnis ihrer Situation zu verhelfen und sie zu politisieren. Sie sollten aus ihrem Dasein als „Unmündige" herausgeholt werden und eine echte selbständige Aufgabe erhalten. So wurde am 1. November '77 die „Red Flowers"-Organisation gegründet und den Kindern die Plantage überantwortet.

Die Kinder lebten den ganzen Tag auf der Plantage. Lebensmittel erhielten sie von der EPLF und kochten selbst. Wegen der Luftangriffe fand die Schule erst abends statt, dazu gingen sie in die Stadt zurück und schliefen dann zuhause bei ihren Familien.

Rekrutierung: Die Teilnahme war natürlich freiwillig. Die Kinder wurden dafür gewonnen durch den politischen Unterricht in der Schule, und dann vor allem auch durch die sichtbaren Ergebnisse der Arbeit der Red Flowers.

Zunächst gab es Widerstand von Seiten einiger Eltern — vor allem
allem auch durch die sichtbaren Ergebnisse der Arbeit der Red Flowers.
Zunächst gab es Widerstand von Seiten einiger Eltern — vor allem
gegen die Einbeziehung von Mädchen. Die Kinder selbst haben sich erfolgreich dagegen gewehrt: Diejenigen, denen die Teilnahme verboten wurde, blieben auch zunächst zuhause, setzten aber zumindest durch, daß sie abends zur Schule gehen durften. Als dann die schon organisierten Red Flowers begannen, in der Stadt ihre Aktivitäten und Erfolge bekanntzumachen, schmolz der Widerstand der Eltern wie Butter. Schließlich wurde es eine Ehre dazuzugehören, und sie hätten mit Leichtigkeit praktisch alle Kinder der Stadt organisieren können. Zum einen konnte sich das aber die EPLF bisher nicht im gleichen Stil für alle leisten, zum anderen wurde auch hier nach dem Prinzip gehandelt: „Aus eigener Kraft". So sollen sich die Red Flowers nur in dem Ausmaß vergrößern, wie die Kinder selbst das politisch und ökonomisch zufriedenstellend tragen können. Zu den 75 bereits organisierten Kindern kamen zur Zeit unseres Besuchs noch 30 Kandidaten hinzu. Anders ausgedrückt: Die EPLF orientiert hier zunächst darauf, in sehr intensiver Arbeit einen festen Stamm von „Kinderkadern" auszubilden, damit die Kinder ihre Organisation später wirklich in jeder Hinsicht selbst tragen können.

Nachdem ein Junge uns den Garten gezeigt hatte, wurden wir in den selbstgebauten, halb unterirdischen Unterstand der Kinder geführt. Wir mußten Platz nehmen, und nach und nach kamen alle Kinder herein und setzten sich an einem Ende des großen Raumes dicht beisammen auf die Erde. Dann stand ihr Vize-Chef auf, ein etwa elfjähriger Junge, und erklärte uns mit völliger Selbstsicherheit ihre Arbeit:

Die Red Flowers in Decamhare sind die älteste der in Eritrea gegründeten Gruppen der Kinderorganisation. Sie haben zehn Grundprinzipien:

— Dem revolutionären Ziel der Einheit, Freiheit, Gerechtigkeit und des Fortschrittes dienen.
— Uneingeschränkte Liebe untereinander, zu den Genossen und zu ihrem Land.
— Solidarische Genossenbeziehungen untereinander entwickeln (Dazu wurde betont: Das ist noch was anderes als Punkt 2).
— Kampf gegen Imperialismus, Zionismus, Feudalismus und äthiopischen Kolonialismus.
— Respekt gegenüber Älteren.
— Stärkung der Einheit und Schutz der Disziplin.
— Im gesellschaftlichen Leben gerecht, frei, mutig und aktiv sein.
— In der Produktion und im Studium
— Im gesellschaftlichen Leben gerecht, frei, mutig und aktiv sein.
— In der Produktion und im Studium
mit großer Sorgfalt arbeiten.
— Fair und sauber sein.
— Die internationale proletarische Solidarität hochhalten.

Die Red Flowers führen einen vierfachen Kampf, soweit es in ihren Kräften steht:

*Politisch:* Sie machen jeden Tag politische Schulung und zweimal die Woche „Kritik und Selbstkritik", das heißt: Gründliche Aussprache über das bisher geleistete und die gegenseitige Beurteilung.

*Kulturell:* Sie haben eine hervorragend ausgebildete Musik- und Theatergruppe gebildet, deren Ziel es ist, aufgrund der eritreischen Volkskunst eine neue Kultur für die neue Gesellschaft und gegen die kapitalistische Kultur zu entwickeln. Wir haben diese Kulturgruppe auf dem Fest der einjährigen Unabhängigkeit Decamhares bewundern können, wo sie den ganzen Abend lang die beste Musik machten, die wir überhaupt in Eritrea zu hören bekamen. Mit ihrem Gesang — vor allem dem Sologesang — könnten sie hier in der BRD so manchen „Domspatzen"-Chor in den Schatten stellen. Außerdem führten sie dort ein fast einstündiges, unglaublich lebendig vorgetragenes Theaterstück vor, in dem sie den Einmarsch von äthiopischen Truppen, deren Niederlage, die Eroberung eines äthiopischen Panzers und die Hilfe der Bevölkerung für die EPLF-Kämpfer darstellten.

*Ökonomisch:* Ihre Arbeit auf der Plantage ist ihr Beitrag zum „Ökonomischen Kampf". Sie erhalten dazu noch extra Unterricht in den Grundlagen des Gartenbaus und der Lanwirtschaft. Der Junge, der uns das alles erzählte, brachte dazu ein dialektisches Gleichnis: Aus einem alten Garten haben sie einen neuen gemacht. Das Alte wird durch das Neue ersetzt. Auch sie werden eines Tages die heutigen Kämpfer ersetzen, und darauf bereiten sie sich vor.

*Militärisch:* Ihren großen, gegen Bombensplitter befestigten Unterstand (ca. 50 qm Grundfläche) haben sie sich mit Hacke und Spaten selbst gebaut. Von hier aus haben sie den Bau langer Gräben durch den Garten und in das umgebende Hügelgelände begonnen. Diese Gräben sind tief und schmal, bei einem überraschenden Bombenangriff konnten die Kinder hineinspringen und sich vor Splittern ducken, oder in den Bunker laufen oder in die Umgebung fliehen. Hinzu kam, daß der Garten durch seine Lage etwas außerhalb des Stadtgebietes zusätzlich Sicherheit gegen Bomben bot. Die Kinder machten auch militärisches Bewegungstraining: Bei ihrer Theatervorführung auf dem Befreiungsfest sahen wir, daß sie gekonnt in Gruppen marschieren könn-
auch militärisches Bewegungstraining: Bei ihrer Theatervorführung auf dem Befreiungsfest sahen wir, daß sie gekonnt in Gruppen marschieren könn-
en, daß sie die richtige Art beherrschen, sich bei Kugelhagel und Kampfhandlungen geschützt zu bewegen: Schneller Zickzacklauf, blitzartiges Hinwerfen und Deckung suchen. Dazu erhielten sie Ausbildung in „Erster Hilfe". Angesichts der tatsächlichen Bedrohung, der diese Kinder ausgesetzt sind, sind diese Fähigkeiten für sie unter Umständen lebensrettend.

Im übrigen sah man aber auch gerade hier die Verbindung zum „kindlichen Spiel": Sie identifizierten sich ungeheuer mit den Kämpfern, die die Stadt von den plündernden und massakrierenden Äthiopiern befreit haben. Sie haben sich genau solche Kämpfergürtel gebastelt, wie die „Großen" sie tragen, mit der Schlafdecke hinten auf dem Rückenteil und kleinen Taschen dran für alles Lebensnotwendige. Gewehrattrappen aus Holz und alten Leitungsrohren wurden mit vollständigem Ernst ständig mit sich rumgetragen — wie bei den „Großen", die natürlich immer ihr Gewehr dabei haben müssen. — Diese Sachen haben sie sich im Werkunterricht gebaut, den sie extra im Garten erhielten, und dabei gleich Holz- und Metallbearbeitung und etwas Nähen gelernt.

Die Red Flowers sind in fünf Untergruppen eingeteilt, die sich ihre Leiter aus der eigenen Gruppe selbst wählen. Entscheidungen sollen nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus erfolgen, „wo sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugt", wie uns der Junge erklärte.

Wir fragten ihn nach ihren Problemen. Antwort: Sie hätten keine. Essen und Kleidung erhielten sie von der EPLF, und wenn der Feind käme, hätten sie ihren Bunker.

Soweit der Bericht des Jungen.

Dann stellten sie Fragen an uns, wobei die Mädchen genauso aktiv mitmischten wie die Jungen. Man konnte sie sowieso schwer auseinanderhalten, weil alle gleich blank und frech und vergnügt und weise aussahen.



*— Wir haben hier schon viele Journalisten gesehen. Wie wollt ihr für unsere Sache arbeiten, wenn ihr wieder nach Hause zurückkehrt?*

*— Woher habt ihr über die EPLF gehört, und wie verträgt sich das mit der Wirklichkeit, die ihr hier seht?*

*— Was sind eure Hauptprobleme im Klassenkampf in der BRD?*

*— Wie ist eure Zusammenarbeit mit den EPLF-Massenorganisationen in der BRD angesichts der Tatsache, daß ihr beide dasselbe Ziel habt: Den Imperialismus zu zerstören.*

*— Die Linke in der BRD ist schwach und nicht so stark, wie sie sein sollte. Was tut ihr angesichts dieser Situation, um eure Reihen zu stärken und*
*— Die Linke in der BRD ist schwach und nicht so stark, wie sie sein sollte. Was tut ihr angesichts dieser Situation, um eure Reihen zu stärken und*
*mehr Genossen für euren Kampf zu gewinnen?*

*— Gut — also, ihr kämpft gegen den Imperialismus. Aber: Wie haltet ihr es mit der Frauenfrage?*

Anschließend wurden uns Ratschläge an die Genossen mitgegeben, die sie sich nach kurzer Flüsterdebatte überlegt hatten:

**„Wir kennen das repressive Regime in eurem Land, was ohne Zögern zu grausamer Unterdrückung und faschistischem Terror fähig ist. Auf lange Sicht habt ihr die Aufgabe, der Aggressivität dieses Imperialismus Einhalt zu gebieten. Seid vorsichtig, arbeitet langfristig. Ihr müßt euch sogar auf die Möglichkeit eurer physischen Vernichtung vorbereiten. — Eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang wäre die Gründung einer Red Flowers-Organisation. Allerdings: Auch wenn man in vielen Bereichen Massenorganisationen bildet und Bündnisse gegen den Imperialismus schließt, müssen doch die Arbeiter die Führung haben! Und beachtet unbedingt die Frauenfrage: Die Frauen können sich nur selbst befreien!**

**Eure Regierung hat es geschafft, die Arbeiter zu täuschen und zu spalten und sogar gegen ihre eigenen Interessen zu organisieren. Verliert deshalb nicht den Mut und arbeitet weiter, infiltriert die Fabriken. Bringt die junge Generation in eine revolutionäre Stimmung. Versucht, die Anwesenheit eurer Organisation in jedem gesellschaftlichen Bereich möglich zu machen. Das wird euren Kampf erleichtern und die Situation verändern! Revolutionäre Grüße — vor allem auch für die eritreischen Genossen in der BRD — von den Red Flowers in Decamhare!!"**

Ratschläge für uns von Kindern aus Eritrea! Es wäre fast unglaublich, wenn wir nicht selbst bezeugen könnten, daß sie sich diese Ratschläge „aus dem Stand" überlegt haben nach unserer Diskussion, und daß sie insgesamt auf unseren Besuch nicht vorbereitet waren.

Nach einem knallscharfen Essen, was uns die Jungen zubreitet hatten — in erster Linie müssen die Jungen hier kochen — gab uns der Genosse, der die Red Flowers-Arbeit anleitet, noch einmal einen Überblick:

Die Kinderorganisation in Decamhare ist das „Pilot-Projekt" der EPLF auf diesem Gebiet. Wie fing es an?

Die Kinder haben den Krieg am eigenen Leibe verspürt, die Bomben, den Terror gegen die Bevölkerung und schließlich die Befreiung erlebt. Sie lernten die EPLF-Kämpfer/innen kennen und begannen, sie zu imitieren. In jeder Zone der Stadt wurde eine Red-Flowers-Gruppe gegründet. Die EPLF sah die Notwendigkeit, auf der Grundlage der spontanen Bewegung unter den Kindern diesen das ganze Konzept der Revolution klar und zugänglich zu machen, den Kindern eine nicht nur spielerische Beteiligung zu ermöglichen.

Sie erhielten dann den Garten, damit sie arbeiten und eine positive Verbindung zwischen Arbeit und Revolution herstellen lernten. In der bisherigen Feudalgesellschaft haben die Kinder auch gearbeitet, ab da war es etwas Negatives, weil es unter Zwang und feudaler Ausbeutung stattfand. Die EPLF versucht, das positiv zu wenden — Arbeit von Kindern wird also nicht „an sich" als etwas Schlechtes angesehen, sondern nach ihrem Zusammenhang gefragt.

Die Revolution kostet viele Kader, und deshalb ist die Ausbildung dieser Kinder eine Versicherung auf die Zukunft. Darüberhinaus soll die Red-Flowers-Arbeit positiv auf die anderen Kinder ausstrahlen. Über das hinaus, was diese Kinder hier tun, haben Kinder auch in Kampfgebieten wichtige Aufgaben: Sie gehen z.B. von Haus zu Haus und informieren die Bevölkerung, geleiten Verwundete weiter usw.

So gute Bedingungen wie in dem Garten in Decamhare kann die EPLF natürlich den Kindern nicht überall bieten. Das Gewicht liegt aber überall darauf, sie politisch bewußt und in möglichst vieler Hinsicht zu Selbstversorgern zu machen.

Ihre Schwierigkeiten: Das Selbstbewußtsein und die Initiative der Kinder müssen geweckt werden, sie sind normalerweise recht schüchtern, denn trotz ihrer Stellung im Produktionsprozeß werden die Kinder auch in der eritreischen Gesellschaft nicht für voll genommen. Zum Teil sind die Kinder gewalttätig und undiszipliniert, wenn sie zu den Red Flowers kommen. Auch Schläger sind dabei. Hier hilft vor allem die politische Erziehung und die Entwicklung der Fähigkeit zur Auseinandersetzung, d.h. Kritik und Selbstkritik, und zwar auf völlig gleichberechtigter Basis mit dem Lehrer! Vor allem diese Gleichberechtigung mit den „Großen" ist ganz neu für die Kinder. Am wirksamsten zur Veränderung ihres Verhaltens ist jedoch erfahrungsgemäß die Kritik der Gleichaltrigen. Auch wenn es noch so schwierig ist: Kein Kind wird wieder
Veränderung ihres Verhaltens ist jedoch erfahrungsgemäß die Kritik der Gleichaltrigen. Auch wenn es noch so schwierig ist: Kein Kind wird wieder
weggeschickt, denn schließlich kann man sie ja auch nicht aus der Gesellschaft „wegschicken"!

Wir fragten nach einer möglichen besonderen Unterstützung für die Red Flowers von unserer Seite, dazu antwortete der Genosse: Die Red Flowers lassen sich nicht herauslösen aus der gesamten Kinderfrage in Eritrea, also auch nicht aus einer Unterstützung für die eritreische Revolution insgesamt!

**Afrika-Kommission**

## EPLF-Pressekonferenz zur aktuellen Lage in Eritrea

**Die EPLF hat am 30. August in Khartoum bekanntgegeben, daß die Operation, die mit großem Aufwand von der äthiopischen Armee in Eritrea durchgeführt wird, gestoppt worden ist und daß die EPLF dabei ist, eine Gegenoffensive zu starten. Die äthiopische Offensive ist blokkiert und die EPLF kann ihre Gegenoffensive anrollen lassen „wann und wo sie es wünscht", um die verlorenen Städte zurückzuerobern — erklärte der Sprecher der Front, Andeberhan. Die EPLF versichert, daß sie 11.840 ähtiopische Soldaten getötet habe, 20.000 verwundet habe und Hunderte von Gefangenen gemacht habe seit Beginn der Kämpfe im vergangenen Juli. (Nach: „Le Monde", 2.9.78)**



# nahost

## Regierungswechsel im Iran: Die Massen kämpfen weiter!

**Wochenlang dauert die jüngste Aufstandswelle in Iran an! Das brutale Vorgehen von Polizei, SAVAK und Militär, das inzwischen Hunderte von Verletzten und Toten forderte, hat die Wut der Massen und ihren Haß gegen das faschistische Schah-Regime nur gesteigert. Selbst die Verhängung des Kriegsrechts in Isfahan und vier weiteren großen Städten und der massive Einsatz schwerbewaffneter Armeeeinheiten in anderen Städten haben „Ruhe und Ordnung" nicht wiederherstellen können. Die Massen lassen sich nicht mehr einschüchtern! Sie fordern: Freilassung aller politischen Gefangenen, Einhaltung der Menschenrechte, wirklich freie Wahlen, die Abschaffung der faschistischen Einheitspartei Rastachiz und des Geheimdienstes SAVAK.**

**Bei der Aufrechterhaltung seines faschistischen Regimes kann sich der Schah immer weniger auf sein Spitzel- und Parteisystem verlassen. Selbst in der Armee breiten sich Unruhe und „Befehlsverweigerung" immer mehr aus.**

**Zuletzt weigerten sich beispielsweise in Abadan Teile des Militärs, gegen die demonstrierenden Menschen vorzugehen („Neue Zürcher Zeitung", 30.8.78). In vielen Kasernen des Landes wächst die Opposition gegen das Schah-Regime.**

**In dieser Situation ist der iranische Ministerpräsident Amouzegar am 30.8 zurückgetreten. Der Schah ersetzte ihn durch den ihm treu ergebenen Senatspräsidenten Sherif Emami, der schon einmal Ministerpräsident war. Der damit verbundene Regierungswechsel sollte bei Teilen der Opposition Verwirrung stiften, nachdem weder die Liberalisierungsversprechungen des Schahs noch der ständig gesteigerte Terror die Menschen besänftigen bzw. einschüchtern konnte.**

### Das Blutbad von Abadan

So hatte das mörderische Blutbad im Rex-Kino von Abadan am 19.8., dem 25. Jahrestag des CIA-Putsches, der den Schah wieder an die Macht brachte, keineswegs die Funktion, die das Schah-Regime ihm zudachte. Bei dem Anschlag waren hinter den

nachdem weder die Liberalisierungsversprechungen des Schahs noch der ständig gesteigerte Terror die Menschen besänftigen bzw. einschüchtern konnte.

Das Blutbad von Abadan

So hatte das mörderische Blutbad im Rex-Kino von Abadan am 19.8., dem 25. Jahrestag des CIA-Putsches, der den Schah wieder an die Macht brachte, keineswegs die Funktion, die das Schah-Regime ihm zudachte. Bei dem Anschlag waren hinter den

verschlossenen Türen mindestens 430 (offiziell bekannt gegebene Zahlen) Menschen verbrannt. Für den Anschlag wurden umgehend die „Terroristen" und „subversive Elemente" verantwortlich gemacht.

Ganz offensichtlich wurde diese Version des Schah-Regimes, die die demokratische Massenbewegung diskreditieren und den Menschen Angst einjagen sollte, nicht geglaubt. Das blutige Massaker trug eindeutig die Handschrift des Geheimdienstes SAVAK und war nicht zu verwechseln mit den bewaffneten Aktionen der revolutionären Organisationen oder den militanten Kämpfen der Volksmassen, die Banken, Partei- und SAVAK-Gebäude zerstörten und anzündeten.

Die Umstände des Brandes, die nach und nach – trotz Zensur – an die Öffentlichkeit gelangten, bestätigen, daß das Schah-Regime direkt an dem Massaker beteiligt war. So behinderte z.B. die Polizei die Rettungsarbeiten, indem sie auf dem Höhepunkt des Feuers den Haupteingang verschloß! Andere Zeugen sagen, daß der erste anrückende Löschwagen überhaupt kein Wasser mit sich führte und daß in unmittelbarer Nähe des Kinos ein Bulldozer der Gemeinde stand, der aber nicht zum Öffnen der Türen eingesetzt wurde („The Guardian", „TG", 23.8. und 24.8.78).

Nach der Beerdigung der Opfer des grauenvollen Massakers kam es in Abadan zu großen Demonstrationen, bei denen Banken, Geschäfte und öffentliche Gebäude angegriffen wurden. Das Schah-Regime setzte Militär ein, das sich z.T. weigerte, in die Menge zu schießen und gegen den Einsatz protestierte. Fünf Tage dauerten die Schlachten mit Polizei und Militär, am Ende waren 200 Geschäfte ausgebrannt („TG", 26.8., „NZZ", 29.8.). In vielen anderen Städten, z.B. in Teheran, das praktisch mit Militär besetzt war, gingen die Proteste und Auseinandersetzungen weiter.

### Regierungswechsel

Der Regierungswechsel, der praktisch auf einem neuen Höhepunkt fast ein Jahr dauernder militanter Auseinandersetzungen mit dem faschistischen Schah-Regime erfolgte, zeigt, wie sehr das Regime durch die demokratischen Kämpfe der Massen in Bedrängnis geraten ist. Nachdem weder durch die Liberalisierungsversprechen noch durch den staatlichen Terror der Oppositionsbewegung die Spitze genommen werden konnte, versucht der Schah nun, durch Auswechselung seiner Marionetten mehr Glaubwürdigkeit zu erlangen und die bürgerliche und klerikale Opposition zu spalten.

Diese Absicht ist jedoch bisher – trotz oder gerade wegen der außerordentlich lächerlichen „Zugeständnisse" der Regierung (Abschaffung des „monarchischen" zugunsten des „islamischen" Kalenders, Schließung der Spielkasinos) – praktisch vollkommen fehlgeschlagen.

Selbst die V e r s p r e c h u n g e n der „neuen" Regierung, von denen nach allen Erfahrungen mit dem Re-

netten mehr Glaubwürdigkeit zu erlangen und die bürgerliche und klerikale Opposition zu spalten.

Diese Absicht ist jedoch bisher – trotz oder gerade wegen der außerordentlich lächerlichen „Zugeständnisse" der Regierung (Abschaffung des „monarchischen" zugunsten des „islamischen" Kalenders, Schließung der Spielkasinos) – praktisch vollkommen fehlgeschlagen.

Selbst die V e r s p r e c h u n g e n der „neuen" Regierung, von denen nach allen Erfahrungen mit dem Re-

gime sowieso nichts verwirklicht werden dürfte, bleiben hinter den Forderungen der bürgerlichen Opposition und erst recht hinter den Forderungen der Massen zurück. Der neue Ministerpräsident Sherif Emami kündigte freie Wahlen für Oktober 79, künftige Pressefreiheit und Zulassung aller Parteien außer den Kommunisten an („NZZ", 29. u. 30.8.78).

Das Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte in Iran schrieb denn auch zum Regierungswechsel, daß diese Maßnahme „*die Blindheit und die Verwirrung der Verantwortlichen des Regimes angesichts des Umfangs und der Tiefe der Forderungen des Volkes* (unterstreicht:) *Generalamnestie, die Auflösung der SAVAK und die Abschaffung der unterdrückerischen Gesetze*" („LM", 29.8.78).

Angesichts der Forderungen der demokratischen Massen und der auch nach dem Regierungswechsel in vielen Städten fortdauernden Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Militär (so wurden in Meshed nach offiziellen Angaben am Freitag wieder 10 Menschen getötet!) (ARD, 1.9., 20.15 Uhr), können es sich die bürgerlichen Politiker gar nicht leisten, auf die Gesprächsangebote der „neuen" Regierung einzugehen. So lehnten die Führer der „Nationalen Front" Gespräche ab. Einzig die „gemäßigten" Schiitenführer, wie z.B. Scharriat Madari, die bis zu den Aufständen in Iran sogar als regimefreundlich bekannt waren, haben Gesprächsbereitschaft bekundet („NZZ", 78). Sie sehen in den Kämpfen der Massen eher eine gute Möglichkeit, ihren Einfluß beim Regime zu stärken. So haben die „gemäßigten" Schiitenführer niemals die Abschaffung des Schah-Regimes, sondern die Rückkehr zur Verfassung von 1906 gefordert, die eine Konstitutionelle Monarchie und die Mitwirkung des Klerus bei der Gesetzgebung vorsieht (z.B. „Spiegel", 21.8.78).

Der im irakischen Exil lebende, sehr einflußreiche Schiitenführer Khomeiny fordert hingegen den Sturz des gesamten Schah-Regimes. Der Chef der Bewegung zur Befreiung des Irans und Khomeiny-Freund Bazergani schätzte denn auch den Regierungswechsel als Spaltungsmanöver zwischen den beiden Flügeln der religiösen schiitischen Bewegung ein, meinte aber, daß dieses Manöver zum Scheitern verurteilt sei, da die Anhängerschaft Khomeinys erheblich größer sei („LM", 29.8.).

Die demokratischen Massen haben die Antwort auf das Manöver des Regierungswechsels schon gegeben: Sie kämpfen weiter für den Sturz des faschistischen Schah-Regimes.

### Solidaritätsaktionen

Am 18.8. besetzten in Paris rund 50 iranische Antifaschisten eine Moschee, um gegen die Repression in Iran und die brutale Niederschlagung der jüngsten Aufstände in fast allen Städten Irans zu protestieren.

In Washington demonstrierten am gleichen Tag rund 2.000 Iraner vor dem Weißen Haus, um gegen das faschistische Schah-Regime zu protestieren und auf die Unterstützung des Schah durch den US-Imperialismus erneut aufmerksam zu machen („LM", 20./21.8.78).

•

Eine Woche nach der gelungenen Besetzung der iranischen Botschaft in Brüssel durch 14 CISNU-Genossen, besetzten 13 iranische Studenten die iranische Botschaft in Den Haag. Sie protestierten gegen die neuen Gewalttaten des Schah-Regimes. Mit dieser Aktion wollten sie vor allem die Öffentlichkeit über die Verantwortlichen für das Massaker im Kino von Abadan aufmerksam machen: den iranischen Geheimdienst SAVAK. Nach ihren Angaben sind in den Flammen bis 700 (!) Menschen umgekommen („T.G.", 24.8.78, „SZ", 24.8.78)

Am 26.8. organisierte die CISNU eine zentrale Demonstration in Frankfurt, an der sich etwa 1.100 iranische und – leider bloß – 50 deutsche Genossen beteiligten. Die Hauptparole der Demo lautete: „Der Schah ist – ein Mörder und Faschist!"

**Nahost-Kommission**



"JETZT FLIEG ICH NACH NICARAGUA, ZU UNSEREM FREUND SOMOZA"

Hua zum Schah

Tunesien: 150 Gewerkschafter vor Gericht! Die Kämpfe der Arbeiter gehen weiter!

In Tunesien beginnt die Prozeßwelle gegen die nach dem General- Der Kampf der tunesischen Arbeiter ist wieder aufgenom- sie auch veröffentlichten, schreiben sie, daß sie von Führern der Staats-

## Tunesien: 150 Gewerkschafter vor Gericht! Die Kämpfe der Arbeiter gehen weiter!

**In Tunesien beginnt die Prozeßwelle gegen die nach dem Generalstreik im Januar 78 festgenommenen Gewerkschafter. Polizei und Militär hatten damals den Generalstreik in Blut ertränkt: 400 Tote, 1000 Verletzte und 2000 Verhaftete waren die traurige Bilanz! Anschließend folgte eine Säuberungswelle in der Gewerkschaft, in Betrieben und in Medien, für alle Jugendliche ohne Arbeits- oder Schulbesuchsnachweis wurde der Arbeitsdienst eingeführt!**

### Die Prozesse sollen vor das Staatssicherheitsgericht!

In mehreren Prozessen wird seit Juli gegen tunesische Gewerkschafter verhandelt. Hauptanklagepunkte sind Waffenbesitz, Anstachelung zum Aufruhr, Bildung von Banden zur Plünderung von Staatseigentum usw. In zwei Prozessen sind bisher 26 Gewerkschafter zu Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren verurteilt, 10 freigesprochen worden.

Am 31. Juli begann in Sousse der Prozeß gegen 101 Gewerkschafter, darunter der Vorsitzende der UGTT, Habib Achour. Zwei Wochen nach Prozeßbeginn wurde das Verfahren vom Kriminalgericht in Sousse dem Staatssicherheitsgericht, einem politischen Sondergericht, überwiesen. Begründung dafür ist, daß angeblich Anklagepunkte nach Artikel 72 des Strafgesetzes vorliegen. Nach Artikel 72 droht denjenigen, die des versuchten Staatsstreiches, der Anstachelung zum Bürgerkrieg oder der Auslösung von Aufruhr, des Mordes oder der Plünderung auf tunesischem Territorium für schuldig befunden werden, die Todesstrafe durch Erschießen! Laut Anklage würde dies für 39 der jetzt angeklagten Gewerkschafter zutreffen („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 17.8.78). Für die noch in Untersuchungshaft sitzenden Mitglieder des Exekutivkomitees der UGTT, die von dem tunesischen Regime als Hauptverantwortliche für den Generalstreik angesehen werden und damit auch für die von der Regierung provozierten Straßenschlachten, läßt diese Entwicklung ebenfalls eine Anklage vor dem Staatssicherheitsgericht erwarten.

### Der Kampf der tunesischen Arbeiter ist wieder aufgenommen worden

Nachdem die Niederschlagung des Generalstreiks der Arbeiterbewegung einen gewaltigen Schlag versetzt hatte, sind in den letzten Monaten die Kämpfe wieder aufgenommen worden. Im Juni legte Antoine Comte, ein Pariser Anwalt, eine Liste mit Unternehmen vor, in denen in letzter Zeit Aktionen stattgefunden hatten.

Besonderen Widerstand gibt es gegen die neue Führung der UGTT, die nach dem Generalstreik vom Staatspräsidenten Bourguiba eingesetzt worden war. Nachdem sie boykottiert worden war, wird ihr jetzt auch aktiv entgegengearbeitet. Zu einer Generalversammlung der Eisenbahnarbeiter, die groß in Presse und Funk angekündigt worden war, kamen z.B. außer Parteimitgliedern der PSD (einzig zugelassene Regierungspartei) nur 10 (!) Gewerkschafter, eine deutliche Absage an das, was derzeit als legale Gewerkschaftsführung gilt.

Neben der offiziellen Gewerkschaftszeitung erscheint im Untergrund eine nicht von der Regierung kontrollierte Zeitung mit demselben Namen, die von der Gewerkschaftslinken begeistert aufgenommen wurde und weite Verbreitung finden soll. In vielen Unterschriftensammlungen wird die Freilassung und Wiedereinsetzung der verhafteten und inhaftierten angeklagten Gewerkschaftsführer gefordert, die nichts anderes als ihre Pflicht als Interessenvertreter der Arbeiter getan hätten.

Viele Proteste gab es auch gegen die Auflösung der Gewerkschaft der Universitätslehrer und Wissenschaftler von Tunis, die sich geweigert hatte, die neue Gewerkschaftsführung anzuerkennen.

Drei Mitglieder des Vorstandes eines neuen Gewerkschaftsbundes, der als Spaltergewerkschaft im November 1977 unter dem Namen „Force Ouvriere Tunisienne" (FOT) zur „Demokratisierung des Gewerkschaftswesens" von der Regierung eingesetzt worden war, haben jetzt selbst die Regierung angegriffen. In Briefen an Untersuchungsrichter, die sie auch veröffentlichten, schreiben sie, daß sie von Führern der Staatspartei, u.a. Mohammed Sayah (der starke Mann der Regierung) und Ameur Ben Aicha, den Auftrag erhalten hatten, das Prestige der UGTT zu zerstören und deren Aktivität zu sabotieren; daß sie die Arbeiter animieren sollten, sich gegen die UGTT zu stellen und Ergebenheitsadressen an die neue Gewerkschaftsführung und den Staatschef zu schreiben (nach „NZZ", 22.8.78).

In der Zeitung der Liberalen „Ar-Rai", wurde am 3. August ein Schreiben Habib Achours an die Parteizeitung „Al Amal", das diese natürlich nicht veröffentlichte, abgedruckt. Darin greift er vor allem Mohammed Sayah, den Chef der Einheitspartei an und beschreibt den Clinch innerhalb des Politischen Büros der Regierungspartei (dessen Mitglied er war) in den Monaten vor dem Generalstreik. Er führt aus, daß der Druck der Polizei auf die Gewerkschaft und die Inszenierung und Duldung von Provokationen rechter Gewerkschafter und der Parteimiliz, die Ursache für die Auseinandersetzungen während des Generalstreiks waren.

In den Betrieben ließ das Regime nach dem Generalstreik bewaffnete Wachen einsetzen, die weitere Streiks und Aktionen („Sabotagen") verhindern sollten. Die bewaffnete Miliz der Staatspartei PSD wurde ausgebaut – es gibt allein 2000 Milizionäre für die Hauptstadt! Zahlreiche jugendliche Tunesier wurden schon zum „Zivildienst" eingezogen – d.h. sie wurden auf Baustellen unter Kontrolle der Nationalgarde eingesetzt. Seit Mitte Mai hat es in den Städten regelrechte Razzien gegeben, um die arbeitslosen Jugendlichen zusammenzuholen („Afrique Asie", 29.5.78). Doch auf die Dauer wird sich die Unzufriedenheit und die Empörung nicht auf diese Art und Weise befrieden lassen – der Generalstreik vom Januar war nur der vorläufige Höhepunkt einer ständig wachsenden Protestbewegung gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung.

**Nahost-Kommission**

# Prager Frühling — Konterrevolution?

In den sonst ausgezeichneten Artikeln zur Einschätzung der DKP-Politik in AK 134 hat sich eine fragwürdige Position eingeschlichen: wenn Linke *„die konterrevolutionären Ereignisse in der CSSR 1968 als ‚sozialistischen Frühling' hinstellen, dann zeigt das eine sehr weitgehende politische Verwirrung und Verlust an einfachstem Urteilsvermögen"*. Und weiter: es gebe viele Linke, nach deren Meinung *„die Entwicklung in der CSSR – ohne das Eingreifen des Warschauer Pakts – nicht in Richtung kapitalistische Restauration gegangen (wäre), sondern vielmehr in Richtung eines ‚echten' Sozialismus. Es gibt gute Gründe, diese These für illusionär und dumm, auf jeden Fall für völlig unrealistisch zu halten"*. Auf die „Beweise" für diese Einschätzung werden wir weiter unten zurückkommen.

## Was bedeutet ‚Konterrevolution'?

Das Philosophische Wörterbuch (Klaus/Buhr) erklärt den Begriff Konterrevolution als *„Form des Klassenkampfs der von der Geschichte zum Untergang verurteilten alten Ausbeuterklassen gegen die revolutionäre Erhebung progressiver Klassen und Schichten. Sie hat das Ziel, ... die alte Staatsmacht zu restaurieren, um mit der Revolution blutig abzurechnen"*. Auf die CSSR 1968 angewandt: Der Gebrauch des Begriffs Konterrevolution setzt voraus, daß bis zum Prager Frühling eine im wesentlichen sozialistische Entwicklung stattfand, die 1968 durch die Wiedereinführung des Kapitalismus beendet wurde. Diese Einschätzung ist kaum vereinbar mit der Position der KP Chinas gegenüber dem Prager Frühling und bedeutet die ideologische Kapitulation vor der DKP.

## Die chinesische Einschätzung

(Anmerkung der AK-Redaktion: Hier irrt der Genosse. Die von ihm angeführten Zitate stammen alle nicht von der KPCh, sondern – wie der metallische Tonfall schon ahnen läßt – aus der Albanischen Zeitung „Zeri i Populit" vom 24.7.68. In der „Peking Rundschau" wurde dieser Text lediglich nachgedruckt). Für die KPCh hat die revisionistische Entartung der CSSR schon lange vor dem Prager Frühling begonnen: *„Die Novotny-Clique verband das Geschick der Tschechoslowakei mit den Chrustschowisten. Novotny war Chrustschows Günstling. Nachdem Chrustschow von der Bühne abtreten mußte, schloß sich Novotny mit seiner Koterie Breschnew-Kossygin eng an und wurde zu deren wärmsten Verteidiger und erstklassigen antimarxistischen Mordgesellen"* (1). Da Novotny seit 1951 ZK-Sekretär und seit 1953 Vorsitzender der KPC war, ist auf der Grundlage dieser Einschätzung die Verwendung des Begriffs Konterrevolution für den Prager Frühling nicht zu rechtfertigen. In der „Peking-Rundschau" (Nein – s. redaktionelle Anmerkung oben!) nimmt der Prager Frühling denn auch eher den Charakter eines Kampfes verschiedener revisionistischer und reaktionärer Cliquen gegeneinander an: *„Die Tschechoslowakei ist das Schachbrett, und die abgetretenen Cliquen, die bereits aufgetretenen Cliquen und diejenigen, die noch kommen werden, sind Schachfiguren in den Händen der Sowjetrevisionisten und der US-Imperialisten. Eine internationale Maffia treibt heute in der Tschechoslowakei ihr Unwesen nach Belieben"* (2).

Als Ausweg aus dieser Situation wir folgende Empfehlung gegeben: *„Die revolutionären Marxisten-Leninisten der Tschechoslowakei müssen eine neue, wahrhaft marxistisch-leninistische Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bilden"* (3). Diese Partei müsse dann gegen die einheimischen Revisionisten aller Schattierungen, gegen die ausländischen Revisionisten, gegen die ganze Weltbourgeoisie und gegen den Weltkapitalismus die bewaffnete Revolution durchführen.

Vergleicht man diese Position mit der realen gesellschaftlichen Entwicklung während des Prager Frühlings, so fällt die Abstraktheit der Einschätzung und die in dieser Form idealistische Forderung nach der marxistisch-leninistischen Partei auf. Der „reale Sozialismus" ist real kein Sozialismus, revolutionäre Organisationen müssen entstehen, fragt sich nur: wie? Und damit sind wir bei einer der Hauptfragen für unsere Einschätzung von gesellschaftlichen Entwicklungen in den RGW-Staaten: welche gesellschaftlichen Entwicklungen fördern das Entstehen revolutionärer Organisationen, welche gesellschaftlichen Entwicklungen hemmen diesen Prozeß?

## Erscheinungsformen des Prager Frühlings

Von dieser Ausgangsfrage lassen sich Gesichtspunkte zur Beurteilung des Prager Frühlings gewinnen. Vergleicht man die Situation in der CSSR Mitte 1968 mit der Situation Anfang 1967, so stößt man auf folgende Unterschiede: (4) Vor dem Wandel wurden alle gesellschaftlich relevanten Entscheidungen von der Parteispitze bestimmt, Mitte 1968 verfügte die Bevölkerung über erhebliche Mitentscheidungsmöglichkeiten. Als wesentlich stellte sich die Aufhebung der Zensur in allen Medien heraus. Erst dadurch konnte sich eine „öffentliche Meinung" herausbilden, erst dadurch konnten auch revolutionäre Positionen verbreitet werden. Zugleich schränkte die Pressefreiheit die Möglichkeiten der Herrschenden ein, hinter verschlossenen Türen Entscheidungen gegen die Arbeiterklasse und das Volk auszukungeln. Als weiterer wesentlicher Faktor erwies sich die Umwandlung der gesellschaftlichen Organisationen (z.B. der Gewerkschaften) von „Transmissionsriemen" in Interessenorganisationen. Zum ersten Mal seit langer Zeit konnten die Gewerkschaften real Interessen der Arbeiter vertreten, ohne gleich hören zu müssen, es könne keine Mißstände geben, weil die Arbeiterklasse in Form der KPC herrsche. Zum ersten Mal auch wurden der Arbeiterklasse durch die Arbeiterräte reale Mitwirkungsmöglichkeiten im Produktionsprozeß zugestanden.

Weitere wichtige Änderungen umfaßten den Bereich der Justiz, indem die Grundlage für willkürliche Entscheidungen durch den Ausbau der Rechtssicherheit eingeengt wurde. Die Anwendung von Gummiparagraphen („Gefährdung der Republik" usw.) schränkte man ein. Die Veränderungen erfaßten auch die KPC selbst, in der die Basis eine bisher unbekannte Aktivität entfaltete. Fazit: Die Zahl der an politischen Entscheidungsprozessen Beteiligten vergrößerte sich ständig. Damit ist noch nichts über die inhaltliche Ausrichtung dieser Politik gesagt.

## Die Wirtschaftsreformen

Der politische Inhalt des Prager Frühlings wird nicht selten an den von Ota Sik und anderen initiierten Wirtschaftsreformen festgemacht: *„Worauf es zur Selbstverständigung der Linken wesentlich ankommt, ist die Abrechnung mit dem ‚Marktsozialismus' tschechoslowakischer Prägung. (Es wird klar), daß die Sik'schen Reformen zur beschleunigten Installierung eines mehr und mehr wie der Kapitalismus funktionierenden Systems geführt hätten"*, hieß es in einer Anfang der 70er Jahre in der westdeutschen Linken weitverbreiteten Broschüre über die Wirtschaftsreformen in der CSSR und DDR. In der Tat findet man bei tschechoslowakischen Ökonomen wie Sik, Selucky und anderen die Forderung nach marktwirtschaftlichen Regulativen unter Beibehaltung des Staats- und Genossenschaftseigentums. Allerdings ist das Problem nicht einfach dadurch zu lösen, unter Hinweis auf die fortdauernde Warenproduktion im realen Sozialismus die Restaurierung des Kapitalismus zu konstatieren (6). Fakt bleibt, daß den osteuropäischen Ländern nach dem Ende des 2. Weltkrieges von der Sowjetunion ein Wirtschaftsmodell aufgezwungen wurde, das gute Dienste bei der Industrialisierung eines Landes zu leisten vermochte, aber in die Krise führte, nachdem die extensive Phase des wirtschaftlichen Aufbaus abgeschlossen war (in der DDR und CSSR, nachdem die Kriegsfolgen in der Wirtschaft beseitigt und die strukturellen Umwandlungen im wesentlichen abgeschlossen waren).

Von Ökonomen der heutigen CSSR-Opposition wie z.B. Jiri Kosta wird immer wieder die Frage gestellt, wie ein ökonomisches System für eine hochindustrialisierte sozialistische Gesellschaft aussehen könnte. Das zentral-administrative Modell früherer sowjetischer Prägung erweist sich mit fortlaufender ökonomischer Entwicklung als unbrauchbar. Das nichtmarktwirtschaftliche rätedemokratische Modell der VR China, dem Kosta nach Studienaufenthalten in China teilweise positiv gegenübersteht, stellt für ihn einen Sonderfall dar, *„der durch die auf einer niedrigen Stufe der Produktivkräfte anvisierten Autarkiepolitik bedingt ist"* (7). Bleibt für Kosta ein ‚linker' Marktsozialismus, den er allerdings in den Rang eines für Ost und West anwendbaren Modells erhebt. Hier verkündet er offen linkssozialdemokratische Ideologie, aber damit ist das Problem eines hochindustrialisierten sozialistischen Gesellschaften angemessenen Wirtschaftsmodells nicht gelöst.

Vielleicht führen an dieser Stelle die von Bahro ausgelösten Denkanstöße weiter. Immerhin hat sich Bahro mit seinen ökonomischen Vorstellungen bei einem prominenten ‚Wirtschaftsreformer' aus dem RGW-Raum den Vorwurf eingehandelt, unter den Einfluß maoistischer Ideologie geraten zu sein und diese auf Europa anwenden zu wollen (8).

Abgesehen von diesen theoretischen Fragen mutet es doch seltsam an, wenn der „Marktsozialismus" Sik'scher Prägung für die DKP auch heute noch als Beweis für die Konterrevolution in der CSSR herhalten muß, während in Ungarn fast das gleiche ökonomische Modell seit 1968 ständig weiterentwickelt wird. Mit einem wesentlichen Unterschied: im tschechoslowakischen Modell kam den Arbeiterräten eine wesentliche Rolle zu, während in Ungarn hauptsächlich die Kompetenzen der Unternehmensleitungen erweitert wurden (9).

In Zusammenhang mit dem Vorwurf des „Marktsozialismus" wird meist unterstellt, die CSSR habe letztlich während des Prager Frühlings aus dem RGW ausbrechen wollen. Der Austritt aus dem RGW stand während des Prager Frühlings nicht zur Debatte, von einflußlosen bürgerlich-reaktionären Elementen vielleicht abgesehen. Angestrebt wurde allerdings eine gewisse Öffnung nach Westen, insbesondere ein westlicher Kredit für den Import neuer Technologien, heute ein alltäglicher Vorgang in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und RGW-Ländern. Kritisch geprüft werden sollte jedoch das DKP-Argument, die Lösung aus dem RGW sei ein konterrevolutionärer Akt. So wurde nach einer Schätzung aus dem Jahre 1969 die CSSR im Rahmen der RGW-Wirtschaftsbeziehungen von der Sowjetunion über die Preise derart ausgebeutet, daß der Verlust mehr als 10 % des Nationaleinkommens der CSSR betrug (10). Solange die wesentlichen Größen des Außenhandels innerhalb des RGW strengster Geheimhaltung unterliegen, läßt sich die These von der Ausbeutung der RGW-Länder durch die Sowjetunion nicht belegen, auszuschließen ist sie aber genausowenig.

Grundsätzlich in Zweifel zu ziehen ist die Methode, aus den ökonomischen Absichtserklärungen Sik's und Co. den politischen Inhalt des Prager Frühlings ableiten zu wollen. Eine (linke) Untersuchung der tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen kommt zu dem Schluß, *„daß die Ziele der Massenbewegung und die der Wirtschaftsreform sich tendenziell widersprachen... Die engagierten Wirtschaftsreformer sahen diese Massenbewegung von 1968 nicht sehr gerne (für sie war sie eine Bewegung von Massen unqualifizierter Laien), haben jedoch verstanden, daß diese Bewegung*

*– die alten bürokratischen Funktionäre abzusetzen helfen und dadurch die Tür für die Wirtschaftsreformen voll öffnen kann*

*– die zu erwartenden unpopulären Folgen der Wirtschaftsreformen durch Erkämpfung von politischen Freiheiten zu neutralisieren vermag."* (11). Sofern man nicht dem Ökonomismus verfallen will, muß bei der Einschätzung das Augenmerk vornehmlich auf die politischen Prozesse gelenkt werden.

## Politische Kräfte und Ziele während des Prager Frühlings

a) KPC

Hier besteht auch unter Linken immer noch die Vorstellung, die KPC mit Alexander Dubcek an der Spitze habe zielstrebig ein (revisionistisches) Programm für den gesellschaftlichen Wandel aufgestellt (das Aktionsprogramm der KPC) und ebenso zielstrebig zu verwirklichen gesucht, bis die CSSR am 21. August besetzt wurde. Einerseits waren wichtige Elemente des Reformprogramms schon unter Novotny konzipiert worden (insbesondere die Wirtschaftsreformen), andererseits spaltete sich die „Anti-Novotny-Interessenkoalition" spätestens im April 1968 bei der Verabschiedung des Aktionsprogramms, das selbst wiederum nur einen teilweise difusen Kompromiß darstellte (darin darf man sich durch die ständige Berufung großer Teile der CSSR-Opposition auf das Aktionsprogramm als eines quasi zeitlosen Modells nicht irritieren lassen): *„Eine Gruppe der ‚Männer des Januars' entwickelte sich rasch zu einem ‚neokonservativen' Flügel... Sie wünschen bestenfalls einige partielle, keineswegs strukturelle Reformen... (Sie) versuchen, den weiteren Reformprozeß zu torpedieren. Der andere Teil der neuen Parteiführung, der das Aktionsprogramm ernst nimmt, bildet den Kern eines neuen Lagers...; seinen (außerhalb der Parteiführung stehenden) linken Flügel stellen Gruppierungen radikaler Parteiintelligenz dar, die sich um eine Beschleunigung der Reformbewegung bemühen und die das Aktionsprogramm für ein vorübergehendes Minimalprogramm halten."* (12).



Prag 1968

Insgesamt wurde von den Entscheidungsträgern während des Prager Frühlings nie die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie erwogen. Zwar anerkannte man *„die Notwendigkeit einer Vielfalt weitgehend autonomer politischer Subjekte, darunter politischer Parteien... (die KPC bestand) jedoch darauf, daß sich diese politischen Subjekte nur im Rahmen der Nationalen Front bilden können, und hielt es für notwendig, ‚durch eine Kombination durchdachter Maßnahmen zu bewirken, daß die Beziehungen innerhalb der Nationalen Front und das Wahlsystem die führende Rolle und den Vorrang der Kommunistischen Partei derart sichern, daß sie weder in der Nationalen Front noch in den staatlichen Vertretungsorganen... in die Minderheit geraten kann'"* (13).

Soweit die Grundlage für den ZK-Bericht auf dem 14. Parteitag. Hinter dieser Linie stand Mitte 1968 der überwältigende Teil der Bevölkerung. Nach einer Meinungsumfrage von Mitte Juli sprachen 76 % der Bevölkerung ihr Vertrauen der KPC aus, 87 % dem Parteivorsitzenden Dubcek und 89 % stimmten für die Fortsetzung „des sozialistischen Kurses" (14).

b) Das reaktionäre Potential

Demgegenüber muß das reaktionäre Potential als sehr gering eingeschätzt werden. Es kennzeichnet eine gewisse „Westblindheit", wenn im AK-Artikel (AK 134) von der Solidarität der westlichen Linken mit osteuropäischen Oppositionellen zum wiederholten Male Faschisten, Hakenkreuzschmierer und Antisemiten ausgenommen werden. Damit soll keine Lanze für Solschenizyn gebrochen werden, nur: wie relevant ist diese Frage eigentlich? In der Diskussion reagieren tschechoslowakische Oppositionelle ratlos auf diese Position. Ein wirkliches Verdienst des realen Sozialismus ist immerhin die antifaschistische Erziehung, die speziell in der CSSR mit einer tiefen antifaschistischen Grundhaltung der Bevölkerung zusammentrifft. Faschismus war für Tschechoslowaken ausländische Gewaltherrschaft, die ihre nationale Identität zerstören wollte und gegen die mit der Waffe in der Hand gekämpft wurde (z.B. im Slowakischen Nationalaufstand). Soweit Faschisten nicht sofort nach 1945 bestraft oder ausgewiesen wurden (Sudetendeutsche) flohen sie spätestens im Gefolge der Ereignisse von 1948. Es ist für Bewohner eines Landes, in dem die Faschisten mit Lidice ein Zeichen setzten, absolut unverständlich, warum die Rolle von Faschisten als wesentliches Problem der Solidarität mit osteuropäischen Oppositionellen betrachtet wird. Antisemitismus äußert sich allenfalls in den Angriffen von Vertretern des realen Sozialismus gegen jüdische Oppositionelle (Kriegel).

Während des Prager Frühlings äußerte sich das reaktionäre Potential hauptsächlich in Vereinigungen, die man mit gewissen Einschränkungen als offene Propagandisten einer Restauration des Kapitalismus bezeichnen kann. So entstanden ab April ein Klub engagierter Parteiloser (KAN), Gesellschaft für Menschenrechte, Katholische Charität, Vorbereitungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei u.a. Diese Vereinigungen stellten aus taktischen Gründen (verstärkter sowjetischer Druck) ihre Tätigkeit noch vor dem 21. August wieder ein. Insgesamt fanden Mitte 68 die Vorstellungen der KPC eine unvergleichlich stärkere Resonanz bei der Bevölkerung.

c) Das linke Potential

Die Bedeutung des linken Potentials im Prager Frühling ist am schwierigsten abzuschätzen, da es zu seiner Artikulation am längsten brauchte. Übereinstimmend wird berichtet, daß sich die Arbeiterklasse in nennenswertem Umfang erst ab Sommer 68 für den Wandel zu interessieren begann. Bis dahin herrschte die Meinung vor, eine Parteiführung habe die andere abgelöst, ohne daß dies den Arbeitern wesentliche Veränderungen brächte. Zwar hatten die Wirtschaftsreformer schon längst von Arbeiterräten geredet, doch sollten diese nicht etwa einen Schritt auf dem Wege zur Produzentendemokratie darstellen, sondern den Arbeitern durch ein bißchen Mitbestimmung die negativen Auswirkungen des „Marktsozialismus" schmackhaft machen. Zwar hatten linke Intellektuelle seit etwa Mai Räte als Schritt auf dem Wege zur Produzentendemokratie propagiert, aber das alles fand zunächst wenig Beachtung bei den Arbeitern.

Erst als mit eigenen Augen Beweise für einen grundlegenden Wandel wahrgenommen wurden, setzte ein sich ständig verstärkendes Interesse für die Arbeiterräte ein. Das ursprüngliche Arbeiterrat-Konzept der „Wirtschaftsreformer" ließ sich nicht mehr halten. Die gesetzliche Festlegung der Arbeiterräte wurde auf Anfang 1969 verschoben, um im zweiten Halbjahr 1968 Erfahrungen sammeln zu können. Die bis zur Auflösung der Arbeiterräte Ende 1969 gewonnenen Erkenntnisse lassen jedoch den Schluß zu, daß in der CSSR im Unterschied zu Jugoslawien durch die konkrete Form der Arbeiterräte durchaus ein Schritt in Richtung Produzentendemokratie möglich gewesen wäre, wenn die Okkupation und der Verrat der KPC-Führung den Politisierungsprozeß der Arbeiterklasse nicht wieder abgewürgt hätte (15).

Ausgesprochen linke politische Gruppierungen wie etwa die „maoistische" um den Philosophen Zbynek Fiser und die „trotzkistische" unter Mitwirkung von Petr Uhl entstanden noch langsamer. Beide Positionen sahen ihre Tagesaufgabe in der Propagierung „wirklicher" Arbeiterräte, wobei Fiser den Zusammenhang zwischen revolutionärer Partei und selbstverwal-

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

teten Organen der Produzenten betonte, der erst sozialistische Demokratie ermögliche. Es ist klar, daß beide Positionen wegen des ständig steigenden Interesses der Arbeiterklasse an den Räten erst am Anfang ihrer politischen Möglichkeiten standen. Bezeichnenderweise haben sich derart klare Positionen im alltäglichen „realen Sozialismus" bisher nicht in organisierter Form artikuliert. Hier herrschen noch linke Einzelkämpfer wie etwa Bahro vor.

## Lehren

Gerade diese Tatsache sollte uns davon abhalten, die Entwicklung des Prager Frühlings als Konterrevolution zu bezeichnen. Der Prager Frühling kann nur verstanden werden als komplizierter, widersprüchlicher gesellschaftlicher Prozeß, in dem eine revisionistische Gruppe innerhalb der Partei die Mehrheit gewann und durch Erweiterung der formalen Rechte erst die Verbreitung linker Positionen ermöglichte, wobei gleichzeitig von den Entscheidungsträgern das Ziel ‚Sozialismus' nicht durch systemsprengende institutionelle Änderungen gefährdet wurde. Dieser Prozeß wurde abgebrochen, bevor die meisten Maßnahmen Wirkung zeigten. Es geht nicht darum, Dubcek und das Aktionsprogramm zu Führer und Programm des „wahren Sozialismus" hochzujubeln. Die meisten KPC-Führer haben sich zudem durch ihren Verrat nach der Okkupation – die Propagierung der Normalisierung – hinreichend disqualifiziert. (Nur in diesem Punkt – Abwürgen einer Massenbewegung – läßt sich u.E. eine Parallele Dubcek – Soares ziehen). Es gilt vielmehr zu erkennen, daß die Unterstützung der Forderung der osteuropäischen Opposition nach mehr formalen Rechten Voraussetzung für das Entstehen organisierter linker Positionen ist, aus denen später revolutionäre Organisationen entstehen können. Das Beispiel der „Kommunistischen Partei Polens" (heute Sitz in Peking) zeigt, daß andere Wege des Parteiaufbaus illusorisch sind.

Wenn wir, uns im Besitze der revolutionären Wahrheit wähnend, uns erst dann mit der osteuropäischen Opposition solidarisieren, wenn in Polen, der DDR oder der CSSR die wahrhaft revolutionäre Partei entstanden ist, dürfte der Zug für uns abgefahren sein. Wir müssen begreifen, daß es für linke Oppositionelle im RGW heute zunächst einmal um die nackte Existenz geht, als zweites um die Erweiterung ihres Bewegungsspielraums (oft gleichbedeutend mit der Einschränkung des sowjetischen Bewegungsspielraums), gleichzeitig um die Aufnahme linker Positionen, die ja kaum öffentlich zugänglich sind, und erst an letzter Stelle um den Aufbau revolutionärer Organisationen.

Dies soll nun nicht bedeuten, wir müßten mit unseren begrenzten Kräften alle osteuropäischen Oppositionellen unterstützen, die sich irgendwie für Menschenrechte einsetzen. Da mögen auch Zweifel erlaubt sein, wenn etwa Mlynar zumindest bis vor kurzem die Einleitung der ‚Normalisierung' durch die Dubcek-Führung als objektiv notwendig darstellte. Oder wenn Mitglieder der sogenannten sozialistischen Opposition gemeinsame Erklärungen mit Exponenten der 48er Emigration verfassen (16). Natürlich ist eine Opposition nicht deshalb sozialistisch, weil sie sich sozialistisch nennt! Trotzdem sollten wir das Feld konkreter Unterstützung nicht Sozialdemokraten (17), Euros, Trotzkisten und Spontis überlassen. Mittlerweile ist über die tschechoslowakische Opposition eine solche Öffentlichkeit hergestellt (18), daß uns die Entscheidung leichtfallen dürfte, wen wir unterstützen.

**Anmerkungen:**

1) Peking Rundschau 33/1968
2) ebda.
3) ebda.
4) V. Horsky, Prag 1968, Stuttgart München 1975, S. 72 ff.
5) W. Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kap. Restauration, Erlangen 1971, S. 3
6) Vergl. J. Kosta, J. Meyer, S.Weber, Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt 1973
J. Kosta, Sozialistische Planwirtschaft, Opladen 1974
7) J. Kosta, Das Ziel Wirtschaftsdemokratie,in: L 76, Heft 8, S. 130
8) W. Brus, Ein symptomatisches Werk, in: Solidarität mit Bahro, Reinbek 1978
9) Die unter (6) aufgeführten Bücher enthalten ausführliche Vergleiche der Wirtschaftsmodelle der CSSR, Ungarns und Jugoslawiens.
10) V. Horsky, a.a.o., S. 140
11) P. Liska, J. Koval, Zur Problematik der Wirtschaftsreformen 1963 – 1968 in der CSSR, Probleme des Klassenkampfs 17/18, S. 49
12) V. Horsky, a.a.O., S. 62/63
13) ebda. S. 176
14) ebda., S. 79
15) Vergl. Kosta, Soz. Planwirtschaft, a.a.O., und: Arbeiterräte oder bürokratischer Zentralismus, Wunstorf 1974
16) Die Vergangenheit überwinden, FR 2.3.78
17) Vergl. Gremlizas Interview mit v. Oertzen, Konkret Aug. 78
18) Hier soll besonders auf das Ende August erscheinende Buch von Jan Skala hingewiesen werden: Die CSSR vom Prager Frühling zur Charta 77.

**Ein Genosse der RGW-Kommission**

• • •

## Anmerkung der RGW- Kommission

Der nebenstehende Beitrag zur Einschätzung des Prager Frühlings wurde als zusammengefaßtes Diskussionsergebnis der urlaubsgeschwächten RGW-Kommission von einem Genossen geschrieben. Er spiegelt von der Grundtendenz her die Auffassung der Kommission wieder, enthält jedoch u.E. einige Mängel. Da der Genosse seinerseits derzeit im Urlaub ist, wir seinen Artikel nicht undiskutiert in unserer Richtung „verbessern" wollen, jedoch eine straffe, auf das Wesentliche gerichtete Diskussion für wünschenswert halten, hier nun folgende Anmerkung:

**1. Konterrevolution.**
Die Definition des Begriffes Konterrevolution durch den Genossen ausschließlich als *„Erhebung der alten Ausbeuterklassen ...“*, um *„... die alte Staatsmacht zu restaurieren ...“* ist unzureichend und entspricht auch nicht unserem Diskussionsstand. Unter den Bedingungen des Sozialismus nimmt der Klassenkampf andere Formen an; die Konterrevolution kann in Gestalt einer bürgerlichen Linie innerhalb der Partei organisiert auftreten - die Reaktion paßt sich den Verhältnissen an, auch die soziale Zusammensetzung der ‚neuen Bourgeoisie' verändert sich, schließt nicht nur alte Kapitalisten, Kleineigentümer etc. ein, sondern auch neue Emporkömmlinge, die ihre gesellschaftliche Stellung im Staat der Diktatur des Proletariats mißbrauchen.

Dennoch setzt der Begriff der Konterrevolution,auf die CSSR 1968 angewandt,voraus, daß eine neue Qualität (!) von Konterrevolution in Gestalt des Prager Frühlings auf den Plan getreten sei. Oder aber man muß davon ausgehen - wie der Genosse schreibt - daß vor dem ‚Prager Frühling' tatsächlich *„eine im wesentlichen sozialistische Entwicklung"* vonstatten gegangen sei.

Für uns allerdings war vielmehr die Ära Novotny die organisierte Konterrevolution! Der ‚Prager Frühling' begann als der Versuch gerade von Novotny und Freunden, mittels ihnen genehmen „Reformen" den Bestand ihrer Politik zu sichern und trotzdem auf die durch ihre (konterrevolutionäre, restaurative!) Politik hervorgerufenen gesellschaftlichen Widersprüche, Konflikte etc. zu reagieren. Allerdings blieb der ‚Prager Frühling' nicht auf diesem Niveau stehen, sondern erschütterte die erstarrte Gesellschaft gründlich und schuf politische Aktionsmöglichkeiten in einem (für ein Land des „realen Sozialismus") bislang beispiellosen Ausmaß.

**2. Wirtschaftsreformen.**
Die Wirtschaftsreformen sind im Ansatz der Versuch des Novotny-Regimes gewesen (sie wurden seit 1962 diskutiert!), die von ihm in den Dreck gefahrene Karre wieder flott zu machen. Als Theorie beurteilt, sind sie weiß Gott nicht revolutionär, stellen vielmehr den technokratischen Versuch einer im bürokratischen Denken verfangenen Spezialisten-Truppe dar, und haben mit dem Produzenten, d.h. dem revolutionären Subjekt, ebensowenig im Sinn wie das, was vorher war. Aber sie waren der (hilflose) Versuch, reale gesellschaftliche Konflikte aufzufangen; sie lösten in dem von dem Genossen beschriebenen Sinne eben Diskussionen aus, die sich mit der Deutung (und Einsortierung) der Buchstaben und Sätze allein nicht erklären lassen - ein politischer Prozeß kann nie von seinen Theorien allein her beurteilt werden!

Trotzdem soll hier die Frage aufgeworfen werden, was denn wäre, wenn diese Reformen Wirklichkeit geworden wären? Wer will behaupten, die CSSR wäre dann eine Gesellschaft von bürgerlicherer, kapitalistischerer Struktur als etwa Ungarn? Oder irgendein anderes RGW-Land?

**3. Öffnung nach Westen.**
Es ist vielmehr der krampfhafte Versuch der DKP, die sowjetische Intervention mit dem „Sik'schen Marktsozialismus" zu rechtfertigen; dabei ist der wirkliche Grund allein die mögliche Gafahr einer Lockerung (nicht einmal einer Lösung!) der Beziehungen zur SU und der reale politische Prozeß gewesen! Jene Lösung von der SU, die heute nicht nur in Ungarn, sondern auch in Rumänien, Polen auf wirtschaftlichem Gebiet Realität ist, ist überhaupt kein Maßstab für Konterrevolution oder nicht. Ob Lösung, inwieweit, mit welchen westlichen Ländern intensive Zusammenarbeit etc., hängt allein von der jeweiligen Variation der Entartung in den Ländern des realen Sozialismus ab. Provokativ sei hier die Frage aufgeworfen, ob denn etwa Polen oder Ungarn „sozialistischer" sind als Jugoslawien? Ob denn bei gedachter Ersetzung der Tito-Clique durch ein moskautreues Regime a.) Jugoslawien wirtschaftlich ein anderes Niveau hätte, b.) vom Standpunkt der Arbeiterklasse her ‚sozialistischere' Strukturen hätte?

‚Last not Least' wäre jedes Land, das sich in revolutionärer Richtung im RGW bewegen würde, gezwungen, sich von der SU zu lösen, gezwungen, parallel dazu den Ausgleich am westlichen Markt zu suchen (die derzeitige Struktur der osteuropäischen Wirtschaften einmal als gegeben vorausgesetzt), wäre gezwungen, „zwischen den Feuern" zu tanzen, um nach beiden Seiten die nötige Unabhängigkeit für die Sicherung des innenpolitischen Kurses zu gewinnen.

Der Prager Frühling ist nicht der „wahre Sozialismus". Dafür waren seine (vielen!) hervorgebrachten Theorien viel zu vielschichtig und unausgegoren. Aber er ist der Bezugspunkt für die seitdem sich stärker artikulierende osteuropäische Linke, er ist der Bezugspunkt (im positiven wie im negativen) für die theoretischen Versuche dieser Genossen, er ist das praktische Beispiel einer grundlegenden Erschütterung eines Landes des „realen Sozialismus" und einer Massenbewegung, die eben nicht das Werk des CIA oder westdeutscher Diversionsapparate ist, und die sich in überwältigender Mehrheit zum Sozialismus (nicht zum Kapitalismus oder zur „westlichen Demokratie") bekannt hat. Der Prager Frühling kann nicht unter Hinweis auf das bürgerliche Abwracken einiger seiner Exponenten aus der damaligen Parteiführung als konterrevolutionär im allgemeinen abgestempelt werden!

• • •

## Anmerkung des Verfassers des kritisierten Artikels aus AK 134

Zur Klarstellung: a) Ich habe den Begriff „konterrevolutionäre Ereignisse" nicht in dem Sinn gemeint, wie ihn der Genosse aus der RGW-Kommission interpretiert. Daß ich den „realen Sozialismus" nicht für real halte, die CSSR vor dem 'Prager Frühling' also auch nicht für sozialistisch halte, ging ja aus meinem Artikel hervor. b) Ich gehe allerdings davon aus, daß Konterrevolution nicht unbedingt eine sozialistische Gesellschaft voraussetzt; konterrevolutionäre Entwicklungen hat es z.B. auch in der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen gegeben. c) Ich meine, daß der Charakter der „realsozialistischen" Gesellschaften so ist, daß die vollständige Rückkehr eines „realsozialistischen" Landes zum Kapitalismus und damit ins imperialistische Weltsystem als konterrevolutionär anzusehen wäre. Dies ist eine deutliche Streitfrage auch gegenüber den Genossen der RGW-Kommission, die in ihrem Kommentar davon ausgehen, daß in Ländern wie der CSSR die Konterrevolution abgeschlossen sei, eine konterrevolutionäre Entwicklung also gar nicht mehr möglich sei. An welchen Kriterien macht sich diese Einschätzung aber fest? Beispiel China: Ist dort die Konterrevolution mit Hua schon abgeschlossen, oder könnte es in China noch eine konterrevolutionäre Entwicklung geben? Und wann wäre der Zeitpunkt erreicht, wo dies nach Meinung der Genossen nicht mehr möglich wäre?

**Wir haben gegenüber den „ML"ern stets auf der - schließlich auch augenfälligen! - Einschätzung bestanden, daß zwischen dem System des „realen Sozialismus" und dem Kapitalismus noch Unterschiede bestehen. Eben dieser kleine Unterschied rechtfertigt es m.E., in den „realsozialistischen" Ländern grundsätzlich noch an der Kategorie der „konterrevolutionären Entwicklung" festzuhalten.**

Die Genossen machen den Unterschied bewußt sehr klein. Für den Arbeiter in der CSSR oder DDR beispielsweise mag dieser Unterschied tatsächlich sehr klein sein, was seine Ausbeutung etc. angeht. Indessen wird der Unterschied deutlicher, wenn man nicht von der beschränkten Situation eines einzelnen Landes ausgeht, sondern von dem weltrevolutionären Prozeß. Und da macht es schön einen Riesenunterschied, ob ein Land des „realen Sozialismus" ins imperialistische Lager übergeht oder nicht. Und da macht es ebenso einen Riesenunterschied, ob sich viele nationale Befreiungsbewegungen und antiimperialistische Staaten immer noch in gewissem Maß auf die Sowjetunion stützen können, oder ob sie es nur mit einem weltweiten imperialistischen Lager zu tun haben. **Sieht man die Sache vom Standpunkt der Weltrevolution, so wird m.E. sehr klar, daß im Sinne des Imperialismus die konterrevolutionäre Gegenoffensive erst dann wirklich abgeschlossen ist, wenn er auch die „realsozialistischen Staaten" in sein ökonomisches und politisches System zurückgeholt hat.** Solange das nicht erreicht ist, möchte ich von „konterrevolutionären Entwicklungen" sprechen, sofern es um die Rückgewinnung eines „realsozialistischen" Landes für das imperialistische Weltsystem geht.

d) „Konterrevolutionäre Ereignisse" oder „konterrevolutionäre Entwicklung" ist für mich nicht gleich Konterrevolution. Soll heißen, mir ging es um die Benennung des **objektiven** Charakters der Entwicklung (und ihres wahrscheinlichen weiteren Verlaufs, falls die Besetzung durch die Truppen des Warschauer Pakts nicht erfolgt wäre), nicht um das **subjektive** Wollen irgendwelcher Menschen, nicht einmal der politischen Hauptfiguren der damaligen Ereignisse. Es ging mir auch nicht darum, Forderungen nach demokratischen Rechten usw. im „realen Sozialismus" als konterrevolutionär hinzustellen. **Diese Forderungen sind völlig berechtigt und überhaupt die Grundvoraussetzung für eine autonome Organisierung der Arbeiterklasse.**

Der Widerspruch liegt - meiner Meinung nach - gerade darin, daß in den Ländern des „realen Sozialismus" fast schon mit Notwendigkeit berechtigte demokratische etc. Forderungen im Verlauf von Entwicklungen erhoben werden, die derzeit aufgrund der realen Verhältnisse kaum anders enden können als beim Kapitalismus - falls nicht die sowjetischen Panzer einen Strich durch die Rechnung machen (da Mißverständnisse derzeit in der Luft zu liegen scheinen: Ich bin nicht für die sowjetischen Panzer, sondern für das Recht jeder Nation auf ihren eigenen Weg, und sei es zunächst die Rückkehr zum Kapitalismus).

In den Beiträgen der Genossen von der RGW-Kommission und der Stellungnahme aus Lüneburg sehe ich eine Tendenz, alles mit einem Ruck über Bord gehen zu lassen, was wir bei den „Klassikern" über den Zusammenhang zwischen spontaner Bewegung, revolutionärer Organisation usw. gelernt haben. **„Die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie...".** (Lenin, „Was tun?"). Gilt das noch? Ich meine, die Zweifel, die sich hier am Thema CSSR äußern, stehen auch mit unserer derzeitigen Organisationsdebatte in engem Zusammenhang. Die Annahme, die CSSR hätte sich - ohne sowjetisches Eingreifen - anders entwickeln können als „bestenfalls" zu einem weiteren Jugoslawien, eher vielleicht noch zu einem Glied des kapitalistisch-imperialistischen Lagers, verkennt meiner Meinung nach die Bedeutung einer revolutionären Organisation bzw. des Fehlens einer solchen in der CSSR.

Es ist sehr deutlich, wenn der Genosse aus der RGW-Kommisssion am Schluß seiner Stellungnahme behauptet, es gehe für die linken Oppositionellen im RGW jetzt erst einmal um ihre nackte Existenz, dann um die Erweiterung ihres Bewegungsspielraumes, **„und erst an letzter Stelle um den Aufbau revolutionärer Organisationen"** (Hervorhebung von mir). Hätten so beispielsweise auch die russischen Sozialisten unter der zaristischen Diktatur gedacht, so hätte es eine Oktoberrevolution gar nicht erst gegeben! Der Genosse kriecht hier in einer Weise auf das Niveau der „linken" Opposition in der CSSR etc. hinunter, wie er es bei einem faschistischen Land wohl kaum tun würde. Oder wollen wir nun auch noch behaupten, daß in einem Land wie Chile der Aufbau revolutionärer Organisationen eigentlich erst an letzter Stelle für die linke Opposition kommen müßte?!...

Es gibt viele Gründe, warum sich in den „realsozialistischen" Ländern die Herausbildung revolutionärer, marxistisch-leninistischer Organisationen so sehr verzögert. (Während doch revolutionäre Organisationen sogar unter den gewiß nicht leichteren Bedingungen faschistischer Regimes arbeiten!). Wir sollten uns aber hüten, diese Verzögerung auch noch als gerechtfertigt hinzustellen und ihre Konsequenzen zu verharmlosen!

Wenn man unter Bedingungen wie in der CSSR über den objektiven Gang einer bestimmten Entwicklung urteilen will, darf man sich nicht an die guten Absichten der Massen halten, sondern muß in erster Linie von den Interessen der herrschenden Klasse ausgehen. Spätestens Portugal müßte uns gelehrt haben, daß es unter derartigen Bedingungen (Fehlen einer revolutionären Avantgarde und anderer wichtiger Faktoren) nicht die Massen sein können, die letzten Endes den Gang der Dinge entscheiden werden.

Welches sind die Interessen der „neuen Bourgeoisie" in einem Land wie der CSSR? Gehen wir vereinfacht davon aus, daß 1968 in der CSSR das Modell Jugoslawiens oder Rumäniens angestrebt wurde, so zeigt sich auf den ersten Blick, daß es in Jugoslawien oder Rumänien gar nicht unbedingt mehr Spielraum für eine linke Opposition gibt als in den Ländern des „realen Sozialismus" - in Jugoslawien wird z.B. die illegale KP brutal unterdrückt, aus Rumänien hat man wohl überhaupt noch nichts von linker Opposition gehört. Und wenn die Genossen von der RGW-Kommission schon meinen, daß sie das ökonomische und politische System Jugoslawiens mit dem Ungarns oder dem Modell einer „reformierten" CSSR einfach gleichsetzen könnten, so ist doch festzustellen: Die kapitalistische Restauration ist in Jugoslawien weiter fortgeschritten als beispielsweise in Ungarn - u.a. mit der Folge, daß einige Hunderttausend jugoslawische Werktätige sich in imperialistischen Ländern als „Gastarbeiter" anbieten müssen. Ansonsten dürfte eine Analyse z.B. auch ergeben, daß das Eindringen imperialistischen Kapitals in Jugoslawien doch erheblich weiter fortgeschritten ist als in Ungarn etc. Die bloße Feststellung, daß diese Länder alle nicht mehr sozialistisch sind (folglich also wohl es auf etwas mehr oder weniger kapitalistische Restauration auch nicht mehr ankommt),ist eine unzulässige Vereinfachung.

• • •

## Ein Leserbrief zum selben Thema

Was die Position zur westeuropäischen Opposition anbelangt, unterstützen wir den KB-Beitrag, der auf der Hamburger Solidaritätsveranstaltung am 14.7. (s. AK 132, S. 51) gehalten wurde. Darin hieß es:

- Unter der Bedingung totaler Einschränkung von Informations- und Meinungsfreiheit hat eine bürgerlich-demokratische Opposition in Osteuropa *„ihre volle Existenzberechtigung"*;
- Die Abhängigkeit von den Informationen westlicher Massenmedien und die tägliche Repression im Namen des „realen Sozialismus" führt dazu, daß sich die osteuropäische Opposition nicht vorrangig mit dem Sozialismus identifizieren kann, sondern daß *„bürgerlich-demokratische Positionen spontan sozusagen der natürliche Inhalt dieser Opposition sind"*.

Speziell zur CSSR heißt es, daß es dort *„in größerem Umfang"* sozialistische Kritiker gibt und *„nach der sowjetischen Invasion Hunderttausende von unbequemen Genossen aus der Partei hinausgesäubert wurden"*. Demgegenüber wurde im AK 134 - insbesondere was den „Prager Frühling" anbelangt - platt drauflosgeholzt.

Angeblich handelt es sich bei den Vorfällen von 1968 um **„konterrevolutionäre Ereignisse"**, und schwungvoll wird Dubceks Rolle mit der des portugisischen PS-Führers Soares über einen Kamm geschoren. Die spontane Massenbewegung wird damit runtergeputzt, daß sie sich ohne die sowjetische Invasion in Richtung Kapitalismus weiterentwickelt hätte, und auch die „Vorkämpfer des Prager Frühling" sind „höchstens als linke Sozialdemokraten einzustufen".

Für „Hunderttausend unbequemen KP-Genossen" und ihre Position zu den „konterrevolutionären Ereignissen" im August 68 verschwendet der Artikel keine Silbe.
Es wäre sicherlich blödsinnig zu meinen, der „Prager Frühling" hätte ohne die UdSSR einen revolutionären Kurs ansteuern können. Darin geben wir dem Autor des Artikels recht. Was uns allerdings stinkt, ist die oberflächliche Darstellung der Prager Ereignisse und die völlig einseitige Bewertung.

Ist es nicht berechtigt, „spontan" gegen den „realen Sozialismus" zu rebellieren? Ist es nicht notwendig, in den RGW-Staaten für die - im Sozialismus eigentlich selbstverständlichen - demokratischen Rechte zu kämpfen?

Der AK-Artikel scheint diese Fragen zu verneinen. Stattdessen heißt es konsequenterweise im Anschluß an die Bewertung des „Prager Frühlings": *„Man könnte also der DKP-Argumentation bis hierher folgen"*. Wir jedenfalls „könnten" das nicht und wollen es auch überhaupt nicht. Die DKP-Argumentation fußt ja gerade darauf, daß die verfaulten und reaktionären Zustände innerhalb der RGW-Staaten für sozialistisch gehalten werden, und infolgedessen Massenbewegungen (genau wie Biermanns Einzelproteste) nur konterrevolutionärer Natur sein können.

So, wie der AK-Artikel die Prager Ereignisse hinstellt, haut er in die gleiche Kerbe wie die Revis.

**Eine Genossin und ein Genosse des KB/Lüneburg**

# Streit unter Eurorevisionisten

Über den von der spanischen Bourgeoisie gewünschten Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft (EG) ist es zu einem Konflikt zwischen den französischen und spanischen Revisionisten gekommen.

Die KPF hat im Juli mit einer Kampagne gegen den möglichen EG-Beitritt Spaniens, Griechenlands und Portugals begonnen. Dies rief sofort eine scharfe Kritik aus den Reihen der KPSp hervor, die die Forderung der spanischen Bourgeoisie nach dem EG-Beitritt unterstützt. *„Die Position der FKP hinsichtlich der Erweiterung des gemeinsamen Marktes kommentierend, hatte Manuel Azcarate, Leiter der Kommunistischen Partei Spaniens, Kommunistischen Partei Spaniens, AFP zufolge eine Erklärung abgegeben, in der er die ‚sensationelle' und ‚wahlbezogene' Kampagne, die ‚falschen und demagogischen Argumente' und den ‚Kirchturmchauvinismus' der französischen Kommunisten kritisiert"*. (KPF-Organ „L'Humanité", lt. „UZ" vom 9.8.78). Die KPF hat ihrerseits die Kritik ihrer spanischen „Bruderpartei" als versuchte Einmischung in ihre ureigensten Angelegenheiten zurückgewiesen und polemisch zurückgefragt, ob mit dieser Kritik etwa eine *„Anpassung* (der KPF, Anm. AK) *an die Partei von Manuel Azcarate"* verlangt werde (ebd.). Gleichzeitig versucht die KPF-Führung, die Bedeutung dieses Streits herunterzuspielen. Bei einer Fernseh-Diskussion auf diese Kontroverse angesprochen, erklärte KPF-Chef Marchais mit Biedermannsmiene: *„Es gibt tatsächlich eine Meinungsverschiedenheit mit unseren spanischen Genossen. Aber das ist völlig normal. Jede Kommunistische Partei arbeitet ihre Politik in völliger Unabhängigkeit aus und indem sie von den Interessen der Arbeiter, des Volkes und der Nation ausgeht. Es gibt also Meinungsverschiedenheiten. Aber, glauben Sie mir, diese Meinungsverschiedenheiten werden auf keinen Fall zum Bruch in den traditionellen Beziehungen unserer Parteien führen"* („L'Humanité", 11.8.78).

Indes ist gar nicht zu übersehen, daß diese Differenz zu weitergehenden Spannungen in dem sich bislang sehr einheitlich gebenden eurorevisionistischen Lager führen wird. Allein die Etikette, die Azcarate bei seiner Kritik an der KPF gewählt hat („demagogisch", „chauvinistisch"), bezeugen, daß man ehrlicherweise kaum von einer „normalen Meinungsverschiedenheit" sprechen kann. Der Gegenstand des Streits wird zudem auch die anderen eurorevisionistischen Parteien über kurz oder lang zu Stellungnah-
anderen eurorevisionistischen Parteien über kurz oder lang zu Stellungnah-
men zwingen. Vorerst halten sich diese nämlich noch mit eigenen Bekundungen über den Konflikt zwischen KPF und KPSp zurück, wobei Azcarate allerdings in einem Interview mit „il manifesto" (2.8.) angemerkt hat, daß die italienische KP die Position der spanischen KP *„verstehen"* würde.

Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als ob die KPF mit ihrer Ablehnung des spanischen EG-Beitritts (und ebenso des portugiesischen und griechischen) die „radikalere" Position vertreten würde. Tatsächlich kann man in d i e s e m Streit aber kein klassenmäßiges Herangehen auf irgendeiner Seite ausmachen.

Auf die Frage von „il manifesto", ob die spanische KP sich von der EG eine Garantie für die demokratische Entwicklung in Spanien erhoffe, antwortete Azcarate: *„Garantie ist nicht der richtige Begriff. Niemand von uns kann sich auf die anderen stützen, um unsere Probleme zu lösen. Unser Kampf hat aber einfach bessere Möglichkeiten in einem größeren Rahmen, wie ihn die EG darstellt. Wir wissen sehr gut, um mit Marchais zu reden, daß dies kein E u r o p a d e r V ö l k e r ist; aber wir wollen gemeinsam mit den anderen Linken kämpfen und uns dadurch gegenseitig bestärken."*
Vom revisionistischen Traum der U m w a n d l u n g der EG in ein „Europa der Völker" ausgehend, ist diese Position durchaus logisch und konsequent. Von der spanischen KP (und mehr noch von der Mobilisierungsfähigkeit der spanischen Arbeiterklasse) müßten sich vor allem die größeren eurorevisionistischen Parteien KPF und KPI tatsächlich Vorteile versprechen, da deren „Einschaltung" in die EG das Gewicht dieser Parteien angesichts des a l l g e m e i n e n Kräfteverhältnisses in der EG (man denke an das Schattendasein namentlich der DKP!) natürlich graduell verstärkt. Jedenfalls ist es auf dem Boden ihrer eigenen Strategie (friedliche Umwandlung der EG in ein „Europa der Völker") völlig uneinsichtig, wieso die KPF sich ausgerechnet gegen einen möglichen EG-Beitritt Spaniens (und Portugals) so vehement sperrt — beim seinerzeitigen Beitritt Dänemarks u.a. aber k e i n e vergleichbare Kampagne gestartet hat.

Die KPF führt ihre Kampagne vor allem intensiv in Südfrankreich unter Parolen wie *„Auf dem Lande leben, französisch produzieren"* (lt. „rouge" 25.8.), womit vor allem die französischen Weinbauern mobilisiert werden sollen, sich gegen eine „Überschwemmung" des französischen Markts mit spanischem Wein zu wehren. Entsprechend wird auch mit dem drohenden Import anderer Landwirtschaftserzeugnisse aus Spanien argumentiert. Azcarate von der KPSp hat zu diesen Argumenten gekontert: *„Wenn wir eine starke und konkurrenzfähige Landwirtschaft hätten* (in Spanien, Anm. AK), *gäbe es weniger Proble-*
*Landwirtschaft hätten* (in Spanien, Anm. AK), *gäbe es weniger Proble-*
*me. Aber das ist nicht der Fall. Und die Absicht der KPF ist noch absurder, da sie wohl weiß, daß es im Falle eines EG-Beitritts immer noch sechs bis acht Jahre dauert, bis wir voll in den grünen Markt integriert sind. Schließlich: das hauptsächliche Exportprodukt unserer Landwirtschaft sind Zitrusfrüchte; davon hat Frankreich nicht genügend. Wenn schon, dann müßte Italien protestieren"* („il manifesto", 2.8.).

Die Verarmung und Ruinierung der französischen Bauern durch die kapitalistische Entwicklung und speziell auch durch die EG-Landwirtschaftspolitik wird allerdings auch o h n e den EG-Beitritt Spaniens weitergehen. Das belegen allein die Zahlen der Vergangenheit. Von 1956 bis 1970 ist die Zahl der bäuerlichen Betriebe in Frankreich von ca. 2,3 Millionen auf 1,5 Millionen zusammengeschrumpft (s. AK 26, März 1973 — das sind die letzten uns z.Zt. bekannten Zahlen). Bis 1985 wurde damals schon ein weiteres Schrumpfen auf 700.000 in der Landwirtschaft tätige Menschen vorausberechnet. Hiergegen nun vorrangig auf eine Verhinderung weiterer EG-Beitritte zu orientieren, dient lediglich dazu, das g r u n d s ä t z l i c h e Einverständnis der KPF mit der EG und überhaupt ihre Zurückhaltung beim Angriff auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu ummänteln.

Ein möglicher EG-Beitritt Spaniens muß für die KPF herhalten, um der französischen Arbeiterklasse überhaupt wieder eine täuschende „konkrete Kampflosung" im Rahmen der allgemeinen revisionistischen Beschwichtigungspolitik vorzugaukeln.

Claude Poperen, KPF-Politbüromitglied: *„In der Bretagne, wo wir 50.00 Arbeitslose zählen, und in den Regionen der Loire, wo es fast 70.000 sind, würde eine Erweiterung der EG schwere Rückwirkungen auf die Wirtschaft haben, in der Industrie, im Fischfang und in der Landwirtschaft"* (lt. „rouge", 23.8.).




Georges Marchais: *„Die Erweiterung der EG wird unserer Arbeiterklasse und unserer Bauernschaft schwer schaden; aus einem einfachen Grund: weil Spanien ein Land ist, in dem der Arbeitslohn niedrig ist und soziale Errungenschaften praktisch nicht vorhanden sind. Die multinationalen Firmen werden daher in Spanien investieren, zum Nachteil der französischen Industrie"* („L'Humanité", 11.8.)

Daß KPF-Führer sich um d i e „Wirtschaft" und d i e „französische Industrie" sorgen, daß sie die von ihnen behaupteten „nationalen Interessen" regelmäßig zu Interessen der französischen Arbeiter umschminken, hat eine lange Tradition. Eine Spitzenleistung solcherlei Verhunzung i n t e r n a t i o n a l i s t i s c h e r K l a s s e n i n t e r e s s e n des Proletariats und n a t i o n a l i s t i s c h e r Argumentation hat die KPF
letariats und n a t i o n a l i s t i s c h e r Argumentation hat die KPF
bekanntlich zu Zeiten des französischen Kolonialkrieges in Algerien geboten. Damals wurde Algerien von KPF-Führern als *„unabtrennbarer Teil Frankreichs"* bezeichnet und Befürchtungen gegen den algerischen Unabhängigkeitskampf geäußert, daß *„unserem Land"* (Frankreich) möglicherweise der algerische Weizen- und Schafe-Export verloren gehen könnte (s. Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 234-237).

Mit den Argumenten der KPF gegen den möglichen EG-Beitritt Spaniens usw. steht es im Wesen der Sache nicht anders. Azcarate von der KPSp ist in diesem Punkt völlig zuzustimmen:

**„Die französischen Genossen sind sehr sonderbar: Sie schlagen ja nicht vor, daß Frankreich aus der EG, diesem ‚schlechten Europa', austreten soll; sie schlagen vor, daß die ärmeren Länder nicht eintreten sollen. Das heißt, sie wollen aus Europa einen Club von privilegierten Ländern machen. Was soll an dieser Position sozialistisch oder fortschrittlich sein?"** („il manifesto", 2.8.)




# Sowjetunion

Mitte August 1978 ist der sowjetische Dissident Alexander Podrabinek zu fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Er wurde - wie üblich unter Ausschluß der Öffentlichkeit - für schuldig befunden, „Falschmeldungen, die die Sowjetunion verleumden...", verbreitet zu haben. Podrabinek hatte am 5. Januar 1977 eine Kommission zur „Erforschung des Mißbrauchs der Psychiatrie für politische Zwecke" gegründet, und im Sommer letzten Jahres ein Buch mit dem Titel „Strafmedizin" zum gleichen Thema vorgelegt. Im Dezember letzten Jahres war er zur Emigration aufgefordert worden. Anderenfalls würden nicht nur er, sondern auch sein herzkranker Bruder Kirill mit Repressalien zu rechnen haben. Podrabinek lehnte ab. Tatsächlich wurde dann im März 1978 sein Bruder verhaftet - zwei Monate später er selbst.

Während die sowjetischen Behörden Podrabinek „Fälschung" und „Lügen" vorwerfen, behauptet er selbst, für sein Buch drei Jahre lang sorgfältig recherchiert zu haben - er ist von Beruf Krankenpfleger („Welt", 16./17.8.78).

•••

Einen Tag nach der Verurteilung von Podrabinek meldete sich der 37-jährige Moskauer Nervenarzt Alexander Boloschanowitsch zu Wort. Er habe 27 der von Podrabinek untersuchten 200 Fälle überprüft, und habe kein Beispiel für eine klinische Geisteskrankheit gefunden. Nach seinen Aussagen waren die eingewiesenen Personen noch nicht einmal Dissidenten *„...sondern Leute, die aus dem einen oder anderen Grund mit den Behörden Schwierigkeiten bekamen"* (meistens aufgrund von Ausreisegesuchen). Über sowjetische Psychiater, die zu solchen Vorgängen schweigen, sagte Boloschanowski: *„Sie sind wie die, die sich der Verantwortung für Kriegsverbrechen mit der Behauptung zu entziehen versuchen, lediglich auf Befehl gehandelt zu haben"* („FAZ" und „Welt", 18.7.78).

•••

•••

Der 30-jährige Alexander Ljapin hat versucht, sich auf dem Roten Platz in Moskau zu verbrennen - aus Protest gegen das Urteil gegen Jurij Orlow.

Zu dem Vorfall, der sich schon in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai zugetragen haben soll, sagte der Dissident Wjatscheslaw Bachmin, das Ljapin, obwohl ca. 25 % seiner Haut verbrannt gewesen waren, noch ca. 1 Stunde lang von der Polizei verhört wurde, bevor er in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde („FAZ", „Welt", 18.8.78).

•••

Die eurorevisionistische KP Spaniens (PCE) hat in einer Erklärung *„mit tiefer Sorge und Entrüstung und Protest"* auf die Prozesse gegen Regimekritiker in der UdSSR reagiert. In der Erklärung hebt die PCE hervor, daß in ihrem Konzept *„der Freiheit im Sozialismus... Urteile wie die in diesen Tagen in Moskau erlebten, nicht stattfinden könnten"* („FAZ", 20.7.78).

•••

Ein Moskauer Berufungsgericht hat Ende Juli das Urteil über drei Jahre Verbannung wegen „Verstoßes gegen die Aufenthaltsbestimmungen" gegen den 46 Jahre alten jüdischen Ingenieur Iossif Begun bestätigt, Begun durfte sich nach einer ersten Verurteilung zur Verbannung wegen „Parasitentum" nicht mehr in der Sowjetischen Hauptstadt aufhalten - nahm aber trotzdem dort am Prozeß gegen Jurij Orlow teil („FAZ", 26.7.78).

•••

Mehr als 5.000 Tataren haben Ende August zwei Bittschriften an die sowjetische Führung unterzeichnet, in denen sie das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat auf die Schwarzmeerhalbinsel Krim forderten. Nachdem sich Funktionäre der KPdSU geweigert hatten, die Schriften entgegenzunehmen, wurde eine Petition mit der Post geschickt („FAZ", 23.8.78). Das Volk der Tartaren war 1944 wegen angeblicher Kollaboration mit den deutschen Faschisten im zweiten Weltkrieg zwangsweise nach Zentralasien und Sibirien deportiert worden.
Weltkrieg zwangsweise nach Zentralasien und Sibirien deportiert worden.
1967 wurde der Vorwurf der Kollaboration offiziel zurückgezogen, die Tartaren aber durften, abgesehen von 1.600 Familien der ca. 200.000 Deportierten - nicht wieder in ihr Land zurückkehren.

**RGW-Kommission**

## Bücher von Durchreisenden beschlagnahmt

Als wir Ende Juli durch die DDR nach Polen fahren wollten, mußten wir an der DDR-Grenze drei Stunden lang um unsere Urlaubslektüre bangen. Mit der Begründung, unsere Bücher enthielten „Hetze gegen die DDR", wurde versucht, fast unsere gesamte (überwiegend antifaschistische) Literatur formlos einzuziehen, d. h. ohne Quittung und Ersatz! Wir protestierten hiergegen und erklärten, daß ein Großteil der Bücher nicht einmal etwas mit der DDR zu tun hätte (z.B. „Aufstand im Warschauer Ghetto" von Arie Goral); daraufhin wurde unser Material erneut gesichtet, worauf wir immerhin Bücher im Wert von 100,– DM zurückerhielten. Trotzdem erhielten wir neben den AK's folgende Bücher n i c h t zurück:

**Willy Münzenberg's „Propaganda als Waffe"; R. Kühnl, Der deutsche Faschismus; Rudolf Bahro, Eine Dokumentation und der Roman des DDR-Autors Stefan Heym über den 17. Juni 53, „5 Tage im Juni"**

Auf unsere Frage, warum denn Münzenbergs (ehem. Mitglied des ZK der KPD!) Buch „Propaganda als Waffe" einbehalten wurde, wurde uns erklärt, daß dort Goebbels-Zitate drinstünden, die ihn verherrlichen! (In dem Buch nimmt Münzenberg die Ideologie der Nazis auseinander, deckt den wahren Gehalt solcher Äußerungen auf und bedient sich dabei logischerweise einiger Originalzitate).

Besonders peinlich dürfte die Einbehaltung des Buches von Reinhard Kühnl (der übrigens der DKP durchaus nicht unfreundlich gegenübersteht!) „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten" sein, das unter anderem Dokumente des Widerstandes enthält, die von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht unterzeichnet sind.

Trotzdem wurde das Buch einbehalten! Andere Publikationen wie „SPD und Faschismus", „Frauen gegen Hitler" (Röderberg-Verlag), unser Russell Buch Nr. 3 („NSDAP-Propagandisten") etc. erhielten wir zurück.

Nach einer dreistündigen Stehparty, mit Fragen zur Parteizugehörigkeit und ähnlichem, konnten wir dann weiterfahren. Gegen diese schikanösen Maßnahmen haben wir Beschwerde bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn eingereicht und sie um Stellungnahme zu diesem Vorfall gebeten.

Man darf gespannt sein!

**Drei Polen-Urlauber**

## Leserbrief: „Arbeitsrechte im Sozialismus überflüssig" (AK 136)

In dem Artikel wurde behauptet, hinter der UZ-Demagogie zur Verschleierung gesellschaftlicher Konflikte in der CSSR stehe die Mentalität der faschistischen Volksgemeinschaft. Auch wenn die ähnliche Argumentation von Befürwortern der „Volksgemeinschaft" und des realen Sozialismus zunächst ins Auge fällt, sollte man doch die unterschiedlichen Ziele, die mit dieser Propaganda verfolgt werden, klar herausstellen: Die Faschisten versuchen ihren Anhängern keineswegs einzutrichtern, ihr „Volksgemeinschaftsstaat" sei klassenlos, sondern sie versuchen auf emotionaler Ebene („Liebe zum Vaterland"), eine Gemeinsamkeit zwischen den Klassen zu konstruieren.

Die Revisionisten aber versuchen uns weiszumachen, daß es im „realen Sozialismus" keine antagonistischen Klassengegensätze mehr gibt und die klassenlose Gesellschaft schon fast erreicht ist. Im Kommunismus (der klassenlosen Gesellschaft) würde die in der UZ zitierte Äußerung des tschechoslowakischen Arbeiters durchaus zutreffen. (Woraus natürlich folgt, daß das Streikrecht bis zum vollständigen Absterben des Staates - Kommunismus - garantiert sein muß). Gefährlich schien mir der Vergleich zwischen realsozialistischer Demagogie und faschistischer „Volksgemeinschafts"-Propaganda auch deshalb, weil er mich an die „Sozialfaschismusthese" der ML'ler erinnert.

**Ein AK-Leser aus Raum Hamburg**

# Lissabon — auch in der „ML"-Szene umstritten

Vorwiegend experimentellen Charakter hatte die sogenannte **„Lissabonner Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus"** (20. bis 23. Mai dieses Jahres).

Die Teilnehmer: Auf der einen Seite Politiker und Journalisten christdemokratischer und anderer reaktionärer Parteien aus verschiedenen Ländern Europas. Auf der anderen Seite Delegationen von Parteien der ganz harten vaterländischen „ML"-Scene. Es war die erste derartige öffentliche Kontaktaufnahme, die im Rahmen der Bemühungen um eine sogenannte **„Antihegemonistische Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus"** zu sehen ist.

**Aus der BRD beteiligten sich auf „ML"-Seite die „KPD" und die Gruppe „MLD"** („Marxisten-Leninisten Deutschlands" – sie tritt für den bundesweiten Aufbau der CSU und für Strauß als Bundeskanzler ein!). Daß der „KPD" bei dieser neuen Einheitsfront selbst nachträglich nicht mehr ganz wohl ist, geht daraus hervor, daß sie sich trotz Drängen auch aus den eigenen Reihen bis heute geweigert hat, die Namen der Konferenz-Teilnehmer, deren Organisationszugehörigkeit usw. zu veröffentlichen. Nur durch die Presse der „MLD" und danach auch durch den AK wurden bisher diese Einzelheiten über die „Lissabonner Konferenz" bekannt (vgl. Liste der westdeutschen Konferenz-Teilnehmer aus dem bürgerlichen Lager in AK 136, S. 36).

Daß die „KPD"-Spitze sich scheut, in ihrer Presse die bürgerlichen Teilnehmer dieser Einheitsfronts-Konferenz auch nur zu erwähnen, leuchtet ein. Weniger verständlich scheint allerdings auf den ersten Blick, daß in der „Roten Fahne" der „KPD" noch nicht einmal die beteiligten „ML"-Organisationen genannt wurden. Stattdessen hieß es lediglich: *„Unter den ausländischen Teilnehmern waren u.a. auch Marxisten-Leninisten aus Italien, Griechenland, Türkei, Spanien ..."*

Daß die „KPD" selbst in d i e s e m Punkt die Tatsachen lieber vertuschen möchte, hat seinen Grund: **„Nur ein Bruchteil des „ML"-Spektrums war bereit gewesen, an dieser Einheitsfront-Konferenz mit der bürgerlichen Reaktion teilzunehmen!**

Daß keine anderen Gruppierung aus der a l b a n i s c h e n „ML"-Internationale an der „Lissabonner Konferenz" teilnahm, war von vorneherein nicht anders zu erwarten. Überraschend jedoch ist, daß auch die c h i n e s i s c h e „ML"-Strömung nur sehr unvollständig und teilweise direkt erbärmlich dort vertreten war:

- Nur aus Portugal, der BRD, Italien und Spanien beteiligten sich die derzeit in ihrem Land vorherrschenden pro-chinesischen „ML"-Organisationen, nämlich **die PCP/ML, die „KPD", die PCUd'I und die ORT.** Aus Italien beteiligte sich außerdem noch die **„Partei der Sozialistischen Revolution"** – eine kleinere „ML"-Gruppierung.




- Aus Frankreich beteiligten sich **weder die PCMLF noch die PCR (ML)** – die beiden größten vaterländischen Gruppierungen, die sich derzeit in einem Vereinigungsprozeß befinden. Stattdessen war eine kaum bekannte Gruppe namens **ORPCF (ML)** vertreten.
- Aus Griechenland beteiligte sich lediglich die seit vielen Jahren engstens mit der „KPD" zusammenarbeitende Gruppe **EKKE** nicht aber die von der KP Chinas bisher bevorzugte offizielle „ML"-Partei.
- Aus Großbrittanien war nur der Vertreter einer **„Schottischen Arbeiterpartei (ML)"** erschienen. Es f e h l t e jedoch die offiziell von der KP Chinas anerkannte „Revolutionary Communist League of Britain", der bei weitem bedeutendste Zusammenschluß der britischen Vaterlandsverteidiger.

Ebenfalls nicht repräsentiert waren die relativ alten und starken vaterländischen „ML"-Parteien von Schweden, Norwegen, Belgien; sowie die Vaterlandsverteidiger Österreichs, der Schweiz, der Niederlande ...

Im Wesentlichen handelt es sich bei den in Lissabon beteiligten „ML"-Kräften also um die vier zuerst genannten Parteien, ergänzt durch ein paar mehr oder weniger bedeutungslose Grüppchen aus anderen Ländern, die für die „ML"-Scene ihre Länder nicht repräsentativ sind. **Dies kann man wohl nur so interpretieren, daß das Lissabonner Unternehmen selbst hartgesottenen Vaterländlern wie der PCMLF (Frankreich) oder der PCMLB (Belgien) „zu heiß" erschien.**

Von den vier zuerst genannten „ML"-Parteien bilden die PCP/ML und die „KPD" **die feste Achse dieses Blocks**. Beide Organisationen bestehen schon relativ lange und stehen auch schon seit Jahren zueinander in Kontakt. Anders hingegen die ORT und die PCUd'I:

- Die spanische ORT besteht zwar ebenfalls schon seit langem, jedoch früher als eine eher ‚undogmatische' Organisation. Erst in der Zeit seit dem Hua-Putsch (6. Oktober 1976) ist die ORT ins vaterländische Lager abgedriftet, wo sie sich dann – wahrscheinlich unter dem sehr starken Einfluß der PCP/ML – dem rechten Flügel anschloß.
- Die PCUd'I besteht unter diesem Namen erst seit Mai 1977 – als Zusammenschluß der früheren OCI(ML) mit drei kleineren Gruppen. PCUd'I Chef (früherer OCI(ML)-Chef) **Oswaldo Pesce** war Mitbegründer der ersten italienischen „ML"-Zirkel Anfang der 60er Jahre und der ersten italienischen „ML"-Partei PCd'I(ml) 1966. Von dieser trennte er sich um 1970. Pesce ist in seinen Anschauungen immer recht schillernd gewesen; stramm vaterländisch entwickelte allerdings auch seine Organisation sich erst nach dem Hua-Putsch.

Immerhin scheint sich aber die PCUd'I in dieser Zeit soviel Prestige in einschlägigen Kreisen erworben zu haben, daß Oswaldo Pesce als e i n z i g e r nicht potugiesischer „ML"er dem Präsidium der Lissabonner Konferenz angehören durfte.

Die recht magere „ML"-Beteiligung an der Lissabonner Konferenz läßt daruf schließen, daß es bisher noch selbst in der pro-chinesischen „ML"-Strömung erhebliche Widerstände gegen die vollständige Durchsetzung des harten vaterländischen Kurses gibt – insbesondere anscheinend bei alten Parteien wie PCMLF PCMLB und den skandinavischen Parteien, wahrscheinlich erklärt es sich aus diesen Schwierigkeiten, wenn plötzlich neue Grüppchen in Peking zu Ansehen gelangen, von denen bisher kaum ein Mensch gehört hatte – wie etwa eine kuriose **„Marxistisch-Leninistische Bewegung Belgiens"**, der im Juli d. J. ein Empfang in Peking beschert wurde, und die anscheinend als Konkurrenz zur PCMLB protegiert werden soll.

Um sich aus der Verlegenheit zu winden, in die sie sich mit ihrer Beteiligung an der „Lissabonner Konferenz" selbst gebracht hat, setzt die „KPD"-Spitze auf offensive Unverschämtheit. So schreibt sie über unsere bisherigen Veröffentlichungen zur „Lissabonner Konferenz":

**„KB läuft Amok"**. Dem KB sei *„jedes Mittel recht, insbesondere Methoden, die von der D'K'P her bestens bekannt sind, nämlich mit Dreck zu schmeissen und zu hoffen, daß schon irgendetwas hängenbleiben wird... Nun ist natürlich dem KB die Haltung unserer Partei zur Lissabonner Konferenz wohlbekannt, sie wurde des öfteren in der ROTEN FAHNE dargestellt, spekuliert werden soll hier aber auf das Nichtwissen der Öffentlichkeit"* (zit. aus „Rote Fahne", 23.8.78).

Angesichts der Tatsache, daß die „Rote Fahne" bis heute sogar den Teilnehmerkreis der „Lissabonner Konferenz" vor ihren Lesern geheimhalten möchte, ist der Hinweis auf das „Nichtwissen der Öfentlichkeit" wirklich ein gelungenes Späßchen. **Wir sind im übrigen selbstverständlich b r e n n e n d daran interessiert, daß die Haltung der „KPD" zur „Lissabonner Konferenz" möglichst b r e i t in der demokratischen Öffentlichkeit bekannt wird. Dafür würden wir auch gern den AK zur Verfügung stellen!**

Aber die „KPD"-Spitze weiß schon, warum sie selbst j e t z t wieder in der „Roten Fahne" zwar behauptet, ihre Haltung sei „wohlbekannt" – aber k e i n Wort sagt, welches denn nun eigentlich ihre Haltung zur „Lissabonner Konferenz" ist. Zitieren wir's also nochmals aus der „Roten Fahne" vom 31. Mai: **„Der Versuch der Lissabonner Konferenz, verschiedene politische Kräfte an einen Tisch zu bringen, ... war ein positiver Ansatz"**. Und wie soll dieser „positive Ansatz" (mit CDU-Leuten etc.!) nun fortgeführt werden?

## Die „Liga" ist gesprächiger!

Erheblich informativer als die bisherigen schmalen Bemerkungen der „Roten Fahne" zur „Lissabonner Konferenz" ist bemerkenswerter Weise die **„Internationale Solidarität"**, das Organ der „KPD"-eigenen **„Liga gegen den Imperialismus"**. So erwähnt die IS in ihrer Juli/August-Ausgabe die bürgerlichen Teilnehmer aus der BRD, samt Organisationszugehörigkeit, und verschweigt lediglich die Teilnahme der „MLD". Es wird angekündigt, daß demnächst die Dokumente der „Lissabonner Konferenz" – Resolutionen, Reden etc. – bei der IS bestellt werden können!

Im Kommentar der IS (Juli/August) zur „Lissabonner Konferenz" heißt es: **„Auf der Konferenz waren sehr unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kräfte vertreten, mit zum Teil gegensätzlichen ideologischen Grundpositionen. Es bestand aber darin Einheit, daß man Mittel und Wege suchen muß, um der Bedrohung der Völker Europas und der Welt durch die ständige Aufrüstung und Kriegspolitik der heutigen Kremlführer wirkungsvoll begegnen zu können ... Einmütig waren die Teilnehmer der Meinung, daß die Verbrechen der Kremlführer, ihr Streben nach Weltherrschaft und ihre Kriegstreiberei verstärkt entlarvt werden müssen. Einmütig war der Wille, die eigenständigen Kräfte der europäischen Völker und Länder zu stärken, um sich gegen die wachsenden Bedrohungen durch den russischen Sozialimperialismus wehren zu können.**

**Nicht übereinstimmend geklärt wurden die Fragen, wie das Verhältnis zur anderen Supermacht, dem USA-Imperialismus, aussehen soll und wie der Zusammenschluß mit der Dritten Welt gestaltet werden soll. Diese Fragen bedürfen in Zukunft einer ausführlichen Diskussion".**

Deutlich ist der Unterschied im Verhalten zwischen „Liga" und „KPD": Die „Liga" bekennt sich viel direkter und redseliger, auch unter offener Nennung ihrer Gesprächspartner von CDU etc., zu der hier eingeschlagenen Bündnispolitik, während die „KPD" immer noch nicht recht Farbe bekennen möchte. Es paßt ins Bild, daß Willi Jasper (Vertreter der „KPD") die „Lissabonner Konferenz" vorzeitig verließ, und damit der Peinlichkeit entkam, zu den Resolutionen Stellung zu nehmen (in der Hauptresolution wurden u.a. die westeuropäischen Staaten aufgefordert, im „Kampf gegen den Terrorismus" enger zusammenzuarbeiten!); demgegenüber hat Rudolf Heinrichs (Vertreter der „Liga") nach Angaben der „MLD" an der Abstimmung über die Resolutionen teilgenommen – wozu ja auch paßt, daß die Texte der Resolutionen jetzt bei der „Liga" bestellt werden können.

**Ob es bei diesen seltsamen Geschichten um echte Meinungsverschiedenheiten zwischen der „KPD"-Spitze und ihren Leuten in der „Liga" geht, oder ob einfach nur politische Arbeitsteilung betrieben wird, muß sich noch herausstellen.**

# Leserbrief zu „Hilfe, die Kubaner kommen!" (AK Nr. 136)

Ehrlich Jungs, jetzt reicht's. Der AK zählt nicht zu Unrecht bei vielen Linken als bisher beste linke Zeitung mit dem breitesten Informationsangebot. Jedoch gegen diesen Artikel muß ich die schärfsten Einwände in jeder Hinsicht geltend machen: erstens ist es ein Unding, 1 1/2 Seiten AK für altbekannte Propagandageschichten der bürgerlichen Presse zu verschwenden - und dies nicht, um sie etwa zu widerlegen (was auch in keinem Punkt geschehen ist; als einzige Tatsache ist aufgezeigt, daß sie sich widersprechen), sondern um ironisch zu kommentieren, lächerlich zu machen. Die beste Methode, Propagandalügen zu begegnen, ist immer noch, sie knallhart zu widerlegen! Nun, fehlten den Autoren die Fakten dazu, so wäre es besser, erst gründlich zu recherchieren. Oder hatten sie etwa ein anderes Problem? Vielleicht dieses, was aber mit keinem Wort in dem Artikel erwähnt wird: daß sich tatsächlich z.B. NVA-Soldaten und Volkspolizisten in der VR Südjemen aufhalten und dort auch gegenüber jedermann Polizeifunktion ausüben? Daß zumindest sowjetische und kubanische Soldaten an der äthiopischen Ogaden-Offensive teilnahmen und vor allem modernes Kriegsgerät (sprich Massenvernichtungsmittel) selbst bedient haben, was durch ihre Gefangennahme durch die WSLF bewiesen ist. Ebenfalls wurde die äthiopische Armee mit modernsten Waffen aus der SU beliefert; über eine Luftbrücke wird täglich Nachschub für die laufende Offensive aus der SU herangeschafft. Dies geht eindeutig aus Berichten der eritreischen Befreiungsbewegungen hervor und ist auch durch Filme, Fotos usw. belegt.

Diese Beispiele sollen genügen, um auf das eigentliche Problem hinzuweisen: Sozialistische Länder (in diesem Fall vor allem die SU, DDR und Kuba) unterstützen sowohl Befreiungsbewegungen in der 3. Welt (MPLA) als auch diktatorische Staaten (Äthiopien, vorher Somalia), wobei sich diese Unterstützung im Fall von Äthiopien direkt gegen sich im Befreiungskampf befindliche Völker richtet (Eritrea, Ogaden). Wie nicht erst seit Angola und Vietnam bekannt ist, muß diese brüderliche Waffenhilfe mit Zinsen, Stützpunkten und Rohstoffen zurückgezahlt werden. Ist das nicht derselbe Neokolonialismus, wie er von den USA und europäischen Staaten betrieben wird? Wenn man einmal von den unterschiedlichen Ideologien absieht, mit denen er gerechtfertigt wird und nur die Folgen bei den betroffenen Völkern ansieht?

Ich bin jedenfalls davon überzeugt, daß es für einen eritreischen Bauern einerlei ist, wer die Helfer seiner Unterdrücker sind; fest steht nur sein Wunsch, beide zu vernichten bzw. aus dem Land zu werfen, um endlich frei zu sein.

In diesem Sinne betrachte ich diesen Artikel als zynisch, politisch falsch (weil unklar, beschäftigt sich nur mit dem Nebenproblem, wie kapitalistische Länder ihre Bevölkerung zu verschaukeln versuchen, ohne das eigentliche Problem auch nur zu nennen, ohne Konsequenzen zu ziehen und j e d e s Verbrechen zu denunzieren, gleich welcher Herkunft), und wenn man so will als "linken Bildzeitungs-Journalismus", den ihr nicht nötig habt!

Ich bitte um Abdruck und Stellungnahme. Auf einen besseren AK – mit breiter, linksöffentlicher Diskussion und vielen Leserbriefen! Solidarische Grüße!

**B., Frankfurt**

## Antwort der Redaktion

Die Kritik des Genossen B. geht leider an der Sache vorbei, denn **im AK ist mehrfach klar gegen die Rolle der Sowjetunion und Kubas in Äthiopien Stellung genommen worden, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem eritreischen Befreiungskampf.**

Es ist indessen eine totale Unterschätzung des BRD-Imperialismus, wenn Genosse B. die imperialistische Kriegspropaganda, die bespielsweise mit den "Kubanern in Afrika" betrieben wird, ausdrücklich zum N e b e n p r o b l e m (wörtlich!) erklärt. **Für u n s ist die imperialistische Propaganda, mit der die Werktätigen unseres Landes auf neue imperialistische Eroberungskriege eingestimmt werden sollen, selbstverständlich kein "Nebenproblem", sondern ein H a u p t p r o b l e m.**

Für uns geht es im Fall der "Kubaner in Afrika", ebenso wie bei den schon legendären Geister-"Stützpunkten" der Sowjetunion, der "Roten Flotte", der "Blitzkriegs"-Gefahr usw. usw. d a r u m, die M e t h o d i k zu entlarven, mit der die Imperialisten (und in ihrem Trott Gruppen wie die "KPD" und der KBW!) ihre L ü g e n , phantastischen Übertreibungen usw. unter's Volk zu bringen versuchen. Dem Genossen B. fällt zu diesem Thema anscheinend nichts Besseres ein als die bekannte Argumentation von "KPD" und KBW: "Ob die Zahlen etc. stimmen, weiß ich ja nicht. Aber d a ß kubanische Soldaten in Afrika sind, könnt ihr doch auch nicht leugnen." Soll heißen: die imperialistische Lügenpropaganda wird nicht einmal mehr kritisch hinterfragt, weil ein "wahrer Kern" ja schließlich wohl dran ist. So macht man sich zum Gefangenen der imperialistischen Propaganda, die ja nebenbei auch noch "altbekannt" (also keiner kritischen Beschäftigung mehr wert?) sei.

Die Forderung des Genossen B., wir sollten lieber erst einmal "die Fakten gründlich recherchieren", geht in dieselbe Richtung. Meint er denn, daß der KB jetzt seine Leute in alle Winkel Afrikas schicken müßte, wo der südafrikanische Geheimdienst oder irgendein in Nöten geratener Marionetten-Potentiat wieder einmal "Kubaner" entdeckt hat? Oder sollen wir jemanden zum Kubaner-Zählen nach Äthiopien schikken?! ... Oder meint er gar, wir müßten eben - da uns derartige "Recherchen" selbstverständlich nicht möglich sind - zur imperialistischen Kriegspropaganda s c h w e i g e n?

Wir sind - zwangsläufig - bisher stets im Wesentlichen s o vorgegangen, daß wir den Unsinn, die totale Lügenhaftigkeit und Beliebigkeit dieser Erzählungen aus den Widersprüchen und Sprüngen der imperialistischen Propaganda und der bürgerlichen Medien s e l b s t aufgezeigt haben. Ebenso haben wir - so auch wieder in dem Artikel über die "Kubaner in Afrika" - an Einzelbeispielen nachgewiesen, wie diese Propaganda-Lügen direkt der neokolonialistischen Politik in Afrika dienen sollen. Genosse B. fragt nach den Bauern in Eritrea. Gut. Aber fragt er z.B. auch nach den Bauern und Werktätigen Zaires, die von den französischen Fremdenlegionären mit Billigung und Beifall der chinesischen Führung im Zeichen des "Kampfes gegen den sowjetischen Hegemonismus" abgeschlachtet wurden - **unter dem e r l o g e n e n Vorwand einer "kubanischen Invasion"?!**

c

# Stellungnahmen zur AK-Konzeption

## Aus der Sicht des AK-Redakteurs

Bei den bisherigen — schon sehr zahlreichen — Diskussionsbeiträgen überwiegt die Meinung, den AK im wesentlichen so zu lassen, wie er heute ist. Daneben gibt es jedoch eine mir gefährlich erscheinende Tendenz, zu der ich hier meine Meinung sagen möchte. Ein paar Zitate sollen zunächst verdeutlichen, worum es geht:

— ,,*Meiner Ansicht nach ist eine der derzeitigen größten Schwächen des AK, daß die überwiegende Anzahl der abgedruckten AK-Artikel auf einem niedrigen Niveau liegen. Das heißt meiner Ansicht nach konkret, daß viele Artikel oft kaum über den Stand der reinen Nachrichten bzw. Fakten hinauskommen. Es werden oft nur die Fakten dargestellt, ohne sie in einen politischen Zusammenhang zu stellen, um daraus eine politische Ausrichtung zu ermöglichen, soweit das möglich ist*''. (R., Druckbereich Hamburg, AK 136, Seite 38).

— ,,*Der AK hatte in der Vergangenheit u.a. die Funktion übernommen, reines Informationsmaterial an die interessierten und aktiven Leser aus dem Anti-AKW-, Antifa-, Gewerkschafts-, Internationalismus-Bereich usw. zu liefern. Die hundertfachen Einzelinformationen, die teilweise ein- und denselben gesellschaftspolitischen Aspekt treffen, werden im AK heute oftmals einfach nebeneinander abgedruckt, anstatt zusammengefaßt dazu genutzt, eine Frage allseitig zu beleuchten, daran eine politische Einschätzung zu entwickeln und die nächsten Aufgaben zu bestimmen. Auffällig war dieser Mangel in letzter Zeit im Antifa-Teil, Anti-AKW-Teil (außer Wahlen) und Betrieb und Gewerkschaft. Die Fülle reiner Informationsartikel könnte m.E. rausfallen; sie behindert auch den Blick für die wesentlichen Fragen*'' (F., Druckbereich Hamburg).

— ,,*Was mir verstärkt in letzter Zeit am AK aufgefallen ist: daß die festen Rubriken einen sehr breiten Überblick über viele Dinge geben, also informativ sind, aber die politische Ausrichtung (was ist jetzt auf dem Gebiet die zur Zeit politisch wichtigste Frage) kaum mehr deutlich wird. Dies*
*Überblick über viele Dinge geben, also informativ sind, aber die politische Ausrichtung (was ist jetzt auf dem Gebiet die zur Zeit politisch wichtigste Frage) kaum mehr deutlich wird. Dies*
*gilt z.B. für die Antifa-Seiten. Bei anderen Rubriken, z.B. Betrieb und Gewerkschaft, fehlen größtenteils auch politisch richtungsweisende Artikel... Ich bin deshalb für eine straffere politische Ausrichtung des AK und dafür, ausführliche, breite Darstellungen zu einer Frage mittels gesonderter Broschüren etc. herauszugeben. Meiner Meinung nach muß der AK ein Organ sein, das die in der BRD bzw. ihrer Linken geführten wesentlichen Debatten zusammenfaßt und die Position des KB dazu entwickelt, um hier eine politische Ausrichtung vorzunehmen. Gleichzeitig sind natürlich auch exemplarische Enthüllungen etc. wichtig, die aber eben beispielhaften Charakter haben sollten, anhand derer wir unsere Position deutlich machen. Diese ,Politisierung' des AK ist m.E. auch unter dem Anspruch wichtig, den AK als Mittel zum weiteren nationalen Aufbau der Organisation zu sehen*'' (K., Druckbereich Hamburg).

Diesen Standpunkten der Genossen möchte ich entgegenhalten:

1. Meiner Meinung nach macht es gerade die S t ä r k e unseres AK aus, daß er eine Fülle von ,,reinen'' Informationen zu den verschiedensten politischen Aspekten bietet, o h n e in jedem Falle die Sauce unserer ,,politischen Einschätzung'' darüber zu kippen und ohne a n s t e l l e vieler Detailinformationen sogenannte ,,politische Gesamteinschätzungen'' zu bringen. Die Mehrheit der Menschen, die heute aktiv für Demokratie und sozialen Fortschritt hierzulande eintreten, sind keine Kommunisten. Sie greifen zum AK n i c h t, um zu allen möglichen Angelegenheiten den ,,Standpunkt der Kommunisten'' zu erfahren, sondern wegen des Reichtums an Informationen, die sie als Rüstzeug für ihre eigene politische Arbeit schätzen. Es fällt doch auf, daß BIler, Liberale, Sozialdemokraten, Spontis u.a. zwar häufig mit dem KB als Organisation wenig im Sinn haben, aber doch den AK als wichtiges Hilfsmittel und eigentlich als unentbehrliches ,,Nachrichtenmagazin'' in der linken scene schätzen.

Es liegt meiner Meinung nach auf der Hand, daß wir auch die Wieder-Steigerung der Auflage unseres AK n u r erreichen können, wenn wir gerade d i e s e Funktion des AK (unentbehrliches ,,Nachrichtenmagazin'' für jeden auf unserer Seite der Barrikade aktiven Menschen) systematisch a u s b a u e n, also für andere Bereiche, wo der AK bisher inhaltlich noch zu schwach ist (ich denke da an Frauen, Kultur oder Betrieb und Gewerkschaft) m e h r Information und Diskussion anbieten. Folgt man hingegen der gegenläufigen Tendenz, ,,*den AK als Mittel zum weiteren nationalen Aufbau der Organisation zu sehen*'' (K.), so sollte man sich nicht wundern, wenn die Auflage nicht bloß weiter sinkt, sondern allmählich in Richtung unserer Mitgliederzahl schrumpft.

**2. Es gibt meiner Meinung nach überhaupt nichts, was heutzutage p o l i t i s c h e r ist als die allseitige Information, die ,,Verbreitung unterdrückter Nachrichten'', und dies eben nicht i r g e n d w o, sondern in der Zeitung des KB, unserer Organisation.** AK als Linke Tageszeitung

Dabei gehe ich natürlich davon aus, daß wir nicht beliebige Informationen bringen, sondern g e z i e l t Informationen anbieten, die bestimmte Aspekte dieser Klassengesellschaft immer wieder beleuchten. So arbeiten wir beispielsweise durch gezieltes Sammeln und Vermitteln von I n f o r m a t i o n e n nachvollziehbar unsere konkrete E i n s c h ä t z u n g heraus: Der bürgerliche Staat schont und schützt die Neonazis. Das überzeugt hundertmal mehr als jedes allgemeine Gerede von Faschisierung. Womit ich beileibe nichts gegen Theorie sagen will. Es ist ja kein Zufall, daß der KB beispielsweise als erste linke Organisation in der BRD schon 1970/71 eine geschlossene These der Faschisierung von Staat und Gesellschaft entwickelte, daß er früher als irgendeine andere linke Organisation eine umfassende Analyse der chinesischen Außenpolitik vorlegte (nämlich
Faschisierung von Staat und Gesellschaft entwickelte, daß er früher als irgendeine andere linke Organisation eine umfassende Analyse der chinesischen Außenpolitik vorlegte (nämlich
schon im Herbst 1973, also vor bald fünf Jahren). Ebenso hat sich der KB jahrelang so ziemlich als einzige linke Organisation gegen die zeitweise recht weit verbreiteten super-optimistischen Aufschwung-Thesen (,,Die Massen wollen nach links'') gewendet und auf die Langfristigkeit unseres Kampfes orientiert (,,Warm anziehen'').

Und warum das alles? Doch nicht, weil beim LG oder der AK-Redaktion eine Glaskugel steht, in die wir tiefe Blicke auf die Zukunft werfen! Sondern weil wir — längst nicht ausreichend, aber unter den Blinden ist schon mal der Einäugige König! — einigermaßen dem Prinzip des Genossen Mao gefolgt sind: ,,*Die Wahrheit in den Tatsachen suchen*'', oder wie Lenin wohl sagte: ,,*Konkrete Analyse der konkreten Situation*''.

Übrigens: Wenn der AK heute ganz gern auch von Liberalen, Jusos, Genossen anderer ,,K-Gruppen'', Spontis u.a. gelesen wird, dann dient das ja keineswegs n u r der Förderung unserer verkauften Auflage, sondern noch wichtiger ist eigentlich das gewisse Maß an Vertrauen und Zusammenarbeit, das wir uns damit oft eher erwerben als mit unserer (vielleicht nicht immer so ganz korrekten) Politik. Es ist also ein Hebel unserer Bündnispolitik und letzten Endes auch ein überhaupt nicht hoch genug einzuschätzender Schutzwall bei drohender Illegalisierung, bei Prozessen usw. Was wir darüber hinaus anstreben müßten:

**daß für Menschen, die in Betrieb und Gewerkschaft aktiv sind, der AK ebenso informativ, attraktiv und wichtig wird wie beispielsweise für den antifaschistischen Kampf.**

3. Wenn gerade der Antifa-Teil von den zitierten Genossen als Beispiel für das ,,niedrige politische Niveau'' des AK angeführt wird, kennzeichnet das recht gut die Position dieser Genossen. Tatsächlich ist der Antifa-Teil heute d e r Bereich im AK, wo wir (abgesehen von bestimmten Spezialitäten im Internationalismus-Ressort, beispielsweise der OTRAG-Sache) heute tatsächlich k o n k u r r e n z l o s dastehen, was den Umfang unserer Recherchen, Untersuchungsarbeiten und Veröffentlichungen angeht. Aus den Veröffentlichungen der letzten Monate möchte ich zwei Komplexe herausheben, nämlich ,Nazi-Banden und NPD' und ,Ausbau des Polizeistaat-Apparats' (,Neue Gestapo'). Es ist doch der blanke Unsinn, wenn behauptet wird, hierzu seien im AK nur eine Fülle von quasi ,,unpolitischen'' Informationen geliefert worden. Zu beiden Themen-Komplexen sind immer wieder z u s a m m e n f a s s e n d e Artikel im AK erschienen, die selbstverständlich auch grundlegende Einschätzungen enthielten bzw. ermöglichten.

Das Problem ist doch vielmehr, daß mit diesem Angebot an Information und Zusammenfassungen von unserer Organisation bisher viel zu wenig politisch g e a r b e i t e t wird, und schon die Artikel gar nicht mehr gelesen werden. Es gibt eine ganze Reihe demokratischer Journalisten etc., die mit diesem von uns gelieferten Material weißgott viel mehr anzufangen wissen als viele unserer eigenen Genossen!

4. Ich sehe einen Zusammenhang zwischen dem Ruf nach mehr ,,Einschätzungen'' einerseits und der gewissen Abqualifizierung von ,,nur''-informativen Artikeln andererseits. Dabei ist es doch ganz einfach: Wer einschätzen will, b r a u c h t Informationen. Je mehr Informationen, umso genauer kann die Einschätzung werden. D i e Genossen unserer Organisation, die es gelernt haben, umfassendere Einschätzungen auszuarbeiten und niederzuschreiben, sind nach aller bisherigen Erfahrung gerade diejenigen, die sich ihr Handwerkzeug im harten Umgang mit Fakten und Details erworben haben. Unter diesem Blickwinkel finde ich es allerdings sehr bedenklich, wenn Genossen zwar nicht mit dem Informations-Material des AK arbeiten (oder es gar als quasi "unpolitisch" abqualifizieren), dafür aber ,,mehr Einschätzungen'' lesen wollen. Steckt dahinter nicht eine Tendenz, sich Standpunkte nicht mehr selbst zu er-
ten (oder es gar als quasi "unpolitisch" abqualifizieren), dafür aber ,,mehr Einschätzungen'' lesen wollen. Steckt dahinter nicht eine Tendenz, sich Standpunkte nicht mehr selbst zu er-
arbeiten, sondern sie sich tafelfertig im AK servieren zu lassen?

**5. Ja, ich würde auch gern m e h r umfassende Einschätzungen, zusammenfassende Artikel usw. im AK lesen, n e b e n der Detail-Information. Aber unser Problem ist doch: W E R schreibt uns das?!...**

Es gibt insgesamt im KB unheimlich wenig Genossen, die solche Artikel schreiben können/wollen bzw. sich das zutrauen. Unter diesen konkreten Bedingungen sehe ich die Forderung nach ,,mehr Einschätzungen'' im AK eigentlich als eine Anmache an. Aus meiner eigenen Erfahrung meine ich, daß der akute Mangel an Genossen, die uns solche ,,qualifizierteren'' Artikel schreiben, einerseits zwar mit der praktischen Überlastung der meisten qualifizierten Genossen zusammenhängt; daß er daneben aber auch etwas zu tun hat mit einer weit verbreiteten Abneigung gegen gründliche Untersuchungsarbeit und einer Verachtung des Sammelns und Vermittelns konkreter Informationen.

**Die Voraussetzung für mehr EINSCHÄTZUNG im AK ist eben MEHR KONKRETE INFORMATION!**

6. Hierzu gehört auch die Tatsache, daß immer noch viel zu wenige Genossen die Untersuchungsarbeiten unserer Kommissionen unterstützen, obwohl es viele Möglichkeiten gibt, z.B. Nazi-Flugblätter, Fotos, lokale Zeitungsmeldungen usw. zu sammeln und über die Zentrale an die Untersuchungsbereiche zu bringen. Da kann sich eigentlich j e d e r Genosse unserer Organisation irgendwie dran beteiligen. Warum klappt heute denn nicht einmal so eine minimale Selbstverständlichkeit, daß die Ortsgruppen v e r b i n d l i c h für die Auseinandersetzung wichtige örtliche Flugblätter etc. anderer linker Organisationen an die Zentrale bringen? Wie kann es passieren, daß manche Genossen zwar ganz hektisch werden und halb ausflippen, wenn sie irgendwo auf einen Nazi stoßen, aber vielfach gar nicht daran denken, daß darüber u n b e d i n g t und s o f o r t ein sehr konkreter Bericht (wer — wann — wo — was?...) an die Antifa-Kommission gebracht werden muß?

Im zweiten Teil meiner Stellungnahme möchte ich etwas zu den Vorschlägen des Genossen Klaus (SSB) sagen, die in diesem AK abgedruckt sind. Ich habe mich subjektiv über diese Vorschläge sehr geärgert, weil sie meiner Meinung nach ein Musterbeispiel für praxisfernes Herangehen sind. Vielleicht eignen sie sich aber gerade deshalb, um ein paar Bemerkungen zur Arbeitsweise der AK-Redaktion zu machen (hier empfiehlt es sich, vor dem Weiterlesen erst einmal die Stellungnahme von Klaus zu lesen):

1. Die eigentliche Arbeit der Redaktion fällt jeweils auf die Tage Donnerstag bis einschließlich Sonntag (alle 14 Tage). In dieser Zeit ,,trudeln'' so nach und nach (in vorher nicht zu übersehender Reihenfolge und Häufung) die Artikel-Manuskripte ein. Diese Manuskripte müssen dann redaktionell bearbeitet werden. Das heißt: reine Rechtschreib-Korrekturen, stilistische Verbesserungen, Kürzungen, oft auch noch Umschreiben von verunglückten Artikeln, Zusammenschreiben von mehreren Artikeln zum selben Thema. Hinzu kommen noch Artikel, die wir in dieser Zeit selbst schreiben. Aus meiner Sicht sind für die beteiligten Genossen die Tage Donnerstag bis Sonntag (alle 14 Tage) knallvoll mit diesen redaktionellen Arbeiten, was auch einen erheblichen Streß bedeutet.

**K e i n e r von uns hat auch nur ansatzweise diese Art von redaktioneller und journalistischer Arbeit g e l e r n t. Trotzdem glaube ich, daß es selbst für b e r u f s m ä s s i g e (gelernte) Leute ein harter Brocken wäre, alle 14 Tage eine Zeitung dieses Formats auf den Markt zu bringen.**

2. Klaus schlägt vor, Vollzeit-Redakteure einzurichten, also die Genossen der Redaktion bzw. einen Teil dieser Genossen von allen anderen Arbeiten freizustellen.
2. Klaus schlägt vor, Vollzeit-Redakteure einzurichten, also die Genossen der Redaktion bzw. einen Teil dieser Genossen von allen anderen Arbeiten freizustellen.

Dieser Vorschlag berücksichtigt nicht die Häufung der redaktionellen Arbeiten an praktisch nur drei bis vier Tagen alle zwei Wochen. Diese drei bis vier Tage wiederum sind s o knallvoll mit redaktionellen Arbeiten, daß eine beträchtliche Zahl von Genossen an d i e s e n Tagen praktisch den Job von Vollzeit-Redakteuren m a c h t. Andererseits sind es elf bis zwölf Tage, wo kaum redaktionelle Arbeiten anfallen. Was soll da ein Team von Vollzeit-Redakteuren!? Ein solches Team wird jeweils an drei bis vier Tagen gebraucht und wäre an den übrigen Tagen unterbeschäftigt.

3. Die reale Häufung der redaktionellen Arbeiten an praktisch drei bis vier Tagen alle zwei Wochen läßt sich nur t e i l w e i s e durch eine breitere Streuung des Eingangs der Manuskripte über die gesamte 14tägige AK-Periode auflösen. Zwar kommt es oft vor, daß ein Artikel, der schon am Donnerstag hätte vorliegen können, erst am Sonnabend eintrifft. Aber das ändert an der Arbeitshäufung der Redaktion an jenen drei-vier Tagen nicht so sehr viel, sondern berührt eher die Kapazitäten und Möglichkeiten am Composer und dann im Layout.

**Generell entspricht es den Erfordernissen einer einigermaßen aktuellen Zeitung, daß die meisten Artikel-Manuskripte erst ab Donnerstag und in den Tagen danach ,,eintrudeln''.**

4. Zugestandenermaßen wird die redaktionelle Arbeit ziemlich durch anarchistische Zustände in der Artikel-Produktion beeinträchtigt. Als da sind: Artikel kommen später als verabredet; zugesagte Artikel kommen gar nicht; Artikel sind mißglückt und müssen umgeschrieben werden; Artikel entsprechen nicht dem verabredeten Thema bzw. Stoßrichtung u.a.m. — An diesen Zuständen, die die Situation unserer Organisation widerspiegeln (die übrigens in dieser Hinsicht gar nicht einmal s o schlecht ist, wenn man sich das Ergebnis — den AK — ansieht!), könnten auch Vollzeit-Redakteure kaum etwas ändern. Oder wie sollen diese plötzlich bewirken, daß alle Artikel pünktlich kommen, daß alle Artikel auf Anhieb gelungen sind usw. usf.? Wenn wir d a s erreichen wollen, brauchen wir keine Vollzeit-Redakteure, sondern Z a u b e r e r!

**5. Das Rubriken—, Kommissions— und Ressortwesen ist D A S ,,Geheimrezept'' für den doch immerhin nicht gering zu schätzenden Erfolg unserer Zeitung.**

Dem Genossen Klaus, der dies seltsamerweise nicht zu wissen scheint, sei noch folgendes verraten: S e l b s t v e r s t ä n d l i c h wird schon heute die Kommissions-Arbeit von den Genossen der Redaktion während der gesamten AK-Periode in gewissem Ausmaß begleitet und beraten, werden die zu schreibenden Artikel vorher diskutiert usw. Auch eine längerfristige Artikelplanung g i b t es schon. Klar ist allerdings, daß keine Macht der Welt für eine Zeitung wie diese ein ,,*vollständiges Konzept für den AK*'' einfach ausarbeiten und seine Durchführung a n o r d n e n kann. Wir haben es mit M e n s c h e n zu tun, die bestimmte Fähigkeiten haben, die gute und schlechte Arbeitsform haben und die bei ihren qualifizierten Untersuchungsarbeiten natürlich a u c h ihren eigenen Interessen und Neigungen folgen. Um eine ,,*Zeitung aus einem Guß*'' zu machen, müßten wir erst diese ,,real-existierenden'' Menschen durch Maschinen ersetzen.

**Übrigens würde es mich wirklich mal interessieren, welche Figur professionelle, gelernte Journalisten und Redakteure bei der AK- Erstellung abgeben würden!**

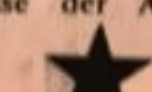
Die bisherige Erfahrung ist jedenfalls, daß von gelernten Journalisten (die es ja auch im KB gibt oder gab) keineswegs d a s geboten worden ist, was man sich von ihrer Ausbildung etc. her eigentlich für den AK hätte erhoffen können.

6. Klaus widerspricht sich selbst, wenn er zwar die vollständige Freistellung der Redakteure von sonstigen Arbeiten fordert, dann aber doch davon spricht, daß die Redaktions-Genossen bis zu einem bestimmten
6. Klaus widerspricht sich selbst, wenn er zwar die vollständige Freistellung der Redakteure von sonstigen Arbeiten fordert, dann aber doch davon spricht, daß die Redaktions-Genossen bis zu einem bestimmten
Grad in den Kommissionen ,,drinstecken'' müßten. Dieses ,,Drinstekken'' indessen ist doch von politischer Anleitung gar nicht zu trennen. Nimmt man zudem Gebiete wie ,,Frauen'', ,,Kinder'' oder ,,Betrieb und Gewerkschaft'', so ist die notwendige Verbindung zwischen redaktioneller Anleitung und politischer Anleitung offensichtlich. Nehmen wir das Beispiel ,,Frauen'': Wenn von den Artikeln der Frauen-Seiten im AK eine gewisse politische Anleitungs-Funktion erwartet wird, m u ß der zuständige Redaktionsgenosse selbstverständlich bis zu einem gewissen Grad auch in der Frauen-Arbeit ,,drinstecken''. Wie soll er sonst (wie von Klaus gefordert!) Hilfestellungen geben, gar konzeptionell den Frauen-Teil des AK bestimmen und überwachen? Gerade w e i l Klaus d a m i t recht hat, daß die Redaktionsgenossen bis zu einem gewissen Grad in den Kommissionen ,,drinstecken'' und diese politisch anleiten müssen, m ü s s e n bei uns die Redaktionsfunktionen teilweise auch mit politischen Anleitungsfunktionen zusammengehen.

**7. Ich meine, daß zum Erfolg unserer Zeitungsarbeit wesentlich beigetragen hat, daß Zeitungsarbeit bei uns vom ersten Tag an auch Leitungsarbeit war, daß also LG und Redaktion teilweise identisch sind, daß ein großer Teil unserer anleitenden Genossen ,,nebenbei'' auch noch in den Kommissionen mitarbeitet und Artikel schreibt.**

8. Ganz sicher könnten Artikel im Vorfeld der Endredaktion besser vordiskutiert und ,,betreut'' werden, wenn die Redaktionsgenossen von einigen anderen Arbeiten freigestellt würden. Nur: Das würde eine nicht unerhebliche Erweiterung unseres freigestellten Personals zur Voraussetzung haben. Frage: Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?!...

**Ein Genosse der AK- Redaktion**



Erstmal zu den Ursachen der stark gesunkenen Auflage des AK; hier laßt Ihr verschiedene Möglichkeiten einfach gleichgewichtig nebeneinander stehen:
– „Objektive Schwierigkeiten, heute eine kommunistische Zeitung massenhaft zu verkaufen, was sich heute stärker bemerkbar macht als vor fünf Jahren".
– „Ein starkes Absinken der Verkaufseinsätze", als Folge „ausbleibender Erfolgserlebnisse" und des „allgemeinen Zustands der Organisation".
– „Spezielle Schwierigkeiten, die sich aus dem derzeitigen Erscheinungsbild des AK ergeben (viel zu dick, zu hoher Preis, zu wenig ansprechend für breiteren Verkauf)".

Stimmt, die gesellschaftliche Situation hat sich in den letzten fünf Jahren ziemlich verändert, die Repression ist stärker geworden, eine gewisse Resignation hat sich in der Linken breit gemacht. ( . . . ).

Nur ist das d e r z e i t i g e Hauptproblem nicht die Auflagenentwicklung der letzten f ü n f J a h r e, sondern vielmehr die d e r l e t z t e n M o n a t e. Heute lesen 10 000 (zehntausend!) Menschen weniger den „Arbeiterkampf" als noch im Januar dieses Jahres ( . . . ), d.h. die Auflage ist in diesem kurzen Zeitraum von 23.000 auf 12.500 gesunken! Liegt das an den objektiven Bedingungen? Noch eine ganze Reihe von AK's nach den „Selbstmorden" in Stammheim hat sich die Auflage über 20.000 bewegt, wir haben damals im „Arbeiterkampf" von einer „Gegenoffensive" der Linken gesprochen, die sich u.a. in dem gestiegenen Interesse an linken Zeitungen äußern würde. Die Bunte Liste ist entstanden. – Ob die vielen (nicht nur) Linken, die von dieser Idee begeistert waren, nicht ein Interesse hatten, sich über dieses Bündnis zu informieren? Und der AK war doch schließlich die Zeitung, die am genauesten und ausführlichsten über die Bunte Liste berichtet hat (oder?).

Alles in allem –für mich ist überhaupt nicht ersichtlich, warum der rapide Abgang des AK-Verkaufs eine wesentliche Ursache in den o b j e k t i v e n Schwierigkeiten haben soll.

Für viel wesentlicher halte ich dabei die Zustände in unserer Organisation. Ich will mich hier nicht näher darübe auslassen; diese Debatte findet ja schon an einem anderen Ort statt. Dazu nur einige Gedanken, die sich speziell auf den Verkauf beziehen:

Wir haben versäumt, uns kontinuierlich klarzumachen, welch wichtige Rolle die Zeitung in der kommunistischen Arbeit einnimmt; wir haben versäumt, regelmäßig zu diskutieren, w a s wir da eigentlich verkaufen (meint die mangelnde Diskussion über die Inhalte des AK) und w i e wir die Zeitung am besten verkaufen können, welche Schwierigkeiten die Genossen dabei haben. Diese Versäumnisse sind wohl in engem Zusammenhang mit dem sog. „allgemeinen Zustand" zu sehen.

Diese „Zustände" haben letztendlich dazu geführt, daß Verkaufseinsätze weniger und weniger gemacht wurden. Und wer nicht versucht zu verkaufen, kann sich wohl nur ein sehr vages Urteil darüber erlauben, ob „die Massen" nun gerade kommunistische Zeitungen lesen wollen oder nicht.

Und nun zur Konzeption:
Bevor wir an der vorhandenen Konzeption rumdoktern, sollten wir vielleicht mal ein paar grundsätzliche Fragen der kommunistischen Zeitungsarbeit beantworten. Ich versuch' das mal, so gut ich das kann:
Was sollte eine kommunistische Zeitung eigentlich leisten?
1. Informieren, schon allein auf Informationsebene eine Alternative zu bürgerlichen Zeitungen darstellen, d.h. von den bürgerlichen Zeitungen beharrlich Totgeschwiegenes ans Licht der Öffentlichkeit
tionsebene eine Alternative zu bürgerlichen Zeitungen darstellen, d.h. von den bürgerlichen Zeitungen beharrlich Totgeschwiegenes ans Licht der Öffentlichkeit
bringen, sowie „Informationen" der bürgerlichen Presse richtigstellen.
2. Die politischen Einschätzungen der Organisation verbreiten.
3. Ein Forum darstellen für politische Diskussion, vor allem in der Organisation und ihrem Umfeld.

Wen sollte eine kommunistische Zeitung ansprechen?
1. Die eigene Organisation; sie sollte zur politischen Ausrichtung der Organisation dienen, Grundlage für Diskussion und Handeln der Organisation sein.

Wie Lenin das in „Was tun?" so schön gesagt hat: ‚Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken".
2. Die Linke außerhalb der Organisation, sowohl Unorganisierte als auch anderswo Organisierte (sofern sie nicht wie manche „ML'er," ein 10cm-dickes Brett quer vorm Kopf haben).
3. Demokraten und Liberale, sagen wir mal diejenigen, die heute von der Bunten Liste angesprochen werden.
4. Gesondert aufführen muß man in der gegenwärtigen politischen Lage in der BRD wohl die Arbeiter, auch wenn (oder gerade weil) sie nicht in eine dieser politischen Strömungen einzuordnen sind. Das wäre erstmal, in meinen Augen jedenfalls, der Idealfall . . . Wer sich tatsächlich von einer kommunistischen Zeitung ansprechen läßt, das ist noch eine andere Frage, die abhängig von der jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Situation zu beantworten ist.

Der AK hat meiner Ansicht nach bisher eine recht gute Grundlage für die Organisation wie auch für die Linke (nicht nur) in der BRD geboten. Über diesen Kreis hinaus, in (Sozial-)demokratische, liberale Kreise ist er nur punktuell vorgestoßen, ganz zu schweigen von seinem (nicht oder kaum vorhandenen) Einfluß in der Arbeiterschaft.

Warum? Liegt das am AK, seiner Konzeption, Aufmachung, den behandelten Themen? Ich glaub' schon, daß die Aufmachung des AK im großen und ganzen recht ansprechend ist, auch wenn sich da sicherlich noch einiges verbessern läßt. In diesem Zusammenhang ist mir der Gedanke gekommen, daß man die Zeitung mal daraufhin überprüfen sollte, ob sie auch für Leser verständlich ist, die noch nicht so dick in der politischen Auseinandersetzung stecken oder einfach nicht so ans Lesen gewöhnt sind wie Studenten und Professoren! Und die Themen . . . Welche Themen müßten wir denn z.B. auf die Titelseite bringen, um einen weiteren Kreis anzusprechen? Ist der AK in/vor Betrieben besser verkauft worden, als z.B. der Hafenarbeiterstreik oder Tarifkämpfe auf der Titelseite standen? (Ich sprech jetzt immer nur von der Titelseite, weil das eben die Seite ist, über die die Leute zuerst stolpern, wenn sie einen AK vor der Nase haben).

Übrigens: den Vergleich mit der „Bunte Liste"-Zeitung halte ich für absolut unzulässig, wie es auch schon H. aus Gießen geschrieben hat. Erstens hat der „Arbeiterkampf" ganz andere Aufgaben als diese Zeitung („Organisator"); zweitens wurde sie (während des Wahlkampfs!) von so vielen Menschen gekauft, weil sie sich über eine Gruppe informieren wollten, die zur Wahl stand; darüber hinaus ist die „Bunte Liste" – Zeitung nicht die Zeitung e i n e r Organisation gewesen, sondern die Zeitung eines B ü n d n i s s e s, das von vornherein weit mehr Menschen ansprechen kann als eine einzelne Organisation. Wenn wir weiterhin eine Zeitung machen wollen, die als k o m m u n i s t i s c h e Zeitung zu erkennen ist (schon allein der Name „Arbeiterkampf" ist sehr verräterisch und müßte ansonsten geändert werden), werden wir all diese Menschen kaum erreichen, nicht über diese Zeitung.

Das liegt weniger an der Konzeption oder ähnlichem, sondern hauptsächlich an dem in der BRD so besonders weit verbreiteten und tiefsitzenden Antikommunismus. Dazu mal ein Vergleich mit Norwegen: Die AKP/ML, Schwesterpartei der hier so beliebten „KPD/ML" (Nein! Inzwischen der „KPD" – Anm. AK) gibt dort eine Tages(!)zeitung mit einer Auflage von 25.000 heraus, und das bei 4 Mio Einwohnern; das würde bedeuten, 375.000 Bundesbürger kaufen sich täglich die Zeitung der „KPD/ML".

Das wird sich bei aller Anstrengung nicht auf die ansprechende Konzeption und Aufmachung (?) dieser „ML"-Zeitung zurückführen lassen. Wir brauchen meiner Ansicht nach weiterhin eine zentrale Zeitung als Grundlage zur Diskussion in der Linken (im weitesten Sinne), die eigene Organisation hier miteingeschlossen. Eine zentrale Zeitung, die die oben genannten Aufgaben erfüllt. Ein theoretisches Organ wie „Unser Weg" halte ich für unzureichend, weil so was nur von einem sehr, sehr engen Kreis, selbst der Linken gelesen wird.

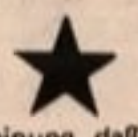
Der Vorschlag einer Straffung der einzelnen Artikel, wie der Zeitung insgesamt, steht dem nicht entgegen. Darunter verstehe ich:
– Eine bessere Unterteilung in Informations- und Einschätzungsartikel. Es ist absolut überflüssig, in jedem Kurzbericht auch noch eine Kurzeinschätzung zu liefern. Diese Einschätzungen sollte man in zentrale Artikel verlagern.
– Eine Aussonderung spezieller Detailinformationen, stattdessen Broschüren („Internationale", Antifa;Zeitung usw.).

Nicht einverstanden wäre ich mit einer Verbannung von Grundsatzartikeln aus dem AK. Ich halte es für notwendig, grund-
(„Internationale", Antifa;Zeitung usw.).
Nicht einverstanden wäre ich mit einer Verbannung von Grundsatzartikeln aus dem AK. Ich halte es für notwendig, grund-
sätzliche Fragen, die im Zusammenhang mit der aktuellen Politik stehen, im AK zu behandeln (z.B. „Ökologie und Marxismus", „Kommunisten und Wahlen"), da sie in einem gesonderten theoretischen Organ nur sehr wenige erreichen würden, wir aber daran interessiert sein sollten, die Grundlagen für unsere politischen Entscheidungen einem weiteren Kreis zu vermitteln.

Darüber hinaus gibt es allerdings eine ganze Reihe von prinzipiellen Fragen, deren ausführliche Behandlung den „Arbeiterkampf" einfach sprengen würde (oder wir bringen in Zukunft eine 100-seitige Zeitung heraus); Fragen, die früher in „Unser Weg" ihren Platz hatten und heute unter den Tisch fallen, sträflich vernachlässigt werden. Deshalb: der letzte „UW" möge nicht der einzige bleiben!

Das alles soll keineswegs bedeuten, daß wir uns nun keine Gedanken mehr machen sollten, wie die Diskussion um fortschrittliche Standpunkte auch in einen breiteren Kreis hineingetragen werden kann. Ich hab' da erstmal nur zwei Ideen:
– In der Bunten Liste den Vorschlag zu machen, eine regelmäßige „Bunte Liste"-Zeitung herauszugeben.
– Betriebszeitungen o.ä. wieder zum Leben zu erwecken.
Wie schrieb doch der Genosse Hans im letzten AK: „. . . Liebe Gen., macht keinen Scheiß!"

**Mit solidarischen Grüßen**
**Sabine,**
**SSB/Hamburg**



Wir sind der Meinung, daß die Grundkonzeption des AK beibehalten werden muß. Der AK sollte weiterhin eine politische Zeitung sein, die über möglichst alle entscheidenden gesellschaftlichen Erscheinungen berichtet und aus kommunistischer Sicht dazu Stellung nimmt. Als „zentrale politische Zeitung des KB" ist es seine Aufgabe, „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator" zu sein.

Vor diesem Hintergrund verbietet sich auch der einfache Vergleich mit den „Bunte-Liste"-Zeitungen, und dies nicht nur wegen deren Charakter als Wahlzeitungen. Eine bundesweite Zeitung der alternativen grünen und bunten Listen wäre durchaus eine Überlegung wert; sie würde sich aber vom AK ebenso unterscheiden, wie die Kandidatur einer Bunten Liste von der des KB. Daß ein solches Blatt allemal eine höhere Auflage hätte, liegt in der Natur der Sache, es hätte ja auch andere Aufgaben.

Worum es in der laufenden Diskussion doch geht, ist die Frage, w i e die Grundkonzeption einer kommunistischen Zeitung angesichts nicht zu leugnender Verkaufsschwierigkeiten am effektivsten u m z u s e t z e n ist. Sieht man sich die AKs durch, so stellt man fest, daß ein Gutteil seines Bekanntheitsgrads nicht nur auf der detaillierten Berichterstattung, sondern auch auf der hervorragenden Propagandaarbeit zu zentralen Fragen des Klassenkampfs beruht.

Sieht man sich dagegen den AK unter agitatorischen Gesichtspunkten durch, so erscheint er dem Leser/Verkäufer häufig als reichlich schwerfällig. So manche Kommissionsartikel sind nichts anderes als Fleißarbeiten, was das Sammeln von Fakten und das Zusammenstellen von Pressezitaten angeht.

Ein „Musterbeispiel„ dafür, wie man Agitation n i c h t betreibt, bietet der AK 136 mit dem Aufmacher (!) „Albanien packt aus". Sieht man vom fehlenden massenhaften Interesse für diese Frage einmal ab (warum nicht Iran als Aufmacher?), so besteht die Darstellung des Problems aus einer langen Zitatenreihe aus dem Roten Morgen. Die Einschätzung, das für die Agitation Zündende fehlt bzw. kommt zu kurz.

Die solide und breite Fundierung macht sicherlich eine unverzichtbare Stärke des AK aus; was aber oft zu kurz kommt, ist die Aufbereitung und Einordnung des gesammelten Materials. Hier wäre durch Schulung der schreibenden und korrespondierenden Genossen sicherlich eine Straffung ohne Verlust an inhaltlicher Substanz möglich, der AK würde so interessanter, was auch auf die Motivation der verkaufenden Genossen wirken würde.

Daneben erscheint es uns notwendig, die Mitarbeit am AK zu verbreitern. So werden oft Berichte aus Orten, in denen es Gruppen von uns gibt, dennoch in Hamburg anhand der bürgerlichen Presse zusammengeschrieben. Was natürlich besser als nichts ist, bloß kann dabei nur ein linker Aufguß dieser Presse herauskommen; lebendige, anschauliche Enthüllungsarbeit wird viel zu wenig betrieben. Hier tut Veränderung not, zumal man bei genauerem Hinsehen feststellen wird, wie viele ungeweckte Talente bei uns schlummern.

Die Verstärkung des agitatorischen, enthüllenden Moments und die Verminderung des Umfangs darf aber nicht dazu führen, daß auf grundsätzliche, programmatische Artikel im AK verzichtet wird. Artikel wie „Ökologie und Marxismus", aber auch die Auseinandersetzung mit anderen Gruppen der Linken, insbesondere revisionistischen und linkssozialdemokratischen, müssen weiterhin ihren Platz im AK haben.

Die Verbreiterung der Mitarbeit am AK sollte sich nicht nur auf die Berichterstattung und Enthüllungsarbeit beschränken. Auch in die Untersuchungsarbeit zu grundlegenden Problemen müssen verstärkt die „intellektuellen" Ressourcen in den Ortsgruppen eingebracht werden. Wir h a b e n diese Kräfte, es gilt sie zu nutzen, gerade auch, um „Hamburg" zu entlasten. Hierzu ist sicherlich eine breitere und langfristigere Planung der AK-Nummern sowie die Vergabe bestimmter Arbeitsaufträge notwendig.

Die Notwendigkeit für „Unser Weg" ergibt sich aus der Tatsache, daß wir in vielen Fragen unserer praktischen Politik theoretisches Neuland betreten. Umfassendere Analysen und Untersuchungen können wir nicht anderen überlassen; hierzu brauchen wir ein theoretisches Organ, in
theoretisches Neuland betreten. Umfassendere Analysen und Untersuchungen können wir nicht anderen überlassen; hierzu brauchen wir ein theoretisches Organ, in
dem die Ergebnisse dieser Untersuchungen veröffentlicht und auch diskutiert werden. Wie man so etwas betreibt, hat der KB ja in der Faschismusfrage in AK 16 – 18 und in UW 19 und 23 vorgeführt. Es wäre sinnvoll, in der in AK 136 angerissenen „Stalinfrage" ähnlich zu verfahren. Nur sollte man die Aufforderung, zu diesem Thema zu arbeiten, etwas präziser und gegliederter abgeben als geschehen.

Eine mehr ergänzende Funktion käme der Erweiterung der Broschürenarbeit und der Wiederbelebung der „Internationale" zu. Sie sollten in erster Linie zu bestimmten Schwerpunktthemen erscheinen und in gewissem Maße auch eine Sammlung schon erschienener AK-Artikel sein. Es ist doch so, daß viele Artikel allzu schnell in Vergessenheit geraten (der AK lebt nur 14 Tage!); und man kann Interessierte und Sympathisanten ja nicht erst ins Archiv schicken, nur damit sie die Position des KB zu diesem und jenem erfahren. Die „Internationale" wird allerdings kein Ersatz für eine kontinuierliche und aktuelle internationale Berichterstattung im AK sein können.

**Leitung des KHB Göttingen**

Die Stellungnahmen in AK 136 zur neuen Zeitungskonzeption des LG (AK 134) zeichnen sich dadurch aus, daß sie alle vom mehr oder weniger individuellen Bedürfnis der Genossen nach umfassender Information durch den AK geprägt sind. Größtenteils werden die vom LG genannten Ursachen für den Rückgang des AK-Verkaufs nicht hinterfragt. Die zurückgegangenen Verkaufseinsätze werden z.B. einfach hinter der schwierigen Situation der Organisation versteckt.
1. „Objektive Schwierigkeiten, heute eine kommunistische Zeitung massenhaft zu verkaufen" . . .

M.E. lassen sich diese objektiven Schwierigkeiten nicht alleine mit den Folgen des „Deutschen Herbstes" oder mit der Diskreditierung des Sozialismus durch den „real existierenden" (wahrlich keine neue Schwierigkeit) erklären. Aus meinen Verkaufserfahrungen schließe ich weniger auf den Rückgang des Interesses am AK, als auf die Verlagerung dieses Interesses auf andere Inhalte. Z.B. von der Information und Diskussion über (Groß-)Aktionen auf Artikel, die der politischen Orientierung dienen. Diesem Interesse ist der AK auch bereits mit den letzten Ausgaben nachgekommen. (Die Titelstory von AK 136 „Albanien packt aus" bleibt mir unter diesem Titel unverständlich).

In unserer Verkaufspraxis sind wir in Göttingen dieser Interessenverlagerung noch nicht gefolgt. Wir verkaufen den AK noch weitgehend wie jene „Selbstläufer" zu Brokdorf, Grohnde o.a. Stammheim: der stille AK-Verkäufer, zu dem der Käufer kommt, und nicht der AK-Verkäufer, der ein Interesse an politischer Orientierung weckt bzw. aktiv aufgreift. Die Hilfsmittel, die wir entsprechend verwenden (Wandzeitungen, Anschlagtafeln in den Bereichen, in Kneipen etc.) sind entsprechend wenig bzw. fade. ( . . . ).
2. Das Erscheinungsbild des AK. Wer kennt sie nicht, die Argumente „Zu teuer, zu dick, zu wenig ansprechend". Die beiden ersteren scheinen mir meist sehr unehrlich zu sein. Sie stehen im Widerspruch zu Preis und Qualität anderer Zeitungen („Spiegel", „Stern" etc.), die ohne Mekkern gekauft werden. Die Kritik am bürgerlichen Meinungsmonopol hat eben auch ihre praktisch-finanzielle Seite. Hier haftet uns noch aus der Zeit, als es 60 Seiten AK für 1 DM gab, noch der Geruch eines sozial-publizistischen Vereins an, wogegen wir uns energisch wehren sollten.

Gegen eine quantitative Ausdünnung des AK gibt es kaum Argumente, vorausgesetzt, daß

a) „das Wesentliche" nach wie vor mit Fakten belegt wird;
b) die Vielschichtigkeit mancher Probleme nicht auf einen Hauptwiderspruch reduziert wird und
c) die vorgeschlagenen Broschüren/Infos nicht nur für spezifische Bereiche, sondern ebenfalls m a s s e n w i r k s a m konzipiert sind. ( . . . )

Bedenken kommen mir bei der Entlastung des AK durch „Unser Weg". Das in Punkt 1 besagte erfordert, daß die für UW vorgeschlagene Debatte gerade nicht aus dem AK ausgegliedert wird. Hier muß ich noch anfügen, daß die Debatte um Bunte und Grüne auch eine Suche nach politischer Orientierung vieler Menschen ist. Die Debatte um eine linke Orientierung sollten wir ihnen nicht „vorenthalten". Eine vierwöchige Beilage zum AK scheint mir da sinnvoller zu sein.
Für einen lebendigen AK und AK-Verkauf!

A., Göttingen



In der BRD erscheinen täglich ca. 26 Mio. bürgerliche Zeitungsexemplare. Hinzu kommen noch einmal rund 103 Mio. Zeitschriften. Die Propaganda über Rundfunk, Film und Fernsehen nicht mitgerechnet. Vor diesen Zahlen gilt es nicht zu resignieren, sondern unsere Situation auf diesem Gebiet zu untersuchen und zu verbessern.

Mit dem AK haben wir mit einigem Abstand die beste linke Zeitung. Die Informationen sind selbst für manchen Sozialdemokraten und Liberalen eine unentbehrliche Grundlage seiner politischen Arbeit.

Trotzdem sinkt die Auflage, lesen selbst die Genossen(innen) den AK nur noch sporadisch und ganze Rubriken überhaupt nicht mehr.

Wenn wir also grundsätzlich von richtigen **Inhalten** ausgehen können (und die werden meines Wissens nicht bestritten) so kommt es offensichtlich hier sehr
Wenn wir also grundsätzlich von richtigen Inhalten ausgehen können (und die werden meines Wissens nicht bestritten) so kommt es offensichtlich hier sehr
entscheidend auf die **Form** an. Kurz gesagt: Es geht darum, die Inhalte des AK wesentlich breiter wirksam werden zu lassen!

Die Erfahrungen mit den Zeitungen der „BuntenListe/Wehrt Euch" zeigen, daß bei nahezu unveränderten Inhalten allein die Form genutzt werden konnte, die Zeitung (und damit den Inhalt) unter mehr Menschen bekannt zu machen. Formale äußere Mermale dieser Zeitungen waren ein sehr geringer Preis, eine (noch nicht befriedigende) optische Gestaltung, sowie konkrete Knappheit der Texte. Vergleichen wir einmal den AK mit diesen Merkmalen!

Die Meinung vieler Genossen(innen) ist es nun, eine veränderte Konzeption des AK sei eine weitere opportunistische Konzession hinsichtlich der Inhalte unserer Politik. Vor dem äußeren Druck werde Schritt für Schritt zurückgewichen.

Aber welchen logischen Grund sollte es für uns geben, nicht anstatt einer Zeitung zwei oder zehn zu verkaufen? Warum sollten wir dem vorherrschenden Anti-Kommunismus in den Köpfen der Menschen Vorwände geben? Warum uns selbst Steine in den Weg legen? Das ist zu idiotisch!

Einen Sachverhalt ändert man nicht dadurch, daß man ihn zunächst erfüllt. Dem Anti-Kommunismus werden wir nicht durch ein besonders kommunistisches Auftreten begegnen können. Keiner von uns würde sich im Betrieb vor den Kollegen damit in die Brust werfen, er sei Kommunist. Wir würden uns so die weitere Arbeit unnötig erschweren. Warum wenden wir dieselben Prinzipien nicht also auch beim AK an? Um jeden AK ist es schade, der durch sein Erscheinungsbild einen Kollegen weniger erreicht! Die relativ hohen Verkaufszahlen der „Bunte Liste/Wehrt Euch"-Zeitungen beruhen m. E. wesentlich auf eben dem veränderten Erscheinungsbild unserer Inhalte.

Verändern wir also die AK-Konzeption!

Machen wir den AK massenfreundlicher!

Dazu gehört ein neues Erscheinungsbild (auch die Frage nach dem Namen der Zeitung und dem Symbol dürfen nicht als heilige Kühe behandelt werden) – aber:
1. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, die Artikel k o n k r e t und k n a p p zu gestalten. Jeder kann einmal den Versuch machen, aus einem Artikel überflüssige Reden, Wiederholungen und Füllwörter zu streichen und Gemeintes knapp unu informativ zu schreiben. Ein Artikel kann danach auf mindestens die Hälfte gestrafft werden. Er wird dadurch interessanter und einprägsamer. Die Nachlässigkeiten beim Schreiben müssen aufhören!
2. Wir sollten nicht den Anspruch haben, in allen Rubriken alles sagen zu wollen. Die Rubriken sind notwendig, müssen aber kürzer und informativer sein (auch Kurzmeldungen/Notizen). Längere Artikel (z.B. zu Nahost) sollten in der Regel nur zu aktuellen Ereignissen erscheinen. „Spezialfragen" in Broschüren zusammenfassen und im AK zur näheren Information auf sie hinweisen! So wird der AK dünner und trotzdem informativer (lesbarer). Und er wird dadurch billiger.

Es ist schlicht gesagt verantwortungslos, den Menschen den AK vorzuenthalten, und alle Vorschläge in dieser Richtung müssen wir ernsthaft prüfen. Wir wollen einmal eine M a s s e n -Zeitung schaffen, nicht bestimmt für einen winzig kleinen Teil der Bevölkerung. Das Ziel einer Wochen/Tageszeitung mit einer wesentlich höheren Auflage (wenn auch heute kaum vorstellbar) dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren!

**Lutz**
**Kulturbereich/Hamburg**



Sich ständig selbst auf die Schulter zu klopfen, daß der AK eben die beste Zeitung in der BRD (und darüber hinaus) sei, und deshalb nichts geändert werden bräuchte, ist keine ausreichende Antwort auf das derzeitige Problem: Eine Zeitung, zumal wenn sie einen derart zentralen Stellenwert wie der AK für den KB und die Linke in der BRD hat, will und muß gelesen werden.

Die Auflagenentwicklung geht aber gerade in eine andere Richtung, und das ziemlich rapide. Zum einen ist diese Tendenz Ausdruck einer Situation i m KB, in der viele Genossen den AK nicht mehr für den Mittelpunkt ihrer Arbeit halten („Anleiter und Organisator"), sondern nur technisch als zu verkaufende Ware. Dieses Problem wird bereits durch unsere Selbstverständnisdiskussion angegangen: gut geführt wird sie sicher zur Steigerung der Einsätze beitragen.

Als Grund für die derzeitige Situation wird von einigen „allgemeine Resignation" angeführt. Das halte ich so nicht für stichhaltig. Seht Euch die Bewegungen der letzten Monate an, seht Euch die Wahlergebnisse und das nach wie vor große Interesse für „Alternatives" (auch „Alternativ-Zeitungen") an – und sind wir etwa keine Alternative? Es ist nach meiner Einschätzung eher u n s e r e Resignation, die sich negativ auf den Verkauf auswirkt.

Objektiv erschwerend auf den Verkauf unserer Zeitung wirkt sich allerdings die zunehmende Konkurrenz auf dem Zeitungsmarkt aus. Dies vor allem deshalb, weil einige linksbürgerliche Zeitungsmacher inzwischen geschnallt haben, was seit Beginn unserer organisierten Arbeit eine wichtige Säule unseres Einschätzungsgebäudes ist, daß es nämlich eine „Faschisierung" gibt (sie nennen es natürlich anders), daß es einen wiederauflebenden Neofaschismus gibt, daß demokratische Rechte ausgehöhlt werden und ein enormer Sozialabbau stattfindet.

Daneben gibt es mittlerweile eine Fülle von Alternativzeitungen, die im lokalen
Rechte ausgehöhlt werden und ein enormer Sozialabbau stattfindet.
Daneben gibt es mittlerweile eine Fülle von Alternativzeitungen, die im lokalen
Bereich (der offensichtlich für viele Fortschrittliche immer mehr zum Nabel der Welt wird), viel besser berichten können als wir. Auch eine Reihe von Spezialzeitschriften leisten eine Arbeit (Frauenbewegung, Internationalismus), deren Ergebnisse wir zu einem großen Teil auch unterschreiben können.

Schließlich wird es im neuen Jahr noch mindestens eine alternative Tageszeitung geben, deren Leserschaft sich wohl auch mit dem Kreis potentieller AK-Leser decken wird.

Unser Ziel ist es aber, den AK sehr weit über die Reihen der organisierten Genossen hinaus in die Linke wirken zu lassen. Deshalb haben wir diese objektiven Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Das könnte in d e r Weise geschehen, daß wir uns auf unsere Stärken besinnen. So ist es meines Erachtens nicht sinnvoll, jede Woche die linksbürgerlichen Zeitungen durchzublättern, ob es nicht noch eine Meldung gäbe, die AK-Leser vielleicht interessieren würde. Aufgefallen ist mir dies u.a. unter der Rubrik „Gesundheitswesen", in der nahezu in jeder Nummer sich der zweite Aufguß eines „Kunstfehler"-Artikels aus „Stern", „Spiegel" oder vom Fernsehen befindet. Die Spalte „Aus der Welt des realen Sozialismus" beschert uns vierzehntägig die Liste von Genossen und Nicht-Genossen, die unter der Repression in den RGW-Ländern zu leiden haben, zumeist nur zusammengeschrieben aus „Welt", „Tagesspiegel" etc. Neben den Zweifeln, die einem an der Seriosität der Informanten manchmal kommen, stellt sich die Frage, ob nicht ab und zu grundsätzlichere Artikel gebracht werden sollten, vielleicht ja auch eine Serie „Unterdrückung der Opposition in den RGW-Staaten" (womöglich die einzelnen Länder und die jeweiligen Bedingungen durchgehend).

Unsere Stärke liegt in unserer politischen Herangehensweise an die Erscheinungen dieser Welt und der daraus oftmals entwickelten Klarheit. So kommt es bei Themen, die wir gar nicht „exklusiv" anbieten können, vor allem darauf an, sie politisch zu verarbeiten, den roten Faden zu entwickeln, der den Leser in die Lage versetzt, angesichts vorhandener Informationsflut das Wesentliche zu sehen und zu verstehen. In diesem Zusammenhang können Artikel wie „Ökologie

und Marxismus" und „Kommunismus und Wahlen" positiv erwähnt werden.

Weiterhin sind wir vielen Publikationen dadurch überlegen, daß w i r in der Bewegung stehen. Das macht auch die Attraktivität unserer AKW-Berichterstattung aus. Denkt an unsere Grohnde- und Brokdorf-Berichterstattung und die öffentliche Resonanz, die bis weit in die bürgerliche Presse reichte.

Darüberhinaus zeichnet uns eine große Kenntnis der nationalen und internationalen linken Bewegung aus, wobei ich nur an die Auseinandersetzung mit den Vaterlandsverteidigern oder aber an unsere Analysen über die Situation in der VR China denke. Gerade das letztere stieß auch in der Öffentlichkeit auf großes Interesse.

Sehr wichtig sind meines Erachtens auch unsere Artikel zur Klassenjustiz und allem, was mit dem Namen RAF und dem Ausbau des Polizeistaates zusammenhängt. Auf diesem Gebiet kann sich überhaupt keine Publikation mit unserer Berichterstattung und Einschätzung messen – teils aus Selbstzensur, teils aus Vertrauen in den „bürgerlichen Rechtsstaat".

Es muß nicht betont werden, wie wichtig auch unsere Antifa-Untersuchungen sind. Selbst der Verfassungsschutz müßte erblassen, wenn ihn diese Dinge überhaupt interessierten. Allerdings bin ich der Meinung, bei der Fülle des Materials (und das wird noch zunehmen) sollte man eine spezielle Antifa-Broschüre herausgeben. Wer sich für diese Themen besonders interessiert, wird sich auch diese Broschüre besorgen. Für den AK kann dies eine Entlastung und Konzentration auf Wesentliches bedeuten.

Von großer Bedeutung ist m.E. auch gerade die Berichterstattung zum Kampf um „innergewerkschaftliche Demokratie"; ist dies doch ein Thema, um das viele andere Publikationen aus falsch verstandener „gewerkschaftlicher Solidarität" einen großen, opportunistischen Bogen machen.

Ähnlich wie in Sachen Antifa ist auch beim Thema „Internationalismus" die Herausgabe einer eigenen Broschüre zu begrüßen, obwohl hier die Möglichkeit, ein Blatt regelmäßig herauszugeben, das auch andere Linke als nur den KB bei der Erstellung und dem Vertrieb einschließt, weniger groß ist.

In diesem Sinne plädiere ich für eine Verbesserung der Zeitung, indem allgemein bekannte Ereignisse mehr grundsätzlich beleuchtet werden, aber Themen, die durch die linksbürgerliche Presse nicht ausreichend abgedeckt werden, stärker Berücksichtigung finden.

Die Themenauswahl sollte noch lebendiger werden. Gut gefallen haben mir die Kulturberichte – dieser Bereich sollte künftig noch mehr Berücksichtigung finden.

Neben fundierten, mit Quellenangaben versehenen Untersuchungsartikeln sollte die Redaktion sich nicht scheuen, öfter einmal bissige oder sarkastische Kommentare zu bringen, die sich gut weglesen lassen und die Herrschenden mit dem (immer sehr wirksamen, lernt von den Spontis) Mittel der Ironie zu bekämpfen (...)

Darüberhinaus würde ich es begrüßen, wenn das Mittel der „Erfahrungsberichte" öfter eingesetzt würde, wie es m.E. bisher nur von der AG Frauen eingesetzt wurde (und die gut!). Wo bleiben Reiseberichte, Erfahrungen aus politischen Kämpfen etc?

Und damit das Ganze dann auch in großer Zahl an Frau und Mann gebracht werden kann, sollte die Zeitung dünner und billiger werden. Ich kann die häufig frustrierten Käufer verstehen, die aus gutem Willen und mit den besten Vorsätzen den AK kaufen, dann aber nur wenige Artikel lesen und denen schließlich für diesen Nutzen 2 Mark zu teuer sind. Man ärgert sich dann über sich selber, wenn man die Zeitung wieder nicht bewältigt hat und versucht, sich in Zukunft diesen Ärger dadurch zu ersparen, daß man sie nicht mehr (regelmäßig) kauft. Also: 30 – 40 Seiten pro Nummer und dafür 1 Mark nehmen! Der Zwang, wirklich nur Wesentliches, Gutes und Interessantes zu veröffentlichen, der sich aus solch einer Kürzung ergibt, wird der Zeitung gut tun. Der 40-Seiten-Umfang der Ausgabe Nr. 136 hat mir schon gut gefallen (...).

**R., Lehrergenosse aus HH-Altona**



Grundsätzlich finde ich den Vorschlag einer neuen Zeitungskonzeption sehr gut und möchte daher auch meine eigenen Gedanken dazu einmal formulieren.

1. Es ist meiner Ansicht nach richtig, daß der AK viel zu dick ist. Für Leute, die „nebenbei" auch noch arbeiten, ist es möglich, 2 bis 3 große Artikel und noch ein paar kleinere zu lesen, aber dann ist Schluß. Um so größer ist dann der Frust, wenn mensch am Ende der AK- Periode sieht, wie viele interessante Artikel hätten gelesen werden können und müssen. Ein realistischeres Maß wäre da angebracht.
2. Das Format des AK könnte sich ebenfalls ändern. So z.B. ist die Zeitung des SB, die LINKS, für mich ein gutes Beispiel. Sie ist gut in Ordnern abzuheften, in ihrem Inhalt übersichtlich, handlich und der wichtigste Punkt: Das Vorhandensein eines Inhaltsverzeichnisses. Positiv für den eigenen Überblick, aber auch beim Verkauf für den Verkäufer des AK eine Möglichkeit, für ihn interessante Artikel schnell zu erfassen.
3. Manchmal habe ich das Gefühl, einige Artikel werden von Genossen geschrieben, die alles daran setzten, ihre Formulierungskünste zu zeigen und am besten so schwierig und kompliziert zu schreiben, daß noch nicht mal die eigenen Genossen verstehen, was überhaupt Sache ist. Da der AK „Arbeiter"kampf heißt und ich annehme, daß diese unser Werk auch mal von Arbeitern gelesen werden soll, empfinde ich ein solches intellektuelles Avantgard- Geschreibsel als blanker Hohn. Ein Beispiel dazu: In Niedersachsen war eine Schulung zur Opposition in Osteuropa angesagt. Dazu sollten verschiedene AK- Artikel gelesen werden. Ich war nicht in der Lage, mehr als die Hälfte des ersten Teils der Artikel- Serie „ Opposition in der CSSR" in AK 114 zu lesen. Ich habe die Zeitung wütend weggelegt und mir gedacht, daß hier doch irgendjemand von uns eine kleine Klatsche haben muß.
4. Worüber ich mir in letzter Zeit manchmal Gedanken mache, ist der Name unserer Zeitung „Arbeiterkampf". Soweit mir bekannt ist, machen nur die wenigsten Genossen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit als Arbeitskampf im engeren Sinne. Die meisten Genossen arbeiten in Massenbewegungen und studentischen Gruppen und wenden sich dabei an die liberale Öffentlichkeit, Radikaldemokraten und Linke. Wäre es da nicht besser, die Zeitung des KB e r s t d a n n „Arbeiterkampf" zu nennen, wenn wir dies im engeren Sinne auch machen. Den AK heute nach dem Freiheitskampf zu nennen, den wir führen, der natürlich auch die Arbeiter betrifft, alle Unterdrückten, aber an dem heute nicht gerade überragend (um das mal milde auszudrücken) viele Malocher teilnehmen?.... Fragen und Unsicherheiten von mir!

**Pedro, Hannover**



Seit Jahren verfolge ich mit großem Interesse den AK. Da Ihr offenbar eine Veränderung der Konzeption anstrebt, möchte ich gerne mit einigen Vorschlägen an der Diskussion teilnehmen und hoffen, daß ihr auch Stimmen von Lesern dokumentiert, die nicht in allen Punkten Eurer Meinung sind, aber gleichwohl den AK für die wichtigste Zeitschrift der demokratischen Linken halten.

Euer LG schlägt vor, eine allgemeinverständliche Publikumszeitung zu machen und ausführliche Dokumentationen und Analysen in UNSER WEG zu publizieren, um die Verkaufsauflage wieder zu steigern und das Projekt auf eine gesunde ökonomische Basis zu stellen. Bedenklich finde ich daran vor allem die Tatsache, daß Ihr die Krise, in der offenbar Eure Organisation und damit der AK steht, mit falschen Mitteln zu lösen versucht. Es gibt nämlich bereits eine Unmenge mehr oder minder lesbarer Theorieorgane – wie SOPO, PROKLA, KRITIK, LEVIATHAN etc. – sowie reine Agitations- und Meinungsblätter wie die KVZ, KAZ und die „Roten Fahnen" u.ä., sodaß „der Markt" damit übersättigt ist. Der AK kam mit seiner Konzeption relativ lange deshalb so gut an, weil er mit sorgfältig aufbereiteten Dokumentationen und guten Analysen immer aktuell war, was die Theorieorgane nicht sein können, und mit diesem Faktenmaterial auch unabhängigen Lesern echte Lern- und Diskussionsprozesse ermöglichte. Nun hat sich die Situation für Euch geändert. Eine neue Konzeption muß her, um die Verkaufsauflage wieder zu steigern und das Projekt auf eine solide ökonomische Basis zu stellen. Nur solltet Ihr bei dieser notwendigen Diskussion daran denken, daß die Linke in diesem Lande dringend eine gute Zeitschrift braucht, die aktuelles Material – also Zahlen, Fakten, Hintergründe und Zusammenhänge! – dokumentiert und dadurch den Lesern immer noch die Möglichkeit läßt, selbst Positionen zu beziehen. Das hat nichts mit bürgerlichem Liberalismus zu tun, sondern es ist das Resultat jahrelanger redaktioneller Tätigkeit bei progressiven Zeitschriften, die nur dann sinnvoll ist, wenn in die Breite gewirkt wird und nicht nur einige wenige neue Mitstreiter für die eigene Organisation gewonnen werden. Ich meine, daß der AK in der vorliegenden Form einfach unersetzbar für diese lernwillige Linke ist. Aber man könnte andere Schwerpunkte setzen als bisher. Es ist wirklich auf die Dauer ermüdend, n u r frustrierende Dinge zu lesen, also Nachrichten „von der Front", an der die Linke seit Jahren schwere Niederlagen erleidet, die teilweise auch Ausdruck falscher Politik sind und nicht nur den Herrschenden angelastet werden können.

Laßt die innenpolitischen Themen so wie sie sind, kürzt den internationalen Teil; versucht, die Schreiber auf eine Maximallänge für Dokumentationen und Analysen festzulegen, reinigt diese und andere Texte von unnötigem akademischen Vokabular u n d stellt mehr Seiten für Dinge zur Verfügung, die den – wohl meistens jungen – Lesern Spaß machen, sie dazu motivieren, den AK zu lesen. Wie wäre es mit mehr Kulturseiten mit Platten- und Buchbesprechungen, progressiver Lyrik, guten Comics, Festivalberichte, Satire etc., und einer neuen Rubrik „Alternativen", wo – kritisch natürlich! – über konkrete Alltagsprobleme etwas lesenswertes zu finden ist, z.B. über WG-Probleme, Mietfragen, gesunde Ernährung, Sozialmedizin, biodynamische Landwirtschaft und andere ökologische Themen, über Dinge, die man konkret in seinem Bereich t u n kann und die die politische Aktion sinnvoll ergänzen? Wenigstens der KB sollte an den spezifischen Bedürfnissen von Jugendlichen anknüpfen, die immerhin noch wie vor zehn Jahren die wichtigste und experimentierfreudigste Altersgruppe in der Linken sind. Bei politischen Aktionen aller Art bestimmten sie im Nachkriegsdeutschland fast immer das Bild der Bewegung. Die sozialistischen Organisationen waren aber meistens nicht in der Lage, ihre tatsächlichen Intentionen aufzunehmen und politisch zu verarbeiten. Wie das Wahlergebnis der „Bunten Liste" beweist, ist hier das größte Protestpotential vorzufinden! Eine Zeitungskonzeption kann einfach nicht an dieser Tatsache vorbei gemacht werden. Hier muß der KB noch weitere Lernprozesse durchmachen, denn gerade Dinge, die sich umsetzen lassen – im persönlichen Bereich! – machen eine solche Zeitung auch für andere Leser interessant. Werden Alltagsprobleme abgehandelt und Sachen dokumentiert, die echt Spaß machen, ist man eher bereit, sich größeren Frustrationen auszusetzen. Hier sind die wirklichen Gründe für den zurückgehenden Verkauf zu suchen. 2 DM ist nicht zu teuer für eine Zeitung. Denkt daran, daß z.B. eine Schachtel Zigaretten ebenfalls um die 2 DM kostet. „stern" und „Spiegel" sind nicht so materialreich und machen dazu eine sehr subtile Nachrichtenpolitik, werden aber dennoch von vielen Linken ohne weiteres gekauft – trotz des Preises.

Die „Andere Zeitung", Hamburg, an der ich jahrelang mitgearbeitet habe, ging einen ähnlichen Weg. Sie erschien fast 20 Jahre lang mit wöchentlich 20.000 Auflage und ohne Inserate. Und damals war die Situation nicht so günstig wie heute. Es gab weit weniger Linke, die als Leser für eine unabhängige Zeitung infrage kamen. Der AK müßte doch in der Lage sein, Inserate von Buchverlagen zu bekommen, um seine finanzielle Situation zu verbessern. Auch über Werbekampagnen könnte die Auflage einer konzeptionell im obigen Sinne veränderten Zeitung gesteigert werden. Orientiert Euch doch an der „Anti-Nazi-Rallye" in London, an der viele Bands der Rockszene gemeinsam mit antifaschistischen Organisationen teilnahmen. Solche Dinge sind phantasievoll, politisch wichtig und machen sogar Spaß. Ähnliche Dinge sind darüber hinaus vorstellbar. Unsere Linke – und auch der KB! – müssen wieder lernen, daß es eine Dialektik des Welthistorischen, der Klassensituation und des Individuellen gibt. Wenn dieser Lernprozeß, der nie aufhören darf, noch stärker im AK auszumachen ist, dürfte diese für uns alle so wichtige Zeitung eine gute Zukunft haben. Fallen die politischen Dokumentationen fort und wird nur noch im traditionellen Sinne agitiert – ohne mit fundierten Informationen und Fakten zu belegen! – wird man wieder zum „Spiegel" zurückkehren müssen, der sicher eine schlechte Zeitung ist. Aber besser solche bürgerlichen Dokumentationen als gar keine.

**Jan Peters von der Redaktion „Nonkonform"**



Hallo Leute, da ich den letzten AK immer erst durchgelesen habe, wenn der neue schon da ist, kann ich euch erst jetzt was zur neuen Zeitungskonzeption schicken. Ich werde mal alle eure Argumentationspunkte aus dem AK 134 der Reihe nach durchgehen.

Es stimmt durchaus, daß es erhebliche Schwierigkeiten gibt, den AK zu verkaufen. Durch die allgemeine Rechts-Entwicklung ist die Stimmung gegen Linke stark angeheizt worden, sodaß man/frau vom Straßenverkauf nicht mehr viel erwarten kann. Und an der Schule werde ich sogar von Linken komisch angesehen, wenn ich mit einem „Hallo, der neue AK ist da" ankomme (das hängt aber mit der individuellen Einstellung der Leute zum KB zusammen, die an unserer Schule nicht sehr rosig ist); das alles führt natürlich zu Frustrationen.

Die Schwierigkeiten aus dem Erscheinungsbild des AK sehe ich nicht. Die Dicke ist wohl nicht verkaufshemmend, eher schon der Preis (jedenfalls für Schüler mit meist leerem Portemonaie). Ich schließe mich daher der Meinung an, den AK wöchentlich für 1 DM zu verkaufen (das sieht eben doch billiger aus). Eine wöchentliche Herausgabe hat auch den Vorteil der grösseren Aktualität! Übrigens, wie wollt ihr denn den AK für den breiteren Verkauf ansprechender machen? Doch nicht etwa a la „Bild"? – Die Sache mit den „Bunte Liste"-Zeitungen kann man/frau wirklich nicht mit dem AK vergleichen, da die Bunten was völlig neues waren, das fast alle Hamburger (und andere) interessierte, daß zwangsläufig viele dieser Zeitungen verkauft wurden.

Jetzt zu euren Änderungsvorschlägen: Ich bin einschränkungslos g e g e n eine grundlegende Änderung des AK, wie ihr sie vorgeschlagen habt.! Gerade die Vielfalt der Themen macht den AK so lesenswert, da so man/frau über alle Lebensbereiche das Neueste und Interessanteste erfährt. Durch diese Themenvielfalt ist erst die Informationsmöglichkeit gegeben, die man/frau sonst nicht findet. Eine Informationsmöglichkeit auch über Dinge, die mich persönlich sonst nicht so sehr interessieren. Ich würde mir z.B. keine Broschüre über „Gewerkschaft und Betrieb" kaufen, da mich das nicht so direkt betrifft, aber durch den AK werden mir viele Artikel auch über „uninteressante" Bereiche vorgelegt und ich lese mir den einen oder anderen doch durch, da er mir informativ und interessant erscheint. Broschüren haben außerdem den schwerwiegenden Nachteil, daß sie nicht sehr aktuell sein können, da erst eine gewisse Anzahl von Texten vorhanden sein muß.

Jetzt zur strengeren Auswahl der Artikel: Wer soll da überhaupt auswählen und nach welchen Gesichtspunkten? Ich glaube nicht, daß von den Artikeln eines AK viele rausschmißwert sind (was wohl jeder wegen verschiedener Interessen anders sieht). Und fangt bloß nicht an, Details zu streichen! Gerade diese Details und Hintergrundinformationen machen den AK doch besser als jede andere linke Zeitung.

Sehr gut finde ich den Vorschlag, ein theoretisches Organ herauszubringen, da meiner Meinung nach kommunistische Theorie bisher im AK zu kurz gekommen ist. Und gerade diese Theorie ist so wichtig, um Linke außerhalb des KB an den KB heranzuführen. Der KB sollte z.B. mal „seine" Vorstellungen vom Kommunismus darstellen, damit man/frau erfährt, welche langfristigen Ziele der KB verfolgt (ich habe nämlich in meiner Freizeit noch anderes zu tun, als nur Marx, Lenin und andere Klassiker zu lesen, und mit einer theoretischen Schulung wird bei uns erst begonnen).

Ach ja, noch was: Ich sehe die Gefahr, daß, falls neben dem AK viele Broschüren, Infos usw. herausgegeben werden, der AK völlig zerpflückt wird und die Auflagenzahl nicht steigen, sondern sinken wird. Trotzdem halte ich den Vorschlag einer von mehreren Organisationen getragenen Antifa-Zeitung für prima, da dies Thema eine solche Zeitung wert ist.

**F., Neuhorst**



Von den für den Verkaufsrückgang verantwortlich genannten objektiven Schwierigkeiten (AK 134) läßt sich nur der Verkaufspreis (und auch der nur indirekt über den Umfang) auf die AK-Konzeption zurückführen. Die anderen objektiven Schwierigkeiten treffen auch auf eine geänderte AK-Konzeption mit reduziertem Umfang zu. Ich schreibe das, weil mir der Sinn der Gegenüberstellung sinkender AK-Verkauf kontra „positive Erfahrungen" mit den „Bunte Liste"-Zeitungen völlig unverständlich ist. Die „Bunte-Liste"-Zeitungen sind schließlich keine kommunistischen Zeitungen, d.h. neben den anders gelagerten Aufgaben der „Bunte-Liste"-Zeitungen fallen Schwierigkeiten wie sie beim AK als kommunistische Zeitung bestehen, weg oder treten in einem weitaus geringerem Maße auf. Soweit hierzu.

Zu den Vorschlägen selber:

Viele Artikel enthalten nur eine Aufzählung von „Schweinereien", ohne daß diese Artikel über die Stufe der spontanen Empörung („Ich sag's ja: Scheiß Kapitalismus") hinauskommen, geschweige denn politische Zusammenhänge herstellen. Ich bin zwar nicht prinzipiell gegen solche Artikel, finde aber eine stärkere Bearbeitung und Konzentrierung auf das Wesentliche richtig. Einige andere zu überdenkende Beispiele: Die „Kurzmeldungen" sollen in der bisherigen Form überdacht werden. Oder welchen Zweck sollen z.B. die Berufsverbote-Kurzmeldungen haben? Weiter: Die Rubrik „So sehen's die anderen" finde ich im Prinzip sehr gut. Nur sind die Darstellungen der Positionen „der anderen" und der Kommentar oft so knapp, daß sie mir in der Auseinandersetzung so kaum eine Hilfe sind: Weder ersparen sie mir die Lektüre der entsprechenden Zeitung, noch unterstützen die knappen Kommentare mich mit Argumenten. Diese Rubrik sollte deshalb ausführlicher in „Unser Weg" auftauchen. Die Wiederbelebung von „Unser Weg" finde ich sehr gut (auf den angekündigten „Unser Weg" 25 – siehe AK 53 – warte ich seit fast 4 Jahren ...).

Die politisch-ideologische Ausrichtungs- und Auseinandersetzungsartikel sollten allerdings nicht aus dem AK verschwinden, sondern „Unser Weg" sollte zum einen der Vertiefung und zum anderen der Verstärkung unserer politisch-theoretischen Arbeit dienen (wie wär's z.B. mit der Frage des Aufbaus der KP: wie und mit wem ... oder: wo wollen wir hin usw.).

Zur Wiederbelebung der „Internationale" und der Einrichtung des „Antifa-Bulletins": Diese Bereiche dürften auf keinen Fall aus dem AK herausfallen oder im AK zugunsten dieser „Bereichs-Blätter" vernachlässigt werden, denn die Aufgabe einer kommunistischen Zeitung ist ja die a l l s e i t i g e Hebung und Entwicklung des Bewußtseins. Ich würde solche „Spezialisten-Blätter" nur dann begrüßen, wenn gewährleistet werden kann, daß die dadurch notwendige quantitative Zunahme von Artikeln nicht zu einer qualitativen Verschlechterung der einzelnen Artikel führt. (Hier glaub ich nicht an ein Umschlagen von Quantität in Qualität!). Zusammengefaßt: Ich bin für eine Reduzierung des AK-Umfangs, wenn mir auch der Halbierungsvorschlag des LG (ausnahmsweise) zu radikal ist – ich denke an einen Umfang von 40-44 Seiten bei einem Preis von 1,50 (?) – und einer Konzentrierung der Artikel auf das Wesentliche bei gleichzeitiger Verstärkung der Propagierung unseres Ziels, des Sozialismus. Unbedingte Wiederbelebung von „Unser Weg"; die Herausgabe anderer regelmäßiger Blätter nur bei Sicherung der Qualität unserer wichtigsten Organe.

**Mit solidarischen Grüßen**
**W. aus Westberlin**



Liebe Genossen,
auch wenn ich als Mitglied der KSG die „Rote Fahne" des KABD verkaufe, ist meine Kritik solidarisch gemeint. Ich hoffe, sie kommt bei Euch auch so an.

Ich lese den AK nicht sehr oft; mein Eindruck ist aber folgender: Ich lese ihn ganz gern, weil er umfassend und in gut lesbarem Stil informiert, was in der ‚linken Szene' los ist; weil er ausführliche Berichte über Internationales bringt; weil er Probleme behandelt, mit denen man sich „normalerweise " leider individuell herumschlägt: woher soll amn die Zeit für Kinder nehmen (AK 136), was macht man als linker Lehrer usw.

Was der AK für meinen Geschmack zu wenig bringt, ist eine Richtschnur für die tägliche Kleinarbeit am Arbeitsplatz. Ich kann dem AK nicht entnehmen: Welche Forderungen müssen im Moment in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit besonders hervorgehoben werden? Wie muß man gegenüber der rechten Gewerkschaftsführung vorgehen? Wie kann ich, ansetzend an der Gewerkschaftsarbeit, politische Forderungen unter der Masse der Kollegen verankern? Das leistet der AK meiner Meinung nach nicht.

Ich stelle es mir als sehr schwierig vor, diesen Nachteil zu korrigieren und gleichzeitig, die oben genannten guten Seiten des AK beizubehalten. Rein muß in eine kommunistische Zeitung beides. Die Frage ist: was bildet den Schwerpunkt? Und ein solcher Schwerpunktwechsel würde meiner Ansicht nach einen Wechsel der Zielgruppe des AK bedeuten: Weg von der Konzentration auf ‚Linke' hin zu einer Konzentration auf die ‚kleinen Leute', besonders die Arbeiter.

So hängt auch der Rückgang Eurer Auflagenzahl vielleicht damit zusammen, daß Ihr Euch zu sehr auf die ‚Linke' konzentriert habt, die nun in viele kleine Rückzüge und Projekte, weg von der ‚grossen Politik' auseinanderfließt.
Was meint ihr?

**Rotfront, – R.**



Viele der in AK 136 abgedruckten Leserbriefe zur AK-Konzeption waren sehr schmeichelhaft für den AK; einige liefen sogar auf das Motto hinaus: „Nur nichts ändern, besser geht's nicht!". Also alles klar?

Weitgehend zutreffend fand ich die Kritik eines namenlosen Genossen (S.38, 3.Spalte): „Meiner Ansicht nach ist eine der derzeit größten Schwächen des AK, daß die überwiegende Anzahl der Artikel auf einem niedrigen Niveau liegen. Das heißt meiner Ansicht nach konkret, daß viele Artikel oft kaum über den Stand der reinen Nachrichten bzw. Fakten hinauskommen. Es werden oft nur die Fakten dargestellt, ohne sie in einen politischen Zusammenhang zu stellen, um daraus eine politische Ausrichtung zu ermöglichen." Und wenn der Genosse schreibt, daß viele Artikel gerade auf den Betriebsseiten nach dem Motto „Hier ist mal wieder 'ne Schweinerei gewesen" geschrieben werden, dann trifft er damit genau das Unbehagen, das wir in der Kommissionsarbeit schon lange verspüren.

Rückblickend läßt sich sagen, daß sehr viele unserer Artikel aus der „Logik der Kommissionsarbeit", oder krasser: aus der „Logik des Archivierens" entstanden sind. Das heißt: Aus einem kaum einlösbaren Anspruch auf Vollständigkeit der Berichterstattung mußte jede Betriebsschließung, möglichst auch noch jede Entlassung Erwähnung finden, auch wenn uns nichts weiter vorlag als eine kleine Notiz aus der bürgerlichen Presse. Daß auf dieser Grundlage eine Einschätzung der Dinge nicht möglich ist, versteht sich von selbst. Nicht viel besser sieht es aus bei den betrieblichen Meldungen, die wir der Gewerkschaftspresse entnehmen. Die IG Metall kommt in ihrer eigenen Zeitung natürlich immer unheimlich gut weg, obwohl unsere eigenen Erfahrungen mit der IG Metall doch eigentlich eine ganz andere Sprache sprechen. Nur ist es uns oft nicht möglich, eine fundierte Kritik zu leisten, weil uns dazu die nötigen Fakten fehlen, und der Teufel steckt bekanntermaßen meist im Detail. So bleibt ein Gutteil unserer Artikel tatsächlich auf dem Niveau von reinen Fakten und Nachrichten, die für den Leser kaum einzuordnen sind, nach aller Erfahrung wenig gelesen werden und die somit nichts bewegen.

Die Ursachen für diesen unbefriedigenden Zustand liegen m.E. nur zum Teil in Mängeln unserer Untersuchungsarbeit begründet. Natürlich wäre es wünschenswert, noch mehr Presse, im jeweiligen Fall insbesondere Regionalpresse, auszuwerten. Doch findet dies seine Grenzen einfach in der Tatsache, daß die Kommissions-Genossen sämtlichst ihre acht Stunden beim Kapitalisten abreißen und darüber hinaus auch in anderen Arbeitszusammenhängen stecken. Die Hauptursache sehe ich vielmehr in der Zersplitterung und Schwäche der Arbeiter-Linken in der BRD. Damit meine ich, daß es oftmals nur schwachen oder fast keinen Widerstand gegen Betriebsschließungen etc. und die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführer gibt, geschweige denn, daß es darüber eine Kommunikation innerhalb der Arbeiter-Linken gibt. Und o r g a n i s i e r t e Linke gibt es ja nach wie vor in den wenigsten Betrieben. So sind die Betriebsseiten im AK m.E. vor allem ein Spiegelbild der aktuellen Schwäche der Arbeiter Opposition. Denn wo nur wenig oder keine Opposition vorhanden ist, gibt es logischerweise auch wenig oder keine Kommunikation, und das schlägt sich natürlich in unserer Berichterstattung nieder.

Nach meiner Meinung ist es kein Beinbruch, wenn mal eine Betriebsschließung o.ä. nicht im AK erwähnt wird, obwohl wir uns auch weiter bemühen werden, immer die wenigen stattfindenden Kämpfe darzustellen. Andererseits halte ich es für ungeheuer wichtig, viel mehr Zeit und Energie aufzuwenden, um die b e s t e h e n d e n Ansätze von Arbeiteropposition - ob organisiert oder nicht - nach besten Kräften zu fördern und zu entwickeln. Und das heißt für mich vor allem: Konzentration auf d i e Fragen, die für oppositionelle Gruppen von Bedeutung sind, die „in diesen Kreisen" diskutiert werden. Notwendig ist eine (Wieder)aufnahme der Auseinandersetzung mit den Strömungen der (durchaus vorhandenen, aber stark zersplitterten) Arbeiter-Opposition. Hier hätte der AK eine große Aufgabe, die Diskussion wieder zu entfachen. und der Zersplitterung entgegenzuwirken. Die große Betriebsräte-Veranstaltung 1975 hat doch den Beweis geliefert, daß danach ein starkes Bedürfnis vorhanden ist! Ich denke, daß der AK i n d i e s e m S i n n zum Spiegel der Bewegung werden sollte! Und es ist ein noch einzulösender Anspruch, nicht nur Spiegel, sondern M o t o r der Bewegung zu werden.

Ich glaube es versteht sich von selbst, daß dies nicht nur ein Problem des Metall-Bereichs, sondern sämtlicher Betriebsbereiche ist. Ebenso ist dies nicht nur das Problem allein der schreibenden Genossen, sondern es gilt, bei allen Genossen die Haltung zu überwinden, daß man nicht über den Rand des eigenes Tellers (der eigenen Abteilung, des eigenen Betriebs)

hinaussieht. Ich bin davon überzeugt, daß in dieser Haltung ein nicht zu unterschätzender Faktor für die recht weit verbreitete Resignation vieler Genossen der Betriebsbereiche liegt. Wir haben keinen Anlaß, unsere durchaus vorhandenen Aktivposten ( siehe z.B. letzte BR-Wahlen) ausschließlich im „täglichen Kleinkram" zu verschleißen. Vielmehr sollten sie auch in die Waagschale geworfen werden, um zu einer stärkeren Auseinandersetzung und Zusammenarbeit der Arbeiter-Opposition in unserem Lande zu kommen, nicht zuletzt auch innerhalb unserer Organisation selbst.

Diese Sätze sollten auf keinen Fall als Polemik gegen den „täglichen Kleinkram" mißinterpretiert werden! Hartnäckigkeit ist hier unbedingt erforderlich, und die „große Politik" (Kontakte auf nationaler Ebene) können die konkrete tägliche Arbeit im Betrieb nicht ersetzen. In diesem Sinn unterstütze ich Ulrikes Stellungnahme in „Unser Weg Extra" (S. 22f) hundertprozentig. Schluß gemacht werden muß allerdings mit einer nicht zu übersehenden Kleinkariertheit unserer Arbeit, die nur in die Resignation führen kann. Zusammenfassend: Der AK sollte sich in seinem Teil Betrieb und Gewerkschaft (nur darauf bezieht sich mein Beitrag) ausdrücklich an die bewußten Teile der westdeutschen Arbeiterklasse richten; eine ausrichtung auf diffuse „Massen" von AK-Lesern in den Betrieben halte ich im Moment für unrealistisch. Thematisch muß der Schwerpunkt auf die politische Auseinandersetzung mit den vorhandenen Strömungen der gewerkschaftsoppositionellen Kräfte und natürlich mit der Politik der Gewerkschaftsführer gelegt werden - Berichterstattung über dies oder ienes Ereignis muß an die zweite Stelle treten. Als Vorschlag für den Beginn: eine kritische Bilanz der bisherigen Arbeit des Bochumer „Büros für Betriebsfragen", das mit seinen an eine Reihe von Betriebsgruppen verschickten Rundbriefen immerhin den Anspruch verfolgte, die Zersplitterung der Linken zu überwinden. In der Auseinandersetzung mit den Positionen und der bisherigen Praxis dieser Kollegen und Genossen dürften die vor uns liegenden Aufgaben recht deutlich werden.

Zum Schluß noch ein lang gehegter Wunsch an die Technik: Ich plädiere unbedingt für die Anschaffung der Schrifttype ‚Kursiv fett' für Hervorhebungen innerhalb kursiv.

**O. (Metall-Kommission, Hamburg)**



(Zitate. soweit nicht anders angegeben, aus „LG schlägt neue Zeitungs-Konzeption vor", AK 134, 24.7.78).

Die „Verkaufs- und Auflagenentwicklung des Arbeiterkampf" ist in der Tat

man Spezialinteressen bei gewissen Käufern befriedigen will, sondern weil gute Gründe dafür sprechen, diese Umtriebe auch über den Kreis eines Broschüren-Publikums hinaus breiter bekannt zu machen. Damit spreche ich mich natürlich nicht gegen Broschüren generell aus (Sie können in Einzelfällen höhere auflagen erhalten als der AK), und erst recht nicht gegen die Ausnutzung bündnispolitischer Möglichkeiten, die bei der Erstellung von Broschüren gegeben sind.

Zur Qualität des AK trägt zum Zweiten wesentlich bei, w i e die vielfältigen Themen behandelt werden. Da läßt sich sicher „durch eine Schulung des schreibenden und korrespondierenden Genossen" und durch die redaktionelle Bearbeitung Einiges verbessern und auch Einiges straffen durch Streichung überflüssiger Details und Einzelheiten. Was aber sind überflüssige Details? Zunächst einmal hebt es den AK von UZ, Rote Fahne, KVZ etc. positiv ab, daß er ausführlich und überzeugend Argumente mit Zitaten und ähnlichen „Details" belegt. Dazu Mao in „Über den Widerspruch": „Unsere Dogmatiker sind faule Kerle, die jede mühselige Forschungsarbeit in konkreten Dingen ablehnen; sie betrachten die allgemeinen Wahrheiten (besonders ihre jeweiligen eigenen, Anm. d. Verf.) als etwas vom Himmel Gefallenes, verwandeln sie in unfaßbare, rein abstrakte Formeln, negieren total die normale Reihenfolge der Erkenntnis der Wahrheit durch den Menschen und stellen sie auf den Kopf". Andererseits sind Details/Einzelheiten wirklich überflüssig, wenn sie nicht in übergreifende politische Zusammenhänge gestellt werden oder die Fragen, die bestimmte Fakten aufwerfen, nicht gründlich durchdiskutiert werden, sodaß das politische Bewußtsein gehoben wird. Dies Letztere fehlte mir öfter beim AK und daran gibts noch einiges zu tun. Abschließend noch dazu ein schönes Lenin-Zitat aus Mao „Über den Widerspruch": „Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle seine Zusammenhänge und ‚Vermittlungen' erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren".

**Ein ehemaliger Genosse aus West-Berlin**



Im folgenden erhaltet ihr einen Bericht über den Diskussionsstand zu dieser Frage bei uns. In der Diskussion wurden zunächst einmal nur Kritikpunkte gesammelt. Die meisten Kritiken und Vorschläge konnten deshalb nur andiskutiert werden.

Forderung:
Die AK-Redaktion sollte nur für den AK zuständig sein und für den AK ein Gesamtkonzept entwickeln. Nach diesem Konzept sollte die AK-Redaktion abwägen, was in den AK reinkommt, was politisch wichtig ist und was nicht in den AK reingehört. Auch zur AK-Redaktion gehört also ein berufsmäßiger Journalismus (Anm. des bearbeitenden AK-Redakteurs: was glauben diese arroganten Herrschaften eigentlich, was wir seit 7 Jahren machen?!)...



## Zeitung für wen?

a. Der AK hat den Anspruch, die A r b e i t e r z e i t u n g des KB zu sein.
Der Betrieb- und Gewerkschaft-Teil ist allerdings total verkümmert und bringt hauptsächlich nur Nachrichten.
Stattdessen stellt sich der AK heute als Magazin für die Linke dar.
b. Der AK kann und sollte auch nicht den Platz einer „Bunte Liste"-Zeitung (das ist nur ein Beispiel) einnehmen und kann auch nicht das Spektrum wie z.B. eine „Bunte Liste"-Zeitung ansprechen, weil diese nie so weitgehende Positionen formulieren würde.
c. Der AK sollte keine inhaltlichen Zugeständnisse machen, d.h. zu einem Sammelbecken für alle und jedes werden. Die Auflagenhöhe wird also auch in Zukunft vorrangig keine Sache der Länge oder des Preises sein, sondern eine Frage des Inhalts (s.o.).
d. Will der AK eine Arbeiterzeitung sein, muß überhaupt eine genaue Kenntnis über die Diskussion unter den Arbeitern bestehen und die Auseinandersetzungen damit müßten sich auch im AK wiederfinden. Artikel sollten stärker unter dem Aspekt geschrieben werden, was in der Arbeiterklasse diskutiert und wie es diskutiert wird und nicht, wie es unter linken Intellektuellen diskutiert wird.

## Technisches

1. Der AK sollte wesentlich dünner werden und wöchentlich erscheinen. (Ob dieses Ziel schon jetzt zu erreichen ist, wurde nicht mehr erörtert.)
2. Der AK sollte wieder ein Inhaltsverzeichnis wie z.B. im AK-extra erhalten.
3. Unter der Voraussetzung in 1. sollte der AK wieder billiger werden.

**Bericht über eine Diskussion in einem SSB-Bereich (Hamburg)**



Verbunden werden müßte dies m.E. mit einer systematischen Abonenntenwerbung, die wir bisher nur „nebenbei" betrieben haben.
4. Stärkere Ausrichtung des AK (Unterzeile „Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes") auf die Arbeiterklasse. Dies nicht im Sinne eines platten „Arbeiterismus" (wie sich etwa die KVZ – mangels konkreter Erfahrungen – so'n richtigen Proleten vorstellt), sondern dadurch, daß wir bei a l l e n (und nicht nur betrieblichen und gewerkschaftlichen) Problemen darauf achten; welche Fragen werden unter fortschrittlichen A r b e i t e r n (statt wie bisher L i n k e n ) diskutiert und w i e werden sie diskutiert. Das setzt eine Kenntnis dieser Diskussionen voraus, d.h. dies muß auf den Erfahrungen unserer Betriebsgenossen beruhen (s. hierzu den ausgezeichneten Lesebrief von Ulrike UW-extra „Wie geht's weiter im KB?").

Dies bedeutet auch, daß ich den Auswahlkriterien unter 1) hier ein drittes hinzufügen muß: Auswahl der Redaktion nach Klassengesichtspunkten, d.h. Ausbildung von Arbeiterkadern zu fähigen Redakteuren.
5. Schaffung anderer Zeitungen für diejenigen Bereiche, die (vgl. 2) jetzt aus dem AK herausfallen, insbesondere:
– theoretisches Organ (Unser Weg), regelmäßig und mit eigener Redaktion
– „Die Internationale", dito.
– Soweit möglich Beteiligung an, bzw. Initiierung von überparteilichen Zeitschriften (etwa zu Antifa-Fragen oder zu AKW/Ökologie-Themen evtl. auch zu Frauenfragen, Erziehungsfragen etc.).

Nur eine kurze Begründung dazu (ich würde mich gern zu einem fortgeschritterenem Stadium der Diskussion wieder zu Wort melden):

In den 7 Jahren seines Bestehens hat sich der AK (und eng mit ihm verbunden unsere gesamte Organisation) naturwüchsig immer weiter ausgedehnt. Zum einen inhaltlich, d.h. wir haben immer mehr Fragen dieser Gesellschaft zu unseren Fragen gemacht. Dies hat zum Entstehen immer neuer Rubriken geführt, was andererseits den Umfang zu stattlichen (und – so wird häufig auch von uns freundlich gesonnenen Lesern, vor allem aber auch von Genossen geäußert – nicht mehr zu bewältigenden) 64 Seiten geführt, mit dem für eine Zeitung stolzen, aber nicht vermeidbaren Preis von DM 2,-.

Diese fortschrittliche Entwicklung des AK trug aber m.E. schon den Keim der Stagnation der Entwicklung in sich und ist mittlerweile zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung geworden. Fortschrittlich war diese Entwicklung, weil sie den Blick in der Linken (vor allem auch der Genossen im KB) auf wichtige Fragen kommunistischer Politik gelenkt hat, die ohne ein Aufgreifen in der Zeitung von uns nicht angepackt worden wären (Frauenfrage, AKWs, Kinder- und Erziehungsfragen, Sexualität, Kultur). Den Keim des „Rückschritts" trug diese Entwicklung deswegen in sich, weil die bloße Summe aller dieser Bereiche den AK zu einem Nachrichtenmagazin für die Linke gemacht hat, einzelne Teile von Rubriken auch nur noch von Spezialisten verfolgt werden und werden können, die dies (und vor allem dies, nicht aber unser kommunistischer Standpunkt) am AK interessiert (vgl. Leserbriefe im letzten AK, vor allem den ersten), was ich hiermit gar nicht negativ beurteilen will (ich freue mich natürlich über die Anerkennung solcher Leser für die gute Untersuchungsarbeit, so etwas ist ja heutzutage bei linken Zeitungen leider nicht selbstberständlich), nur ist dies das Ziel einer k o m m u n i s t i s c h e n Zeitung? Die Lösung liegt aber m.E. nicht im „zurück" (einfaches „Abspecken" bestimmter Rubriken oder Teilen von diesen), sondern darin, das Nebeneinander der Rubriken aufzulösen in eine einheitliche Zeitung, in der vom Standpunkt des Gesamtinteresses der Zeitung her (ihres Gesamtschwerpunkts etc.) über die Aufnahme bestimmter „Spezialartikel" entschieden wird. Dies erfordert eine „mittelfristige Artikelplanung" (in Anlehnung an des ehemaligen Superministers Schiller selige „Mifrifi"), also ein Konzept, das über die einzelne Nummer hinausgeht, weil sonst bestimmte Fragen, deren Stammplatz in unserer Politik noch nicht erkämpft ist, immer hintenüber fallen. Dies erfordert aber vor allem die von mir geforderte Redaktion von Profis samt erstem Auswahlkriterium (politisch-ideologische Qualif.). Das zweite Kriterium ergibt sich aus der Notwendigkeit, sein Handwerk zu lernen (journalistische Fähigkeiten). Die Fähigkeit eines Journalisten geht über das einfache „schreib das mal auf" hinaus. Er/sie muß aus den vorliegenden Informationen die wesentlichen Informationen herausholen, die für eine Kommentierung und die Vermittlung eines genauen Bildes notwendig sind. M.E. setzt sich im AK (wie sollte es auch anders sein, niemand wird zum Journalisten „geboren") in fast allen Rubriken immer wieder die Losung durch: so viele Informationen wie möglich, alles was wir wissen + Kommentar. Ich möchte dagegen das Prinzip stellen: so wenig Informationen wie möglich, so viele wie eben noch nötig, um den Lesern ein wahrheitsgetreues Bild und eine eigenständige Beurteilung unseres Kommentars zu ermöglichen.

Zum dritten Auswahlkriterium habe ich oben schon das Wesentliche gesagt.

Das sollte zur bloßen Darstellung der Punkte, auf die es mir vorrangig ankommt, reichen.

**Klaus, SSB/Hamburg**

Die „Verkaufs- und Auflagenentwicklung des Arbeiterkampf" ist in der Tat
„besorgniserregend". Aber was hat die Zeitungskonzeption damit zu tun? „Objektive Schwierigkeiten, heute eine kommunistische Zeitung massenhaft zu verkaufen" lassen sich durch veränderte Zeitungskonzeption nicht aus dem Weg räumen; bedeutet politisch-inhaltliche Beschränkungen bzw. Verwässerung. Die Wahlzeiten der Bunten Liste mit ihrer 3o.ooo bzw.5o.ooo verkauften Auflage - mal ganz abgesehen von der Wahlkampfsituation - sind eben keine kommunistischen Zeitungen. „Starkes Absinken der Verkaufseinsätze", bedingt durch „objektive Schwierigkeiten beim Verkauf" sowie „durch den allgemeinen Zustand der Organisation", wie er z.Z. diskutiert wird, ist ebenfalls keine Frage der Zeitungskonzeption; eventuell mangelnde Indentifikation der Genoss(inn) en mit dem AK läßt sich wohl nur dadurch beheben, daß der AK noch stärker als bisher als Diskussionsgrundlage und besonders als Diskussionsforum in der Organisation benutzt wird. So kann das Bewußtsein: der AK bringt zum Ausdruck, was ich politisch denke und fühle, wachsen und das Engagement für den Verkauf gesteigert werden. Was die Argumente „viel zu dick, zu hoher Preis" angeht, so sollte man dem nicht zu große Bedeutung beimessen. Leute, die sagen: „zu hoher Preis", kaufen sich Zeitungen und Zeitschriften, die im Vergleich allein zur Quantität des AK viel teurer sind; sie haben also andere Gründe „Viel zu dick" ist sicherlich ebenso eine Ausflucht, denn bei wirklichem Interesse würde ich mir entweder Zeit nehmen oder, wie bei allen anderen Zeitungen und Zeitschriften, halt auswählen.

Soweit zu den von LG und AK-Redaktion angegebenen Gründen für das Sinken von AK-Verkauf und Auflage. Wohlgemerkt: n i c h t Gründe für eine neue Zeitungskonzeption. Diese wird vielmehr reichlich unvermittelt vorgestellt.

Die Hemmungen der Leute, die wir überzeugen wollen, eine kommunistische Zeitung zu kaufen, gehört zu den objektiven Schwierigkeiten, die zu verändern wir nur in ganz geringem Maße in der Hand haben. Was wir allerdings können ist: Leute, die den AK gekauft haben, durch die Qualität der Zeitung davon überzeugen, daß es lohnend ist, diese Zeitung auch weiterhin zu kaufen.

Zur Qualität des AKs trägt zum ersten wesentlich bei die Fülle der behandelten Themenbereiche, die ihn interessant und lebendig machen. Positiv zu nennen ist da der Aufschwung, den die Seiten Frauen, Schwule, Sexualität, Kultur, Aus Kirche und Gemeinde genommen haben - und besonders die Leserbriefe bzw. Diskussion im AK. Also auf keinen Fall Beschränkung der Thematik oder Auslagerung von Themenbereichen in Broschüren, da letzteres zum einen das Vertriebssystem sicher stark belastet, zum anderen auch die Erfüllung der Aufgabe der Kommunisten, nämlich „die a l l s e i t i g e Entwicklung des politischen Bewußtseins" (Lenin: „Die politische Agitation und ihre Einengung durch die Ökonomisten" in „Was tun?") behindern wird. Die bisherige ausführliche Behandlung z.B. der Nazi-Szene im AK geschieht doch sicher nicht, weil

Die meisten Kritiken und Vorschläge konnten deshalb nur andiskutiert werden.
Wir liefern also keine fertigen Ergebnisse.

Unser Beitrag soll vielmehr eine Anregung sein, sich über die aufgeworfenen Fragen weitergehende Gedanken zu machen und sie zu Papier zu bringen.

Die Diskussion bewegte sich im Wesentlichen um die folgenden Fragen:
1) Welche Aufgaben hat der AK?
2) Ist es notwendig, daß alles in den AK reinkommt?
3) An wen wendet sich der AK?

zu 1) Kritik an Einzelpunkten
a) Von ihrem Charakter her lassen sich die AK-Artikel in verschiedene Kategorien einordnen. Trotzdem ist nicht immer ersichtlich, was mit den Artikeln, betrachtet man sie für sich, erreicht werden soll oder in welche Strategie sie sich einordnen.
b) Es werden Informationen wiederholt, die durch die bürgerliche Presse hinlänglich bekannt sind (Filbinger-Artikel)
c) Artikel enthalten Aneinanderreihungen von Informationen aus Tageszeitungen (Pressespiegel), während der Standpunkt des KB kaum entwickelt und/oder vermittelt wird (Cuba-Artikel AK 136)
d) Die entgegengesetzte Seite ist, daß ein Zuviel an Kenntnissen wie auch an Theoretischen Grundlagen, die in alten AKs zu finden sind, vorrausgesetzt wird, sodaß ein Einstieg kaum möglich ist.

Vorschläge zur Verbesserung
a) Straffung des AK-Konzepts in der Weise, daß
– Schwerpunktsetzungen deutlich erkennbar sind;
– die politische Analyse in den Vordergrund rückt;
– Fakten als Belege der politischen Analyse nur dort gebraucht werden, wo sie unabläßlich sind;
– detaillierte Informationen nur dort gebracht werden, wo die bürgerliche Presse sie fälscht oder verschweigt;
– die Vielzahl von Kleininformationen erheblich reduziert wird;
– ein Großteil des Antifa- und Internationalismus-Teils in Broschüren ausgelagert wird, da z.B. viele Spezialnachrichten im Antifa-Teil nur noch von Spezialisten verarbeitet werden können. Ähnliches trifft auch für die Prozeß-Berichterstattung zu.

b) Die Auseinandersetzung im AK über Leserbriefe z.B. sollte fortgesetzt und intensiviert werden, insbesondere, wenn es sich um wichtige Themen handelt. Das setzt natürlich wieder eine wesentlich stärkere Schreibtätigkeit der Genossen(innen) voraus. Die Redaktion sollte diese Leserbriefe beantworten, sodaß sie nicht einfach im Raum stehen bleiben.

zu 2) Kritik am AK-Konzept insgesamt
a) Es besteht kein Gesamtkonzept, keine Gesamtstrategie des AK. Stattdessen ergibt sich ein Bild der Zerfahrenheit. Durch das Rubrikwesen hat sich ein weitverbreiteter Rubrikenlobbyismus eingeschlichen sodaß wesentliche Sachen wegfallen, während Unwesentliches nur Raum ausfüllt. (Beispiel: wenn im Europateil Informationen aufgenommen werden, die unwichtig sind, aber reinkommen, weil der entsprechenden Kommission Raum zusteht). Eine Zeitung sollte eine zentrale Ausrichtung und Schwerpunktsetzung haben – „aus einem Guß sein". Das Rubrikenwesen wurde von daher ganz in Frage gestellt.

Vorweg meine Vorschläge zur Verbesserung des ARBEITERKAMPF:
1. Einrichtung einer Redaktion, deren Mitglieder sich b e r u f s m ä ß i g und in V o l l z e i t beschäftigung mit der Erstellung des AK beschäftigen. Die Mitglieder einer solchen Redaktion sollten nicht – wie bisher üblich, da es sich ja in der Regel gleichzeitig um unsere auch auf anderen Gebieten fähigsten Genoss(inn)en handelt – gleichzeitig noch ganze Bereiche/Zellen in deren praktischen Arbeit anleiten.

Die Auswahl dieser Genossen müßte in erster Linie nach politisch-ideologischen Kriterien, in zweiter Linie aber auch nach dem Kriterium journalistischer Fähigkeiten (bzw. „Talente") erfolgen, ein drittes Kriterium sollte ihre soziale Herkunft sein (s.u.).
2. Abschaffung des „Rubrikenwesens", in dem die Kommissionen für die Gestaltung „ihres" Teils des AK selbst verantwortlich sind und damit „ihre" Seiten logischerweise nur aus dem Blickwinkel ihres „Spezialistentums" nicht, bzw. nur eingeschränkt, aber vom Gesamtinteresse des AK und des KB her bestimmen können.

Die Zeitung muß von der Redaktion „aus einem Guß" gemacht werden; sie bestimmt, welche Artikel erscheinen sollen, sie erarbeitet ein vollständiges Konzept für den AK. Das setzt voraus, daß die Redaktion den Untersuchungsstand in den Kommissionen kennt, was nur möglich ist, wenn die hauptamtlichen Redakteure schon vor der eigentlichen Erstellung der Artikel mit den Kommissionen sprechen können etc. (und dies setzt die vorhandene Zeit voraus, daher: Profis her!). „Rupriken" existieren nur noch in dem Ausmaß wie bei jeder anderen Tages-/Wochenzeitung, wo auf den ersten Seiten stets die wichtigsten Nachrichten stehen, grundsätzlichere Artikel, Dokumentationen im hinteren Teil. Auch ohne Rubriken weiß ich z.B. bei der „FR" genau, wo ich internationale Meldungen, kulturelle Artikel etc. finden kann.
3. Die wöchentliche Herausgabe des AK in wesentlich reduziertem Umfang (so ca. 24 Seiten) muß vorbereitet werden. Die Bedingungen für das wöchentliche Erscheinen in absehbarer Zeit (sagen wir in einem halben Jahr) sind sofort zu schaffen. Dazu zählt m.E. vor allem der unter 1) genannte Punkt, die Redaktion. Hauptargument gegen das wöchentliche Erscheinen war m.W. bisher die enge, vor allem persönliche Verzahnung von AK-Erscheinungsrythmus und praktischer Anleitung der Organisation.

Zu den technischen Voraussetzungen kann ich mangels detaillierter Kenntnis nicht so viel sagen, doch leuchtet mir nicht ein, wieso bei insgesamt angestrebter (auch auch auf zwei Wochen umgerechneter) Reduzierung des Umfangs (48 statt wie zuletzt 64 Seiten) dieses mehr als nur ein lösbares „technisches Problem" sein kann.

Der Vetrieb, der ohnehin auch bisher zum größten Teil in der ersten Woche läuft, wird vermutlich die größten Schwierigkeiten bereiten. Mittelfristig werden sich aber m.E. die erstmal sicher zu beobachtenden Verkaufsrückgänge mehr als nur wieder wett machen durch die wachsende Attraktivität durch Aktualität (im Zusammenwirken mit den anderen Maßnahmen).

# Anmerkung zum Schreiben von AK-Artikeln

„Bock-Prinzip" wird von manchen Genossen vorzugsweise auch beim Abfassen von Artikel-Manuskripten für den AK praktiziert. Beispiele:
– Manuskripte in totaler Kleinschreibung;
– Manuskripte, in denen wild abgekürzt wird (u. statt und, Gen. statt Genossen, Org. statt Organisation usw. usf.).
– Manuskripte, in denen Korrekturen per Hand total unleserlich zwischen die Spalten geknallt sind;
– Manuskripte, in denen Einfügungen im Text angemerkt und an den Schluß des Manuskripts oder auf die folgende Seite oder sonstwo drangehängt sind;
– Unleserliche Durchschläge statt des Originalmanuskripts;
– Nicht vorkorrigierte Manuskripte;

Hier ein paar verbindliche Hinweise für das Abfassen von Manuskripten:
– Die Artikel sollen nicht mit dem kleinsten, sondern mit dem nächstgrößeren Zeilenabstand geschrieben werden, da sie dann besser korrigiert und abgetippt werden können.
– Die Artikel sollen nicht über die volle Seite getippt werden, sondern auf Spalte (35 Anschläge, dabei zählen die Leerstellen zwischen den Worten mit). Dies empfiehlt sich, damit für die redaktionelle Bearbeitung auf der anderen Seitenhälfte Platz ist, und ebenso wegen der besseren Lesbarkeit beim Abtippen.
– Handschriftliche Korrekturen müssen gut lesbar sein; es empfiehlt sich ein dünner schwarzer Stift, am besten Druckschrift. Die Korrektur sollte nicht mehr Raum füllen als unbedingt nötig, um noch etwas Platz für eine redaktionelle Nachkorrektur zu lassen.
– Artikel sollten in normaler Schreibweise abgefaßt sein (nicht in totaler Kleinschrift). Abgekürzt werden sollten nur Worte, die normalerweise und allgemein gebräuchlich abgekürzt werden (usw., etc., ca., Mio.).
– Die Manuskripte sollten gut lesbar sein.
– Es empfiehlt sich – wer kann – beim Schreiben „Tipp-Ex" (Korrekturpapier) zu verwenden und kleinere Schreibfehler gleich auszubügeln.
– Bei längeren Einfügungen empfiehlt es sich, diese nicht handschriftlich zu machen und auch nicht als Nachschub irgendwo an das Manuskript anzuhängen, sondern solche Einfügungen unter Verwendung von Schere und Klebstoff an Ort und Stelle ins Manuskript zu plazieren.

An dieser Stelle aus gegebenem Anlaß auch ein paar Worte zum Abfassen von Berichten, Protokollen, Stellungnahmen etc., die derzeit aus Anlaß unserer Organisations-Debatte recht zahlreich zusammenkommen. Bei den Berichten treten alle Mängel, die bei AK-Manuskripten auftreten, natürlich um ein Vielfaches verstärkt auf. Teilweise waltet offensichtlich die schiere Hemmungslosgkeit und Gedankenlosigkeit. Beispiele:
– Es gibt tatsächlich Berichte, in denen jedes dritte oder vierte Wort abgekürzt ist. Genossinnen und Genossen, versucht doch s e l b s t einmal, so einen Bericht zu lesen!
– Kleinstmöglicher Zeilenabstand wird von vielen Genossen bei Berichten bevorzugt.
– Dieses Erscheinungsbild von Berichten und Protokollen wird oft noch dadurch gesteigert, daß die Texte von vorn bis hinten ohne Absätze durchgeschrieben werden.
– Oft wird anscheinend auf das Schreiben derartiger Berichte und Stellungnahmen zu wenig Vorüberlegung verschwendet, w a s man eigentlich schreiben will. Die Gedanken kommen sozusagen beim Schreiben und werden einfach aneinandergereiht.

Erfahrungsgemäß ist es unheimlich schwer, derart lieblos zusammengeknallte Texte zu lesen und geistig zu erfassen. Auch wenn es beim Schreiben schwerer fällt: Die Texte sollten nicht in Stenogramm und Kürzel geschrieben werden, sondern in normaler Form. Jeder Satz sollte einen Sinn ergeben. Es braucht nicht bis an den äußersten Rand der Seite geschrieben zu werden. Es sollten vor dem Schreiben die eigenen Gedanken ein bischen strukturiert werden und dann beim Schreiben diese Struktur durch Absätze, Hervorhebungen, eventuell Zwischenüberschriften etc. dem Leser übersehbar gemacht werden. Wichtig auch : Berichte, Protokolle etc. sollten immer einen Hinweis enthalten, um was es sich handelt (Verfasser – Anfangsbuchstabe genügt –, Ort und Bereich, Datum).

Dankeschön und auf weitere gute Zusammenarbeit!

**AK-Redaktion**

# KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?

Bei der Beantwortung der Frage *„Wie geht's weiter im KB"* spielt die Frauenfrage eine wesentliche Rolle. Denn kaum eine andere Frage hat in den letzten Jahren für die innerorganisatorische und politische Entwicklung des KB eine derartige Bedeutung gehabt wie diese.

Die Frauenfrage haben wir 1975 nicht nur aus der Notwendigkeit der Teilnahme an der Bewegung gegen den § 218 in die Organisation getragen, sondern auch als Reaktion und Ergebnis der Bewußtwerdung über unsere eigene Unterdrückung als Frau in dieser Gesellschaft. Der erste Schritt war die Gründung der AG Frauen.

Wir gingen mit viel Elan daran, unsere Lage als Frauen im Betrieb, als Hausfrau, Mutter, Studentin, Sexualobjekt usw. zu analysieren, untersuchten alle wichtigen Fragen wie Militarisierung der Frau, Frauenkriminalität, Gewalt gegen Frauen etc. Dem von der Regierung und bürgerlicher Presse inszenierten Rummel um das „Jahr der Frau" setzten wir die Forderungen nach Legalisierung der Abtreibung, Abschaffung der Leichtlohngruppen usw. entgegen und wehrten uns gegen die Festlegung der Frauen auf die „Heim- und Herd"-Ideologie. Wir lasen Clara Zetkin, Alexandra Kollontai, Rosa Luxemburg und andere Texte der proletarischen Frauenbewegung, die uns darin bestätigten, daß der Sozialismus nur mit der proletarischen Frau siegreich sein kann. Besondere Solidarität spürten wir mit den am Kampf gegen den Imperialismus teilnehmenden Frauen des vietnamesischen Volkes und ihrer Emanzipation in diesem Kampf. Besonderen Mut machten uns die Frauen in China auf ihrem damals weit vorangeschrittenen Weg der Emanzipation.

Wir entdeckten den 8. März erstmals als internationalen Kampftag der proletarischen Frauenbewegung. Bei jedem neu erschienen AK durchforsteten wir zuerst die Frauenseiten. Wehe, es fehlte etwas, wir kämpften um jeden Artikel. Das Ergebnis war eine große Öffentlichkeitswirksamkeit der Frauenfrage, was sich wiederum in enormen Teilnehmerzahlen an Demonstrationen gegen den § 218, Frauenfesten und der schnellen Bildung einer großen Zahl von Frauengruppen niederschlug.

In der Organisation wurde die Frauenfrage schnell Thema Nummer 1. Solange die Frage „politisch" blieb, d.h. solange es um den Kampf gegen den § 218 ging, die Mobilisierung „unbewußter" Frauen für ihre Rechte, wurde unsere Arbeit akzeptiert, zumal die Erfolge offenkundig waren. In d e m Augenblick aber, in dem wir unsere Forderungen an die Genossen stellten, ernteten wir Protest. Wir propagierten damals, daß alle Genossinnen das Recht haben, sich in Frauengruppen zusammenzusetzen. Wir ernteten scharfe Ablehnung — mit dem Argument, dies würde die Einheit der Arbeiterklasse spalten. Wir diskutierten mit vielen Genossen; Uneinsichtige mußten sich durch unsere Praxis (frau nehme sich ihr Recht) geschlagen geben. Ähnlich erging es uns mit unserer Forderung, als erste in Versammlungen zu einer Frage Stellung nehmen zu können. Vielen Genossen wollte es einfach nicht in den Kopf, daß Frauen auf Grund ihrer in der Gesellschaft „genossenen" Erziehung größere Schwierigkeiten haben, aktiv in eine Diskussion einzugreifen — und daher dieses besondere Recht notwendig ist. Sie belächelten uns eher.

Am erfolgreichsten waren wir mit unserer Forderung, daß mehr Genossinnen in Anleitungsgremien gehörten, und mit unserer Forderung, bei Betreuung mit solchen Aufgaben unter gleichqualifizierten Genossen und Genossinnen der F r a u den Vorzug zu geben. Das LG hinkte dabei mit gutem Beispiel voran. Entsprechend der Parole „Frauen haben das Recht, sich jederzeit zusammenzusetzen" entstanden in allen Bereichen Frauengruppen, an denen viele Genossinnen aktiv teilnahmen und die Delegierte in Anleitungsgremien als Frauenverantwortliche entsandten.

Dieser Kampf um die Gleichberechtigung der Frau brachte uns nicht nur öffentliche Anerkennung, nicht nur einen politischen Lernerfolg, sondern erhöhte auch das Selbstbewußtsein vieler Genossinnen, was sich nicht nur in aktiverer Teilnahme an politischen Diskussionen, sondern auch bewußterem Herangehen an persönliche Probleme, Beziehungen etc. niederschlug. Die Scheidungsquote im KB stieg steil bergan! Gott sei Dank!

Unsere Erfahrungen zeigen für die gegenwärtige Diskussion folgendes:

1. *„In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation [Freiheit] das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation"* (Charles Fourier, zitiert bei Clara Zetkin). Die Aufmerksamkeit der Organisation in der Frauenfrage, der Grad der Emanzipation der Genossinnen in der Organisation ist Maßstab für den revolutionären Charakter der Organisation. Legt ihn an, Genossinnen!
2. Nichts verändert sich, wenn wir es nicht verändern. *Die Durchsetzung der Frauenfrage in der Organisation hat für uns Mühe und Kampf bedeutet.* Das Ergebnis dieses Kampfes war unzweifelhaft eine Stärkung der Organisation, nicht nur unmittelbar in politischer Hinsicht, sondern auch dadurch, daß der Elan, die Energie und das Selbstbewußtsein der Genossinnen für unsere revolutionäre Arbeit erhöht worden ist.
3. Im Gegensatz zu dem Leserbrief, mit dem in AK 132 die laufende Diskussion eröffnet worden ist, und in dem der Finger auf den Widerspruch zwischen „persönlichen Bedürfnissen" und politischen Anforderungen gelegt wird, hat die Frauenfrage gezeigt, daß dieser Widerspruch nicht unbedingt bestehen muß, bzw. hier lösbar ist: was viele Genossinnen persönlich betraf ist, auf den Tisch gebracht worden, als politisches Problem begriffen worden und als Aufgabe in unsere revolutionäre Taktik einbezogen worden. Warum sollte dies nur für die Frauenfrage gelten?

## Frauenarbeit zur Aufgabe der gesamten Organisation machen?

Mitte 1976 trat in der Behandlung der Frauenfrage im KB eine Wende ein. Einerseits arbeiteten sehr viele Genossinnen in den Frauengruppen mit und waren dadurch teilweise doppelt belastet und doppelt organisiert. Die Genossinnen machten nicht nur ihre bisherige „normale" Arbeit, sondern z u s ä t z l i c h die Frauenpolitik. Diese politische Doppelbelastung war im Grunde nicht einzusehen und langfristig eine Überforderung. Andererseits schien die Frauenfrage in der Organisation als Thema breit durchgesetzt. Dies veranlaßte uns, die Parole auszugeben: Macht die Frauenarbeit zur Aufgabe der gesamten Organisation. Die Folge war allerdings nur, daß ein Großteil der bestehenden KB-Frauengruppen such auflöste, während die Frauenverantwortlichen in den Bereichen beibehalten wurden. Im Nachhinein betrachtet ist dieser Schritt falsch gewesen — die Organisation war für eine solche Anforderung noch nicht stark genug. Außerdem war die Frauenpolitik insgesamt doch noch nicht fest genug verankert — bestand doch mit der Zeit die ganze Frauen„verantwortlichkeit" nur noch pro forma.

Nach und nach fiel die Frauenpolitik in den Diskussionen völlig hintenrunter. Der Stellenwert, der ihr noch zu Beginn der Frauenarbeit insgesamt beigemessen wurde, sank auf Null. Mehr und mehr setzte sich wieder die Auffassung durch, Frauenpolitik sei zweitrangig, eine Nebensache. Feststellen ließ sich das auch daran, daß die Termine der einzelnen Frauengruppen immer weniger wichtig genommen wurden und andere „aktuelle" politische Fragen a l t e r n a t i v in den Vordergrund gerückt wurden.

Mehr und mehr setzte sich dann auch durch, Frauenarbeit als Modeerscheinung zu begreifen, d.h. immer nur dann in der Frauenbewegung mitzuarbeiten, wenn sich dort etwas „tut". Noch heute wird diese Meinung von vielen Genoss(inn)en vertreten.

Damals äußerte sich diese Haltung vielfach im Abwandern der Genossinnen aus den Frauengruppen und in der Hinwendung z.B. zur Anti-AKW-Bewegung.

Es wäre damals notwendig gewesen, die Parole „Macht die Frauenpolitik zur Sache der gesamten Organisation" nicht etwa als Aufruf zur Auflösung der eigenständigen Frauengruppen des KB zu sehen, sondern im Gegenteil gerade die Arbeit dieser Genossinnen zu unterstützen. Unterstützung nämlich bei der eigentlich notwendig anstehenden Kleinarbeit in der Frauenpolitik — nach dem Erlahmen der autonomen Frauenbewegung im Rahmen der „Reform" des § 218 und des Sich-Zufriedengebens mit diesem neuen Gesetz.

## Wir brauchen wieder KB-Frauengruppen an jedem Ort!!!

Obwohl seit ca. einem Jahr wieder mit einer Aufbauarbeit in unserer Frauenpolitik im nationalen Rahmen begonnen worden ist, kann doch noch keine Rede davon sein, daß die Frauenarbeit wieder insgesamt ein Bestandteil der Diskussionen in der Organisation wäre.

Im Gegenteil: Wir stehen oftmals noch schlechter da, als zu Beginn unserer Frauenarbeit 1975 — was den Widerstand der Genossen betrifft. Nach wie vor werden die winzigen Ansätze, die noch in Form einzelner individueller Einsätze von Genossinnen — die sich immer noch nicht von ihrer Frauenarbeit haben abbringen lassen — bestehen, vielfach mit der Bemerkung, das sei alles „unpolitisch", vom Tisch gewischt.

Um jede Frauendiskussion in jeder Einheit muß heute hart gekämpft werden. Wir wollen hier nur an die Debatten um das Engagement der Frauenbewegung gegen die „Selbstmorde" und Terrorismus-Hetze erinnern, oder an die Auseinandersetzungen um unsere Unterstützung der Frauenproteste beim „Tunix"-Festival oder — jüngstes Beispiel — die nach wie vor anstehenden Diskussionen um Widersprüche zu unserer Einschätzung und Behandlung des „Stern"-Prozesses. Dafür fallen sehr schnell Bemerkungen darüber, daß angeblich die Frauenseiten im AK in letzter Zeit zunehmend „langweilig und unpolitisch" seien. Bisher ging bei uns allerdings noch keine einzige konstruktive Kritik ein, die ihre Einschätzung auch belegt und Alternativen aufgezeigt hätte.

Dort, wo einzelne Genossinnen heute tatsächlich Frauenarbeit im eigentlichen Sinne machen, kann also keine Rede davon sein, daß ihre Arbeit etwa von den anderen Genossen anerkannt wird. Soll ihre Arbeit überhaupt beachtet werden, muß sie mindestens doppelt so erfolgreich wie die politische Arbeit auf anderen Sektoren sein.

Wenn es aber mal darum geht, für irgendwelche Resolutionen, Flugblätter o.ä. Unterschriften zu sammeln, sind viele Genossen schnell bei der Hand, nach dem Beitrag dieser oder jener Frauengruppe zu fragen, vorwurfsvoll natürlich, falls Zustimmungen der Frauengruppen noch ausstehen. Damit werden dann die Genossinnen, die in den Frauengruppen arbeiten, unter Druck gesetzt: Sie müssen etwas „Vorzeigbares" aufweisen, um als politisch arbeitende Menschen überhaupt was zu gelten. Mit anderen Worten: Auf der einen Seite verweigern Genossen die politische Anerkennung für die Frauenarbeit, auf der anderen Seite wird gemeckert, wenn Frauen fordern, daß in ihren Gruppen genauso gründlich über bestimmte Aktionen diskutiert werden muß wie z.B. in Anti-AKW- oder anderen Initiativen. D.h. die Frauengruppen werden nur nach ihrem „Nutzeffekt" beurteilt, die Mitarbeit von Genossinnen nur als Vehikel für andere politische Arbeit betrachtet.

Im Zusammenhang gesehen, sind diese Zustände allerdings nicht verwunderlich: Gibt es doch heute in nahezu k e i n e r Ortsgruppe mehr eine KB-Frauengruppe, die man als arbeitende Gruppe in diesem Sinne bezeichnen könnte. Gibt es doch auch fast nie Genossinnentreffen in den Ortsgruppen, z.B. vor wichtigen Terminen, um sich abzusprechen, zu beraten, was die Frauen zu diesem oder jenem Thema zu sagen haben, wie frau es durchsetzt, daß die Frauenpolitik entsprechend diskutiert wird. *Wir haben nach wie vor das Recht, uns zusammenzusetzen, wann immer w i r es wollen!*

Selbst wo es ab und zu diese Genossinnentreffen noch gibt, arbeiten die Frauen oft gegeneinander. Die eine weiß gar nicht richtig, was die andere in ihrer Frauengruppe tut, es gibt keine fundierte Einschätzung der Frauenbewegung vor Ort, aber dann wird irgendein Eingreifen, Kontakte mit anderen Frauengruppen etc. besprochen, ohne dafür überhaupt eine B a s i s zu haben. *Ohne diese Grundlage einer o r g a n i s i e r t e n, klaren und r e g e l m ä ß i g e n Debatte um unsere Frauenarbeit in einer festen KB-Frauengruppe k a n n es gar keine eigenständige Frauenarbeit geben.* Deshalb fordern wir von jeder Ortsgruppe, die nicht gerade aus drei männlichen Genossen besteht, die Einrichtung von KB-Frauengruppen, in denen mindestens eine Genossin mitarbeitet, d i e f ü r d i e F r a u e n a r b e i t f r e i g e s t e l l t werden muß. D.h. diese Genossin macht ausschließlich Frauenarbeit, und ist dafür in der Ortsleitung vertreten. Je nach Stärke der Ortsgruppe sollte dann beraten werden, welche Genossinnen außerdem sich vollständig in der Frauengruppe grundorganisieren.

Dabei ist es oft einer der vielen Fehler in der Aufnahmepolitik unserer Organisation, daß Genossinnen, die über die Frauenarbeit gewonnen wurden, mit Eintritt in den KB plötzlich in ganz anderen Arbeitsbereichen eingesetzt werden. Anscheinend sind sie jetzt „reif" für die „große" Politik?! Auf diese Art und Weise fungieren Frauengruppen, in denen KB-Genossinnen mitarbeiten, tatsächlich als „Durchlauferhitzer". Anstatt gerade diese Genossinnen als Unterstützung und Verstärkung unserer Frauenarbeit zu verstehen, neue Frauengruppen zu gründen, die Untersuchungsarbeit auf breitere Basis zu stellen, z.B. auch AK-Lesekreise nur für Frauen zu gründen, die von diesen Genossinnen angeleitet werden können. Letztendlich haben diese Genossinnen doch auch noch eine moralische Verpflichtung: ihnen ist an ihrer eigenen doppelten Unterdrückung bewußt geworden, wie sie sich wehren können — und diese Erfahrungen sollen sie nicht fruchtbar weiter vermitteln? Absurd!

**Dabei sollte in den Diskussionen auch beachtet werden, daß Frauenarbeit keine Sache ist, die wir uns sozusagen als Luxus zusätzlich leisten, sondern ein Bein ist, auf dem unsere Arbeit insgesamt stehen wird. D.h. wir müssen gerade über die Frauenarbeit auch Menschen begeistern und gewinnen, mit uns zusammen für den Sozialismus zu kämpfen.**

**Wir schlagen vor, daß als erste Maßnahme zur Diskussion dieses Artikels alle Regionen Frauen-VVs durchführen (die AG Frauen kann zu den Diskussionen gerne eingeladen werden!), von denen Diskussions-Protokolle erstellt werden. Auf dieser Grundlage sollte dann auch die Diskussion in Ortsleitungen und Einheiten (ebenfalls mit Protokollierung!) geführt werden. Auf jeden Fall aber sind in jeder Ortsgruppe KB-Frauengruppen einzurichten!**

**GEWINNEN WIR DIE FRAUEN!**

**Zwei Genossinnen der**
**AG Frauen/KB Gruppe Hamburg**

# tip's...




Die Frauen erfahren an ihren Arbeitsplätzen tatgtäglich in besonderem Maße, was Ausbeutung, Akkordhetze und Entfremdung von der Arbeit bedeuten.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die Situation der arbeitenden Frauen in den verschiedenen Bereichen
- über Industriearbeit
- die Lohnsituation der Frauen, Vergleich zur DDR
- den Angestelltenbereich
- Arbeitslosigkeit der Frauen
- Soziale Berufe
- Ausbildungschancen für Mädchen
- gesetzliche Grundlagen
- den gewerkschaftlichen Kampf

**90 Seiten, Format A5, DM 2,50**




Redebeiträge der Betriebsräte- Großveranstaltung am 6. Dezember 1975 in Hamburg, zu der gewerkschaftliche Funktionsträger aus zahlreichen Betrieben sowie Jugendvertreter aufriefen, mit dem Ziel, unterschiedliche Standpunkte und notwendige Zusammenarbeit oppositioneller Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren. Ein Teil der dortigen Redner mußten bald darauf bitter am eigenen Leibe erfahren, was „innergewerkschaftliche Demokratie" heißt!

**40 Seiten, Format A5, DM 2,–**



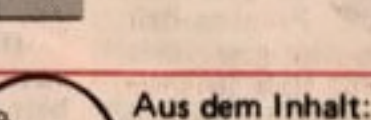

Nach der Studentenbewegung praktizierte die GEW- Führung gegenüber der Linken eine Integrationsstrategie. Das änderte sich auf dem Mainzer Bundeskongreß: GEW – Partnerin des Staates zur Durchführung reaktionärer Bildungspolitik. Zu dieser Auseinandersetzung in der GEW im März 1973 – September 76 sind reichhaltige Beispiele und Dokumente aus GEW: Bund, Hamburg, Westberlin, Bremen, Niedersachsen angeführt. Die Bedeutung dieser Broschüre liegt in der kritischen Aufarbeitung dieser Auseinandersetzung.

**116 Seiten, Format A5, Dm 3,50**




Thälmann behandelt in seinen Beiträgen auf dem 10. Plenum des EKKI Juli 1929 u.a. Fragen wie: Faschisierung der Gewerkschaften, das Problem der Ausgeschlossenen, Reverse, „Unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen", Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, Eroberung der Gewerkschaften, Rolle der Arbeiterinnen und der Jugend.

**120 Seiten, Paperback, DM 3,50**






Aus dem Inhalt:

- Erste Gewerkschaftsausschlußverfahren wegen Unterstützung des Russell-Tribunals
- ÖTV-Führer Schwalbach: „Bei uns herrschen strenge Bräuche"
- HSW Hamburg: Verfassungsschutz überprüft einen Betrieb
- Zusammenarbeit des DGB-Apparats mit dem VS

**24 Seiten, Preis DM 1,50**

ausschneiden und an j.reents-verlag-Lerchenstr.75,2 HH 50 schicken.

- ○ Frauenarbeit DM 2,50
- ○ Betriebsrätever-anstaltung DM 2,–
- ○ Antirepressions-Info 5 DM 1,50
- ○ GEW-Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie DM 2,–
- ○ Ernst Thälmann: Über Gewerkschaften DM 3,50

# 5 Jahre Ausschlußterror im DGB

## . . . dokumentiert und analysiert im »Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen«

Vor fünf Jahren, am 3.10. 1973, beschloß der DGB-Bundesvorstand, daß Mitglieder des DGB nicht gleichzeitig einer kommunistischen Organisation angehören oder deren Arbeit und Zielsetzungen auch nur unterstützen dürfen. Andernfalls begründe dies ihren sofortigen Ausschluß aus der Gewerkschaft.

Dem DGB-Unvereinbarkeitsbeschluß, der fortan bindend für alle Einzelgewerkschaften war, waren bereits vorbereitende Beschlüsse in einigen der Einzelgewerkschaften vorausgegangen – vor allem in der IG Druck & Papier und in der IGM im Frühjahr 1973. Der Hauptvorstand der IG Druck & Papier hatte am 9.3.73 den ersten für eine Einzelgewerkschaft verbindlichen Unvereinbarkeitsbeschluß verkündet, der mit seinen weitreichenden und schwammigen Formulierungen bereits den Kurs für uneingeschränkte Ausschlußwillkür absteckte:

*„Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur ‚Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition' (RGO) oder Gruppen mit gleicher beziehungsweise ähnlicher Zielsetzung bekennen, deren Bestrebungen durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen § 4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § 11 (Ausschluß aus der Gewerkschaft) Ziffer 1a beziehungsweise 1c anzuwenden."*

In späteren Beschlüssen wurden dann die „K-Gruppen" einzeln aufgelistet zu *„gegnerischen Organisationen"* der Gewerkschaft erklärt. Überhaupt wurde im weiteren noch an den Beschlüssen solange rumgefeilt, bis den Gewerkschaftsführern tatsächlich kein Jota mehr im Wege stand, um jedes Gewerkschaftsmitglied, daß ihnen wegen seiner oppositionellen Haltung mißliebig war, unanfechtbar rausfeuern zu können. Beispielhaft dafür ist u.a. eine Entschließung vom 11. Gewerkschaftstag der IGM (September 1974), in der dekretiert wurde:

*„Nach der ab 1.1. 1975 gültigen Satzung kann der Ausschluß eines Mitgliedes ohne Untersuchungsverfahren (!) aber auch erfolgen, wenn die Mitgliedschaft in einer gegnerischen Organisation nicht eindeutig nachgewiesen werden kann (!), aber feststeht, daß sich das Mitglied an gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten gegnerischer Organisationen beteiligte oder diese unterstützte."*

In welchem Umfang mit derartigen Beschlüssen im Rücken in den vergangenen Jahren die Vorstandswillkür in den DGB-Gewerkschaften gewütet hat, darüber bietet ein kürzlich im ARBEITERKAMPF-Verlag erschienes Buch ausführliche Dokumente, Berichte und Analysen: **ROTBUCH ZU DEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN** (650 Seiten, 22 DM). Die Zeitschrift „Dasda-Avanti" urteilte in ihrer August-Ausgabe über dieses Buch: *„Die abgedruckten Dokumente beweisen: Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden."*

In der Tat sind die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von den Gewerkschaftsführern dazu eingesetzt worden, um sowohl Mitglieder kommunistischer Organisationen wegen ihrer politischen Aktivitäten a u ß e r h a l b der Gewerkschaft (z.B. Kandidatur zu Palamentswahlen) auszuschließen, als auch jede mit der Vorstandspolitik nicht übereinstimmende gewerkschaftliche und betriebliche Aktivität (Kandidatur auf oppositionellen Betriebsratslisten, Kritik an der Tarifpolitik, Entwicklung einer aktiven und fortschrittlichen Jugendarbeit, Aufbau einer selbständigen Frauenpolitik, Information und Mobilisierung gegen Atomkraftwerke, konkreter Protest gegen die Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie usw.) als „kommunistisch" und „gewerkschaftsschädigend" zu brandmarken und ihre aktiven Träger rauszufeuern. Es entspricht natürlich dem Zustand und der vorherrschenden Politik der DGB-Gewerkschaften, daß derartige oppositionelle und klassenbewußte Aktivitäten heute auch zumeist von kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern organisiert werden oder diese zumindest eine wesentliche Rolle mit dabei spielen. Das bedeutet für fortschrittliche nichtkommunistische Gewerkschaftsmitglieder gleichzeitig, daß für sie die Frage der innergewerkschaftlichen Zusammenarbeit mit Kommunisten eine logische und absolut notwendige Angelegenheit ist, wenn sie die Gewerkschaft als i h r e Interessensorganisation und nicht als private Hausmacht der Vorstände begreifen, um die Aussöhnung mit den Kapitalisten durchzusetzen und die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiter zu disziplinieren. Von daher sind die Unverenbarkeitsbeschlüsse mit ihrer Kriminalisierung auch jeder „Unterstützung" usw. kommunistischer Aktivitäten schon von ihrer Festlegung her tatsächlich gegen die g e s a m t e vorhandene und potentielle innergewerkschaftliche Opposition, gegen j e d e s kritische Engagement gegenüber der Vorstandspolitik gerichtet. Selbst Gewerkschaftsmitglieder, die schlicht den Ausschluß von Kommunisten nicht billigen, öffentlich dagegen Stellung nehmen und sich für deren Verbleib auf Gewerkschaftsversammlungen einsetzen, fallen damit dem Ausschlußterror zum Opfer. So geschen z.B. im Falle eines in der ÖTV organisierten SPD-Stadtrats (!) in Emmendingen, der sich gegen die Verbannung eines ausschlußbedrohten Kommunisten von einer Mitgliederversammlung sperrte – ein Fall, der in dem ROTBUCH sehr ausführlich geschildert wird.

Aus der Fülle des in dem Buch zusammengetragenen und kommentierten Materials seien hier nur ein paar weitere Beispiele für die undemokratische Ausschlußpraxis genannt, die nun seit Jahren zum westdeutschen „Gewerkschaftsleben" gehört:

- Bei Opel/Bochum wurden nach den BR-Wahlen 1972 und 1975 elf Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zur GOG aus der IGM ausgeschlossen, zehn erhielten befristete Funktionsverbote (die GOG errangen 1972 fünf und 1975 elf BR-Sitze).
- Bei Ford/Köln wurden 1973 fünf Kollegen ausgeschlossen und elf erhielten Funktionsverbot; alle 16 waren zuvor von den Kapitalisten als „Rädelsführer" beim „wilden" Streik im August 1973 entlassen worden.
- Bei AEG/Westberlin wurde die gewerkschaftliche Jugendgruppe aufgelöst und elf Jugendliche aus der IGM ausgeschlossen, weil sie sich gegen die Wiederwahl des alten BRs eingesetzt hatten.
- In Münster wurden 1976 Mitgliederversammlungen der Abteilung Sozialarbeit in der ÖTV verboten, weil dort zuvor eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf gegen das AKW Brokdorf verabschiedet worden war.
- Am Klinikum Steglitz und Urbahn-Krankenhaus in Westberlin wurden gegen 16 ÖTV-Mitglieder Ausschlußverfahren eingeleitet, die sich aktiv gegen eine neue Rahmengeschäftsordnung zur Wehr gesetzt hatten, der zufolge Rederecht usw. auf Gewerkschaftsversammlungen eingeschränkt werden sollten.
- In Westberlin wurde 1977 ein Personalratsmitglied aus der ÖTV ausgeschlossen, weil es sich während einer Schweigeminute für Buback nicht mit vom Sitz erhoben hatte.
- Bei Texaco/Hamburg wurden 1974 zwei Betriebsräte aus der IG Chemie ausgeschlossen, weil sie in Flugblättern gegen eine Teilnahme an der Aufsichtsratswahl Stellung genommen und die Vorstandsvorstellungen über Mitbestimmung kritisiert hatten.
- In Hamburg wurden zehn Kollegen aus der DruPa ausgeschlossen, weil sie die laue Informationsarbeit des Vorstands im Druckerstreik 1976 durch Erstellung und Verteilung eigener Streik-Infos „ausgeglichen" hatten.
- In Hamburg und Westberlin riefen HBV-Führer im Zusammenhang mit innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen über Ausschlüsse sogar Polizei herbei, um den Protest auf Versammlungen zu disziplinieren.

Das sind wie gesagt nur ein paar Beispiele der im ROTBUCH behandelten Fälle. Neben den Dokumenten und Berichten darüber enthält das Buch desweiteren Darstellungen und Analysen über den allgemeinen Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie in IGM, ÖTV, IGC, DruPa, HBV und GEW, über geänderte Satzungsbestimmungen, Vertrauensleute-Richtlinien usw. Gezeigt wird dabei auch, wie die in den 70er Jahren eingeleitete Ausschlußwelle durch massive ideologische Kampagnen gegen die Linke (namentlich in der IG Chemie und IG DruPa) abgesichert wurde. Mit einem einleitenden Teil, der kurz die wichtigsten Stationen in der historischen Entwicklung „unserer" Gewerkschaften in Erinnerung ruft, bietet das ROTBUCH somit rundum einen aufschlußreichen Einblick in die Wirklichkeit des DGB als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft – ein *„Rotbuch zum Rotwerden"*, wie „Dasda-avanti" schrieb.

Dieses Buch sollte jeder Genosse und klassenbewußte Kollege mal in die Hand nehmen.

**Rotbuch** zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

### „Rotbuch" zum Rotwerden

Innerhalb der deutschen Gewerkschaften wird zunehmend, wird mit harten Bandagen gekämpft. Sehr unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen mucken seit einigen Jahren gegen die Gewerkschaftsführung auf – besonders, wenn es um brisante Themen wie Kernenergie, Waffenexport usw. geht. Gegen die Abweichler setzten sich die verunsicherten DGB-Oberen mit einer Härte zur Wehr, gegen die staatliche Gesinnungsschnüffelei oft noch vergleichsweise harmlos wirkt. Gegen „Chaoten" und „Spalter", wie nicht-linientreue Mitglieder pauschal abqualifiziert werden, hagelt es Ausschlußverfahren und Funktionsverbote, die nur selten wie im Fall Heinz Brandt durch öffentlichen Druck abgewendet werden können. Für die Betroffenen hat das mitunter fatale Konsequenzen. Denn wer aus der Gewerkschaft geflogen ist, merkt spätestens bei einem Wechsel des Jobs, daß viele Unternehmen den Kleinkrieg in den Arbeitnehmerorganisationen aufmerksam verfolgen. Sein Ausschluß ist gar nicht so selten mit einem verdeckten Berufsverbot verknüpft.

Umfangreiches Material zu diesem Komplex bietet das „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen", das kürzlich im Reents-Verlag (2000 Hamburg 50, Lerchenstr. 75) erschien. Es handelt sich, dies vorweg, um eine Publikation des Kommunistischen Bundes (KB), der mit dem DGB heillos über Kreuz liegt. Das 650-Seiten-Buch ist denn auch mit Vorsicht zu genießen, wo es lediglich kommentiert und agitiert. Ein großer Teil davon besteht aber aus reiner Dokumentation, und die spricht, leider, Bände. Was die emsigen KBler an Briefwechseln, offiziellen Rundschreiben, Abgrenzungen, Denunziationen und Androhungen zusammengetragen haben, macht auf beklemmende Weise deutlich, daß innergewerkschaftliche Repression keine Erfindung linker Kadergruppen ist. Der Kommunistenjäger McCarthy hätte seine helle Freude, könnte er lesen, wie bundesdeutsche Arbeitnehmerfunktionäre Dissidenten ausspähen und verfolgen. „Atomfilz" Hans Schwalbach (DASDA-avanti 6/78) ist da keineswegs die unrühmliche Ausnahme. Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden, wie der Fall der Lübecker Betriebsratsvorsitzenden Brigitte Schulteck zeigt. Um als „Chaote" identifiziert und auf die Abschußliste gesetzt zu werden, genügt manchmal eine Unterschrift für eine Veranstaltung, die den DGB-Offiziellen nicht genehm ist. Ein Rotbuch zum Rotwerden für alle, die die Gewerkschaftsbewegung kritisch-solidarisch unterstützen.

Aus „dasda" 8/78